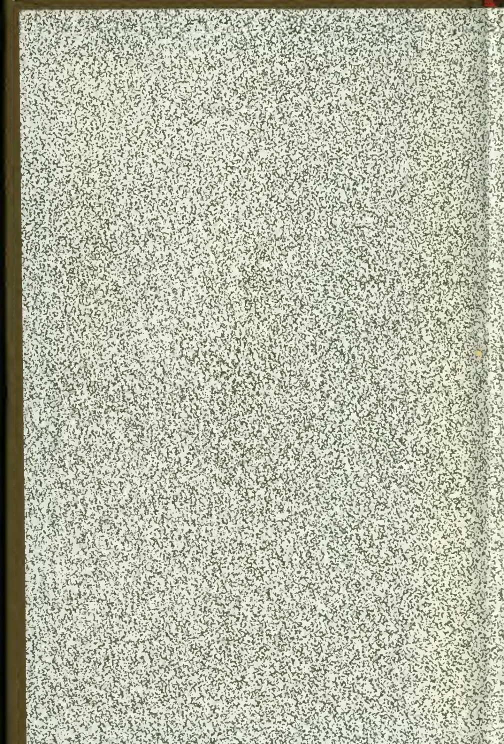
Sturz ins Dritte Reich

Historische Miniaturen und Porträts 1933-35



30. Januar 1933 – Schwarzer Tag der deutschen Geschichte. Über den Machtantritt des Hitlerfaschismus, den »Sturz ins Dritte Reich«, wird in 46 historischen Miniaturen Kunde gegeben. In Schlaglichtern der Jahre 1933/35 werden erstmals historische Porträts von ausgewählten Persönlichkeiten beider Klassenlinien geboten, von Kämpfern für Humanität, sozialen Fortschritt und Demokratie – wie auch von Steigbügelhaltern, Demagogen und



Sturz ins Dritte Reich

DAS MÖRDERKREUZ



Wo ihr dies Zeichen seht, denkt daran:
Für euch ist das Blut der Genossen geflossen.
Ihre brechenden Augen sprechen:

IHR MÜSST UNS RÄCHEN!

Historische Miniaturen und Porträts 1933/35

Sturz ins Dritte Reich

Urania-Verlag Leipzig · Jena · Berlin

Akademie der Wissenschaften der DDR
Zentralinstitut für Geschichte
Herausgegeben von:
Helmut Bock,
Sektion Geschichte beim Präsidium der URANIA,
Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse;
Zentralinstitut für Geschichte
Wolfgang Ruge,
Zentralinstitut für Geschichte
Marianne Thoms,
Radio DDR

1. Auflage 1983. 1. bis 15. Tausend

Verlag für populärwissenschaftliche Literatur
VLN 212-475/11/83/LSV 026 9
Lektor: Lutz Heydick
Buchgestaltung: Wolfgang Lenck
Printed in the German Democratic Republic
Satz und Druck:
Gutenberg Buchdruckerei und Verlagsanstalt Weimar,
Betrieb der VOB Aufwärts
Bindearbeiten: INTERDRUCK Leipzig
Best.-Nr.: 653 791 1
DDR [redacted]– M

Inhalt

Helmut Bock 9 Vorwort

15 Bildprolog

27 Die Ausgangssituation 1932: Historische Alternative

Joachim Petzold 28 Franz von Papen
Steigbügelhalter Hitlers

Wolfgang Ruge 41 Clara Zetkin
Kampfruf gegen Faschismus und Krieg

49 Auslieferung der Macht

Kurt Gossweiler 58 Fritz Thyssen
Forderung des Monopolkapitals

Kurt Gossweiler 65 Kurt von Schröder
Das Bankkapital stellt die Weichen

Günter Paulus 72 Kurt von Schleicher
Fraktionskampf der Konterrevolutionäre

Kurt Pätzold 79 Adolf Hitler
Das faschistische Kabinett wird gebildet

Olaf Groehler 87 Werner von Blomberg
Die Reichswehr schultert das Gewehr

Heinz Habedank	95	Hjalmar Schacht Finanzierung der Nazipartei
Gerhart Hass	102	Hermann Göring Der Reichstag brennt
	109	Positionen der Abwehr
Egon Grübel	110	Ernst Thälmann Ringen um proletarische Einheitsfront
Wolfgang Ruge	120	Carl von Ossietzky Der Feind steht rechts!
Friedrich Albrecht	128	Heinrich Mann Aufbruch zur Volksdemokratie
Dieter Schiller	136	Erich Mühsam Anarchist und Bündnispartner
Udo Rößling	145	Ernst Niekisch Vom Widerstand gegen Versailles zum Widerstand gegen Hitler
Ingeborg Kreter	151	Ernst Barlach Emigrant im Vaterland
Friedrich Herneck	158	Albert Einstein Ausgebürgertes Gewissen
Helga Gotschlich	165	Otto Wels Politischer Selbstmord
Heinz Deutschland	172	Herbert Warnke Einheitsfront – trotz alledem!
	179	Ausbau und Barbarei der Macht
Wolfgang Ruge	192	Paul von Hindenburg Kontinuität des preußisch-deutschen Militarismus
Dietrich Eichholtz	199	Gustav Krupp von Bohlen und Halbach Hilfestellung der monopolkapitalistischen Industrie
Klaus Drobisch	207	Rudolf Diels Betrachtung eines Gestapo-Chefs

Christa Olschewski	214	Robert Ley »Abschaffung« des Klassenkampfes
Klaus Scheel	222	Joseph Goebbels Brandschatzung der Kultur
Olaf Groehler	228	Erhard Milch Perspektivischer Luftkrieg
Heinz Winter	235	SA-Typen Köpenicker Blutwoche
Wolfgang Ruge	243	Alfred Hugenberg Ausbootung des Koalitionspartners
Dietrich Eichholtz	250	Carl Bosch Benzin und Aufrüstung
Wolfgang Schlicker	259	Eugen Fischer Faschisierung in Hochschule und Wissenschaft
Kurt Gossweiler	266	Ernst Röhm Nacht der langen Messer
Joachim Petzold	276	Carl Schmitt Rechtfertigung des totalitären Staats
Klaus Drobisch	283	Theodor Eicke Verkörperung des KZ-Systems
Kurt Pätzold	290	Julius Streicher Herrenrasse formiert sich
	297	Wege zur Volksfront
Marianne Thoms	298	Hans Beimler Ausbruch aus dem Mörderlager
Heinz Britsche	306	John Schehr Eine Not, ein Feind, ein Kampf!
Nikolaus Riedmüller	315	Fritz Große Jugend im Widerstand
Günter Schmidt	325	Martin Niemöller Bewährung des christlichen Glaubens
Marianne Thoms	333	Georgi Dimitroff Entlarvung der Ankläger

Friedrich Herneck	345	Max von Laue Von der Widerstandskraft des menschlichen Anstands
Sigrid Bock	352	Anna Seghers Lernen an Österreich
Heinz Winter	362	Fiete Schulze Vermächtnis des Klassenkämpfers
Ingeborg Kreter	370	Käthe Kollwitz »Alles ganz still«
Sigrid Bock	378	Kurt Steffen Feuerprobe der Arbeiterkorrespondenten
Waltraut Engelberg	388	Kurt Tucholsky Tod im Exil
Dieter Lange	398	Rudolf Breitscheid Frieden heißt Kampf gegen den Faschismus
Sigrid Bock	404	Ludwig Renn Schreiben über Deutschland
Egon Grübel	414	Wilhelm Pieck Strategie der Einheitsfront und Volksfront
	422	Autorenverzeichnis
	424	Bildnachweis

Vorwort

30. Januar 1933: schwarzer Tag der deutschen Geschichte. Großindustrielle und Bankiers, Generale und Junker übertrugen die Regierungsgewalt an die Faschisten. Auf der abschüssigen Bahn einer imperialistischen Konterrevolution, die bereits gegen die russische Oktoberrevolution von 1917, die deutsche Novemberrevolution von 1918 zu Felde gezogen war und die nunmehr den in der Sowjetunion sich vollziehenden Aufbau des Sozialismus und die Arbeiterbewegung in Deutschland buchstäblich bis aufs Messer bekämpfen wollte, stürzte die bürgerlich-parlamentarische Weimarer Republik in den Abgrund einer barbarischen Diktatur.

Seitdem ist ein halbes Jahrhundert vergangen. Das sogenannte Dritte Reich, das von seinen prahlerischen Klopffechtern auch das Tausendjährige geheißen wurde, endete nach zwölf Jahren. Es verloderte im Inferno eines erneuten Weltkrieges, mit dem die Hitlerfaschisten beabsichtigt hatten, die im ersten Weltkrieg erlittene Niederlage des deutschen Imperialismus wettzumachen. Die Sowjetunion behauptete sich als die am heißesten umkämpfte Bastion der Antihitlerkoalition; in vielen Ländern Ost- und Mitteleuropas beschritten die von ihren revolutionären Parteien geführten Völker ebenfalls den Weg zum Sozialismus.

Die hochentwickelten Industrie- und Agrarlandschaften unserer Tage scheinen die verheerenden Folgen des Hitlerfaschismus und des durch ihn verschuldeten Krieges überwunden zu haben. Nur hier und dort mahnt noch zerfetztes Mauerwerk inmitten neuer Städte, detonieren lauernde Explosionsgeschosse auf Bauplätzen und Äckern, fließen ätzende Gifte aus zerrosteten Munitionsbehältern in die Müllkippen und an die Meeresstrände. Doch die Menschen tragen die Narben der Vergangenheit noch immer:

Mehrere Hundertmillionen mit ihren düsteren Erinnerungen, schreckhaften Träumen und jähen Angstschreien, die die Verletzungen des Körpers und der Seele anzeigen. Fast ebensoviele mit dem bedrückenden Andenken an ihre Toten, die in den Folterhöhlen und Konzentrationslagern des »Dritten Reiches«, den Gefechten und Schlachten des zweiten Weltkrieges ausgehungert, verstümmelt, erschlagen, vergast, erschossen wurden. Und mehrere Dutzend Völker mit ihren schlimmen Erfahrungen, mit argwöhnischen Vorbehalten und Feindbildern – wobei sie doch allesamt nach einer harmonischen Weltordnung der Gerechtigkeit und des Friedens dürsten.

Aber allen geschichtlichen Lehren und humanen Geboten zum Trotz ertönt abermals das Kampfgeschrei regierender Politiker und hinter ihnen stehender Machtgruppen. Sie proklamieren die freie Bewegung des Unternehmertums, die soziale Genügsamkeit der Werktätigen, die polizeiliche Disziplinierung der Massen. Sie betreiben den Imperialismus im angemaßten Namen ihrer Nation, nennen die Abhängigmachung anderer Völker ein politisches Prestige, die Militäraktionen in fremden Ländern ein Gebot der eigenen nationalen Sicherheit; mittels der Bedrohungslüge schüren sie das Mißtrauen, die Furcht und den Haß gegen den Sozialismus. Sie forcieren die irrsinnigste Rüstung, richten die absolut tödlichen Geschosse der Massenvernichtung auf ferne Länder und Kontinente, lassen den Erdball von fliegenden Spionen umkreisen und kalkulieren den begrenzten Atomkrieg für Europa – das doch aus Blut und verbrannter Erde gerade erst wiedererstand. Das ist die Androhung eines dritten Weltkrieges, der die Menschheit vernichten würde.

In solcher Weltlage erfolgt der historische Rückblick auf jene verhängnisvollen Ereignisse, die nach den Zerstörungen des ersten zu den Verheerungen des zweiten Weltkrieges führten – und dabei Herrschaftsformen, Gewaltmittel, geistige und praktische Barbarismen hervortrieben, die von den Rüstungspolitikern der Gegenwart für die menschheitliche Todesgefährdung ausgenutzt werden. Denn im »Dritten Reich«, das als ein Treibhaus des staatsmonopolistischen Kapitalismus erstand, wucherten die demokratiefeindlichen Machtstrukturen, die maßloseste Volksverhetzung, der faschistische Terror, die totale Kriegführung, die verbrecherische Massenvernichtung und sogar schon die Produktion überdimensionaler Waffen.

Die Geschichtsbücher, die Medien, die autobiographischen Überlieferungen nennen Namen und Begriffe: Hitler, Nazipartei, SA, SS, Gestapo, KZ-System und immer wieder Faschismus . . . Was bedeuten sie? Einmaligkeit eines Verbrechertums politischer Einzelgänger und ihrer irregeführten Mitläufer – oder Wiederholbarkeit einer Machtzusammenballung der aggressivsten Kräfte des Monopolkapitals?

Die konkreten Gestalten als Individuen und zugleich als Repräsentanten

von Interessengruppen und Parteien, von Schichten und Klassen mitsamt ihren Ideen, Motiven, Handlungen, Tatfolgen – dies ist das Feld, auf dem unser Buch gründet. Es stellt sich die Aufgabe, der bürgerlichen, reformistischen und wiederum aktiv werdenden neofaschistischen Ideologie, die zum 50. Jahrestag des 30. Januar 1933 verstärkt ihre historisierenden Interpretationsvarianten verbreiten wird, ein marxistisches Geschichtsverständnis entgegenzusetzen.

Innerhalb des Ensembles der DDR-Geschichtsschreibung, die diese Intention in Abrissen und Gesamtdarstellungen, Monographien und Studienbänden, Chroniken und Lexika zu erfüllen sucht, ist das vorliegende Buch ein Beitrag, der seine Besonderheit durch die Darstellungsform historischer Miniaturen und Porträts gewinnt. Die faschistische Konterrevolution und der antifaschistische Widerstand in der Zeit von 1933 bis 1935 – von der Einsetzung der Regierung Hitler und den Abwehrversuchen ihrer demokratischen Gegner bis zur einstweiligen Stabilisierung des Machtsystems und dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale sowie der Brüsseler Parteikonferenz der KPD – erscheinen mit Hilfe der Gestaltung von Persönlichkeiten, die in politischen Entscheidungssituationen und charakteristischen Wirklichkeitsausschnitten veranschaulicht und gewertet werden. Dabei erweist sich das Genre der Miniatur, der »kleinen Form« historischer Darstellungskunst, als geeignet, die durch andere Spezifika geprägten Forschungsarbeiten zu ergänzen, indem es die Charaktere und die Situationen auf gesicherter Quellenbasis mit möglichst großer Annäherung und Plastizität beschreibt.

Wenngleich damit die populärwissenschaftliche Absicht einer breiteren Wirksamkeit verbunden ist, kann doch auf diesem Wege auch das fachwissenschaftliche Geschichtsbild zu vertieften Kenntnissen und Erkenntnissen gelangen. Die Reihenfolge der zahlreichen aufeinander bezogenen Einzelstücke gewährt überdies einen Einblick in thematisch-chronologische Zusammenhänge. Doch kann Vollständigkeit in einer auf Schnittpunkte des historischen Geschehens konzentrierten Arbeit nicht verwirklicht werden; eine Auswahl von Miniaturen und Porträts bleibt auf den »Mut (oder das Recht) zur Lücke« angewiesen.

In seiner Eigenart vermittelt dieses Buch vor allem zwei Erkenntnisse: erstens, daß die auf dem Wege zur Aktionseinheit und zur antifaschistischen Volksfront sich annähernden Hitlergegner die Träger der menschheitlichen Moral, die Streiter für den Frieden und letzten Endes die Sieger der fortschreitenden Geschichte waren; zweitens, daß der Faschismus, der den Terror, den Völkerhaß und den Vernichtungskrieg auf seine bluttriefenden Fahnen schreibt, in der gesellschaftlichen Herrschaft besonders aggressiver Gruppen des Monopolkapitals wurzelt. Er vermag selbst Angehörige von

Kulturvölkern, die sich mitunter gern als Volk der »Dichter und Denker«, als Pioniere des »Way of Life« oder sonstwie rühmen mögen, durch demagogische Feindbilder und Siegesphrasen aufzuputschen, so daß die historische Verantwortung für das Leben der Menschheit preisgegeben und verraten wird. In diesem Sinne bleibt der deutsche Faschismus von damals eine Warnung für die Völker von heute: Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch . . . Möge unser Buch als ein Beitrag aufgenommen werden, den unabweislichen Dialog der Völker für Abrüstung und Frieden zu unterstützen.

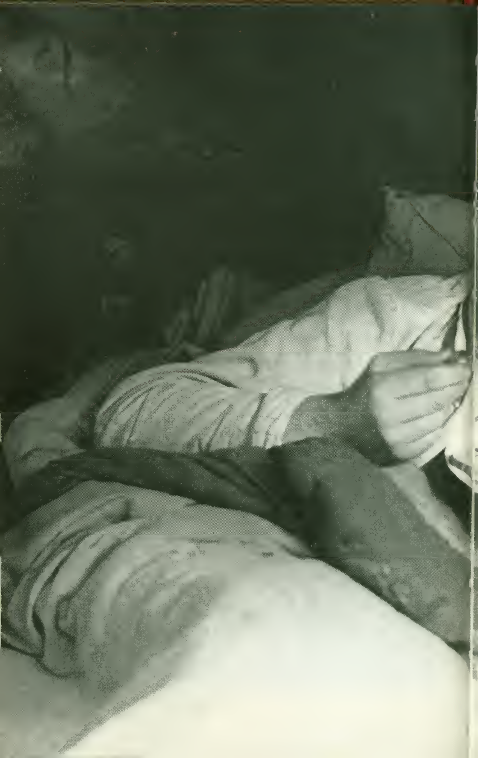
Fachwissenschaftler und Publizisten, allesamt Historiker für die Geschichte der sozialen und politischen Bewegungen, der Wirtschaft, des Militärwesens, der Ideologie, der Kulturpolitik, der Wissenschaften, der Literatur und Kunst, haben diese Miniaturen und eingestreuten Porträts gestaltet, deren Vielfalt – bei Wahrung der individuellen Handschriften – durch eine Gesamtredaktion in den Rahmen konzeptioneller und genrespezifischer Einheit gefaßt wurde. Die Gemeinschaftsarbeit beruht auf einer institutionellen Koproduktion des Zentralinstituts für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR, der Sektion Geschichte beim Präsidium der URANIA und des Senders Radio DDR.

Neben der Danksagung für mannigfaltige Hilfe vieler Kollegen und Kolleginnen des Akademieinstituts, des Instituts für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED und des Verlages gilt der besondere Dank: Herrn Prof. Dr. Olaf Groehler für konzeptionelle Beratung, Herrn Prof. Dr. Walter Wimmer für gutachtliche Förderung und Frau Hella Adomatis für wissenschaftlich-technische Mitarbeit.

Berlin, den 8. Mai 1982

Helmut Bock

Bildprolog








Milch





Bildimpressionen vom Ende der Weimarer Republik, aufgenommen von Arbeiterfotografen der Zeit, meist von Eugen Heilig (Berlin)

Die Ausgangssituation 1932: Historische Alternative

Franz von Papen
Steigbügelhalter Hitlers

»Such nicht mehr, Frau, du wirst sie nicht mehr finden!
Doch auch das Schicksal, Frau, beschuldige nicht!
Die dunklen Mächte, Frau, die dich da schinden,
Sie haben Name, Anschrift und Gesicht!«

Diese Worte schrieb Bertolt Brecht in seiner Kriegsfibel unter das Bild einer alten Frau, die im zweiten Weltkrieg die Trümmer eines zerstörten Hauses durchsuchte, um vielleicht noch ein Lebenszeichen der Angehörigen oder wenigstens die Reste ihrer Habe zu finden. Einer von denen, die Schuld an ihrem Elend und dem von zahllosen weiteren Menschen trugen, war Franz von Papen, der zur Zeit, da die Bomben fielen, als deutscher Botschafter in der fernen Türkei residierte – aber rund zehn Jahre zuvor als Reichskanzler und politischer Intrigant geholfen hatte, die Weichen zur faschistischen Diktatur und zum verheerenden Kriege zu stellen.

Es hatte große Verwunderung ausgelöst, als am 1. Juni 1932 bekannt wurde: Reichspräsident Paul von Hindenburg habe Papen, der sich während des ersten Weltkrieges als kaiserlicher Diplomat mehrmals bis auf die Knochen blamierte und der jetzt vor allem als Pferdeliebhaber und Modegeck bekannt war, in das höchste Regierungsamt der Weimarer Republik berufen. Bald war zu hören, die Ernennung sei auf Vorschlag des Generals Kurt von Schleicher erfolgt, der auf die erstaunte Frage, warum seine Wahl auf diesen unbedeutenden Hauptaktionär der Zentrumszeitung »Germania« gefallen sei, antwortete: Er brauche keinen »Kopf«, ihm genüge ein »Hut«. Der General war die graue Eminenz im Reichswehrministerium, und er meinte mit seiner zynischen Bemerkung, daß der politische Dilettant Papen

wohl der rechte Mann sei, um Schleichers ausgeklügelte Ideen zu vertreten und durchzusetzen.

Doch die Bezeichnung Papens als »Hut« traf die Situation, die durch die Neubesetzung des Kanzlerpostens entstanden war, auch in einem weit umfassenderen Sinne. Die herrschenden Kreise des deutschen Monopolkapitals waren entschlossen, mit dem bürgerlich-parlamentarischen System der Weimarer Republik ein Ende zu machen. Sie wollten die politischen und sozialen Zugeständnisse, die ihnen von den werktätigen Volksmassen in der Novemberrevolution 1918/19 abgerungen worden waren, zurücknehmen, die Arbeiterorganisationen zerschlagen, ein konterrevolutionäres Gewaltregime errichten und die Vorbereitungen für einen erneuten »Griff nach der Weltmacht« kräftiger vorantreiben. Dabei schien Eile geboten. Einerseits fühlte man sich von dem Wachstum einer revolutionären Massenunruhe der Werktätigen bedroht, die auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise und ihres Elends zu fragen begannen, ob nicht der ganze Kapitalismus abgeschafft werden müsse. Andererseits sah man jedoch auch die »Gunst der Stunde«: Noch immer war die deutsche Arbeiterbewegung in die Parteien der Sozialdemokraten (SPD) und der Kommunisten (KPD) gespalten. Seit Jahren aber hatten rechtsextremistische Demagogen und Terroristen die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) als ein geeignetes Instrument der Konterrevolution aufgebaut – es gab Millionen Verzweifelter und Verwirrter, die unter den Einfluß ihrer Massenverführung gerieten. Sogar auf dem Parkett internationaler Verhandlungen bahnten sich willkommene Möglichkeiten an. Die Aufhebung der Reparationspflichten und der Rüstungsverbote, die von den Siegermächten des ersten Weltkrieges im Versailler Vertrag Deutschland auferlegt worden waren, konnte nahezu als vereinbart gelten, weil ein starkes antikommunistisches Bollwerk in Mitteleuropa von ihnen gewünscht wurde. Also auch die außenpolitische Lage verhieß günstige Startbedingungen für die erstrebte Diktatur.

Doch über die Frage des konkreten Weges zu ihr waren die Großindustriellen und die Junker, die Bankiers und die Militärs, die Spitzenpolitiker der traditionellen Rechtsparteien und die Naziführer weiterhin zerstritten. Den Angelpunkt aller Streitfragen bildete das Problem, wie der Machtwechsel vom parlamentarisch verhüllten Imperialismus der Weimarer Republik zur offenen Gewaltherrschaft mit möglichst geringem Risiko zu bewerkstelligen sei, denn von dem erwarteten Widerstand der Arbeiterklasse befürchteten alle Konterrevolutionäre, er würde aus der Abwehrfront zur Gegenoffensive umschlagen und das imperialistische System hinwegfegen können. Daneben bestanden aber auch Rivalitäten, bei denen die reaktionären Parteien und Cliquen um die Gestaltung der gewünschten Diktatur zankten und feilschten: um die Konzeption der Wirtschafts- und Finanz-

politik, die Vergabe von staatsmonopolistischen Kommandoposten und Rüstungsaufträgen, die Reprivatisierung von Großbetrieben, die Verhängung von Steuern und Zöllen und um anderes mehr. Sollten nun also die konterrevolutionären Diktaturpläne verwirklicht werden, so mußten die widerstrebenden Interessen, Auffassungen, Aktivitäten der herrschenden Klasse unter einen »Hut« gebracht werden – und es war Franz von Papen, der für eine solche Funktion geeignet schien.

Dieser Mann war von Adel. Daß er schon im Kaiserreich zu den Pagen des Hofes und den Günstlingen Wilhelms II. gezählt hatte, festigte seinen Ruf bei den monarchistisch gesinnten Junkern; daß er Gardeoffizier und Regimentskamerad des Hindenburg-Sohnes Oskar gewesen war, empfahl ihn den führenden deutschen Militärs. Der auf dem Präsidentenstuhl der Republik thronende Generalfeldmarschall war ihm gewogen wie kaum einem zweiten. Überdies lag Papens Gutsbesitz am Rande des Ruhrgebiets. So erfreute er sich auch bester Beziehungen zu den bekanntesten Größen der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie. Mit den Töchtern der Familie Krupp hatte er schon als junger Leutnant getanzt, und in den Häusern der Thyssens, Klöckners, Haniels, bei Albert Vögler, Fritz Springorum, Ernst Poensgen war er ein gern gesehener Gast. Seine Frau hatte ihm sogar Aktienbesitz im Saargebiet eingebracht. Und im Herrenklub der Reichshauptstadt, wo Vertreter der Ministerialbürokratie, pensionierte Generale und bürgerliche Starjournalisten den Ton angaben, war er ein renommierter Salonheld.

Papen kann als ein typischer Vertreter jener Schicht angesehen werden, die aristokratische Standesbewußtheit mit monopolkapitalistischem Profitstreben vereinigte. Von ihm und seiner Regierungsmannschaft war eine Politik zu erwarten, die sich ganz auf die Interessen der Gutsbesitzer und der Industrieaktionäre abstimmte – die sogar an die unverhüllte Diktatur heranführte, indem sie Schwarzweißrote, Hakenkreuzler, Stahlhelmleute, kurz: die Reaktionäre aller Farben und Symbole sammelte, während sie die Kampfkraft der Arbeiterklasse zu schwächen suchte.

Als rechter Flügelmann des katholischen Zentrums war Papen bereits seit Jahren bestrebt, seine Partei, die einen erheblichen Masseneinfluß besaß, aus der Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie herauszulösen. Diese politische Kooperation war unmittelbar nach der Novemberrevolution, als offen reaktionäre Regierungen keine Chance hatten, unvermeidbar gewesen. Sobald sich jedoch die Weimarer Republik stabilisierte, strebten die Rechten des Zentrums eine Koalition mit den Konservativen an, die vor allem in der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) organisiert waren. 1925 trat Papen sogar für die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten und somit gegen den Kandidaten der eigenen Partei auf. Der Generalfeldmarschall vergaß

ihm diese Unterstützung nie: Er sah in Papen vor allem den preußischen Offizier und gleichgeborenen Aristokraten. Papens Vorgänger auf dem Kanzlerstuhl, Heinrich Brüning, war zwar ebenfalls Offizier gewesen, aber nur, weil man im letzten Kriege auf nichtadlige Kreise zurückgreifen mußte. Und überhaupt war diesem christlichen Gewerkschaftsfunktionär mit dem Leutnantspatent die Gutsbesitzermentalität, die im Präsidentenpalais herrschte, fremd geblieben.

Aber Fränzchen – wie Papen im Freundeskreis nicht ohne Augenzwinkern genannt wurde – wies sich sogar durch eine besondere Leidenschaft als Standesperson aus: durch das Reiten. Selbst die Politik erschien ihm wie ein großes Hindernisrennen. »Ist es etwa«, so meinte er rückschauend in seinen Lebenserinnerungen, »im politischen Leben anders als im reiterlichen, daß man oft für einen schweren Entschluß zunächst das Herz über das Hindernis werfen muß? Ich behaupte: es ist keine schlechte Schule!« Mit düsterer Vorahnung veröffentlichte denn auch die in München erscheinende satirische Zeitschrift »Simplicissimus« zu Papens Regierungsantritt eine Zeichnung, die das Kabinett des Herrenreiters hinter einem die Weimarer Republik symbolisierenden erschöpften Pferd darstellte und mit der Unterschrift versehen war: »Setzen wir die Herren nur in den Sattel, zusammenreiten werden sie das Pferd schon können!« Es war gerade die Skrupellosigkeit, die Papen im Sommer 1932 zum Reichskanzler prädestinierte – wurde doch ein Politiker gebraucht, der den bedenkenlosen Zynismus besaß, die »Rechtsstaatlichkeit« der Weimarer Republik gewissermaßen im Galopp zu erledigen.

Brüning war noch scheinheilig als »Retter der Demokratie« aufgetreten. In Wirklichkeit hatte seine Aufgabe darin bestanden, die Wirtschafts-, Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik im Zuge der Krisenbekämpfung aus den abstimmungsberechtigten Körperschaften des Parlamentarismus herauszunehmen und damit – wie ein großbürgerliches Blatt schrieb – »das Volk an die Diktatur zu gewöhnen«. Jetzt hatte sich Brünings System der Notverordnungen erschöpft; es sollten also Wege zum offenen Diktaturregime gefunden werden. Dabei kam eine Radikallösung, nämlich die Berufung Adolf Hitlers zum Reichskanzler, noch nicht in Frage; denn selbst in den Kreisen der monopolkapitalistischen Förderer und Finanziers der Nazibewegung fragte man sich besorgt, ob die Hitlerclique ihren kleinbürgerlichen Massenanhang dauerhaft in der Hand behalten könne. Zudem hatte der Nazichef erst vor zwei Monaten, bei den Präsidentschaftswahlen, Hindenburg das Amt streitig gemacht und konnte daher auf keine Sympathie des Staatsoberhauptes hoffen. »Postminister, meinetwegen«, bemerkte der alte Herr bissig, da Hitler, den er abfällig als »böhmischen Gefreiten« titulierte, bei ihm als Kanzleranwärter vorstellig wurde. »Der will wohl einen Schnaps«, fügte Sohn Oskar in junkerlicher Schnoddrigkeit hinzu.

General von Schleicher, politischer Führungskopf der ständig an Macht im Staate gewinnenden Reichswehr, hatte die angeblich überparteiliche Papen-Regierung zusammengeschoben. Das »Kabinett der Barone«, hieß sie im Volksmund, weil nahezu alle Minister das adlige »von« vor ihren Namen setzen konnten. Die konservativen Deutschnationalen fanden eine solche Regierungsmannschaft vorzüglich, doch sie fielen im Reichstag kaum ins Gewicht. Die Zentrumspartei, die über Papens Intrigen gegen Parteifreund Brüning empört war, widerstrebte dagegen dem neuen Kanzler, der denn auch schnell seinen Parteiaustritt erklärte. Seinem eigentlichen Auftrage gemäß wandte sich Papen zwecks parlamentarischer Hilfestellung an die Nazipartei. In Geheimverhandlungen wurde Hitler versprochen: 1. Auflösung des Reichstages und Neuwahlen, 2. Aufhebung des erst kürzlich gegen die terroristischen »Sturmabteilungen« (SA) und »Schutzstaffeln« (SS) erlassenen Verbotes, 3. Absetzung der von Sozialdemokraten geführten preußischen Landesregierung. Dafür verpflichtete sich die NSDAP, Papens Regierung zu tolerieren, das hieß: sie bei Abstimmungen im Reichstage nicht zu Fall zu bringen.

Von besonderer Wichtigkeit war die Vereinbarung über Preußen, des bei weitem größten und bedeutendsten Landes der bundesstaatlich organisierten Weimarer Republik. In Preußen befanden sich die namhaftesten deutschen Industriezentren, lag auch das Schwergewicht der deutschen Staatsgewalt. Dem preußischen Innenminister unterstanden 90 000 Polizisten, die nächst dem 100 000-Mann-Heer der Reichswehr die stärkste bewaffnete Macht in Deutschland verkörperten. Es galt der bündige Satz: »Wer Preußen hat, hat das Reich«. Seit 1919 – mit nur kurzer Unterbrechung – wurde die Regierung Preußens von der SPD geführt. Die NSDAP unternahm große Anstrengungen, um sich dieses Landes zu bemächtigen. Sie war aus den Landtagswahlen im April 1932 zwar als stärkste Partei hervorgegangen, verfügte aber nicht (auch nicht zusammen mit Deutschnationalen) über die absolute Mehrheit, die nach der Landtags-Geschäftsordnung zur Wahl der Regierung erforderlich war. Es gab keine verfassungsmäßige Handhabe, um die amtierende Landesregierung unter dem Sozialdemokraten Otto Braun zu verdrängen. Doch ohne die Beherrschung des preußischen Verwaltungsapparates und ohne das Kommando über die preußische Polizei war eine Diktatur nicht zu errichten.

Papen war sich der überragenden Bedeutung Preußens ebenso bewußt wie Hitler. Um diese Bastion der Weimarer Demokratie zu erobern, einigte man sich, von Hindenburg die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen erwirken zu wollen. Der Artikel 48 der Weimarer Verfassung, auf dem die Macht des Reichspräsidenten in hohem Maße beruhte, sah diese Möglichkeit jedoch nur für den Fall einer erheblichen Störung der öffentlichen

Ruhe und Ordnung vor. Also mußten in Preußen bürgerkriegsähnliche Zustände geschaffen werden – und nicht zuletzt dafür war die Aufhebung des SA- und SS-Verbots vereinbart worden. Nun drangen die Mordbanden der Nazis immer häufiger in die Arbeiterviertel ein, sie provozierten Kommunisten und Sozialdemokraten. Die Zahl der Toten und Schwerverletzten ging binnen weniger Wochen in die Hunderte. Die starken Selbstschutzorganisationen der beiden Arbeiterparteien und die Haltung eines Teils der preußischen Polizeibeamten zogen jedoch dem Terrorfeldzug der Nazis deutlich Schranken.

Das »Kabinett der Barone« mußte selbst vom Kutschbock steigen und sich die Hände schmutzig machen. Papen eilte am 14. Juli 1932 nach Gut Neudeck in Ostpreußen, um sich von Hindenburg eine Blankovollmacht für ein gewaltsames Eingreifen der Reichsregierung in Preußen geben zu lassen. Diese Verabredung des »Preußenschlages« ging also den schweren Zusammenstößen in Altona, die später zu seiner Begründung dienten, um Tage voraus. Am 17. Juli fielen 7 000 SA- und SS-Leute in das Arbeiterviertel der damals noch preußischen Stadt ein, richteten ein Blutbad an, stießen aber auch auf entschlossenen Widerstand. Sofort behauptete die Nazipresse, die Polizei habe versagt und zu wenig Schutz geboten. Hitler selbst verlangte das Eingreifen der Reichsregierung, zumal er am gleichen Tage in Königsberg erleben mußte, wie eine SA-Provokation an der entschlossenen Haltung eines Polizeioffiziers scheiterte.

Papen enttäuschte Hitler nicht. Er setzte unter Hindenburgs Blankovollmacht seinen eigenen Namen und das Datum des 20. Juli 1932. Sodann bestellte er die führenden Minister der preußischen Landesregierung in die Reichskanzlei. Den Ministerpräsidenten Braun brauchte er gar nicht erst einzuladen, weil dieser vor einem reichlichen Monat mit der Bemerkung in Urlaub gefahren war: Er werde nicht mehr ins Amt zurückkehren. Braun war der Meinung, man solle die Nazis an die Macht kommen und »abwirtschaften« lassen; das sei weniger kraftaufwendig als ein aktiver Antifaschismus, der zudem nur die kampfentschlossenen Kommunisten stärke.

Der Reichskanzler hatte den geladenen Ministern angekündigt, er wolle mit ihnen finanzielle und landwirtschaftliche Fragen besprechen. Jetzt eröffnete er ihnen, daß er von Hindenburg zum Reichskommissar für das Land Preußen bestellt worden sei und kraft dieser Vollmacht fürs erste den Ministerpräsidenten Braun und den ebenfalls sozialdemokratischen Innenminister Carl Severing ihrer Ämter enthebe. Severing erklärte daraufhin großspurig, daß er sich nicht mit dem Makel der Desertion belasten und allein der Gewalt weichen wolle. »Wenn es dem preußischen Innenminister nur darauf ankommt, das Gesicht zu wahren, läßt sich leicht eine Vereinbarung treffen«, entgegnete Papen mit boshaft gespieltem Großmut. Erst bei Ein-

bruch der Dunkelheit sollte ein Polizeioffizier in Severings Diensträumen erscheinen und die »Gewalt« demonstrieren. Es blieb aber die Sorge, daß sich viele Sozialdemokraten vor dem preußischen Innenministerium eingefunden hatten und – wie Millionen in ganz Deutschland – auf ein Signal zum Widerstand gegen den Verfassungsbruch warteten.

Papen nahm Severings theatralische Erklärung sogleich zum Anlaß, um den Ausnahmezustand über die Reichshauptstadt zu verhängen. Er setzte nun auch die übrigen preußischen Minister und den Berliner Polizeipräsidenten Grzesinski mitsamt seinen engsten Mitarbeitern ab. Dabei konnte er völlig sicher sein, daß die SPD-Führung seinem Staatsstreich, der faktisch eine Art Generalprobe für die Errichtung der späteren faschistischen Diktatur war, keinen ernsthaften Widerstand entgegensetzen würde. Schon am 16. Juli hatte der sozialdemokratische Parteivorstand beschlossen, er werde ein verfassungswidriges Vorgehen Papens hinnehmen und sich auf verbale Proteste beschränken. Innenminister Severing selbst hatte die Reichsregierung vertraulich wissen lassen, daß auch er die Zusammenlegung der Innenministerien des Reiches und Preußens für notwendig halte.

Die KPD schlug der SPD gemeinsame Kampfaktionen zur Abwehr des profaschistischen Schlages vor. Schon lange vor dem 20. Juli hatte Wilhelm Pieck, Sprecher der kommunistischen Landtagsfraktion, den Nazis in aller Deutlichkeit zugerufen: »Wir werden unter Einsetzung aller Kräfte des Proletariats zu verhindern suchen, daß Sie hier oder sonstwo anders die Regierungsmacht in die Hände bekommen.« Dementsprechend erklärte sich jetzt die KPD bereit, auch die preußischen Machtpositionen der SPD gegen Papen und Hitler zu verteidigen. Aber ihr Aufruf, den Staatsstreich Papens mit dem Generalstreik der Arbeiterklasse zu beantworten und wie in den Tagen des Kapp-Putsches den Angriff der Konterrevolution mit vereinter Kraft abzuwehren, wurde von der sozialdemokratischen Parteiführung als Appell zum »Generalunsinn« zurückgewiesen.

Reichskanzler und Reichskommissar Papen verwandelte Preußen, den ehemaligen Stützpunkt der Sozialdemokratie und das vielgerühmte Bollwerk der Weimarer Republik, in ein Sprungbrett für die Faschisten und eine Ausgangsstellung der faschistischen Diktatur. Er ließ sofort 85 höhere Beamte in den Ruhestand versetzen und elf zwangsweise beurlauben – Sozialdemokraten oder andere demokratisch Gesinnte. Vor allem wurden jene Beamte ausgeschaltet, die sich im antifaschistischen Sinne betätigt, für eine Abwehr des Staatsstreiches ausgesprochen hatten oder von denen man annahm, sie würden sich gegen die Errichtung einer offenen Gewaltherrschaft wenden. Zugleich ließ Papen das Verbot aufheben, wonach in Preußen kein Beamter ein Mitglied der NSDAP sein durfte.

Die Hitlerclique konnte mit ihren Wegbereitern zufrieden sein. Joseph

Goebbels schrieb gleich nach dem Staatsstreich in sein Tagebuch: »Liste aufgestellt, was an Kroppzeug in Preußen alles beseitigt werden muß . . . Manch einer von uns hat Angst, daß diese Regierung zu viel tue und uns nichts mehr übrig bleibe.« Mit Genugtuung konnte er feststellen, daß die preußische Polizei unter dem neuen Kommando nunmehr eine »bemerkenswerte Höflichkeit« gegenüber den Nazis entwickelte.

Als am 31. Juli 1932, nach der Auflösung des alten Reichstages, die Neuwahlen stattfanden, hatte Papen alle seine Verpflichtungen gemäß dem Geheimabkommen mit Hitler erfüllt. Doch die Nazis dachten gar nicht daran, sich ihrerseits an die Abmachungen zu halten. Der reaktionäre Charakter des »Kabinetts der Barone« war zu offenkundig – man wollte sich vor den Massen nicht als Verbündeter der Papen-Regierung bloßstellen. In der Wahlpropaganda berücksichtigte Goebbels jene Nazi-Anhänger, die den Parteinamen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei wörtlich nahmen, er sparte nicht mit heftigen Angriffen auf den »Herrenreiter« und seine »Sippschaft« in der Regierung. Begünstigt von der Enttäuschung, die viele Menschen wegen der schmählichen Kapitulation der preußischen Landesregierung und des sozialdemokratischen Parteivorstandes erfaßt hatte, konnte die Nazipartei am 31. Juli ihren größten Wahlerfolg unter den Bedingungen der Weimarer Republik erzielen.

Hitler meinte infolgedessen, die Kanzlerschaft nachdrücklich für sich verlangen zu können. Doch Papen, der sich selbst maßlos überschätzte, glaubte, den Naziführer als seinen Juniorpartner in die Regierung übernehmen und an die Leine legen zu können. Er bot Hitler den Vizekanzlerposten an und ließ zugleich durchblicken, er werde ihm im Falle der Bewährung zu gegebener Zeit auch den Kanzlerstuhl zur Verfügung stellen. Einstweilen aber veranlaßte er Hindenburg, dem Nazi-Führer am 13. August zu erklären: Er könne »vor Gott, seinem Gewissen und dem Vaterlande« nicht verantworten, einer »einseitig gegen Andersdenkende« eingestellten Partei die gesamte Regierungsgewalt zu übertragen.

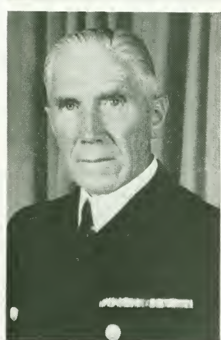
Schon im Monat darauf rächte sich die verärgerte Hitlerpartei im Reichstag. Ohne den Regierungschef zu Worte kommen zu lassen, ließ Hermann Göring, der nach den Juli-Wahlen zum Reichstagspräsidenten avanciert war, über einen kommunistischen Mißtrauensantrag gegen Papen abstimmen. Die Niederlage des »Kabinetts der Barone« fiel mit 512 zu 42 Stimmen vernichtend aus. Um sich auf dem Kanzlerstuhl halten zu können, mußte Papen rasch eine Auflösungsorder des Reichspräsidenten herbeischaffen lassen und das soeben gewählte Parlament wieder nach Hause schicken. Der erneute Wahlkampf stand nun im Zeichen heftiger Auseinandersetzungen zwischen den Nazis und dem Papen-Kabinett.

Doch wenige Monate später hatte sich das Bild verändert. Schleicher war

nun Reichskanzler geworden – und Herrenreiter Papen hatte vom hohen Roß herabsteigen müssen. Da er aber wenigstens in der Staatskarosse verbleiben wollte, zeigte er sich bereit, Hitler unter der Bedingung auf den Kutschbock zu lancieren, daß ihm selbst ein Platz hinter ihm eingeräumt würde. Er schaltete sich in das intrigenreiche Tauziehen der mächtigsten Großindustriellen und Bankiers um die endgültige Liquidierung der Weimarer Republik ein, an dessen Ende die Ernennung der Regierung Hitler mit Papen als Vizekanzler stand.

Als konterrevolutionärer Reichskanzler und Drahtzieher hinter den Kulissen half Franz von Papen, den Weg in die faschistische Diktatur zu ebnen. Wahrlich:

». . . Das Schicksal, Frau, beschuldige nicht!
Die dunklen Mächte, Frau, die dich da schinden,
Sie haben Name, Anschrift und Gesicht!«



Aufmarsch militaristischer Stahlhelm-Verbände im Berliner Lustgarten

Franz von Papen, Reichskanzler seit Sommer 1932 und nach dem »Preußenschlag« Reichskommissar des bis dahin sozialdemokratisch geführten Landes

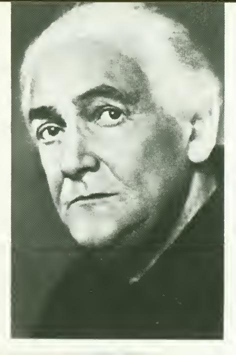




Anläßlich der Reichspräsidentenwahl spricht Ernst Thälmann auf dem Volkmarsdorfer Markt in Leipzig am 9. April 1932 – Hindenburgs Wahlsieg kommt mit den Stimmen der Sozialdemokraten zustande

Reichseinheitskongreß der Antifaschistischen Aktion am 10. Juli 1932 in der Berliner Philharmonie – die KPD ringt um die Arbeitereinheit

Clara Zetkin appelliert als Alterspräsidentin des deutschen Reichstages am 31. Juli 1932, »den Faschismus niederzuringen«



Die revolutionäre Arbeiterschaft vereitelt am 22. Januar 1933 eine SA-Provokation vorm Karl-Liebknecht-Haus, dem Sitz des Zentralkomitees der KPD

Clara Zetkin

Kampfruf gegen Faschismus und Krieg

Am Präsidiumstisch des neugewählten Reichstages, der am 31. Juli 1932, wenige Tage nach Papens Staatsstreich, seine Sitzungsperiode begann, stand eine schlicht gekleidete, alte Frau. Hinter ihr die wuchtig aufragende, geschnitzte Lehne des Präsidentensessels, neben ihr einige ihrer Genossen, die sie zum Präsidium hinaufgeleitet und sich dort zu ihrem Schutze postiert hatten. Die Frau war klein; sie konnte sich nur gebeugt aufrecht halten; ihrer Stimme fehlte die Kraft. Ihr Name aber strahlte Größe aus; die Partei, für die sie sprach, verkörperte die Energie einer ganzen Klasse; ihre Worte fanden ein tausendfältiges Echo außerhalb dieses Saales.

Es war Clara Zetkin, Mitglied des Präsidiums des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (KI), die als Alterspräsidentin den deutschen Reichstag eröffnete. Vor zwölf Jahren – damals Mitglied der Zentrale der KPD – hatte sie als erster Kommunist in diesem Hause gesprochen; jetzt, da die Tage der bürgerlichen Republik und ihres Parlaments gezählt waren, stand sie als einer der letzten Redner vor dem Reichtag.

Die parteiverbundene Revolutionärin sah die gewaltige Gefahr, die den demokratischen Errungenschaften im bürgerlich-parlamentarischen Staatswesen, den Organisationen der Arbeiterklasse, sogar jedem einzelnen Werktätigen drohte, und sie mahnte: In letzter Minute gelte es, die Errichtung einer offenen terroristischen Gewaltherrschaft zu verhindern. Sie beschuldigte den Kapitalismus, »seine Rettung durch neues Weltvölkergemetzel und faschistische Bürgerkriegsmorde« erstreben zu wollen, und forderte die Massen draußen im Lande auf, angesichts dieser Bedrohung »das volle Gewicht der wirtschaftlichen und sozialen Leistung der Schaffenden und auch die Wucht ihrer großen Zahl einzusetzen«.

Clara Zetkin sprach über die Unfähigkeit des bürgerlich-parlamentarischen Staates zur Selbstverteidigung: Die kapitalistischen Verhältnisse führten zwangsläufig zum Verfall des Liberalismus, zur Vernichtung der Demokratie und zum Verfassungsbruch seitens der Regierenden, ganz so, wie es von Hindenburg und Papen erst kurz zuvor praktiziert worden sei. Deshalb, so sagte sie, dürfe sich »die außerparlamentarische Machtentfaltung des werktätigen Volkes ... nicht auf den Sturz einer verfassungswidrigen Regierung beschränken« – diese müsse vielmehr über das »Augenblicksziel hinaus gerichtet sein auf den Sturz des bürgerlichen Staates und seiner Grundlage, der kapitalistischen Wirtschaft«. Knapp analysierte sie die konkrete politische Situation in Deutschland und zog daraus die Schlußfolgerung: »In diesem Kampfe gilt es zunächst, vor allem den Faschismus niederzuringen, der mit Blut und Eisen alle klassenmäßigen Lebensäußerungen der Werktätigen vernichten soll, in der klaren Erkenntnis unserer Feinde, daß die Stärke des Proletariats am allerwenigsten von Parlamentssitzen abhängt, vielmehr verankert ist in seinen politischen, gewerkschaftlichen und kulturellen Organisationen.«

Die Rednerin mußte ab und zu größere Pausen einlegen. Sie war schwerkrank, fast völlig erblindet und äußerst gebrechlich. Seit einiger Zeit lebte sie ständig in einem Sanatorium in der Nähe von Moskau. Nur um diese Rede zu halten, hatte sie vor wenigen Tagen die beschwerliche Reise nach Berlin angetreten. Die Fahrt hatte sie sehr angestrengt – und dies um so mehr, als sie unterwegs von Genossen benachrichtigt worden war, daß ihr faschistische Schlägerkolonnen am Schlesischen Bahnhof auflauerten. Ihre Begleiter hatten darauf bestanden, den Zug in Frankfurt/Oder zu verlassen und die Weiterreise in einem unbequemen, alten Auto zu machen.

Jetzt triumphierte der Wille Clara Zetkins über Krankheit und Erschöpfung. Die Sätze, die sie mit der ihr eigenen Sprachgewalt formte, beeindruckten auch die bürgerlichen und sozialdemokratischen Abgeordneten. Selbst die Faschisten, die der greisen Revolutionärin ihre SA-Banden entgegengeschickt hatten, konnten sich der Ausstrahlung ihrer Persönlichkeit nicht entziehen. Im Reichstag, der so oft Schauplatz wilder Tumulte war, herrschte Totenstille, als die Rednerin leidenschaftlich zum Kampf gegen die Unmenschlichkeit appellierte:

»Das Gebot der Stunde ist die Einheitsfront aller Werktätigen, um den Faschismus zurückzuwerfen, um damit den Versklavten und Ausgebeuteten die Kraft und die Macht ihrer Organisationen zu erhalten, ja sogar ihr physisches Leben. Vor dieser zwingenden geschichtlichen Notwendigkeit müssen alle fesselnden und trennenden politischen, gewerkschaftlichen, religiösen und weltanschaulichen Einstellungen zurücktreten. Alle Bedrohten, alle Leidenden, alle Befreiungssehnsüchtigen gehören in die Einheits-

front gegen den Faschismus und seine Beauftragten in der Regierung! Die Selbstbehauptung der Werktätigen gegen den Faschismus ist die nächste unerläßliche Voraussetzung für die Einheitsfront im Kampfe gegen Krise, imperialistische Kriege und ihre Ursache, die kapitalistische Produktionsweise.«

Nicht nur im Reichstag und in Deutschland, sondern in der ganzen Welt gab es kaum jemanden, der besser als Clara Zetkin geeignet war, den antifaschistischen Kampfruf der Kommunisten in die Volksmassen hineinzutragen. Die Kampfgefährtin von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die Vertraute von Lenin und Krupskaja, hatte sich als Vorkämpferin der proletarischen Frauenbewegung unermeßliche Verdienste erworben. Sie hatte während des ersten Weltkrieges in vorderster Reihe gegen das imperialistische Völkermorden gestritten und seit der Oktoberrevolution unermüdlich für die Festigung der Sowjetmacht gewirkt. Sie zählte auch zu jenen, die seit dem ersten Aufbegehren des Faschismus zum zielklaren und unversöhnlichen Kampf gegen ihn angetreten waren. Im Juni 1923, wenige Monate nach dem Sieg der Faschisten in Italien, nur ein paar Tage nach dem faschistischen Staatsstreich in Bulgarien, während einer Situation, als sich das faschistische Regime in Ungarn konsolidierte, als der Faschismus auch in Deutschland sein Haupt erhob, hatte die Kommunistische Internationale über diese neuen Erscheinungen zum ersten Male beraten. Da schon stellte sich Clara Zetkin der Aufgabe, die neuartige Bewegung der Konterrevolution zu analysieren und Grundlinien der antifaschistischen Strategie zu entwerfen.

In ihrer damaligen Rede auf dem Erweiterten Plenum des Exekutivkomitees der KI gab sie eine umfassende Einschätzung des klassenmäßigen Wesens des Faschismus – eine Einschätzung, die in sämtlichen entscheidenden Punkten von der weiteren historischen Entwicklung bestätigt wurde und als Grundlage für alle späteren marxistisch-leninistischen Faschismusanalysen diente. Im Kern war hier bereits die Erkenntnis enthalten, die Georgi Dimitroff auf dem VII. Weltkongreß der KI (1935) in die Worte faßte, daß »der Faschismus an der Macht . . . die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals« ist.

Im Gegensatz zu sozialdemokratischen und linksbürgerlichen Theoretikern, die im Faschismus – von seiner Massenbasis ausgehend – eine kleinbürgerliche Radaupartei sahen, hatte Clara Zetkin schon 1923 ausgesagt, daß diese Bewegung im Interesse und im Auftrage der aggressivsten Kreise der Großbourgeoisie auf die historische Bühne trat. »Der Faschismus«, so urteilte sie, »ist der stärkste, der konzentrierteste, er ist der klassische Ausdruck der Generaloffensive der Weltbourgeoisie in diesem Augenblick.«

Und weiter: »Die Bourgeoisie (nimmt) nicht nur mit Kußhand die Dienste des Faschismus an und gewährt ihm weiteste Bewegungsfreiheit . . ., sie nährt und erhält ihn und fördert seine Entwicklung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln des Geldschranks und der politischen Macht.«

Clara Zetkin erfaßte schon damals einen besonders gefährlichen Wesenszug des Faschismus, der sich aus seiner Aufgabenstellung ergab – nämlich große Massen der Werktätigen gegen ihre eigenen Interessen zu mobilisieren. Sie wies auf die Methoden der kombinierten Handhabung von Demagogie und Terror und hob hervor, daß der Faschismus eines »zweifachen Apparates« bedürfe: »eines Apparates zur Korrumpierung der Arbeiter und eines Apparates zu ihrer Niederwerfung mit bewaffneter Macht«. Dabei erkannte sie die gefährlichen Resultate, die sich aus solcher Massenpolitik ergaben: »Tausendköpfige Massen strömten dem Faschismus zu. Er wurde ein Asyl für politisch Obdachlose, für sozial Entwurzelte, für Existenzlose und Enttäuschte.« Doch sie sah auch den Hebel, der zur ideologischen Bekämpfung des Faschismus angesetzt werden mußte: »Es liegt auf der Hand, daß nach der sozialen Zusammensetzung seiner Truppen der Faschismus auch Elemente einschließt, die der bürgerlichen Gesellschaft außerordentlich unbequem, ja gefährlich werden können . . . (und) gefährlich werden müssen, wenn sie ihr ureigenes Interesse verstehen.« Am Schluß ihres programmatischen Berichts von 1923 hatte Clara Zetkin dazu aufgerufen, »mit größter Energie den Kampf auf(zu)nehmen nicht nur um die Seelen der Proletarier, die dem Faschismus verfallen sind, sondern auch um die Seelen der Klein- und Mittelbürger, der Kleinbauern und der Intellektuellen, kurz, all der Schichten, die . . . durch ihre wirtschaftliche und soziale Stellung in wachsenden Gegensatz zum Großkapitalismus kommen und damit zum scharfen Kampf gegen ihn«.

Genau diese Aufgabe stellte auch Ernst Thälmann den deutschen Kommunisten. In der verheerenden Wirtschaftskrise, die 1929 einsetzte, wollte das Monopolkapital die bedrohlich wachsende Kraft des Hitlerfaschismus nutzen – eine ständig zunehmende Zahl von Großindustriellen und -bankiers ließ der NSDAP immer massivere Unterstützung zukommen. Zugleich bewirkte das unvorstellbare Massenelend, daß breite Schichten politisch labiler Werktätiger, vor allem Handwerker und Gewerbetreibende, Bauern und Landarbeiter, Angestellte und kleine Beamte, aber auch deklassierte Proletarier, für die soziale Demagogie der Nazis anfällig wurden. Und je mehr massenpolitische Erfolge die faschistische Partei errang, desto attraktiver wurde sie wiederum für das Großkapital, desto reichlicher flossen ihr Spenden zu. Deshalb verfocht Thälmann schon im Oktober 1929 auf einer ZK-Tagung der KPD eine »schroffe Wendung gegen den Faschismus«. Er mußte feststellen, daß sich das deutsche Kapital von den alten bürgerlichen

Parteien auf die Nazibewegung »umstelle« und diese infolgedessen einen »bestimmten Tempogewinn« erzielen konnte. Das ZK verpflichtete die Partei, der ideologischen Auseinandersetzung mit den Nazis vorrangige Aufmerksamkeit zuzuwenden und den »schärfsten Massenkampf gegen den Faschismus« zu organisieren.

In der berühmten Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes, vom 24. August 1930, richtete die KPD ihren Hauptstoß gegen die soziale und nationale Demagogie der Nazis. »Die Faschisten (Nationalsozialisten)«, heißt es in diesem historischen Dokument, »behaupten, sie seien eine ›nationale‹, eine ›sozialistische‹ und eine ›Arbeiter‹partei. Wir erwidern darauf, daß sie eine volks- und arbeiterfeindliche, eine antisozialistische, eine Partei der äußersten Reaktion, der Ausbeutung und der Versklavung der Werktätigen sind. Eine Partei, die bestrebt ist, den Werktätigen alles das zu nehmen, was ihnen selbst die bürgerlichen und sozialdemokratischen Regierungen noch nicht nehmen konnten. Eine Partei der mörderischen, faschistischen Diktatur.« Wenig später erklärte Ernst Thälmann: »Wir müssen um jeden Schritt, um jede Handbreit des Bodens, den der Faschismus erobern will, kämpfen und die wirtschaftlichen und politischen Rechte der Arbeiterklasse verteidigen.«

Trotz aller Bemühungen der Kommunisten und mancher Teilerfolge blieb die Entfaltung des antifaschistischen Kampfes hinter dem Aufschwung der faschistischen Bewegung zurück. Das wurde durch die Reichstagswahl am 14. September 1930 offenbar, als die NSDAP, für die zwei Jahre zuvor nur 810 Tausend Menschen gestimmt hatten, mit 6,4 Millionen Stimmen einen fast siebenhundertprozentigen Zuwachs verzeichnen konnte.

Die Mobilisierung der Arbeiterklasse gegen den Faschismus wurde aufs schwerste durch die Polizei der rechten sozialdemokratischen Führer beeinträchtigt. Diese verkannten das Klassenwesen des Faschismus und gingen davon aus, daß das jetzt nach rechts ausschlagende »Pendel« der Wählerstimmung eines Tages »automatisch« wieder nach links schwingen werde. Die Zusammenarbeit mit den bürgerlich-parlamentarischen Parteien über alles stellend, lehnten sie jede gemeinsame Aktion mit den Kommunisten ab. Aus dieser Einstellung resultierte eine Politik, die Clara Zetkin bereits 1923 mit den Worten gegeißelt hatte, daß den reformistischen Führern angesichts ihrer theoretischen Grundhaltung »nichts anderes übrig (bleibe), als still und bescheiden zur Seite zu treten, den Tiger oder Löwen der bürgerlichen Klassenherrschaft ja nicht durch den Kampf . . . zu reizen, kurz, auf Gegenwart und Zukunft zu verzichten und geduldig abzuwarten, ob man auf dem Wege der Demokratie und Reform ein weniges vorwärtskommen könne«.

Zur Beschönigung dieser Politik, die objektiv den Lebensinteressen der Werktätigen widersprach, entwickelten die rechtssozialdemokratischen Füh-

rer die Theorie vom »kleinen Übel«: Man müsse die von den bürgerlichen Politikern verfolgte Linie der Auspowerung und Entrechtung der Massen hinnehmen, sogar die traditionellen Reaktionäre in puncto Antikommunismus übertrumpfen, weil dann das Großkapital keinen Grund mehr habe, sich für das »größere Übel«, nämlich die Hitlerdiktatur, einzusetzen. Bei den Wahlen zur Neubestimmung des Reichspräsidenten, im Frühjahr 1932, setzten die sozialdemokratischen Führer dieser selbstmörderischen Taktik die Krone auf, indem sie ihre Anhänger aufriefen, ihre Stimme dem bisherigen Präsidenten und Einpeitscher des republikfeindlichen Kurses, dem Generalfeldmarschall von Hindenburg, zu geben. Der »Vorwärts«, das Zentralorgan der SPD, suggerierte in absoluter Blindheit: »Du mußt es jedem Wähler sagen: für Hindenburg – heißt Hitler schlagen!«

Dagegen mühten sich die Kommunisten, um die sozialdemokratisch beeinflußten Arbeiter und auch die reformistischen Führer vom Kurs der faktischen Begünstigung des Faschismus abzubringen. Unmittelbar nach der Wiederwahl Hindenburgs wandten sich das ZK der KPD und das Reichskomitee der Revolutionären Gewerkschaftsopposition mit einem Aufruf an die Arbeiter Deutschlands. »Es ist höchste Zeit!« hieß es dort. »Jetzt nach der Wahl wird der Klassenfeind versuchen, uns alle zu überrumpeln. Vereinigt euch mit uns und kämpft gegen die kapitalistischen Räuber und gegen die immer frecher auftretenden faschistischen Banden.« Die Partei nahm sich der konkreten Forderungen der in immer tiefere Not geratenen Massen an und erklärte, daß sie nicht nur den sozialdemokratischen Mitgliedern, sondern auch den Führungsgremien der SPD und der Gewerkschaften die Hand zum Bündnis biete: »Wir sind bereit, mit jeder Organisation, in der Arbeiter vereinigt sind und die wirklich den Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsabbau führen will, gemeinsam zu kämpfen!«.

Die Kommunisten wurden nicht müde, neue Organisationsformen des antifaschistischen Kampfes ausfindig zu machen. »Das Tempo der Faschisierung«, sagte Ernst Thälmann auf der Mai-Tagung des kommunistischen Zentralkomitees 1932, verpflichte dazu, neue Wege einzuschlagen und vor allem die »vorhandene Mauer, die zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern steht, zu beseitigen«. Im Einklang mit dieser Aufgabe rief die KPD bald darauf die überparteiliche Antifaschistische Aktion ins Leben, und sie appellierte an die Massen: »Erkennt angesichts des faschistischen Todfeindes den Ernst der Stunde! . . . Die Antifaschistische Aktion muß alle Kräfte der Arbeiterklasse und der von ihr geführten Millionen Werktätigen in Stadt und Land zum Einsatz bringen, um der Faschisierung Deutschlands Einhalt zu gebieten, um den blutigen Plan des Hitlerfaschismus zu vereiteln, der die offene, faschistische Diktatur über Deutschland aufrichten will!«.

Mitglieder und Spitzenfunktionäre der KPD führten unzählige Gespräche und Diskussionen mit Sozialdemokraten, suchten deren anerzogenes Mißtrauen gegen die kommunistischen Bündnisangebote auszuräumen: Alle Zweifel an der Ehrlichkeit der Einheitsfrontpolitik kämen nur dem Faschismus zugute, der willens sei, seine Ankündigungen wahr zu machen und Deutschland in ein Land der Galgen und der Scheiterhaufen zu verwandeln. Viele Sozialdemokraten erkannten die tödliche Gefahr, die der Arbeiterbewegung drohte. Die linken Kräfte in der SPD und der sozialdemokratischen Wehrorganisation »Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold« erstarkten. Vielerorts nahmen SPD-Mitglieder an antifaschistischen Kundgebungen, Kongressen und Aktionen teil; Reichsbannerkameraden schlugen Schulter an Schulter mit den Genossen des verbotenen »Roten Frontkämpferbundes« die faschistischen Provokationen zurück. Doch die Schranken des Antikommunismus, die von den reformistischen Führern aufgebaut waren, verhinderten die Schaffung einer in ganz Deutschland wirksamen Aktionseinheit. Die Kraft der Kommunisten und derjenigen Sozialdemokraten, die zum gemeinsamen antifaschistischen Kampf bereit waren, reichte nicht aus, um dem Hitlerfaschismus den Weg zur Macht zu verlegen.

Wie alle fortschrittlichen Menschen innerhalb und außerhalb Deutschlands, beobachtete auch Clara Zetkin, die nach Moskau zurückgekehrt war, die weitere Entwicklung der deutschen Dinge mit größter Besorgnis. Die Nachrichten aus der Heimat verschlimmerten ihren ohnehin schlechten Gesundheitszustand. Sie war jetzt ans Bett gefesselt und konnte sich nicht mehr selbständig bewegen. Dennoch setzte sie ihre schwindenden Kräfte bis zum letzten gegen die faschistischen Verbrecher ein: Kurz nach der Reichstagsbrandstiftung, im März 1933, diktierte sie als Präsidentin der Internationalen Roten Hilfe ihren letzten Aufruf an die Weltöffentlichkeit. Sie beschwor die Menschen, nach Deutschland zu blicken, »wo der sterbende und sich bedroht fühlende Kapitalismus seine Rettung vom Faschismus erwartet«, wo die Faschisten »ein Regime der physischen und geistigen Vernichtung« aufrichteten, »dessen Greueltaten noch weit hinter das Mittelalter zurückgehen«. Der Schlußsatz dieses Appells war gleichsam ihr Vermächtnis: »Wir alle dürfen nicht rasten und ruhen, bis der Faschismus, der blutige Unterdrückung, Terror, Hunger und Krieg im Gefolge hat, zerschmettert am Boden liegen wird.«

Clara Zetkin starb am 20. Juni 1933. Als faschistischer Terror, Völkerverhetzung und Antisowjetismus in Deutschland ihre Orgien feierten, setzten sowjetische Kommunisten die Asche der großen deutschen Antifaschistin und Internationalistin in der Kremlmauer bei.

Auslieferung der Macht






Männer des Monopolkapitals und der Reichswehr als Wegbereiter der faschistischen Diktatur (von links oben): Fritz Thyssen, Kurt von Schröder, Kurt von Schleicher, Werner von Blomberg

30. Januar 1933, das faschistische Kabinett wird gebildet (im Vordergrund, von links: Göring, Hitler, Papen; dahinter, von rechts: Hugenberg, Blomberg)

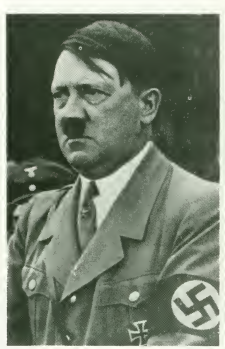


Faschistische Ovationen vor der Reichskanzlei am Abend des 30. Januar



Adolf Hitler, faschistischer Reichskanzler

Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht betreibt die Finanzierung der Nazipartei durch das Monopolkapital






VOLKE



Der Reichstag brennt in der Nacht zum 28. Februar '33

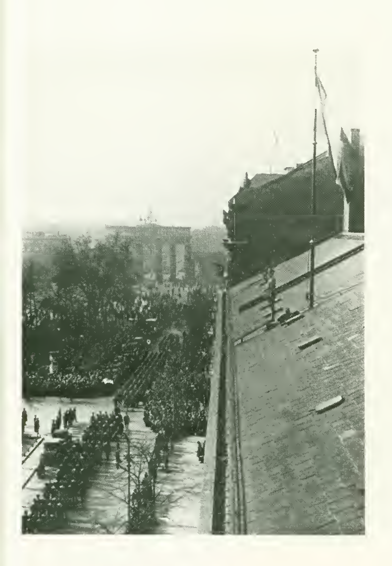
Drahtzieher ist Hermann Göring, preußischer Innenminister

Noch am 28. Februar '33 tritt die lang vorbereitete faschistische Notverordnung in Kraft, der braune Terror beginnt – so wie hier in einer Polizeirazzia gegen Kommunisten im Berliner Norden am 3. März

Die Faschisten hissen im Februar '33 die Hakenkreuzfahne als Symbol ihrer konterrevolutionären Diktatur auf dem Karl-Liebknecht-Haus, dem ZK-Gebäude der KPD



13. März '33, Polizeiabteilungen und nationalistische Verbände marschieren vor dem preußischen Innenministerium auf



Fritz Thyssen

Forderung des Monopolkapitals

Es war ein grauer, von Schornsteinqualm und tiefliegenden Wolken gefärbter Himmel, der an diesem 11. November 1932 über dem Ruhrgebiet hing. An den Litfaßsäulen, an den Mauern der Wohnhäuser und Fabriken hafteten noch die Spuren des heißen Wahlkampfes, der am letzten Sonntag, dem 6. November, zu Ende gegangen war und gerade hier, im Revier, zu einem sensationellen Wahlsieg der KPD geführt hatte: Mit 28 Prozent aller abgegebenen Stimmen im Wahlkreis Düsseldorf-Ost hatten die Kommunisten die Nazipartei, die in ganz Deutschland mit dem Stimmenverlust von zwei Millionen einen schweren Rückschlag erlitt, überflügelt und die meisten Wähler für sich gewonnen.

In den Direktorenzimmern der Konzerne und den Villen der Ruhrmagnaten gab es aufgeregte Debatten, wie es nun weitergehen solle. Dabei war der allgemeine Tenor, daß eine etwaige Wiederherstellung des vor kurzem beseitigten Systems der Tarifverträge – im Unternehmerjargon schlechthin als »unerträgliche Diktatur der Gewerkschaftssekretäre« verunglimpft – abgewehrt, daß überhaupt mit dem parlamentarischen Firlefanz und der kommunistischen Gefahr rücksichtslos Schluß gemacht werden müsse. Einmütigkeit herrschte darüber, daß die Aufnahme der NSDAP in die Regierung nicht länger hinausgeschoben werden dürfe. Doch Unsicherheit und Uneinigkeit bestanden in der Frage, welchen Politiker man als den »starken Mann« an die Spitze stellen solle und könne.

Anders im »Hause Thyssen« in Mülheim-Spelfeld. Fritz Thyssen, einer der mächtigsten Männer im Ruhrrevier, Aufsichtsratsvorsitzender des Montanriesen »Vereinigte Stahlwerke«, hatte seine Wahl schon seit langem getroffen: Hitler und kein anderer mußte Reichskanzler werden!

Thyssen setzte auf Hitler nicht aus Begeisterung für die nebulose »nationalsozialistische Idee« oder aus persönlicher Hinneigung zu diesem Anführer der braunen Schlägerbanden. Er entschied aus ganz nüchternen, gewissermaßen geschäftsmäßigen Kalkulationen. Bis 1919 hatte er, wie die meisten katholischen Industriellen im Ruhrrevier, der Zentrumspartei angehört. Aus Protest gegen deren Zustimmung zum Versailler Vertrag war er aber aus dem Zentrum ausgetreten, und er hatte sich der konservativen Deutschnationalen Volkspartei angeschlossen. Dort wurde zwar seine unversöhnliche Feindschaft gegen die Weimarer Republik geteilt. Doch er blieb trotzdem ein Außenseiter – und dies in zweifacher Hinsicht: erstens als Katholik, zweitens als derjenige Industrielle, der dem Eindringen des amerikanischen Kapitals in Schlüsselstellungen der Ruhrindustrie das Tor weit geöffnet hatte. Für alldeutsch gesinnte DNVP-Leute, wie den Parteivorsitzenden Hugenberg, galt er als ein Mann, dessen nationale Zuverlässigkeit zweifelhaft war und dem man keinen Einfluß auf die Parteiführung überlassen dürfte. Als Thyssen gegen Ende der 20er Jahre seine Aufmerksamkeit der Nazipartei zuwandte, die damals noch Juniorpartner Hugenbergs war, erkannte er eine Chance, mit der Hitlerpartei jenes Ziel anzusteuern, das er mit der DNVP nie erreichen würde: nicht nur die Weimarer Republik zu erledigen, sondern zugleich sich selbst in die Führungsposition unter den deutschen Industriellen emporzuschwingen. Auf eine solche Stellung glaubte er schon deshalb Anspruch zu haben, weil er es war, der mit seinen Hüttenwerken den modernsten und wertvollsten Teil in den Konzern der Vereinigten Stahlwerke eingebracht hatte.

Thyssen ging entschlossen und zielstrebig vor. Als die Nazis Geld für den Kauf eines neuen Parteigebäudes, des Münchner »Braunen Hauses« benötigten, sprang er mit einem »Darlehen« ein. Dann lernte er – ebenfalls 1930 – Hermann Göring kennen, und mit ihm genau den Mann, den er brauchte, um seine Pläne zu realisieren. Göring besaß als ehemaliger Offizier und als Vertreter etlicher Industriefirmen vielseitige gesellschaftliche Verbindungen, und er hatte durch die imponierende Sicherheit, mit der er in den Kreisen der »Oberen Zehntausend« verkehrte, sich für den Naziführer Hitler unentbehrlich gemacht. Ein durchtriebener Taktiker, war er zugleich machtlüstern, skrupellos, maßlos eitel, prunksüchtig und besitzgierig – also auch in hohem Maße käuflich. Göring brauchte immerfort Geld, und Thyssen hatte eine offene Hand für ihn: Horrende Summen wurden bei Begegnungen in Restaurants oder anderen Gelegenheiten formlos übergeben, der Nazi erhielt sogar den Zweitschlüssel eines Bankkundensafes, in den Thyssen bisweilen Geld für ihn hinterlegen ließ. Als Gegenleistung bot Göring seinen persönlichen Einfluß auf Hitler an, dessen Entschlüsse er in die von Thyssen gewünschte Richtung zu lenken versprach.

Das war allerdings nicht ganz einfach, weil die Figuren in der nächsten Umgebung Hitlers – der Reichsorganisationsleiter Gregor Strasser, der Stabschef der SA Ernst Röhm, der Führerstellvertreter Rudolf Heß und viele andere – ebenso emsig bemüht blieben, den obersten Parteichef in ihrem Sinne zu beeinflussen. Deshalb mochte sich Thyssen nicht nur auf die indirekte Steuerung Hitlers durch Göring verlassen. Er hatte sich entschlossen, selbst Geltung bei Hitler zu gewinnen – und war im Dezember 1931 (damals noch sensationell für einen Großindustriellen!) der Nazipartei beigetreten. Seine Frau Amélie war ihm im März desselben Jahres vorangegangen.

Am Vormittag des 11. November 1932 nun saßen Fritz und Amélie Thyssen in der gemütlichen Sitzecke ihres Wintergartens, durch dessen großflächige Fenster man den parkähnlichen Garten überschauen konnte. Thyssen reichte seiner Frau einen Brief, der am Morgen eingetroffen war. Er hatte die Gewohnheit, wichtige Angelegenheiten mit seiner Frau zu besprechen, und legte Wert darauf, ihre Ansicht zu hören.

Absender des Briefes war der im Hause Thyssen und bei allen Ruhrmagnaten bestens bekannte und geschätzte Max Schlenker. Er war Geschäftsführer des »Langnamvereins« – wie die Interessenvertretung der Rhein-Ruhrindustrie, der »Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen«, der Einfachheit halber genannt wurde – und wirkte als ein ebenso entschiedener wie geschickter Anwalt der Ruhrmonopolisten.

In seinem Schreiben hatte Schlenker dringend gebeten, Fritz Thyssen möge seinen Einfluß auf Hitler dahingehend geltend machen, daß dieser sich bei den bevorstehenden Verhandlungen der Parteiführer mit dem Reichspräsidenten Hindenburg kompromißbereit zeige und eine Einigung nicht durch seine Forderung blockiere, unbedingt selbst Kanzler werden zu wollen. Es könnte der Wiederherstellung des alten Vertrauens zwischen den führenden Männern des Reviers dienlich sein, schrieb Schlenker, wenn Thyssen Hitler dazu bewege, der Beteiligung der NSDAP an einer Regierung unter Leitung einer nicht parteimäßig gebundenen Persönlichkeit zuzustimmen.

»Nun, was meinst Du dazu, meine Liebe?« fragte Fritz Thyssen seine Frau, nachdem diese das Schreiben gelesen hatte.

»Tja«, erwiderte sie gedehnt, »sicher sind hinter diesen Wünschen Fußangeln verborgen; aber verstehen kann ich Schlenkers Bedenken schon. Denn – so hinreißend und unübertroffen unser Hitler auch ist, wenn er in Massenversammlungen spricht – als Kanzler, womöglich noch mit Frack und Zylinder, kann ich ihn mir einfach nicht vorstellen. Als Parteiführer ist er konkurrenzlos. Aber das Format zum Staatsmann – das hat er wohl doch nicht.«

»Aber liebe Amélie«, gab ihr Mann zurück, »hat denn etwa Fränzchen, unser derzeitiger Reichskanzler, staatsmännisches Format? Darauf kommt es doch überhaupt nicht an. Wenn der Führer nur macht, was wir wollen, dann ist er der beste Kanzler, der in Deutschland zur Zeit gefunden werden kann.«

»Du hast natürlich recht, wie immer – wie fast immer«, korrigierte sie sich lächelnd. »Aber dennoch tut es mir leid, daß die alte Harmonie zwischen Dir, Reusch und den anderen zerstört ist. Es ist nun schon Monate her, daß ihr zwölf klugen Männer der Ruhrlande nicht mehr getagt habt, während Ihr früher wenigstens jeden Monat einmal beisammen wart; und manchmal habt Ihr sogar geruht, an uns Frauen zu denken, wie vor zwei Jahren. Erinnerst Du Dich noch an die wunderbare gemeinsame Wienreise im Sommer 1930?«

Thyssen verzog unwillig den Mund. »Du wirst sentimental, Amélie, und das paßt nicht zu Dir. Das Leben ist nicht Harmonie, am allerwenigsten das Geschäftsleben, wie Du wissen solltest, sondern Kampf, unerbittlicher Kampf. Steigen oder fallen, Hammer oder Amboß, fressen oder gefressen werden.« Thyssen ereiferte sich, und sein Gesicht mit der schnabelartig gebogenen Nase erinnerte jetzt noch mehr als sonst an einen Raubvogel.

»Auch damit hast Du natürlich recht. Aber was hat das eigentlich mit dem Schreiben von Schlenker zu tun?« unterbrach ihn seine Frau.

»Oh, sehr viel. Du darfst sicher sein, daß der gute Max nicht von allein auf die Idee kam, diese Epistel zu verfassen; das ist, ich wette, mit Reusch, Springorum und Krupp abgesprochen. Sie wissen wie wir, daß es keinen anderen Weg zur nationalen Diktatur geben kann als über die Regierungsbeteiligung der Partei Hitlers. Und sie wissen, daß man damit nach diesen Wahlen nicht mehr lange warten darf. Aber sie möchten die Nationalsozialisten nur als Blutspender benutzen – und wollen zugleich verhindern, daß wir, die wir aus unseren Kreisen als erste auf Hitler und die Seinen setzten, jetzt an Einfluß und Macht gewinnen. Nicht dafür aber habe ich seit Jahren diesen Hitler finanziert, daß Herr Krupp weiterhin den Führer der deutschen Industrie spielen darf, daß die Herren Reusch und Springorum an Rhein und Ruhr, im Langnamverein und sonstwo, auch in Zukunft den Taktstock schwingen dürfen. Nein, jetzt kommt die Zeit, wo sich unsere politischen Investitionen rentieren müssen. Aber das werden sie nur, wenn Hitler und kein anderer Reichskanzler wird.«

»Was also wirst Du Schlenker antworten?« fragte Frau Amélie.

Die Antwort lautete entschieden: »Ich werde ihm natürlich klarmachen, daß ich auf keinen Fall in dem von ihm gewünschten Sinne tätig werden kann. Dies wird ihn wohl kaum überraschen, denn er kann nicht im Ernst geglaubt haben, daß ich darauf verzichte, zu ernten, wo ich gesät habe.«

Ein solches Gespräch zwischen Fritz Thyssen und seiner Frau ist zwar im Wortlaut nicht überliefert – also fiktiv; es hätte jedoch so oder ähnlich stattfinden können. Das darin zur Sprache Gebrachte, besonders der Brief Schlenkers und die Antwort Thyssens, ebenso die Differenzen zwischen den Ruhrindustriellen, sind authentisch.

In dem Schreiben, das Thyssen noch am gleichen Tage an Schlenker absandte, begründete er seine Ablehnung unter anderem damit, daß der Nationalsozialismus nur einen Führer kenne und nur dieser berufen sei, einen Staat zu schaffen, der »dem Umsturz und der Vernichtung der europäischen Zivilisation die Stirn ... bieten« könne. Eine andere Lösung als eine Kanzlerschaft Hitlers sei für seine Anhänger untragbar. Zugleich bot er aber Schlenker und denen, die hinter ihm standen, eine Verständigung an – und zwar für den Fall, daß sie der Kanzlerschaft Hitlers zustimmten. Wenn man sich, so schrieb er, gemeinsam auf Hitler einige, werde man sich auch »über die Ziele seiner Politik« einigen können.

Eine Ernennung Hitlers zum Kanzler stieß jedoch auch auf den Widerstand des Reichspräsidenten Hindenburg, der schon mehrfach erklärt hatte, er werde den »böhmischen Gefreiten« niemals zum Reichskanzler berufen. Natürlich war dabei nicht nur greisenhafter Starrsinn im Spiel, sondern vor allem die ablehnende Haltung jener, auf deren Einflüsterungen Hindenburg zu hören gewohnt war – beispielsweise des derzeitigen Kanzlers Papen oder seines ostpreußischen Gutsnachbarn, des alten Monarchisten Oldenburg-Januschau. Sie wollten die Nazipartei zwar in der Regierung haben, aber nur als Lieferant einer Massenbasis für ein Kabinett der »konservativen Elite« und für die Erledigung der Schmutzarbeit, die bei der Abrechnung mit der Arbeiterbewegung unvermeidlich anfallen würde.

Es war notwendig, den alten Herrn unter Druck zu setzen, damit er Hitler und keinen anderen endlich zum Kanzler berief. Für diese Forderung mußten möglichst viele erstklassige Unterschriften von Männern der Industrie- und Bankwelt, zudem aus der Landwirtschaft, gewonnen und Hindenburg so rasch wie möglich zugeleitet werden.

Eine solche Unterschriftensammlung war bereits von anderer Seite, vom »Keppler-Kreis« – so benannt nach Wilhelm Keppler, dem Wirtschaftsberater Hitlers – in Gang gesetzt worden. Zu dessen Mitgliedern, die im Lande herumreisten, um Unterschriften für eine Eingabe einzuholen, zählte auch Hjalmar Schacht, Thyssens Vertrauter in innen- und außenpolitischen Fragen: Von diesem erhielt Thyssen selbst ein Exemplar der Eingabe. Dabei fragte Schacht den Industriellen, wie er die Erfolgsaussichten der Unterschriftensammlung bei den großmächtigen Herren der Ruhrkonzerne beurteile. Statt einer Antwort zeigte Thyssen nur den Brief Schlenkers vor. Nach rascher Lektüre entgegnete Schacht mit dem Wortspiel: Die Schwer-

industrie trage ihren Namen wahrhaftig zu Recht – nämlich wegen ihrer Schwerfälligkeit.

Schacht und Thyssen stimmten überein, daß nicht mehr viel Zeit verloren werden dürfe. Dies um so weniger, als der Kanzler Papen immer stärker unter Beschuß geriet. Wohl hatte sich der Reichskanzler im September noch über ein Mißtrauensvotum des Reichstages hinwegzusetzen vermocht, doch dann war ein Schlag nach dem anderen auf ihn und seine Regierung niedergehagelt. Die von der gesamten Unternehmerschaft begeistert aufgenommene Notverordnung über die faktische Beseitigung des Tarifrechts der Werktätigen war von einer Streikwelle beantwortet worden, die unter der Führung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition stand. Angesichts dieser Kampfbereitschaft der Arbeiter wagten es die meisten Betriebsleitungen nicht, den von der Regierung sanktionierten Lohnabbau durchzusetzen. In den Streiks, an denen sich Werktätige aller politischen Richtungen beteiligten, erstarkte der Einheitswille der Arbeiterschaft. Der größte Arbeitskampf dieses Herbstes 1932, der Berliner Verkehrsarbeiterstreik zu Beginn des November, führte bis an die Schwelle des politischen Massenstreiks heran. Die Polizei hatte die Situation in der Reichshauptstadt nicht mehr voll unter Kontrolle. Bei den Wahlen am 6. November errang die KPD, die unter dem Banner der Antifaschistischen Aktion kämpfte, sechs Millionen Stimmen – mehr als jemals zuvor. In dieser Situation kündigte General Schleicher als Reichswehrminister dem Regierungschef Papen die Unterstützung der Reichswehr auf. Da sich auch fast alle anderen Minister für den Rücktritt des Kabinetts aussprachen, blieb Papen nichts anderes übrig, als Hindenburg am 17. November um seine Entlassung zu bitten.

Die Aktivitäten Thyssens und des »Keppler-Kreises« kulminierten nun gerade in den Tagen, als Hindenburg seine Verhandlungen zur neuen Regierungsbildung mit den Parteiführern begann. Für den 19. November war eine Unterredung mit Hitler angesetzt. An eben diesem Tage, noch bevor der Naziführer im Präsidentenpalais eintraf, übergab das einflußreiche Mitglied des »Keppler-Kreises« Friedrich Reinhart, Direktor der Commerz- und Privatbank, 17 unterzeichnete Exemplare der oben erwähnten Eingabe an Hindenburgs Staatssekretär Meißner. Dieser legte die Dokumente sofort dem Reichspräsidenten vor. Drei weitere Eingaben wurden am 21. November, dem Tage der zweiten Unterredung Hindenburgs mit Hitler, nachgeliefert – darunter auch diejenige mit der Unterschrift Thyssens.

Die Forderung, die von 20 Industriellen, Bankiers und Großagrariern, darunter Hjalmar Schacht, Kurt Freiherr von Schröder, Fritz Thyssen, Friedrich Reinhart, dem Reichslandbundpräsidenten Eberhard Graf von Kalckreuth, den Hamburger Reedern Kurt Woermann und Emil Helfferich, dem Kaliindustriellen August Rosterg unterzeichnet war und zu der sich auch

Vögler, Reusch und Springorum ausdrücklich bekannten, lautete, auf die kürzeste Formel gebracht: »Hitler muß Kanzler werden!« In der Eingabe wurde dieser Anspruch konkret mit folgenden Worten vorgetragen: »Es ist klar, daß eine des öfteren wiederholte Reichstagsauflösung mit sich häufenden, den Parteikampf immer mehr zuspitzenden Neuwahlen nicht nur einer politischen, sondern auch jeder wirtschaftlichen Beruhigung und Festigung entgegenwirken muß. Es ist aber auch klar, daß jede Verfassungsänderung, die nicht von breitester Volksströmung getragen ist, noch schlimmere wirtschaftliche, politische und seelische Wirkungen auslösen wird. . . . Die Übertragung der verantwortlichen Leitung eines mit den besten sachlichen und persönlichen Kräften ausgestatteten Präsidialkabinetts an den Führer der größten nationalen Gruppe wird die Schwächen und Fehler, die jeder Massenbewegung notwendig anhaften, ausmerzen und Millionen Menschen, die heute abseits stehen, zu bejahender Kraft mitreißen.«

Auf das Ergebnis der Unterredungen Hindenburgs mit Hitler, am 19. und 21. November, gewann diese Eingabe noch keinen zwingenden Einfluß. Noch einmal beharrte Hindenburg darauf, kein Parteikabinett bilden und folglich den NSDAP-Führer Hitler nicht zum Reichskanzler berufen zu können. Dabei bediente er sich der Argumente einer Telegrammaktion, die sich von deutschnationaler und alldeutscher Seite an ihn gerichtet hatte. So hieß es im Telegramm der Stahlhelmführer Seldte und Duesterberg vom 18. November: »... bitten wir Euer Exzellenz inständigst, die von den Parteien unabhängige autoritäre Form der Staatsführung zu erhalten ... Das deutsche Volk will keine irgendwie geartete Parteiherrschaft mehr, es will eine starke, von den Parteien wirklich unabhängige Staatsführung.«

Aber Hindenburg war von den Eingaben, die Hitlers Kanzlerschaft verlangten, nicht unbeeindruckt geblieben. Obwohl die Unterredungen negativ verliefen, entließ der Präsident den Nazichef am 21. November mit den Worten: »Wie die Sache und die Verhandlungen ausgehen mögen, das weiß Gott. Wir wissen es nicht. Eines aber möchte ich betonen: Welches Ende unsere Verhandlungen auch nehmen, meine Tür wird Ihnen immer offen sein.«

Neun Wochen später sollte Hitler wiederum durch diese Tür treten und Hindenburg bereit finden, der Forderung vom 19. November 1932 nachzukommen. Das deutsche Finanzkapital einigte sich auf den Kandidaten Thyssens. Doch bis dahin spielten sich erbitterte Interessenkämpfe ab, in denen mit den unglaublichsten Intrigen und Gegenintrigen, Lügen und Betrügereien, Bestechungen und Erpressungen gearbeitet wurde – ein angemessenes Vorspiel zum finstersten Kapitel deutscher Geschichte.

Kurt von Schröder

Das Bankkapital stellt die Weichen

Ein unauffällig gekleideter Mann schlenderte durch den Stadtwald im Villenviertel Köln-Lindenthal, und wer nur flüchtig hinschaute, konnte ihn für jemanden halten, der seinen Morgenspaziergang machte. Doch ein genauer Beobachter würde bemerkt haben, daß dieser Spaziergänger ein besonderes Interesse für die vornehme Villa hegte, die am Stadtwaldgürtel die Hausnummer 35 trug: Er postierte sich in der Nähe, jedoch so, daß er von den Fenstern her nicht bemerkt werden konnte. An diesem Tage sollte eben diese Villa der Schauplatz eines Ereignisses werden, das dem 4. Januar 1933 seinen Platz in der Vorgeschichte der faschistischen Diktatur sicherte.

Der Hausherr war Privatbankier Kurt von Schröder. Obwohl er zu den exklusivsten Kreisen der Kölner Hautevolee zählte und illustre Gäste gewohnt war, erwartete er einen ganz besonderen Besuch. Er hatte seinem Diener eingeschärft, über alles, was in den nächsten Stunden in diesem Hause geschehe, strengstes Stillschweigen zu bewahren, und wanderte nun unruhig in seinem Arbeitszimmer auf und ab, blieb zuweilen am Fenster stehen, um die Straße hinauf und hinunter zu blicken. Trotz der erwartungsvollen Spannung, die ihn beherrschte, muß er auch von einem Gefühl der Befriedigung erfüllt gewesen sein: Denn kaum eine Stunde sollte vergehen – dann würden sich hier, in seinem Zimmer, zwei Politiker begegnen, die sich in letzter Zeit unversöhnlich bekämpften, die nun aber, wenn alles programmgemäß lief, sich zu gemeinsamer Tat vereinigen sollten: Franz von Papen, amtierender Reichskanzler bis zum Dezember des Vorjahres, und Adolf Hitler, der noch vor kurzem bei der bloßen Nennung des anderen einen seiner Wutanfälle bekam, bei denen er in Haßtiraden gegen diesen »dekadenten Vertreter einer überlebten feudalen Herrenkaste« schäumte.

Schröder aber hatte bewirkt, daß nun das ganz und gar für unmöglich Gehaltene möglich, sogar Wirklichkeit wurde.

Es war aber auch ein hartes Stück Arbeit gewesen, diese beiden zusammenzubringen; und er allein – das mußte sich Schröder eingestehen – hätte dies nicht zuwege gebracht. Die Nazileute Keppler und Himmler hatten es verstanden, Hitler davon zu überzeugen, daß er sein Ziel ohne Papen nicht erreichen könne.

Der Bankier unterbrach seine Wanderung, nahm in einem der bequemen Klubsessel Platz und durchlief in Gedanken noch einmal die Ereignisse der letzten Wochen. Am 19. und 21. November waren die Verhandlungen Hindenburgs mit Hitler abermals gescheitert. Der Naziführer war über die erneute Weigerung des alten Herrn, ihn zum Kanzler zu ernennen, maßlos verbittert. Er hatte fest damit gerechnet, daß der massive Druck, der von so vielen Seiten auf den Reichspräsidenten zu seinen Gunsten ausgeübt worden war, insbesondere die Eingabe seiner Gönner aus der Wirtschaft, die letzten Bedenken Hindenburgs beiseite räumen würden. Statt dessen mußte er nun diese Abfuhr erleiden – und das inmitten der Krise seiner Partei, die nach dem enttäuschenden Ergebnis der Reichstagswahlen vom 6. November erschreckende Ausmaße angenommen hatte.

Die Wut Hitlers war vor allem gegen Papen gerichtet, Hindenburgs maßgeblichen Ratgeber. Denn dieser hatte noch immer damit gerechnet, am Ende ergebnisloser Verhandlungen mit den Parteiführern erneut mit der Regierung beauftragt zu werden und dann sein Programm durchführen zu können – ein Programm des vollständigen Staatsstreiches: erneute Auflösung des Reichstages, Durchsetzung einer neuen Verfassung mit einem Wahlrecht, das der Regierung auf jeden Fall die Mehrheit sichern würde, und Neuwahlen gemäß diesem oktroyierten Gesetz.

Das aber erschien Schröder, wie vielen seiner politischen Freunde, als ein allzu riskantes Vorhaben; es könnte eine Gegenwehr der Arbeiterschaft auslösen, die in einem Bürgerkrieg endigen würde. Es durfte deshalb nur der Weg der formal verfassungsmäßigen Bildung einer radikalen Rechtsregierung beschritten werden. Das war ohne die NSDAP nicht zu bewerkstelligen. Mit Papen als Reichskanzler war aber an eine Einigung mit den Nationalsozialisten nicht zu denken. Es mußte erst wieder eine Beruhigung der Gemüter eintreten und auf allen Seiten eine Denkpause eingelegt werden.

Alle, die so oder ähnlich wie Bankier Schröder dachten, hatten der neuen Regierungsbildung durch den agilen General Schleicher zugestimmt – sie mochten seine Kanzlerschaft aber nur als einen Zwischenakt betrachten. Danach mußte die endgültige Lösung erfolgen, deren Notwendigkeit in den Eingaben des Monopolkapitals an Hindenburg so nachdrücklich dargestellt worden war: Der Reichspräsident mußte Hitler zum Kanzler ernennen!

Gar mancher von Schröders Gesprächspartnern hatte durchblicken lassen, wenn der Reichspräsident partout nicht umgestimmt werden könne, dann müsse man auf irgendeine Weise seinen Rücktritt erwirken. Schließlich könne man nicht zulassen, daß unumgängliche Entscheidungen durch den Altersschwachsinn eines Fünfundachtzigjährigen blockiert würden. Schröder hatte darauf stets erwidert, ein solcher Weg sei unbedingt zu vermeiden. Hindenburg konnte allerdings nur umgestimmt werden, wenn jene, deren Einflüsterungen er zu folgen gewohnt war – und das war immer noch Papen –, aufhörten, seinen Widerstand gegen Hitlers Kanzlerschaft beständig zu stärken. Folglich mußte der Hebel zuerst bei Papen selbst angesetzt werden. Ein Ansatzpunkt war schnell gefunden. Seit Schleicher am 1. Dezember 1932 die Wiederbetrauung Papens mit dem Kanzleramte verhindert hatte, indem er den Reichspräsidenten durch die Erklärung schreckte, er müsse sonst die Verantwortung für einen blutigen Bürgerkrieg auf sich nehmen, seitdem kannte Papens gekränkte Eitelkeit nur einen Gedanken: diesen Streich seinem einstigen Mentor und jetzigen Nachfolger bei passender Gelegenheit heimzuzahlen. Um sich an Schleicher zu rächen, konnte Papen möglicherweise sogar bereit sein, sich bei Hindenburg für eine Kanzlerschaft Hitlers einzusetzen!

Genau diese Annahme Schröders hatte sich schon am 16. Dezember bestätigt. In einer Rede auf der Jahresversammlung des Kölner Herrenklubs bot sich Papen gewissermaßen als Unterhändler für neuaufzunehmende Verhandlungen mit den Nationalsozialisten an. Schröder, der aufmerksam zuhörte, entgingen die in dieser Rede angeschlagenen, gegen Schleicher gerichteten Untertöne nicht. In einem persönlichen Gespräch, das er im Verlaufe des Abends mit Papen führen konnte, bestätigte sich sein Eindruck: Papen äußerte tatsächlich den Wunsch nach einer »klärenden Aussprache« mit Hitler und war hocherfreut, als Schröder sich bereit zeigte, bei seinen Freunden in der NSDAP zu sondieren, wie man sich dort zu einer solchen Anregung verhalte. Er, Schröder, hatte sofort in den nächsten Tagen seinen alten Freund Keppler, den Wirtschaftsberater Hitlers, angerufen und ihn von dem Gespräch mit Papen in Kenntnis gesetzt. Schon am 19. Dezember schrieb Keppler an Hitler einen Brief, in dem wärmstens empfohlen wurde, sich mit Papen zu treffen, weil dieser nun »voll für Hitlers Kanzlerschaft« eintrete. Als Ort der geheimen Begegnung wurde die Kölner Villa genannt.

Schröder hatte mit Keppler auch das Ziel abgestimmt: Papen sollte dafür gewonnen werden, seinen Einfluß auf Hindenburg zu nutzen, um dessen Einwilligung für eine neue Regierung mit Hitler als Reichskanzler – und zwar ohne vorhergehende Reichstagsauflösung und Neuwahlen – zu erwirken. Papen sollte ferner gegen Schleicher Stimmung machen, damit Hindenburg diesen auch als Reichswehrminister fallenlasse.

Jetzt war ein herannahendes Auto zu hören! Es hielt vor der Schröderschen Villa. Hitler und seine Begleiter – Keppler, Heß, Himmler – stiegen aus und strebten eilig dem Eingang zu. Wenig später fuhr auch der zweite Wagen vor, der Papen heranbrachte. Der Bankier geleitete Papen in sein Arbeitszimmer, wo Hitler in einem Ledersessel Platz genommen hatte, sich nun aber zur Begrüßung erhob. Seine Begleiter wurden gebeten, in einem Nebenraum zu verweilen.

Nachdem man sich gesetzt hatte, gab der Bankier seiner großen Freude am Zustandekommen dieser Begegnung Ausdruck, die für die Zukunft des deutschen Volkes von großer Bedeutung sein könne. Sie solle Gelegenheit bieten, alle Mißverständnisse auszuräumen, die durch unglückselige Umstände und durch gezielte Falschinformationen entstanden seien, und sie müsse zwei Männer zusammenführen, die vom Schicksal ausersehen seien, gemeinsam zum Wohle Deutschlands zu arbeiten. Er schlage vor, die Gäste mögen zunächst die Gelegenheit wahrnehmen, eine klärende Aussprache über gewisse Vorgänge der letzten Monate zu führen. Doch hoffe er, daß dieser Teil der Aussprache eine rasche Klärung und die Grundlage für das Wichtigste ergebe: die so dringend notwendige Verständigung über die nächsten Schritte zur Bildung einer starken Regierung, die das System der Parteienherrschaft endgültig überwinde. Schröder bat Hitler, als erster das Wort zu ergreifen.

Der Naziführer wollte, aus alter Gewohnheit, und um sich in dieser fremden, ihn befangen machenden Umgebung freizureden, einen seiner stundenlangen Monologe beginnen. Er besann sich aber noch rechtzeitig und kam rasch zu der ihn vor allem beschäftigenden Frage: Wer der Verantwortliche für die Abfuhr gewesen sei, die ihm Hindenburg am 13. August und wiederum bei den beiden Besprechungen im November 1932 erteilt hatte. Papen, auf diese Frage längst vorbereitet, log das Blaue vom Himmel herunter und schwor, er sei schon im August bereit gewesen, das Reichskanzleramt für Hitler frei zu machen, und auch Hindenburg habe sich damals bereit gefunden, Hitler als Kanzler zu akzeptieren; er sei aber von anderen, vor allem von dem Reichswehrminister Schleicher, durch die Erklärung umgestimmt worden, man könne den Regierungseintritt der NSDAP auch für einen billigeren Preis erhalten. Schleicher habe wohl damals mit dem Gedanken gespielt, Hitler mit Hilfe seines Parteikonkurrenten Gregor Strasser von der Staatsführung fernzuhalten, eine Absicht, die ja durch spätere Ereignisse offenbar geworden sei. Papen gratulierte Hitler zu dessen unbeugsamer Haltung gegen den nun abgedankten Organisationsleiter der Nazipartei, und er fügte hinzu, die Ausschaltung Strassers, der mit staatssozialistischen Ideen liebäugele, habe bei weiten »nationalen Kreisen« die Bedenken gegen eine führende Rolle der NSDAP in der Regierung zerstreut.

Die Unterredung wandte sich sodann der künftigen Entwicklung zu. Papen wurde gefragt, ob er sich zutraue, den Reichspräsidenten zu bewegen, seinen Widerstand gegen eine Berufung des Führers der NSDAP aufzugeben. Dieser entgegnete ausweichend, darauf könne er noch keine abschließende Antwort geben; aber er halte es für taktisch klüger, Hindenburg vorzuschlagen, einem Duumvirat Hitler/Papen seine Zustimmung zu geben – dies zu erreichen, werde weit geringere Schwierigkeiten machen. Hitler hielt es daraufhin für nötig, seinen Anspruch auf alleinige Führung der Regierung wieder einmal nachdrücklich zu unterstreichen; von dieser Forderung könne er aus prinzipiellen Gründen und auch deshalb nicht abgehen, um nicht gewissen oppositionellen Kräften in seiner eigenen Partei eine Handhabe zur Unruhestiftung zu bieten. Aber Papen könne Vizekanzler werden, und seinen konservativen Freunden stünde die Möglichkeit offen, als Minister in die Regierung einzutreten. Schleicher allerdings dürfe nicht Reichswehrminister bleiben. Papen sagte zu, im Sinne des Besprochenen auf Hindenburg einzuwirken.

Nunmehr schlug der Gastgeber vor, sich den Grundlinien der Politik der anvisierten Regierung zuzuwenden. Die Erwartungen der Wirtschaft könne er, als deren Vertreter, dahingehend zum Ausdruck bringen, daß jegliche staatssozialistischen oder staatskapitalistischen Experimente, wie sie von einigen Theoretikern der NSDAP, so von Gregor Strasser und dem Schleicher nahestehenden »Tatkreis« propagiert würden, zu unterbleiben hätten. Die Wirtschaft müsse sich – selbstverständlich im Einklang mit den Grundsätzen des Nationalsozialismus – selbst verwalten. Die Leitung der regierungsamtlichen Wirtschaftspolitik solle zudem in die Hände erprobter Wirtschaftsführer gelegt werden.

Hitler stimmte diesen Ausführungen zu und erklärte, eine von ihm geführte Regierung werde an die Wirtschaft nur eine verbindliche Forderung erheben – nämlich alle ihre Kräfte vorrangig in den Dienst der Wehrhaftmachung des deutschen Volkes zu stellen. Auf politischem Gebiete hingegen werde seine Regierung grundlegende Änderungen herbeiführen: die Vernichtung des Kommunismus, die Beseitigung der Sozialdemokraten und Juden aus leitenden Positionen, die rücksichtslose Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung.

Schröder war mit dem Verlauf der Unterredung sehr zufrieden und offenbar auch seine Gäste. Man einigte sich darauf, nach der heutigen Grundsatzdebatte alle Einzelfragen in weiteren Gesprächen zu beraten, und begab sich aufgeräumt in das Speisezimmer, wo sich Keppler, Heß und Himmler zu ihnen gesellten, um gemeinsam das Mittagessen einzunehmen. Bei Tisch beglückwünschte man sich zum erfolgreichen Treffen und zur gelungenen Geheimhaltung, die ja schon am gestrigen 3. Januar gefährdet schien; denn

»Der Jungdeutsche«, das Organ des Jungdeutschen Ordens, war mit der Schlagzeile »Hitler schwenkt zu Papen« erschienen und hatte ein Treffen beider vorhergesagt. Aber diese Meldung erschien so abenteuerlich, daß sie noch am gleichen Tage vom Zentralorgan der SPD, dem »Vorwärts«, als völlig unglaubwürdige »politische Hellseherei« abgetan wurde.

Gegen 15 Uhr verließen die Besucher wieder das Haus des Bankiers. So begründet ihre Genugtuung über den Erfolg des Treffens sein mochte, so unbegründet war ihre Zufriedenheit über die gelungene Geheimhaltung. Noch am Abend desselben Tages nämlich lagen auf dem Tisch des Reichskanzlers Schleicher mehrere fotografische Aufnahmen, die Schröders konspirative Gäste beim Betreten und beim Verlassen des Hauses zeigten; der unscheinbare Spaziergänger im Stadtwald – ein Fotoreporter der »Täglichen Rundschau« – hatte ganze Arbeit geleistet. Bereits am Morgen des 5. Januar brachte die »Tägliche Rundschau«, ein Sprachrohr Schleichers, den Bericht, der einen Sturm im Blätterwald verursachte. Unter den Überschriften: »Hitler und Papen gegen Schleicher. Überraschende Konferenz in Köln – Hindenburg soll Schleicher fallenlassen« erschien eine Schilderung des Treffens mit ziemlich genau ins Schwarze treffenden Vermutungen über den Inhalt des Gesprächs.

Diese Enthüllungen brachten die Beteiligten in einige Verlegenheit und zwangen insbesondere Papen zu verlogenen, verharmlosenden Erklärungen gegenüber Reichskanzler Schleicher. Sie konnten jedoch nicht verhindern, daß die eingeleiteten Verhandlungen tatsächlich weitergingen und bald zu dem erstrebten Ergebnis führten.

Die Berichte über das Treffen lenkten das Augenmerk der Öffentlichkeit natürlich auch auf den Gastgeber, dessen Name bisher nur in Bank- und Börsenkreisen, dort aber bestens, bekannt war. Und in der Tat: Für die Einschätzung der vollen Bedeutung dieses Treffens war die Person des Gastgebers aufschlußreicher als alles andere. Von bürgerlichen Geschichtsschreibern wird auch heute noch versucht, die Bedeutung des Treffens herunterzuspielen, indem Kurt von Schröder als ein ziemlich unbekannter und einflußloser Privat-, wenn nicht gar Winkelbankier hingestellt wird. Wer aber war Kurt von Schröder wirklich? Das führende Wirtschaftsblatt, die »Frankfurter Zeitung«, stellte ihn ihren Lesern am 6. Januar 1933 als den »bekannten Bankier und Vorstand der Kölner Börse« vor. Die »Tägliche Rundschau« gab am selben Tage ein politisches Porträt von ihm: Schröder sei »Exponent der Kölner Hochfinanz«, sein Bankhaus Stein aufs engste mit dem Bankhaus A. Levy (Louis Hagen) und S. Salomon, Oppenheim jun. & Cie verbunden; dadurch habe er eine starke Stellung in der rheinisch-westfälischen Industrie. Er gelte als »Typ jener Wirtschafts- und Finanzleute, die im Verborgenen blühen, aber sehr weitreichenden Einfluß besitzen«; er sei Ver-

trauensmann Schachts, zugleich befreundet mit Adenauer und Silverberg, dem Nachfolger des verstorbenen Louis Hagen als Mitinhaber der Fa. A. Levy in Köln. Außerdem habe Schröder enge Beziehungen zum Nazigauleiter Ley.

Schröders Bedeutung wird noch deutlicher, wenn wir die Rolle seiner Bank betrachten. Das Bankhaus Stein war bereits 1921, als Schröder dort Teilhaber wurde, mit den beiden tragenden Säulen des deutschen Imperialismus, der Ruhrschwerindustrie und der chemischen Industrie, aufs engste verbunden. Nach Gründung der IG-Farben (1925) und der Vereinigten Stahlwerke (1926) war sie im Aufsichtsrat beider Konzerne durch Heinrich von Stein und Richard von Schnitzler, Schröders Schwiegervater, vertreten. Schröders Teilhaberschaft erweiterte den Aktionsbereich der Bank erheblich, denn die Hamburger Schröderbank, aus der er kam, war eng liiert mit der Schroeder-Bank in London und über diese auch mit der Schroeder-Bank in New York.

Für das Bankhaus Stein hat sich die faschistische Diktatur als das glänzendste Geschäft erwiesen – von der Katastrophe bei Kriegsende einmal abgesehen. Es profitierte von Schröders engen Beziehungen zu Himmler und dessen monopolkapitalistischem »Freundeskreis«, der jährlich eine Million auf das Sonderkonto S, bestimmt für die »Sonderaufgaben« des Reichsführers der SS, spendete. Dieses Sonderkonto wurde vom Bankhaus Stein verwaltet. Schröder selbst avancierte sogar zum SS-General. So steht auch dieser Mann für die unauslöschliche Tatsache, daß es die Top-Figuren des deutschen Monopolkapitals waren, die Hitlers Kanzlerschaft betrieben, um die faschistische Diktatur als eine Bastion ihrer eigenen Macht zu benutzen.

Kurt von Schleicher

Fraktionskampf der Konterrevolutionäre

Der Reichskanzler und gleichzeitige Reichswehrminister, General Kurt von Schleicher, begab sich am Morgen des 28. Januar 1933 zum Reichspräsidenten – er trug ein Rücktrittsgesuch, das zugleich für das gesamte Regierungskabinett gelten sollte, vorsorglich in der Tasche. Schleicher eröffnete das Gespräch bei Hindenburg keineswegs mit dem Thema des Rücktritts, sondern mit der Fragestellung, wie die Regierungstätigkeit in der krisenhaften Lage der Republik zu stabilisieren sei, und er nannte dafür drei Möglichkeiten: 1. Bildung einer neuen Regierung unter der Kanzlerschaft des Naziführers Hitler, gestützt auf eine mehrheitliche Parteienkoalition des Reichstages, 2. Bildung einer Minderheitsregierung, ebenfalls unter der Leitung Hitlers, 3. und das war zugleich Schleichers Wunschlösung und alleinige Alternative: »Beibehaltung der jetzigen Präsidialregierung«. Weil diese aber im Reichstag keinen Rückhalt fand, verlangte er vom Reichspräsidenten die Auflösung des Parlaments und die Vertagung von Neuwahlen auf unbestimmte Zeit – also die Militärdiktatur!

Wie Schleicher womöglich geahnt hatte, lehnte Hindenburg dieses Ansinnen brüsk ab. Mit dürren Worten erinnerte er den Kanzler an entgegengesetzte Auffassungen, die dieser selbst noch vor zwei Monaten vertreten und mit Hilfe eines eigens dafür organisierten »Planspiels« auch durchgesetzt hatte.

Hindenburgs polemischer Hinweis zielte auf Tatbestände im Spätherbst des Vorjahres. Der damals amtierende Reichskanzler Papen war an dem Versuch gescheitert, Hitler in eine von Konservativen und Nazis getragene Koalitionsregierung »einzubinden« – und auch er hatte alsdann dem Reichspräsidenten Hindenburg angeraten, ihn sogar dafür gewonnen: den Reichs-

tag aufzulösen, Neuwahlen zu vertagen und unter Bruch der Weimarer Verfassung eine offene Präsidialdiktatur, gestützt auf die Bajonette der Reichswehr, zu errichten. Da aber war es gerade der Wehrminister Schleicher gewesen, der gegen diesen Plan als ein energischer Opponent auftrat. Angesichts der wachsenden Stärke der KPD, der zunehmenden Kampfbereitschaft vieler Sozialdemokraten und der labilen Stimmung unter proletarischen Nazi-Anhängern, von denen man nicht sicher war, auf wessen Seite sie sich im Falle eines Generalstreiks stellen würden, verneinte er die Möglichkeit einer militärisch-faschistischen Diktatur ohne Massenbasis. Um die Richtigkeit seiner Haltung zu beweisen, ließ er am 25. und 26. November 1932 ein großangelegtes militärisches Planspiel mit der Aufgabe abrollen: »Klarstellung der Fragen, die im Falle eines militärischen Ausnahmezustandes auf den Gebieten der vollziehenden Gewalt und der polizeilichen Exekutive an die Wehrmacht herantreten können.« Diese Bürgerkriegsübung endete mit dem vorausberechneten Ergebnis: Reichswehr und Polizei seien allein nicht in der Lage, einen Generalstreik mit Waffengewalt zu unterdrücken oder in einem Bürgerkrieg »gegen $^{9}/_{10}$ des Volkes mit dem MG« zu kämpfen. Es müsse daher versucht werden, die rechtsradikalen und faschistischen Wehrverbände der Führung der Reichswehr zu unterstellen!

Hindenburg war danach nichts anderes übriggeblieben, als seinen abenteuerlichen Ratgeber und Kanzler Papen zu entlassen, hingegen Schleicher aufzufordern, nunmehr selbst das Amt des Reichskanzlers zu übernehmen. Das war am 2. Dezember 1932 gewesen.

Jetzt also, kaum zwei Monate später, spielte auch Schleicher mit dem Gedanken, den Reichstag aufzulösen und – allein auf die Bajonette gestützt – offen diktatorisch zu regieren. Er hatte Papen bislang für seinen lenkbaren Strohmann gehalten, mußte sich aber belehren lassen: Sein politisches Geschöpf intrigierte gegen ihn und das mit einer Schläue, Gerissenheit, Skrupellosigkeit, die er diesem niemals zugetraut hätte.

Als nun Hindenburg am 28. Januar 1933 die Auflösungsorder gegen den Reichstag verweigerte, mußte Schleicher die Konsequenz, das heißt sein Rücktrittsgesuch aus der Tasche ziehen – und dieses wurde auch sofort angenommen. Doch der abgedankte Kanzler wähnte sich noch immer im Besitz der ministeriellen Verfügungsgewalt über die Reichswehr, ohne oder gegen die keine neue Regierung gebildet werden konnte. Noch baute er auf die wiederholten Zusicherungen Hindenburgs, die Reichswehr niemals dem »böhmischen Gefreiten« auszuliefern, und er gab sich der Illusion hin: Auch in jeder anderen Regierung werde er als Reichswehrminister die Schalthebel der Macht entscheidend betätigen können.

Zwei Tage später belehrte ihn eine Bahnhofsszene auch darüber, daß er gar nicht mehr benötigt wurde. Schauplatz war der Anhalter Bahnhof in

Berlin, im zweiten Weltkrieg zerbombt, und heute nicht mehr vorhanden. Dort traf am 30. Januar, um acht Uhr früh, der Reichswehrgeneral Werner vom Blomberg ein. Schon auf dem Bahnsteig erwarteten ihn zwei Offiziere, die ihm ganz gegensätzliche Befehle überbrachten. Der eine, Major von Kuntzen, Adjutant des Chefs der Heeresleitung, des Generalobersten Kurt von Hammerstein, eröffnete Blomberg, er solle sich sofort im Reichswehrministerium bei Hammerstein und Schleicher melden. Der andere, Oberst Oskar von Hindenburg, Adjutant seines Vaters, ersuchte Blomberg, er möge unverzüglich zum Reichspräsidenten kommen. Blomberg ließ den Sendboten seines unmittelbaren Vorgesetzten stehen, fuhr mit dem jungen zum alten Hindenburg und – empfing von diesem die sofortige Bestallung als Reichswehrminister. Das neue Regierungskabinett Hitlers, dem er angehören sollte, war verfassungsmäßig noch gar nicht existent, da wurde ein Reichswehrgeneral in rechtswidriger Weise der erste amtierende Minister des »Dritten Reiches«.

Dieser Vorgang, obwohl situationsbedingt, symbolisiert den maßgeblichen Anteil, den Militaristen vom Schlage Hindenburgs und Blombergs an der Errichtung der Nazidiktatur hatten. Seit ihrer Niederlage im ersten Weltkrieg und ihrem zeitweiligen innenpolitischen Machtverlust in der Novemberrevolution hatten viele Militärs offen und insgeheim auf eine blutige Revanche nach innen wie nach außen hingearbeitet. Das diesbezügliche Langzeit-Programm formulierte – Ironie der Geschichte! – gerade jener Mann am frühesten, der am 30. Januar düpiert wurde: eben Schleicher, der als Major im Generalstab und Leiter der innenpolitischen Abteilung der Obersten Heeresleitung auf einer geheimen Beratung führender Generalstäbler am 20. Dezember 1918 in Berlin referiert hatte – und zwar im Auftrage General Groeners, des Nachfolgers Ludendorffs als Generalquartiermeister. Darüber heißt es im nachfolgenden Zeugenbericht: »Schleicher sprach. Was er sagte, war zunächst vielleicht nicht so wesentlich. Eindrucksvoll war, wie er es sagte. Mit der dem Generalstabsoffizier gewohnten Prägnanz des Ausdrucks schien er ein Gebäude fesselnder Logik aufzubauen. Das wesentlichste jedoch war, daß er in einer Zeit, in der kein Mensch etwas zu wollen wagte, mit fast selbstverständlicher Nonchalance sagte, daß man in der Tat für die Zukunft etwas wolle. Er hat an diesem Tage ein Programm aufgestellt, von dem er nicht wieder abgekommen ist. Drei Etappen nannte er. Zunächst müsse man im Innern eine Regierungsgewalt wieder aufrichten, die sich durchzusetzen vermag. Wenn der Soldat dabei helfe, könne das verhältnismäßig leicht gehen. Auf der Basis der wiederhergestellten Ordnung müsse man sodann zur Gesundung der Wirtschaft kommen. Erst auf den Schultern einer aus den Trümmern wieder aufgebauten Wirtschaft könne alsdann nach langen, mühevollen Jahren an die Wie-

dererrichtung der äußeren Macht herangegangen werden.« Vierzehn Jahre lang hantierte Schleicher, der sich seinen militärischen und politischen Vorgesetzten Hindenburg, Groener, Seeckt, Ebert und anderen unentbehrlich machte, an den Schalthebeln der Macht, um dieses Ziel zu erreichen.

Es gibt auch eine Charakteristik der Rolle Schleichers aus jener Zeit, als er Chef des sogenannten Wehrmachtsamtes, der politischen Schaltzentrale im Reichswehrministerium, war. In der von Heinz Brauweiler verfaßten militärfrommen Schrift, die 1932 unter dem Titel »Generäle in der Republik« erschien, heißt es über Schleicher: »Fraglos ist sein Einfluß im Reichswehrministerium in allen politischen Angelegenheiten groß und weitreichend. Das ist leicht erklärlich, wenn man sich erinnert, daß er das Werden und die Arbeit der Reichswehr *vom ersten Tage an* miterlebt und mitbestimmt hat. Minister sind gekommen und gegangen, die Chefs der Heeresleitung sind gekommen und gegangen, *Schleicher* war der ruhende Pol in der Erscheinung Flucht. Das hat aber nichts zu tun mit besonderen Künsten und Verschwörungen, wie Sensationsbedürfnis es von Zeit zu Zeit darzustellen beliebt . . . Die Wahrheit ist, wie immer, wesentlich nüchterner. *Schleicher* ist für das Reichswehrministerium der unersetzliche *Fachmann für die Beobachtung des innerpolitischen Getriebes!* Er weiß alles, wie nur je ein Polizeiminister des Absolutismus Wissen über die Dinge gehabt hat. Er kennt alle Menschen der Politik und weiß, wie sie zu behandeln sind. Natürlich behandelt er sie auch.«

Diese Lobhudelei, die sicher nicht ohne Zutun Schleichers zustande kam, war kaum auf dem Büchermarkt, da sollte sich herausstellen, daß er weder alles wußte, noch alle seine politischen Mitspieler richtig kannte, noch sie alle in seinem Sinne zu behandeln verstand. Sein Duzfreund, Oskar von Hindenburg, auf den Schleicher sein Vertrauen gesetzt, auf dessen Einfluß bei dem 85jährigen Vater und Reichspräsidenten er gebaut hatte, war beispielsweise an jenem Januarmorgen mit dem erklärten Vorsatz zum Anhalter Bahnhof geeilt: ». . . dem Verräter Schleicher werde ich es heimzahlen«.

Zu diesem Behufe war der Generalleutnant Werner von Blomberg, derzeit deutscher militärischer Bevollmächtigter bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen und Kommandeur des Wehrkreises I, Ostpreußen, der passende Partner – nicht nur, weil er (im Unterschied zu Schleicher) Hitler anhing, sondern auch, weil er ein gelehriger, nun allzu-gelehriger Schüler der politisierenden Reichswehrgenerale vom Schlage Schleichers war. Von Blomberg stammte der Ausspruch, mit dem das Offizierkorps seine Illoyalität gegenüber der Weimarer Verfassung zynisch motivierte: Die Ehre des *preußischen* Offiziers sei es gewesen, korrekt zu sein – die des *deutschen* Offiziers müsse es werden, verschlagen zu sein! Das sollte sich vornehmlich gegen die bürgerliche Demokratie und die Arbeiterbewegung richten. Wie

aber das Satyrspiel im Januar 1933 lehrt, ließen sich solche Charaktereigenschaften auch gegen die eigenen Klassen- und Standesgenossen gebrauchen.

Hinter dem verwirrenden und hektischen Intrigenspiel bekannter und weniger bekannter Figuren, wie Papen, Staatssekretär Meißner, DNVP-Chef Hugenberg, Stahlhelm-Führer Seldte, Göring, Goebbels, Blomberg und Reichenau, die neben vielen anderen das Ziel verfolgten, die letzten Hindernisse für eine Machtergreifung Hitlers »mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten« zu beseitigen, stand ein gemeinsamer, treibender Beweggrund: die Furcht immer breiterer Kreise des Finanzkapitals, der Industrie und des Großgrundbesitzes vor einem drohenden Niedergang der bereits angeschlagenen NSDAP. Ohne diese Partei des offenen Faschismus konnte der wachsende Widerstand der klassenbewußten Arbeiter gegen einen konterrevolutionären »Ausweg« aus der Krise nicht gebrochen werden. Auch Kreise der Großindustrie um Carl Duisberg, Alfred Krupp und Otto Wolff, die bisher die Politik Schleichers befürwortet hatten, begannen nun, an der Fortune ihres Favoriten zu zweifeln.

Wie der Zufall so spielt: Eine Freundschaftsgeste des Stahlmonopolisten Otto Wolff trug zum Sturz Kurt von Schleichers bei. Wolff hatte ihm schon vor Jahren eine Villa in Neubabelsberg kostenlos als ständigen Wohnsitz überlassen. Da Schleicher ein Bonvivant war, der die Annehmlichkeiten eines luxuriösen Lebensstils, den sich normalerweise auch ein Reichswehrgeneral nicht leisten konnte, zu schätzen wußte, verzichtete er als Reichskanzler auf den Umzug in die karger ausgestattete Dienstwohnung der Reichskanzlei – er erlaubte dem von ihm selbst gestürzten Vorgänger, Franz von Papen, dort noch wohnen zu bleiben. Was er dabei übersah, war, daß dieser nun auch räumlich einen engen Kontakt zu Hindenburg hatte, der vorübergehend ebenfalls in der Reichskanzlei wohnte, weil sein Präsidentenpalais renoviert wurde.

Als Schleicher endlich begriff, daß er politisch ein toter Mann war, brach es erbittert aus ihm heraus: »Ich bin nur siebzig Tage an der Regierung geblieben, und an jedem dieser siebzig Tage bin ich siebzigmal verraten worden. Man rede mir nicht von der berühmten deutschen Treue.« Der sprichwörtliche Intrigant beklagte sich über die Intrigen der anderen.

Ein Jahr später gebrauchten diese die Waffen, die Schleicher für den Einsatz bereitgehalten hatte. Am Mittag des 30. Juni 1934 fuhr vor seinem Haus in Neubabelsberg, Griebnitzstr. 4, ein großes, offenes Auto vor. Fünf Gestapo-Beamte stiegen aus, verschafften sich Zutritt in die Villa, drangen in das Arbeitszimmer ein, fragten den am Schreibtisch Sitzenden: »Sind Sie der General von Schleicher?« – und feuerten, sobald dieser ahnungslos bejahte, ihre Pistolen auf ihn und seine Frau ab, die, zufällig im selben Raume weilend, sich mutig zwischen ihren Mann und seine Mörder warf.

Das geschah an dem Tage, als sich die Naziführung – im Einvernehmen mit Reichswehr und SS – ihrer unbequemen SA-Elite und bei dieser passenden Gelegenheit auch weiterer unliebsamer Personen entledigte. Sie tarnte ihre Verbrechen mit dem üblichen Vorwurf »staatsgefährdender Verbindungen«. So ließ Reichswehrminister Blomberg am Abend dieses Tages folgende Meldung herausgeben: »In den letzten Wochen wurde festgestellt, daß der frühere Reichswehrminister, General a. D. von Schleicher, mit den staatsfeindlichen Kreisen der SA-Führung und mit auswärtigen Mächten staatsgefährdende Verbindungen unterhalten hat . . . Diese Tatsache machte seine Verhaftung im Zusammenhang mit der gesamten Säuberungsaktion notwendig. Bei der Verhaftung durch Kriminalbeamte widersetzte sich General a. D. Schleicher mit der Waffe. Durch den dabei erfolgten Schußwechsel wurden er und seine dazwischentretende Frau tödlich verletzt.«

Wenn auch bis heute eine letzte Klarheit in dieser Mordaffäre nicht gewonnen werden konnte, so sprechen doch alle bekannten Tatsachen dafür, daß Schleichers physischer Tod die logische Fortsetzung und Vollendung jener Kabalen bildete, die im Januar 1933 seinen politischen Tod bewirkten. Der Mord war nichts anderes als eine späte Abrechnung.

Der eifernde Haß, mit dem seine Rivalen im Kampf um die politische Führungsrolle den Sturz Schleichers und schließlich seinen Tod betrieben, heben ihn von dem unsäglichen Geschmeiß ab, das mit der Hitler-Papen-Hugenberg-Regierung an die Macht geschoben wurde. Aber besaß er wirklich – wie die bürgerliche Geschichtsschreibung behauptet – eine andere, eigene strategische Konzeption der Herrschaftssicherung, oder blieb er auch darin der bloße Taktiker, der geschmeidige Opportunist und somit der Repräsentant eines weitverbreiteten Typs im preußisch-deutschen Offizierskorps?

Die sogenannte Schleicher-Konzeption sah die in den Reichstagswahlen vom 6. November 1932 sichtbar gewordene Instabilität der hitlerfaschistischen Massenbasis. Um zu erreichen, was Hitler mißglückt war: nämlich große Teile der Arbeiterklasse für ein diktatorisches Regime militaristisch-faschistischer Prägung zu gewinnen – versuchte Schleicher, sich die Unterstützung sowohl des rechten Flügels der reformistischen Gewerkschaften als auch des besonders sozialdemagogischen, »linken« Flügels der Nazi-Bewegung zu sichern. Doch den Repräsentanten dieser Kräfte, dem Sozialdemokraten Leipart und dem Nationalsozialisten Gregor Strasser, versagten ihre bisherigen Anhänger die Gefolgschaft. Die objektiven Klassenantagonismen waren stärker als die sie verhüllenden Demagogien. Schleichers Bestreben, mit Hilfe eines Arbeitsbeschaffungsprogramms und eines Siedlungsprogramms die extrem arbeiterfeindlichen Notverordnungen seiner Vorgänger zu mildern und als »sozialer General« zu erscheinen, konnten das begründete

Mißtrauen, das selbst in den reformistisch beeinflußten Arbeitern steckte, nicht ausräumen. Es rief aber vor allem den Widerstand der Schwerindustrie und der Großagrarier hervor, die Schleicher der »antikapitalistischen Gelüste« und des »Agrarbolschewismus« bezichtigten.

So blieb denn zuletzt nur Schleichers Versuch, der Reichswehr in einer nun auch von ihm für unvermeidbar gehaltenen faschistischen Diktatur eine gleichberechtigte Machtposition neben der NSDAP zu sichern. Eben darauf hatte er noch am 30. Januar 1933 den General Blomberg festlegen wollen. Dabei verkannte er, daß dieser – und mit ihm ein Teil des Offizierskorps – sich schon bedingungslos an Hitler verschrieben hatte, sogar persönlich zur faschistischen Führung gehörte. Die elitäre Konzeption vom Militär als »Staat im Staate«, vom Offizierskorps als einer in letzter Instanz ausschlaggebenden Macht, war hinfällig geworden.

Wie immer man Schleichers Pläne einschätzen und die Gründe seines Scheiterns im einzelnen gewichten mag – als historisches Fazit bleibt, was Ernst Thälmann schon zu Beginn der Kanzlerschaft dieses Generals voraussagte: Sein Staatsamt war nur eine befristete Platzhalterschaft für Hitler!

Das faschistische Kabinett wird gebildet

Das war nun der Tag, den er so lange herbeigesehnt hatte. Schon früher einmal war sein Name als der des Reichskanzlers genannt worden: an einem Novembertag des Jahres 1923, an den er sich, wie oft er von diesem auch verherrlichend sprach, doch nur ungern erinnerte. Denn aus dem »Marsch nach Berlin« – zur Unzeit geplant und das wirkliche Kräfteverhältnis der Klassen ignorierend – war damals für ihn und für die weiteren Putschisten an seiner Seite ein Marsch hinter Gefängnisgitter geworden. Der Traum, ein Diktator über Deutschland zu werden, war kurz gewesen. Kurz war aber auch die Kavaliershaft ausgefallen, die dem in Münchens Straßen gescheiterten Staatsstreich folgte.

Das alles konnte sich heute nicht wiederholen. Seit einigen Stunden galt er, Adolf Hitler, rechtens als Reichskanzler. Vor 43 Jahren in der österreichisch-ungarischen Monarchie als Sohn einer wohlsituierten Beamtenfamilie geboren, später in das deutsche Kaiserreich der Hohenzollern übergesiedelt, dann jahrelang staatenlos und erst seit kurzem überhaupt im Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft – erschien ihm der heutige Tag als der größte persönliche Triumph seines Lebens. Die politische Karriere, die er bald nach dem Ende des ersten Weltkrieges eingeschlagen hatte, war nun auf einen Höhepunkt geführt.

Nur wenig mehr als 13 Jahre waren vergangen, seit er sich entschlossen hatte, seinem unsteten Vorkriegsdasein als Gelegenheitsarbeiter dadurch zu begegnen, daß er sich als Agitator und Politiker der Konterrevolution versuchte. Damals lagen bereits drei Lebensjahrzehnte hinter ihm, in denen er es buchstäblich zu nichts gebracht hatte, weder zu einem Beruf noch zu irgendwelchem Besitz, weder zu einer Familie noch zu Freunden. Auch

Verbindungen, die ihm ein bürgerliches Fortkommen sichern konnten, besaß er nicht. Was er sich in fast fünf Jahren Militärdienst erworben hatte, war allein das politische Vertrauen seiner Vorgesetzten. Diese wiesen ihm in der Münchner Garnison den Weg, und er folgte ihrem Ratschlag, als er Ende März 1920 demobilisiert wurde. Bereits damals war er Mitglied der noch bedeutungslosen »Deutschen Arbeiterpartei«, die in der Hauptstadt des Freistaates Bayern und deren Umgebung einige kleine Ortsgruppen besaß, alsbald aber ihre ohnehin verlogene Selbstkennzeichnung durch die weiteren Worte »national« und »sozialistisch« erhöhte. In und mit dieser Partei war Hitler aufgestiegen – vor keinem Winkelzug, keiner Lüge, keinem demagogischen Zukunftsversprechen zurückschreckend, sich zudem mit jeder Bluttat der faschistischen Sturmabteilungen und Schutzstaffeln identifizierend. Seit dem Wahlsieg der NSDAP von 1930 war für ihn ein Posten im Reichskabinett, dann auch das Amt des Reichskanzlers verlangt worden, und 1932 hatte er in zwei Wahlgängen sogar das höchste Staatsamt, die Reichspräsidentenschaft, angestrebt. Die Zurückweisungen und die Niederlagen waren Quelle seiner manchmal sehr düsteren Stimmungen gewesen.

Nun endlich mußte man Hitler als »Herrn Reichskanzler« anreden. Und doch fehlte allem Geschehen seit dem Morgen dieses Tages das Außergewöhnliche, die nationalgeschichtliche Patina. Kurz nach 11 Uhr – selbst das Parteiblatt »Völkischer Beobachter« sollte tags darauf von »der prunklosen Stille des Mittags vom 30. Januar 1933« berichten – trat Hitler an der Spitze der Männer, die dem neuen Kabinett angehörten, vor das Staatsoberhaupt, um die Urkunde seiner Ernennung entgegenzunehmen. Für Paul von Hindenburg war dieser Staatsakt mit einer Tätigkeit verbunden, die er, wie es ihm vorkam, schon allzu oft verrichtet hatte. Vor Hitler waren ihm aus gleichem Anlaß Kurt von Schleicher, davor Franz von Papen, vor diesem Heinrich Brüning, noch früher ein sozialdemokratischer Politiker, Hermann Müller mit Namen, und vor diesen allen Wilhelm Marx und Hans Luther gegenübergetreten. Früher oder später hatte er sie dann alle wiedergesehen, um ihnen die Entlassungen zu bescheinigen. Nur der Zentrumspolitiker Brüning vermochte ganze sechsundzwanzig Monate als Kanzler zu regieren.

Diesmal war in Villen, Ministerien und Parteibüros lange über eine Lösung der permanent gewordenen Herrschaftskrise verhandelt worden. Die neue Regierung sollte dauern – war doch die Macht des deutschen Finanzkapitals mit 57-Tage-Kabinetten à la Schleicher innenpolitisch nicht zu stabilisieren, ganz zu schweigen von der Inangriffnahme langfristiger außenpolitischer Pläne. Daß nun mit dem Neuen, dem »böhmischen Gefreiten«, wie er Hitler bei sich und gelegentlich auch in der Öffentlichkeit

nannte, eine Wende beabsichtigt war, das begriff auch der hinfällig gewordene Reichspräsident. Zum Gelingen dieser Absicht konnte er aber nur wenig hinzutun. So ermutigte er Hitler, auch seine wieder- und neuberufenen Minister, mit dem einzigen Zuspruch: »Und nun, meine Herren, vorwärts mit Gott!« Die Deklamation Hitlers, der es an Artigkeit gegenüber dem alten Herrn nicht hatte fehlen lassen, blieb unbeantwortet, wenn auch nicht ungehört. Hatte der neue Regierungschef doch versichert, er wolle dem Reichspräsidenten Hindenburg ebenso treu dienen, wie er einst dem kaiserlichen Feldmarschall gehorchte.

Die Öffentlichkeit erfuhr gegen 13 Uhr 40, daß das Deutsche Reich jetzt eine Regierung besaß, die von dem Führer der NSDAP geleitet wurde. Kurz darauf verbreiteten die Nachrichtenbüros auch die Fotos der Ernennungsszene. Die Mappen mit den Urkunden noch in den Händen, hatten sich Kanzler und Minister dem Fotografen gestellt. Vor allem an Hitler nahm sich der feierliche Zivilanzug ungewohnt aus. Nicht so befremdlich wirkten die beiden anderen Minister aus der NSDAP-Führungsgruppe: Hermann Göring, dem Reichsminister ohne Portefeuille und Reichskommissar für Inneres im Lande Preußen, schien jedwede Verkleidung zu passen, wenn sie nur seinem Anspruch genügte, die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken, und Wilhelm Frick, der neue Reichsinnenminister, vermochte sich im gesteiften Eckenkragen ohnehin besser zu bewegen als im schlotternden Braunhemd. Diesen beiden gepflegt und würdig dreinschauenden Kabinettsmitgliedern würde von nun an die Aufgabe zufallen, die Bluthunde der Konterrevolution auf alle loszulassen, die sich der Konsolidierung der faschistischen Diktatur entgegenstellten.

Denn die Bildzeugnisse, die jenen von allen früheren Regierungswechseln so ähnlich waren, täuschten über das Wesen der Ereignisse. Hier wurde kein bankrottes Kabinett ausgewechselt. Hier hatten sich faschistische Politiker verschiedener Provenienz mit dem festen Willen zusammengeschlossen, im Deutschen Reich eine neue Form imperialistischer Herrschaft aufzurichten und die Reste dessen zu begraben, was einmal Weimarer Demokratie genannt, in den letzten Jahren aber mehr und mehr zur traurigen Karikatur bürgerlich-parlamentarischer Zustände geworden war.

Über diese Generallinie der faschistischen Diktatur, die fortan verfolgt werden sollte, gab es zwischen den Ministern der Hitler-Regierung keine Meinungsverschiedenheiten. Das schloß konträre Ansichten in vielen – auch wesentlichen – Detailfragen nicht aus. Hitler bekam sie schon während der ersten Kabinettssitzung, die um 17 Uhr begann, nachdrücklich zu spüren. Zuvor aber begrüßte er in flüchtiger Begegnung die Beamten der Reichskanzlei, in der er nun Hausherr war. Wohlgeordnet und mit diensteifrigen Gesichtern standen sie aufgereiht, durften sie ihm die Hand geben und

ihre Namen hersagen – am Ende die blaustrümpfig gekleideten Sekretärinnen, die ebenso verlegen wie neugierig dreinschauten. Erhebendes besaß auch dieser Augenblick nicht. Anderntags aber ging von den Bildern, die in den Zeitungen erschienen, etwas von Arbeitsfleiß und Leutseligkeit aus, was den Machthabern nur nützlich sein konnte. Denn eine der faschistischen Parolen zur Disziplinierung der Massen würde lauten: »Deutschland arbeitet!« – sie enthielt die Drohung, daß hier niemand mehr zu streiken habe.

Dann also kam die Ministerrunde. In ihr richteten alle Anwesenden ihre Gedanken auf die Etablierung des Regimes. Mit welchen Teilzielen, welchen Mitteln und in welcher Reihenfolge sollte dabei vorgegangen werden? Wie war der Hauptgegner des Faschismus, die Kommunistische Partei, am wirkungsvollsten zu treffen? Wie konnten die rechten Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften zum Zuwarten gedrängt oder verleitet werden? Wie also war zu erreichen, daß die Zerrissenheit der deutschen Arbeiterbewegung erhalten blieb und sich womöglich vertiefte, so daß ein Gegner nach dem anderen geschlagen werden konnte? Wie war der Reichstag in ein Instrument der faschistischen Herrschaft zu verwandeln und von ihm ein Ermächtigungsgesetz zu erhalten, das die Regierung aller parlamentarischen Kontrolle enthob?

Alfred Hugenberg, auf den die Ämter des Reichsministers für Wirtschaft, des Reichslandwirtschaftsministers und – in vierfacher Personalunion also – auch die entsprechenden Ressorts im Lande Preußen gehäuft worden waren, schlug vor, die Kommunistische Partei sofort zu verbieten. Er wollte auch von erneuten Reichstagswahlen nichts wissen, weil er Stimmeneinbußen für seine Deutschnationale Volkspartei und somit eine Schwächung seiner eigenen Stellung im Kabinett befürchtete. Doch Hitler hatte wenig Mühe, diesen subjektiv gefärbten Ideen des deutschnationalen Volksparteilers eine weit raffiniertere Generalkonzeption entgegenzustellen: Er schlug vor, die Machtbefestigung in einem Wahlkampf zu betreiben, in dem sich alle hinter der Regierung stehenden Kräfte auf die Macht des Staatsapparates stützen konnten, in dem die Organe des Staats und die Terrorgarden des Faschismus kombiniert einsetzbar waren. Dieses Vorgehen, so referierte Hitler, müßte nicht nur eine Reichstagsmehrheit für die Regierung ergeben – es würde obendrein die Aufrichtung des faschistischen Regimes als einen legalen Akt erscheinen lassen. Vor allem aber würde das Angebot eines erneuten Wahlkampfes den rechten Führern der Sozialdemokratie die Gelegenheit zuspielen, ihre Mitglieder wiederum auf den »Kampf mit dem Stimmzettel« auszurichten und so die in der Arbeiterbewegung wirkenden Einheitsfrontbestrebungen zu blockieren. Dieser Plan war schlüssig begründet und versprach Erfolg. Die Minister einigten sich auf ihn. Auch Hugenberg mußte schließlich zustimmen.

Etwas Erhebendes oder gar Feierliches konnte aber auch diese Kabinettssitzung nicht gewinnen; für Sonder- und Siegesmeldungen waren ihre Ergebnisse sogar vollends ungeeignet. Was beschlossen war, mußte geheimgehalten werden, wenn die ausgeklügelte Rechnung aufgehen sollte. Das mag Hitler, der die öffentlichen Auftritte in den Stunden faschistischer Siege überaus liebte, dazu bestimmt haben, für diesmal den wartenden Journalisten nicht selbst Rede und Antwort zu stehen. Es war der Innenminister, der sie mit faustdicken Lügen bediente. Wiewohl die Auflösung des Reichstages ausgemacht war und einzig die Unterschrift Hindenburgs noch fehlte, erklärte Frick, das Kabinett wolle mit dem Reichstag legal zusammenarbeiten, das Parlament werde in den nächsten Tagen einberufen. Freilich ließ der Innenminister keinen Zweifel darüber, daß es sodann vor die Alternative gestellt würde, einem Ermächtigungsgesetz zuzustimmen oder aber erneut aufgelöst zu werden. Im Grunde diente der Auftritt vor der Presse einzig dem Zeitgewinn. Die Gegner des Kabinetts sollten für einige Tage, wenn nicht nur für Stunden, über die nächsten Schritte der Regierung im unklaren bleiben. Deshalb auch sagte Frick den Journalisten, es sei nicht beabsichtigt, den Staatsnotstand auszurufen.

Während der Kabinettssitzung und der Pressekonferenz hatte der frühe Winterabend die Hauptstadt längst in ein nächtliches Dunkel getaucht. Nun jedoch sollte dem Tag das Alltägliche abgestreift werden. Endlich, so empfand Hitler, der sich von den Wochen und Monaten des Ringens für diesen Tag überreizt und angegriffen fühlte, würde sich die Szene verändern.

Unter der Regie des NSDAP-Gauleiters in Berlin, Joseph Goebbels, und von ihren Führern kommandiert, stellten sich die paramilitärischen Formationen der Nazipartei, die Sturmabteilungen, auf. Sie sollten ihrem Obersten Führer eine Huldigung darbringen, wie sie keinem Reichskanzler seit Bismarck jemals zuteil geworden war. Anstelle des »Marsches auf Berlin«, der zehn Jahre zuvor schon im Ansatz gescheitert war, sollte nun ein Aufmarsch »in« Berlin den faschistischen Triumph feiern, er sollte bekunden, daß das »rote Berlin« besiegt und fest in der Hand der neuen Machthaber sei. Nach einigen Jahren würde der Unterschied nicht mehr so genau genommen werden und sich in Geschichtsbüchern erklären lassen: Die SA habe dem Führer Adolf Hitler den Weg in das Regierungsviertel gebahnt – während sie ihm doch in Wirklichkeit dahin nachfolgte, überhaupt erst jetzt nachfolgen konnte, seitdem die um den Regierungssitz gelegte Bannmeile, die ihr bis dahin den Zutritt verwehrte, nicht mehr galt.

Kolonne auf Kolonne, dem Zuge der SA hatten sich die Formationen des Stahlhelm-Bundes der Frontsoldaten in gesonderten Marschblöcken angeschlossen, rückten sie aus dem Berliner Westen über die Charlottenburger Chaussee heran, die den Tiergarten teilte. Sie gelangten durch das Branden-

burger Tor auf den Pariser Platz, marschierten an den Gebäuden der Französischen und der Englischen Botschaft vorbei, hinein in die Wilhelmstraße, das Regierungsviertel, wo sich Ministerium an Ministerium reihte, das Palais des Reichspräsidenten und auch die Reichskanzlei befanden. Am angrenzenden Wilhelmplatz, im Nobelhotel »Kaiserhof«, hatte Hitler seit langem, wann immer er aus München nach Berlin kam, mit seiner Führerschaft in einer Zimmerflucht residiert. Von dort also war er nun in die Reichskanzlei umgezogen, die heute das Ziel jener Kohorten bildete, die im stampfenden Marschschritt und Siegesrausch heranrückten.

Zuerst defilierten die braun- und feldgrauuniformierten Reihen unter dem Fenster, wo die massige Gestalt Hindenburgs erkennbar war, des »greisen Feldmarschalls«, wie ihn der reaktionäre Journalismus in einer Mischung von Bewunderung und Nachsicht vorzugsweise titulierte. Viele der Marschierenden waren im ersten Weltkriege von diesem Manne, dem Chef der kaiserlichen Obersten Heeresleitung, auf den Schlachtfeldern Europas kommandiert worden. Doch hatten die Legenden ihre persönliche Kriegserfahrung längst überwuchert, so daß die Marschierer in der Silhouette an jenem Fenster den geschlagenen General eines ruch- und ruhmlosen Krieges nicht mehr zu erkennen vermochten. In den Reihen der SA gab es wohl manchen, der sich an Versammlungen erinnerte, die so lange nicht zurücklagen und in denen Naziredner über den Reichspräsidenten in sehr scharfen und rüden Worten gesprochen hatten. Jetzt aber hatte dieser Mann ihren Führer zum Reichskanzler ernannt – es war nicht der Augenblick, herabstimmenden Erinnerungen nachzuhängen.

Dann, bis zum Fenster, an dem Hitler stand, blieben nur noch wenige Meter: Die Begeisterung steigerte sich zur Ekstase. Selbst die musizierende SA-Kapelle Fuhsel, die schon seit Jahren auf faschistischen Kundgebungen für lautstarke Stimmung sorgte, wurde von brüllenden Sprechchören übertönt: »Heil-und-Sieg« und »Deutschland erwache!«

Dieser Fackelzug traf Hitlers Geschmack. Er entsprach ganz seinem Hang, sich das Leben in eine eigene Bühne zu verwandeln. Er befriedigte seine Sucht nach gigantischen Ereignissen. Und er, Hitler, stand bei alledem im Mittelpunkt – nicht nur sichtbar für die Zehntausende in den Kolonnen und die weiteren Zehntausende, die sich als ein dichtes Menschenspalier an den Straßenrändern drängten, sondern auch hörbar, nämlich für die schon nach Millionen zählenden Besitzer von Rundfunkapparaten, denen Goebbels am Mikrophon in bombastischer Rede einen Eindruck des Geschehens zu vermitteln trachtete.

Die hohen Naziführer aus Hitlers nächster Umgebung ließen ihn zumeist allein am Fenster stehen, und das keineswegs nur, um seinen Genuß der Macht nicht zu stören. Göring und Frick, der Partei-Ideologe und Heraus-

geber des »Völkischen Beobachters« Alfred Rosenberg, der SS-Führer Heinrich Himmler, der Berliner SA-Führer Graf Helldorf, der kolonialpolitische Experte Ritter von Epp, der Führer des faschistischen Juristenbundes Hans Frank und selbstredend der sich später hinzugesellende Goebbels – sie alle wußten um den politischen Wert von Hitlers Erstplazierung, die für die Nazipartei wie für den deutschen Faschismus so unentbehrlich geworden war. Einmal zu einer messianischen Figur hochstilisiert, war dieser Mann ohne unabsehbare Komplikationen nicht mehr austauschbar. Hitlers Kanzlerschaft wurde als eine Erlösung erwartet, vor allem von zwei sozialen Kräften, deren Interessen nicht auszugleichen, geschweige denn zu versöhnen waren: Millionen von Kleinbürgern, die von der Nazipartei eingefangen wurden, und die nur nach Tausenden zählenden, aber mächtigen Angehörigen der sozialen Oberschicht, die Monopol- und Großkapitalisten, die Großgrundbesitzer und Generäle, die im Nazifaschismus den »eisernen Besen« gegen die Arbeiterbewegung, den Garanten ihrer Kapitalherrschaft, den Wegbereiter für ein großdeutsches Weltreich erblickten und ihn aufgepäppelt, erzogen und schließlich favorisiert hatten. Hitler, das Idol des gegen seine ökonomische und politische Ohnmacht rebellierenden Kleinbürgertums, war jetzt die ausgespielte Trumpfkarte der reaktionärsten, innen- wie außenpolitisch aggressivsten Kreise des deutschen Finanzkapitals. Und es war kein Zweifel, wie dieser politisch-soziale Dualismus alsbald gelöst werden würde. Die dort unten gehorsam marschierten, siegestrunken heraufbrüllten und tags darauf den Befehl ihrer Parteizentrale erhalten würden: »Wir stehen und fallen mit Adolf Hitler!« – sie würden die Betrogenen sein. Wenn es an dieser prognostizierten Tatsache auf seiten der einflußreichsten Kräfte der herrschenden Klasse noch einen Zweifel gegeben hätte, dann wäre Hitler niemals über die Vordertreppe in dieses Haus und niemals an dieses Fenster gelangt.

Warum aber war es gerade die Person Hitlers, die nun als Reichskanzler in das Zentrum der Politik des deutschen Imperialismus rückte und nicht ein anderer Faschist aus der langen Reihe ihrer Führer? Göring zum Beispiel, den bürgerliche Herkunft, Offiziersrang, hohe militärische Orden, weltmännisches Gebaren und bürgerliche Familienbeziehungen so viel geeigneter zu machen schienen? Warum nicht Gregor Strasser, für den ähnliches galt, der aber erst kürzlich mit der NSDAP gebrochen und sich aus jedweder Politik zurückgezogen hatte?

Wenn sich die Männer der Bankwelt, der Industrie und des großen Grundbesitzes diesen Mann auch nicht ausgesucht hatten, wie sie sich ihre Vorstandsmitglieder der Aktiengesellschaften, ihre Generaldirektoren, ihre Inspektoren, Prokuristen und sonstigen Bevollmächtigten engagierten – sie hatten ihn, der zunächst in seiner Partei zur unumstrittenen Führungsfigur

aufgewachsen war, doch mehr und mehr wegen seiner Erfolge schätzengelernt. Vor allem wegen seiner Fähigkeit als Trommler! Wo sonst wären die Millionen Kleinbürger hingeraten, als sie sich seit 1929 von den alten Parteien der Bourgeoisie enttäuscht abzuwenden begannen? Doch nicht weniger imponierte auch das Programm, das er vertrat. Damit war freilich nicht jene Reklameausgabe gemeint, die der NSDAP seit 1920 als demagogisches Panier diente. Gefragt war vielmehr, was Hitler in kleineren, Vertraulichkeit garantierenden Kreisen erläutert und was mit dem eigenen Wollen der Monopolherren in allen wesentlichen Belangen übereingestimmt hatte: Vernichtung der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, Ausschaltung jedweder demokratischen, liberalen und pazifistischen Kräfte, entschlossenste Aufrüstung und eine auf militärische Übermacht sich stützende Außenpolitik.

Dieser Mann wurde nicht hingenommen, er wurde akzeptiert. Auch als Taktiker hatte er seit 1923 viel hinzugelernt. Er hatte sich als beeinflußbar erwiesen, wie die Befolgung jener Ratschläge zeigte, die ihm durch Gespräche und Briefverkehr mit monopolkapitalistischen Vertrauenspersonen wie Emil Kirdorf und Hjalmar Schacht zugeflossen waren. Gewiß: Maßstäbe des Bildungsbürgertums waren an diesen politischen Emporkömmling nicht anzulegen – doch schließlich sollte er keine Gymnasialprofessur beziehen.

Ob er die Massen unter der Hakenkreuzfahne zusammenhalten könnte, wenn erst offenbar werden würde, wessen Interessen und Ziele er tatsächlich verfocht? – Das war die Frage noch ferner Tage. Morgen aber würde das faschistische Regime zu allererst beginnen, »den Marxismus mit Stumpf und Stiel auszurotten«. Das würde für die NSDAP, für das faschistische Kabinett und für Hitler die erste imperialistische Bewährungsprobe der ihnen übertragenen Macht sein.

Werner von Blomberg

Die Reichswehr schultert das Gewehr

Kaum war eine Woche seit der Bildung des Regierungskabinetts Hitler vergangen, da prangte in der Montagsausgabe des »Völkischen Beobachters«, vom 6. Februar 1933, die Überschrift: »Das Reichsheer Schulter an Schulter mit dem neuen Kanzler«. In der nachfolgenden Mitteilung meldete dieses Hauptblatt der Nazipartei einen bemerkenswerten, für die Geschichte der deutschen Reichswehr ungewöhnlichen Vorgang, der sich am 3. Februar abgespielt hatte: ». . . Reichskanzler Adolf Hitler (nahm) auf Einladung des neuernannten Reichswehrministers von Blomberg Gelegenheit, vor einem größeren Kreise höchster Reichswehroffiziere über die Ziele seiner Politik zu sprechen. Der Reichswehrminister v. Blomberg hatte zu dieser ersten offiziellen Fühlungnahme des Reichskanzlers mit der Führung der Wehrmacht alle höheren Generale und Vertreter der Marine zusammenberufen. Der Reichskanzler hielt einen ausführlichen Vortrag über die politische Lage und die kommende Entwicklung in Deutschland, wie sie die Reichsregierung vorwärtszutreiben gedenkt.«

Genau das wollten diese Herren Generale und Admirale von Hitler wissen: ob er jetzt, zur Macht gelangt, ein klares und zupackendes Konzept zur Durchsetzung der Ziele jener Militärs besitze, denen sich die neue Regierung – wie der »Völkische Beobachter« ausdrücklich betonte – eng verbunden wisse.

Diese Ziele standen fest, seit der letzte Griff des deutschen Imperialismus nach der Weltmacht gescheitert war. Schon während der antiimperialistischen Novemberrevolution – die Massengräber auf den Schlachtfeldern des ersten Weltkrieges wurden gerade zugeschüttet – hatte der spätere General und Reichskanzler Kurt von Schleicher das strategische Programm der langfristi-

gen bürgerlichen Konterrevolution und der Wiederaufrüstung formuliert. Sein damaliger Vorgesetzter, Generalstabschef Wilhelm Groener, fügte als außenpolitische Maßgabe hinzu: »Wenn man um die Weltherrschaft kämpfen will, muß man dies von langer Hand her vorausschauend mit rücksichtsloser Konsequenz vorbereiten. Man darf nicht hin- und herschaukeln und Friedenspolitik treiben, sondern muß restlos Machtpolitik treiben.«

Dieselben Ziele hatte auch Hitler proklamiert. In seinem Buche »Mein Kampf« (1925) verlangte er die »restlose Unterordnung aller sonstigen Belange eines Volkstums unter die einzige Aufgabe der Vorbereitung eines kommenden Waffenganges zur späteren Sicherung des Staates«. Die Wunschträume der faschistischen Führer und der Reichswehrgeneralität bezüglich einer »Eroberung von Lebensraum im Osten«, einer »Wiedererkämpfung unserer Weltgeltung« und ähnliches mehr waren nur in Nuancen auseinandergegangen. Kein Wunder also, daß General Groener im Januar 1932 (zu jener Zeit Reichswehrminister der Republik) auf einer Kommandeurbesprechung sagte: »Hitlers Absichten und Ziele sind gut.« Und er fügte die Versicherung hinzu, daß Hitler, der »entschlossen (sei), revolutionäre Ideen auszumerzen«, den »besten Eindruck« auf ihn gemacht habe und er selbst gewillt sei, »alle Bestrebungen Hitlers, sich in politisches Leben einzugliedern, zu unterstützen«.

Doch die Sache hatte einen Haken. Die Generale, die den kriegerischen Massenmord nüchtern am Meßtischblatt und an Kalkulationen über Munitionsbeschaffung planten, hielten nicht viel von politischem Geschwätz und überheblicher Kraftmeierei. Deshalb bedauerte Groener, daß Hitler ein »Schwarmgeist« sei: »so erfüllt von Begeisterung und vulkanischer Kraft, daß er sicher noch oft falsche Mittel anwendet und anwenden wird«. Unter »falschen Mitteln« verstand man vor allem die pseudosozialistische Demagogie, die – wie Schleicher im Februar 1932 schrieb – »zum Bürgerkrieg und letzten Endes zum Bolschewismus« führe. Folgerichtig meinte Groener, alles hänge entscheidend davon ab, daß die von Hitler geführte »Bewegung in richtige Kanäle kommt«.

Während jedoch Groener und Schleicher schon vor dem 30. Januar an der »richtigen« Kanalisierung der faschistischen Bewegung zu zweifeln begannen, was sie übrigens mit der Einbuße ihrer weiteren politischen Karriere bezahlen mußten, brachte ein Großteil der Generalität den Hitlerfaschisten immer mehr Vertrauen entgegen. Viele hohe Offiziere gingen zum Hakenkreuzlertum über. Symptomatisch dafür war beispielsweise eine Stellungnahme, die der »Völkische Beobachter« am 6. Februar 1933 neben der eingangs genannten Mitteilung abdruckte. Dort erklärte Oberst Walter von Reichenau, der Chef des Ministeramtes im Reichswehrministerium und enge Mitarbeiter Blombergs, daß er sein neues Amt mit der gleichen Begeiste-

rung antrete, von der der Aufruf der neuen Reichsregierung an das deutsche Volk getragen sei. Reichenau wörtlich: »Niemals war die Wehrmacht identischer mit den Aufgaben des Staates als heute!«

Die näheren Umstände des 3. Februar 1933, der Begegnung Hitlers mit den Reichswehrgeneralen, vor allem der Inhalt seiner Ansprache, blieben fast zwanzig Jahre lang ungeklärt. Zwar machte Admiral Erich Raeder, der von der Sowjetarmee am 14. Mai 1945 in Babelsberg gefangengenommene Oberbefehlshaber der Marine, in Moskau eine Aussage: »Mein Verhältnis zu Adolf Hitler und zur Partei« – und darin erste, vage Angaben über den Inhalt der Besprechung. Sie dienten jedoch mehr seiner persönlichen Verteidigung als der Wahrheitsfindung. Raeder gab einzig zu: »Jedenfalls hat sich bisher noch kein Kanzler so warm für die Verteidigung ausgesprochen.« – Während des Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozesses kam deshalb die Konferenz vom 3. Februar als ein frühes Regierungszeugnis faschistischer Kriegsentfesselungspolitik nicht zur Sprache. Die Angeklagten und die mitwissenden Zeugen schwiegen. Es blieb ein dichter, wohlberechneter Rauchvorhang über der Konferenz.

Das war für die überlebende Generalität ein willkommener Anlaß, die Legende von einem fast fünf Jahre lang maßvoll regierenden Hitler in die Welt zu setzen, hinter den sich die angeblich friedliebende Reichswehrführung voll stellen konnte. Erst gegen Jahresende 1937 sei der Nazichef dem Machtrausch verfallen, auf Kriegskurs umgesteuert und nunmehr auch in Konflikt mit der Generalität geraten. Doch Mitte der fünfziger Jahre wurden durch eine Zeitschriftenveröffentlichung die Notizen des Generals Kurt Liebmann bekannt, der als Konferenzteilnehmer gerade das protokolliert hatte, worüber sich am Abend des besagten Tages die Führung der Reichswehr und der Reichsmarine mit dem neuen Regierungschef verständigt hatte.

Der äußere Anlaß für die Generalszusammenkunft war eine nachträgliche Geburtstagsfeier für den am Vortage sechzig Jahre alt gewordenen, vorherigen und wiederum neuen Außenminister Freiherr Konstantin von Neurath. Die Hauptsache jedoch war das Bestreben des neuen Kriegsministers Werner von Blomberg und seines Intimus, Walter von Reichenau, Hitler in engen Kontakt mit der Reichswehrführung zu bringen und dieser klarzumachen, daß sich der frischgebackene Kanzler nicht nur als Mann der Phrase, sondern auch als Mann der Tat bewähren werde.

Der Initiator dieses ganzen Vorgangs, Blomberg also, galt in der Reichswehr als einer der begabtesten und modern denkenden höheren Offiziere, der als Sohn eines Kavalleriegenerals auch aristokratischen Ansprüchen genügte. Mitarbeiter rühmten seine rasche Auffassungsgabe und hohe Anpassungsfähigkeit, sein verbindliches Wesen und seine umfassende Bildung. Der jetzt 54jährige, hochgewachsene, Monokel tragende Kriegsminister war in

Pommern geboren, hatte die Hauptkadettenanstalt Großlichterfelde absolviert, den ersten Weltkrieg zumeist in Generalstabsstellungen verbracht und war seit 1925 zunächst als Abteilungsleiter, seit 1927 als Chef des Truppenamtes – des illegalen Generalstabs – im Reichswehrministerium tätig. In diesen Jahren vor allem machte er sich einen Namen. Zwar urteilte General der Infanterie Gerd von Rundstedt 1946 über ihn: »Blomberg war uns immer etwas fremd, er schwebte in anderen Regionen. Er war . . . etwas theosophisch und so weiter, es konnte ihn eigentlich niemand recht leiden.« Doch diese vielzitierte Beurteilung wurde nach dem verlorenen Weltkrieg von einem Marschallkollegen über einen Mann gegeben, der im Zuge der allgemeinen Rehabilitierung des deutschen Militarismus zum Außenseiter gestempelt werden sollte. Die zeitgenössischen Wertungen, die Blomberg als Leiter der Technischen Abteilung im getarnten Generalstab oder als Chef des Truppenamtes erhielt, standen dazu im schroffen Widerspruch. Er war. wie es der Hauptmann Jost als Pressereferent im Reichswehrministerium zu Beginn des Februar 1933 formulierte: »Mann aus unserem Fleisch und Blut, kein Bruch der bisherigen Linie« – also kein Außenseiter, sondern die personifizierte Kontinuität der Reichswehr. Hinter dem später erhobenen Anwurf vieler Generalskameraden, Blomberg habe sich Hitler gegenüber wie ein »Gummi-Löwe« verhalten oder sich wie der »Hitlerjunge Quex« allen Forderungen gegenüber gefügt und springeifrig gezeigt, steckte der apologetische Versuch, die Verschmelzung von Faschismus und Militarismus während der Nazidiktatur als Entgleisung einzelner Personen hinzustellen und insbesondere als privates Mißgeschick Blombergs auszugeben.

Wenn Blomberg aus dem Durchschnittswuchs der Reichswehrgeneralität hervorragte, so verdankte er das vor allem seiner Besessenheit, die militärische Revisionspolitik zügiger und risikoreicher zu verfolgen, als dies Mitte der zwanziger Jahre im Zeichen Stresemannscher Außenpolitik angemessen war. Neben einer gegen Polen gerichteten Aggressionspolitik verlor er niemals eine solche gegen Frankreich aus dem Auge; er opponierte sogar gegen den ihm vorgesetzten Chef der Heeresleitung, den General von Seeckt, wenn es galt, die technische Modernisierung der Reichswehr umfassender in Angriff zu nehmen. Blomberg, kein Frontsoldat, sondern ein aus dem Hintergrund agierender Stabsoffizier, stellte sich den politischen, ideologischen und sozialen Fragen seiner Zeit – wenngleich aus dem verengten Blickwinkel eines professionellen Militärs. Er hatte begriffen, daß eine politische Rückkehr zur Monarchie außer Frage stand, und suchte im Interesse seiner Kaste nach einer zeitgemäßen Ersatzlösung, die politische und militärische Stabilität und Macht versprach. Die Weimarer Republik war für ihn stets nur ein unliebsamer Wartesaal gewesen. Die Repräsentanten der Republik galten ihm verächtlich als »winzige Zwerge«; die Verbindung von »doktrinärem

Liberalismus und staatsmännischer Unzulänglichkeit« war ihm ein Greuel. Seine theosophische, im mystischen Glauben wurzelnde Hoffnung auf eine geistige Erneuerung des Menschen trübte dabei den Blick des nüchternen Generalstäblers, der häufig nicht zwischen dem Möglichen und dem Unmöglichen zu unterscheiden wußte. Seine irrationalen, selbstmörderisch anmutenden Kriegsspiele gegen Ende der zwanziger Jahre, die den damals völlig aussichtslosen Konflikt mit Frankreich ins Kalkül zogen und ihn als »Pflicht zur Notwehr« ausgaben, die in die Konzeption einer terroristischen Kriegführung der »verbrannten Erde« einmündeten, waren ein frühes Wetterleuchten jener Strategie, die 1943 dem deutschen Generalstab als ein Dogma gelten sollte.

Mit derartigen Ideen fand sich Blomberg im Truppenamt nicht allein, sondern vielmehr in Übereinstimmung mit der Mehrheit der operativ planenden Generalstäbler. Da er aber als Wortführer dieser ungeduldigen, drängenden Militärfraktion auftrat, wurde er von den nüchterner kalkulierenden Strategen Groener und Schleicher aus dem Amt des Generalstabschefs entfernt. Der Widerspruch zwischen Blomberg und Schleicher entzündete sich nicht an der langfristigen Zielformulierung, sondern an den kurzfristigen Realisierungswünschen. Ein entlegener Wehrkreis in Ostpreußen, in den Blomberg versetzt wurde, sollte seine Karriere beschneiden, eine Delegierung nach Genf, wo er als Vertreter der Reichswehr an den sogenannten Abrüstungsverhandlungen teilnahm, sollte nach Schleichers Vorstellungen sogar eine mögliche Verabschiedung einleiten. Doch Ostpreußen und Genf erwiesen sich für Blomberg als Sprossen des künftigen Aufstiegs zum mächtigsten Mann der Reichswehr.

Daran war sein ostpreußischer Stabschef Walter von Reichenau wesentlich beteiligt – eine Person, die aus ganz anderem Holze geschnitzt war: ein Praktiker, Durchreißer und Karriereoffizier, dem man nachsagte, er habe Rasierklingen an den Ellbogen. Reichenau, ebenso brutal wie entschlossen, von einem robusten, unverhohlenen Ehrgeiz getrieben, fühlte sich bei seinem kaum gebändigten Machtstreben durch keinerlei moralische Bedenken angekränkelt, er verkörperte schon durch Geburt und Herkommen die Ehe zwischen Junkertum und Großindustrie.

Als einstiger Leutnant im Potsdamer Gardeartillerieregiment militärisch erzogen, politisch bei dem General und antisowjetischen Schreibtischstrategen Max Hoffmann in die Schule gegangen, gesellschaftlich den Verkehr in rein blaublütigen Grafenkreisen pflegend, erweckte Reichenau dennoch den Anschein, als sei er frei von sozialen Vorurteilen – auch wenn er nur als begeisterter Fußballspieler in Verbindung zu Kreisen kam, die sonst einem preußischen Gardeoffizier suspekt erscheinen mußten. Vertraut mit den technischen Errungenschaften seiner Zeit, traf er sich in vielen Fragen mit den

Auffassungen Blombergs, insbesondere was das Kriegsbild der Zukunft anbelangte. Er war militärpolitisch auf die Feindschaft gegen die Sowjetunion eingeschworen, also ganz ein Erbe Hoffmanns, und zugleich stark probritisch eingestellt, was die Frucht eines längeren Studienaufenthaltes in England sein mochte. Andere Offiziere, die auf Grund seines Herkommens einen typischen Potsdamer Gardeoffizier in ihm erwarteten, mußten zu ihrem Erstaunen feststellen, daß Reichenau nach Habitus und Auftreten ebensogut ein amerikanischer General hätte sein können.

Blomberg und Reichenau, wenngleich aus unterschiedlichen Motiven, trafen sich in der Überzeugung, daß die Lösung der politischen und militärischen Probleme der Reichswehr nur von einer einzigen Kraft erreicht werden könne: der Nazibewegung. Durch einen süddeutschen Verwandten schon frühzeitig mit Hitler bekannt geworden, hielt der ostpreußische Stabschef Reichenau über den Nazigauleiter Erich Koch und den NS-Pfarrer Ludwig Müller jahrelang enge Kontakte zur braunen Zentrale.

Für Blomberg und Reichenau war die Nazibewegung der große Motor, mit dem sie den Karren der moralischen Wiederaufrüstung auf Touren bringen wollten: als Voraussetzung für eine umfassende Remilitarisierung Deutschlands. In der buchstäblichen Ausrottung eines jeden Widerstandes – Reichenau ließ solche Vernichtung noch Jahre später, 1941, in der Sowjetunion gegen Kommunisten und Juden betreiben – waren sich beide einig. Jetzt, 1933, stimmten sie auch in der Absicht überein, mit der Reichswehr – auch wenn sie Gewehr bei Fuß stand – eine faschistische Terrorwelle im Innern des Landes absichern zu lassen. So verlautbarte Reichenau in jenen Februartagen: »Morsches im Staat muß fallen, das kann nur mit Terror geschehen. Die Partei will gegen den Marxismus rücksichtslos vorgehen.«

Am Morgen des 3. Februar nahm Blomberg im Reichswehrministerium nun die erste Gelegenheit wahr, vor den Gruppen- und Wehrkreisbefehlshabern sein Programm vorzustellen. Vorerst würdigte er die Bedeutung, die dem 30. Januar in seinen Augen zukam: »Kabinett ist Ausdruck breiten nationalen Wollens und Verwirklichung dessen, was viele der Besten seit Jahren angestrebt. Zwar vertritt es nur eine Volksminderheit, aber doch eine nach Millionen zählende festgefügte Minderheit, die entschlossen ist, für ihre Ideen zu leben und – wenn nötig – auch zu sterben. Daraus ergeben sich große Möglichkeiten, wenn die leitenden Männer festes Herz und glückliche Hand beweisen.«

Welche Perspektiven sich mit der Errichtung der Nazidiktatur für die Reichswehr eröffnet hatten, brachte Blomberg auf den Kurznenner: Untermauerung der Wehrmacht durch »Wehrhaftmachung« des breiten Volkes, was den zügellosen Terror gegen Andersdenkende einschließen müsse, und Ausbau der Wehrmacht zu einem brauchbaren Instrument der »nationalen

Sicherheit«. Damit knüpfte Blomberg gerade dort an, wo er 1929 als Chef des Truppenamtes gescheitert war. Allerdings warnte er zugleich vor übertriebenen Hoffnungen auf materielle Zuschüsse: »Kämpfe ums Geld würden zwar auch nötig sein; sie würden aber ohne Bitterkeit geführt werden.«

Die Einschränkungen, die Blomberg noch am Vormittag gemacht hatte, erwiesen sich jedoch schon am selben Abend als grundlos. Sobald Hitler in Berlin vor dem Gebäude der Heeresleitung, Bendlerstraße 14, vorfuhr, verkündete der General und Hausherr von Hammerstein den versammelten Generalen und Admiralen: »Meine Herren, der Herr Reichskanzler.«

Hitler machte bescheidene, linkische Verbeugungen und blieb verlegen, bis er nach Abschluß des Essens durch Klopfen an sein Glas um Gehör bat. Er sprach fast zwei Stunden. Seine Rede war auf den Zuhörerkreis wohlabgestimmt, von dem er genau wußte, wie sehr von dessen Verhalten das Schicksal jener Konterrevolution abhing, die die Nazipresse als »nationale Revolution« ausgab. Denn ohne die stumme Mitwirkung der Reichswehrführung war der Straßenterror, der sich seit dem 30. Januar in Deutschland zutragen sollte, nicht möglich. So suchte Hitler dem Terror als Mittel der inneren Wehrhaftmachung eine höhere Weihe zu geben: »Wer sich nicht bekehren läßt, muß gebeugt werden. Ausrottung des Marxismus mit Stumpf und Stiel. Todesstrafe für Landes- und Volksverrat. Straffste autoritäre Staatsführung«! Das waren die Schlagworte, die Hitler den Generalen zuwarf, wobei er die Weimarer Demokratie als »unmögliche Utopie« abqualifizierte. Den Kasernenhofhorizont der meisten Generale taxierend, gebrauchte Hitler die ihnen einleuchtende Formel: »Es kann und darf nur einer befehlen!«

Wie jedoch, so schien Hitler in seiner Rede zu überlegen, was in Wirklichkeit längst für ihn feststand – wie jedoch sollte politische Macht gebraucht werden, wenn sie nun einmal erlangt war: »Vielleicht Erkämpfung von Exportmöglichkeiten, vielleicht – und wohl besser – Erkämpfung von Lebensraum im Osten und dessen rücksichtslose Germanisierung?« Der Reichskanzler schloß mit den Worten: »Also verstehen Sie bitte mein Ziel und nehmen Sie meine politische Hilfe entgegen. Mit meiner Bewegung ist dem Vaterland ein Wunder gegeben. Dieses Wunder gibt es aber nur einmal, deshalb müssen wir es ausnützen.«

Hitler hätte sich kaum klarer ausdrücken können. Und die Anwesenden verstanden ihn genau: Man würde nicht bei Deklarationen und Phrasen stehenbleiben, sondern zielstrebig Aufrüstung und Krieg ansteuern – zuerst den erbarmungslosen Klassenkrieg in Deutschland und dann, nach dem Mord an Tausenden eigener Landsleute, den millionenfachen Mord an den Völkern Europas.

Die Generalität und Admiralität nahm diese Rede, mit ihren grauen-

erregenden Perspektiven, gelassen und reaktionsarm auf. Der BRD-Historiker Wolfgang Sauer glaubt, dieses Verhalten mit der Erklärung verharmlosen zu können: »Zum Glück für Hitler und seine militärischen Parteigänger ließ die Aufmerksamkeit seiner Zuhörer zu wünschen übrig.« Ein anderer später Klopffechter der deutschen Generalität, Hermann Foertsch, behauptet dagegen, Hitler habe einer gespannt lauschenden Generalität seine Aufwartung gemacht: »Die Generale waren gewöhnt, zu hören, und sich dann ihr Urteil zu bilden.« Der anwesende Eugen Ott bestätigt, daß die Generale sehr genau zuhörten und mit Befriedigung aufnahmen, was ihnen da vorgetragen wurde. Er notierte: »Der Plan, im Osten Lebensraum zu schaffen, erschien mir damals als entscheidende Erklärung.« Und nachdem der prognostizierte Weltkrieg verloren war, versicherte Admiral Raeder im Brustton der Einfältigkeit: Er habe nach Hitlers Rede keine Veranlassung gefunden, irgendwelche »Überlegungen darüber anzustellen, ob ich in meiner Stellung bleiben dürfte oder nicht«. Weshalb auch?

Hitlers Rede war wohlverstanden worden und bedurfte keiner langen Debatte. Ihre Grundkonzeption befriedigte die Erwartungen der Generalität, deckte sich vollauf mit den Plänen, die General Blomberg im Truppenamt zur selben Zeit durchexerzierte. Deshalb Blombergs Ausruf: Hitler wirke auf ihn »wie ein ganz großer Arzt«. Deshalb Reichenaus Gewißheit: Dieser »ungewöhnliche Mann« gehe »einen klaren Weg«. Deshalb der Jubel Karls von Einem, des einstigen kaiserlichen Kriegsministers: »Wir haben wieder einen Kanzler!« Und deshalb schließlich auch Franz Halders, des späteren Generalstabschefs, Lobhudelei über den »reinen und vom idealistischen Schwung getragenen Willen des Kanzlers«. Dieses alles war Ausdruck nur eines Tatbestandes: Die tonangebenden Militärs der Reichswehr sahen sich am 30. Januar 1933 an dem Ziel angelangt, das sie seit November 1918 angestrebt hatten – und sie waren fest entschlossen, dieses »Wunder«, diese einmalige Gelegenheit, nach ihren Kräften zu nutzen.

Hjalmar Schacht

Finanzierung der Nazipartei

Ein Mann, der sich seit langem »zu Großem bestimmt« hielt, erwartete am 20. Februar 1933 eine Tagung, auf der Hitler mit einigen der mächtigsten Konzernherren Deutschlands konferieren sollte: Den Naziführer und Reichskanzler plagten Geldsorgen, die Großindustriellen standen in der Macht, diesen Mangel beheben zu können, und er – Hjalmar Schacht – war auserkoren, die Riesenspende zu vermitteln und einzutreiben. Gewiß würde sich daraus auch Kapital für die persönliche Karriere schlagen lassen. Man mußte sich nur wieder einmal umsichtig zeigen.

Schacht hatte als ein Förderer Hitlers tatkräftig an dessen Regierungsantritt mitgewirkt, und er durfte damit rechnen, daß ihm der Kanzler und seine mächtigen Hintermänner den Weg in höchste Regierungsämter ebnen würden. Schon vor einem Jahr hatte der einflußreiche Schwerindustrielle Reusch dem Führer der NSDAP deutlich zu verstehen gegeben, daß erstklassige Fachleute wie Schacht für die Wirtschafts- und Finanzpolitik benötigt würden – denn es sei erforderlich, nicht nur Propaganda, sondern konkrete Arbeit zu leisten und klar umrissene Programme auszuarbeiten. Weil aber die von Reusch und anderen Konzernherren geforderte Präzisierung der wirtschaftspolitischen Vorstellungen seitens der Naziführung immer noch nicht erfolgt war, hatte gerade Schacht angeraten: Hitler solle vor Regierungsantritt vermeiden, sich auf ein detailliertes Wirtschaftsprogramm festzulegen. Damit waren mögliche Meinungsverschiedenheiten und Komplikationen vermieden worden.

In der soeben beginnenden Wahlkampagne trat die NSDAP also ohne ein eigenes, fest umrissenes Wirtschaftsprogramm auf. Sie richtete ihre demagogische Propaganda hauptsächlich darauf, die Weimarer Republik als »Praxis

des Marxismus« zu verteufeln und diese beiden, an sich unvereinbaren Dinge als Ursache des sozialen und nationalen Notstands der Deutschen anzuprangern.

Dabei umschmeichelte sie vor allem die nationalistisch verseuchten, politisch verbildeten oder ungeschulten Wählerschichten des Kleinbürgertums, damit sie durch Stimmabgabe für die NSDAP eine Art Volksurteil sowohl gegen die Weimarer Demokratie als auch den Marxismus herbeiführten. Die angekündigten Vierjahrespläne der Hitlerregierung »zur Rettung des Bauern und des Arbeiters« wurden indessen nur beiläufig erwähnt, ohne etwas Konkretes darüber zu sagen.

Gleichzeitig begannen die Faschisten mit dem organisierten Terror gegen Kommunisten, Sozialdemokraten und bürgerliche Demokraten. Sie schlugen, stachen und schossen auf Antifaschisten, so daß 47 von ihnen seit dem Antritt der neuen Regierung ermordet wurden. Angst und Schrecken sollten den Widerstand lähmen. Auch hagelte es Verbote gegen die kommunistische und sozialdemokratische Presse. Beschlagnahmen und Schließungen wurden allen Eigentümern von Verlagen, Druckereien und Gastwirtschaften angedroht, falls sie ihre Einrichtungen regierungsfeindlichen Kräften zur Verfügung stellten. Göring befahl der ihm unterstellten Preußischen Polizei, die Tätigkeit der sogenannten nationalen Verbände zu begünstigen, jedoch gegen oppositionelle Organisationen rücksichtslos vorzugehen.

Schacht und seinesgleichen empfanden dies alles als eine Wohltat, denn die Ausrottung des Kommunismus und die Ausschaltung aller bürgerlich-demokratischen Kräfte in Deutschland war ihnen ein innenpolitisches Hauptanliegen. Aber die Kommunisten leisteten unerschrocken Widerstand, und auch viele Sozialdemokraten hielten ihrer Organisation die Treue. Würde die bisher betriebene Propaganda der NSDAP ausreichen, um ein »Volksurteil gegen den Marxismus« in der Form eines überwältigenden Wahlsieges gewinnen zu können? Die faschistische Führungsspitze zweifelte daran. Sie wollte ihre Propagandamaschine auf höchste Touren bringen – besaß aber nicht die dafür erforderliche Geldmasse. Das eben war der Grund, warum die kapitalkräftigen Interessenten des Hitlerregimes zur Konferenz am 20. Februar geladen waren.

Am späten Nachmittag dieses Tages versammelten sich in Görings Amtssitz die Spitzenvertreter des deutschen Monopolkapitals: Gustav Krupp von Bohlen und Halbach (Inhaber der Firma Friedrich Krupp), Albert Vögler (Generaldirektor der Vereinigten Stahlwerke AG), Georg von Schnitzler (Vorstandsmitglied der IG-Farben-Industrie AG), Ludwig von Winterfeld (Vorstandsmitglied der Siemens & Halske AG), Fritz von Opel (Vorstandsmitglied der Adam Opel AG), Hugo Stinnes jun. (Aufsichtsratsmitglied des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats), August Diehn (Vorstandsmit-

glied des Deutschen Kali-Syndikats) und zwanzig weitere Industrielle. Schacht konnte mit dieser illustren Gesellschaft zufrieden sein. Sie verhieß für die Spendenaktion vollen Erfolg.

Solchen mächtigen Herren verdankte er selbst übrigens seine bisherige Karriere. Bei Jahrhundertbeginn war den Industriellen Georg von Siemens und Emil Rathenau das besondere Geschick aufgefallen, mit dem der knapp 30jährige Geschäftsführer des Handelsvereins die Interessen der deutschen Finanzkapitalisten wahrnahm; sie hatten ihm daher den Weg in die Dresdener Bank geöffnet, wo er 1908 zum stellvertretenden Direktor aufstieg. Ende 1923 lancierten ihn maßgebliche Industrielle sogar für einige Jahre auf den Posten des Reichsbankpräsidenten. Auch diesmal erwies er sich als hinreichend erfahren und wendig, um ökonomische Gesamtinteressen der deutschen Finanzoligarchie in politische Konzeptionen umzusetzen und diese im politischen Kampf zu verwirklichen. Reichsbankpräsident Schacht hatte seine Tür vor allem den mächtigen Herren an Rhein und Ruhr offengehalten, indem er ihnen große Kredite zu günstigsten Bedingungen verschaffte. Daher besaß sein Name in diesen Kreisen auch jetzt, am 20. Februar 1933, noch immer einen guten Klang. Schacht durfte hoffen, sein Ansehen für die bevorstehende Spendenaktion nutzbar machen zu können. Würde das aber genügen, um bei den Industriellen die erwünschte große Spendierwilligkeit auszulösen? Es hing wesentlich von den Ausführungen Hitlers ab, ob man die Monopolherren erfolgreich zur Kasse bitten konnte.

Wie üblich erschien Hitler etwas verspätet. Er schüttelte jedem der Anwesenden die Hand, ging nach vorn und legte, rhetorisch gekonnt, das faschistische Programm der endgültigen Beseitigung des bürgerlichen Parlamentarismus, der Zerschmetterung der Arbeiterbewegung und der Aufrüstung zum Kriege dar. Dabei sei es ein Ding der Unmöglichkeit, sagte er, daß ein Teil des Volkes sich zum Privateigentum bekenne, während ein anderer Teil das Privateigentum ableugne – und angesichts dieses Gegensatzes genüge es nicht, zu sagen: Wir wollen keinen Kommunismus in der Wirtschaft. Vielmehr müßten überall politisch klare Verhältnisse geschaffen werden. Doch gäbe es nicht eher eine innere Ruhe, bis »der Marxismus erledigt« sei. Hier liege die Entscheidung, der man entgegengehen müsse.

Damit traf der Kanzler bei den Monopolkapitalisten genau ins Schwarze. Hatte doch das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie mit Krupp an der Spitze erst vor drei Tagen verlauten lassen: Für die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse sei es »von ausschlaggebender Bedeutung, daß Störungen der inneren Ruhe und des sozialen Friedens vermieden werden«. Schacht konnte im stillen zufrieden feststellen, daß sich Hitler in den Grundfragen konsequent an den Interessen der Industriemonopolisten orientierte. Auch für Schacht erschien der Kommunismus als

ein Feind jeder geregelten Wirtschaft: Die Kommunisten wollten, wie die russischen Bolschewisten, den Unternehmern das Eigentum wegnehmen und daher den Klassenkampfgedanken in die Betriebe hineintragen. Jeder marxistische Verbandsfunktionär säte Feindschaft zwischen die Menschen, hetzte sie gegeneinander auf – also mußten alle Klassenkampfpropagandisten und ihre Organisationen niedergerungen werden. Durch den Ausrottungskampf, den die Hitlerregierung gegen den Kommunismus führte, würde der wichtigste Störfaktor aus der deutschen Wirtschaft verschwinden.

Mit der Unterstützung von Vögler und Reusch arbeitete Schacht bereits an der Aufgabe, die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Nazipartei zu konkretisieren. Jetzt aber konnte er wiederum mit Befriedigung feststellen, daß Hitler auch in seiner heutigen Rede sich zurückhielt, zu anstehenden Wirtschaftsproblemen Stellung zu nehmen: Denn die Präzisierung der wirtschaftspolitischen Auffassung der Naziführung, die den Macht- und Profitinteressen der Konzernherren entsprechen mußte, sollte von Schacht – in Zusammenarbeit mit diesen selbst – vorgenommen werden. Hitler folgte also weiterhin dem von Schacht gegebenen Rat. Aber so wenig er sich zur konkreten Wirtschaftspolitik äußerte, so sehr betonte er, daß alle Gerüchte, wonach auch die Nationalsozialisten die Eigentumsinteressen in der Wirtschaft angreifen würden, falsch seien. Er verwarf »Experimente« mit der Wirtschaft und bekannte sich ausdrücklich zum Privateigentum, das heißt zum privatkapitalistischen Eigentum an den Produktionsmitteln. Und das war für die Monopolherren, wie für Schacht, der entscheidende Punkt: Wer dieses Eigentum garantierte, schützte Kapital und Kapitalverwertung.

Hitler kam mit seiner Rede nun richtig in Schwung. Er entwickelte den Industriellen die Gedankengänge, die ihn zur Gründung der NSDAP und zu »seinem Kampf« bewogen hätten: Das Hauptprinzip sei die völkische Idee und der Gedanke der Wehrhaftigkeit – denn das Leben sei ein fortgesetzter Kampf, und nur ein wehrhaftes Volk vermöge zu bestehen, wie denn auch nur eine wehrhafte Nation eine blühende Wirtschaft haben könne.

Den Monopolherren, die nach profitablen Rüstungsaufträgen gierten, war auch dies ganz aus dem Herzen gesprochen. Kanonenkönig Krupp dankte im Namen der Versammelten, wobei er des Kanzlers »Bekenntnis zum Privateigentum und zur Wehrhaftigkeit« noch einmal nachdrücklich betonte.

Jetzt lenkte der »Diplomat« der Naziführung, Hermann Göring, die Aufmerksamkeit der so freudig gestimmten Industriellen zielstrebig auf die laufende Wahlkampagne: Mit diesem »letzten Wahlkampf sei auch die letzte Chance zur Aufrechterhaltung der Freiheit der Wirtschaft gegeben«. Für dieses hohe Ziel müsse eine außerordentlich starke Propaganda in Aussicht genommen werden, die bedeutende Mittel erfordere – aber, so fügte er hinzu: »Die Kassen der Partei, der SA und SS sind leer«.

Dieses war das Stichwort für den Auftritt Schachts. Er knüpfte an Görings Worte von der »letzten Chance« an und verkündete, »die Schicksalsstunde der Wirtschaft« sei gekommen. Sodann erklärte er ohne Umschweife, daß insgesamt 3 Millionen Reichsmark erforderlich seien, »deren Aufbringung er sich wie folgt gedacht habe:
RM 1 000 000,– westliche Kohlen- und Eisenindustrie,
RM 1 000 000,– chemische Industrie und Kalibergbau,
RM 1 000 000,– Braunkohle, Maschinenbau und Elektrotechnik.«

Krupp, Vögler und andere rheinisch-westfälische Großindustrielle sagten sofort 1 Million Reichsmark von den Ruhrkonzernen zu. Die insgesamt aufzubringende 3-Millionen-Summe sollte mit drei Vierteln der NSDAP und einem Viertel ihrem deutsch-nationalen Koalitionspartner zufließen. Noch am selben Tage schrieb der Nazidemagoge Goebbels triumphierend in sein Tagebuch: »Wir treiben für die Wahl eine ganz große Summe auf, die uns mit einem Schlage aller Geldsorgen enthebt. Ich alarmiere gleich den ganzen Propagandaapparat, und 1 Stunde später schon knattern die Rotationsmaschinen. Jetzt werden wir auf Höchsttouren aufdrehen.« Eine riesige Flutwelle nationalistischer und pseudosozialistischer Wahlmaterialien der Faschisten riß in den folgenden Tagen Millionen von Kleinbürgern und anderen sozialen Schichten in den Sog der Nazipartei. Und natürlich zeigten sich die Finanzkapitalisten und der Reichskanzler dem Organisator der großen Wahlspende erkenntlich. Schacht erhielt abermals das sehr einträgliche Amt des Reichsbankpräsidenten.

Er war es, der in den folgenden Jahren die Tresore der Zentralnotenbank für die getarnte Rüstungsfinanzierung öffnete. »Für die unerhörten Investitionen in der Rüstungsindustrie ist Geld durch Steuern nicht zu beschaffen«, sagte er 1934 – also müsse der Geld- und Kapitalmarkt den Bedarf decken. Rüstungslieferanten zogen »Sonderwechsel« auf eine Scheingesellschaft, die unter Führung der Reichsbank von den Konzernen Krupp AG, Siemens AG, Gutehoffnungshütte AG und Rheinmetall AG gegründet wurde, um die »Sonderwechsel« als Handelswechsel zu tarnen. Die Reichsbank verpflichtete sich, diese Wechsel, wenn sie drei Monate nach Ausstellung präsentiert wurden, jederzeit zu diskontieren. So schuf Schacht der Hitler-Regierung die Möglichkeit, Rüstungsaufträge mit diesen als Handelswechsel getarnten »Sonderwechseln« zu bezahlen. Daraus erwuchs eine beträchtliche kurzfristige Verschuldung des faschistischen Staates, die durch »Kunstgriffe« Schachts mehrere Jahre lang in der »Schwebe« gehalten, das heißt, als eine mittelfristige Verschuldung manipuliert wurde. Das aber löste bei der Reichsbank eine rasche und außerordentliche Labilität aus. Bald sah Schacht nur noch »ein Mittel zur Beseitigung dieses Unsicherheitsmoments«: die Abschöpfung der künstlich geschaffenen öffentlichen Kredite durch Ausgabe

von Reichsanleihen, die von Sparkassen und Versicherungen übernommen werden mußten. – So organisierte Schacht die verschleierte Enteignung aller Sparer und Versicherungsnehmer zugunsten der forcierten Aufrüstung. Dennoch kam er mit diesen Methoden nicht annähernd an das Tempo und an die Größenordnungen heran, die sich aus der weiteren Forcierung der Aufrüstung ergaben.

In ein ähnliches Dilemma geriet Schacht auch bei der Amtsführung des Reichswirtschaftsministeriums, das er – neben seinen Reichsbankgeschäften – von 1934 bis 1937 leitete. Während er eine »möglichst starke Aufrüstung« fördern wollte, stieß er bei der Einfuhr rüstungswichtiger Rohstoffe auf wirtschaftliche Grenzen: Es gelang ihm letztlich nicht, Devisen in ausreichendem Maße für jene Rohstoffimporte aufzubringen, die von den Rüstungsindustriellen und Militärs in wachsendem Umfange angefordert wurden. Das nicht zu lösende Problem, die für die forcierte Aufrüstung benötigtten großen Rohstoffmengen zu importieren, führte in der Rüstungsindustrie zu einem Absinken der Kapazitätsauslastung bis auf fünfzig Prozent – eine Regression, die insbesondere den rheinisch-westfälischen Schwerindustriellen wider den Strich ging. Nachdem Schacht seinen bisherigen festen Rückhalt gerade bei den Ruhrmagnaten verlor, ließ ihn die Mehrheit der deutschen Rüstungs- und Kriegsinteressenten fallen. Der Finanzzauberer mußte 1939 als Reichsbankpräsident zurücktreten, wenngleich er als Minister ohne Geschäftsbereich noch bis 1943 der faschistischen Reichsregierung angehörte.

Schacht nahm Verbindung zur Goerdeler-Gruppe auf, die seit 1942 den deutschen Eroberungskrieg für aussichtslos hielt und – unter Preisgabe Hitlers – einen Separatfrieden mit den imperialistischen Westmächten aushandeln wollte. Weil Schacht auch jetzt keineswegs ein Gegner des Aggressionskrieges gegen die Sowjetunion war, hätte er diesen gerne im Bündnis mit den Westmächten weitergeführt. Doch die Anti-Hitler-Koalition ließ sich nicht sprengen.

Nach der bedingungslosen Kapitulation des faschistischen Deutschlands vor den Siegermächten des zweiten Weltkrieges kam Schacht auf die Anklagebank des Internationalen Militärtribunals in Nürnberg. Die Anklageschrift besagt, daß er von seinen Ämtern, von seinem persönlichen Einfluß und seiner engen Verbindung mit Hitler in folgender Weise Gebrauch gemacht hat: »Er förderte, wie in Anklagepunkt 1 angeführt, den Machtantritt der Naziverschwörer und die Festigung ihrer Kontrolle über Deutschland; er förderte die in Anklagepunkt 1 angeführten Vorbereitungen für den Krieg; er nahm teil an den in Anklagepunkt 1 und 2 angeführten militärischen und wirtschaftlichen Plänen und Vorbereitungen für Angriffskrieg und solche Kriege, die eine Verletzung von internationalen Verträgen, Abkommen und Zusicherungen darstellten.«

Doch der Kriegsverbrecher rettete sich mit Hilfe seiner Kontakte, die er seit den Jahren der Weimarer Republik zu einflußreichen anglo-amerikanischen Finanzkapitalisten unterhalten hatte, vor dem Galgen. Gegen den Einspruch des sowjetischen Anklagevertreters wurde er freigesprochen.

Als die Imperialisten der USA die BRD zu ihrem Hauptverbündeten in Europa machten und dieser Staat remilitarisiert wurde, konnte Schacht abermals ans Werk gehen: Mit seinen früher gewonnenen Kenntnissen und Beziehungen erschloß er den westdeutschen Kapitalmagnaten neue Absatzmärkte und Ausbeutungsmöglichkeiten, er reiste in solcher Mission nach Frankreich, Indonesien, Ägypten, Iran, Spanien, Italien und anderen Ländern. 1953 gründete er in Düsseldorf mit einem voll eingezahlten Kapital von 1,5 Millionen Deutscher Mark die Außenhandelsbank »Schacht & Co.«.

Dieser Finanzkapitalist hatte schon nach dem ersten Weltkrieg für ein Wiedererstarken des deutschen Monopolkapitals mit Hilfe des anglo-amerikanischen Finanzkapitals gewirkt, und seine antikommunistische Losung hatte gelautet: »Bolschewistische Auflösung – oder internationale Zusammenarbeit.« Ebenso agitierte er nach dem zweiten Weltkrieg die USA-Monopolisten, »daß eine finanzielle Zusammenarbeit mit der deutschen Industrie notwendig« sei, »um den Wall gegen den Bolschewismus zu stärken«. Wiederum nutzte Schacht den Antibolschewismus, um interimperialistische Widersprüche zu glätten und die erneut aufkeimenden Herrschaftsansprüche des deutschen Monopolkapitals zu fördern. So blieb er bis zu seinem Tode im Jahre 1970 ein skrupelloser Geschäftsführer des deutschen Imperialismus.

Hermann Göring

Der Reichstag brennt

Noch nicht ganze drei Wochen war Hitler Reichskanzler, als er drei Männer in sein Arbeitszimmer rufen ließ: Wilhelm Frick, Hermann Göring und Wolf-Heinrich Graf von Helldorf, einen Führer der Berliner SA. Ganz sicher war die Vorbereitung der Reichstagswahlen am 5. März 1933 das Beratungsthema – wenngleich nicht bezeugt ist, was diese vier Männer im einzelnen besprachen. Mit den Berichten der Geladenen konnte Hitler im allgemeinen zufrieden sein. Trotzdem stellte sich ihm die Frage, ob die übernommenen Machtpositionen und die inzwischen ergriffenen Maßnahmen ausreichten, um in kürzester Frist die Weimarer Republik zu Grabe zu tragen und die faschistische Diktatur dauerhaft zu errichten.

Im Kreis der Beratung war Göring nicht nur der »zweite Mann« der Nazipartei, sondern auch Reichsminister ohne Geschäftsbereich, Reichskommissar für die Luftfahrt und – nicht zuletzt – kommissarischer Innenminister des Landes Preußen. Ihm und den anderen Nazis kam zugute, daß Franz von Papen als vorjähriger Reichskanzler die rechtmäßige, sozialdemokratisch geführte Regierung durch Staatsstreich gestürzt und Preußen unter die kommissarische Leitung der Reichsregierung gestellt hatte. Im Kabinett des 30. Januar war dieser Papen nun nicht nur deutscher Vizekanzler, sondern auch Reichskommissar für Preußen, und Göring konnte bei der Besprechung zufrieden mitteilen: Papen unterschreibe alles, was er – Innenminister Göring – an Verboten und Polizeiverordnungen gegen die Kommunisten, Sozialdemokraten und anderen Opponenten erlasse.

In dieser Phase der Errichtung der faschistischen Diktatur erwies sich der 40jährige Göring als der entscheidende Mann. Er verfügte als Chef

der Polizei des größten deutschen Landes nicht nur über die erforderlichen Machtmittel, sondern auch über ein großes Maß an Gewissenlosigkeit, um diese gegen den Volkswillen, gegen Recht und Verfassung einzusetzen. Schon am 5. Februar '33 beschloß die Kommissariatsregierung, sämtliche preußische Provinziallandtage, Kreistage, Gemeindevertretungen aufzulösen, und in 14 größeren Städten setzte Göring noch im selben Monat die Polizeipräsidenten ab. Viele Regierungs- und Regierungsvizepräsidenten mußten zwangsweise in den Ruhestand eintreten, während Nazis oder ihnen nahestehende Reaktionäre deren Posten einnahmen. Als die Kampagne für die Reichstagswahl anlief, häuften sich gerade in Preußen die Verbote gegen die KPD, die SPD und die Gewerkschaften. Kommunistische Demonstrationen und Versammlungen unter freiem Himmel wurden von Göring generell untersagt. Sein Kumpan, Reichsinnenminister Frick, dehnte dieses Verbot auf das gesamte Reichsgebiet aus. Die führenden Zeitungen der KPD und der SPD, »Die Rote Fahne« und der »Vorwärts«, durften häufig nicht erscheinen. Das Karl-Liebknecht-Haus, der Sitz des Zentralkomitees der KPD, wurde am 2. Februar von der preußischen Polizei durchsucht, am 17. besetzt und am 23. abermals durchwühlt. Schlägertrupps der SA, die am 22. Februar von Göring in den Rang einer »Hilfspolizei« erhoben wurden, jagten und mordeten fortschrittliche Arbeiter und Demokraten, sie verfolgten auch diejenigen, die im Verdacht standen, Juden zu sein.

Das war der »erfolgreiche« Terror, von dem Frick, Göring und Graf Helldorf berichten konnten. Und doch waren sich die Naziführer ihres Sieges bei den Wahlen am 5. März nicht sicher! Sie fürchteten, daß der abfallende Trend, der die Nazipartei bei den Novemberwahlen 1932 einen Verlust von zwei Millionen Stimmen gekostet hatte, weitergehen könnte. Wenn aber Hitler und Göring ihr Versprechen einhalten wollten, das sie den Herren von Stahl und Kohle gegeben hatten, wenn am 5. März die letzten Wahlen stattfinden, danach keine Streiks und keine Arbeitermitbestimmung mehr existieren sollten – dann mußte noch mehr geschehen, mußte die Diktatur voll entfaltet werden und der Terror Massencharakter annehmen. Ob nun die vier Faschistenhäuptlinge in Hitlers Arbeitszimmer einen entsprechenden Plan faßten oder gar bestätigten, wird wohl niemals mit letzter Sicherheit zu sagen sein. Fest steht aber, daß ein von Joseph Goebbels, dem Nazigauleiter Berlins, vorbereiteter Plan für die Wahlkundgebungen zur Beratung vorlag.

Danach sollten Hitler, Göring, Goebbels und die anderen Parteigrößen Tag für Tag auf Großkundgebungen mit demagogischen Versprechungen, Lügen und Drohungen auftreten. Geradezu auffallend jedoch war, daß der 27. Februar für die Naziführer »planmäßig« frei von Veranstaltungen blieb. Und genau an diesem Tage loderte in Berlin ein Feuer auf, das zum Vor-

boten eines Inferno wurde, in dem Dutzende deutscher Städte bis zum Ende der faschistischen Diktatur in Schutt und Asche sanken.

Am Abend des 27. Februar 1933 befand sich Hermann Göring im Büro des Preußischen Innenministeriums in Berlin, Unter den Linden, also nur wenige hundert Schritte vom Reichstagsgebäude entfernt. Da erreichte ihn die telefonische Mitteilung der Polizei: Der Reichstag brennt! Sofort eilte Göring zum Reichstagsgebäude. Dort angekommen, tat er das Gegenteil dessen, was man von ihm erwarten mußte: Dem Leiter der Berliner Feuerwehr, Oberbranddirektor Gempp, der betont ungehalten darüber war, daß man die Feuerwehr zu spät alarmiert hatte und daß sich bei ihrem Eintreffen schon etwa zwanzig SA-Männer im Reichstage zu schaffen machten, verbot er, die höchste Alarmstufe auszulösen und stärkere Feuerwehrkräfte heranzuziehen. Das tat der Mann, der als Preußischer Innenminister der höchste Vorgesetzte von Gempp und als Reichstagspräsident der Hausherr des brennenden Gebäudes war!

Inzwischen hatten sich vor der Brandstätte Hitler, Goebbels und andere Mitglieder der Naziführung versammelt. Hitler sagte zu dem neben ihm stehenden Sefton Delmar, einem mit den deutschen Faschisten sympathisierenden Korrespondenten des Londoner »Daily Express«: Delmar sei »Zeuge einer großen neuen Epoche in der deutschen Geschichte«. Mit seiner schnarrenden, jetzt auch frohlockenden Stimme verkündete Hitler: »Dieser Brand ist ihr Beginn. Das ist ein von Gott gegebenes Zeichen. Niemand wird uns nun daran hindern, die Kommunisten mit eiserner Faust zu vernichten.«

Damit war die Antwort auf jene Frage ausgesprochen, die sich seit dem Abend des 27. Februar stellte: Wem nützte dieses Verbrechen? Der massiv einsetzende Terrorfeldzug gegen alle Antifaschisten bestätigte, wie Alexander Abusch im Nachwort zum »Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror« schrieb, »daß der teuflisch ausgeheckte Plan der Hitler, Goebbels und Göring darin bestand, den Reichstagsbrand zum Ausgangspunkt für die Kriminalisierung der gesamten politischen Linken zu machen.«

Es war Göring, der diesen Plan maßgeblich durchführen sollte. Als Hitler mit Delmar sprach, kam der preußische Innenminister mit geschwärztem Gesicht und beschmutzter Kleidung aus dem Reichstagsgebäude: Anweisungen, nach den tatsächlichen Brandstiftern zu suchen und die Spuren zu sichern, hatte er nicht gegeben ... Vielmehr fuhr Göring bald in seine Wohnung, um sich zu säubern und neue Kleidung anzulegen. Es waren nicht nur Ruß und Schmutz, die ihn dazu veranlaßten, sondern auch der Umstand, daß dieser knapp 140 Kilogramm wiegende Fleischberg völlig verschwitzt war. Görings Privatwohnung lag am Kaiserdamm, im vornehmen Berliner Westend-Viertel, wo ihm der Großindustrielle Fritz Thys-

sen für 20 000 Mark ein Luxusappartement eingerichtet hatte. Frisch gebadet und gekleidet, telefonierte Göring sodann mit der Schauspielerin Emmy Sonnemann, seiner Geliebten in Weimar, und er erzählte ihr, daß Saboteure – »Untermenschen« – den Reichstag angezündet hätten. Emmy glich einer blonden Walküre und war eine mittelmäßige Darstellerin romantischer Heldinnen. Aber die Rassentheorie der Partei ihres Hermann war ihr ziemlich gleichgültig geblieben, und insgeheim ergötzte sie sich daran, um wie vieles mehr ihr Äußeres dem Germanen-Idol entsprach als das Aussehen der Hitler, Goebbels, Streicher, Röhm und Konsorten. Da sie überdies auch im Alltag einen praktischen Verstand zu haben schien, stellte sie Göring am Telefon die naheliegende Frage, ob man schon wisse, wer die Täter seien. Göring heuchelte, man fahnde noch nach ihnen. Er vergaß nicht, seinen Kummer darüber auszudrücken, daß manches von seiner persönlichen Habe, vom Vater ererbte Gobelins, Gemälde und kostbare Familienbilder, vernichtet worden seien.

Indessen ging es Göring wohl nicht um diese Dinge, für die er sich durch Erpressung und Raub alsbald einen vielfachen Ersatz zu beschaffen wußte. Entscheidend für ihn war der politische Nutzen, den sich die Nazis vom Brand des Reichstages erhofften. Daß er die Familienbilder in dieser Situation erwähnte, läßt aber einen Charakterzug des eitlen Lebemannes erkennen: Göring betonte allzugern, daß er über ererbten Besitz verfüge und an Familientraditionen hänge. In bewußter Distanz gegenüber den kleinbürgerlichen Figuren der NSDAP-Führung, die zumeist im Berufsleben gescheitert waren, erinnerte er bei jeder Gelegenheit an seine Herkunft aus »gutem Hause«. Dabei hatte er zu seinem 1913 verstorbenen Vater, Heinrich Ernst Göring, der in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts kaiserlicher Statthalter in der deutschen Kolonie Südwestafrika (dem heutigen Namibia) und danach Generalkonsul in Haïti gewesen war, durchaus nicht in gutem Verhältnis gestanden.

Als Zögling der Kadettenanstalten von Karlsruhe und Berlin-Lichterfelde und als hochdekorierter Jagdflieger des ersten Weltkrieges unterschied sich Göring tatsächlich nicht nur durch sein Gehabe und Auftreten, sondern auch durch seinen Werdegang von den meisten hohen Nazis. Nach dem Münchner Bierkellerputsch von 1923, an dem er teilnahm, floh er angeschossen nach Schweden. Dort erwarb er sich als Schauflieger und Lufttaxipilot einen gewissen Namen, stieg er auch bald ins große Geschäft ein, indem er sich als Vertreter für BMW-Motoren und für eine schwedische Fallschirmfirma verdingte. Er verstand es sogar, Politik und Profit zum persönlichen Nutzen miteinander zu verbinden: Als er im Mai 1928, wieder in Deutschland, Reichstagsabgeordneter der faschistischen Partei wurde, wollte die Lufthansa ihre Interessen durch einen solchen Mann im Parlament

gut vertreten lassen – sie besserte Görings Reichstagsdiäten durch ein hohes und ständiges Schmiergeld auf.

In diesen zwanziger Jahren legte Göring den Grundstein für seine engen persönlichen Beziehungen zu Adels-, Bank- und Konzernkreisen, bekam er Zugang zu den »oberen Zehntausend«, wurde er zu einem ihrer direkten Interessenvertreter. Wenn ihm auch der Chef der Firma BMW nachsagte, er verschwende zuviel Zeit damit, den Damen die Hände zu küssen, anstatt die Unterschriften ihrer Ehemänner schneller unter die Lieferverträge zu bekommen, so war Göring doch insgesamt einer der wenigen Naziführer, die in der kapitalistischen Weimarer Republik als Person geschäftliche und gesellschaftliche Erfolge verbuchten. Seine Beziehungen machten ihn für Hitler als Kontaktmann zu großkapitalistischen und stockkonservativen Kreisen unentbehrlich.

Und dennoch trog der Schein. Göring paßte zwar auf die politische Bühne, auf der die Feinde der Republik agierten; es fehlte ihm jedoch an eigener Persönlichkeitssubstanz. Sein protziger Lebensstil bedingte, daß er weit mehr Geld ausgab, als er besaß, und daß ihm der Gerichtsvollzieher nicht unbekannt war. Mit Erfolgserlebnissen, die er in der Adels- und Geschäftswelt, in der NSDAP-Führung, im Reichstag sowie als Einpeitscher von Straßenkrawallen sammelte, vermochte Göring seine individuelle Labilität nur zu überspielen.

Von September 1925 bis zum Sommer 1926 hatte er sich in der schwedischen Irrenanstalt Langbro einer schweren Morphiumentziehungskur unterwerfen müssen – eine unangenehme Tatsache, die 1933 in Gestalt einer photokopierten Urkunde durch die Weltpresse ging. Demnach war Göring von zwei schwedischen Ärzten 1925 offiziell für verrückt erklärt worden. Nach seiner Entlassung aus der Anstalt hatte er zeitweilig auf Drogen verzichten können; die Sucht verfolgte ihn bis in das Nürnberger Hauptkriegsverbrechergefängnis. Der Tod seiner ersten Frau Karin, einer geborenen schwedischen Baronin von Fock, im Oktober 1931, warf ihn wiederum aus dem Gleichgewicht. Sein angeberischer Lebensstil, seine Teilnahme an Rede- und Straßenschlachten, Intrigen und blutigen Terrorakten, seine ständige Suche nach höheren Geldeinnahmen, sein überreichliches Essen und Trinken, sein Verhältnis mit der Schauspielerin Sonnemann – das alles vermochte Göring keinen dauerhaften Halt in seinem unsteten Leben zu geben. Und dieser Mann stand nun an der Spitze jener Polizei, deren Aufgabe es gewesen wäre, die Republik vor Brandstiftern und politischen Abenteurern seiner Art zu schützen.

Den Reichstagsbrand, dessen Täterspuren auf Geheiß Görings und anderer Inspiratoren des Verbrechens durch eine Kette von Meuchelmorden, Dokumentendiebstählen und Vernichtung von Beweismaterial weitest-

gehend verwischt wurden, benutzten die Naziführer zur Festigung der konterrevolutionären Diktatur. Diesem Ziel diente die sofortige Einführung des Ausnahmezustands durch ein Gesetz vom 28. Februar, das demagogisch als »Verordnung zum Schutz von Volk und Staat« bezeichnet wurde. Es setzte die bürgerlich-demokratischen Grundrechte der Weimarer Verfassung außer Kraft und sicherte einen Terrorfeldzug, bei dem mehr als 10 000 Funktionäre und Mitglieder der KPD, darunter Ernst Thälmann, Angehörige der SPD und anderer demokratischer Parteien, verhaftet, in die Gefängnisse und neugeschaffenen Konzentrationslager verschleppt, gefoltert und viele sogar ermordet wurden. Aber trotz dieses Terrors konnten die Faschisten ihr Ziel, die absolute Mehrheit bei den Wahlen zu erringen, mit nur 43,9 Prozent der Stimmen nicht erreichen. Der propagandistischen Rechtfertigung aller Terror- und Gewaltakte sollten in der Folgezeit zwei Monsterprozesse dienen, die von den Nazis vorbereitet wurden: der Reichstagsbrandprozeß und ein Prozeß gegen Ernst Thälmann.

Mit der Absicht, die Kommunisten zu kriminalisieren und als Brandstifter abzustempeln, ließen die Nazis am 27. Februar im brennenden Reichstagsgebäude den Holländer Marinus van der Lubbe verhaften; sie stellten ihn der Weltöffentlichkeit sogleich als »kommunistischen Brandleger« vor. Doch dieser Mann war bereits 1931 als 22jähriger Anarchist aus der Niederländischen Kommunistischen Partei ausgetreten, und er machte, als man ihn nun den Pressevertretern in Berlin vorführte, den desolaten Eindruck eines Geisteskranken oder mit Drogen Vollgestopften. Selbst für Göring war van der Lubbe als Brandstifter nicht attraktiv genug. Deshalb ließ er die Polizei nach »repräsentativen Tätern« suchen. Am 9. März wurden Georgi Dimitroff und die Funktionäre der Bulgarischen Kommunistischen Partei Blagoi Popoff und Wassil Taneff festgenommen – besonders der angesehene Arbeiterführer Dimitroff schien den Nazis als Hauptangeklagter geeignet.

Im Prozeß, der am 21. September 1933 vor dem Reichsgericht in Leipzig begann, standen sich schließlich, am 4. November, die Repräsentanten zweier Welten gegenüber: der Kommunist Dimitroff und der Faschist Göring, zu dessen Ämtern inzwischen noch die Posten des Preußischen Ministerpräsidenten, des Oberbefehlshabers der Geheimen Staatspolizei in Preußen und des Reichsluftfahrtministers hinzugekommen waren. Der Prozeß, der einen Triumph der Nazis über den Kommunismus zeitigen sollte, mißriet seinen Drahtziehern und Organisatoren zum politischen Rohrkrepierer. Vor Gericht verlor Göring sogar völlig die Beherrschung, als ihm Dimitroff Unterlassungen nachwies, die er als preußischer Innenminister nicht hätte dulden dürfen.

Dimitroff blieb politischer und moralischer Sieger. Selbst Göring schien

begriffen zu haben, daß er vor aller Öffentlichkeit das Bild eines wutschnaubenden Mordandrohers und zugleich eines zur Lächerlichkeit verurteilten Lügners abgegeben hatte. Ein bürgerlicher Biograph wählte den passenden Ausdruck: Göring habe nach dem Rededuell mit Dimitroff den Anblick eines gestrandeten Wals geboten. Zu Emmy Sonnemann sagte Göring, es sei ein Fehler gewesen, als Belastungszeuge aufzutreten. Durch seinen Mißerfolg gewarnt, wagten die Faschisten nicht mehr, den laut angekündigten Prozeß gegen Ernst Thälmann zu führen.

Um so besessener stürzte sich Göring in die Organisation des verstärkten Terrors und Rechtsbruchs; er exponierte sich überall: bei den Boykottkampagnen gegen jüdische Mitbürger, bei der Aneignung des Eigentums von Emigranten und Verhafteten, beim Schießbefehl gegen kommunistische Flugblattverteiler, bei der politischen Gleichschaltung der Länder, Kreise und Kommunen, bei den rigorosen »Säuberungsmaßnahmen« im Staatsapparat, bei der Förderung der Kriegswirtschaft, bei den Morden an Berliner Antifaschisten in der Köpenicker Blutwoche, schließlich auch bei der blutigen Abrechnung mit seinen Kumpanen und Rivalen in der faschistischen Führung am 30. Juni 1934. Es war jene Zeit, als er zu Frankfurt am Main sagte: »Meine Maßnahmen werden nicht angekränkelt sein durch irgendeine Bürokratie. Meine Maßnahmen werden nicht angekränkelt sein durch irgendwelche juristische Bedenken. Hier habe ich keine Gerechtigkeit zu üben, hier habe ich nur zu vernichten und auszurotten, weiter nichts.«

Den Monopolherren von Rhein und Ruhr, dem Chemietrust der IG Farbenindustrie, den großen Konzernen der mitteldeutschen Kohle- und Rohstoffwirtschaft sowie der Luftfahrtindustrie erschien Göring lange, bis in den Krieg hinein, als der verläßlichste Repräsentant ihrer Interessen. Seine Aktivitäten, die für viele Millionen Menschen den Tod bedeuteten, brachten ihm immer wieder neue Ämter, prächtige Uniformen und Orden, Ernennungen zum Reichsmarschall und offiziellen Nachfolger Hitlers ein.

Görings Macht und sein Einfluß schwanden im Verlaufe des Krieges. Die von ihm geleiteten Vierjahresplanbehörden, die höchsten staatsmonopolistischen Regulierungsorgane der Kriegswirtschaft, konnten die überspannten Bedürfnisse der Aggressionspolitik nicht erfüllen. Auch die vielgerühmte Luftwaffe, deren Oberkommandierender Göring war, blieb weit hinter den wahnwitzigen Verheißungen und Erwartungen zurück.

Was mit Brandstiftung, Terror und Mord begonnen hatte, endete, als Göring, längst wieder drogensüchtig und von Hitler aller seiner Ämter enthoben, im Mai 1945 von Soldaten der US-Armee gefangengenommen wurde. Das Tribunal der Völker verurteilte ihn als einen Hauptkriegsverbrecher zum Tode durch den Strang. Der verdienten Hinrichtung entzog er sich am 15. Oktober 1946 durch Selbstmord.

Positionen der Abwehr



Ernst Thälmann

Ringen um proletarische Einheitsfront

Der 30. Januar war ein Montag mit winterlicher Kälte gewesen. Wer Arbeit hatte, war zu seinem Betrieb geeilt; die Schlangen der Arbeitslosen drängten sich vor den Stempelstellen und waren um zehn Uhr nicht kürzer als um elf oder zwölf. Dagegen ließen die reichen Nichtstuer in den vielen Cafés am Berliner Kurfürstendamm und am Potsdamer Platz lässig ein Wochenende ausklingen, an dem sie womöglich die Hallen am Kaiserdamm besucht und dort gesehen hatten, was Mercedes-Benz, Horch, Opel, BMW oder Zündapp auf der großen Internationalen Automobil- und Motorradausstellung an Neuem anboten. Von den Litfaßsäulen lockten grelle Kinoplakate: »Der große Bluff« mit Paul Hörbiger und Adele Sandrock, »Menschen hinter Gittern« mit Heinrich George und »Ein Mann mit Herz«, den

Gustav Fröhlich in der Hauptrolle spielte. Sinnige Titel einer sinnwidrigen Zeit. Erst die Abendausgaben einiger Zeitungen meldeten, daß Hitler am Mittag zum Reichskanzler ernannt worden war.

Im Karl-Liebknecht-Haus am Bülowplatz, dem Sitz des Zentralkomitees der KPD, berieten die Genossen der engsten Parteiführung über die Lage: die Sekretäre des Zentralkomitees John Schehr und Walter Ulbricht, zusammen mit den beiden Kandidaten des Sekretariats Wilhelm Pieck und Wilhelm Florin. Der Parteivorsitzende Ernst Thälmann war nicht dabei. Er war am Wochenende nach Hamburg gefahren, um mit Genossen der Bezirksleitung Wasserkante konkrete Schritte zur Festigung der sich anbahnenden antifaschistischen Aktionseinheit in einigen Küstenstädten zu verabreden. Nach pausenloser Arbeit der letzten Wochen überanstrengt, verbrachte er dort auch einige Stunden mit seiner Familie.

An diesem 30. Januar war eingetreten, wovor Thälmann und seine Genossen unaufhörlich gewarnt hatten. Doch alle Angebote für eine kämpferische proletarische Einheitsfront gegen den Faschismus, der nun die Macht erlangt hatte, waren von den Führungen der SPD, der reformistischen und christlichen Gewerkschaften bisher stets zurückgewiesen worden. Antikommunismus bestimmte ihre Politik. Würden sie nun endlich zur Vernunft, zu Taten kommen – in dieser letzten Stunde?

Noch am selben Tage unterbreitete das Sekretariat der KPD dem SPD-Parteivorstand und den Gewerkschaftsleitungen seinen Vorschlag, sofort und gemeinsam zum Generalstreik für den Sturz der Hitlerregierung aufzurufen. Noch hatte sich dieses Regime nicht gefestigt, noch bestanden die Arbeiterorganisationen – und noch waren die Arbeiter kampfbereit. Einen Beweis dafür hatten die 130 000 Berliner gegeben, die am vorigen Mittwoch, dem 25. Januar, bei klirrender Kälte zum Karl-Liebknecht-Haus demonstrierten und dort an Thälmann und anderen Genossen der KPD-Führung vorbeimarschierten. Diese streitbare Stimmung zum Protest, zum Widerstand gegen die Errichtung der faschistischen Diktatur lebte auch in vielen der 200 000 Teilnehmer einer Kundgebung, die von der sozialdemokratischen »Eisernen Front« für den 7. Februar in den Berliner Lustgarten einberufen werden sollte.

Antifaschisten und Faschisten, Gegner und Förderer des soeben errichteten Diktaturregimes wußten, daß ein politischer Generalstreik – und nur er – die neuen Machthaber von den Ministersesseln verjagen und den Hitler-Ernennern das Handwerk legen konnte. Alle wußten aber auch, daß die Kommunistische Partei allein nicht stark genug war, um die gesamte Arbeiterklasse in den Kampf einzubeziehen. Die Unternehmer, von den rechten Gewerkschaftsführern unterstützt, hatten die Krise und die Massenarbeitslosigkeit genutzt, um Mitglieder und Anhänger der revolutionären

Partei aus den Betrieben hinauszudrängen. Wohl hatte die KPD bei den letzten Reichstagswahlen den Vorsprung der SPD fast aufgeholt, neue Mitglieder und Sympathisierende waren seitdem hinzugekommen. Doch in den meisten Fabriken und Werken standen neben den Hunderten von Gewerkschaftern nur wenige Kommunisten an den Maschinen, und besonders in den Großbetrieben, den potentiellen Zentren des Massenstreiks, war die Position der KPD schwach: In vier Fünfteln der Werke mit einer Belegschaft von mehr als 500 Arbeitern existierten keine kommunistischen Betriebszellen. Die Kommunisten, die noch in der Produktion tätig sein konnten, waren durch Bespitzelung und die Androhung von Maßregelungen schon seit langem in die Halblegalität gedrängt.

Nicht weniger schwer fiel ins Gewicht, daß die Führer der opportunistischen Organisationen die proletarische Disziplin seit Jahrzehnten mißbrauchten: Sie hatten ihre Partei- und Gewerkschaftsmitglieder an Hörigkeit gegenüber den hohen Funktionären, an Stillhalte-Parolen und an die Spielregeln des bürgerlich-parlamentarischen Systems – objektiv also an ein Zurückweichen vor dem Klassenfeind – gewöhnt. Dagegen hatten die Kommunisten ihre Klassengenossen immer wieder aufgerufen, sich der Aufgaben und der Ziele einer sozialistischen Arbeiterbewegung zu besinnen, sich über Organisations- und Legalitätsfetischismus hinwegzusetzen, sich zum opferreichen, aber unabdingbaren Kampf gegen den Faschismus zu entschließen. Jetzt, in der Stunde der höchsten Gefahr, setzten sie wiederum alles daran, um ihre Klassenbrüder aufzurütteln.

Noch am 30. Januar verließen kommunistische Flugblätter, die den Vorschlag der Partei enthielten, die Druckmaschinen: Die »brutalste, unverhüllteste Kriegserklärung an die Werktätigen, an die deutsche Arbeiterklasse« müsse, so hieß es dort, mit Arbeitsniederlegung, Massendemonstrationen, Generalstreik beantwortet werden. Man wollte die reformistischen Führer unter dem Druck der antifaschistisch gesinnten Massen dazu bewegen, den noch möglichen revolutionären Abwehrkampf aufzunehmen. Und der Ruf blieb nicht ohne Widerhall! Es gab viele Sozialdemokraten und Gewerkschafter, die von ihren Führern die Annahme der brüderlich dargebotenen Hand der Kommunisten verlangten, die begriffen, daß es jetzt auf Taten ankam. Gemeinsam mit KPD-Genossen kämpften sie unter den Losungen der Antifaschistischen Aktion: In Berlin, Hamburg, Köln, Chemnitz, Leipzig, München, Lübeck, Staßfurt, Halle, Dresden entbrannten Proteststreiks, Kampfkundgebungen, Manifestationen.

Doch die rechten Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften hielten an ihrem verhängnisvollen Kurs des Antikommunismus fest. Dem bürgerlichen Parlamentarismus verschworen und sich noch jetzt an die gar nicht mehr existierende »Rechtsstaatlichkeit« klammernd, suchten sie ein

Zusammengehen ihrer Mitglieder mit den Kommunisten, also auch die Hinwendung zum revolutionären Kampf zu verhindern. So ihren eigenen politischen Selbstmord vorbereitend, luden sie die historische Verantwortung für die schwerste Niederlage der deutschen Arbeiterklasse auf sich.

Derart entwickelte sich die Situation, als Ernst Thälmann am 1. Februar aus Hamburg nach Berlin zurückkehrte. Schon am folgenden Tage wurde das Karl-Liebknecht-Haus von der politischen Polizei durchwühlt – ein mahnendes Zeichen für die Partei, beschleunigt in die Illegalität zu gehen. Der Kampf gegen die faschistische Diktatur mußte unter konspirativen Bedingungen geführt werden, mit geheimen Treffs, Tarnungen und reorganisierten Parteigruppen. Doch wieviel Schwierigkeiten! Die führenden Funktionäre der Partei waren weithin bekannt, hatten vor Hunderttausenden gesprochen, als Abgeordnete im Reichstag, in den Länder- und Kreisparlamenten, in den Städte- und Gemeindevertretungen gewirkt. Wer etwa kannte Ernst Thälmann nicht? Sein Bild hing in den Parteilokalen, in Arbeiterwohnungen, war sogar schon in Steckbriefen, die von den Polizeiorganen der vermeintlich demokratischen Republik vorbereitet waren, mit genauem Signalement erfaßt. Wie sollte er sich tarnen? Wie sollten sich die rund 360 000 Mitglieder der Partei tarnen, die man in den Betrieben, an den Stempelstellen, in ihren Straßen und Häusern als Kommunisten kannte? Wie war unter solchen Bedingungen die Propaganda zu den Reichstagswahlen, die für den 5. März bevorstanden, zu leisten? Viele Menschen mußten doch angesprochen, für die Politik der KPD, ihr Programm, gewonnen werden. Wie war der Klassenkampf gegen den Faschismus unter den neuen, ungemein erschwerten Verhältnissen zu führen? Fast unlösbare Schwierigkeiten türmten sich auf.

Die illegalen Quartiere und Arbeitsräume, die schon seit 1931 für die Mitglieder und die Mitarbeiter des Zentralkomitees vorbereitet waren – allein für Thälmann standen vier davon zur Verfügung –, genügten bei weitem nicht. Die Partei brauchte illegale Setzereien und Druckereien, brauchte Möglichkeiten, um tarnende Personalpapiere herstellen zu können, brauchte gut gesicherte Treffpunkte, brauchte zuverlässige Helfer, die der Polizei, der bald entstehenden Gestapo und ihren Spitzeln nicht bekannt waren. Sie brauchte vor allem eine Taktik des illegalen Kampfes. Der Parteivorsitzende und das Zentralkomitee mußten Wege suchen und finden, diese neuen Kampfmethoden zu entwickeln. Wohl gaben die Genossen der Komintern, der sowjetischen und der im illegalen Kampf erfahrenen polnischen Partei, gute Ratschläge. Und doch – wieviel Initiative und Umsicht wurden verlangt!

Weil sein Aufenthalt der politischen Polizei bekannt geworden war, mußte Thälmann schon vor dem 30. Januar sein Charlottenburger Quartier

bei der Familie Kowalski in der Bismarckstraße aufgeben und in die Lützower Straße Nr. 9 zu den Eheleuten Kluczynski wechseln. Auch dort aber konnte er sich nicht einfach verborgen halten, brauchte er die Verbindung zu seinen Genossen, den unmittelbaren Kontakt.

Am 7. Februar kamen etwa vierzig leitende Funktionäre der Partei auf verschiedenen, getarnten Wegen in das bei Niederlehme, südöstlich von Berlin, gelegene Lokal Sporthaus Ziegenhals. Es war die letzte Plenartagung des Zentralkomitees der KPD in Deutschland, und Thälmann hielt das Referat. Was er sagte, wissen wir Heutigen nur aus Erinnerungsberichten von Teilnehmern der Tagung und aus der gegen Thälmann gerichteten Anklageschrift, in der die Nazijustiz große Teile dieser Rede nach einem erbeuteten Stenogramm festgehalten hat. Dort in Ziegenhals stand der Arbeiterführer zum letztenmal vor den leitenden Genossen – aufrecht, kampfentschlossen, voll von revolutionärem Optimismus. So hatten sie ihn stets gekannt, und so auch erinnern sich jene an ihn, die den Kampf an der illegalen antifaschistischen Front überleben sollten: ein »revolutionärer Feuergeist«, so nannte ihn Georgi Dimitroff.

Thälmann war der in der Arbeiterklasse gewachsene, zu ihr gehörende proletarische Führer. »Ich bin Blut vom Blute der deutschen Arbeiterklasse und bin deshalb ihr Kind«, hat er später, aus der faschistischen Haft, an seine Tochter Irma geschrieben und hinzugefügt: »Eigene Erfahrung, eigene Erlebnisse, der schwere Kampf, das harte Leben des werktätigen Menschen, waren für mich der wichtigste Lehrmeister in der Politik, waren die Universität, aus der ich lebendiges Wissen schöpfte ...« Seine Erfahrung war die Erfahrung seiner Klasse, und mit ihr war er zum Arbeiterfunktionär geworden – der rechte Mann zur rechten Zeit. Als er an die Spitze der Partei kam, war er keinesfalls so ein »zufälliger Führer« wie jene kleinbürgerlichen Opportunisten, die die Partei eine Zeitlang in ihren Griff bekommen hatten und gegen die sich Thälmann durchsetzen mußte. Unbestechlich und schlicht, aber auch konsequent und beharrlich, wirkte er als ein klassenbewußter Arbeiter, dem selbst viele, die dieser Klasse, ihrer revolutionären Weltanschauung fernstanden, den Respekt nicht verhehlen mochten. »Ernst Thälmann – das ist einer von uns«, sagten die Arbeiter in Berlin wie in Köln, in Hamburg wie in München, in Erfurt wie in Görlitz. Wenn er gekommen war, um zu oder richtiger: mit ihnen zu sprechen, dann hatten sie die weitesten Wege zu den Versammlungen oder Kundgebungen nicht gescheut, dann durchbrachen sie die Polizeikordons. Wie sie selbst und wie die Partei war Thälmann dem menschlichsten aller menschlichen Verlangen verschworen – frei von Unterdrückung und Ausbeutung zu leben, eine Welt der sozialen Gerechtigkeit, der Freiheit und des Friedens zu erringen. Dafür war er bereit, alles, auch das Leben, einzusetzen.

In diesem Bewußtsein hatte er die Kommunistische Partei Schritt für Schritt auf den revolutionären, den bolschewistischen Kurs geführt, war er zu ihrem Repräsentanten geworden. Wie kaum ein anderer begriff gerade er Gefühl, Wollen, Stimmung der Arbeiter, und so verkörperte er die Massenpolitik der Partei, in der Tagesprobleme, Sorgen um Arbeitsplätze und tägliche Existenz mit dem Ziel der sozialistischen Revolution dialektisch verbunden waren. Massenpolitik war für Thälmann nicht nur Politik für die Massen, sondern vor allem mit ihnen. Wenn Thälmann sprach, hatte er sie bald in seinen Bann gezogen. Demagogische Winkelzüge waren ihm fremd; er sagte die Wahrheit, auch wenn sie unbequem war. Die Arbeiter vermochten seinen Gedankengängen, seinen Überlegungen zu folgen. Er sprach einfach, für jeden verständlich, redete die Sprache seiner Zuhörer, weil er empfand und dachte wie sie.

Auch hier in Ziegenhals sprach Thälmann nicht mit geschliffener, gar einstudierter Rhetorik. Seine Sprache war nüchtern, hart, in ihrer Bündigkeit ohne jeden Schnörkel. Die Bedeutung der Konferenz, sagte er einleitend, ergebe sich aus der Tatsache, daß durch die Bildung der Hitlerregierung ein zugespitzter Klassenkampf eintrete, wie er in Deutschland seit der Novemberrevolution nicht mehr stattgefunden habe. Doch es war die Konterrevolution, die ihre strategische Initiative durchzupeitschen suchte: »Wir dürfen keine Zeit verlieren. Jetzt droht der Staatsstreich. Jetzt droht die Vernichtung der Partei. Jetzt sind in höchstem Grade entscheidende Wochen . . . Die Bourgeoisie hat dem Proletariat den Bürgerkrieg erklärt. Wir sind uns des Ernstes der Situation und der ganzen Verantwortungsschwere bei dieser Feststellung für die Partei bewußt.« Noch hatten die Nazis die verbrecherische Reichstagsbrandstiftung nicht vollzogen, da sagte Thälmann mit Sicherheit den konterrevolutionären Terror voraus: »Es ist der Bourgeoisie ernst damit, die Partei und die ganze Avantgarde der Arbeiterklasse zu zerschmettern. Sie wird deshalb kein Mittel unversucht lassen, um dieses Ziel zu erreichen. Also nicht nur Vernichtung der letzten spärlichen Rechte der Arbeiter, nicht nur Parteiverbot, nicht nur faschistische Klassenjustiz, sondern alle Formen des faschistischen Terrors; darüber hinaus: Masseninternierung von Kommunisten in Konzentrationslagern, Lynchjustiz und Meuchelmorde an unseren tapferen antifaschistischen Kämpfern, insbesondere an kommunistischen Führern – das alles gehört mit zu den Waffen, deren sich die offene faschistische Diktatur uns gegenüber bedienen wird.« Deshalb gelte es, die Situation in ihrer ganzen Schwere und Kompliziertheit einzuschätzen, vor allem keine »legalistischen Illusionen« zu dulden, sondern Klarheit darüber zu schaffen, daß es wahrscheinlich keine andere Art der Ablösung dieser Regierung gebe als ihren »revolutionären Sturz«.

An dieser Stelle nun ging Thälmanns Gedankengang über bisherige kon-

zeptionelle Standpunkte hinaus: Der Sturz der faschistischen Regierung und die proletarische Revolution müßten nicht unbedingt gleichbedeutend sein. »Wir stellen die Frage des Kampfes für den Sturz der Hitlerregierung ... als *unmittelbare Aufgabe.* Wir stellen sie in jeder Stunde ..., ohne daß wir unter allen Umständen zu 100 Prozent sagen können, daß, wenn uns der Sturz der faschistischen Diktatur gelingt, dies schon mit dem *Sieg* der proletarischen Revolution *direkt* verbunden ist.« In dieser Frage dürfe kein Schema, sondern nur eine dialektische, der jeweiligen politischen Situation verpflichtete Betrachtung gelten. – Dieser Teil der Ansprache Thälmanns enthielt also schon den Ansatz einer strategischen Konzeption, die nach wenigen Jahren zwischen dem nahen Ziel der antifaschistischen Demokratie und dem weiteren Ziel der sozialistischen Revolution als den Stufen des antiimperialistischen Kampfes klar unterscheiden sollte, eine Differenzierung, deren logische Konsequenz auch die große Idee der antifaschistischen Volksfront war.

Solche Gedanken erwuchsen aus dem, was Thälmann schon immer als den Angelpunkt der kommunistischen Parteiarbeit gesehen hatte: der Arbeit mit den werktätigen Massen, die auch für den jetzigen historischen Augenblick die entscheidende Frage war. »Das ist es, was wir für ganz Deutschland, aber auch für jeden einzelnen Bezirk als Aufgabe stellen: eine Kette ununterbrochener, miteinander verflochtener und sich gegenseitig ablösender Aktionen, die Entfaltung aller Formen des Massenwiderstandes und Massenkampfes gegen die faschistische Diktatur.« War dies eine konsequente Orientierung auf außerparlamentarische Aktionen mit dem taktischen Ziel des Generalstreiks, so sollten doch auch die bevorstehenden Reichstagswahlen genutzt werden. »Wir müssen die Hitlerregierung vor den Massen als Regime des faschistischen Terrors, der kapitalistischen Aushungerung und des imperialistischen Krieges, als Regierung der Kapitalisten und Großgrundbesitzer entlarven.« Thälmann hat die Reproduktion dieser Rede späterhin als Gefangener aus der Anklageschrift abgeschrieben und dabei am Schluß noch einmal jene Eigenschaften bestätigt, von denen er meinte, daß sie in dieser historischen Schicksalsstunde einem jeden Kommunisten zu eigen sein sollten: »Revolutionäres Selbstbewußtsein, Siegeszuversicht, Angriffsfreude bei bolschewistischer Nüchternheit!«

Die illegale Tagung war durch Spitzel gefährdet, die möglicherweise im Schankraum saßen. Weil einige unbekannte Gäste das Lokal plötzlich verließen und der Verdacht einer Denunziation bestand, schloß der mit der Leitung beauftragte Walter Ulbricht die Beratung, schon ehe Thälmann sein Referat beendet hatte. Ein SA-Trupp, der zwei Stunden später tatsächlich eintraf, fand den Sitzungsraum leer.

Auch nach dieser ZK-Tagung in Ziegenhals verschlossen sich die Führer

der SPD und der Gewerkschaften gegenüber den Einheitsfrontangeboten. Der SPD-Vorstand distanzierte sich nicht einmal von jenen Polizeipräsidenten, die Mitglieder seiner Partei und zu jener Zeit noch im Dienst waren, wobei sie den Beamtenapparat gegen antifaschistische Kundgebungen, Streiks und Widerstandsaktionen einsetzten.

Thälmann hingegen konnte nur noch unter konspirativen Bedingungen tätig sein. Etwa am 10. Februar traf er sich mit Georgi Dimitroff, dem Leiter des Westeuropäischen Büros des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, in einer Wohnung in Berlin-Schöneberg. In diesem nur vierzig Minuten dauernden Gespräch war wiederum die Zentralfrage, wie es der Partei gelingen könne, die in Sozialdemokratie und freien Gewerkschaften organisierten Arbeiter für die antifaschistische Einheitsfront zu gewinnen. Dimitroff bestätigte die Parteilinie, sich nicht zum bewaffneten Aufstand provozieren zu lassen. Weil in den umliegenden Straßen SA-Leute auftauchten, die das Viertel durchkämmen wollten, mahnten die kommunistischen Sicherungsposten zum raschen Aufbruch. Das waren die Haltungen und die Bedingungen der KPD zu einer Zeit, als die SPD-Führer noch immer das Banner der Loyalität schwangen.

Vom 18. bis zum 21. Februar war Thälmann noch einmal in Hamburg. Er erfüllte damit einen Beschluß des Politbüros, der am 15. Februar gefaßt worden war: Leitende Genossen sollten in die Bezirke reisen, um dort die Beschlüsse der Parteiführung zu erläutern – nämlich alle Kräfte der KPD und ihrer Massenorganisationen zur Verwirklichung der antifaschistischen Einheitsfrontpolitik einzusetzen. In Hamburg beriet Thälmann mit den führenden Genossen der Bezirke Wasserkante, Niedersachsen und Nordwest in einer Kutscherkneipe im Hafen. Sie waren von den entbehrungsreichen Wochen gezeichnet, die hinter ihnen lagen – den schlaflosen Nächten, dem kraft- und nervenzehrenden Einsatz gegen die faschistische Diktatur. Nach der Besprechung saßen sie einige Zeit noch beieinander. Von der Ungezwungenheit, der Fröhlichkeit früherer Zusammenkünfte war nichts mehr geblieben. In allen bohrte die Frage: Was würde nun werden? Da sagte Thälmann im heimatlichen Dialekt: »Wi möt dor dorch, dorch de faschistische Hölle.«

Am Abend des 27. Februar, soeben kehrten Thälmann und andere Genossen von der Sitzung in einem Lokal der Gudrunstraße in Berlin-Lichtenberg zu ihren illegalen Quartieren zurück, brannte der Reichstag: Die Faschisten setzten Signal für den zügellosen Terror der Polizei und der paramilitärischen Banden – vor allem gegen die KPD. In der sofort einsetzenden Verhaftungswelle wurden Tausende Kommunisten, aber auch Sozialdemokraten, Gewerkschaftsführer, Intellektuelle in die SA-Kasernen und Gefängnisse verschleppt, viehisch mißhandelt, viele totgeschlagen. Neben anderen KPD-

Funktionären wurde auch Thälmann steckbrieflich gesucht. Der Rundfunk verbreitete die Lüge, daß Pläne der KPD gefunden worden seien, wonach sie den Reichstagsbrand gelegt habe, um einen bewaffneten Aufstand, Übergriffe auf das bürgerliche Eigentum, Terrorakte gegen bekannte Persönlichkeiten im ganzen Lande zu beginnen.

So lautete die Legende, auf der einige Monate später auch die Anklage gegen Ernst Thälmann aufgebaut wurde – für einen Prozeß, der niemals stattfand, weil die Faschisten Angst vor der Wahrheit hatten. In einem Brief an den Untersuchungsbeauftragten des Reichsgerichts wies Thälmann die Anschuldigung, den Aufstand vorbereitet zu haben, zurück: »Die Partei war nach dem 30. Januar nicht eingestellt darauf und glaubte damals auch nicht, durch einen gewaltsamen Umsturz ihr höchstes politisches Ziel erreichen zu können . . . Nur eine geschlossene Abwehrfront der Arbeiter hatte Aussicht, die nationalsozialistische Macht abzuschwächen.« In einem weiteren Brief, der im Entwurf erhalten geblieben ist, widerlegte er ebenso die Behauptung, die KPD hätte den Reichstagsbrand als ein Fanal des individuellen Terrors nutzen wollen. »Ich erkläre«, schrieb er wiederum an den Untersuchungsrichter, »daß wir den individuellen Terror und die individuelle Gewalt und insbesondere den Mord als Mittel des Kampfes in der Politik allerschärfstens und entschieden ablehnen. Es ist die große Aufgabe der Partei, . . . immer neue Millionenmassen an die Positionen des Kampfes um die Macht heranzuführen. Eine geschichtliche Umwälzung in Deutschland durch die siegreiche proletarische Revolution ist nur denkbar mit den Millionenmassen der Arbeiter und des werktätigen Volkes und nicht gegen sie.«

Nach dem Reichstagsbrand konnte Ernst Thälmann seine Wohnung nicht mehr verlassen. Doch sein Ringen um die Aktionseinheit hielt an. In einem »Offenen Brief«, Ende Februar, wandte er sich abermals an die Arbeiter in der SPD und den Gewerkschaften: ». . . Die faschistischen Meuchelmörder . . . machen keinen Unterschied, ob ihr das Mitgliedsbuch der KPD, der SPD oder der christlichen Gewerkschaften in der Tasche tragt . . .« Diese Arbeiter aber warteten immer noch auf das Aktionssignal ihrer Führer, die Thälmanns Brief nicht einmal beantworteten.

Weil die Sicherheit und die Freiheit gefährdeter wurden, verlangten das Zentralkomitee der KPD und die Kommunistische Internationale, Thälmann müsse außer Landes gehen, um von dort aus die Partei zu führen. Er jedoch wollte bei seinen Genossen im Lande verbleiben. Endlich wurde mit seinem Einverständnis die Abreise auf den 5. März festgelegt: den Tag der Reichstagswahlen, an dem die Partei trotz der Verhaftung vieler ihrer Funktionäre und trotz des allgemeinen Terrors fast fünf Millionen Stimmen gewann.

Doch schon am 3. März, nachmittags um halb vier, wurde Thälmann das

Opfer eines Spitzels. Der Denunziant namens Hermann Hilliges war Kassierer der Gartenkolonie Havelblick in Berlin-Gatow, Laubennachbar von Kluczynski, in dessen Stadtwohnung Thälmann wohnte. Er meldete der Polizei, daß er den Aufenthalt des KPD-Führers ausspioniert habe. Nachdem ein dem Hilliges bekannter SA-Mann nachdrücklich Lärm zu schlagen begann, durchsuchten ein Hauptmann und sechs Wachtmeister vom Polizeirevier 121, Berlin-Charlottenburg, die Wohnung in der Lützower Straße. Dabei wurde Ernst Thälmann verhaftet.

Er sollte die faschistische Hölle nicht überleben. In einer Akte des Innenministeriums, vom März 1933, fand sich ein Aufruf an seine Genossen, der als ein politisches Gebot und Vermächtnis des Kommunisten gelten darf: »seine ganze Kraft und Energie in den Dienst unseres sozialistischen Freiheitskampfes zu stellen . . .«



Carl von Ossietzky

Der Feind steht rechts!

Oft schon war Ossietzky mit besorgter Miene durch das abendliche Gewimmel vom U-Bahnhof Hallesches Tor zur Versammlungsstätte des Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller in der Teltower Straße geeilt. Die Menschen ringsum kaum wahrnehmend, hatte er jedes Mal an die bevorstehenden Auseinandersetzungen gedacht, die von Jahr zu Jahr erbitterter verlaufen waren. Streitpunkt war stets der politische Auftrag des Geistesschaffenden und ganz konkret die Frage gewesen, ob der Schriftsteller das Recht oder gar die Pflicht habe, seine Feder gegen den anrückenden Faschismus einzusetzen. Für Ossietzky gab es da keinen Zweifel: Das künstlerische Wort, so hatte er in der von ihm geleiteten »Weltbühne« immer wieder gefordert, müsse »aus der Literatur in die Politik hineinwirken« und gegen die macht-

voll organisierte Konterrevolution kämpfen. Diesen Standpunkt teilte auch die übergroße Mehrheit der Berliner Verbandsmitglieder, deren Ortsgruppe deshalb – als radikal und oppositionell verschrien – im Herbst 1932 vom Hauptvorstand aufgelöst worden war, aber weiterhin zusammenhielt.

Am 20. Februar 1933 ist der Herausgeber der »Weltbühne« auf seinem Wege zu den Teltower Kammersälen sorgenvoller denn je. Die Einladung, die ihn zur Versammlung ruft, enthält den lapidaren, doch schicksalsschweren Satz: »Es ist die letzte Stunde; wer heute schweigt, wird morgen den Mund nicht mehr aufmachen können.« Ossietzky weiß nur zu gut, wie begründet dieser Alarmruf ist. Gleichsam um ihm vor Augen zu führen, wer Geist und Sprache knebeln wird, tauchen immer mehr Braunhemden im Strom der Passanten auf. Vor dem Versammlungslokal lungern Dutzende SA-Burschen herum und mustern die Eintreffenden mit höhnischen Blicken. Fünf Tage später nur – und diese Schläger werden eine weiße Armbinde mit der Aufschrift »Hilfspolizei« an ihre Uniform heften . . .

Als Ossietzky den überfüllten Saal betritt, grüßen ihn viele Freunde: Erich Mühsam, Ernst Toller, Rudolf Olden, Karl Grünberg, Bruno Frei. Mitkämpfer von gestern, geht es ihm durch den Kopf, Leidensgefährten von morgen. Sie alle kennen ihn seit Jahren als aufrechten Kameraden, freilich auch als Mann, mit dem sich nicht leicht arbeiten läßt. Selbst stets ein Suchender, ist er hellhörig gegenüber Halbwahrheiten, unnachsichtig gegenüber Fehlern. Doch nie hat auch nur einer an seiner Lauterkeit gezweifelt. Jeder, der ihm einmal am Redaktionstisch oder in freundschaftlicher Diskussionsrunde gegenübergesessen hat, weiß: Dieser überragende Publizist, äußerlich fast zierlich und mit seinen feingeschnittenen Zügen, eher einem kränkelnden Ästheten ähnelnd, verfügt über unerschöpfliche Energie, er kämpft mit offenem Visier, als Streiter ohne Fehl und Tadel. Sein Vertrauen auf die Gestaltungskraft des Menschen hat ihn von Anklagen gegen einzelne Auswüchse der Gesellschaft zur Kritik des gesamten Systems, zur Erkenntnis neuer Zukunftswege geführt.

Unter den Versammelten bemerkt Ossietzky auch einige Unbekannte, die ihn halb neugierig, halb verächtlich fixieren. Nazispitzel, sagt er sich, hergeschickt, um meiner ohnehin umfangreichen Hochverratsakte neue Seiten hinzuzufügen. Doch einschüchtern läßt er sich nicht. Er weiß, worauf er sich mit seinem Lebenswerk eingelassen hat – mit der Verwandlung einer kleinformatigen, kaum drei Dutzend Seiten umfassenden Wochenschrift in eine von Ministern, Generalen und Naziführern gefürchtete Waffe. Er ist entschlossen, hier und heute, bei seinem vielleicht letzten Auftritt in der Öffentlichkeit, als Fazit seines Wirkens ein Bekenntnis zum revolutionären Kampf abzulegen – zu Zielen, vor denen er früher oft genug zurückgeschreckt ist. Jetzt, angesichts der Ächtung der proletarischen Kampffront, empfindet er

die Pflicht, sich ihr unwiderruflich zu verbinden und ein Votum für die soziale Revolution als der einzigen Alternative gegenüber Barbarei und Verbrechensherrschaft abzugeben.

Mit festen Schritten geht Ossietzky als erster Redner zum Podium. Sichtlich erregt, verharrt er fast eine Minute schweigend. Dann dringt seine Stimme, obwohl gedämpft, bis in den letzten Winkel des Saales. Er spricht ohne Manuskript und – ganz gegen seine Gewohnheit – auf Spott und Ironie verzichtend.

»Ich gehöre keiner Partei an«, sagt er. »Ich habe nach allen Seiten gekämpft, mehr nach rechts, aber auch nach links. Heute jedoch sollen wir wissen, daß links von uns nur noch Verbündete stehen. Die Flagge, zu der ich mich bekenne, ist nicht mehr die schwarz-rot-goldene dieser entarteten Republik, sondern das Banner der geeinten antifaschistischen Bewegung. Und ich, der Pazifist, reihe mich nun ein in das große Heer, das für die Freiheit kämpft.«

Den Appell für die Freiheit vieler muß Ossietzky mit der eigenen Freiheit bezahlen. Zehn Tage später – noch ist das Reichstagsgebäude nicht gelöscht – wird er um halb vier Uhr aus dem Schlaf gerissen. SA-Schergen schleifen ihn ins bereitstehende Auto. Die Fahrt geht zum Berliner Polizeipräsidium, wo Wagen auf Wagen mit Verhafteten in den Hof rollen.

In dieser naßkalten Februarnacht zeigt sich der an die Macht gelangte Faschismus erstmals voll in Aktion. Durch die endlos scheinenden Kellergänge des Polizeipräsidiums hallen die Schritte der Herbeigeschleppten: Kommunisten, Sozialdemokraten, Parteilose, Pazifisten – Reichstagsabgeordnete, Gewerkschaftsführer, Schriftsteller, Journalisten, Arbeiter. Ossietzky wird in einen vollgepferchten Raum gestoßen, wo Egon Erwin Kisch, Ludwig Renn, andere Bekannte ihn begrüßen; es wird diskutiert, gerätselt, auch noch gelacht.

Die Gespräche gehen in der Festung Spandau weiter, in die Ossietzky, Renn und andere nach wenigen Tagen überstellt werden. Dort wird der Dienst noch von alten Gefängniswärtern versehen, so daß der Alltag einer »normalen« Haft zu beginnen scheint. Doch der Schein trügt. Die neuen Machthaber haben es darauf abgesehen, prominente Häftlinge physisch und moralisch zu vernichten und damit den Geist des Widerstandes zu treffen: So soll Ossietzkys Schicksal vor allem die antifaschistische Intelligenz erschrecken und lähmen. Bei der Sichtung der Beute ihrer ersten Terrorwelle lasten die braunen Banditen den Trägern großer Namen besonders schwere Verbrechen an. Der Herausgeber der »Weltbühne«, dessen einziges Kampfinstrument die Hefte im backsteinroten Umschlag waren, wird der Mittäterschaft bei der Brandlegung im Reichstag bezichtigt. Gekaufte Zeugen, die ihn belasten sollen, verstricken sich jedoch sehr bald in allzu offensichtliche Widersprüche. Die absurde Beschuldigung muß aufgegeben werden.

Sogleich haben die Faschisten aber einen neuen Plan bei der Hand. In Ossietzky, der weit über Deutschlands Grenzen bekannt ist, soll abgeurteilt werden, was sie in ihrer Propaganda als »Kulturbolschewismus« verteufeln. Ein Schauprozeß soll jeden fortschrittlichen Gedanken, jedes künstlerische Aufbegehren gegen Nationalismus, Gewalt und Militarismus ersticken. Die Tatbestände einer solchen Anklage wären – haargenau – jene geistigen Richtzeichen, an denen sich Ossietzky ein Leben lang orientiert hat. Denn geprägt war dieses Leben durch intellektuelle Parteinahme gegen Massenverdummung und Bestialität.

Angefangen hatte es 1889 in Hamburg, im Milieu des städtischen Kleinbürgertums. Der Knabe, schon früh für Literatur und Theater begeistert, litt unter dem konfessionellen Zerwürfnis der Familie. Mit 17 schloß er sich dem Monistenbund an, der die materialistische Entwicklungslehre Ernst Haeckels, des Autors der Aufsehen erregenden »Welträtsel«, verbreiten wollte – eine Lehre, in der es weder Gott noch Teufel, dafür aber Vernunft und Zweckmäßigkeit gab. Gelegentlich besuchte der junge Ossietzky auch Versammlungen, in denen August Bebel sprach; doch lehnte er den Gedanken des Klassenkampfes ab, weil er glaubte, soziale Konflikte würden sich ohne Gewalt vernünftiger und zweckmäßiger lösen lassen. In seiner Art folgerichtig, veröffentlichte er seinen ersten Artikel in der linksbürgerlichen Zeitschrift »Das freie Wort«, die von Rudolf Breitscheid geleitet wurde.

Ossietzkys frühe Artikel – meist Theaterkritiken – verrieten bereits den künftigen Meister der deutschen Sprachkunst, der das geschliffene Wort wie einen virtuos geführten Degen zu handhaben verstand: Immer brillant, wenngleich – nach Arnold Zweigs Urteil – nicht ohne »ritterliche Fehleinschätzungen«, wandte er sich gegen gesellschaftliche Mißstände im wilhelminischen Deutschland. Seine Attacken galten vor allem dem Militarismus, dem Cäsarismus, der Anbetung des Herrenmenschen, die sich in den von ihm rezensierten Bühnenstücken spiegelten.

Der Ausbruch des ersten Weltkrieges vermochte den Fünfundzwanzigjährigen zu erschüttern – und doch ließ ihn der hurrapatriotische Taumel seiner Umgebung nicht unberührt. Indes folgte die Ernüchterung auf dem Fuße. Schon bevor er 1916 zum Militärdienst eingezogen wurde, stand für ihn außer Frage, daß der Krieg – wie er kurz darauf schrieb – den kostbarsten Rohstoff der Völker, das seelische Gut, vor die Hunde werfe. Eine Konsequenz dieser Anti-Kriegs-Position war die Bejahung der Novemberrevolution: Er begrüßte sie als Erlösung von der Roheit, als Umkehr auf den Weg zur Vernunft und glaubte vorübergehend gar, das »nachkapitalistische Zeitalter« sei angebrochen.

Die Euphorie dauerte nicht lange. Einem so kritischen Beobachter wie Ossietzky mußte bald klarwerden, daß die Revolution keinen wirklichen

Umbruch gebracht hatte. Im Juni 1919, als er sich zu einem Wortführer des organisierten bürgerlichen Pazifismus machte, beklagte er, die neue Geldsackrepublik habe sich lediglich als ein Ersatz der Monarchie erwiesen. Und wenig später fügte er hinzu: »Die Republik hätte sich zu einem neuen Geist bekennen müssen. Sie hat es versäumt, als es Zeit war. Sie hätte einen Strich machen müssen unters Vergangene – und sie zogen einen dicken, weithin sichtbaren Bindestrich.« Resignation war indes nicht Ossietzkys Sache. Je erbärmlicher sich die Republik erwies, desto nachdrücklicher klammerte er sich an den Glauben, daß eine wirkliche Republik, ein echter Volksstaat, »neue Menschen« erziehen und damit den Ausweg aus allem Übel finden könne. Idealistisch verträumt und zugleich kämpferisch engagiert, schrieb er: »Die Republik muß sauber sein . . . Die Republik muß weise sein.«

Bruno Frei, der Biograph Ossietzkys, spricht von einem »Mixtum compositum aus kühner Entlarvung und naiver Gläubigkeit, aus wachem Mißtrauen und rosaroter Illusion« – charakteristisch für sein »lange währendes Tappen im Nebel«. Dieses Gemisch von humanistischer Klassenblindheit und individuellem Argwohn gegen die Machthaber kennzeichnet auch jenen Artikel, den er im April 1926 erstmals in der »Weltbühne« veröffentlichte – dem Blatt, das von Siegfried Jacobsohn herausgegeben, bald von Ossietzky selbst verantwortet werden sollte. In seiner Stellungnahme zum umstrittenen Locarnopakt geißelte er zwar die Unaufrichtigkeit der imperialistischen Politiker, die Hohlheit ihrer Friedensphrasen, das widerliche Gejaule der erneut Morgenluft witternden Militaristen – er hielt aber noch an naiven Vorstellungen von einer Friedensmission der »westlichen Demokratien« und des Völkerbundes fest.

Langsam und qualvoll befreite sich Ossietzky von seinen Illusionen: dem Allheilmittel Parlamentarismus, der Friedensbereitschaft bürgerlicher Regierungen, der Erwartung, im Rahmen der bestehenden Gesellschaft einen »neuen Menschen« schaffen zu können. Aber er war auch diesmal konsequent. Er verfocht das Neuerkannte – ohne den Verlust früherer Wertvorstellungen, den Bruch mit Grundprinzipien der bürgerlichen Weltanschauung zu scheuen.

In den sieben Glanzjahren seiner publizistischen Tätigkeit von 1926 bis 1932/33, in denen er das Gesicht der »Weltbühne« bestimmte, das Blatt sogar leitete, hat Ossietzky, eng mit Kurt Tucholsky und anderen mutigen Antimilitaristen zusammenwirkend, zahllose treffsichere, streitbare Urteile über Staat und Gesellschaft, Politiker und Parteien, Manipulierung und Verführung der Massen gefällt. Zunehmend prangerte er dabei nicht nur hervorstechende Abscheulichkeiten des Imperialismus, sondern dessen Wesensgehalt an.

So schrieb er im Zorn über die bürgerliche Demokratie, daß diese angeb-

lich freieste Staatsordnung unter der Sonne, »den, der die Wahrheit sagt, in einen Hohlweg drängt, wo rechts der Totschläger, links der Paragraph lauert«. Ein anderes Mal geißelte er den berüchtigten Notstandsartikel der Weimarer Verfassung als »Giftfläschchen in der inneren Rocktasche« des Grundgesetzes. Den Sozialdemokraten und Demokraten, die seiner Überzeugung nach verpflichtet waren, den Parlamentarismus, dieses noch immer »schmächtige Persönchen«, zu festigen, warf er vor, ständig ihre »nationale Stubenreinheit« beweisen zu wollen und die Republik »stückweise an die Generäle zu verhandeln«. Wie berechtigt derartige Anklagen waren, zeigte schlaglichtartig der Berliner Blutmai von 1929, bei dem auf Geheiß eines sozialdemokratischen Polizeipräsidenten 33 Arbeiter ermordet wurden. Empört über diese Untat, begnügte sich der Herausgeber der »Weltbühne« nicht damit, die Helfershelfer der offenen Reaktion in der Presse anzuprangern; er beteiligte sich auch führend an Kampfkundgebungen gegen den schwarz-rot-gold drapierten Arbeitermord.

Wohin die Reise dieser Republik gehen würde, die sich an Göttern wie Hindenburg, Brüning und General Groener emporrankte, war ein Problem, bei dem Ossietzky immer wieder die Militaristen angriff. Sie wollten Deutschland in eine Säbelbürokratie verwandeln, träumten von einem neuen Stahlbad der Nation, trieben die geheime Aufrüstung voran und erkannten in Ossietzky einen ihrer entschiedensten Gegner. Obwohl die »Weltbühne« nur gegen Rüstungsmaßnahmen auftrat, die vorher schon im Reichstag oder in der Presse zur Sprache gekommen waren, brachte die Reichswehrgeneralität den unerschrockenen Publizisten mehrmals wegen Landesverrats auf die Anklagebank. In einem dieser Prozesse, November 1931, wurde Ossietzky, der auch vor Gericht mutig als Ankläger auftrat, zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt: So verbrachte er 1932 – bis er zu Weihnachten amnestiert wurde – sieben Monate im Kerker eines Staates, für dessen Gesundung und Festigung er sich wie kaum ein zweiter eingesetzt hatte.

Eine Zeitlang neigte auch Ossietzky zur Unterschätzung der faschistischen Gefahr. Noch 1930 nannte er Hitler einen »halbverrückten Schlawiner, der Deutschland vor der ganzen Welt blamiert«. Doch sehr bald erkannte er, daß hinter dem Hakenkreuz mehr steckte als nur ein wildgewordener »böhmischer Gefreiter«. Er machte sich das Urteil der Kommunisten zu eigen und schrieb: »Dieser Prophet ist ein gewissenloser Industrieagent, der weiß, was seine Einbläser wollen.«

Von nun an setzte Ossietzky sein ganzes Können dafür ein, um den Faschisten – »den antikapitalistisch aufgezogenen Betriebsanwälten« der Monopolherren, den »rotgestempelten Klopffechtern der weißen Reaktion« – den Weg zur Macht zu verlegen. Er beschwor die beiden Arbeiterparteien, SPD und KPD, sich zur Aktionseinheit zusammenzuschließen, weil nur die

geeinte Arbeiterklasse dem Faschismus erfolgreich Paroli bieten könne. Als die rechten SPD-Führer bei der Präsidentschaftswahl im Frühjahr 1932 dazu aufriefen, den Militaristen und angeblichen Hitler-Gegner Hindenburg zu wählen, erschrak Ossietzky über diese verhängnisvolle Kurzsichtigkeit. Trotz des Bekenntnisses, kein Kommunist zu sein, verlangte er die Stimmabgabe für Ernst Thälmann: »Linkspolitik heißt, die Kraft dort einsetzen, wo ein Mann der Linken im Kampfe steht. Thälmann ist der einzige, alles andere ist mehr oder weniger nuancierte Reaktion.« Und am 30. Januar 1933 schrieb er, die Möglichkeit eines Generalstreiks erwägend: »Es gibt auch ein Notrecht des Volkes gegen abenteuerlich experimentierende Obrigkeiten.«

Ossietzkys nüchterne und zugleich zündende Situationsanalysen, aus denen sich die Notwendigkeit des Widerstands gegen das Gewaltregime ergab, beeindruckten weite Kreise der Kultur- und Geistesschaffenden. Deshalb galt ihm der besondere Haß der Naziführung. Einmal seiner habhaft geworden, scheute sie vor keiner Gemeinheit und Brutalität zurück, um seinen Namen zu besudeln und seinen Geist zu brechen. Doch die Faschisten mußten erfahren, daß dieser Wehrlose unbeugsam blieb und sich nicht zu entwürdigenden Aussagen in einem Schauprozeß zwingen ließ. Weder Verlockungen noch Schläge konnten ihm den Widerruf seiner Überzeugung entreißen.

Der Leidensweg gipfelte in ein grauenhaftes Martyrium, nachdem man Ossietzky im Februar 1934 aus dem Konzentrationslager Sonnenburg ins Moorlager Papenburg-Esterwegen überführte. Mehr noch als andere wurde er dort von SS-Bestien gequält, malträtiert, geprügelt. Die schwere Arbeit im Torfmoor versetzte seiner Gesundheit den letzten Stoß; zum Skelett abgemagert, brach er nach drei Monaten zusammen. Dennoch blieb er standhaft. Sein nicht zu bändigender Wille und die Solidarität der Mitgefangenen, die sein Schicksal, wo immer es möglich war, zu erleichtern versuchten, hielten ihn aufrecht. Der ehemalige Einzelkämpfer erfuhr die Kraft des Kollektivs und den Wert des Wortes »Genosse«.

Die internationale Solidaritätsbewegung für die Opfer des faschistischen Terrors entfaltete sich unter der Losung: »Freiheit für Ernst Thälmann! Heraus mit Carl von Ossietzky!« Ausländische Journalisten oder Beauftragte caritativer Organisationen gelangten zwei- oder dreimal zu dem Manne der »Weltbühne«, der jetzt nur noch unter einer Häftlingsnummer geführt wurde. Den erschütternden Bericht über eine solche Begegnung, auf dem Lagerplatz Esterwegen, gab der Völkerbundskommissar Carl Burckhardt:

»Nach zehn Minuten kamen zwei SS-Leute, die einen kleinen Mann mehr schleppten und trugen als heranführten.

Ein zitterndes, totenblasses Etwas, ein Wesen, das gefühllos zu sein

schien, ein Auge verschwollen, die Zähne anscheinend eingeschlagen, er schleppte ein gebrochenes, schlecht geheiltes Bein.

Ich ging ihm entgegen, reichte ihm die Hand, die er nicht ergriff . . . ›Herr von Ossietzky‹, sprach ich ihn an, ›ich bringe Ihnen Grüße Ihrer Freunde, ich bin der Vertreter des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, ich bin hier, um Ihnen, soweit uns das möglich ist, zu helfen.‹

Nichts. Vor mir, gerade noch lebend, stand ein Mensch, der an der äußersten Grenze des Tragbaren angelangt war.

Kein Wort der Erwiderung.

Ich trat näher. Jetzt füllte sich das noch sehende Auge mit Tränen, lispelnd, unter Schluchzen sagte er: ›Danke, sagen Sie den Freunden, ich sei am Ende, es ist bald vorüber, bald aus, das ist gut.‹«

Die internationale Bewegung für die Freilassung Ossietzkys erhielt mächtigen Auftrieb, als im November 1936 die Nachricht um die Welt ging, daß das norwegische Storting-Komitee dem ehemaligen Leiter der »Weltbühne« den Friedensnobelpreis 1935 zuerkannt hatte. Die braunen Machthaber schäumten vor Wut. Sie wollten Ossietzky zwingen, den Preis abzulehnen. Doch dieser, schon vom Tode gezeichnet, ließ sich nicht erpressen.

Es kam zu einer makabren Szene, als einer der Hauptverantwortlichen für die an Ossietzky begangenen Schandtaten dem Gepeinigten die Freiheit, sogar eine lebenslängliche Pension versprach – wenn er auf den Nobelpreis verzichte. Es war Göring, der eigens im Berliner Polizeikrankenhaus erschien, wohin man den dahinsiechenden Häftling gebracht hatte. Dort, in der vergitterten Krankenstube, standen sich Geist und Macht gegenüber: der sensible, dem Tode nahe Häftling, der seinem Besucher mit ungebrochenem Blick trotzte – und der feiste Faschistenhäuptling, der protzig Gnade anbot. Göring redete, Ossietzky schwieg, so daß jener unverrichteter Dinge abziehen mußte.

Trotz der weltweit erhobenen Forderung, Ossietzky zur Entgegennahme des Preises nach Oslo reisen zu lassen, verweigerten die Faschisten die Ausreise. Sie versuchten sogar, sich der Geldprämie zu bemächtigen, die mit der Verleihung verbunden war – Gipfel des Zynismus: Das für den Frieden gestiftete Geld sollte in die Aufrüstung gesteckt werden. Doch die Betrüger wurden selbst betrogen. Der Gestapoagent, der die 100 000 Mark mit gefälschter Vollmacht in Empfang nahm, veruntreute den größten Teil der Summe. Die Proteste Ossietzkys, der das Polizeikrankenhaus nicht mehr verlassen konnte, blieben ungehört.

Den Ruf des aufrechten Friedenskämpfers und des Antifaschisten vermochten auch diese Verbrechen nicht zu beflecken. Ein Jahr später, am 4. Mai 1938, verlosch sein Leben. Doch der Name Carl von Ossietzky bleibt unauslöschbar.



Heinrich Mann

Aufbruch zur Volksdemokratie

Nichts Auffälliges war an dem Manne zu bemerken, der am 22. Februar 1933 bei der deutschen Grenzkontrolle in Kehl am Rhein seinen Paß vorlegte: Ludwig Heinrich Mann, geboren am 27. 3. 1871 in Lübeck, von Beruf Schriftsteller – las der Beamte. Vor ihm stand ein älterer, gutbürgerlich gekleideter Herr; Gepäck trug er nicht bei sich, nur einen Regenschirm. Sein Vorhaben, das jenseits des Rheins gelegene, mit der Straßenbahn in einer Viertelstunde zu erreichende Straßburg zu besuchen, teilte er mit vielen anderen an diesem Tage. Kein Grund also, ihn nicht passieren zu lassen, trotz der verschärften Dienstanweisungen, die die vorgesetzte Behörde vor einigen Tagen erlassen hatte. Die Grenze zwischen Deutschland und Frankreich lag in der Mitte der Straßenbrücke, die zu überqueren war. Nach

wenigen Minuten hatte Heinrich Mann sie erreicht, wiederum einige Minuten später, am französischen Ufer, drückte ihm das Commissariat Spécial seinen Stempel in den Paß. Ein Spaziergang also – so könnte es scheinen. In Wahrheit bedeuteten diese wenigen hundert Meter den schwersten Weg, den Heinrich Mann in seinem Leben zurücklegen mußte. Ein fast Zweiundsechzigjähriger verließ sein Vaterland, das er niemals wiedersehen sollte.

Freilich waren ihm die folgenschweren Konsequenzen dieses Augenblicks damals nicht voll bewußt. Das Wort »Exil« war drei Wochen nach dem 30. Januar noch kaum jemandem geläufig. »Er selbst weiß von einer vorläufigen Tatsache, nicht, daß sie währen wird, bis er steinalt ist«, schreibt er zurückblickend, ein Dutzend Jahre später in seiner Autobiographie. Auch war ihm das Land, das vor ihm lag, alles andere als fremd. »Er hatte dort gelebt, hatte Freunde, oder fand sie gerade jetzt. Er hat mit französischen Intellektuellen zusammengearbeitet, in ungezählten Versammlungen, wo sie für viele Tausende sprachen.« Die Landessprache beherrschte er ebenso, wie ihm die französische Kultur vertraut war. Und schließlich: Die Möglichkeit, daß er auch in diesem Lande nicht würde bleiben können, lag für ihn noch jenseits des Denkbaren. Nicht einmal zu erahnen war, was an weiteren Prüfungen auf ihn wartete: Im September 1940 die abenteuerliche Flucht über die Pyrenäen, die dem Siebzigjährigen das Äußerste abverlangte; sodann der Abschied von Europa, mit dem sich erst ganz enthüllte, was das Exil war; zuletzt die materielle Unsicherheit und intellektuelle Demütigung, die seine letzten Lebensjahre in den USA verdüsterten, der Tod in tiefer Vereinsamung.

Von alledem also noch keine Vorstellung. Aber bereits das, was der letzte Monat ihm gebracht hatte, griff in sein Leben ein. Heinrich Mann wußte die Zeichen der Zeit zu deuten. Er gab sich keinen Täuschungen darüber hin, daß der 30. Januar nicht nur den Untergang der Weimarer Republik besiegelte, sondern auch ihn selber mit einem Schlage höchster Gefährdung aussetzte. »Kein Zweifel, ich war verhaßt, populär machte mich gerade der Haß«, schrieb er später. Die Auswirkungen dieses Hasses ließen nicht lange auf sich warten. Sie trafen ihn dort, wo er sich für die Öffentlichkeit am sichtbarsten exponiert hatte: in seinem Amt als Vorsitzender der Sektion Dichtkunst der Preußischen Akademie der Künste. Ein Anlaß, sich seiner zu entledigen, war schnell gefunden. Mit anderen Persönlichkeiten, unter ihnen Käthe Kollwitz, hatte Heinrich Mann im Juli des Vorjahres, gelegentlich der Reichstagswahlen, einen »Dringenden Appell« unterzeichnet, der SPD und KPD angesichts der wachsenden faschistischen Gefahr zu einem Zusammengehen aufforderte. Dieses Manifest war jetzt im Februar nochmals veröffentlicht worden, woraufhin der nationalsozialistische Reichskommissar für Kultur, Rust, einschritt. Umgehend beorderte er den Präsidenten

der Akademie, den Komponisten von Schillings, zu sich, der seinerseits in höchster Eile für den folgenden Tag, den 15. Februar, abends acht Uhr, das Plenum des Hauses zu einer außerordentlichen Sitzung einberief. Die Handlungsweise des Herrn Mann und der Frau Kollwitz, so erklärte er den Versammelten, sei mit der Würde von Akademiemitgliedern unvereinbar. Nachdem Frau Kollwitz bereits ausgetreten sei, gehe es jetzt um den untragbar gewordenen Vorsitzenden der Sektion Dichtkunst. Dieser aber war, so stellte sich nun heraus, als einziger zu der Sitzung nicht eingeladen worden. Man holte ihn – unter Schwierigkeiten – eilig herbei; nach einer kurzen Verhandlung unter sechs Augen gab von Schillings bekannt, Herr Mann lege sein Amt als Vorsitzender der Sektion nieder und verzichte auf die Mitgliedschaft in der Akademie.

In seiner Autobiographie deutet Mann an, welche Überlegungen ihn zu diesem Schritt führten: Seine Entfernung war eine bereits auf Regierungsebene beschlossene Sache; gegen sie anzukämpfen war sinnlos, und er wollte nicht, daß durch eine Abstimmung einige seiner Kollegen in Gewissenskonflikte gestürzt, vielleicht sogar die Existenz der Akademie gefährdet würde. Eine noble Haltung, die von kaum jemand honoriert wurde. Alfred Döblin forderte, Heinrich Mann solle seine Meinung selber vortragen; der Architekt Wagner stellte den Antrag, das Vorgehen des Präsidenten als gegen die Gesetze der Akademie verstoßend zu mißbilligen, und verließ den Raum, als der Versuch scheiterte. Das sind die einzigen Solidaritätsbeweise, die Heinrich Mann in diesen Tagen erfuhr. Zahlreicher sind die Zeugnisse der Feigheit, des Verrats und der reaktionären Borniertheit. Der Schriftstellerkollege, der den Wagnerschen Antrag zu Fall brachte, war Gottfried Benn – knapp zwei Jahre zuvor noch, zu Manns 60. Geburtstag, hatte er ihn in einer Festrede enthusiastisch gefeiert. Eine ähnliche Haltung nahmen weitere Sektionsmitglieder in Presseerklärungen der nächsten Tage ein. Ihnen fiel es nicht schwer, die Zustimmungserklärung zum nationalsozialistischen Staat, die allen Akademiemitgliedern wenig später abverlangt wurde, zu unterschreiben.

Bitterkeit und Verachtung mochten Heinrich Mann angesichts dieser Vorgänge beherrschen. Zweifel über das, was zu tun sei, hegte er kaum noch. Er faßte seinen endgültigen Entschluß am 19. Februar, als man ihm bedeutete, ihm werde der Paß abgenommen, und als der französische Botschafter, François-Poncet, ihm Asyl anbot. Für Mann bedurfte es nicht erst – wie für das Gros der linken Schriftsteller und Intellektuellen – des Reichstagsbrandes. Zu genau kannte er den Gegner, mit dem er es zu tun hatte. Er hatte sein Heraufkommen seit vielen Jahren beobachtet und ihn mit allen Kräften bekämpft; man wußte, was man voneinander zu halten hatte. Die Möglichkeit, wie Gerhart Hauptmann und andere einen Kompromiß abzu-

schließen, gab es für ihn von vornherein nicht. Heinrich Mann war nicht bereit, dem faschistischen Staat auch nur das geringste Zugeständnis zu machen. Dieser wiederum hatte für den unbeugsamen Demokraten und kämpferischen Humanisten nur eine einzige Perspektive bereit: das Schicksal Carl von Ossietzkys und Erich Mühsams.

Gewiß wußten die Nazis, daß Heinrich Mann kein Kommunist war. Noch in einem Presseinterview vom 16. Februar 1933 hatte er das selber unterstrichen. Nichtsdestoweniger aber war er als einer der entschiedensten Antifaschisten unter den deutschen Schriftstellern bekannt. Zu oft hatte man von ihm – und man brauchte sich da gar nicht lange zurückzuerinnern – Worte wie diese über die Nazis gehört und gelesen: »Lassen wir ihr Parteiprogramm beiseite; sie sind selbst nicht fähig, es zu erklären. Ihre Moral hält an nichts fest . . . An einem Tag frühstückt Hitler mit einem der größten Bankiers. Am andern Tag wollen sie einen Gesetzentwurf einbringen, der die Enteignung der ›Finanzbarone‹ vorsieht . . . Dieses Vorgehen setzt als Basis ihrer gesamten Politik die Gewalt voraus, eine Gesellschaft, die von einer herrschenden Clique vollständig in Sklaverei gehalten wird, Abschaffung des Denkens, Unterjochung der Intelligenz, Vernichtung des Individuellen bis zur völligen Ausrottung. Und in der Tat führen die Nationalsozialisten nur das im Munde: Macht und Gewalt.« Heinrich Manns Einsichten in das klassenmäßige Wesen des Faschismus gingen wesentlich tiefer als die der meisten bürgerlichen Demokraten. Die Tatsache, daß sich die NSDAP in Millionen werktätiger Menschen vornehmlich aus dem Kleinbürgertum, die durch die Weltwirtschaftskrise in ein fürchterliches Elend getrieben worden waren, eine Massenbasis hatte schaffen können, trübte seinen Blick nicht für die eigentlich treibenden Kräfte. Im Dezember 1932 hatte er geschrieben: »Der verfallende Hochkapitalismus macht sich reif für seine letzte Verzweiflungstat, der Nationalismus hofft auf die letzte Runde, nachdem er schon alle verloren hatte. Läge wirklich die ganze Macht noch immer bei dem alten System, der Krieg müßte ausbrechen, und folgerichtig ginge er gegen Sowjet-Rußland. Es bleibt gar nichts anderes übrig, wenn man durchaus nichts lernen und beim alten, nationalen und monopolistischen System durchaus beharren will.« Diese Klarheit war es, die ihn den Demagogen um Hitler und Goebbels so verhaßt machte.

Freilich hatte dieser Haß noch andere Wurzeln. Sie reichen bis zum Jahresende 1918 zurück, als innerhalb von sechs Wochen 100 000 Exemplare von Heinrich Manns Roman »Der Untertan« in die Hände und wohl auch in die Köpfe deutscher Leser kamen. »Das Herbarium des deutschen Mannes« nannte Kurt Tucholsky, ein Anhänger des Verfassers, das Buch damals: »Hier ist er ganz: in seiner Sucht, zu befehlen, und zu gehorchen, in seiner Roheit und in seiner Religiosität, in seiner Erfolgsanbeterei und in seiner

namenlosen Zivilfeigheit.« Während Tucholsky in seiner Rezension den Verfasser als den ersten deutschen Schriftsteller bezeichnete, »der dem Geist eine entscheidende und mitbestimmende Stellung fern aller Literatur eingeräumt hatte«, reagierten die Reaktionäre aller Schattierungen mit äußerster Erbitterung. Für die Nationalsozialisten gehörte Heinrich Mann gerade wegen dieses Buches zu den »Novemberliteraten« und »Kulturbolschewisten«. Vor allem wegen des »Untertan« sollten seine Bücher am 10. Mai 1933 auf den großen Scheiterhaufen in Berlin geworfen werden – mit den Worten: »Gegen moralischen Verfall, für Sitte, Familie und Staat!«

Was war der Grund dafür? Seinem Entstehungsdatum nach schien der Roman doch nicht gerade aktuell. ». . . Dieser widerwärtig interessante Typus des imperialistischen Untertanen, des Chauvinisten ohne Mitverantwortung, des in der Masse verschwindenden Machtanbeters« hatte Heinrich Mann bereits um 1906 zu interessieren begonnen. Aus diesem Jahr jedenfalls stammen die ersten Vorarbeiten; der Beginn des Weltkrieges verschob die für 1914 geplante Buchausgabe des Kurt Wolff Verlages bis auf den Dezember 1918. Dann aber hob Tucholsky die Sehergabe Heinrich Manns hervor und stellte fest, daß der Roman von den Ereignissen der vorangegangenen vier Jahre vollauf bestätigt worden war. Mit noch größerer Berechtigung konnte man das 1933 – übrigens auch 1945 – tun; der prophetische Blick, den Mann bei der Gestaltung des Diederich Heßling bewies, ist oft gerühmt worden. Der Autor selber schrieb dazu in seiner Autobiographie: »Beendet habe ich die Handschrift 1914, zwei Monate vor Ausbruch des Krieges – der in dem Buch nahe und unausweichlich erscheint. Auch die deutsche Niederlage. Der Faschismus gleichfalls schon: wenn man die Gestalt des ›Untertan‹ nachträglich betrachtet. Als ich sie aufstellte, fehlte mir von dem ungeborenen Faschismus der Begriff, und nur die Anschauung nicht.«

Heinrich Mann hatte in den Februartagen des Jahres 1933 genug Anlaß, darüber nachzudenken, wie dieser Menschentyp an die Macht kommen konnte. So triumphal der Erfolg des »Untertan« seinerzeit auch anmutete, verhindern konnte das Buch nichts. Es hatte der Verbreitung eines idealen republikanischen Geistes dienen sollen, gemäß den Worten, die über dem gesamten Wirken des Dichters zwischen 1918 und 1933 stehen könnten: dafür zu sorgen, daß die Weimarer Republik, »bis jetzt noch ein Zufallsgeschenk der Niederlage, nun auch Republikaner erhalte«. Ein hochherziges Programm hatte am Anfang gestanden: »Sie soll als erste ganz ernst machen mit dem Sinn ihres Namens; ihr Gesetz, das alle gleichstellt, soll auch den Vorsprung übermäßigen Reichtums keinem lassen. Sie soll gerecht, soll höchstes Menschentum, soll auf Erden Gott sein.« So Heinrich Mann noch 1919. Was war aus diesen Forderungen geworden?

Die Bilanz war niederschmetternd, sie lief auf die einfache Formel hinaus, daß diese Republik weder Gerechtigkeit in irgendeiner Hinsicht gebracht hatte noch überhaupt lebensfähig war. Hatte sie den sozialen Ausgleich wenigstens ein Stück nähergerückt? Mann verglich sie bereits 1927 mit einer Aktiengesellschaft, deren Maßnahmen bewußt auf Täuschung und Entrechtung der Kleinen abzielten; auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise war der Gegensatz zwischen Arm und Reich noch krasser geworden. War es gelungen, Republikaner heranzubilden, die für diesen Staat einstanden? Die Antwort gab Mann im Dezember 1932: »... Das herrschende System war das gebrauchte, abgenutzte, das die Republik vorgefunden hatte, dieselbe Vorbereitung auf immer denselben Krieg, die unveränderte Ungerechtigkeit zugunsten von Erwerbsständen, die nichts nachließen, und von Klasseninteressen mit unversöhnlichen Ansprüchen. Die Justiz war nie republikanisch, das sah jeder; die Reichswehr war es nicht, die Universitäten. Kein Teil der Verwaltung wurde republikanisch durchdrungen, am wenigsten das Auswärtige Amt.« Und schließlich die entscheidende Einsicht: Die Republik mußte unterliegen, weil sie ihren Feinden alle Freiheiten gelassen hatte, sich selbst aber keine einzige herausgenommen hatte.« Heinrich Mann hatte mit den Verwaltern dieses Staates hinreichend eigene Erfahrungen gemacht. So hatte er zusammen mit Alfred Döblin ein Volkslesebuch zusammengestellt, das, für Deutschland völlig neu in dieser Art, nicht mehr die Fürsten und ihre Schlachten verherrlichte, sondern vom Geist der Humanität, der Demokratie und der Völkerverständigung geprägt war. Es erschien niemals, das Projekt verschwand in den Schreibtischen der Ministerialbürokratie. Ein letztes Mal erlebte Heinrich Mann die Stützen der Weimarer Gesellschaft – Minister, Diplomaten, Parlamentarier – am 19. Februar 1933 auf einer illustren Abendgesellschaft. Ein makabres Erlebnis: »Mit Hitler und dem Henker hinter sich, gaben die versammelten Reste der Republik sich den Anschein, als wäre ihre Lage interessant: unhaltbar, das Wort fiel nicht.«

Niemals mehr zu Weimar zurück: Diese Lehre zog Heinrich Mann als erste. Aus den bitteren Enttäuschungen dieser Zeit formte sich ihm immer klarer das Bild einer streitbaren und wirklich demokratischen Republik. Das Fazit seiner Erfahrungen zog er als Repräsentant des »Freien Deutschland«, im Aufruf »An das befreite Berlin«, bei Kriegsende 1945: »Kämpft unerbittlich für einen Staat, der dem Volk nicht nur verantwortlich, der verkörpert ist in ihm! Verantwortung bleibt ein hohles Wort für einen Staat, wo es Mächtige und Schwache, Überreiche und ganz Arme gibt. Ihr wißt es aus eurer Weimarer Republik. Sie hat nichts aufgehalten und konnte es nicht; was hättet ihr von einer Klassenrepublik das nächste Mal zu erwarten? Duldet nicht noch einmal eine Weimarer Verfassung! Sie hat

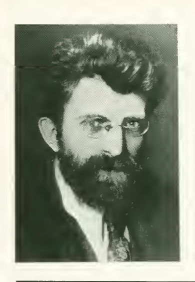
Handhaben enthalten für alles, was kam, einbegriffen der Hitler.« Wer aber sollte diese Demokratie tragen? Während der ganzen 14 Jahre der Weimarer Republik war Heinrich Mann auf der Suche nach dem wahren Republikaner, dem Gegenbild des Untertans, gewesen. Er definierte ihn so: »... Wir sehen in Republikanern weder Bürgerliche noch Sozialisten. Dies sind hinfällige Unterscheidungen, wo es Höheres gilt. Republikaner nennen wir Menschen, denen die Idee über den Nutzen, der Mensch über die Macht geht.« Bald jedoch hatte er erleben müssen, daß er überall, wo er mit dieser idealen Maxime in die gesellschaftliche Praxis ging, ins Leere stieß. Die Monopolbourgeoisie dachte nicht daran, freiwillig ihre Macht und ihren Reichtum zu beschränken, wie der Dichter es von ihr forderte. Die bürgerlichen Mittelschichten und das Kleinbürgertum, auf die er zeitweilig seine Hoffnungen setzte, erwiesen sich immer eindeutiger als das Rekrutierungsfeld für den Massenanhang des erstarkenden Faschismus. So festigte sich in ihm die Einsicht, daß vom Bürger- und Kleinbürgertum für die Verwirklichung seiner Ideale nichts mehr zu erhoffen sei – sein Blick wurde auf die Arbeiterklasse gelenkt.

Die Bemühungen des Lübecker Patriziersohnes, zu dieser Klasse in Kontakt zu kommen, gehen bis in die Zeit vor dem ersten Weltkrieg zurück. Sie waren ernst und aufrichtig; der Roman »Die Armen« von 1916 zeigt eine Kenntnis proletarischer Lebensverhältnisse, die für einen bürgerlichen Autor durchaus ungewöhnlich ist. Nach der Novemberrevolution setzte er sie verstärkt fort. Die Bindung des Schriftstellers an eine schmale Schicht von Gebildeten hielt er – je länger, desto mehr – für anachronistisch: »Was den Schriftsteller betrifft, so wird seine Stimme durch die ganze Autorität der Massen verstärkt werden, oder sie wird kein Gewicht mehr haben«, schrieb er 1928. Welche Bedeutung er dem einheitlichen Handeln von Sozialdemokraten und Kommunisten als Gegengewicht zur faschistischen Gefahr beimaß, bewies seine Unterschrift unter dem bereits erwähnten »Appell«. Indessen hatte er, gerade in dieser entscheidenden Frage, keine Einigung erkennen können.

Die Erfahrungen des Frühjahrs 1933 leiteten nunmehr einen Prozeß ein, der Heinrich Mann in wenigen Jahren aus seiner bisherigen Isolierung befreite und für sein ferneres Leben zum engen Verbündeten der revolutionären Arbeiterbewegung machte. »Deutsche Arbeiter! Ihr seid die Hoffnung!« lautet der programmatische Titel eines Aufrufs, den er 1938 für den Deutschen Freiheitssender 19,8 schrieb. Bereits in der noch 1933 in Paris und Amsterdam erschienenen Essaysammlung »Der Haß« deutet sich die Wende an. In ihr steht der Satz: »Der herannahende Kommunismus ist das Wirkliche, er bricht sich Bahn durch den Schwindel der Hitlerei.« Unendlich wichtig war es für den aus der Heimat vertriebenen Dichter, in der

hereinbrechenden Nacht des Faschismus nicht alle Hoffnung aufgeben zu müssen. Er mußte nicht an seinem Volk verzweifeln, und auch der Sinn seines Berufs wurde ihm nicht fraglich: »Ich glaube wie je, daß literarische Bemühungen niemals ohne Wirkung bleiben, wie lange es auch dauern mag, bis die greifbare Welt ihnen zugänglich wird.«

Es war das erklärte Ziel des Faschismus, die deutsche humanistische Literatur zu vernichten. Wie wenig ihm das gelang, zeigt sich mit exemplarischer Klarheit an dem weiteren Weg Heinrich Manns. Auf den Haß des NS-Staates antwortete er mit einer schöpferischen Anstrengung, die ihn zu dem wohl bedeutendsten Gipfel seines Schaffens und Wirkens führte: künstlerisch zu den beiden Romanen über Jugend und Vollendung des guten Königs Henri Quatre, politisch zu seiner Tätigkeit als Vorsitzender des deutschen Volksfrontausschusses und zu einer Fülle glänzender antifaschistischer Streitschriften. »Mut« heißt der Titel einer zweiten Sammlung seiner Essays aus dem Exil: Sie sind, nach einem Wort von Bertolt Brecht, erfüllt von dem Geist des Angriffs.



Erich Mühsam

Anarchist und Bündnispartner

Am Morgen des 28. Februar wollte er nach Prag fahren, wissend, daß er sich nunmehr seinen Kampfplatz im Ausland suchen mußte. Das Reisegeld war aufgetrieben worden, der Koffer stand gepackt. Da klingelten ihn um fünf Uhr früh zwei Kriminalbeamte aus dem Schlaf. Sein Name stand auf den Listen der neuen Machthaber, auch ihm galt die Verhaftungswelle, die dem faschistischen Verbrechen des Reichstagsbrandes schon nach Stunden folgte: Erich Mühsam, Schriftsteller und Anarchist.

Seine letzte Rede hatte er eine Woche zuvor gehalten, genau so wie Ossietzky, in einer Mitgliederversammlung der Berliner Ortsgruppe des Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller am 20. Februar 1933. Linksbürgerliche und sozialistische Autoren waren zusammengekommen, um gegen

das Regime des Hitlerfaschismus zu protestieren. Am Vorstandstisch hatten Renn, Ossietzky und Wittfogel gesessen, als auch er – Mühsam – sich zu Wort meldete: »Hemdsärmelig, die Krawatte verrutscht, die roten Haare in Unordnung ... sprach, gestikulierte, schrie (er) seine Empörung, seinen Haß gegen den Krieg, in den Saal hinein« – berichtete ein Jahr später einer der Anwesenden, der Romancier F. C. Weiskopf. »Ich sage Euch«, so überliefert eine weitere Mitteilung von dieser Ansprache, »daß wir, die wir hier versammelt sind, uns alle nicht wiedersehen. Wir sind eine Kompanie auf verlorenem Posten. Aber wenn wir hundertmal in den Gefängnissen des Dritten Reiches verrecken werden, so müssen wir heute noch die Wahrheit sagen, hinausrufen, daß wir protestieren.«

Mühsam machte sich wenig Illusionen über das, was kämpferische Antifaschisten in Hitlerdeutschland zu erwarten hatten. Er wußte, daß der Justizterror der Nazis alle sogenannten rechtsstaatlichen, tatsächlich aber reaktionären Praktiken des Strafvollzugs überbieten würde. Und schon diese kannte er hinlänglich. Seit 1919, der Niederschlagung der Münchner Räterepublik, hatte er mehr als fünf Jahre Festungshaft erlebt – lange genug, wenn auch nur Bruchteil jener 15 Jahre, zu denen er von einem Standgericht der bayrischen Konterrevolution wegen »Hochverrats« verurteilt worden war. Unermüdlich kämpfte er seitdem gegen die bürgerliche Klassenjustiz, als Publizist und als leidenschaftlicher Redner auf Massenversammlungen. Er wollte mehr sein als nur ein Mann der Literatur. In Literaturkreisen galt er freilich als ein Prototyp künstlerischer Bohème, und er war das auch in der Vorkriegszeit gewesen. Vor allem aber war Mühsam ein politischer Kämpfer, der sich als ein Anarchist bekannte.

Der 1878 geborene Berliner, der schon als Gymnasiast wegen »sozialistischer Umtriebe« relegiert wurde, versuchte nach der Jahrhundertwende, asoziale Randgruppen zu »sozialistischen und kommunistischen Ideen« zu bekehren – ein dilettantischer Versuch, der unter dem geistigen Einfluß Gustav Landauers geschah und rasch scheitern mußte. Der Prozeß, der 1910 wegen »Geheimbündelei« gegen Mühsam angestrengt wurde, machte Aufsehen. Obwohl dieser Mann gegen die Sozialdemokratie und den Marxismus polemisierte, würdigte er schon vor Ausbruch des ersten Weltkrieges das Wirken von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Im Kriege selbst trat er als revolutionärer Pazifist auf und mußte deshalb schon damals eine Festungshaft verbüßen. Er haßte die großkapitalistischen und militaristischen Stützen des Kaiserreiches und die Kriegssozialisten der Sozialdemokratie. Aber er sah auch die Gefahr, die einer revolutionären Massenbewegung von den Bemühungen sozialdemokratischer Kriegsgegner drohte, die die antiimperialistische Bewegung in die Bahnen einer parlamentarischen Demokratie lenken wollten. Für ihn war deshalb die Errich-

tung der Räteordnung in Rußland, unter Lenins Führung, ein historisches Vorbild, wie »die Revolution ... bis zu ihrem letzten Ziel« geführt werden könnte: »Abdankung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und Ersetzung durch den kommunistischen Sozialismus«.

Das war der Ausgangspunkt seiner Agitation in der deutschen Novemberrevolution und für die Errichtung der Münchner Räterepublik. Mühsam hatte sich den Losungen des Spartakusbundes genähert und – nach der Niederschlagung der revolutionären Berliner Januarkämpfer 1919 – zu der Einsicht durchgerungen, daß die Konterrevolution nur durch die Diktatur des Proletariats überwältigt werden konnte. Freilich glaubte er, ein solches Konzept ermögliche die Vereinigung von kleinbürgerlich-putschistischen Aktivitäten, wie sie im vorigen Jahrhundert von Bakunin vertreten worden waren, mit der kommunistischen Strategie Lenins. Solche folgenschweren Illusionen führten am 7. April 1919 zur überstürzten Ausrufung der Räterepublik in München. Mühsam hatte dazu beigetragen, war aber immerhin Realist genug, um zu erkennen, daß ohne die Kommunistische Partei – die vom aktivsten Teil des Proletariats unterstützt wurde – ein politisches Fiasko der Räte unvermeidlich blieb. So bemühte er sich um eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten und forderte sie sogar auf, die Macht zu übernehmen. Als diese, mit Eugen Leviné an der Spitze, den Zuruf beachteten und – trotz ihres Wissens um die Aussichtslosigkeit der Situation – die Münchner Arbeiter nicht im Stich ließen, war Mühsam bereits von konterrevolutionärer Soldateska verhaftet. Leviné und viele andere Revolutionäre zahlten ihren heroischen Einsatz mit dem Leben. Mühsam überlebte und nutzte seine Festungshaft im ernsten Bestreben, die Ursachen der Niederlage zu begreifen und Folgerungen zu ziehen, wobei er seine und seiner Freunde Fehlentscheidungen bloßlegte. Der ausführliche Revolutionsbericht, den er an Lenin adressierte und der später unter dem Titel »Von Eisner bis Leviné« (1929) erschienen ist, vermochte zu einer leninistischen Analyse jedoch nicht vorzudringen.

Erst gegen Jahresende 1924 kehrte Mühsam ins politische und literarische Leben zurück. Die revolutionäre Nachkriegskrise war vorüber. Die Weimarer Republik rühmte sich lauthals ihres Daseins. Der Anarchist Mühsam hielt die vorübergehende Festigung der kapitalistischen Ordnung mit ihren pseudodemokratischen Institutionen und Phrasen für Erfindungen von Parteiideologen. Er blieb von der Notwendigkeit des Kampfes überzeugt, unterschied aber zwischen Klassenkampf, den er als eine rein ökonomische Tatsache innerhalb des kapitalistischen Systems beurteilte, und revolutionärem Kampf, der nur vom Freiheitswillen einzelner, sich solidarisierender Individuen getragen werde: Eine Revolution sei immer und überall möglich, wo die revolutionäre Energie einer derart entschlossenen

Minderheit wirksam sei und nicht durch Parteien und Parteiapparate gehemmt werde. Diese Energie müsse – so glaubte er – eine »Befreiung der Gesellschaft vom Staat« möglich machen. Mühsam erstrebte die Ablösung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung durch eine »herrschaftsfreie« kommunistische Gesellschaft, die er sich als ein Rätesystem vorstellte. Einen Führungsanspruch der Kommunisten ablehnend, hielt er jedoch – anders als viele seiner anarchistischen Gesinnungsgenossen – an der wichtigsten Lehre seiner Münchner Erfahrungen fest: daß die Niederschlagung der Konterrevolution eine Diktatur des Proletariats erfordere. Dieses Gemisch von anarchistischen und realpolitischen Ideenelementen ließ ihn den Zentralismus der Parteiorganisationen ablehnen, zugleich aber für eine Aktionseinheit mit der Kommunistischen Partei eintreten, um die sich die revolutionären Kräfte des Proletariats sammelten. Wegen dieser Haltung wurde Mühsam im Jahre 1925 aus der »Föderation kommunistischer Anarchisten Deutschlands« ausgeschlossen.

Das Sprachrohr seiner Auffassungen war die 1926 gegründete Zeitschrift »Fanal«, die durch den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Grzesinski im Juli 1931 verboten wurde. Da sich Mühsam als ein politischer Publizist und nicht als Literat im traditionellen Sinne auffaßte, stand Literatur für ihn ganz im Dienste der revolutionären Sache. Seine These lautete: Der Zweck heiligt die Kunst. Erich Weinert, der Mühsam freundschaftlich verbunden war, nannte ihn 1928 neben Gorki, Barbusse, Becher und Kisch als einen der »wichtigsten Vertreter« jener »Literatur und Kunst, die dem Befreiungskampf der Arbeiter Ausdruck verleiht«.

Mühsam engagierte sich für die Theaterexperimente Piscators und sah hier eine Möglichkeit, durch das Theater ein »künftiges Menschsein« vorzubereiten. Das entsprach – trotz der latenten Gegensätze zu kommunistischen Künstlern – seinem eigenen Bestreben, den »revolutionären Geist« zu entfachen. Zeugnis hierfür war sein Stück »Staatsräson. Ein Denkmal für Sacco und Vanzetti«, geschrieben im Sommer 1928. Er hatte sich als Publizist und Versammlungsredner an der internationalen Kampagne für die Rettung der beiden amerikanischen Arbeiter beteiligt, die dennoch dem Terror der US-amerikanischen Klassenjustiz zum Opfer fielen, und sah nun in diesem ganzen Vorgang ein Beispiel solidarischen Handelns der Arbeiterklasse gegen den Klassenstaat. Hier, in der Aktion für zwei anarchistische Proletarier, erlebte er eine spontane Empörung der Massen, auf die er seit langem seine Hoffnung setzte. Er verfaßte ein dokumentarisches Stück, von dem er in seinem Nachwort sagen konnte: Der »historische Ablauf der Ereignisse« habe ein »Drama von so ungeheurer Eindringlichkeit geschaffen, daß der dichterischen Erfindung so gut wie nichts zu tun übrigblieb«. Nicht nur Piscator schätzte das Stück gerade wegen seines dokumentari-

schen Charakters; auch der Kulturredakteur der »Roten Fahne«, Durus, anerkannte das Stück als »revolutionäre Reportage«, als »politische Tat«.

Die Tendenz, ein »anarchistisches Drama« schreiben zu wollen, offenbarte sich weit deutlicher in »Alle Wetter« (1930), einer satirisch-allegorischen Komödie, die »in einem deutschen Land in naher Zukunft« spielte. Hier wollte Mühsam eine Revue der politischen Zustände in der zerfallenden Weimarer Republik mit der Agitation für ein anarchistisches Gesellschaftskonzept verbinden. Die Handlung zeigt eine Art sozialutopischer Insel inmitten kapitalistischer, bürgerlich-parlamentarischer Staatsverhältnisse. Dort baut ein Ingenieur mit Hilfe einer Genossenschaft werktätiger Bauern und Arbeiter einen »Wetterturm«, der das Klima reguliert und Wetterplanung ermöglicht. Das Werk kommt anfangs den Genossenschaftern und Produzentenvereinigungen zugute – eine utopische Ausgangssituation, die im szenischen Spiel die Verkehrtheit der herrschenden Ordnung bloßlegen soll. Denn kaum funktioniert diese Erfindung, so wollen Regierung und Parlament ein »Wetteramt« schaffen – damit sie »an der Börse außer mit Giftgas auch mit dem Barometerstand spekulieren können«. Das Parlamentsklosett wird zum Schauplatz des grotesken Kampfes um Einfluß und Pöstchen im Wetteramt. Das Sagen haben die Abgeordneten der Industriellenpartei, der Grundbesitzerpartei und die Militärs, während reformistische Sozialdemokraten und Liberale an die Futterkrippe drängen. In einer großen Koalition, die von den Kapitalgewaltigen über die Sozialreformisten bis zur Arbeiter-Rassenpartei reicht, werden Richtlinien ausgehandelt, durch die »ohne Rücksicht auf humane und soziale Redensarten das Wetteramt der Obhut der leitenden Wirtschaftskreise unterstellt wird«. Ausgeschlossen bleibt nur die Partei der »Unversöhnlichen«, die »Umsturzpartei« – trotz des Schönheitsfehlers, daß diese die Mehrheit im Parlament besitzt. Sodann bringen Staatsrepräsentation und Profitinteressen das Wetter völlig durcheinander, sie beschwören durch Mißernten und Arbeitslosigkeit eine Gesellschaftskrise herauf: Die rebellierenden Bauern verbünden sich mit den Arbeitern, der Ingenieur stellt sich an die Spitze der spontanen Aktion und läßt – mit Hilfe des Wetterturms – ein Unwetter über die Szene brausen, das Parlament und Regierung hinwegfegt. In symbolischem Tanz feiern Bauern und Arbeiter ihre neugewonnene Freiheit. Die spontane Aktion der bäuerlichen Massen, die durch revolutionäre – hier anarchistische – Arbeiter und Intellektuelle an Zielstrebigkeit gewinnt, erstrebt ein basisdemokratisches Gesellschaftsideal, das die bürokratischen Herrschaftsmechanismen des kapitalistischen Staates und des parlamentarischen Parteiwesens überwindet. Nur die Partei der »Unversöhnlichen« – der Kommunisten – bleibt vom Kuhhandel der Koalitionsparteien unbefleckt; doch ist eine Distanz des Autors auch ihr gegenüber unverkennbar.

Mühsam hatte seine gesellschaftliche Situationsanalyse, im Herbst 1930, in sein Stück hineingeschrieben. Daß die Führung der Sozialdemokratie nur als Feigenblatt für die Machenschaften der Großindustrie, der Großagrarier und der Militaristen fungierte, war ihm eine kaum noch diskutierenswerte Tatsache – für Reformisten hatte der Revolutionär nur Hohn und Spott übrig. Allein die »Unversöhnlichen«, die Kommunisten also, galten als die Partei, die sich kapitalistischen Profitinteressen nicht unterwarf, die bald die Mehrheit der Wähler hinter sich haben, aber einen Mißerfolg erleiden werde. Denn die Politik der KPD, insbesondere die Präzisierung der Generallinie der Partei mit dem »Programm zur nationalen und sozialen Befreiung« von 1930, erschien Mühsam als eine Annäherung an die Sozialdemokratie, die er selbst erbittert bekämpfte. So ironisierte er in seinem Stück auch den Vertreter der »Unversöhnlichen«, indem er ihn mit dem sprechenden Namen »Widerborst« belegte – Ausdruck einer verstärkten Polemik, die Mühsam schon 1929 veranlaßte, aus der »Roten Hilfe« auszutreten, wenngleich er sich an ihren Aktionen weiterhin beteiligte. Am deutlichsten äußerte sich seine linksradikale Position in einer Anfrage an die Genossen der KPD: Ihr nennt, hieß es da, die Sozialdemokratie neuerdings immer »Sozialfaschisten« – und er fügte ironisch hinzu: »Wieso sozial?«

Vor allem aber war »Alle Wetter« eine Warnung vor der Gefahr eines faschistischen Putsches. Zu den staatserhaltenden Parteien im Stück zählte nämlich auch die »Arbeiter-Rassenpartei« des Cajetan Teutsch. In den Zielen ganz und gar einig mit den Herren von Industrie, Landwirtschaft und Handel, will ihr Vertreter »Barde« die Rebellion der Bauern nutzen, um Cajetan Teutsch an die Macht zu bringen: Da sollen ein Vaterland entjudet und die Zinsknechtschaft gebrochen werden – durch die Diktatur des großen Führers. Und »Blödel«, der Minister für Ruhe, Ordnung und Sicherheit, kommentiert den Standpunkt der Regierung: Sie werde prüfen, »ob der Weg der Diktatur mit der in der Verfassung festgelegten Demokratie in Einklang« stehe. – Mühsam hatte das Anwachsen der faschistischen Bewegung mit wacher Aufmerksamkeit verfolgt und begriffen, daß der schleichenden Faschisierung des Landes entschieden entgegengearbeitet werden müßte. Er wußte besser als viele linksbürgerliche Publizisten, in wessen Interesse die faschistische Bewegung wirksam war.

Ob die Nachfolge der bürgerlichen Demokratie vom Faschismus oder von einer sozialistisch-kommunistischen Gesellschaft angetreten werde, hänge nur von der Arbeiterklasse ab. Diese als richtig erscheinende Einschätzung Mühsams verneinte aber die Notwendigkeit, daß die Arbeiterklasse eine revolutionäre Partei zur Führung ihres Kampfes benötigt. Sie verkannte überdies die bestehende Situation in Deutschland, indem sie diese als subjektiv und objektiv revolutionär beurteilte – sobald die revo-

lutionären Arbeiter sich ihrer Führer entledigen und zur spontanen Aktion schreiten würden, sei der Faschismus erledigt und die Revolution nicht mehr aufzuhalten. Diese verhängnisvollen Fehleinschätzungen prägten Mühsams Idee der antifaschistischen Einheit: Diese galt für ihn nur als eine Einheit revolutionärer Arbeiter – an den Parteien vorbei und über sie hinweg.

Aus dieser selbstgewählten politischen Isolierung rief Mühsam die Arbeiter zum sofortigen Abwehrkampf; die Frage stehe, so schrieb er in der »Weltbühne«, im Dezember 1931, was denn eigentlich noch geschehen könne, wenn erst »der Tanz des Dritten Reiches losgeht«. Dann müsse mit standrechtlichen Erschießungen, Pogromen, Plünderungen, Massenverhaftungen aller »organisatorisch und rednerisch tätigen Kräfte«, aller »der Führerschaft verdächtigen Personen« gerechnet werden – und das nach »längst fertigen Listen«. Dann sei es zu spät, sich über Möglichkeiten der Abwehr zu verständigen. So richtig diese Agitation und Voraussicht auch sein mochten – es war nicht die Aktionseinheit aller antifaschistischen Organisationen und demokratischen Kräfte, für die Mühsam wirkte. Er plädierte für eine »unmittelbare Verständigung der Werktätigen an den Arbeitsstätten«, für »Aktionsausschüsse zur Vorbereitung des Generalstreiks« und hegte dabei immer die Illusion, mit anarchistischen Aktionsformen die bestehenden Organisationen, auch die Kommunistische Partei, unterlaufen zu können.

Doch wäre es falsch, diese Haltung ganz und gar als borniertes Sektierertum abzutun. Es ging Mühsam tatsächlich um einen effektiven Kampf gegen den Faschismus und eine revolutionäre Beseitigung der Klassenherrschaft des Monopolkapitals. Seine Polemik gegen den Marxismus und gegen die führende Rolle der revolutionären Partei hat ihn niemals dahin mißleitet, den Kommunisten seine Solidarität aufzukündigen – denn er wußte, daß er mit ihnen den gemeinsamen Feind zu bekämpfen hatte. Deshalb trat er in der Öffentlichkeit häufig an der Seite von Kommunisten auf. Seine Haltung wurde von Erich Weinert präzise beschrieben. Auf Versuche bürgerlicher oder sozialdemokratischer Taktiker, seine ideologischen Differenzen mit kommunistischen Freunden auszunutzen, habe Mühsam geantwortet: »Wenn ich das Maß anlege, das mich von euch Lumpen trennt, so trennt mich von meinen kommunistischen Klassenbrüdern nichts.« Solch impulsives Reagieren war für Mühsam charakteristisch, gerade diese leidenschaftliche Redeweise machte ihn zu einem beliebten Redner. In einer Broschüre des »Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller« von 1934 ist zu lesen: »Jahre hindurch sah man in Berlin in allen Versammlungen kultureller, humanitärer und linkspolitischer Organisationen den Charakterkopf des alten Anarchisten. Seine strömende Beredtsamkeit und sein wilder Humor waren in Berlin sprichwörtlich.« Weil er »mit echtem Temperament sprach und an das Gefühl der Massen appellierte«, sei Mühsam ein beson-

ders massenwirksamer Redner gewesen, erinnert sich Fritz Erpenbeck. Hedda Zinner erzählt von einer Versammlung der »Roten Hilfe« im Jahre 1931, die helfen sollte, das Leben zweier unschuldig verurteilter Afroamerikaner zu retten: Wie üblich, war die Polizei aufmarschiert, und Mühsam, Referent der Versammlung, schilderte zunächst ruhig die Tatsachen, bis ihn der Vorgang so sehr erregte, daß er in den Saal rief, was dort im Lande der »unbeschränkten Freiheit« geschehe, könne sich bald auch in Deutschland zutragen, »wo die Grenze der Freiheit ... von den Gummiknüppeln der Severing-Polizei bestimmt wird«. Besten Willens, kein Verbot zu veranlassen, konnte er nicht an sich halten – und wie zur Bestätigung seiner Worte knüppelte die Polizei die Versammlung brutal auseinander.

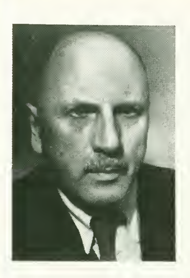
Seit dem Beginn der dreißiger Jahre legte Mühsam den Schwerpunkt seiner publizistischen und rednerischen Tätigkeit auf den Kampf gegen die Faschisierung des öffentlichen Lebens. Er sprach wiederholt über »Die braune Pest und ihre Bekämpfung«. Er schürte innerhalb der Berliner Opposition des Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller den Widerstand gegen die Kulturreaktion. Er veröffentlichte in der Presse satirische Gedichte gegen die Nazipartei. So verwundert es nicht, daß Mühsam zu den ersten gehörte, die von den Faschisten in der Nacht des Reichstagsbrandes gefangengenommen wurden.

In einer Broschüre, die 1935 im Verlag der Roten Hilfe erschien, hat seine Frau Kreszentia, die Stationen auf dem »Leidensweg Erich Mühsams« dokumentarisch genau beschrieben. Im Vorwort berichtet ein Gefährte aus den Folterstätten in Plötzensee, Brandenburg und Oranienburg: »Überall erwies sich Mühsam als der vorbildliche Kamerad, der alles Trennende zurückstellte, der diszipliniert und unerschütterlich mit allen übrigen zusammenhielt gegen den gemeinsamen Feind. Sein Heroismus konnte durch keine Martern, durch keine noch so schamlos erklügelten Grausamkeiten zerbrochen werden. Dieses stille Heldentum gab ihm die rückhaltlose allgemeine Achtung, die Liebe seiner Kameraden.« Auch aus der Haft heraus erklärte sich Mühsam solidarisch mit allen Antifaschisten, und es war sein besonderer Wunsch, die Lage des Mitgefangenen Ossietzky zu erleichtern.

In den Jahrzehnten eines kämpferischen Lebens war für Mühsam die Gefahr zur Gewohnheit geworden. Nicht zur Gewohnheit konnte ihm die brutale Folter werden. Beim ersten Besuch im Polizeigefängnis Sonnenburg fand ihn seine Frau »schrecklich zugerichtet«: Die Brille war zerbrochen, das Gebiß zerschlagen, das Gehör von den Mißhandlungen nahezu zerstört. Die schlimmste Zeit kam erst in Brandenburg und Oranienburg. Viele Berichte lassen darauf schließen, daß Mühsam besonders systematisch und brutal gequält wurde, um ihn »zu erniedrigen, zu demütigen und endlich auch physisch zu vernichten«. Für diesen Zweck wurden die faschistischen

Wachmannschaften durch die Lüge aufgeputscht, Mühsam sei für die Erschießung einiger Geiseln während der Münchner Räterepublik verantwortlich. Mühsam verwahrte sich dagegen in einer Eingabe an den Lagerkommandanten, betonte aber zugleich, er bekenne sich zu seinem »Anteil an den revolutionären Vorgängen« und zu allem, wozu er sich nach seiner Überzeugung verpflichtet gefühlt habe. Bis zuletzt hat Erich Mühsam gekämpft. Die Zeugnisse aus seinen letzten Lebenstagen beweisen, daß die Nachricht von Mühsams Selbstmord, den der »Völkische Beobachter« am 12. Juli 1934 zynisch als »späte Selbsthinrichtung« ausgab, eine Lüge der Nazis war. SS-Wachmannschaften hatten Mühsam in der Nacht vom 9. zum 10. Juli ermordet.

Noch während seiner Leidenszeit galt Mühsam als eine Symbolfigur des antifaschistischen Widerstands. Seine Mahnung, sich zu einer gemeinsamen Front gegen den Hitlerfaschismus zusammenzuschließen, hat zu Erkenntnissen beigetragen, die über die Idee einer spontanen antifaschistischen Sammlung hinausgingen und halfen, das Bündnis zwischen den Intellektuellen und der revolutionären Arbeiterbewegung im Kampf gegen den Hitlerfaschismus herbeizuführen. Nicht zuletzt hat Mühsams tapfere Frau mit Berichten, Reden und ihrer Schrift »Der Leidensweg Erich Mühsams« dazu beigetragen, daß das Vermächtnis des Ermordeten in die bald beginnende Volksfront gegen Faschismus und Krieg eingebracht wurde.



Ernst Niekisch

Vom Widerstand gegen Versailles zum Widerstand gegen Hitler

10. März 1933, ein Uhr morgens: »Aufmachen, aufmachen! Polizei« – derbe Schläge dröhnten gegen die Tür des Hauses Nr. 16 am Berliner Hallischen Ufer, wo sich der Verlag der Zeitschrift »Widerstand« befand. Der Wohnungsinhaber Ernst Niekisch und seine Frau waren gerade dabei, alle Korrespondenz zu vernichten, die die Mitarbeiter des Blattes, aber auch andere Freunde und Bekannte in den Augen der neuen Machthaber kompromittieren konnte. Es war innerhalb von drei Tagen bereits das dritte Mal, daß die Schergen an die Pforte schlugen. Die Ergebnisse der Reichstagswahlen vom 7. März, so meinten die Faschisten, böten ihnen nun endlich die Möglichkeit, die Maske rechtsstaatlicher Formalitäten vollends fallenzulassen.

Vorsichtig lugte Niekisch durch den Spion: Sieben SA-Schläger standen dort. Er schreckte zurück. Noch lagen im Schrank die Originale von Zeichnungen seines treuen Gefährten Paul Weber, vorgesehen für die Monatsschrift »Widerstand« und das Wochenblatt »Entscheidung«. Und tags zuvor waren zwei Bücherkisten aus Wien zurückgekommen; in der einen lag Rankes zwölfbändige »Deutsche Geschichte«, in der anderen jedoch Niekischs Buch »Hitler – ein deutsches Verhängnis«, die im Vorjahr erschienene, deftig-karikierende Kritik des neuen Messias!

Leicht denkbar, daß Niekisch in diesem gefahrdrohenden Augenblick seine Lage und die verdächtigen Symptome seiner Tätigkeit überflog. Hier nun die wichtigsten Stationen seines bisherigen Lebens: Sohn eines kleinen Feilenhauermeisters, Volksschullehrer, Eintritt in die SPD, 1918/19 Teilnahme an den revolutionären Ereignissen in München, zeitweilig Vorsitzender des Zentralen Münchner Arbeiter- und Soldatenrats. Enttäuscht von den rechten Führern der Sozialdemokratie und vom Weimarer Parlamentarismus, war er zum zornigen Opponenten des Versailler Diktatfriedens geworden. Er hatte eine eigene Bewegung geschaffen, die sich vorwiegend aus kleinbürgerlichen Intellektuellen rekrutierte und um eine seit 1926 erscheinende Monatsschrift sammelte: »Widerstand« – ein Organ, das in den Westmächten, den Garanten des Versailler Vertragssystems von 1919, die Unterdrücker anderer Nationen und die Säulen des Weltkapitalismus bekämpfte. Der Habitus des deutschen Nationalisten ließ Niekisch als einen geistigen Führer im rechten Lager erscheinen, der nichts anderes als ein wiedererstarktes Deutschland anstrebte, das in der Weltpolitik eine ihm zustehende Rolle spielen sollte. Darin nämlich stimmte er mit vielen rechten »Führern« und »Führerchen« überein. Doch es gab etwas, wodurch er sich wesentlich von jenen unterschied: die unbeirrbare Überzeugung, daß ein solches Deutschland nur errichtet werden könnte, wenn es mit der Sowjetunion freundschaftlich verbunden sei.

Niekischs eigenartige Position wurde von einer ebenso eigenartigen historischen Traditionsbewußtheit durchdrungen – dem Preußentum. So negierte er den Weimarer Staat als einen schwachen Abklatsch der bürgerlichen Demokratien des Westens, deren Staatsform für Deutsche nicht geeignet sei. Die »römisch-katholisch-westlerischen« Verhältnisse, die er zugleich als Kapitalismus auffaßte, sollten durch eine autoritäre Staatsordnung von der Art Preußens ersetzt werden. Das entspreche dem Volkscharakter der Deutschen. Durch dieselbe historische Brille blickte Niekisch auf die Sowjetunion, deren »bolschewistischen Staat« er bejahte, weil gerade dieser die Verkörperung des Preußentums sei: Die revolutionäre Disziplin der russischen Arbeiter, ihre Opferbereitschaft, verwechselte Niekisch mit den sogenannten preußischen Tugenden. Die Diktatur des Proletariats erschien ihm als ein

Pseudonym für preußische Herrschaftsverhältnisse – wodurch nur sinnfällig wird, wie sehr er den fundamentalen Gegensatz zwischen der sozialistischen Sowjetmacht und dem feudal-bürgerlichen Preußen verkannte. Um dieses Unvereinbare zu vereinbaren, hantierte Niekisch mit einem Konglomerat von politischen Ideen, die von Macchiavelli über Nietzsche und Spengler bis zu Marx reichten. Das war, so meinten einige bürgerliche Ideologen, gar mancher Überlegung wert – doch Niekischs unbedingte Ostorientierung blieb ihnen mehr als hinderlich. In Regierungskreisen, sogar in der Generalität gab es gleichwohl Leute, die hin und wieder einen Gedanken in dieser Richtung hegten oder pflegten.

In den ersten Jahren der Zeitschrift »Widerstand« mochte es scheinen, als ob ihre Polemik gegen die Demokratien des kapitalistischen Westens und ihre Bevorzugung des autoritären Staatswesens einen Gleichklang mit den Zielen des Nationalsozialismus bedeuteten. Doch seit 1929/30 empfand Niekisch die zwingende Notwendigkeit, sich entscheiden zu müssen. Hitlerfaschismus – oder Kommunismus! Er begann, die Mitarbeiter und Anhänger seiner Zeitschrift in festere organisatorische Bahnen zu lenken, und formulierte zu diesem Zweck ein Programm: »Der politische Raum deutschen Widerstandes«. Die »bürgerliche Gesellschaft«, so hieß es dort, sei »zu einer Einrichtung und einer Sicherheitsmaßnahme der Versailler Welt« geworden, der der Bauer, der geistige Mensch, der Adel, der Soldat, der Angestellte und viele Arbeiter fremd gegenüberstünden. Der Nationalsozialismus habe die »dunklen Gefühle« dieser Schichten zum Ausdruck gebracht, solange er vorgab, mit der bürgerlichen Welt brechen zu wollen. Doch sei die NSDAP bald in eine »Rettungsveranstaltung für die bürgerliche Gesellschaft« umgeschlagen. Hitler müsse nunmehr als die Verkörperung eben dieser Gesellschaftsordnung begriffen werden – in seiner Person drücke sich die Existenzangst des Kapitalismus aus. Bei fortdauerndem Protest gegen das System des Versailler Vertrages schrieb Niekisch im Jahre 1932: »Die Versailler Ordnung ist das Gesetz, das die romanische Welt Mitteleuropa auferlegt hat. Wer selbst in der Regel des romanischen Wesens steht, kann nicht gegen Versailles rebellieren . . . Der faschistische Nationalsozialismus ist keine Auflehnung gegen Versailles, sondern der Schatten, den die romanische Übermacht über den deutschen Protest wirft.« So gebärde sich denn der Führer des Nationalsozialismus als »ein Papst auf der nationalpolitischen Ebene«, der die Vollmacht verlange, entscheiden zu können, »wer des Dritten Reiches würdig, wer seiner unwürdig« sei. Das war eine mystifizierte, aber treffende Kritik, die den kapitalistischen Charakter des Hitlerfaschismus bezeichnete.

Jetzt, in der Frühjahrsnacht '33, war allein dies schon ein Grund, der Niekisch gegenüber den Schergen des installierten Regimes besorgt stimmen

mußte. Doch ein verschärfendes Motiv kam hinzu: Die um den »Widerstand« organisierte Strömung hatte seit 1930 zunehmend Kontakte mit der KPD gepflegt und wiederholt ihre Bereitschaft zum gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus geäußert. Nach dem Wortlaut in Niekischs Programmschrift sollten die Kräfte des »Widerstands« und die Kommunisten in dem Bewußtsein zusammenwirken, *»daß der, dem es mit dem Kampf gegen Versailles ernst ist, mit der abendländischen Kultur, der bürgerlichen Gesellschaft, der kapitalistischen Wirtschaftsordnung gebrochen haben muß«.* Trotz vieler Vorbehalte gegenüber der KPD und dem Marxismus postulierte Niekisch: »An sich ist die deutsche Widerstandshaltung weder kommunistisch noch antikommunistisch, aber *sie ist des Kommunismus fähig,* wenn es keinen anderen Ausweg mehr gibt.«

Diesen Mann betrachteten die Nazis nicht mehr nur als einen national gesinnten Konkurrenten, sondern vor allem als einen Gegner – Wortführer einer kleinen, jedoch aktiven Bewegung, die sich auch nach dem 30. Januar um eine Zeitschrift scharte, deren Auflage immerhin noch die Höhe von etwa 2 000 bis 3 000 Exemplaren erreichte. Und diese Monatsschrift übte jetzt sogar Kritik am neuen Regime! Im zweiten Heft des Jahrganges '33 fand der Leser einen Aufsatz, in dem sich H. Armstrong mit den Mythen des italienischen Faschismus auseinandersetzte, und Niekisch selbst hatte dort in präziser Schärfe formuliert: »Es gab wohl in Deutschland noch kein reaktionäreres Kabinett, als es das gegenwärtige ist; es ist schwerindustriell und großagrarisch angereichert . . . War das Ereignis des 30. Januar eine nationale Revolution oder war es keine? . . . Hitler ist Kanzler: das ist zweifellos ein *persönlicher* Erfolg. Er ist indes Kanzler eines reaktionären Bourgeoiskabinetts: das ist kein *sachlicher* Erfolg des Nationalismus.«

Kein Wunder, daß die Nazis einem solchen Kritiker den Mund stopfen wollten und nunmehr – nachts um 1.00 Uhr – zum dritten Male kamen. Niekisch öffnete die Tür. Brüllend fielen die Schläger über Schränke und Tische her. Als sie die Bücherkiste entdeckten und der erste Deckel fiel, atmete Niekisch auf: Ranke – keine Gefahr! »Verflucht, nur wissenschaftliches Zeug!« hörte er ihre Enttäuschung. Doch er mußte sich anziehen und mitkommen. Draußen wurde er in ein Auto gestoßen, dann in die Friedrichstraße 234 gefahren, wo sich in einem der Höfe eine SA-Kaserne befand.

Der Spuk dauerte indes nur zwei Stunden. Weil man nichts Belastendes gefunden hatte, befand sich Niekisch schon gegen 3.00 Uhr auf dem Heimweg. Die Faschisten irrten sich, wenn sie meinten, ihr »Warnschuß« habe Niekisch eingeschüchtert. Er setzte seine Tätigkeit fort.

Zwar wurde sein Wochenblatt »Entscheidung«, das seit Oktober 1932 erschienen war, jetzt im März verboten. Doch der »Widerstand« blieb erhalten. Allein schon das Titelblatt, von Weber gestaltet, symbolhaft die Grund-

idee der Gedankenwelt Niekischs darstellend, blieb den Nazis ein Dorn im Auge. In der Bayreuther »Bücherkunde der Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums«, Folge 12/1934, findet sich der Text: Einen »Adler führt der ›Widerstand‹ als Sinnbild, der auf den ersten Blick sehr preußisch aussieht. Jedenfalls hält er im rechten Fang ein Schwert, das dem des jetzigen preußischen Symbols gleicht. In dem linken Fang aber hält er eine Sichel, und auf der Brust trägt er einen Hammer. Und diese letzten beiden Stücke ergeben zusammengestellt das Symbol der Union der Sowjet-Republiken Rußlands. Ist das nur Zufall!«

Die Frage hatte denunziatorischen Charakter. Bis zum Jahresende 1934 nämlich vermochte der »Widerstand« legal zu erscheinen, und er wirkte angesichts des Verbots der KPD, der SPD, der Gewerkschaften, mitsamt allen ihren Zeitschriften, als eine Art Sprachrohr und Ansammlungspunkt für Intellektuelle, die der brutalen Macht des Naziregimes mit Unbehagen, wenn nicht gar mit bewußter Ablehnung und aktivem Widerstand begegneten. Die ideologischen Färbungen der Autorenschaft boten ein Spektrum vom bürgerlichen Humanismus bis zum profaschistischen Nationalismus Ernst Jüngers, dem der Straßenmob der Nazis zuwider war – diese Zeitschrift konnte daher einer ebenso mannigfaltigen Leserschaft (Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen, Konservativen, sogar oppositionell gesinnten Faschisten) einen geistigen und moralischen Rückhalt geben. – Aus dem »Widerstand« gegen das Versailler Staatensystem war ein »Widerstand« gegen Hitler erwachsen.

Im letzten Heft erschien Niekischs Beitrag »Karl der Große«, der hier als ein treffendes Beispiel genannt sein soll, wie sich die aktuellen Waffen hinter historischen Allegorien und Analogien versteckten. Weil sich die Nazis auf den heidnischen Sachsenherzog beriefen, der gegen die abendländische Christianisierung rebelliert habe, benutzte der Verfasser die Gegensatzfiguren: Karl der Große = westliche bürgerliche Demokratie und Widukind = Hitlerfaschismus. »Es ist eine trügerische Hoffnung, unter den Fahnen Widukinds dem Schicksal entgehen zu können, von dem das Erbe Karls betroffen wird. Man muß für Karls Abendland kämpfen, auch wenn man sich vorgesetzt hat, sich bei Widukind heimisch zu machen.« Was Niekisch damit meinte, schrieb er nur wenige Seiten später mit dem Blick auf die Gegenwart: »Die militärische Erstarkung Deutschlands hat . . . ihre innen- und außenpolitische Seite. Die soziale Ordnung Deutschlands wurde gefestigt, der bestehende Zustand wurde gesichert, die Elemente eines sozialen Umsturzes verloren ihre Chancen. Gegen die neue Heeresmacht gibt es, solange sie da ist, keinen ›bewaffneten Aufstand‹. Sie baut Deutschland zu einem konservativen Bollwerk der bürgerlich-abendländischen Zivilisation aus.« Wer Augen zum Lesen und einen Kopf zum selbständigen Zuende-

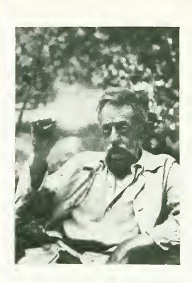
denken hatte, mußte aus solchem Text folgern können, daß diese Aufrüstung einen Krieg kalkulierte – und daß dieser Krieg auf jeden Fall gegen die sozialistische Sowjetunion geführt werde.

Das aber war den Nazi-Führern zuviel. Gegen Niekisch, der seit Hitlers Regierungsantritt überwacht, gegen seine Zeitschrift, die vom Goebbels-Ministerium ständig ausgewertet worden war, erging am 20. Dezember 1934 ein Verbot. Es erschien ohnehin wie ein Wunder, daß sich das Blatt so lange noch halten konnte. Die Gründe hierfür können nur vermutet werden. Möglicherweise wollte Goebbels für einige Zeit, insbesondere gegenüber dem Ausland, den Schein einer Loyalität wahren. Möglicherweise hielt auch der eine oder andere »ostorientierte« General, zu dem Niekisch Verbindungen besaß, seine schützende Hand über das Blatt. Der Wahrheit am nächsten kommt wohl der Gedanke, daß die Naziführung langfristig observieren ließ, um zuletzt alle Kräfte zu belangen, die der Strömung des »Widerstands« angehörten, nahestanden oder mit ihr sympathisierten. Sobald man die führenden Köpfe verhaftete, wurden aufgrund des längst gesammelten Materials mehr als 200 Personen in die nähere Untersuchung einbezogen. Eine Liste der Hochschulvertrauensleute des »Widerstands« bezeugte, daß dieses antifaschistische Organ bis in 24 Universitäts- und Hochschulstädte gewirkt hatte.

Noch blieben Niekisch zwei Jahre, in denen er, von der Gestapo beschattet, auf freiem Fuße lebte. Er nutzte sie für nichts Geringeres und Gewagteres als eine neue, entlarvende Kampfschrift, deren Manuskriptteile heimlich unter den Freunden kursierten: »Das Reich der niederen Dämonen«. Ein stählerner Mut muß diesen Mann beseelt haben. »Nie in meinem Leben«, bemerkt er in seinen Memoiren, »hatte ich mit mehr innerer Anteilnahme, ja Begeisterung, an einer Sache gearbeitet als an diesem Buche.«

Schließlich, am 22. März 1937, schlug die Gestapo zu. Niekisch wurde verhaftet, weitere zwei Jahre später wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu lebenslänglichem Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Aus dem Zuchthaus Brandenburg-Görden, wo er trotz schwerer Krankheit und Verlust des Augenlichts standhaft blieb, befreiten ihn sowjetische Truppen im Frühjahr 1945.

Konservative Ideologen in der BRD bezeichnen Niekisch heute als den »guten Preußen« und eigentlichen intellektuellen Gegenspieler Hitlers – vor allem wird er als ein noch ungenügend erkannter »Prophet« gedeutet, dessen nationalistische Ideen die tragenden Pfeiler der Revolutionen in der Dritten Welt seien. Doch ein solcher Prophet war Ernst Niekisch nicht. Der Antifaschist und prinzipielle Freund der Sowjetunion erstrebte ein Deutschland, das als souveräner, geachteter Staat für den sozialen und humänitären Fortschritt unter den Völkern wirken sollte – nicht mehr und nicht weniger.



Ernst Barlach

Emigrant im Vaterland

Wohlgefällig, beinahe schon triumphierend, liest der Mann hinter dem Schreibtisch das Schriftstück, das ihm zur Unterzeichnung vorgelegt wurde und dessen Empfänger das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in Berlin ist. Darin wird mitgeteilt, daß die Kirchlichen Körperschaften der Domgemeinde zu Magdeburg in einer Sitzung am 15. März 1933 mit überwältigender Mehrheit einen Beschluß gefaßt haben: Sie bitten die neue Preußische Regierung, das der Domgemeinde vor vier Jahren von der damaligen Regierung geschenkte Ehrenmal für die Gefallenen des Weltkrieges, geschaffen von Ernst Barlach, einem Museum zu überweisen. Die Kirchlichen Körperschaften beteuern zwar, sich eines Urteils über künstlerische Qualitäten enthalten zu wollen – jedoch den Charakter eines

Ehrenmals für die Gefallenen müßten sie dem Standbilde absprechen. Besonders die rechts stehende Figur, die den Kriegsfreiwilligen symbolisieren solle, errege bei allen vaterländisch denkenden Menschen Anstoß, sie erscheine wie eine Verhöhnung der Kriegsfreiwilligen.

Am Ende des Schreibens steht die vorgefertigte Formulierung: »Im Auftrage (gez. . . .)«. Der Mann in der Amtsstube des Domgemeinderats greift zum Federhalter und schreibt: »Martin, Domprediger«. Er gibt diesem Brief seine sichere Erwartung mit auf die Reise, wohl wissend, daß ein abschlägiger Bescheid aus Berlin jetzt kaum mehr zu befürchten ist. Die Ereignisse der letzten Wochen lassen ihn auf den endlichen Erfolg seiner Bemühungen hoffen. Lange genug jedenfalls hat er diesen Schlag gegen das Werk und seinen Schöpfer vorbereitet.

Begonnen hatte es bereits 1929, vor vier Jahren – kaum daß die Barlachsche Holzskulptur an ihrem vorbestimmten Platz im Magdeburger Dom aufgestellt worden war. Der Domprediger hatte versucht, Gleichgesinnte zu finden, um mit ihrer Schützenhilfe die Wiederentfernung des Mahnmals zu fordern, und sie hatten nicht auf sich warten lassen: die Mitglieder der vaterländischen Traditionsverbände, der nationalistischen Zirkel und Parteien, der ehemaligen Magdeburger Truppenteile. Sie beriefen sich auf ein nationales Volksempfinden und beschuldigten Barlachs Gedächtnismal, gerade das Gegenteil von dem zu bewirken, was es solle: Es erhebe nicht, künde nicht vom soldatischen Kampfeswillen und Heldenmut – statt dessen wirke es niederdrückend, abstoßend, es errege Ärgernis und Abscheu.

Und wirklich unterschied sich das Mahnmal von allen Kriegsdenkmälern, die zu dieser Zeit in Deutschland aufgestellt waren: diese sechs Gestalten aus Eichenholz von übernatürlicher Größe, die sich um ein Kreuz versammeln. Barlach hatte an eine Kampfszene auf einem Gräberfeld gedacht, wo die Toten und die Halbversunkenen zwischen die noch Lebenden und Aufrechten geschleudert sind: Drei Krieger umringen das ragende Grabkreuz der vor ihnen Hingesunkenen in der Haltung solcher, die sich behaupten werden. In der Mitte, hochaufgereckt, obwohl am Kopf verwundet, unerschrocken dem Tod ins Auge blickend, der junge Soldat, an seiner rechten Seite der ältere Landsturmmann, schon tiefer im Bereich des Todes fußend, und links von ihm der noch knabenhafte Neuling, in dieser Welt der Ungeheuerlichkeit, trotz seiner Zagheit und Unerfahrenheit, der Erprobung gewachsen. Der Sturm des Kampfes hat die Gestalt des schon skelettierten Soldaten, den Stahlhelm auf dem im Fleisch verfallenen Kopfe, halben Leibes emporgeworfen, und ihn flankieren zwei durch alle Stadien des Schrekkens gezwungene, kaum noch dem Leben angehörige Genossen der noch Aufrechten . . .

Die Freunde und die Verehrer Barlachs gestanden den tiefen Eindruck,

den dieses Mahnmal in ihnen hinterließ: Man habe die suggestive Empfindung, daß die Figuren soeben aus dem Sockel, aus der Erde emportauchten. »Es ist eine Auferstehung, ein schauriger Spuk, ein Gerichtstag. Dieses mächtige Mal, das in einer gotischen Seitennische des Magdeburger Doms steht, ist die bislang schlagendste bildnerische Formel für eine neue welthistorische Situation: die Überwindung des Krieges.«

Dieser Eindruck aber verstärkte nur den Widerstand der vaterländischen Verbände und auch kirchlicher Kreise, die sich um den Magdeburger Domprediger sammelten. Martin wollte den Protest gegen Barlachs Denkmal aus kunstwissenschaftlicher Sicht autorisieren lassen. Er versicherte sich des Beistands des Museumsdirektors Dr. Greischel, der in einer Versammlung aus Barlachs kurz zuvor erschienener Selbstbiographie Stellen verlesen ließ, die so gewählt waren, daß sie in dem Zuhörer Zweifel an des Künstlers Bildnerkraft erwecken mußten. Da konnte man nun erfahren, daß sich Barlach schon in früher Jugend mit »Gespenstern« herumschlug, daß ihn das Gegenstandslose mehr als die begrenzte Form anzog, daß er den Beruf des Plastikers nahezu gegen seinen Willen ergriff, daß Paris und Rodin ihm nichts zu sagen hatten und das Gefühl der eigenen Überflüssigkeit ihn quälte – bis ihm noch vor dem Kriege auf einer Reise nach Rußland, in der engen Berührung mit dem slawischen Volksgeist, die Augen aufgingen, und er das wurde, was er gegenwärtig sei. Sodann vermittelten Lichtbilder den Anwesenden einen Einblick in das Gesamtwerk des Künstlers. Der Redner verwies auf das Lichtlose und Unerlöste Barlachscher Figuren, kritisierte das Ungegliederte des plastischen Blocks und das Schematische des Aufbaus, vor allem der Gruppen. Alle diese russischen Bäuerinnen und Muschiks, betonte er, seien nicht wahrhaft plastisch durchgebildet, und im Grunde handele es sich bei ihnen allen um eine mehr kunstgewerbliche Gestaltung. Der schlimmste Punkt aber sei die Frage des Menschtums: Man habe Gestalten vor sich, die sich in ihrer Rassenfremdheit von alldem entfernten, was Deutsche von einem Kunstwerk, insonderheit einem Ehrendenkmal, für ihre Toten mit Recht zu fordern hätten . . .

Diese Töne waren nicht neu. Barlachs Kunst, die in mehr als einer Beziehung ungewöhnlich war, hatte schon immer Verfechter und Gegner auf den Plan gerufen, sie hatte ihm seit mehr als zwei Jahrzehnten neben höchsten Ehrungen auch Ablehnung eingebracht. Es war ihm nicht fremd, daß seine Arbeiten den Blickgewohnheiten mancher Leute widersprachen. Der heftigste Streit aber war um seine Denkmale für die Opfer des Weltkriegs entbrannt. Zuerst um den schwebenden Engel aus Bronze, der seit 1927 unter dem niedrigen Gewölbe des Seitenschiffs im Dom zu Güstrow hing; dann um den Geistkämpfer vor der Universitätskirche in Kiel, der – den Sieg des Geistigen über das Irdische darstellend – in den Händen das

Schwert der Gerechtigkeit emporhält, während sich unter seinen Füßen die wölfische Bestie des Krieges krümmt; und nun um die eichenen Männer von Magdeburg, zumal um den jüngsten der drei Krieger, der sich in die zu große Montur verkriecht und ratlos in das über menschliches Maß hinausgehende Geschehen blickt. »Auf den bin ich besonders stolz«, sagte Barlach einmal, »den hat noch keiner gemacht.« Und Käthe Kollwitz schrieb an ihn: »Sie haben es fassen können, das Furchtbare dieses Geschehens, über Not und Verzweiflung und Tod haben Sie gestanden . . . Da wurde es, und Sie haben das gestalten müssen – für uns.«

Der Vorwurf der Rassenfremdheit wurde gegen Barlachs Werk nicht zum ersten Male erhoben. Weil er seine Gestalten nicht als »nordisch-germanischen« Typus stilisierte, galten sie als Abbild »minderrassischer Untermenschen«. Gerade auch gegen Barlach wurde die faschistische Denunziation des »Kulturbolschewismus« vorgetragen: »Wir sehen Bolschewismus in der Art des Kultes mit dem Untermenschentum der Kollwitz, Zille, Barlach. Das ist eine verwirrende Verfälschung des Typs des deutschen Arbeiters, das ist lediglich ein winziger niederrassischer Bruchteil von der Peripherie unseres Volkstums, der in Groß-Berlin angesiedelt ist und im ostbaltisch-mongoloiden Osten seine rassischen Wurzeln und seine Heimat hat.« Da war von einer Larvenwelt der Roheit, Häßlichkeit und Verderbtheit, von einem leiblich und seelisch entarteten Menschen mongoloiden Blutes die Rede, der von dem nordischen Menschen durch Abgründe getrennt sei. »Barlachs Art ist nicht unsere Art, sein Blut nicht unser Blut.« Man betrachte, so hieß es weiter, nur den Engel im Güstrower Dom: Dieses Käthe-Kollwitz-Gesicht spiegele nichts von Heroismus, von einem Überwindertum, der deutscher Art gemäß sei – aus ihm spreche nur stumpfeste Ergebenheit und Demut. So sei es überall bei Barlach, man könne von seinen Plastiken nehmen, welche man wolle: Russischer Bauer, Russischer Bettler, das Wiedersehen, der Wartende, Gefesselte Hexe, Der verlorene Sohn . . . immer nur das Unheroische, das Erdgefesselte, Herabsinkende, Deprimierende, das Leben Verneinende. Diese Kunstkritiker urteilten nach dem Un-Geist faschistischer Rassendoktrin; sie prüften ein Kunstwerk zuerst und vor allem auf »Volksartverbundenheit« – denn etwas anderes als »artgebundene Kunst« könne nur seelenlose Artistik sein.

Barlach blieb nicht unempfindlich gegenüber solchen Angriffen. In eines jener unscheinbaren Schulhefte, denen er – meist zur Nachtzeit – seine Gedanken und Beobachtungen, Einfälle und Entwürfe anvertraute, schrieb er die Sätze: »Mir wird das Wort ›artfremd‹ zugeworfen – ich ergreife es und prüfe es am Lichte. Und siehe, es ist ein häßliches Wort, möge man es getrost einen Mißklang heißen! Wer möchte artfremde Kunst zwischen seinen vier Wänden gewahren, sie in den Kirchen, auf Plätzen, in repräsentativen

Räumen dulden . . . Ohne Umschweife aber bekenne ich, nicht zu wissen, was artgemäß oder artfremd ist. Von welchem Jahrhundert, welcher Vergangenheit soll man sich belehren lassen, etwa vom letztvergangenen? Da galten herzlich wenig diejenigen, die wir, einmütig, wie es scheint, zur Zeit als ganz besonders prägnant deutsch berufen. Dem arglos-artgemäßen Geist jener Zeit beliebte das Gedeihen der großen Dekorateure, und er belegte niemanden mit dem Schimpf als »Welscher«, der in Italien ausstudiert, seine Falten bei Michelangelo, seine Hände bei Donatello, seine Raumorganisation bei Piero della Francesca und Raffael ausgeborgt hatte . . .«

Schmerzlich empfand er die immer unverhüllteren Versuche, ihn als nicht vollberechtigt, nicht hergehörig zu bemäkeln – in einem menschlichen Lebensraum, in dem er doch seit je zu Hause war. Hier, in der norddeutschen Landschaft zwischen seinem Geburtsort bei Hamburg und seiner Wahlheimat Güstrow, hatte er fünfzig Jahre seines Lebens zugebracht, und mit zunehmendem Alter fühlte er mehr und mehr die unauflösliche Verbundenheit mit der Heimat: »Ich weiß, daß ich nur dahin gehöre, wo ich bisher gearbeitet und gelebt habe, und da man mir Fremdsein nachredet, so behaupte ich, eine bessere, stärkere und weitaus tiefer eingewachsene Zugehörigkeit, eine mehr aus Geschichte und Erleben geformte Angehörig-, ja Hörigkeit zu meinem Geburtslande zu besitzen als alle meine solches absprechenden Mißgönner meiner Ungeschorenheit, Abseitigkeit und Arbeitsruhe . . .«

Der abgefeimteste Anwurf gegen Barlach war, daß man von ihm als von einem Juden sprach, wogegen er sich nicht wehren konnte, »denn natürlich ist es keine Beleidigung, sondern eine Spekulation auf gewisse Instinkte . . .«. Man wollte ihm Arbeit und Aufträge abtreiben und wählte diese Taktik, die ebenso primitiv wie wirksam war: ein bißchen Geraune, ein bißchen Getuschel, und plötzlich stockten eingeleitete Verhandlungen. Auch wußten vaterländische Verbände, insonderheit der »Stahlhelm«, zu berichten, Barlach gehöre zu den Mitunterzeichnern des kommunistischen Volksbegehrens gegen den Panzerkreuzerbau. Jude also und Kommunist – es nützte ihm wenig, daß er die Unhaltbarkeit beider Behauptungen nachweisen konnte, sie genügten, um seine Entwürfe für ein Ehrenmal in Malchin zu Fall zu bringen. Seinem Ersuchen um Aufhellung und Klärung der Tatsachen entzog man sich durch Ausflüchte und Verschleierungen.

Barlach ergab sich nicht kampflos. Im Januar '33, wenige Tage vor Hitlers Machtantritt, spricht er in einem Rundfunkvortrag des Deutschlandsenders mutig gegen die vorrückende Kulturreaktion: »Erniedrigend ist beides, das Schweigen sowie die Erzwingung des Schweigens. Wenn ein Künstler etwa nicht gestalten darf, weil die Verwirklichung seines glühendsten Wunsches von dem weltanschaulichen Katechismus der Entscheidungsinstanzen im weit

und breiten Feld nicht zugelassen wird, muß das nebenbei erniedrigend heißen . . . Aber die in sonstigen Dingen äußerst versierte Zeit ergibt sich einer hahnebüchenen Ausschweifung im Erdrosseln des Atems, dessen Laute ihrer eigenen Formulierung nicht gleichen. Die Legende von der Gedankenfreiheit, die einmal immerhin kniefällig erbeten werden durfte, ist eine umstürzlerische, ja landesverräterische Ehemaligkeit geworden, von der man besser nicht spricht. Von den mancherlei Registern unserer Orgel sind die meisten plombiert oder verstopft.« Und seine Freunde sind tief bewegt, als sie seine Stimme gegen den Rassendünkel sagen hören: »Es gibt für mich nur zwei Rassen, die Geistigen und die Ungeistigen.«

Barlach fühlt sich durch das, was in den folgenden Wochen und Monaten in Deutschland geschieht, nur noch weiter nach links gedrängt, ja gestoßen. Er erwägt, in demokratischen Blättern das Wort zu ergreifen – sie werden verboten. Wohl wird er noch im Februar in die Zivilklasse des Ordens Pour le mérite gewählt. Doch ist dies keineswegs angetan, den Streit um ihn zu schlichten, im Gegenteil, es war der – jüdische – Maler Max Liebermann, der ihn als Vizekanzler und Vorsitzender der Abteilung Kunst des Ordenskapitels vorgeschlagen hat, und die Giftspritzer sind sogleich zur Stelle: Man müsse doch »festhalten, daß unter marxistischer Herrschaft auch Albert Einstein, der bekannte Boykotthetzer, und die Kommunistin Käthe Kollwitz den Orden erhalten haben . . .« Allmählich beginnt Barlachs Gegenwehr zu zerbrechen. »Ich fange an, bösartig zu werden, ich merke es unmißverständlich im Traum, es mehren sich die Morgende, wo ich in voller Wut aufwache, aus irgendeinem Konflikt von geträumter Mistfinkerei.«

Man setzt ihm mit anonymen Zuschriften zu. Das geschieht teils auf offenen Drohkarten, teils durch Anhängen von schimpflichen, ihn und die ihm Nächsten diffamierenden Zetteln an seiner Pforte, von der er sein Namensschild entfernen läßt. Anfeindungen und Verdächtigungen richten ihn derart zu, daß er schließlich nichts Besseres weiß, als sich nach Möglichkeit völlig zu isolieren. Erspäht er Leute, die verdächtig vor seinem Hause auf und ab wandeln, so taucht er in seinem Versteck unter. Die wenigen Freunde, die er noch empfängt, erkennen bestürzt die körperlichen Veränderungen, die diese seelischen Belastungen bei ihm hervorrufen.

Barlach kommentiert seine Lage: »Im Vaterlande zu einer Art von Emigrantendasein genötigt, zur Absperrung meines persönlichen Daseins von allen bisherigen Lebensvoraussetzungen verurteilt, erfahre ich somit eine Ausgestoßenheit, die der Preisgabe an Vernichtung gleichkommt . . . In dieser Hinsicht ist mein Zustand noch übler als der eines echten Emigranten, und wenn es nicht ausdrücklich formuliert ist, so ergibt sich doch die Verhängung der langsamen Erdrosselung, deren Absicht klar zu Tage tritt. Diese mir zugedachte langsame Erdrosselung umgeht nur jene andere der

echten Garottierung, aber das Verschleierte ist wegen Vermeidung des graden Weges nicht weniger verhängnisvoll, es ist nur ein ungerader. Bemäntelungen werden nur gewählt zur Bequemlichkeit des Vollziehers, nicht zur Erleichterung des Verurteilten . . .«

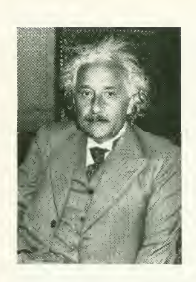
Anfang März 1934 richtet Barlach an seinen politisch gefährlichsten, weil örtlichen und unmittelbaren Gegner, den NS-Gauleiter und Reichsstatthalter für Mecklenburg und Lübeck, einen Beschwerdebrief. Mit gemessenen Worten verwahrt er sich gegen die zahlreichen Maßregelungen, die ihn und sein Werk verfolgen: »Ich bitte Sie, sich zu vergegenwärtigen, welcher Ratlosigkeit ich in bezug auf die Rechte, die ich als Bürger dieses Landes habe, anheimfallen muß. Hinsichtlich dieser Rechte drängt es mich, von Ihnen ein offenes Wort, eine Bestätigung und unmißverständliche Stellungnahme zu erfahren. Ich glaube, hierauf einen Anspruch zu haben, da ich für meine Person so fest im Lande verwurzelt bin, daß der Gedanke, fortzugehen, mein Heil als Emigrant zu suchen, mir himmelfern steht.«

Der Statthalter läßt Barlach brieflich mitteilen, man könnte sich über seine Anerkennung verständigen, wenn nicht die »slawische Trägheit« seiner Figuren in solchem Widerspruch zu einem »gesunden nordischen Empfinden« stünde: »Ich hätte mir Ihre Gestalten als Heldenjünglinge vorstellen können, hart, muskulös, aufrecht, mit trotzigem Blick, und ich bin überzeugt, Ihr Werk wäre jubelnd begrüßt worden.«

Wie nicht anders zu erwarten, ist inzwischen auch dem Antrag des Magdeburger Domgemeinderates auf eine Entfernung des Ehrenmals für die Gefallenen stattgegeben worden. Das Denkmal wird abgebrochen, nach Berlin überführt und dort im Keller der Nationalgalerie deponiert.

Wenig später verkündet derselbe NS-Gauleiter und Reichsstatthalter von Mecklenburg und Lübeck: »Wir haben das liberalistische Treiben eines mecklenburgischen Künstlers, der Kriegerdenkmäler in der übelsten verzerrten bolschewistischen Weise schuf, unterbunden. Und ich hoffe, daß die letzten Spuren seiner schrecklichen Werke bald – wie in Magdeburg – von den Stätten, wo sie noch stehen, beseitigt werden.«

Und so geschah es.



Albert Einstein

Ausgebürgertes Gewissen

Es war nun schon der dritte Winter, den Einstein in Kalifornien verbrachte: als Gastprofessor an der Technischen Hochschule in Pasadena, wo er Lehrveranstaltungen über seine Relativitätstheorie durchführte. Sonst wirkte er als hauptamtliches ordentliches Mitglied der Preußischen Akademie der Wissenschaften in Berlin.

Durch seine Forschungsergebnisse schon in jungen Jahren berühmt geworden, war er im April 1914 einer Berufung an die Berliner Akademie der Wissenschaften gefolgt. In Berlin vollendete er 1915 seine relativistische Gravitationstheorie, »die größte Leistung menschlichen Denkens über die Natur, die erstaunlichste Vereinigung von philosophischer Tiefe, physikalischer Intuition und mathematischer Kunst« – wie später Max Born urteilte.

Bahnbrechende Arbeiten zur Molekularphysik, Quantentheorie, Mechanik und Photochemie waren vorausgegangen, die Neubegründung der Kosmologie und die ersten Ansätze zu einer einheitlichen Feldtheorie waren gefolgt.

Aber Einstein war nicht nur Physiker. Er hatte sein großes, wissenschaftliches Ansehen in humanistischem Sinne genutzt. Bereits nach der Entfesselung des imperialistischen Weltkrieges trat er als leidenschaftlicher Kriegsgegner auf, und seine antimilitaristische Tätigkeit verstärkte sich noch in den Jahren der Weimarer Republik. Wegen seiner jüdischen Herkunft wurde Einstein von faschistischen Kritikern angegriffen. Doch im Ausland erging es ihm wie ein Jahrhundert zuvor Alexander von Humboldt, der als der Vertreter eines »Volkes der Dichter und Denker« gefeiert worden war – Einstein galt auf seinen zahlreichen Reisen nicht nur als der führende Repräsentant der deutschen theoretischen Naturwissenschaft, sondern auch als ein »Botschafter des Friedens«. Er stand politisch auf dem linken Flügel des deutschen Bürgertums, war ein Freund der Arbeiterbewegung, aller fortschrittlichen Kräfte – und charakterisierte sich selbst gern als »unabhängigen Sozialisten«.

Nach dem Ausbruch der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise erlebte der Gelehrte die gesellschaftlich-politische Entwicklung in seinem Geburtslande mit tiefer Besorgnis. Als Franz von Papen die Regierungsgewalt übernahm und im Sommer 1932 die rechtmäßige preußische Regierung durch einen Gewaltakt aus dem Amte jagte, verlor Einstein den letzten Rest seines Vertrauens in die Weimarer Republik; schon damals trug er sich mit der Absicht, Deutschland zu verlassen. Das Angebot, eine Tätigkeit an dem neuerrichteten »Institute for Advanced Study« in Princeton (USA) aufzunehmen, kam ihm nicht ungelegen. Doch dachte er noch nicht daran, in die Vereinigten Staaten überzusiedeln; nur in den Wintermonaten wollte er sich in Princeton aufhalten. Die Preußische Akademie war damit einverstanden.

Als dann die Nationalsozialisten die Regierungsgewalt übernahmen – ein Vorgang, den Einstein als »Revolution von rechts« bezeichnet und vorhergesehen hatte –, war er nicht allzusehr überrascht; er maß dem faschistischen Machtantritt zunächst keine einschneidende Bedeutung bei. Anfang Februar verhandelte er von Pasadena aus mit der Berliner Akademie über die künftige Regelung seiner Bezüge – und zwar in einer Form, die erkennen ließ, daß er einen Austritt aus der Akademie noch nicht erwog. Das sollte sich bald ändern.

Nachrichten von den Willkürmaßnahmen der Nazis gelangten ins Ausland. Unter ihrem Eindruck faßte Einstein gegen Ende des Februar den Entschluß, nicht mehr nach Deutschland zurückzukehren. In Pasadena erklärte er der Presse, solange ihm die Möglichkeit offenstünde, würde er sich

nur in einem Lande aufhalten, wo politische Freiheit, Toleranz und Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz herrschten – diese Bedingungen seien gegenwärtig aber in Deutschland nicht erfüllt. Er schloß seine Erklärung mit den Worten: »Ich hoffe, daß in Deutschland bald gesunde Verhältnisse eintreten werden und daß dort in Zukunft die großen Männer wie Kant und Goethe nicht nur von Zeit zu Zeit gefeiert werden, sondern daß sich auch die von ihnen gelehrten Grundsätze im öffentlichen Leben und im allgemeinen Bewußtsein durchsetzen.«

Diese antifaschistischen Äußerungen waren eine logische Folge der humanistischen Gesinnung, die der gesamten politischen Haltung und Betätigung Einsteins seit 1914 zugrunde gelegen hatte. Er beurteilte den Nationalsozialismus als eine »Politik autoritativer und verantwortungsfreier Zwangsherrschaft« – eine Einschätzung, die noch nicht bis zu den Wurzeln des faschistischen Imperialismus vordrang, aber doch ausreichte, Einsteins unversöhnliche Gegnerschaft zur braunen Diktatur zu motivieren. Schon das faschistische Regime in Italien hatte er aufs schärfste verurteilt. »Die Diktatur bringt den Maulkorb und dieser die Stumpfheit; Wissenschaft kann nur gedeihen in einer Atmosphäre des freien Wortes!« So hatte er damals geschrieben. Nun wandte er sich mit dem ganzen Gewicht seines Weltruhms gegen die von den Hitlerfaschisten begangenen Schandtaten. In einer Erklärung, die er der »Liga zur Bekämpfung des Antisemitismus« übermittelte, brandmarkte Einstein die »Akte brutaler Gewalt und Unterdrückung, die gegen alle Menschen freien Geistes und gegen die Juden gerichtet sind«. Es sei zu hoffen, daß es der vereinten Kraft der Völker gelingen möge, Europa vor einem »Rückfall in die Barbarei längst entschwundener Epochen« zu bewahren. Alle Freunde der schwerbedrohten Zivilisation sollten ihre Bemühungen vereinigen, um der faschistischen Seuche Herr zu werden. Es waren Äußerungen, die durch die Weltpresse gingen.

Am 18. März 1933 richtete die Berliner Akademie eine Anfrage an Einstein, ob die Zeitungsmeldungen über seine öffentlichen Erklärungen gegen die deutsche Regierung der Wahrheit entsprächen; sollte dies der Fall sein, so werde die Akademie »sich ohne Zweifel veranlaßt fühlen, von sich aus zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen«. Dieses Schreiben erreichte Einstein erst, als er der Akademie nicht mehr angehörte. Denn bereits am 28. März, nach der Landung in Antwerpen, erklärte er seinen Austritt mit den Worten: »Die in Deutschland gegenwärtig herrschenden Zustände veranlassen mich, meine Stellung bei der Preußischen Akademie der Wissenschaften hiermit niederzulegen. – Die Akademie hat mir 19 Jahre lang die Möglichkeit gegeben, mich frei von jeder beruflichen Verpflichtung wissenschaftlicher Arbeit zu widmen. Ich weiß, in wie hohem Maße ich ihr zu Dank verpflichtet bin. Ungern scheide ich aus ihrem Kreise auch der An-

regungen und der schönen menschlichen Beziehungen wegen, die ich während dieser langen Zeit als ihr Mitglied genoß und stets hoch schätzte. – Die durch meine Stellung bedingte Abhängigkeit von der Preußischen Regierung empfinde ich aber unter den gegenwärtigen Umständen als untragbar.«

Inzwischen hatte der neue Reichskommissar für Wissenschaft, Kultur und Volksbildung die Akademie angewiesen, gegen Einstein ein Disziplinarverfahren einzuleiten, falls er sich im Auslande tatsächlich – wie Zeitungsberichte besagten – an der »Deutschenhetze« beteiligt habe. Da aber Einsteins Austrittserklärung nun eintraf, wurde sie am 30. März in der Plenarsitzung verlesen. Die Akademie kam zu der Ansicht, daß sich Schritte gegen Einstein von ihrer Seite nunmehr erübrigten, die Angelegenheit also erledigt sei.

Reichskommissar Rust gab sich damit jedoch keineswegs zufrieden. Noch am Abend desselben Tages übermittelte er der Akademieleitung seinen »dringenden Wunsch« nach einer öffentlichen Stellungnahme der Akademie zum Fall Einstein. Weil die drei anderen Sekretare der Institution nicht erreichbar waren, verfaßte der Rechtswissenschaftler Heymann das gewünschte Schriftstück und übergab es der Tagespresse zum Abdruck. Es hieß darin, daß die Akademie mit Entrüstung von der Beteiligung Einsteins an der »Greuelhetze« Kenntnis erhalten und sogleich Rechenschaft von ihm gefordert habe; sie empfinde sein agitatorisches Auftreten im Auslande um so schwerer, als sie seit alten Zeiten sich aufs engste mit dem Preußischen Staate verbunden fühle und stets den »nationalen Gedanken« betont und bewahrt habe, »bei aller gebotenen strengen Zurückhaltung in politischen Fragen«. Die Akademie – so hieß es abschließend – habe aus diesem Grunde keinen Anlaß, den Austritt Einsteins zu bedauern. Dieser Text erschien am 1. April 1933, dem »Tag des Juden-Boykotts«, in den deutschen Zeitungen.

Die von Heymann im Namen der Akademie abgegebene würdelose und törichte Erklärung wurde keineswegs von allen Mitgliedern gutgeheißen. Insbesondere Max von Laue trat ihr sogleich entgegen. Aber die Mehrheit der Akademiker billigte in einer außerordentlichen Plenarsitzung den veröffentlichten Wortlaut und sprach seinem Verfasser auch noch den Dank für sein »sachgemäßes Handeln« aus.

Währenddessen befand sich Einstein als Gast des belgischen Königspaares in der Nähe von Ostende. Er schrieb am 5. April an die Akademie und versicherte, daß er sich niemals an einer »Greuel-Hetze« beteiligt habe und ihm von einer solchen auch nichts bekannt sei; man habe lediglich die offiziellen Kundgebungen und Anordnungen der verantwortlichen deutschen Politiker sowie ihr Programm »betreffend die Vernichtung der deutschen Juden auf wirtschaftlichem Wege« wiedergegeben und kommentiert. Er selbst habe den Zustand im jetzigen Deutschland als einen »Zustand psychischer Erkrankung

der Massen« bezeichnet und auch einiges über die Ursachen desselben gesagt. Einstein schloß seinen Brief mit den Sätzen: »Ich stehe für jedes Wort ein, das ich veröffentlicht habe. Ich erwarte aber andererseits von der Akademie, zumal sie sich ja selbst an meiner Diffamierung vor dem deutschen Publikum beteiligt hat, daß sie diese meine Aussage ihren Mitgliedern sowie jenem deutschen Publikum zur Kenntnis bringe, vor welchem ich verleumdet worden bin.«

Die Akademie übermittelte eine Abschrift des Briefes, mit einem Zusatz versehen, der Tagespresse; doch wurde diese nur in wenigen Blättern nachgedruckt. In ihrem Kommentar erhob die Akademie gegen Einstein den Vorwurf, er habe nichts getan, um den Verdächtigungen und Verleumdungen entgegenzutreten, wozu er als langjähriges hauptamtliches Mitglied verpflichtet gewesen sei; vielmehr habe er im Ausland Erklärungen abgegeben, die von Feinden nicht nur der »gegenwärtigen deutschen Regierung«, sondern des ganzen deutschen Volkes ausgenutzt und mißbraucht werden konnten. Ebenso hieß es in einem Schreiben, das die Akademie am 7. April an Einstein sandte: »Wie machtvoll hätte im Ausland in diesen Tagen zum Teil scheußlicher, zum Teil lächerlicher Verdächtigungen gerade Ihr Zeugnis für das deutsche Volk werden können!« Dies wurde zu einem Zeitpunkt geschrieben, als in Deutschland ein Konzentrationslager nach dem anderen eingerichtet wurde und der SA-Terror gegen Kommunisten, Sozialdemokraten, Pazifisten und Juden in grausamsten Formen wütete!

Einstein erwiderte auf die Vorhaltungen der Akademie mit großer Schärfe. Zu der Bemerkung, er hätte im Ausland für das deutsche Volk Zeugnis ablegen sollen, erklärte er, daß dies einer Verneinung aller jener Anschauungen von Gerechtigkeit und Freiheit gleichgekommen wäre, für die er sein ganzes Leben lang eingetreten sei; ein solches Zeugnis wäre kein Zeugnis für das deutsche Volk gewesen – es hätte sich vielmehr zugunsten derer ausgewirkt, »die jene Ideen und Prinzipien zu beseitigen suchen, die dem deutschen Volk einen Ehrenplatz in der Welt-Zivilisation verschafft haben«.

Die Akademie behandelte in ihrer Sitzung vom 11. Mai 1933 zum letzten Male den »Fall Einstein«. Dabei gab Max Planck, der für die Physikalisch-Mathematische Klasse zuständige Sekretar, der inzwischen von einer Auslandsreise zurückgekehrt war, die Erklärung ab, daß Einstein nicht nur einer unter vielen hervorragenden Physikern sei, sondern der Physiker, durch dessen Arbeiten an der Berliner Akademie die physikalische Erkenntnis in unserem Jahrhundert eine Vertiefung erfahren habe, deren Bedeutung nur an den Leistungen eines Kepler und Newton gemessen werden könne. Ihm liege vor allem daran, dies auszusprechen, fügte er hinzu, damit nicht die Nachwelt auf den Gedanken käme, die akademischen Fachkol-

legen Einsteins seien noch nicht imstande gewesen, seine Bedeutung für die Wissenschaft voll zu begreifen. – Dieses Bekenntnis war gewiß ehrenvoll, auch für die Akademie; aber abgesehen davon, daß Einsteins gesellschaftliche Haltung nicht mit einbezogen war, drang es nicht durch die Wände des Sitzungssaales, es blieb vielmehr zwölf Jahre lang in den Akten verschlossen. Planck, und nicht nur er, fühlten sich in politischer Hinsicht von Einstein durch eine »abgrundtiefe Kluft« getrennt – eine Tatsache, die auch aus anderen Archivdokumenten deutlich hervorgeht.

Einsteins politisch-demonstratives Ausscheiden aus der berühmtesten deutschen Akademie rief in der Welt großes Aufsehen hervor. Die Nazis waren wütend, weil sich der Wissenschaftler ihrem Zugriff entzogen hatte. Unter dem Vorwand einer Haussuchung drangen mehrere Männer in SA-Uniform in seine Berliner Stadtwohnung ein und entwendeten alles, was ihnen wertvoll erschien. Sein Sommerhaus in Caputh bei Potsdam wurde gemäß den Nazigesetzen zur Einziehung von kommunistischem und staatsfeindlichem Vermögen enteignet.

Schon Ende März '33, sogleich nach seiner Ankunft in Belgien, hatte Einstein vor der Deutschen Gesandtschaft erklärt, daß er auf seine preußische Staatsangehörigkeit mit sofortiger Wirkung verzichte. Trotzdem wurde ihm von der Nazi-Regierung ein Jahr später, März 1934, die deutsche Staatsbürgerschaft noch einmal offiziell aberkannt: Mit Johannes R. Becher und anderen Vertretern des fortschrittlichen deutschen Geisteslebens stand er im »Reichs- und Staatsanzeiger« auf der Liste der Ausgebürgerten.

Die politische Zurückhaltung oder gar Feigheit seiner deutschen Kollegen hatte Einstein sichtlich befremdet. An Max von Laue, den er fachlich und menschlich nach wie vor hochschätzte, schrieb er im Mai 1933: »Deine Ansicht, daß der wissenschaftliche Mensch in den politischen, d. h. menschlichen Angelegenheiten in weiterem Sinne, schweigen soll, teile ich nicht. Du siehst ja gerade an den Verhältnissen in Deutschland, wohin solche Selbstbeschränkung führt. Es bedeutet, die Führung den Blinden und Verantwortungslosen widerstandslos überlassen. Steckt nicht Mangel an Verantwortungsgefühl dahinter? Wo stünden wir, wenn Leute wie Giordano Bruno, Spinoza, Voltaire, Humboldt so gedacht und gehandelt hätten? – Ich bedauere kein Wort, was ich gesagt habe, und glaube, dadurch den Menschen gedient zu haben.«

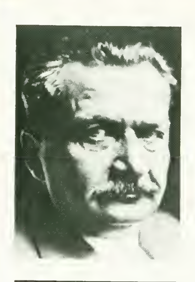
Die bemerkenswerte Folge aller dieser Erfahrungen war ein Wandel, der in der Stellung Einsteins zum Problem des Krieges eintrat. Bislang war er ein bedingungsloser Pazifist gewesen. Er hatte die Kriegsdienstverweigerung als das wirksamste Mittel zur Verhinderung von Kriegen betrachtet und immer wieder propagiert. Eine Beteiligung an Kampfhandlungen hatte

er – unabhängig von Ursache und Motivation – schlechthin abgelehnt. Doch unter dem Eindruck des faschistischen Terrors änderte er seine Haltung in dieser Frage. Als er im Frühjahr 1933 von belgischen Kriegsdienstgegnern gefragt wurde, wie sie sich denn bei einem Überfall Hitlers auf Belgien verhalten sollten, antwortete er zu ihrer Überraschung, aber auch zum Erstaunen mancher seiner Freunde, so Romain Rollands: In diesem Falle habe jeder, so gut er könne, die Freiheit seines Vaterlandes mit der Waffe zu verteidigen. Wenngleich Einstein die Gewalt als Mittel der Politik nach wie vor mißbilligte – »Töten im Krieg ist meiner Ansicht nach um nichts besser als gewöhnlicher Mord« –, so wußte er seit 1933 doch zwischen gerechten und ungerechten Kriegen zu unterscheiden.

In den folgenden Jahren wuchs Einsteins Enttäuschung über die Kapitulation der meisten deutschen Intellektuellen und das moralische Versagen breiter Schichten der deutschen Bevölkerung, die den Hitlerfaschismus begünstigten.

Als schließlich sogar die Verbrechen bekannt wurden, die deutsche Faschisten an Millionen wehrloser Menschen, darunter an sechs Millionen Juden, begingen, ergriff ihn ein unüberwindlicher Abscheu gegenüber dem ganzen deutschen Volke. Hatte er im Frühjahr 1933 noch von einem »Häuflein krankhafter Demagogen« gesprochen, die ein politisch unentwickeltes Volk betrogen und für ihre verbrecherischen Ziele mißbrauchten, so mochte er späterhin zwischen den Betrügern und den Betrogenen nicht mehr unterscheiden. Einsteins Abneigung gegen »die Deutschen« ging so weit, daß er selbst nahen Freunden, die aus der Emigration in die alte Heimat zurücksiedelten, die Rückkehr in das »Land der Massenmörder« übelnahm; sein Briefwechsel mit Max Born beweist dies.

Zwar wurden in dieser pauschalen Verurteilung eines ganzen Volkes die Grenzen sichtbar, die der gesellschaftlichen Einsicht des großen Naturforschers gezogen waren. Doch es blieb letztlich die Schuld der deutschen imperialistischen Bourgeoisie, die Macht gewissenloser politischer Abenteurer gefördert und somit veranlaßt zu haben, daß sich einer der größten Söhne Deutschlands derart schroff und unversöhnlich von seinem Geburtsland abwandte – einem Lande, zu dessen wissenschaftlicher Weltgeltung gerade er in einem Ausmaße beigetragen hatte, das in der neueren Geschichte ohne Beispiel ist.



Otto Wels

Politischer Selbstmord

Der Parteivorsitzende der SPD, Otto Wels, fährt am 23. März 1933 in seinem Dienstwagen über die regenfeuchte Frankfurter Allee. Er befindet sich auf dem Wege zur ersten Arbeitstagung des Reichstages, der am 5. März gewählt worden ist und heute, nach der Zerstörung seines traditionellen Gebäudes, in der Kroll-Oper zusammentreten wird.

Durch das offene Fenster dringt kühle Luft. Leicht fröstelnd drückt sich Wels tiefer in die weichen Wagenpolster. Es steht um seine Gesundheit nicht gut: Schwere Herz-Kreislaufattacken und zeitweilige Bewußtseinsstörungen fesselten ihn vor zwei Monaten ans Krankenhausbett, und kaum, daß er zu einer Heilkur ins schweizerische Ascona reiste, erreichte ihn die Nachricht von Hitlers Machtübernahme. Die mahnenden Worte seines

Arztes in den Wind schlagend, kehrte er unverzüglich nach Deutschland zurück.

Seither ist Wels kaum zur Ruhe gekommen. Repressalien des Hitlerregimes, die sich auch gegen die Sozialdemokratie richten, machen die Situation der Partei täglich schwieriger. Publikations- und Versammlungsverbote häufen sich. Viele Funktionäre werden verhaftet, verfolgt, diffamiert. Seit dem 20. Februar wagt Wels nicht mehr, sein Haus in Friedrichshagen zu bewohnen; er hat seine Frau nach Dresden geschickt. Das Naziorgan »Der Angriff« veröffentlichte am 3. März eine amtliche Suchanzeige gegen ihn. Da brachten Karl Litke und Siegmund Crummenerl, die beiden Mitglieder des Parteivorstandes, ihren Vorsitzenden kurzerhand mit dem Wagen nach Leipzig, zur Weiterfahrt nach München, wo ihn auch der SPD-Politiker Wilhelm Hoegner beschworen hat, über die österreichische Grenze nach Salzburg zu gehen und sich in Sicherheit zu bringen. Wels aber ist seit seiner Jugend in der sozialdemokratischen Bewegung aktiv. Er hört die gut gemeinten Ratschläge seiner Freunde nur widerwillig. Gewohnt, das Handeln der SPD-Führung maßgeblich zu bestimmen, fühlt er sich unglücklich, fern von den Brennpunkten des politischen Geschehens zu sein. So ist er am 7. März wiederum nach Berlin zurückgekehrt.

Abermals hat er sich in die Arbeit gestürzt. Er sperrt sich, unterstützt von einflußreichen Mitgliedern des SPD-Vorstandes, gegen das Drängen der Mitgliedermassen auf wehrhafte antifaschistische Aktionen, und er versucht, die Partei auf dem gewohnten »Abwarte-Kurs« zu halten. Das ist nicht leicht. Bis in die späten Nachtstunden gab es erst gestern eine Debatte mit dem Berliner SPD-Vorsitzenden Franz Künstler. Den Anlaß bot ein Flugzettel oppositioneller Sozialdemokraten und Reichsbannermitglieder – eines der Blätter, die jetzt immer häufiger kursieren. »Die Stunde des Handelns ist gekommen!« heißt es darin. Der Widerstand gemeinsam mit den Kommunisten sei notwendig. Wels stimmt mit Künstler in der Ansicht überein, daß die Maßnahmen der Hitler-Regierung den außerparlamentarischen Widerstand der Arbeiter geradezu provozieren und daß die Empörung auch gegen den Willen der SPD-Führung zum Ausbruch kommen kann. Es würde dann schwer sein, sich in erprobter Weise an die Spitze einer solchen Erhebung zu stellen, um sie in gewünschte Bahnen zu lenken. Doch Wels ist cholerisch aufgefahren, als Künstler verlangte, die wiederholten Einheitsfrontangebote der KPD auf ihre Ernsthaftigkeit zu prüfen. Barsch und grob hat er dieses Ansinnen mit der Bemerkung zurückgewiesen: »Was davon zu halten ist, weiß man ohnedies!« Mit der gleichen bornierten Entschiedenheit lehnte er schon am 30. Januar das Angebot der Kommunisten zum Generalstreik ab.

Noch in Erinnerung an den gestrigen Streit schüttelt Wels unwillig den

Kopf: Wollen denn diese Künstler, und wie sie alle heißen, niemals begreifen, daß die SPD-Spitze in alledem nur Versuche der kommunistischen Parteiführung sehen kann, die sozialdemokratisch organisierten Massen unter ihre alleinige Regie zu bringen? Und wohin haben es die Kommunisten mit ihren »Streikparolen« schließlich gebracht? Ihr Vorsitzender Ernst Thälmann ist im Kerker, ihre Partei in der Illegalität. Nein! Die SPD-Führung will nicht, daß die formal noch bestehende Legalität der Partei durch außerparlamentarische Aktivitäten gegen den Faschismus gefährdet wird.

Diesem Standpunkt stimmt auch der Parteivorstand zu. Stampfer, Heilmann und Schumacher haben gemeinsam mit Wels an den Formulierungen seiner heutigen Reichstagsrede gefeilt. Die SPD wird sich von der Politik der Kommunisten deutlich abgrenzen.

Wels blättert nun in dem Manuskript, findet die gesuchte Stelle und liest: »Mag sich die Regierung gegen rohe Ausschreitungen der Polemik schützen, mag sie Aufforderungen zu Gewalttaten selbst mit Strenge verhindern.« Er nickt zufrieden. Diese Verurteilung von antifaschistischen Aktionen der Kommunisten als »Gewalttaten« kann die eigenen Positionen gegenüber den neuen Machthabern möglicherweise verbessern. Wohl erinnert sich Wels an den Zynismus, mit dem Innenminister Frick bereits sechs Tage nach der Wahl, am 11. März, in Frankfurt am Main erklärt hat: »Wenn ... der neue Reichstag zusammentritt, werden die Kommunisten durch dringende und nützliche Arbeit verhindert sein . . . Sie haben in den Konzentrationslagern dazu Gelegenheit.« Er, Wels, wird heute gegen den widerrechtlichen Raub der kommunistischen Reichstagsmandate kein Wort verlieren. Immerhin haben die Nazis zwischen der KPD und der SPD unterschieden. Man darf also darauf hoffen, als »Oppositionspartei« so lange geduldet zu werden, bis die Nazis mit der unpopulären Bürde der Regierungsverantwortung hoffentlich recht bald schon abwirtschaften. Und dann wird man selbst wieder mit ganzer Kraft hervortreten.

Der Parteivorsitzende schreckt aus seinen Gedanken auf, als der Wagen plötzlich die Fahrt verlangsamt. Am Brandenburger Tor behindern aufmarschierende Formationen der SA und SS den Verkehr. Die Eingänge zur Wilhelmstraße, die Anfahrt zum Königsplatz werden durch Polizei kontrolliert und nur für Passanten mit besonderen Ausweisen freigegeben. Dieses geschieht aufgrund eines Reglements, das die Regierung zur »Sicherung eines ordnungsgemäßen Verlaufs der Reichstagssitzung« erlassen hat – eines parlamentarischen Ereignisses, von dem sich die Nazis vor allem die Annahme des »Ermächtigungsgesetzes« versprechen. Die NSDAP-Fraktion selbst hat dafür eine Vorlage eingebracht, deren demagogische Überschrift lautet: »Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich«. Wels kann sich nicht verhehlen, daß das »Ermächtigungsgesetz« in Wahr-

heit die noch geltenden bürgerlich-demokratischen Bestimmungen der Weimarer Verfassung außer Kraft setzen und eine juristische Grundlage zur Ausgestaltung der faschistischen Diktatur schaffen soll. Das Hitler-Kabinett will seine Maßnahmen in Unabhängigkeit vom Reichstage durchsetzen. In der Vorlage heißt es deshalb: »Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze werden vom Reichskanzler ausgefertigt und im Reichsgesetzblatt verkündet. Sie treten, soweit sie nichts anderes bestimmen, mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft«. Ein weiterer Abschnitt der Vorlage entmündigt das Parlament außerdem noch in Fragen der Außenpolitik.

Die sozialdemokratische Partei kann einem solchen Gesetz nicht zustimmen. Sie ist jahrelang als Bannerträger der schwarzrotgoldnen Weimarer Republik aufgetreten, ihre Führer haben Millionen von Anhängern versichert, den Faschismus abzuwehren und den Kampf gegen ihn auf dem Boden der Verfassung austragen zu wollen. Die Parteiführung weiß, daß sie sich von dieser Gesetzesvorlage klar distanzieren muß, wenn sie nicht vor aller Öffentlichkeit ihr Gesicht verlieren und ihre Massenbasis einbüßen will.

Wels ist auch persönlich zu diesem Schluß gelangt. Nach seiner Meinung können selbst die herrschenden Kreise nicht interessiert daran sein, daß die sozialdemokratische Parteiführung ihren Masseneinfluß verliert, denn die Gefahr antifaschistischer Aktionen der Arbeiterklasse, die unter die Führung der Kommunisten geraten könnten, würde sich augenblicklich verstärken.

Soeben hält sein Wagen am Seitenportal des ausgebrannten Reichstagsgebäudes. Dort nämlich, in einem noch erhaltenen Nebenraum, versammelt sich die sozialdemokratische Fraktion zur Vorbereitung der Reichstagssitzung. Wels trifft seine Genossen in lebhafter Diskussion. Weil ein Gerücht durchgesickert ist, wonach die sozialdemokratischen Abgeordneten im Falle eines ablehnenden Votums mit ihrer Verhaftung rechnen müßten, stellen einige Fraktionsmitglieder die Frage, ob eine Stimmenthaltung nicht klüger sei. Andere empfehlen sogar, der Reichstagssitzung überhaupt fernzubleiben: Alle 120 Abgeordneten der SPD könnten ohnedies nicht anwesend sein, denn einige sind emigriert, und neun befinden sich in »Schutzhaft«. Den ehemaligen Reichsminister Sollmann haben die Faschisten so schwer mißhandelt, daß er im Krankenhaus liegt. Noch auf ihrem heutigen Wege zur Reichstagssitzung sind Julius Leber und Carl Severing verhaftet worden. Auch gegen Wels haben die Faschisten wüste Drohungen vorgebracht, und die Polizei hat in den frühen Morgenstunden seine Wohnung durchsucht. Doch Wels bleibt unbeirrt bei seinem Entschluß: »Die sozialdemokratische Fraktion wird an der Reichstagssitzung teilnehmen!« Er sagt das in einem

Ton, der keinen Widerspruch duldet und weitere Debatten abschneidet. Die Mehrheit der Fraktion stimmt für ein Auftreten in der Kroll-Oper.

Mit dem gleichen Nachdruck hat Wels schon am Vortage die Frage entschieden, wer als Fraktionssprecher die ablehnende Haltung zum »Ermächtigungsgesetz« vor dem Reichstag begründen werde. Als Breitscheid sich krank meldete, so daß er nicht sprechen könne, boten sich einige jüngere Abgeordnete, darunter Kurt Schumacher, an. Da hat Wels unnachgiebig erklärt: »Ich, und kein anderer kommt als Redner für die Partei in Frage!«

Der Weg vom Reichstagsgebäude zur Kroll-Oper, den die sozialdemokratischen Abgeordneten zu Fuß zurücklegen, ist wie ein Spießrutenlauf durch eine von SA-Leuten gebildete Gasse. Die Braunhemden schreien und johlen immerfort: »Wir fordern das Ermächtigungsgesetz!« Sogar im Innern der Kroll-Oper stehen SA-Männer, kontrollieren Ausweise, durchsuchen die Eintretenden nach Waffen. Sie beschimpfen die Sozialdemokraten als »Vaterlandsverräter«.

Der umgebaute Theatersaal wirkt als offene Provokation. Ein riesiges Hakenkreuz, in weißem Kreis auf roten Untergrund, beherrscht die Stirnwand, flankiert von schwarz-weiß-roten Fahnen. Über dem umgestalteten Orchesterraum befinden sich die Sitze der Regierung, der Schriftführer und Stenographen. Nur das schwere Gestühl, mit dem Reichsadler auf den hohen Lehnen, stammt aus dem Reichstagsgebäude.

Um 14 Uhr und 5 Minuten eröffnet Göring als Reichstagspräsident die Sitzung. Man kommt sofort zur Tagesordnung. Der Berichterstatter des Geschäftsausschusses, Nazi-Abgeordneter Stöhr, spricht zu einem Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, die die unverzügliche Freilassung ihrer widerrechtlich eingekerkerten neun Abgeordneten verlangt: »Meine Damen! Meine Herren! Der dritte Ausschuß hat sich mit diesem Antrag beschäftigt... Der Ausschuß empfiehlt Ihnen, den Antrag abzulehnen, weil die Mehrheit... der Meinung ist, daß es unzweckmäßig wäre, die Herren des Schutzes zu berauben, der ihnen durch die Verhängung der Haft zuteil geworden ist.« Höhnisches Gelächter bei den Nazis. Der Antrag wird abgelehnt, wenn auch mit geringer Mehrheit.

Die Reichstagssitzung verläuft programmgemäß. Hitler erhält das Wort. Er wird von den Abgeordneten seiner Partei, die in brauner Uniform erschienen sind, mit fanatischen »Heil-Rufen« begrüßt. So angefeuert, verspricht er als dringlichste und oberste Aufgabe seiner Regierung, den Kommunismus auszurotten. Sodann pendelt seine Programmrede zwischen unklaren Versprechungen, mit denen er die Zustimmung der traditionellen bürgerlichen Parteien zu seinem Gesetz erwirken will, und offenen Drohungen, die seine Gegner einschüchtern sollen. Erst zum Schluß äußert er sich mit dürren Worten zu seinem Hauptanliegen – dem »Ermächtigungsgesetz«.

Als Hitler seine Ausführungen endigt, beginnt auf den Bänken der Nazis frenetisches Beifallsgeschrei. Auch die Deutschnationalen klatschen. Die Fraktionen der bürgerlichen Mitte bekunden ebenfalls Zustimmung, wenn auch zurückhaltender. Nur auf den Bänken der Sozialdemokratie bleibt alles stumm: Sie schauen zu den Abgeordneten des Zentrums und der Deutschen Staatspartei hinüber, mit denen sie – wie die SPD-Führung lange geglaubt hat – in gemeinsamer Koalition den Faschismus verhindern wollten. Das hat sich nunmehr als Illusion erwiesen.

Wels hängt schweren Gedanken nach: Im Augenblick, so scheint es, müßte die Haltung des Reichspräsidenten entscheidend sein. Schließlich verdankt der alte Generalfeldmarschall seine Wiederwahl gerade dem opferreichen Einsatz der sozialdemokratischen Anhänger, die ihm im Frühjahr 1932 ihre Stimme in der Hoffnung gaben, damit dem Faschismus den Weg zur Macht zu verlegen. Jetzt wird doch Hindenburg schwerlich billigen können, daß diejenigen, die ihn noch vor einem Jahr wählten, von denen unterdrückt werden, die ihn damals bekämpften. So denken viele sozialdemokratische Abgeordnete. Sie spekulieren außerdem darauf, daß diese »mühsam zusammengeleimte Regierungskoalition« der Nazis und der Deutschnationalen an ihrer inneren Widersprüchlichkeit, insbesondere am rivalisierenden Führunganspruch, scheitern müsse. Würde dieses Hitler-Kabinett alsbald abdanken, so käme auch dem »Ermächtigungsgesetz« kaum eine Bedeutung zu. Indessen aber schwingt Göring die Präsidentenglocke. Die Reichstagssitzung wird für drei Stunden unterbrochen.

Bei ihrer Wiedereröffnung um 18 Uhr und 16 Minuten erhält Wels das Wort. Höhnische Blicke der Nazis begleiten ihn zum Rednerpult. Auf den überfüllten Tribünen reckt man die Hälse. Doch es herrscht Stille.

Wer den temperamentvollen Volksredner mit seiner kräftigen und bildreichen Sprache kennt, ist heute über die zurückhaltende Vortragsweise erstaunt. Seine Rede ist ruhig und bedacht. Wels ist sich der historischen Bedeutung des Augenblickes voll bewußt: Die Ablehnung des »Ermächtigungsgesetzes« und das nachdrückliche Bekenntnis zu »Menschlichkeit, Gerechtigkeit und Freiheit« wird der Sozialdemokratischen Partei viele Sympathien zurückerobern können, die sie während der letzten Zeit in der Arbeiterschaft eingebüßt hat. Wels kritisiert in verschiedenen Punkten das Vorgehen des Hitler-Kabinetts und appelliert an die Regierungsparteien, künftig streng nach dem Wortlaut und im Sinne der Weimarer Verfassung zu wirken. Er läßt aber durchblicken, daß selbst unter den Bedingungen der Hitler-Regierung eine begrenzte Mitarbeit der SPD als »legale Opposition« denkbar ist. Der Parteivorsitzende bleibt von den taktischen Erwägungen der »Anpassungspolitik« auch in dieser Stunde bestimmt. Er vermeidet daher jede prinzipielle Kampfansage gegen die Faschisten.

Nachdem Wels geendet hat, ertönt ein Beifall nur von den Bänken der Sozialdemokraten. Hitler rafft seine Notizzettel zusammen und geht hastig zur Tribüne. »Ich will gar nicht, daß Sie dafür stimmen«, schreit er in höchster Erregung. »Sie, meine Herren, sind nicht mehr benötigt!«

Die nachfolgende Abstimmung bringt das erwartete Ergebnis: 94 sozialdemokratische »Nein«-Karten. Die übrigen 441 Abgeordneten stimmen mit »Ja«. Die Sozialdemokraten verlassen den Raum. Drinnen aber brechen die Nazis abermals in Triumphgeschrei aus, und laute »Bravos« werden auch von den Bänken der Deutschnationalen gerufen ...

Der Auftritt des sozialdemokratischen Parteivorsitzenden gegen das »Ermächtigungsgesetz« fand bei der fortschrittlichen Menschheit Achtung und Anerkennung. Er war eine weithin sichtbare Demonstration gegen die Willkür des Hitler-Regimes. Doch die Bürde der Mitschuld, die die SPD-Führung mit ihrer »Stillhaltepolitik« und ihrer »Taktik der Anpassung« an das Hitler-Regime auf sich lud, wird dadurch vor dem Urteil der Geschichte nicht leichter.

Auch persönlich hat der oppositionelle Redner vom 23. März 1933 nichts getan, um in der Folgezeit diese Bürde zu mildern. Nach dem Verbot und der Zerschlagung seiner Partei leitete Wels die sozialdemokratische Führungsgruppe im Ausland. Er blieb ein verbohrter Antikommunist, der sich gegen die Schaffung einer antifaschistischen Aktionseinheit aller Hitlergegner verschlossen hielt. Während sich andere führende Sozialdemokraten darum bemühten, Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen, hatte er wesentlichen Anteil daran, daß die kommunistischen Vorschläge zur Überwindung der Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung vom Parteivorstand weiterhin abgelehnt wurden. Das Festhalten an opportunistischen und reformistischen Grundpositionen bedeutete faktisch den politischen Selbstmord der SPD.

Einige der Freunde von Wels haben behauptet, daß auch sein »sturer Charakter« ihn daran hinderte, notwendige Einsichten zu erlangen. So klagte Victor Schiffer in einem Brief, den er am 29. Dezember 1935 an Wels schrieb: »Sie sind mißtrauischer geworden, hartnäckiger ... Die trüben Erfahrungen in der Emigration ... haben ... bei Ihnen die Wirkung ausgelöst, daß Sie von vornherein in jeder von der Ihnen divergierenden Ansicht ein Manöver, eine Intrige oder gar eine Treulosigkeit wittern.«

Wenige Tage nach dem Ausbruch des zweiten Weltkrieges, am 16. September 1939, starb Otto Wels, von vielen seiner ehemaligen Anhänger längst verlassen, an den Folgen seines Herzleidens. Fast unbemerkt wurde er auf einem Pariser Vorortfriedhof beigesetzt.



Herbert Warnke

Einheitsfront - trotz alledem!

Bremen, im März 1933. Es ist Mittagszeit. In der Küche der Familie Hackmann, einem der illegalen Quartiere der KPD, löffelt ein von den Faschisten gejagter Genosse seine Erbsensuppe. Plötzlich rast ein Lastkraftwagen, mit SA-Leuten besetzt, die Straße herunter, stoppt vor dem Hackmannschen Haus. An Flucht ist nicht mehr zu denken. Sich zu verstecken ist ebenso sinnlos – es würde die Familie, die ihm Unterkunft gewährt hat, noch mehr gefährden. Der Genosse bittet Frau Hackmann, ihre Erregung zu verbergen und den SA-Leuten, die bereits wütend gegen die Haustür schlagen, zu öffnen. Auch sich selbst zwingt er zur Ruhe. Er sitzt mit dem Rücken zur Tür und ißt weiter.

Die Faschisten poltern in den kleinen Flur. Ihr Anführer herrscht Frau

Hackmann an, wem das Motorrad vor dem Hause gehöre. »Meinem Sohn«, gesteht sie mit gepreßter Stimme, worauf der Mann im Braunhemd höhnisch entscheidet: »Beschlagnahmt!« Jubelnd verladen die SA-Leute das Motorrad auf den LKW und fahren davon. Den Mann am Küchentisch haben sie keines Blickes gewürdigt.

Jetzt, da die Gefahr vorüber ist, befällt den Genossen eine Art von Lähmung, seine Glieder sind bleischwer. Die SA suchte ihn seit Tagen. Auf ihren Fahndungslisten stand sein Name ganz oben: Herbert Warnke, 31 Jahre alt, Metallarbeiter, Mitglied des Sekretariats der KPD-Bezirksleitung Weser/Ems, Bezirksvorsitzender der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO), Reichstagsabgeordneter. Die Nazis wußten, daß Fäden des illegalen gewerkschaftlichen Widerstands bei ihm zusammenliefen.

Bisher konnte sich Herbert Warnke vor seinen Häschern verborgen halten. Hier in Bremen, der Freien Reichsstadt, begann die faschistische Schreckensherrschaft erst Anfang März. Polizeipräsident Petri empfahl sich den Nazis als hilfreiches Werkzeug, indem er gegen die Kommunisten alle Maßnahmen ergriff, die – wie er formalistisch zu sagen pflegte – »die bisher geltenden gesetzlichen Bestimmungen zuließen«.

Herbert Warnke war seit Anfang Februar nicht mehr in seiner Wohnung gewesen, und kürzlich hatte er die verschlüsselte Nachricht erhalten, daß auch Helene, seine Frau, gesucht wurde und deshalb ebenfalls bei Freunden untergebracht sei. Bei Hackmanns wohnte er nun schon einige Tage. Jetzt aber mußte er das Quartier schnell wechseln; denn niemand konnte garantieren, daß die Braunhemden nicht wiederkamen. Auf keinen Fall durften die Ansätze des sich entwickelnden gewerkschaftlichen Widerstands gefährdet, die Verbindungen zu einigen wichtigen Betrieben, den Häfen und den Schiffsbesatzungen unterbrochen werden. Vor allem mit den Weserschiffern mußte er in Kontakt bleiben. Sie leiteten wichtige Nachrichten weiter, beförderten illegales Material und halfen, besonders bedrohte Antifaschisten auszuschleusen.

Viele Kollegen kannten ihn und vertrauten seinen Ratschlägen, obwohl er erst vor eineinhalb Jahren nach Bremen übergesiedelt war, um hier die Gewerkschaftsarbeit der KPD zu aktivieren. Gemeinsam mit Willi Bethge, Fritz Curland, Theodor Winter und anderen Genossen hatte er die Bezirksorganisation der RGO stärken und im Sinne der antifaschistischen Einheitsfront wirken sollen. Ernst Thälmann selbst, der die politische Entwicklung des jungen Werftarbeiters seit längerem aufmerksam verfolgte, hatte ihm vorgeschlagen, diese schwierige Aufgabe zu übernehmen.

Herbert Warnke war gebürtiger Hamburger und in einer klassenbewußten Arbeiterfamilie aufgewachsen. Bei Blohm und Voß, »Schiffswerft, Maschinenfabrik und Kesselschmiede«, von den Arbeitern die »Knochenmühle«

genannt, erlernte er den Beruf eines Nieters und das ABC des Klassenkampfes. Hier wurde er Mitglied der KPD und des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV): Kollegen, die selbst Parteimitglieder waren, hatten ihn davon überzeugt, daß »man Kommunist sein muß, wenn man die Welt verändern will«. Das hieß zugleich, aktiv in der Gewerkschaft zu arbeiten. Warnke setzte sich für die Belange seiner Kollegen ein und gewann ihr Vertrauen.

Zuerst wählten ihn die Nieter zu ihrem Vertrauensmann – »wegen seiner uneigennützigen, bedingungslosen kommunistischen Ergebenheit für die Sache der Arbeiterklasse«. 1929, Warnke war 27 Jahre alt, stand er bereits an der Spitze des Betriebsrates der größten deutschen Werft.

Sein mutiges, konsequentes Eintreten für die Interessen der 10 000 Werftarbeiter trug ihm den Haß von Blohm und Voß, aber auch den Unmut der rechten Führer des Metallarbeiterverbandes ein. Ein schmutziger Komplott gegen ihn endete mit seinem Ausschluß aus dem DMV. Die Arbeiter wählten ihn 1930 wiederum zum Betriebsratsvorsitzenden, aber die Firma warf ihn auf die Straße. Sie kommentierte diesen Rechtsbruch mit zynischer Offenheit: »Wir können unsere erschütterte Autorität im Betrieb nur durch die Absetzung des jetzigen Arbeiterratsvorsitzenden wiederherstellen.«

Nach seiner Maßregelung war Herbert Warnke monatelang arbeitslos. Er stellte seine ganze Kraft in den Dienst der Partei, die ihm im Sommer 1931 jene Aufgabe in Bremen übertrug. Die Hamburger Erfahrungen und die persönliche Unterstützung Thälmanns halfen ihm, in Bremen alsbald Fuß zu fassen. Der junge Warnke sah den Parteivorsitzenden im Sommer 1932 zum letzten Mal: In einem langen Gespräch erklärte er ihm und Robert Stamm, dem Bezirkssekretär der Partei, »wie in den Betrieben, in den Gewerkschaften und auf den Stempelstellen der Kampf gegen den Raubzug der Großkapitalisten auf die Lohntüten der Arbeiter mit dem Kampf gegen die faschistische Gefahr verbunden werden muß«.

Die Bezirksorganisation der RGO im Gebiet Weser/Ems vereinte zu diesem Zeitpunkt im wesentlichen nur die von den rechten Führern ausgeschlossenen revolutionären Gewerkschafter und andere oppositionelle Kräfte. Obwohl sie in den Betrieben noch ungenügend verankert war, half sie den Werktätigen, ihre Forderungen wirkungsvoll zu vertreten. Sie leitete 1932 mehrere Streiks von Arbeiterinnen in der Fischverarbeitungs- und der Juteindustrie, unterstützte die Forderungen der Bau- und Werftarbeiter, organisierte Aktionen der Arbeitslosen. Warnke, der mehrere dieser Kämpfe selbst vorbereitete, nutzte seine Kontakte zu den Proletariern in den Betrieben, besonders zu den Hafen- und Werftarbeitern.

Ob sie nun parteipolitisch organisiert oder unorganisiert waren – so mancher Gewerkschafter und Arbeiter schätzte Warnkes ruhige, sachliche Art,

seine überzeugenden Argumente. Viele stimmten ihm zu, wenn er erklärte, daß der Abbau der Löhne und Unterstützungen, die Massenentlassungen und Mietpreiserhöhungen, die drohende faschistische Gefahr nur von einer einheitlich handelnden Arbeiterklasse abgewehrt werden könnten. Sie redeten nicht nur, sie handelten auch, wie der Streik der Weserschiffer im Oktober 1932 bewies. Sein Verlauf zeigte, daß es möglich war, im Kampf um die Tagesforderungen einheitlich zu handeln und damit zugleich die Einheitsfront gegen den Faschismus zu schmieden. Im Streik gegen den 12- bis 25prozentigen Lohnabbau, gegen die Verschlechterung mehrerer Bestimmungen des Tarifvertrages standen kommunistische, sozialdemokratische und parteilose Gewerkschafter zusammen. Eine machtvolle Solidaritätsbewegung unterstützte die Streikenden. Die scharfe Waffe des Proletariats, der gut organisierte, von Kommunisten geleitete und einheitliche Streik, sicherte in diesem Arbeitskampf den Sieg.

Mit diesem Erfolg offenbarten sich neue Möglichkeiten, den von den Großkapitalisten und Großagrariern gewünschten Machtantritt der Hakenkreuzler zu verhindern. Deshalb machte das RGO-Bezirkskomitee große Anstrengungen, um die antifaschistische Einheitsfront der Werktätigen zu verbreitern. Die letzte legale Sitzung, Anfang Januar 1933, verabschiedete den aufrüttelnden Appell, bei den bevorstehenden Betriebsratswahlen Einheitslisten aufzustellen. Warnke agitierte die Gewerkschafter, Einheitskomitees aus Sozialdemokraten, Parteilosen und Kommunisten zu bilden, wie sie in einigen Orten, zum Beispiel in Nordenham-Einswarden, bereits bestanden und erfolgreich tätig waren.

Doch die im Nordwesten – wie überall in Deutschland – noch vorhandene Möglichkeit, dem Faschismus den Weg zur Macht zu verlegen, wurde von den rechten Führern der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften (ADGB) nicht genutzt. Sie ließen die wiederholten Einheitsfrontangebote der KPD und der RGO unbeantwortet, mißachteten die Einheitsbestrebungen der Werktätigen. Anstatt in der Stunde höchster Gefahr die große Masse ihrer Mitglieder gegen die faschistische Diktatur zu mobilisieren, begnügte sich die ADGB-Führung am 28. Januar mit einer Eingabe bei Hindenburg: Er möge den »unterirdischen Bestrebungen, die auf einen Staatsstreich hinzielen, . . . entschiedenen Widerstand« entgegensetzen. Als der Reichspräsident statt dessen den Naziführer zum Reichskanzler berief, verharrte die ADGB-Führung weiterhin untätig. Sie ließ sich widerstandslos aus Hindenburgs Vorzimmer vertreiben und gab die Erklärung ab: »Daß die deutsche Arbeiterschaft . . . sich gegen diese sozialreaktionäre Regierung am liebsten in unmittelbarer Aktion zur Wehr setzen würde, ist menschlich begreiflich, aber sachlich falsch . . . Organisation – nicht Demonstration: das ist die Parole der Stunde.« Dies kam einer Kapitulation vor den Faschisten gleich.

Nun tobte also der faschistische Terror seit einigen Wochen auch in Bremen. Warnke fand bei Familien Quartier, die der Arbeiterbewegung und ihrem Kampf relativ ferngestanden hatten. Eine Zeitlang war er im Turmzimmer eines gutbürgerlichen Hauses in der Bremer Neustadt untergebracht. Von hier aus knüpfte er, den Weisungen des ZK der KPD folgend, Abend für Abend mit gleichgesinnten Kollegen das Netz für einheitliche gewerkschaftliche Aktionen. Das erforderte Mut, Ausdauer, Einfühlungsvermögen und Zielklarheit – Eigenschaften, die seine Genossen und Kollegen an ihm schätzten.

In dieser mühevollen Arbeit gewahrte Warnke, daß zahlreiche sozialdemokratische Genossen und parteilose Gewerkschafter zwar für einen Widerstand gegen den Faschismus gesinnt waren, aber noch immer auf ein Zeichen ihrer Führungen warteten. Da verlautbarte der ADGB-Bundesvorstand am 20. März in einer Erklärung, daß es für die Gewerkschaften »unter Umständen förderlich« sei, der Hitler-Regierung »mit ihren Kenntnissen und Erfahrungen« auf den Gebieten der Sozial- und Wirtschaftspolitik »dienlich zu sein«. Es war ein historischer Irrtum und eine schuldhafte Irreführung sondergleichen. Wer jetzt noch – wie Warnke – die Arbeiter mobilisieren wollte, mußte Zweifel, Mißtrauen, Verhärtungen abbauen, Fehleinschätzungen und Fehler korrigieren, Zuversicht verbreiten und möglichst einfache, lösbare Aufgaben stellen. Warnke hielt sich an die Orientierung seiner Partei, daß die Gewerkschaften nur dann gerettet werden könnten, wenn sie ihre Kampfkraft geschlossen gegen den Faschismus einsetzten. So gelang es ihm und seinen Genossen, gar manchen Gewerkschafter zu ermutigen. In einem Bericht über die Aktivität des illegalen RGO-Bezirkskomitees hieß es: »Am besten klappt die Arbeit in Bremen selbst. Es gibt in allen Stadtteilen Leitungen, die Mitgliedschaft wird kassiert, und es haben auch bereits Mitgliederversammlungen stattgefunden, die gut besucht waren.«

Die Tage verbrachte Herbert Warnke meistens in »seinem Turmzimmer«, mit Blick nach allen vier Himmelsrichtungen. Hier konnte er ungestört arbeiten, die Ergebnisse der nächtlichen Zusammenkünfte und die Berichte der Verbindungsleute auswerten. Aus ihnen ging deutlich hervor, wie schwierig es war, die Arbeit weiterzuführen und den Widerstand zu organisieren. Manche Verbindungen waren unterbrochen, andere gänzlich abgerissen. Es gab Resignation und Austritte, daneben auch mutige, aber unbedachte Handlungen – wie den Versuch im Einheitsverband der Seeleute, die Organisationsgelder zum Ankauf von Waffen zu verwenden. Immerhin zeigte sich, daß Gewerkschafter gegen den Naziterror reagierten, daß sie sich auf verschiedenste Art und Weise gegen das faschistische Regime zur Wehr setzten. Aus Arbeitsdienstlagern kamen Meldungen über Streiks, die

durch Lohnverweigerungen verursacht waren. Notstandsarbeiter in der Nähe von Oldenburg verhinderten die Einstellung eines Nazi, der in dem Verdacht stand, einen Antifaschisten ermordet zu haben. In einem Park von Bremen war es gelungen, eine illegale Versammlung mit Hafenarbeitern durchzuführen. Kollegen in Bremerhaven hatten durch ihren Protest verhindert, daß der Arbeitsvermittler für die nichtständigen Hafenarbeiter, ein Mitglied der SPD, durch einen Nazi abgelöst wurde. Aus der Marinewerft in Wilhelmshaven lagen Nachrichten vor, wonach sich die oppositionelle Stimmung der Metallarbeiter unter dem Einfluß der Kommunisten beträchtlich verstärkte. In Bremen lehnten die Tabakarbeiter den Vorschlag ihres Direktors ab, den 21. März, den Tag von Potsdam, als arbeitsfreien, aber bezahlten Ehrentag zu feiern – sie arbeiteten trotz mancher Drohungen.

Warnke sammelte alle diese Tatsachen, verknüpfte sie mit seinen persönlichen Erfahrungen, gebrauchte sie bei der mündlichen Anleitung der Kollegen, auch in seinen Artikeln und Informationen, die er auf einer klapprigen Schreibmaschine tippte. Als langjähriger Arbeiterkorrespondent der »Hamburger Volkszeitung« verstand er es, auch als Schreibender die Sprache des Arbeiters zum Arbeiter zu sprechen. Jetzt verfaßte er eine Niederschrift, die unter dem Titel »Die Wahrheit« illegal gedruckt und verbreitet wurde: Darin vermittelte er eine detaillierte und kritische Analyse der Lage in den Betrieben, wie sie sich seit dem Machtantritt der Faschisten entwickelt hatte, er rief die Gewerkschaften zu aktivem Widerstand, vor allem zu Streiks und zur Schaffung der Einheitsfront auf. – Wütend reagierte die Geheime Staatspolizei. Sie beurteilte die »Wahrheit« als eine der schärfsten Schriften gegen das Regime und meldete ihre große Wirkung unter den Gewerkschaftern, die darin ein Lebenszeichen der von vielen schon totgeglaubten Organisation begrüßten. Doch die Kampfbedingungen wurden immer schwieriger. Ein Instrukteur berichtete im April an die Zentrale: »Sehr viele unserer Freunde sind . . . direkt auf der Straße verhaftet worden. So mußte z. B. bereits der dritte Org.-Leiter bestimmt werden . . .«

Dann kam der 1. Mai 1933 und mit ihm die endgültige Kapitulation der rechten Gewerkschaftsführer. Die Faschisten erklärten den internationalen Kampftag der Werktätigen demagogisch zum »Tag der nationalen Arbeit« – und die Leitungen der Gewerkschaften riefen ihre Mitglieder auf, an den von Faschisten organisierten Umzügen teilzunehmen. So erreichte der Verrat an den Arbeiterinteressen seinen Höhepunkt. Er endete in einer würdelosen Anbiederung, die von der braunen Konterrevolution mit höhnischem Zynismus ausgenutzt wurde: Denn am Tage darauf, dem 2. Mai, besetzten SA und Polizei in ganz Deutschland schlagartig die Gewerkschaftshäuser, sie beschlagnahmten das gewerkschaftliche Eigentum, verhafteten die Funktionäre, zerschlugen die in einem fast hundertjährigen, opferreichen Kampf

geschaffenen Assoziationen der Arbeiterklasse. Die Arbeiter wurden der Unternehmerwillkür recht- und schutzlos ausgeliefert.

Eine neue Situation war entstanden. Jetzt ging es nicht mehr darum, die freien Gewerkschaften zu retten, sie allseitig zu stärken, um ihre Kraft gegen den Faschismus einzusetzen. Die KPD orientierte darauf, nunmehr unverzüglich mit dem Neuaufbau freier Gewerkschaften als Einheitsorganisation aller antifaschistischen Werktätigen zu beginnen. Diese Linie entsprach Herbert Warnkes eigenen Erfahrungen. Er vertrat sie in den folgenden Wochen und erklärte seinen Genossen, daß der Sturz des Faschismus nur mit der »Mehrheit der entscheidenden Schichten des Proletariats in den Betrieben und Gewerkschaften« möglich sei. »Nur wenn wir die Initiative von hunderttausenden Gewerkschaftern wecken«, schrieb er in einem Rundbrief, »nur wenn es uns gelingt, in tausenden Betrieben Oppositionsgruppen zu schaffen, werden wir befähigt sein, die Millionenfront der Gewerkschaftsmitglieder in Bewegung zu bringen.«

Auf illegalen Treffen beriet er mit sozialdemokratischen Genossen und Gewerkschaftern. Er schlug ihnen vor, einheitliche Gewerkschaften aufzubauen, in denen Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen und parteilose Kollegen Schulter an Schulter für die Beendigung der faschistischen Diktatur kämpfen. Sie sollten die Rückgabe der Gewerkschaftsgelder und des gewerkschaftlichen Eigentums fordern, Maßnahmen gegen das Streikverbot und die Verhaftungen einleiten, sich für die Befreiung Ernst Thälmanns und aller politischen Gefangenen einsetzen. Ihr Kampf um die Verwirklichung dieser Forderungen, so agitierte er, müsse mit Aktionen »gegen die imperialistische Kriegspolitik des deutschen Faschismus, für die Verteidigung der Sowjetunion, gegen Hunger, Faschismus und Krieg, für Arbeit, Freiheit und Frieden« verbunden werden.

Unterdessen zogen Gestapo und SA den Ring um Warnke enger und enger. Unmöglich, sich dem Zugriff der Faschisten auf die Dauer entziehen zu können! Da riefen ihn das ZK der KPD und die Reichsleitung der RGO nach Berlin. Sie erteilten ihm den Auftrag, eine Funktion im Internationalen Komitee der Metallarbeiter der Roten Gewerkschaftsinternationale auszuüben und an die Stelle des verhafteten Genossen Michael Niederkirchner zu treten. Warnke begab sich ins Saarland, wohin das Büro dieses Komitees verlegt worden war. Nach den Monaten der Illegalität war dies nun ein Weg, der in ein zwölfjähriges Exil führte.

Herbert Warnke hat ihn kämpfend zurückgelegt – in der Hoffnung und späterhin auch der wachsenden Gewißheit: Er werde heimkehren in ein befreites Deutschland, und eine geeinte Arbeiterklasse werde den Imperialismus besiegen, die ausbeutungsfreie Gesellschaft des Sozialismus errichten.

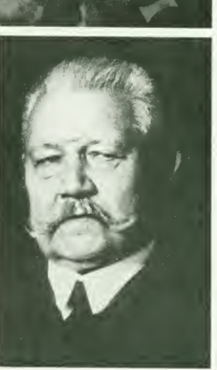
Ausbau und Barbarei der Macht

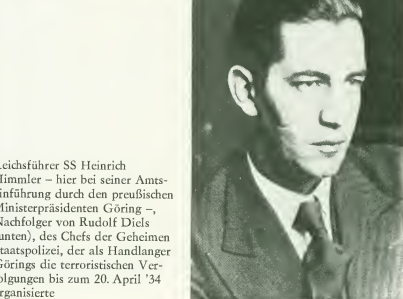
Hitler vor dem Reichspräsidenten nach dem Staatsakt in der Potsdamer Garnisonskirche am 21. März '33 – das Bündnis zwischen preußisch-deutschem Militarismus und Nazipartei wird öffentlich besiegelt

Reichspräsident Paul von Hindenburg – wer ihn wählt, wählt Hitler, hatte die KPD gewarnt

Deutsche Großindustrielle fördern die Nazidiktatur und profitieren an der Rüstung, Wirtschaftskundgebung vom 7. Oktober '33 (links: Albert Vögler, rechts: Gustav Krupp von Bohlen und Halbach)

Selbstverherrlichung der Familie Krupp als Dynastie der berüchtigten Waffenschmiede des deutschen Monopolkapitals, gemalt von George Harcourt

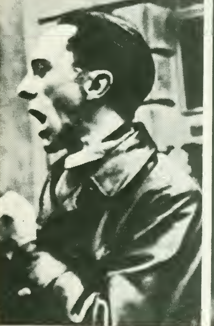




Reichsführer SS Heinrich Himmler – hier bei seiner Amtseinführung durch den preußischen Ministerpräsidenten Göring –, Nachfolger von Rudolf Diels (unten), des Chefs der Geheimen Staatspolizei, der als Handlanger Görings die terroristischen Verfolgungen bis zum 20. April '34 organisierte

Robert Ley, Leiter der Deutschen Arbeitsfront, propagiert die »deutsche Volksgemeinschaft« anstelle des Klassenkampfes vor Berliner Handwerksgesellen im April '35







Barbarische Verbrennung der humanistischen Literatur am 10. Mai '33 auf dem Berliner Opernplatz

Joseph Goebbels, Reichsminister für Propaganda und Volksaufklärung, brandschatzt die deutsche Kultur

Erhard Milch, Vorstandsmitglied der Deutschen Lufthansa und Görings Stellvertreter im Reichskommissariat für die Luftfahrt
Schon '33 entwirft er die Rüstungs- und Angriffspläne der faschistischen Luftwaffe – hier Sturzkampfbomber im Einsatz 1940







Am 2. Mai '33 wird der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund zerschlagen, Gewerkschaftshäuser werden SA-Kasernen

Führende Sozialdemokraten im SA-KZ Sachsenhausen bei Oranienburg



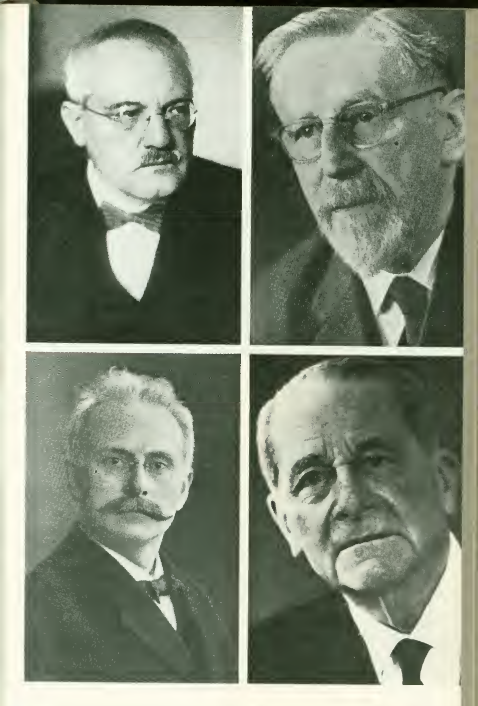
Ernst Röhm, Stabschef der verbrecherischen SA, und (hinter ihm) einer seiner tödlichen Gegenspieler, Reichsführer SS Heinrich Himmler, bei einer Inspektion eines SS-Zeltlagers im Sommer '33

Alfred Hugenberg, Führer der Deutschnationalen Volkspartei und erzreaktionärer Koalitionspartner der Nazipartei, ausgebootet im Sommer '33

Faschistische Wirtschaftsführer besichtigen Ende Februar '34 die IG-Farben, hier die Höchst-Werke; Chef des gewaltigen Chemiekonzerns ist Carl Bosch (rechte Bildseite, links oben)

Männer der faschistischen Wissenschaft – Propagandisten einer »arischen Rasse« (Eugen Fischer, oben rechts) und »deutschen Physik« (Johannes Stark, unten links), Rechtslehrer eines totalitären Staats (Carl Schmitt, unten rechts)







Julius Streicher (rechts neben Hitler) auf dem 7. NSDAP-Parteitag Mitte September '35 in Nürnberg – Herausgeber des »Stürmer« seit 1923, einer der Haupteinpeitscher der antisemitischen »Nürnberger Gesetze«



Terror in neuen Dimensionen, ein Netz von KZ und Außenlagern spannt sich über Deutschland – hier Häftlinge auf dem Appellplatz im Konzentrationslager Sachsenhausen

Theodor Eicke, erster Kommandeur der SS-Totenkopf-Standarte, seit '34 Inspekteur der Konzentrationslager – Physiognomie des unverhüllten Faschismus

Paul von Hindenburg

Kontinuität des preußisch-deutschen Militarismus

Wie ein Ladenschwengel vor seinem Prinzipal, so stand der Hitler an diesem späten Märzmorgen vor der massigen Gestalt des Generalfeldmarschalls von Hindenburg – schmächtig, den Rücken devot gebeugt, den baren Kopf mit den zum Scheitel angeklatschten Haarsträhnen respektvoll geneigt. Diese Pose entsprach indes ganz und gar nicht seinen Gewohnheiten, er pflegte in der Öffentlichkeit sonst keineswegs vor anderen zu dienern. Aber der Handschlag, der ihm jetzt gönnerhaft verabreicht wurde, kennzeichnete eine seiner großen Stunden: Im Angesicht der Menschenmassen ringsum, die nach einem generalstabsmäßig-präzisen Aufmarschplan herbeigetrieben worden waren, symbolisierte diese Geste, daß der ergraute Diener dreier Kaiser dem »Führer der nationalen Bewegung« nunmehr das deutsche Volk und Reich anvertraute. Vor der Garnisonskirche der Hohenzollernresidenz zu Potsdam, so würde es die Presse noch heute millionenfach ins Land schreien, habe sich »altpreußische Größe« und »jungdeutsche Kraft« zu einem ewigen Treuebund zusammengeschlossen.

Dieses Spektakulum, das von gewieften NS-Propagandafachleuten inszeniert, mit einem Mischmasch von preußischem Traditionalismus und modernem Chauvinismus ausgestattet war, sollte die Blößen des neubackenen Unrechtsregimes mit Legalität und Kontinuität bedecken. Es zielte darauf ab, dem traditionell empfindenden und hierarchisch denkenden Staatsbürger die an sich anrüchige Tatsache schmackhaft zu machen, daß ein »Emporkömmling«, ein ehemaliger »Anstreicher«, den ehrwürdigen Kanzlersessel Bismarcks erklommen hatte. Der von vielen Monarchisten und Konservativen auch jetzt noch belächelte oder gar verachtete Asphaltpolitiker, dem ein einflußreicher General erst kürzlich nachgesagt hatte, er könne nur Brüll-

affen auf der Straße feilbieten, sollte an historischer Stätte mit der Aureole des Staatsmannes umgeben werden.

Um dieser Aufwertung willen lohnte es sich für Hitler schon, eine peinliche Verbeugung in Kauf zu nehmen und ein halbes Stündchen lang um den vergreisten Hindenburg herumzuscharwenzeln. Auch wußte er, daß die bombastische Versöhnungszeremonie für den ordensbetreßten Feldmarschall und Reichspräsidenten der letzte öffentliche Staatsakt sein würde. Denn in wenigen Tagen mußte es gelingen, den fast Sechsundachtzigjährigen auf sein Luxusgut nach Ostpreußen abzuschieben und nicht nur ohne Parlament, sondern auch ohne Staatsoberhaupt zu regieren: Die für übermorgen vorgesehene Zustimmung des Reichstages zu dem dafür erforderlichen »Ermächtigungsgesetz« war sicher. Wenn die Gesetzesvorlage auch noch einen Passus über die Unverletzlichkeit der Präsidialrechte enthielt, so konnte man diesen doch als reine Formsache betrachten – der Greis, der vor seinem Gutsgesinde den Ersatzkaiser spielen durfte, würde weder imstande noch willens sein, irgendwelche höheren Rechte wahrzunehmen.

Paul von Beneckendorff und von Hindenburg stand mit hochragender Pickelhaube, reckenhaft auf seinen Säbel gestützt, und mochte keine besondere Genugtuung über die Ehrfurchtsbezeugungen des Nazihäuptlings empfinden. Huldigungen waren ihm ohnehin zur Selbstverständlichkeit geworden, seit man dem Volke und ihm selbst vor knapp zwei Jahrzehnten eingebleut hatte, daß der Sieg bei Tannenberg anno '14 seinem Genius zu verdanken sei. Phlegmatisch und einfallslos wie er war, hatte er sich damals nur langsam an den Ruhm gewöhnen können. Dann jedoch hatte er sich desto gründlicher und auch mit wachsendem Wohlgefallen damit abgefunden, das geregelte Dasein eines alten Generals gegen das schillernde Leben eines Nationalheros vertauschen zu müssen. Er war sich der Last aller daraus entspringenden Verpflichtungen erst bewußt geworden, als die ihm vertraute Welt der Subordination und der Pflichterfüllung am Ende des großen Krieges zusammenzubrechen begann.

Nach Hindenburgs Weltverständnis war damals schier Unbegreifliches geschehen. Angefangen hatte es mit dieser Meuterei vom November 1918: Der allergnädigste Kaiser, Preußenkönig und Herr war vom Pöbel vertrieben worden; Sattler und Korbmacher hatten sich angemaßt, an die Spitze des über Nacht zur Republik erklärten Reiches zu treten. Um den schlimmsten Aufrührern zu wehren, hatte er sich selbst in den Marasmus der Politik stürzen und mit Leuten einlassen müssen, von denen die stolzen Farben Schwarzweißrot besudelt worden waren.

Damit nicht genug, hatten ihn seine alten Kriegskameraden einige Jahre später sogar dazu gedrängt, sich zum Präsidenten dieser geschmacklosen, schwarzrotgoldnen Republik küren zu lassen. Zunächst war er wieder ein-

mal ratlos gewesen. Doch der abgesetzte Kaiser, im holländischen Exil, hatte der Kandidatur seines Expaladins zugestimmt, und Hindenburg war gewählt worden. Das neue Amt hatte sich leidlich angelassen. Alsdann aber waren Wirtschaftskrise, allgemeine Not und erneute Unbotmäßigkeit über das Land hereingebrochen, die letzten Reste von Anstand und Gottesfürchtigkeit ins Wanken geraten. Seine Berater, auf die er mangels eigener Gedanken angewiesen war, hatten sich in dieser Wirrnis nicht mehr einigen können. Sein Sohn und persönlicher Adjutant Oskar hatte ihm dieses und der Sprecher der ehemaligen Regimentskameraden jenes empfohlen, die überschlauen bürokratischen Gehilfen hatten ihn in die eine und die junkerlichen Gutsnachbarn in die andere Richtung geschoben, und die großmächtigen Industriebosse schließlich, denen er immerhin sein Rittergut als Geschenk zum 80. Geburtstag verdankte, hatten ihn mit wiederum ganz anderen Ratschlägen bedrängt. Im Gestrüpp der Intrigen, die für den schwerfälligen Militär undurchschaubar blieben, hatte man ihn zu guter Letzt sogar dazu genötigt, sich bei einer zweiten Präsidentenwahl als Kandidaten der »Sozen« und »Katholen« aufstellen zu lassen – gegen einen dahergelaufenen »böhmischen Gefreiten«, den nicht nur die exaltierte nationale Jugend, sondern unverständlicherweise auch viele seriöse Standespersonen auf den Schild hoben.

Derartiges war für den greisen Herrn schwer zu verwinden gewesen. Doch nach der Wiederwahl hatte er sich erneut auf die Seite seiner alten Kameraden schlagen können, zumal er von den Beratern immer einmütiger beschworen wurde, »Sozen« und »Katholen« die kalte Schulter zu zeigen und endlich durchzusetzen, wovon er selbst immer geträumt hatte – die Wiederherstellung der alten Zucht und Ordnung. Allerdings hatte man dazu von ihm verlangt, er müsse seinen pöbelhaften Konkurrenten, diesen bei den Präsidentschaftswahlen durchgefallenen Gefreiten, zum Regierungschef berufen. Eine solche Forderung hatte ihn schockiert und seinen Einspruch heraufbeschworen: Es gehe doch wohl nicht an, das Schicksal des Vaterlandes in die Hände eines Vielredners zu legen – der junge Mann solle erst einmal zeigen, was er könne. Doch als selbst renommierte Spitzenindustrielle, erstklassige Gutsbesitzer, Leute von altem Schrot und Korn die Kanzlerschaft Hitlers immer dringlicher forderten, hatte er brummend nachgegeben. Sohn Oskar, der sich diese »Wendung der Dinge« zu seinem 50. Geburtstag (am 31. Januar 1933) gewünscht hatte, war unter den ersten gewesen, die dem Alten zur Ernennung Hitlers gratulierten.

Das lag nun sieben Wochen zurück. Und tatsächlich hatte der junge Mann in dieser Zeit schon bewiesen, daß hinter seinem Programmgeschwafel auch Tatenfreudigkeit stand. Was alle diese seriösen Kanzler der Vorjahre nicht zuwege gebracht hatten – dieser Hitler war dabei, es zu schaffen. Die

Kommunisten, die ewigen Querulanten und Aufrührer, waren bereits außerhalb des Gesetzes gestellt. Den »Osthilfe«-Schnüfflern, die bei der Sanierung der ostelbischen Adelsgüter überall Korruption witterten, war im Handumdrehen der Mund gestopft worden. Mit einem Schwung, der selbst die guten alten Zeiten übertraf, wurde der Wehrgedanke ins Volk getragen. Und der lästige Reichstag, von dem Hindenburgs alter Freund und Jagdgefährte Oldenburg-Januschau schon vor dem großen Kriege gesagt hatte, er dürfe nie so stark werden, daß der Kaiser die Möglichkeit verliere, ihn mit einem Leutnant und zehn Gardesoldaten nach Hause zu schicken – dieser Reichstag war endlich auf Vordermann gebracht worden. Wenn die Abgeordneten noch vor wenigen Monaten in unwürdigster Weise mit Schimpfreden gegeneinander gehetzt und den deutschen Namen vor aller Welt in den Schmutz gezogen hatten, so marschierten sie heute – welch ein Wandel! – gesittet in Reih und Glied vom Gottesdienst hierher, zur Garnisonskirche, wo (da das Berliner Reichstagsgebäude in Schutt und Asche lag) die feierliche Eröffnung des neugewählten Parlaments stattfinden sollte. Gewiß, es waren nicht alle erschienen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten hatten sich geweigert, an dem Festakt teilzunehmen. Den kommunistischen Reichstagsmitgliedern aber, ob sie nun gewollt hätten oder nicht, war die Teilnahme ein für allemal verwehrt; soweit sie nicht in den Untergrund getaucht waren, saßen sie sämtlich hinter Schloß und Riegel. Die Volksvertretung war von den Roten gereinigt. Übrigens gestaltete sich auch die Geschäftsführung des Staatsoberhauptes neuerdings viel zügiger, einfacher, zweckvoller: Da kamen keine Regierungschefs mehr ins Präsidentenpalais, die ihren Paragraphenkram lang und breit erörtern wollten – dieser Nazikanzler hielt sich bei seinen Vorträgen nicht mit ermüdenden Kleinigkeiten auf, er verstand es vielmehr, kernig von deutschen Mannestugenden und deutscher Ehre zu sprechen. So brauchte sich Hindenburg nicht den Kopf über Gesetze und Verordnungen zu zerbrechen. Es genügte, wenn er den bewährten Spruch wiederholte, mit dem er sich schon am Vorabend der Tannenberger Schlacht gegen Komplikationen abgeschirmt hatte: »Ich weiß auch nichts Besseres. In Gottes Namen, machen wir es so.«

Und doch – der greise Feldmarschall, der jetzt, von Hitler und dem Reichstagspräsidenten Göring flankiert, gravitätisch und auch ein wenig mühevoll ins Kircheninnere schritt, konnte mit seinem neuen Kanzler immer noch nicht recht warm werden. Zuviel Unfeines, Neumodisches, Marktschreierisches haftete diesem Mann an. Was Hindenburg schon zu Beginn des Jahrhunderts an Wilhelm II., dem Gegenstück des ersten Wilhelm, des Kaisers von 1871, insgeheim mißbilligt hatte, das alles war bei Hitler geradezu in Penetranz vorhanden: theatralisches Gehabe mit prahlerischen Volksreden, sentimentale Rührseligkeit mit Verächtlichmachung ewiger

Werte vermischt. Hitlers Kumpane, allen voran dieser hinkende, unsoldatische Goebbels, hatten sich während des zweiten Wahlkampfes sogar erkühnt, ihn, den Träger der preußischen Marschallsuniform, einer Komplicenschaft mit Deserteuren und vaterlandslosen Gesellen zu bezichtigen. Selbst heute hatte der Hitler die Stirn gehabt, nicht einmal zum Gottesdienst zu erscheinen, der – eigentlich als Teil des Festaktes – für die evangelischen Abgeordneten in der St.-Nicolai-Kirche und für die katholischen in der Peter-und-Paul-Kirche abgehalten worden war. Als Superintendent Dibelius in seiner Predigt zum Bibeltext »Ist Gott für uns, wer mag wider uns sein?« ausgerufen hatte: »Ein Reich, ein Volk, ein Gott!« – da mochte sich Hindenburg an die glorreichen ersten Augusttage von 1914 erinnern. Währenddessen hatte sich der Kanzler, wie Hindenburg bei seiner Stadtrundfahrt zugeflüstert worden war, mit Goebbels zum Grab eines zweifelhaften Raufboldes – »Horst Wessel oder so ähnlich« – begeben, um dort einen Kranz niederzulegen.

Zeugte es nicht überhaupt von verantwortungsloser Unreife, daß Hitler und seine Gefolgsleute in der Öffentlichkeit immer wieder vom Sozialismus redeten? Zwar hatten ihm vertrauenswürdige Personen versichert, daß mit »nationalem Sozialismus« nichts anderes gemeint sei als die von allen Gutgesinnten angestrebte Volksgemeinschaft, aus der allein der Geist der alten Armee wiedererstehen könne. Und Hitler selbst hatte ihm erst im letzten November erklärt, daß er bei einem Verzicht auf derbe Propagandaparolen seine Anhänger unter der Arbeiterschaft verlieren würde, was doch wohl auch kein Vorteil für Deutschland wäre. Das mochte alles stimmen, dennoch ließ sich das Hakenkreuzlertum nicht vom Makel des Plebejerhaften reinwaschen. Und vor allem: Was sollte werden, wenn die Jugend, die Erwerbslosen, die Arbeiter diese Hitlerschen Sozialismusparolen auf ihre Weise auszulegen begännen? Wenn sie gegen Moral und Besitz rebellierten, die Propheten des volksgemeinschaftlichen Sozialismus beiseite stießen, womöglich die »Sozis« und »Roten« verstärkten?

Hindenburg, der inzwischen seine Pickelhaube abgenommen und sich auf einem thronartigen Gestühl am Altar plaziert hatte, schien von Bedenken und Zweifeln niedergedrückt. Er blickte auf die vor ihm in der Gruft stehenden Särge Friedrich Wilhelms I. und Friedrichs II., der Begründer preußischer Größe. Der weihevolle, traditionsreiche Ort forderte geradezu die Frage heraus, ob es diesem windigen Österreicher, den er zum Kanzler ernannt hatte, wohl gelingen würde, Preußen-Deutschlands Gloria wieder aufzurichten. Vielleicht erinnerte sich der wie zum Denkmal selbst erstarrte Marschall, mit welchen Worten er vor acht Jahren den Schlußstrich unter eine Diskussion im Ministerkreise gezogen hatte. Im Zusammenhang mit den umstrittenen Locarno-Verträgen war damals darüber beraten worden, wie

man die militärische Niederlage von 1918 mitsamt ihren Folgen aus der Welt schaffen könne. »Unser Aufstieg«, hatte er gesagt, »muß ein langsamer sein; mit einem Ruck kann es nicht in die Höhe gehen; wir müssen die Leiter mühsam emporklettern und hauptsächlich verhüten, daß wir herunterfallen, weil ein zweites Emporklettern dann kaum noch möglich wäre.«

Würde der Hitler das begreifen? Würde seine Radaupolitik, die zwar nach den 14 lahmen Republiksjahren ganz herzerfrischend wirkte, nicht wieder alles zerschlagen? Oder verhielt es sich tatsächlich so, daß heutzutage nur noch mit Radau und Krach etwas zu erreichen war? Jedenfalls schienen dieser Meinung nicht nur die Herren der Industrie, sondern auch viele seiner alten Kriegskameraden zu sein. Sogar die Mitglieder der königlichen Familie brachten den Nazis unverkennbares Wohlwollen entgegen. Das galt nicht nur für Wilhelm II. selbst, der sich durch seine unstandesgemäße zweite Heirat und den Verkauf seiner Memoiren an den Feind sowohl das Recht zur Rückkehr auf den Thron als auch zum Hineinreden in die Reichsangelegenheiten verscherzt hatte. Auch Thronfolger Kronprinz Wilhelm ergriff überall Partei für Hitler. Und der jüngste Kaisersohn, Prinz August Wilhelm, war so weit gegangen, selbst die Uniform eines SA-Führers anzuziehen.

Wie zur Bestätigung seiner Gedanken, konnte Hindenburg, dessen Augen sich nur langsam an die Beleuchtung im Kircheninnern gewöhnten, den Kronprinzen erkennen, der ihm gegenüber in der ersten Reihe saß. Daneben und unmittelbar dahinter hatten sich zahlreiche weitere Gäste, meist Generale der alten Armee und der Reichswehr, aufgereiht – alles Hindenburgs alte Bekannte. Die in der Tiefe des Raumes sitzenden, zu einer grauen Masse verschwimmenden Abgeordneten bildeten nur eine schweigende Kulisse.

Da schlug Hitlers schrille Stimme an das Ohr des Feldmarschalls. Er sprach vom November '18, nannte diesen eine Mißhandlung des deutschen Volkes, beschwor dann seinen Glauben an die Wiederauferstehung der Nation. Sein Organ überschlug sich fast, als er die Vision eines »mühsam erkämpften und bitter erworbenen neuen Deutschen Reiches der Größe und der Ehre und der Kraft, der Herrlichkeit und der Gerechtigkeit« entwarf, um dann mit einem inbrünstigen »Amen« zu schließen.

Diese Tirade, die Hindenburg in seinen besten Jahren nicht so packend hätte hervorbringen können, mußte dem alten Krieger ans Herz greifen. Jetzt konnte er sich sagen, daß seine Bedenken gegen eine politische Veranstaltung in diesem Gotteshause unbegründet gewesen waren – hatte er sich doch vor 14 Tagen noch strikt geweigert, am Grabe Friedrichs des Großen und vor den Fahnen der beiden brandenburgischen Armeekorps parteipolitische Debatten zu dulden. Daraufhin war ihm von Hitler durch den

Reichsinnenminister versichert worden, daß die beabsichtigte Zeremonie dem Charakter der Garnisonskirche als »nationalem Heiligtum« entsprechen werde. Der Mann hatte Wort gehalten. Voller Genugtuung über den Ablauf des Festaktes verließ der Reichspräsident die Kirche.

Unter dem Eindruck dieser Potsdamer Zeremonie und aller Zuflüsterungen unterzeichnete Hindenburg drei Tage später das »Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich«, eben jenes Ermächtigungsgesetz, das am 23. März von der Parlamentsmehrheit gebilligt wurde. Der schrankenlosen Willkür waren nun Tür und Tor geöffnet.

Die krassesten Auswüchse der über das Land hereinbrechenden Gesetzlosigkeit erregten in Hindenburg zwar hin und wieder ein geheimes Unbehagen. Doch ganz im Geiste des »Tages von Potsdam«, setzte er seinen Namen in den wenigen Lebensmonaten, die ihm noch verblieben, für die Festigung und Glorifizierung der Diktatur ein. Er hielt dies für seine »Pflicht« gegenüber allen, mit denen er sich ein Leben lang einig geglaubt hatte und die jetzt – sofern sie Hindenburgs Dahinkränkeln im weitabgelegenen Ostpreußen überhaupt noch zur Kenntnis nahmen – weitere Unterstützung für Hitler verlangten. Indem er sich beispielsweise nur gegen die Benachteiligung von solchen Juden aussprach, die während des Krieges dem Kaiser gedient hatten (was übrigens erfolglos blieb), sanktionierte er grundsätzlich doch die Judenverfolgung und den Rassenwahn. Ganz ohne Bedenken nahm er die faschistische Gleichschaltung, die faktische Auflösung der im Weimarer Bundesstaat vereinigten Länder hin, obwohl er früher einmal gesagt hatte: »Preußen liquidieren? Aber, meine Herren, ich muß doch sehr bitten!« Er ließ sogar seine vertrauten Berater und Protegés fallen: General von Schleicher, der in der »Nacht der langen Messer« geopfert wurde, Exkanzler Franz von Papen, weil dieser mit einer nicht ins Nazi-Konzept passenden Rede einen Wutausbruch Hitlers auslöste.

Jahrzehnte später fanden und finden sich bürgerliche Historiker, die Hindenburg, um den preußisch-deutschen Militarismus aufzuwerten, den letzten »rechtsstaatlichen Widersacher« gegen die faschistische Diktatur nennen: Der Tod des Feldmarschalls im August 1934 sei, zumal Hitler nun auch das Amt des Staatsoberhauptes an sich riß, ein Unglück für das deutsche Volk gewesen. Die Wahrheit aber ist, daß Hindenburgs Leben unter dem Kainsmal von Blut und Eisen stand und sich am 30. Januar mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 21. März beim »Tag von Potsdam« vollendete.

Die historische Bedeutung des makabren Schauspiels in der Garnisonskirche bestand darin, daß der schöngefärbte Generalfeldmarschall und Kriegsverbrecher des vergangenen ersten Weltkrieges dem verachtungswürdigsten Kriegsverbrecher des kommenden zweiten Weltkrieges in aller Öffentlichkeit seinen Segen erteilte.

Gustav Krupp v. Bohlen u. Halbach

Hilfestellung der monopolkapitalistischen Industrie

Es war der Tag des terroristischen »Judenboykotts«, den die Hitler-Regierung im Geiste des Rassenhasses gegen die jüdischen Bevölkerungsteile Deutschlands organisierte. Mißgelaunt stieg Krupp in den Wagen, der ihn zu den Berliner Geschäftsräumen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (RDI) bringen sollte. Er hatte sich von der Unterredung, die er und Carl Friedrich von Siemens soeben, am Vormittag des 1. April 1933, mit dem Reichskanzler hatten, weit mehr versprochen. Dabei waren sie doch mit Zusicherungen und passenden Erklärungen keineswegs sparsam gewesen: Die Industrie werde die Regierung mit allen Kräften unterstützen, um »die Sammlung und Mitwirkung aller aufbauwilligen Kräfte« herbeizuführen. Sodann hatten sie – angesichts der Zersplitterung bestehender Unternehmerorganisationen – vorgeschlagen, das industrielle Verbandswesen ganz auf die »großen nationalen Aufgaben« der »Wehrhaftmachung« und der »Arbeitsbeschaffung« zu konzentrieren.

Hitler schien aber nicht recht bei der Sache zu sein. Er sprach nur in sehr allgemeinen Redewendungen über den Wiederaufbau der deutschen Industrie und ließ sich nicht zu der gewünschten Feststellung verlocken, daß der RDI der alleinige Vertreter für sämtliche industriellen Interessen werden und dementsprechende Vollmachten erhalten solle. Nach einer vagen Ermahnung, die Industrie müsse die Gunst der Stunde erkennen, hatte er plötzlich anonyme Beschuldigungen erhoben und verlangt: Der RDI solle sich von solchen »Elementen« trennen, die sich in den Augen des Volkes diskreditiert hätten und die keine Garantie für das Wiedererstarken der Nation böten. – Der Schluß lag nahe, daß Hitler angesichts der verworrenen, schwierigen Konstellation von Interessen und Kräften, die innerhalb

des Präsidiums des RDI im Streite lagen, keine Entscheidung fällen wollte. Das war fatal, aber verständlich. Denn er, Krupp, hatte als Vorsitzender doch alle Hände voll zu tun, um wenigstens nach außen hin ein einheitliches Auftreten des Verbandes zu sichern.

Auch befand er sich selbst keineswegs in einer unangefochtenen Position. Fritz Thyssen, der »Nazi-Industrielle Nr. 1«, wie man es neuerdings in Essen sagen hörte, hatte ihn vor einer Woche auf der Präsidiumssitzung scharf attackiert: Er sei bei der Unterstützung der »nationalsozialistischen Revolution« zu lau gewesen, habe sogar lange abseits gestanden und dadurch dem radikalen, gegen das Großkapital belfernden Parteiflügel Auftrieb verschafft, so daß man sich nun noch mit diesem auseinandersetzen müsse.

Krupp hatte diese Anwürfe entschieden zurückgewiesen und war von der Mehrheit der Präsidialmitglieder unterstützt worden. Er habe, so verteidigte er sich und die Geschäftsführung des RDI, vor dem 30. Januar als Vorsitzender weit mehr politische Zurückhaltung üben müssen als die weniger exponierten Herren und sich so lange nicht festlegen wollen, bis das verehrte Staatsoberhaupt, Reichspräsident von Hindenburg, ein Zeichen setzte. Nach dem 30. Januar aber sei der Reichsverband eindeutig den Kurs der vollsten Loyalität gesteuert, und gerade er, Krupp, habe am 20. Februar, wie im Präsidium beschlossen, dem Kanzler den Dank und die Zufriedenheit der Industrie kundgetan, indem er der NSDAP alle erdenkliche Wahlhilfe zusicherte und die fordernd-ermutigenden Worte sprach, »daß es höchste Zeit sei, endlich einmal in Deutschland Klarheit in den innerpolitischen Fragen zu schaffen«. Diese sei ja nun, nach den Märzwahlen und den neuen Gesetzen, auch im wesentlichen gewährleistet.

Das alles entsprach wohl den Tatsachen. Was Krupp sich allerdings nie offen eingestanden hätte, war, daß seine frühere und jetzige Haltung dem Zuschnitt seiner Herkunft und seines Charakters entsprach. Als preußischer Karrierediplomat von mäßiger Begabung und als Träger eines großherzoglich-badischen Adelsprädikats, dem es an Ehrwürdigkeit gebrach, weil es erst seit der Generation seines Vaters zählte, war es ihm immerhin vor 27 Jahren gelungen, mit der damals zwanzigjährigen Bertha Krupp, der reichsten Erbin Europas, verheiratet zu werden. Seitdem durfte er sich gemäß kaiserlichem Dekret den Namen Krupp beilegen: Krupp von Bohlen und Halbach. Mit seiner Frau hatte der Kaiser, als sie noch ein junges Mädchen war, huldvoll zu scherzen geruht, und er hatte sie nun eigenhändig, mit großer Suite, zum Traualtar geleitet. Sehr verständlich, daß die beiden Krupps in monarchistischen Erinnerungen und Wunschvorstellungen schwelgten und den Parvenü Hitler von Herzen geringachteten! – Gustav, im Unterschied zu Bertha, allerdings nur bis zum 30. Januar. Seit diesem Tage folgte er ganz dem politischen Hauptcharakterzug, den Schwager Tilo

von Wilmowsky so eindeutig an ihm hervorgehoben hat: dem Streben, sich und den Konzern der jeweiligen Staatsgewalt, war sie nur stark genug, voll und ganz zur Verfügung zu stellen, was mit dem wohlverstandenen Interesse der Kruppschen Waffenschmiede aufs schönste harmonierte.

Das Präsidium des RDI hatte dann auch am vorigen Sonnabend beschlossen, daß er und Siemens mit dem Kanzler über eine nötige Neuordnung des industriellen Verbandswesens reden sollten. In einem vorbereitenden Schreiben drückte es für Hitler die Genugtuung darüber aus, daß seit den Reichstagswahlen »die Grundlage für ein stabiles Regierungsfundament« bestünde: Die Industrie sei entschlossen, »alles (zu) tun, um der Reichsregierung bei ihrem schweren Werke zu helfen«!

Im Grunde ging es darum, so grübelte Krupp, daß die anzukurbelnde Konjunktur von der Industrie gesteuert wurde. Der wirtschaftliche Aufschwung und die Rüstungsaufträge, die zu erwarten waren, sollten vor allem den gesunden, förderungswürdigen, vaterländischen Unternehmen zufließen. Nur so würde die Wirtschaft schnell erstarken und Deutschland am meisten gedient sein. Was sich in den schweren Jahren der Krise als zu schwach erwiesen hatte, mußte als unnützer Esser an der Tafel des Profits ausgemerzt werden.

Aber wie war das durchzusetzen? Im Augenblick herrschte ein organisatorisches Chaos. Auch im Reichsverband reichte die Verschiedenheit der Meinungen von den »ständischen« Vorstellungen Thyssens (der mit der unsinnigen Idee der »Berufsstände«, die sich aus Unternehmern und Arbeitern desselben Produktionszweiges zusammensetzen sollten, wahrscheinlich bloß seinen Rückhalt bei der Nazipartei verstärken wollte) bis zum Projekt einer sehr lockeren Organisation, die Siemens ihm eben beim Mittagessen als erstrebenswert hingestellt hatte. Jeder einzelne aber fühlte sich zum Schöpfer der neuen deutschen Wirtschaftsordnung berufen.

Das Auto hielt. Die Räume des Reichsverbandes schienen an diesem Sonnabendnachmittag verlassen zu sein. Erst in seinem Arbeitszimmer fand Krupp das geschäftsführende Präsidialmitglied Ludwig Kastl – aber in welch einem Zustand! Kastl lag schwer atmend auf der Chaiselongue; ein Mitarbeiter der Geschäftsleitung flößte ihm Herztropfen ein.

Er berichtete stockend, was geschehen war: Ein Trupp SA-Männer sei in die Geschäftsräume eingedrungen und habe ihn gezwungen, einen Revers zu unterschreiben, in dem der RDI sich verpflichtet, alle jüdischen Präsidialmitglieder und Angestellten, ihn selbst – Kastl – einbegriffen, zu entfernen. Er habe danach sofort Reichswirtschaftsminister Hugenberg, den führenden Kopf der Deutsch-Nationalen Volkspartei, zu erreichen versucht; leider vergeblich. Kaum eine Stunde später seien drei Herren gekommen, nämlich der Leiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung der NSDAP, Otto Wagener,

mit einem seiner Mitarbeiter, einem Herrn von Lucke, und ein Parteifreund und Vertrauter Hugenbergs, Alfred Moellers, Vorsitzender des »Bundes für Nationalwirtschaft und Werkgemeinschaft«. Sie hätten die gleiche Forderung gestellt wie die SA-Leute und verlangt, Moellers und von Lucke als Vertrauensleute der »nationalen Bewegung« in die Geschäftsführung des RDI aufzunehmen. Etwas Schriftliches hätten sie nicht vorgewiesen.

Krupp war wie vom Donner gerührt. Er überlegte fieberhaft: War das ein abgekartetes Spiel, ihn zu stürzen? Wohl nicht, sonst würde ihn Hitler heute kaum empfangen haben. Vielleicht aber hatte Thyssen seine Hand im Spiel? Dieser hatte nämlich vor wenigen Tagen höchst eigenmächtig, unter Umgehung des RDI-Präsidiums, mit Regierungsstellen über die Reorganisation der industriellen Verbände verhandelt und die Bildung eines »beratenden Ausschusses«, der unter seiner persönlichen Leitung stehen sollte, vereinbart. Thyssens Position konnte aber auch im Präsidium des Reichsverbandes sehr stark werden, wenn dort die jüdischen Mitglieder ausschieden – und als guter Freund Görings dürfte es nicht schwer für ihn gewesen sein, einen Trupp SA-Leute aus der heutigen Großaktion des »Judenboykotts« abkommandieren zu lassen ... Aber der zweite Besuch paßte nicht so recht dazu. Der sah eher nach einer Gegenaktion Hugenbergs aus, des langjährigen politischen Gewährsmannes der Schwerindustrie im allgemeinen und des Krupp-Konzerns im besonderen. Das jedenfalls konnte und mußte er, Krupp, als eine Unterstützung seiner eigenen Position nach Kräften nutzen.

Er raffte sich zusammen. »Gehen Sie nach Hause und pflegen Sie sich«, sagte er zu Kastl, »nehmen Sie meinen Wagen. Betrachten Sie sich als beurlaubt, bis die Dinge wieder im Lot sind. Ich werde das Präsidium für nächste Woche zusammenrufen. Die Einladungen unterschreibe ich selbst.«

Noch am selben Abend fuhr Krupp nach Essen zurück. In den folgenden Tagen überdachte er sein Konzept für die Sitzung, die er zum 6. April einberufen hatte, telefonierte mit Hugenberg und Wagener, sondierte das Terrain bei guten Freunden. Am 4. April schrieb er an Hitler. Er dankte für die Audienz vom Sonnabend und nahm dies zum Anlaß, in verhüllter Form die Vertrauensfrage zu stellen, um Hitler nach Möglichkeit eine verwendbare Stellungnahme abzunötigen: Er – Krupp – sehe »neue und wichtige Aufgaben« vor sich; damit er sie lösen könne, müsse er indessen sicher sein, »das Vertrauen der Reichsregierung und insbesondere Ihr Vertrauen, Herr Reichskanzler, zu genießen«. Übrigens dürfte, so flocht er beiläufig ein, dem Kanzler bekannt geworden sein, daß »Verhandlungen« zwischen Otto Wagener und der Geschäftsführung des RDI stattgefunden hätten ... Krupp wäre es sehr willkommen gewesen, wenn Hitler den überraschenden Besuch Wageners und seiner beiden Begleiter bestätigt und zugleich in den

Rang von »Verhandlungen« gehoben hätte – immerhin hatte er im Gespräch am 1. April zugesagt, einen bevollmächtigten Verbindungsmann der Regierung zum RDI zu benennen. Krupp drängte auf eine Antwort. Er könne, so schrieb er, »schon in den allernächsten Tagen vor sehr weittragende Entschlüsse gestellt werden«. Wenn nicht anders, dachte Krupp beim Signieren des Briefes, dann würde eben dieser Wagener auch ohne ausdrückliche Bestätigung seine Rolle spielen müssen.

Am 6. April, auf der Sitzung des Präsidiums, war die Atmosphäre zum Zerreißen gespannt. Krupp fiel auf, daß schon jetzt die meisten jüdischen Mitglieder fehlten. Er berichtete ausführlich über die Vorgänge, die sich am 1. April in Berlin ereignet hatten: Zuerst stellte er die Unterredung mit Hitler als einen Erfolg dar, einen hohen Vertrauensbeweis des Kanzlers für den Reichsverband und besonders für ihn, Krupp, und er vergaß auch nicht, seinen Brief vom 4. April zu erwähnen. Dann schilderte er das Auftreten des SA-Trupps als einen Übergriff unverantwortlicher Elemente, über den er sich bei Göring als preußischem Innenminister beschwert habe. Demgegenüber halte er es aber für sehr günstig, so sagte er mit Nachdruck, in Gestalt der Herren Moellers und von Lucke ständige unmittelbare Verbindungsleute zur großen nationalen Bewegung zu besitzen. Sie seien von ihm eingeladen, kommissarisch im Präsidium tätig zu sein – als verläßliche Herren, die das Vertrauen des »Führers«, seines Stellvertreters und des Reichswirtschaftsministers genössen, deren Anregungen man sich also schlechterdings nicht verschließen könne. Sie böten die Gewähr dafür, daß der RDI seine großen Aufgaben ungestört und ohne Überstürzung, aber auch ohne Verzug in Angriff nehmen könne.

Zu guter Letzt stellte Krupp den Antrag, sämtliche Vollmachten für die ferneren Verhandlungen mit Regierungsstellen und Verbänden ausschließlich ihm zu übertragen, damit ein einheitliches Auftreten des RDI gewährleistet sei.

Thyssen saß bleich vor Wut da, sah seine Taktik durchkreuzt und erhob sogleich wütenden Protest: Es komme nicht in Frage, daß dem Reichsverband Kommissare vor die Nase gesetzt würden. – Ausgerechnet Thyssen mußte so sprechen! stellte Krupp bei sich fest, dieser Mann, der sich selbst nur zu gern in einer ähnlichen Rolle gesehen hätte.

Schon aber hörte er Thyssen auftrumpfend sagen: Er habe bei seinen Besprechungen mit Regierungsstellen am 27. März die Zusage erhalten, daß eine amtliche Kommission das gesamte Problem der Reorganisation des Verbandswesens gründlich prüfen werde; erst nach einiger Zeit – nicht vor einem halben Jahr – solle dann der Reichsverband als Ganzes damit befaßt werden.

Und dann unter Thyssens Führung! dachte Krupp grimmig. Er brauchte

nicht erst zur Diskussion aufzufordern. Sie nahm stürmische Formen an. Krupp brach sie schließlich mit der Bemerkung ab: Er habe das Vertrauen des »Führers«, werde aber umgehend zurücktreten, wenn das Präsidium gegen seine Handlungsweise sei und seinem Antrag nicht zustimme.

Mit dieser Herausforderung wurde die Schlacht entschieden. Selbst Thyssen konnte jetzt nicht daran gelegen sein, mit einer Abhalfterung Krupps die guten Beziehungen zur Staatsspitze aufs Spiel zu setzen. Das Präsidium billigte nachträglich die Verhandlungen Thyssens und erklärte, es werde die Arbeit der von ihm genannten amtlichen Kommission voll und ganz unterstützen. Aber die eigentliche Entscheidung fiel mit dem Votum: Das Präsidium gebe Krupp die ausschließliche Vollmacht zur Zusammenarbeit mit der Regierung in allen Fragen, die die organisatorischen Maßnahmen nicht nur des RDI, sondern auch aller anderen industriellen Verbände beträfen. Diese Vollmacht galt auch für »sämtliche Personalfragen«, was hauptsächlich eine vornehme Umschreibung für die Ausschaltung der jüdischen Mitglieder und Mitarbeiter war. Alle Sonderaktionen, so stellte das Präsidium abschließend ebenso verpflichtend wie kritisch fest, seien von nun an strikt abzulehnen.

Sogleich nach der Sitzung schrieb Krupp, im Hochgefühl seines Sieges, an Hitler. Er bat um einen Termin in den folgenden Tagen, damit er über das Ergebnis berichten könne. Doch Hitler war auswärts beschäftigt und bat seinerseits um einen schriftlichen Bericht. Daraufhin faßte Krupp seine im Präsidium durchgesetzte Konzeption in einer längeren Aufzeichnung zusammen, die er nach Ostern an den Reichskanzler schickte: Er stellte sich ihm als den einzigen zu Verhandlungen und Handlungen bevollmächtigten Vertreter der deutschen Gesamtindustrie vor.

»Die politische Entwicklung«, so unterstrich er noch einmal, »begegnet sich mit Wünschen, die ich selbst und das Präsidium seit langem gehegt habe.« Es handle sich nunmehr nicht nur um die »Vereinfachung und Rationalisierung des gesamten industriellen Verbandswesens«, sondern überhaupt darum, »die durch das Gesamtinteresse der Nation bedingten wirtschaftlichen Maßnahmen mit dem politisch Notwendigen abzustimmen«. Das zielte auf die bereits anlaufende Rüstungskonjunktur.

»Unter Übernahme des Führergedankens des neuen Deutschen Staates« habe er, Krupp, durch einstimmigen Beschluß des Präsidiums die »außergewöhnliche Vollmacht« erhalten, »1. daß ich ... der alleinige Bevollmächtigte des Reichsverbandes der Deutschen Industrie bin für die mit der Reichsregierung und deren Beauftragten notwendigen Verhandlungen und 2. daß ich ... der alleinige Bevollmächtigte des Reichsverbandes der Deutschen Industrie bin für alle organisatorischen und insbesondere in personeller Hinsicht sich etwa ergebenden Veränderungen innerhalb der Organi-

sation des Reichsverbandes der Deutschen Industrie«. Der letzte Passus war ein deutlicher Hinweis auf die geplante »Entjudung« des RDI.

Krupp machte sodann den Vorschlag, mit Hitler oder dessen Beauftragten die Grundsatzfragen durchzusprechen und zugleich mit Hilfe »besonderer Ausschüsse aus sachverständigen Herren« einen Plan für die Reorganisierung des Reichsverbandes aufzustellen. Sämtliche bis jetzt bestehenden Gremien des RDI seien in diesem Zusammenhang »gewissermaßen stillgelegt« worden. Erst nach dieser Arbeit werde er »die maßgebenden Gremien« des RDI wieder »zu einer besonderen Tagung« einberufen: »Aufgabe dieser Tagung wird es sein, das Fundament für die neue Gestaltung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie zu legen.«

Eine Woche später, am 3. Mai, fuhr Krupp wiederum zu Hitler. Der Reichskanzler akzeptierte Krupps Pläne vollständig und beglückwünschte ihn zur Durchsetzung des »Führerprinzips« im RDI. Er begriff, daß Gustav Krupp – in diesen kritischen Wochen des härtesten Klassenkampfes und der inneren Labilität des Regimes – der faschistischen Diktatur die Unterstützung des gesamten Monopolkapitals sicherstellte. Als Person von farbloser Mittelmäßigkeit war dieser Ruhrmagnat zugleich jener politisch-reaktionäre Charakter, der die verschiedenen Gruppierungen und Auffassungen der deutschen Industriemonopolisten gleichsam als Kompromißformel verkörpern und vereinigen konnte.

Krupp erschien die Lage jetzt verhältnismäßig einfach: Wie der Staat, so brauchte auch die Wirtschaft einen Diktator – und diese vaterländische Verantwortung hatte das Schicksal offensichtlich auf seine Schultern gelegt. Er verband sich in den folgenden Wochen eng mit Hitler, engagierte sich für die Auffüllung der Parteifinanzen, besonders, wenn sie, zum Beispiel über die Auslandspropaganda, das industrielle Geschäft zu beleben versprach. Noch im Mai schuf er als »Dank für den Führer der Nation« den schier unerschöpflichen Fonds einer »Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft«. Diesen Fonds sollten »gleichmäßig und im richtigen Verhältnis zu ihrer Belegschaft möglichst alle Firmen der deutschen Wirtschaft einschließlich der Landwirtschaft und der Bankwelt« füllen. Die Gelder flossen direkt der NSDAP zu, und der Vorsitzende des Kuratoriums dieser Sammlung war wiederum kein anderer als Krupp.

Zur gleichen Zeit forderte der Vorsitzende die Mitglieder des Präsidiums des RDI auf, ihr Amt zur Verfügung zu stellen. Auf diese Weise konnte er einerseits ganz unauffällig die jüdischen Mitglieder und Mitarbeiter ausbooten und andererseits den Zusammenschluß des RDI mit der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zu einem Einheitsverband unter dem Namen »Reichsstand der Deutschen Industrie« vollziehen. Dieser »Reichsstand« bildete nun einen Koloß wirtschaftlicher und politischer Macht,

dem 29 Fachgruppen mit 1 500 Fachverbänden untergeordnet waren, dazu 23 regionale und 28 örtliche und allgemeine Verbände. Und diese Macht, die wichtigste Stütze des Hitler-Regimes, lag in den Händen Gustav Krupps!

Freilich reiften nicht sogleich alle Blütenträume, die von den Herren an Rhein und Ruhr gehegt wurden. Die innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten der faschistischen Diktatur bremsten anfangs die Rüstungskonjunktur. Als sich aber seit 1935 die Schleusen für die Hochrüstung des deutschen Imperialismus öffneten, erhielt der von Krupp vertretene Gedanke, alle wirtschaftliche Gewalt in einer Kommandospitze der großen Monopole zu konzentrieren, in Gestalt der aus dem »Reichsstand« hervorgehenden »Reichsgruppe Industrie« seine volle, gefährliche Realität.

Rudolf Diels

Betrachtung eines Gestapo-Chefs

Als die Gesetzsammlung des Landes Preußen mit dem Gesetz über die Errichtung eines Geheimen Staatspolizeiamtes vom 26. April 1933 vor ihm lag, erfüllte den Oberregierungsrat Dr. Rudolf Diels tiefe Genugtuung. Zehn Wochen des harten Zugriffs, der praxisnahen organisatorischen Veränderungen und etlichen Antichambrierens fanden damit ihre juristische Bestätigung – mehr noch: Das Gesetz ermöglichte, die Verfolgung politischer Gegner zu perfektionieren, und es eröffnete dem Leiter der neugeschaffenen Polizeibehörde eine größere Machtfülle, eine steile Karriere.

Gerade jetzt muß Diels gegenwärtig gewesen sein, daß er schon neun Monate früher, nach Papens Staatsstreich in Preußen, erweiterte Befugnisse erhalten hatte, damit er den Kommunismus bekämpfte. Und ebenso erinnerlich war, daß er Göring bereits im vorigen Herbst polizeiliche Informationen über die Kommunisten zugespielt hatte – was dieser als neuernannter Chef des preußischen Innenministeriums auch gebührend honorierte, indem er gerade ihn am 30. Januar als ersten seiner Mitarbeiter zu sich rief. Wenige Tage darauf war Diels mit der Leitung der Abteilung IA im Berliner Polizeipräsidium, der Zentralstelle der preußischen Politischen Polizei, betraut worden.

Ihre ersten großen Schläge, die Durchsuchungen und die Besetzungen der KPD-Zentrale im Berliner Karl-Liebknecht-Haus am 17. und 23. Februar, gingen zwar ins Wasser: Denn nur wenige kommunistische Funktionäre konnten angetroffen, kaum nennenswertes Material konnte entdeckt werden. Das freilich hatte Göring nicht hindern können, vor der Öffentlichkeit das ganze Gegenteil zu behaupten. Doch seit dem Abend des Reichstagsbrandes zahlten sich alle Vorbereitungen aus: Seit Jahr und Tag fertige Listen, in

den vergangenen Wochen ergänzt und auf den letzten Stand gebracht, konnten jetzt hervorgeholt werden. Mit ihnen schwärmten seine Beamten aus: Von uniformierter Schutzpolizei und SA unterstützt, ergriffen sie Tausende und aber Tausende von Kommunisten, Sozialdemokraten, Pazifisten und bürgerlichen Demokraten. Ein Bericht des Innenministeriums benannte im März rund 15 000 Polizeihäftlinge allein in den preußischen Landesteilen.

Eine solche Schlagkraft polizeilicher Exekutive mußte Diels' Ansehen bei den neuen Machthabern ganz gewiß steigern. Allerdings, so schien es dem Oberregierungsrat rückblickend, waren die organisatorischen und personellen Veränderungen, die er im Apparat der Politischen Polizei vorgenommen hatte, nicht weniger gewichtig. Das antikommunistische Dezernat war beträchtlich erweitert worden. Noch während der Verhaftungswelle hatte er das enteignete Karl-Liebknecht-Haus bezogen, und soeben, kurz vor Erlaß des Gestapo-Gesetzes, war die gesamte Politische Polizei in die ehemalige Kunstgewerbeschule, Prinz-Albrecht-Straße 8, übergesiedelt – sichtbarer Ausdruck, daß sie an Bedeutung gewann und sich aus dem allgemeinen Repressivapparat herauslöste.

Eine selbständige Behörde, mit eigenen Einrichtungen in den preußischen Gebieten, sollte gebildet werden. Dem Innenminister Göring unmittelbar unterstellt, sollte sie »die Beobachtung und die Bekämpfung aller staatsfeindlichen Organisationen und Bestrebungen« zusammenfassen. In diesem Sinne jedenfalls war der Auftrag für Diels formuliert worden – und zwar von Ludwig Grauert, dem neuen Staatssekretär im Innenministerium, der vordem Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller gewesen war. Die Erfüllung dieser Aufgabe erforderte einiges Durchsetzungsvermögen gegenüber anderen Dienststellen. Daß aber der Grundstein schon gelegt war, durfte nicht zuletzt als sein, Diels', Werk gelten.

Der 1900 geborene Bauernsohn aus dem Taunus hatte schon als 19jähriger Marburger Jurastudent am Ende der Novemberrevolution in einem Freikorps gedient, das im Thüringischen gegen Arbeiter und Kommunisten vorging. Danach war eine triste Verwaltungsausbildung in der Behörde des Kasseler Regierungspräsidenten, sodann die Tätigkeit in verschiedenen Landratsämtern und der Provinzialverwaltung Brandenburg gefolgt. Erst seit 1930, als Dezernent für Kommunistenbekämpfung im preußischen Innenministerium, fühlte er sich am richtigen Platz, ein Empfinden, das durch die ausgedehnten Kompetenzen nach Papens »Preußenschlag« zugenommen hatte. Doch bei allem Respekt für die vorjährigen Verfolgungsmaßnahmen gegen die »Roten« – was waren sie angesichts ihres jetzigen Ausmaßes und des erweiterten polizeilichen Handlungsraumes?

Der neuernannte Gestapo-Chef wußte sich mit vielen seiner Mitarbeiter

weitgehend einig. In erster Linie betraf das natürlich solche erfahrenen Leute, die gleich ihm schon lange im Polizeidienst standen. Diels fiel vor allem Kriminalrat Arthur Nebe ein, der Leiter der Exekutive seines Amtes – ein fast gleichaltriger Lehrersohn, der den Offiziersdienst in der Reichswehr quittiert hatte, weil sie ihm nicht konservativ genug schien, und der bald nach seinem Eintritt in die Berliner Kriminalpolizei eine nationalistische Gruppe, Anfang der dreißiger Jahre eine NS-Zelle gegründet hatte. Obgleich Diels die ungeheure Brutalität dieses NSDAP-Mannes nicht ganz behagte, charakterisierte doch auch sie die gewonnene Macht und Bewegungsfreiheit.

Der Gestapo-Chef dachte gleichfalls an die rund 250 Mann, die sich unter Nebe allein mit der Exekutive befaßten. Was waren dagegen die 60 Beamten, mit denen er im Februar angefangen hatte! Was war jene eine Million Reichsmark, die ihm damals zustand, gegen die vier Millionen, über deren Einsatz er nun verfügte! – So etwa konnte Oberregierungsrat Diels am Ende des April '33 die Entwicklung seiner Tätigkeit und seines Amtes betrachten.

Das nun vorliegende neue Gesetz fixierte diesen Entwicklungsstand der Politischen Polizei, es gab ihr einen neuen Namen und insbesondere die größere Selbständigkeit: Das Geheime Staatspolizeiamt, so besagte der entsprechende Paragraph, habe die Stellung einer Landespolizeibehörde und unterstehe unmittelbar dem Minister des Innern. Eine gleichzeitige Verordnung Görings bestimmte in Anknüpfung an das Gesetz, daß allein dieses Amt für die Beschränkungen der persönlichen Freiheit und des Eigentums, für Eingriffe in das Brief-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis sowie für das Verbot periodischer Druckschriften zuständig sei. Ein Runderlaß, der sich wiederum auf das Gesetz und die Verordnung gründete, befahl die Schaffung von 33 Staatspolizeistellen in allen preußischen Gebieten, die dem Geheimen Staatspolizeiamt unterstellt und ihm berichtspflichtig waren. Dieser Erlaß faßte die generelle Order an die Gestapo mit den formalistisch-glatten Worten zusammen: »Wirksame Bekämpfung aller gegen den Bestand und die Sicherheit des Staates gerichteten Bestrebungen.«

Der Auftrag und die damit verknüpften Aussichten entsprachen den Erwartungen von Diels. Er hatte die juristischen Entscheidungen selbst vorbereitet und eine klare Vorstellung davon, wie der eingeschlagene Weg fortzusetzen sei. Das Geheime Staatspolizeiamt mußte neu gegliedert und erweitert werden, wobei das Dezernat, das die »kommunistischen Umtriebe« bekämpfte, weiterhin das Zentrum bildete. Dessen bisheriger Leiter, Regierungsassessor Hans Schneppel, war durch Kriminalrat Reinhold Heller zu ersetzen, einen ehemals kaiserlichen Offizier und Freikorpsmann, der schon seit 1920 in der Abteilung IA diente, Angehöriger des Sicherheitsdienstes

der SS war und als Kommunismus-Fachmann in Ansehen stand. Heller hatte den Überfall auf das Karl-Liebknecht-Haus und dessen Durchsuchung geleitet, und er war gegenwärtig mit der Vorbereitung der Prozesse gegen Dimitroff und Thälmann befaßt.

Dem antikommunistischen Dezernat gleichrangig war jenes, das die Polizeihaft und damit auch die Isolation, Peinigung, Vernichtung von Regimegegnern in den staatlichen Konzentrationslagern verfügte. Eine ähnlich schreckliche Wirkung erhoffte sich Diels von den Kellerräumen seines Dienstsitzes in der Prinz-Albrecht-Straße, die er zum Hausgefängnis ausbauen ließ. Häftlinge, die die Verhöre und Folter überstanden, konnten von hier aus entweder direkt in die Konzentrationslager geworfen oder der Justiz überantwortet werden.

Vor allem aber brauchte die Geheime Staatspolizei neue Leute und frisches Blut. Beides, so rechnete Diels, ließ sich vorwiegend aus der SS holen. Seine Vertrautheit mit SS-Gruppenführer Kurt Daluege, Leiter der Polizeiangelegenheiten im preußischen Innenministerium, würde viele stramme SS-Leute für den exekutiven Einsatz erbringen. Ebenso war an junge Akademiker für den gehobenen Dienst zu denken, die dem Terror einen rechtmäßigen Anstrich geben könnten. Ihm selbst würde Daluege von Himmler einen SS-Rang verschaffen, der seiner Stellung und der Bedeutung des Geheimen Staatspolizeiamtes angemessen war. Dadurch würden sich in seiner Behörde die Erfahrungen, Formen, Methoden der altgedienten Ministerialbeamten und Polizeioffiziere, die den Gegner zu verfolgen gelernt hatten, mit der Brachialgewalt schlagkräftiger neuer Leute verbinden, die ihn zu vernichten suchten.

Für solche Aufgaben war Staatssekretär Grauert sicherlich bereit, neue Anweisungen zu unterschreiben. Ihre Hauptrichtschnur mußte sein, die KPD durch Verhaftung ihrer Funktionäre, Unterbindung ihrer Propaganda, Beschlagnahme ihrer technischen und finanziellen Mittel zu beseitigen, jedwede erneuten kommunistischen und anderen staatsfeindlichen Aktivitäten mit schärfsten Verfolgungsmaßnahmen zu liquidieren. – So sah Diels sein Wirkungsfeld, wie es sich aus dem Gesetz über die Gestapo ergab. In nicht allzu ferner Zeit hoffte er melden zu können: Der von ihm geschaffene und ihm unterstehende Polizeiapparat halte zuverlässig alle Staatsfeinde nieder und habe vor allem den Kommunismus in Deutschland geschlagen. Dies, so wußte er von seinen neuen Vorgesetzten, war erstes und wichtigstes Ziel der Innenpolitik, eine unbedingte Voraussetzung, um weiterreichende Pläne im Inneren und nach außen verfolgen zu können.

Diels witterte für sich und sein Amt eine große Zukunft. Schon in ein paar Tagen wollte er mit Daluege den Gedanken erörtern, die Politische Polizei zu »verreichlichen«, das hieß: ihre Unterstellung unter die Behörden

der einzelnen deutschen Landesteile aufzuheben, sie zu einer zentralen Reichsbehörde zusammenzufassen und dem preußischen Modell anzupassen. Er durfte sogar auf die Unterstützung des Reichsinnenministers Frick hoffen, sobald man das Geheime Staatspolizeiamt Preußens zum Geheimen Polizeiamt des Reiches ausbaute. Offen blieb nur die Frage, unter wessen Leitung dieses geschehen würde. Diels rechnete sich, im Frühjahr '33, dafür einige persönliche Chancen aus ...

Ein Jahr später, im April 1934, sollte für den Gestapo-Chef des Landes Preußen wiederum ein einschneidender Anlaß sein, das bisher Erreichte zu bilanzieren. Die Kommunisten hatten nach der großen Verhaftungswelle den illegalen Widerstand organisiert – die Hauptstoßrichtung der Gestapo war also geblieben. Das bekräftigten die Anweisungen Grauerts vom 27. Mai des Vorjahres, wonach es galt, der »Wiederbelebung der kommunistischen Aktivität« mit »schärfsten Repressalien gegen die kommunistischen Funktionäre« zu begegnen, »die kommunistische Bewegung ... als Gefahr für den Bestand des Staates endgültig auszuschalten«. In diesem Sinne hatte Diels im Dezember verlangen können, man möge ihm Dimitroff im Falle eines Freispruchs durch das Reichsgericht ausliefern. Wie er Vertretern mehrerer Ministerien mitteilte, wollte er den Repräsentanten der Kommunistischen Internationale in ein Konzentrationslager stecken, um »ihn dort genauso zu behandeln wie die anderen maßgeblichen kommunistischen Funktionäre Thälmann, Schneller usw.«. Das gehörte nach seinem Verständnis zum Zuschnitt des Regimes, war – so sein Kommentar – eine Frage des richtigen politischen »Stils«.

Überhaupt konnte er, was die Konzentrationslager betraf, auf einige persönliche Initiativen und Verfügungen aus seiner Hand zurückblicken. Da waren unter anderem seine Weisung vom 30. Juni 1933, »unverbesserliche Elemente« ohne zeitliche Begrenzung und zu besonders strenger Behandlung in die Lager bringen lassen, oder sein Befehl vom 28. Juli, allen kommunistischen KZ-Häftlingen drei Tage das Mittagessen zu entziehen, weil in Berlin eine gepflanzte Hindenburg-Eiche demoliert worden war. Zugleich hatte er die Vielzahl der kleinen Konzentrationslager, die unter SA-Gewalt standen, reduzieren, ihre Insassen überprüfen und zum Teil freigeben, die übrigen an einigen wenigen Stellen zusammenfassen lassen. Damit konnte erreicht werden, daß er die Einweisung und Behandlung der Gefangenen, auch die Verwaltung der Lager in seine Hand bekam, daß er die KZ einheitlichen Richtlinien unterwarf. Die Entlassung eines Teils der Häftlinge zeitigte den Effekt, daß ausländischen Enthüllungen über den Terror einiger Boden entzogen wurde.

Die Machtposition und die Organisation speziell der Gestapo waren weiter angewachsen: Ein neues Gesetz vom 30. November erhob sie zu einem

selbständigen Zweig der inneren Verwaltung und zu einer zentralen Behörde unter dem preußischen Ministerpräsidenten, ihre Weisungen mußten nunmehr von allen regionalen und lokalen Polizeieinrichtungen befolgt werden. Danach hatte Diels das Geheime Staatspolizeiamt straffer gegliedert, ein »Judenreferat« einbezogen und im Columbia-Haus von Tempelhof ein zweites Gefängnis anlegen lassen. Die Erhöhung und die Verjüngung des Beamtenbestands war durch eine Vereinbarung mit Daluege tatsächlich erfolgt, so daß er in der »Berliner Börsen-Zeitung« vom 4. Dezember 1933 befriedigt mitteilen konnte: Dank Himmler und Daluege »wurde die SS zu dem Reservoir gemacht, aus dem die Politische Polizei ihren Nachwuchs holt«. Er selbst, inzwischen zum Ministerialrat avanciert, war im September der SS beigetreten und sofort zum SS-Obersturmbannführer, fünf Wochen darauf zum SS-Standartenführer ernannt worden. Er hatte Himmler, dem Reichsführer der SS, versichert, die SS-Grundsätze »insbesondere in meinem beruflichen Wirkungskreis bei dem Aufbau und der Arbeit der preußischen Politischen Polizei durchsetzen« zu wollen.

Alles in allem hielt Diels es für vollkommen gerechtfertigt, wenn er im Herbst '33 für seinen Chef Göring niederschrieb: Die Gestapo erwarb sich das Vertrauen des Regimes, indem sie, wie er übertrieb, »den Kommunismus vernichtend geschlagen«, andere »staatsfeindliche Bestrebungen niedergehalten und bis zur Vernichtung bekämpft« habe – daher sei ihr »ein wesentlicher Teil zur Schaffung jener Totalität« zuzumessen, »die den Sinn des NS-Staates ausmacht«.

»Arbeit« gab es weiterhin genug. Es standen sogar sehr delikate Dinge an: die in Hitlers Auftrag ausgearbeitete Untersuchung über Vorgänge in der SA, speziell um deren Stabschef Ernst Röhm ... Überdies lag das zusammen mit dem Rassentheoretiker Johannes von Leers entworfene Judengesetz in der Schublade, das Judenräte, Judenregister und Kennzeichnung der Ausweise jüdischer Bürger vorsah. Und schließlich harrten die Pläne des Reichsinnenministers ihrer Erfüllung – nämlich alle Polizeizweige des Reiches zu vereinheitlichen.

Doch das sollten nun andere als er erledigen, so mußte Diels seine Betrachtungen schließen. Denn sein Amt ging jetzt an Himmler über, den fast alle 15 deutschen Länder zum Kommandeur der jeweiligen Politischen Polizei ernannt hatten, ausgenommen bislang das kleine Schaumburg-Lippe und Preußen. Ministerialrat Diels kannte die Begründung für diesen Amtswechsel nur zu gut. Er selbst hatte sie seit einem Jahr ständig im Munde geführt und mußte sie wiederum vom Göring hören, als er am 20. April 1934 mit Dank entlassen wurde: Konzentration und erhöhte Schlagkraft der Politischen Polizei.

Diels selbst hat bei diesem Abschied seine Richtschnur und sein Ver-

dienst hervorgehoben: »Einen neuen Typ des politischen Polizisten zu schaffen aus einer Verbindung des Geistes der alten preußischen Beamtenschaft mit dem kraftvollen jungen Geist, dem Elan und der Leidenschaftlichkeit der Männer aus der nationalsozialistischen Bewegung. Dieses Amt trete jetzt in ein neues Stadium. Dem neuen Leiter werde ein Amt übergeben, das auf die Übernahme durch ihn vorbereitet sei.«

In der Tat: Auf Grund der Erfahrungen, die er in der bürgerlichen Weimarer Republik gesammelt, und des Repressivapparats, den er übernommen hatte, erhob Diels die Politische Polizei zu einer Mordwaffe, die er skrupellos gegen Regimegegner einsetzte. Er schuf die Grundlagen, um die revolutionäre Arbeiterbewegung und andere oppositionelle Kräfte mit einer Perfektion verfolgen zu können, wie sie der deutsche Imperialismus in seiner wahrlich nicht unblutigen Tradition der Unterdrückung bis dahin nicht kannte.

Der Mann, dessen Name mit dem Aufbau und dem Terror der Gestapo untrennbar verbunden ist, überlebte das Regime als Regierungspräsident in Köln, danach in Hannover. Doch als Zeuge im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß und in seinen Erinnerungen stand er nicht zu seiner Verantwortung. Er vertuschte Details seiner Nazi-Vergangenheit, gab sich sogar als Gegner der SS und deren Methoden aus, heuchelte Mitgefühl mit den politischen Opfern. Im breiten Strom des Antikommunismus, für den nach dem zweiten Weltkrieg die westlichen Schleusen bald geöffnet wurden, durfte der verschworene Feind der revolutionären Arbeiterbewegung sogar gegen die Potsdamer Beschlüsse räsonieren: Die Auflösung der Gestapo habe die Zivilisation an die Kommunisten ausgeliefert ...

Robert Ley

»Abschaffung« des Klassenkampfes

Mit einem breiten, zufriedenen Grinsen schaute sich der bullige Mann, in der prallsitzenden NSDAP-Amtsleiteruniform, im Plenarsaal des Preußischen Herrenhauses um. Girlanden aus Silbertanne und kleinen Hakenkreuzfähnchen zogen sich an der Empore entlang, umrahmten auch die Loge für die erwarteten Vertreter des diplomatischen Korps. An der Rückwand der Präsidententribüne prangte eine riesige Hakenkreuzfahne hinter Pyramidenlorbeer, und blühende Hortensien säumten das Podest, das allein den prominenten Gästen zugedacht war.

Robert Ley, Stabsleiter der Obersten Leitung der Politischen Organisation der NSDAP und Vorsitzender des »Komitees zum Schutze der deutschen Arbeit«, zog nun aber ärgerlich die Stirn kraus: Einer von Goebbels' Busenfreunden, dies wurde ihm soeben zugetragen, hatte dem Propagandachef diese Dekoration als herausgeputzten Schützenfestsaal bezeichnet. Ley blickte weniger behaglich umher. Gewiß, Eichenlaub wäre besser gewesen ... Das hatte er anfangs auch gewünscht, aber die Leute von der Tiergartenverwaltung hatten bedauernd die Schultern gehoben und ihrerseits Birkengrün vorgeschlagen. Nein, auch er wollte etwas Gediegenes! Mit seiner Vorstellung, daß die Fassade Wert, Macht und Größe vorspiegeln müsse, stand Robert Ley unter den Naziführern nicht allein – nur waren seine stilistischen Entgleisungen, weit mehr als die Fehlgriffe der anderen, immer wieder ein Gegenstand des Spottes und der Kritik. Der Stabsleiter straffte sich inwendig: Mochten sich einige ranghohe faschistische Führer untereinander auch abfällig über das bevorstehende Spektakel, das »Kongreß der Deutschen Arbeitsfront« heißen sollte, äußern; sie würden gleichwohl hier im Saale sitzen und Robert Leys großen Tag erleben. Erfahrungen

dieser Art sollte er in der Folgezeit noch mehrfach machen. Auch die Uniformen, die in seinem Auftrage für die Nazibonzen entstanden, wurden bemäkelt – aber von allen getragen, und jeder Unterführer strebte danach, mehr von den Schnüren und Litzen, dem verlachten »Lametta«, zu erwerben.

Noch war der Saal leer. Durch die geschlossenen Türen gedämpft, vernahm Ley, wie der parteieigene Ordnungsdienst vergattert wurde, der heute an die Stelle der sonstigen, sich devot verbeugenden Saaldiener treten sollte. Damit keine kommunistische Parole, kein antifaschistisches Flugblatt diese Inszenierung eines scheinbar einheitlichen Wunsches der Arbeiter nach Gründung einer faschistischen Arbeitsfront trübten, waren auf den Straßen ringsum Schutzpolizei, SA-Hilfspolizisten und andere uniformierte Mitglieder von den der NSDAP zugehörigen Organisationen postiert. Auf dem Leipziger Platz spielte eine stramme SA-Kapelle immerfort Märsche. Das Areal vor dem Herrenhaus säumten Tausende. Die Nachricht, daß Hitler kommen würde, hatte zahlreiche Schaulustige hergelockt, die nun zwischen den Nazi-Uniformen die Hälse reckten.

Zackig, in frischgebügelten Braunhemden, marschierten die Abordnungen ausgesuchter Teilnehmer durch das Spalier. Jedem, der begreifen wollte, mußte bei diesem Aufmarsch klarwerden, daß sich die faschistische Führung eine Claque bestellt hatte. Die Mehrheit der Teilnehmer, die, wie es offiziell hieß, Delegierte der Arbeiter und Angestellten seien, kam im Nazihemd, zumindest aber mit der Hakenkreuzbinde. Eine Ausnahme machten nur die ebenfalls hierher befohlenen Funktionäre der christlichen Gewerkschaften, denen das Regime wegen außenpolitischer Rücksichten noch Schonzeit für wenige Wochen gewährte.

Doch von den freien Gewerkschaften durfte kein einziger Funktionär die abgezählten Parkettplätze einnehmen. Und selbstverständlich befand sich auch unter den rund 400 Auserwählten, die lediglich zum Applaudieren und Heilrufen herbeordert waren, kein aktiver Arbeitervertreter, der in den Betriebsräten für die Rechte der Werktätigen, also gegen Ausbeutung, Lohnabbau, Arbeitshetze gekämpft hätte. Das soll nicht besagen, daß alle, die nun die Reihen füllten, den Arbeitern unbekannt gewesen wären – man kannte sie schon: als brutale SA-Schläger, die in den Proletariervierteln wüteten, als Spitzel der kapitalistischen Unternehmer, als Streikbrecher und Provokateure. Den Veranstaltern kam es nur darauf an, daß der Saal an diesem 10. Mai 1933 für einen Akklamationsakt die entsprechende Menschenkulisse bot. Zu beschließen oder gar zu diskutieren hatten die Anwesenden nichts. Sie sollten ihren Führern zujubeln. Zur Bestimmung des Platzes, der Funktion, die die neue faschistische Zwangsorganisation »Deutsche Arbeitsfront« (DAF) in der Gesellschaft einnehmen sollte, wurden

sie nicht gehört. Über solche Fragen wurde hinter den verschlossenen Türen der Reichskanzlei und des »Braunen Hauses« in München nachgedacht, ebenfalls in den Chefetagen der Konzerne und der staatsmonopolistischen Zentralbüros, für deren Geschäftsführer hier sogar Plätze unter den Ehrengästen reserviert waren. Denn hier und heute sollte es darum gehen, die große Masse der Werktätigen, vor allem die Industriearbeiter, in einer Weise an das Regime zu binden, daß die Tendenzen und die Kräfte des Klassenkampfes »aufgehoben« würden.

Die deutschen Kapitalisten hatten der Arbeiterklasse im Zuge der Novemberrevolution den achtstündigen Arbeitstag und weitere soziale Grundrechte einräumen müssen. Ihre seitdem gehegten Pläne, die verlorene Herr-im-Hause-Stellung zurückzugewinnen, waren aber im April 1933 mit der Bildung eines operativen Führungsstabes, der sich mit demagogischer Phrase als »Aktionskomitee zum Schutze der deutschen Arbeit« bezeichnete und dem Ley vorstand, in das Stadium praktischer Verwirklichung getreten. An dieser konterrevolutionären Tatsache konnten auch die prinzipienlosen Versuche des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), sich bei der Hitlerregierung anzubiedern, zuletzt durch seinen Aufruf zur Teilnahme an der faschistischen Kundgebung aus Anlaß des 1. Mai, nichts ändern – im Gegenteil, die unterwürfige Haltung solcher rechter Gewerkschaftsführer wie Leipart besiegelte das ruhmlose Ende der größten deutschen Klassenorganisation der Werktätigen.

Der Schlag gegen die freien Gewerkschaften kam keineswegs plötzlich. Die großbürgerlichen Zeitungen und die Korrespondenzen der Industriellen reflektierten bereits seit Anfang März schwarz auf weiß über die strittige Zukunft der Gewerkschaften. Währenddessen verwüsteten SA-Horden eine Anzahl von Büros und Einrichtungen des ADGB, sie verfolgten und mißhandelten Gewerkschaftsfunktionäre. Und ein faschistisches Gesetz sanktionierte die Vertreibung klassenbewußter Arbeiter aus den Betriebsräten. Trotz dieser Vorboten gaben sich die reformistischen Führer des ADGB noch immer der trügerischen Hoffnung hin, daß der eingespielte Gewerkschaftsapparat auch für das faschistische Regime unentbehrlich sein werde. Das war eine höchst gefährliche Illusion, denn die Mächtigen der deutschen Wirtschaft hatten keineswegs vor, sich fürderhin mit Gewerkschaften über Löhne oder gar mit gewerkschaftlichen Streikkomitees über die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen zu streiten. Ihr Wunsch nach Festschreibung der niedrigen Krisenlöhne und nach verschärfter Ausbeutung hatte nur Aussicht, realisiert zu werden, wenn man sich der Gewerkschaften entledigte.

Denoch wagten die Nazis nicht, ein offenes Verbot gewerkschaftlicher Zusammenschlüsse zu verhängen. Statt dessen arrangierten sie einen uner-

hörten Betrug, der die Arbeitermassen verwirren und manipulieren sollte. Sie erklärten den traditionsreichen internationalen Kampftag der Arbeiterklasse zum Staatsfeiertag und »Fest der nationalen Arbeit«. In seiner Rede auf dem Tempelhofer Feld zu Berlin behauptete Hitler, der »Nationalsozialismus« befreie den deutschen Arbeiter aus den Fesseln des Klassenkampfes, die NSDAP versöhne die Angehörigen aller Klassen und Schichten im Deutschen Reich zu einer geeinten Nation. Am Tage darauf zerschlugen die braunen Schlägerkolonnen den ADGB, sie besetzten die Gewerkschaftshäuser und Büros, verhafteten die Funktionäre, raubten die Kassen und alles mobile Eigentum, das von den Proletariern jahrelang Pfennig um Pfennig erspart worden war. Am 5. Mai lieferten die Gewerkschaftsführer der übrigen Arbeiter- und Angestelltenverbände ihre Organisationen an die Diktatur aus. Die Faschisten nannten das Ganze einen »revolutionären Akt«, durch den ein in der Arbeiterbewegung seit langem gehegter Traum – die Einheitsgewerkschaft – nun endlich in Erfüllung gehe. Ansonsten blieb die Rechtfertigung des Coups, nach dem gleichen Schnittmuster gemacht, wie es bei den Überfällen auf das Karl-Liebknecht-Haus im Februar geschehen war: Damals hatten die Gazetten von unterirdischen Gängen und Katakomben, angefüllt mit hochverräterischen Materialien, berichtet – jetzt, am 5. Mai, offerierte der »Völkische Beobachter« seinen Lesern, daß man im Berliner Gewerkschaftshaus geheime, hinter Kleiderschränken verborgene Türen und ein getarntes Kontobuch mit einem Guthaben von mehr als 5 Millionen RM gefunden habe. Im selben Atemzug, mit dem die verleumderischen Beschuldigungen gegen die ADGB-Führer ausgestoßen wurden, ertönte die Litanei der Beteuerungen, daß sie, die Nazis, die Interessen der Arbeiter weit besser vertreten würden. Und da es auf einen Meineid mehr oder weniger gar nicht ankam, hatte Ley bereits am Mittag des 2. Mai deklamiert: »Arbeiter! Ich schwöre Dir! Wir werden dir nicht nur alles erhalten . . . Wir werden Schutz und Recht des Arbeiters weiter ausbauen . . .« Der »revolutionäre Akt« gegen die Arbeiterorganisationen wurde zum Beutezug für die Nazibonzen. In einem internen Rundschreiben mußte Ley sogar allen faschistischen Unterführern befehlen, die allerorts überhandnehmenden Diebstähle am Gewerkschaftsvermögen abzustellen. Dabei waren jene rangniederen Nazibonzen nur dem Beispiel der Mitglieder des von Ley geführten »Aktionskomitees« gefolgt, denen ein Griff in die Gewerkschaftskassen, nach Autos und Grundstücken keineswegs ehrenrührig war. Allerdings, und das machte den feinen Unterschied aus, die »kleinen« Nazis besaßen nicht das Recht, ihre privaten Bereicherungen zu legitimieren – ihre allzu auffälligen Räubereien störten das Bestreben der Naziführung, sich als Vertreterin von Arbeiterinteressen aufzuspielen.

Wie am 1. Mai die Hauptrolle, so hatte Hitler auch für den heutigen

Gründungskongreß der »Deutschen Arbeitsfront« mit großer Geste die Schirmherrschaft übernommen. Seine offizielle Zusage vergrößerte automatisch den Kreis der zu erwartenden Gäste, nicht zuletzt auch der Unternehmer – was sich wiederum propagandistisch ausnutzen ließ, um Fortschritte beim Entstehen einer nationalen »Volksgemeinschaft« glaubhaft zu machen. Der Saal füllte sich jetzt. Limousinen fuhren vor, brachten die Parteiprominenz, hohe Staatsbeamte, Offiziere der Polizei, der Reichswehr und Reichsmarine, Vertreter des Monopolkapitals herbei. Im Auftrage des greisen Hindenburg erschien dessen Sohn Oskar. Bei den Wagen des diplomatischen Corps erblickte man auch den Stander des französischen Botschafters André François-Poncet.

Mit fanatischen Heil-Rufen der aufgebotenen Nazianhänger angekündigt, traf endlich Hitler ein, begleitet von Rudolf Heß, dem erst vor kurzem ernannten »Stellvertreter des Führers«, und dem Reichsinnenminister Frick. Während Rudolf Schmeer, der Reichsinspekteur der NSDAP und stellvertretende Vorsitzende des »Aktionskomitees«, alle Teilnehmer begrüßte und den »Kongreß der Deutschen Arbeitsfront« eröffnete, schweifte Leys Blick über die vollen Reihen. Da saßen sie nun, die Mitglieder der Reichsregierung, die Reichsstatthalter, die Gauleiter, die Ministerpräsidenten der deutschen Länder, die Oberpräsidenten preußischer Provinzen, die Militärs, die Abordnungen von Polizei, SA, SS und Stahlhelm, auch die Herren der Bankwelt und Industrie, um seinem großen Tag den richtigen Rahmen zu geben. Bisher hatte keiner der Führer einer Parteigliederung oder einer faschistischen Organisation bei der Funktionsübernahme vor einer solchen offiziellen Kulisse gestanden – und das, wie es schien, bei einem derart einschneidenden historischen Ereignis: der »Aufhebung des Klassenkampfes« von Staats wegen.

Jener Mittwochnachmittag markierte zwar nicht den Anfang von Leys politischer Karriere. Aber an diesem Tage wurde für jedermann sichtbar, daß der 43jährige Rheinländer in die erste Reihe der Naziführer aufgerückt war. Bevor er im April '33 mit dem Vorsitz des berüchtigten »Aktionskomitees« betraut worden war, hatte es für ihn schon mehrfach Gelegenheit gegeben, sich als tauglicher Interessenvertreter der aggressivsten Kräfte des deutschen Monopolkapitals zu empfehlen.

Seine Parteimitgliedschaft in der NSDAP reichte in das Jahr 1924 zurück. Bereits ein Jahr später bestätigte ihn die Parteispitze als Gauleiter des NSDAP-Gaues »Rheinland«. Diesen Posten füllte er bis zur Teilung des Großgaues im Jahre 1931, die ihm den Weg nach München in die Parteizentrale eröffnete, zur überwiegenden Zufriedenheit seines »Führers« aus. Aber nicht seine Erfolge als Gauleiter, nicht seine spektakulären Saalschlachten und gleichfalls nicht seine guten Beziehungen zu Vertretern der

Industrie liefern die Erklärung für Leys steilen Aufstieg in der Parteihierarchie. Er machte Karriere durch praktisch bewiesene Ergebenheit. Erstmals wurde das 1926 registriert, als Ley in einer innerparteilichen Krise die durch Hitler repräsentierte Strategie und Taktik der faschistischen Partei gegen die anderen Gauleiter verteidigte. Und auch bei dem Eklat im Dezember 1932, als Reichsorganisationsleiter Gregor Strasser seine Parteiämter niederlegte, blieb Ley, der Stellvertreter Strassers, dem von Hitler vertretenen Konzept ergeben. Dafür durfte er als einer der wenigen führenden Leute aus der alten Reichsorganisationsleitung nicht nur bleiben. Er trat die, wenngleich eingeschränkte, Strasser-Nachfolge an und nannte sich nun Stabsleiter der Obersten Leitung der Politischen Organisation, wobei er Hitler, wie einst als Gauleiter, direkt unterstellt war. Daß er sechs Monate später auch noch zum Führer der größten faschistisch geleiteten Organisation erkoren werden sollte – davon hatte Ley im Dezember 1932 ganz sicherlich nicht geträumt.

Es gab Gründe, die Ley für den Posten des DAF-Führers geeignet erscheinen ließen, denn ein Zufall oder eine Verlegenheitslösung, infolge des Mangels besserer Paladine (wie nach 1945 oft behauptet), war seine Ernennung keineswegs. Einen Einfluß auf die Entscheidung hatten zweifelsohne seine monopolistischen Gönner, zu denen auch der Bankier Kurt Freiherr von Schröder gehörte, in dessen Haus am 4. Januar '33 die Modalitäten für die Machtübertragung an die Faschisten ausgehandelt worden waren. Eine Voraussetzung der Ernennung aber war, daß Ley persönliche Eigenschaften besaß, die ihn für diese Aufgabe tauglich erscheinen ließen, nämlich Organisationstalent und Durchsetzungsvermögen, Rhetorik und Skrupellosigkeit zur Korrumpierung der Arbeiter und – immer wieder – Hörigkeit gegenüber der Autorität Hitlers. Der »versoffene Ley«, wie man ihn nannte, war nicht besser, aber doch mehr als sein Ruf. Mochte er auch kritiklos an die Unfehlbarkeit dieses »Führers« glauben, mochte er sich als geschmacklos erweisen und für lächerliche Projekte begeistern – seiner Verantwortung für die Stärkung der faschistischen Diktatur war er sich stets bewußt.

Das jedoch wollten im Mai '33 noch längst nicht alle Vertreter des Kapitals glauben. Sie waren gegen jenen Naziführer, der jetzt mit festem Stiefeltritt zum Rednerpult ging, sehr skeptisch eingestellt. Hatte ihnen nicht die Parteispitze mehrfach versprochen, daß dann, wenn Hitler Reichskanzler sei, mit den Gewerkschaften ein Ende gemacht würde? Ley selbst hatte erklärt, die Gewerkschaften sollten nicht wiederkehren – sich aber am 4. Mai in der Presse für eine »Arbeitervertretung« ausgesprochen! Das Unbehagen der Monopolkapitalisten richtete sich gegen eine zentral geführte Einheitsorganisation; eher hätten sie sich noch mit Werksvereinen oder ständischen Gebilden abgefunden.

Die Naziführer, darunter auch Ley, wußten um das gefährliche Potential sozialer Unzufriedenheit und Streitbarkeit in einer Massenorganisation; sie hatten gewiß erwogen, ob nicht durch brutalen Terror ein gewerkschaftsloser Zustand zu schaffen sei. Aber sie fürchteten die Treue der Arbeiter zum historisch gewachsenen Prinzip der Organisation, und sie wollten dem nun durch die Schaffung von einer Art Einheitsgewerkschaft beikommen. Unter dem Anschein, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, sollte sie letztere für Rüstung und Krieg mobilisieren. Die weniger flexiblen Kapitalisten, die sich an Leys Presse-Erklärung rieben, hatten offenbar einen demaskierenden Satz nicht zur Kenntnis genommen: »Die Gewerkschaften sollen uns weiter helfen, aus dem Arbeiter jenen Herrenmenschen zu machen, der zum Wohle der Wirtschaft und des Volkes da sein wird.« Ley verstand seine Aufgabe als Bestandteil der Vorbereitung und Führung eines imperialistischen Krieges. »Herrenmensch« war ein Synonym für jenen chauvinistisch geprägten Arbeiter, der in Kürze den faschistischen Rüstungsarbeiter und Okkupationssoldaten abgeben sollte.

Seine Rede am 10. Mai vollzog Ley mit sehr viel Gestik und stimmlichem Aufwand. Doch war er auch hier nur der Mitläufer seines Meisters, er mußte das Rednerpult Hitler überlassen. Nach diesem durfte der Reichsarbeitsminister und Stahlhelmführer, Franz Seldte, nur noch ein paar unwesentliche Sätze vortragen. Diskussion, Abstimmung und Beschlüsse fanden – wie gesagt – nicht statt. Allein das frenetische Heil-Geschrei der bestellten Claqueure begleitete und beendete den sogenannten Kongreß.

Zufrieden verließen Ley und sein Stab schließlich das Herrenhaus, wo sich alsbald die grauen Saaldiener an das Entfernen von Tannengrün und Hakenkreuzfähnchen machten. Ley war Realist genug, um zu wissen, daß dieses Spektakel auf die internen Auseinandersetzungen keinen Einfluß haben würde. Zur Gewerkschaftsfrage hatte es am 4. Mai eine Chefbesprechung beim Reichskanzler gegeben, die ohne bindende Resultate geblieben war. Und so würde morgen, am 11. Mai, nur die vorläufige Struktur der »Deutschen Arbeitsfront« an die Presse bekanntgegeben – ein unausgegorener Kompromiß aus allen diskutierten Konzepten. Froh stimmte ihn der Gedanke daran nicht. An dieser Struktur fehlte noch vieles: die nötige Hierarchie, die Mechanismen zur Disziplinierung der Arbeiter – alles in allem: der organisatorische Aufbau nach dem Vorbild der NSDAP. Noch war die Zeit dafür nicht reif. Aber Abzeichen und Fahnen würde die neue Organisation schnellstens bekommen und vielleicht auch bald eine eigene Uniform.

Dieser Mann, der Uniformen, Abzeichen, Litzen und Schnüre so liebte, sollte 1945 in ländlichem Zivil von den Amerikanern gefangengenommen und auf dem Hauptkriegsverbrecherprozeß in Nürnberg angeklagt werden.

Er, dem ehemalige Kumpane und bürgerliche Geschichtsschreiber in schönster Einmütigkeit Alkoholismus nachsagen, entwickelte im Gefängnis ein nüchternes Urteilsvermögen und taktisches Geschick, das für einen »Kranken« recht ungewöhnlich war. In Denkschriften an den amerikanischen Generalstab und an amerikanische Monopolisten beschwor er die imperialistische Klassensolidarität und prophezeite die Politik des kalten Krieges. Zu dieser Zeit schenkte ihm niemand Gehör, so daß auch er wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt wurde. Der gerechten Strafe entzog er sich am 25. Oktober 1945 durch Selbstmord.

Joseph Goebbels

Brandschatzung der Kultur

Durch Berlins Innenstadt fuhren am 10. Mai '33 acht Möbelwagen, mit Büchern vollgestopft, zum Opernplatz gegenüber der Universität, wo sie seitlich abgestellt wurden. Bald kamen weitere Fahrzeuge hinzu: ein Lastkraftwagen mit Holz, andere mit Scheinwerfern des UFA-Filmkonzerns, mit Mikrofonen, Tonsäulen und Kabelrollen des Rundfunks. Auf dem Platz wurden die technischen Anlagen aufgebaut.

Am Abend zogen die braun und schwarz uniformierten Kolonnen der SA und SS heran. Sie nahmen auf dem Opernplatz Aufstellung, während sich auf den Straßen ringsum eine Masse von zivilen Faschisten, Nazianhängern und Neugierigen drängte. Bei Beginn der Dämmerung erklang Marschmusik, und schlagartig beleuchteten sieben große Scheinwerfer die Szenerie. Es war gegen 23.00 Uhr, als ein SA-Zug mit brennenden Fackeln über die Straße »Unter den Linden« heranmarschierte und die Filmkameras zu surren begannen. Die Fackelträger hielten an der Westseite des Opernplatzes, vor einem vorbereiteten Scheiterhaufen, und nach einem lauten Kommando setzten sie ihn in Brand. Die Flamme loderte auf. Die Musikkapelle verstummte. In der jähen Stille reckten Tausende die Hälse.

Die Scheinwerfer warfen ihr gleißendes Licht auf das Geviert um den Scheiterhaufen, wo sich zwei Naziführer postiert hatten: der feiste Göring in einem auffallend hellen Regenmantel und der kleine, schmächtige Joseph Goebbels im dunklen Paletot. Dieser war Reichspropagandaleiter der NSDAP, seit kurzem auch »Reichsminister für Propaganda und Volksaufklärung«, und es war seine Idee, hier und heute mit einem Schauspiel, das dem finstersten Mittelalter entstiegen sein konnte, den Propagandafeldzug gegen den geistigen Fortschritt zu entfachen, der Welt ein Fanal zu setzen.

Seine Gefolgsleute hatten den Ablauf des Geschehens bis in die letzten Details ausgeklügelt, und alles, was nun nach diesem Regieplan ablief, war darauf angelegt, Spannungen zu erzeugen, Gefühle aufzuputschen, die Massen zu manipulieren. Für viele, die hier nicht zugegen waren, schilderte ein Rundfunkreporter die Vorgänge, damit sie an den Radios daheim zumindest doch Ohrenzeuge sein konnten.

Goebbels gab ein Zeichen, und ein Sprecher trat an die Mikrofone. Vom ersten Möbelwagen wurden Bücher abgehoben und durch die Kette der uniformierten Faschisten zum Feuerstoß gereicht. Werke von Karl Marx stürzten als erste in die Flammen. Dazu schrie jemand den »Feuerspruch«: »Gegen Klassenkampf und Materialismus. Für Volksgemeinschaft und idealistische Lebenshaltung!« Der Menge blieb kaum Zeit, über den Sinn dieser Worte nachzudenken. Ein Bücherstapel nach dem anderen flog auf den Scheiterhaufen, und jedesmal gellte der Schrei, der die Verfassernamen und den Bannspruch nannte. Der zweite Spruch appellierte an »Zucht und Sitte«, der dritte eiferte: »Gegen Gesinnungslumperei und politischen Verrat. Für Hingabe an Volk und Staat!«, der nächste beschwor den »Adel der menschlichen Seele«. Die Flammen prasselten, Qualm stieg auf. Schlag auf Schlag hämmerten die Sprüche in die Menge. Mit manchen der Losungen wußten die Zuhörer wenig anzufangen, andere aber waren unmißverständlich. So hieß der Spruch Nummer 7: »Gegen literarischen Verrat am Soldatentum des Weltkrieges. Für Erziehung des Volkes im Geist der Wehrhaftigkeit!«

Nacheinander verbrannten die Bücher von Heinrich Mann, Erich Kästner, Kurt Tucholsky, Carl von Ossietzky und vielen anderen Schriftstellern. Der Haß der Faschisten richtete sich gegen alle Schriften mit revolutionärer und humanistischer Aussage, sie wurden kurzerhand »undeutsch« genannt. Die Grundlage für diese Aktion hatten die braunen Horden gelegt, indem sie im ganzen Lande ihnen mißliebige und »verdächtige« Druckerzeugnisse beschlagnahmten. Der erste Hieb traf die KPD, aus deren Büros und Verlagen alle Bücher, Broschüren, Zeitungen abtransportiert und in Sammellager geschafft wurden. Auch aus den Wohnungen verhafteter Antifaschisten holten SA-Kommandos die fortschrittliche Literatur. Gleichzeitig wurden Bücher in den öffentlichen Bibliotheken ausgesondert. Um diese Aktion zu vereinheitlichen und zu beschleunigen, hatte das neugebildete Propagandaministerium in der zweiten Märzhälfte die Anlegung »Schwarzer Listen« befohlen. Auf diese Verbotslisten gerieten namhafte Vertreter der internationalen und der deutschen Literatur, selbst Werke früherer Jahrhunderte, deren humanistischer oder sozialkritischer Geist den Faschisten unbequem war.

Da stand der Name Voltaire, zusammen mit Henri Barbusse, Romain

Rolland, Maxim Gorki, Martin Andersen Nexö, Jack London, Thomas Mann, Arnold Zweig, Leonhard Frank, Anna Seghers und vielen anderen. Noch mehr Furcht hatten die Faschisten vor der Ausstrahlungskraft revolutionärer Schriften. Die Werke von Karl Marx, Friedrich Engels, W. I. Lenin, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und anderer Arbeiterführer galten als besonders »gefährlich«. Auch die Veröffentlichungen vieler berühmter Wissenschaftler, darunter die von Albert Einstein, sollten aus »rassischen« und politischen Gründen nicht mehr gelesen werden.

Mehr als 20 000 Bücher wurden in Berlin verbrannt. Während die Flammen des Scheiterhaufens noch loderten und schwarze Ascheflocken über den Opernplatz wirbelten, hielt Goebbels seine Zeit für gekommen. Lange hatte er an dem Text seiner Rede gefeilt. Wichtige Ansprachen wie diese pflegte er schon 14 Tage vorher zu verfassen, dann noch mehrfach zu überarbeiten, und selbst die Pausen für gewünschte Beifallskundgebungen wurden mit Grünstift im Manuskript vorgesehen. Nach außen wollte Goebbels zwar stets den Eindruck erwecken, als sei dies alles improvisiert; in Wahrheit aber bestimmte er jeden Akzent und jeden Effekt.

Den Weg zu den Mikrofonen legte Goebbels mit schnellen Trippelschritten zurück, um die Mißbildung seines linken Beines zu kaschieren; denn ein großer orthopädischer Schuh mußte das um acht Zentimeter kürzere Bein ausgleichen. Vor den Mikrofonen verharrte er eine Weile, die die Spannung der Menge weiter erhöhen sollte. Dann richtete er seinen Blick auf die uniformierten Kolonnen und begann zu sprechen: »Von langer Hand« seien schon vor dem 30. Januar alle Vorkehrungen »planmäßig« getroffen worden, um mit den politischen Gegnern »schnell« und »radikal« aufzuräumen. Er sprach vom »Ungeist« der Vergangenheit, der in den Flammen verschwunden sei, und er berief sich auf einen »neuen Geist«. Seine metallisch klingende Stimme, die sich auch einschmeicheln konnte, intonierte jetzt Härte. Aber der Sinn seiner Worte blieb in geheimnisvollen Andeutungen versteckt. Da war von »deutscher Erziehung« die Rede und von ihrem Ziel: »Jung schon den Mut zu haben, dem Leben in die erbarmungslosen Augen hineinzuschauen, die Furcht vor dem Tode zu verlernen und vor dem Tode wieder Ehrfurcht zu bekommen – das ist die Aufgabe dieses jungen Geschlechts.«

Der Propagandaminister begnügte sich mit einer Redezeit von 15 Minuten. Seine großen dunklen Augen musterten die Menge. Noch sollten die Karten nicht aufgedeckt, noch sollte nicht offenbar werden, daß die Generallinie der Politik des deutschen Faschismus die Vorbereitung eines neuen Krieges war. Und doch sollte die Propaganda den Weg bereiten. Einer der Feuersprüche hatte die »Erziehung des Volkes im Geist der Wehrhaftigkeit« beschworen – es war daher schwerlich ein Zufall, daß am Ende der Kund-

gebung die SA-Kapelle den symbolschweren Marsch spielte: »Volk ans Gewehr«.

Als Goebbels von Göring Abschied nahm, reckte er sich, ohne damit das Mißverhältnis zwischen seinem viel zu großen Kopf und der zu kleinen Figur ändern zu können. Den »kleinen Doktor« nannten ihn seine Gefolgsleute. In der Bevölkerung freilich liefen beißende Spitznamen um, man nannte ihn das »Humpelstilzchen«, den »Schrumpfgermanen« und das »Reichslügenmaul«. »Die Lüge hat ein kurzes Bein« – hieß es in Umwandlung eines Sprichwortes. Wenn Goebbels so etwas hörte, geriet er in Wut. Er selbst war hemmungslos, wenn es galt, Gegner zu beschimpfen, zu verleumden, sie lächerlich zu machen. Aber wenn mit Spott gegen ihn zurückgeschlagen wurde, das vertrug er nicht.

In seinem großen, schwarzen Mercedes ließ sich der Propagandaminister zu seinem Amtssitz am Wilhelmplatz fahren. Dort lagen Meldungen über die Verbrennungsaktionen in anderen Universitäts- und Hochschulstädten entweder schon vor, oder sie trafen nach und nach über den Fernschreiber ein. Die NS-Funktionäre in Bonn, Frankfurt am Main, Göttingen, Greifswald, Hamburg, Heidelberg, Königsberg, München, Nürnberg, Würzburg und in weiteren Orten meldeten die Erfüllung ihres Auftrags. Lediglich in Köln war der barbarische Akt wegen starker Regengüsse auf den 18. Mai verlegt worden. Einige besonders eifrige Nazis wetteiferten um die Menge der vernichteten Bücher; Breslau brachte es beispielsweise auf 40 Zentner. Andere rühmten ihre besonderen Einfälle. In München hatte eine spezielle Ehrung für die toten Soldaten des ersten Weltkrieges stattgefunden. In Würzburg stellte ein Artillerieregiment seine Musikkapelle bereit. In Hamburg wurde eine Fahne des Rotfrontkämpferbundes, anderswo wurden rote oder auch schwarz-rot-goldene Fahnen verbrannt. In einigen Städten wurden »Schandpfähle« mit den Namen der Wissenschaftler aufgestellt, die wegen ihrer politischen Gesinnung oder ihrer jüdischen Abstammung von Universitäten und Hochschulen vertrieben werden sollten. Wohlwollend nahm Goebbels alle diese Nachrichten zur Kenntnis. Hatte er selbst doch durch Artikel und Reden die Verfolgungsjagd auf Kommunisten und Antifaschisten, auch die Diffamierung der Juden angeheizt. »Rottet diese Pest in Deutschland so gründlich aus, daß nicht einmal der Name davon übrig bleibt«, hetzte er in einem Leitartikel, und er verstieg sich zur Anstiftung des Massenmordes: Man müsse »den Gegner zusammenschießen, bis er die Überlegenheit dessen erkennt, der im Besitz dieser Maschinengewehre ist«.

Goebbels hoffte, daß Massenverhaftungen, Folterungen, Morde die Kraft der revolutionären Vorhut der Arbeiterklasse brechen würden. Der Terror sollte breite Bevölkerungskreise einschüchtern, die Propaganda sollte sie gefügig machen. Die Lüge, die Entstellung, die Verschleierung von Tat-

sachen – jedes Mittel zur Täuschung der Massen war ihm recht. Für ihn war Wahrheit kein Kriterium, zählte nur der Erfolg. Noch zwei Tage vor der Bücherverbrennung sagte Goebbels im Hotel »Kaiserhof« vor dem engen Kreis seiner Mitarbeiter: »Erreicht die Propaganda ihr Ziel, dann ist sie gut, erreicht sie es nicht, dann ist sie schlecht gewesen. Wie sie ihr Ziel erreicht, ist Nebensache.«

Mit 35 Jahren war Goebbels der Jüngste unter den Ministern der Hitlerregierung. Im Rheinland geboren und in kleinbürgerlichen Verhältnissen aufgewachsen, hatte er mit Hilfe des Stipendiums eines katholischen Vereins studieren und 1921 an der Heidelberger Universität den Grad eines Doktors der Philosophie erwerben können. Danach aber fand er zunächst keine Anstellung, und weder seine Zeitungsartikel noch sein Roman »Michael« wurden damals gedruckt. Beinahe ein Jahr lang verdiente er seinen Lebensunterhalt an der Kölner Börse, wo er im Dienst der Dresdner Bank die Aktienkurse ausrufen mußte. Erst in der Nazipartei machte er die Karriere, von der er geträumt hatte. Mitglied mit der Nummer 8 762, kletterte er Stufe um Stufe empor, skrupellos auf seinen Vorteil bedacht. 1925 übernahm er den Posten des Geschäftsführers in der Gauleitung Nordrhein-Westfalen, ein Jahr später bereits erkor ihn Hitler zum Gauleiter von Berlin. Drei Jahre darauf erhielt Goebbels die Ernennung zum »Reichspropagandaleiter«. 1924, zu Beginn dieser Karriere, hatte Goebbels geschrieben: »Die wählende Mehrheit ist immer dumm, roh und ziellos. Sie läßt sich willig von Schaumschlägern und politischen Jongleurs verführen.« Bald war er weniger offenherzig, weil er desto mehr Anhänger für die NSDAP einfangen wollte. In den Jahren der Weltwirtschaftskrise malte die von ihm gelenkte Propaganda die Situation des deutschen Volkes noch schwärzer, als sie ohnehin war. Doch dem Millionenheer der Arbeitslosen versprach sie Arbeit und Wohlstand, sobald die Hakenkreuzfahne über Deutschland wehe. Die Verantwortung für alles Böse und Schlechte in der Welt wurde einfach den Kommunisten und den Juden zugeschoben. So konnten die im kapitalistischen System liegenden wahren Ursachen der Weltwirtschaftskrise verschleiert werden.

Je mehr Wählerstimmen und Mitglieder die NSDAP erwarb, desto reichlicher flossen die Spenden der Monopolherren, Bankiers und Großgrundbesitzer in die Parteikasse. Dies bot Goebbels die Möglichkeit, den Propagandaapparat zu erweitern und die modernste Technik einzusetzen. Für die Reichstagswahlen im Herbst 1930 vermochte er ein Korps von 1 000 ausgewählten und besonders geschulten Rednern aufzubieten, die 34 000 Versammlungen bestritten. 1932 ließ Goebbels rund 50 000 Schallplatten als Werbemittel für die NSDAP mit der Post verschicken. Eine andere und neue Propagandaform war das Abspielen von Hitler- und Goebbelsfilmen

bei Kundgebungen; der gleichzeitige Einsatz vieler Kopien machte es möglich, daß die beiden Naziführer in einer großen Zahl von Orten zugleich in Erscheinung treten konnten. Doch alle noch so ausgeklügelten Maßnahmen und alle Finanzspritzen erschienen den Naziführern nicht als ausreichend, weil die Mehrheit des deutschen Volkes nicht gewonnen wurde.

Bereits im Januar 1932 vertraute Goebbels seinem Tagebuch an, er wolle nach der Machtübernahme ein Ministerium als Schaltzentrale zur Lenkung der Propaganda schaffen, und meinte, dies sei »ein ganz großes Projekt, das in seiner Art in der Welt noch nicht dagewesen ist«. Als Hitler im Sommer desselben Jahres mit Papen über eine Regierungsbildung verhandelte, war auch die Gründung eines »Volkserziehungs- und Propagandaministeriums« im Gespräch. Der Name wurde zwar geändert, aber die langfristigen Vorarbeiten zahlten sich aus. In der Sitzung am 11. März 1933 beschloß die Reichsregierung auf Vorschlag Hitlers die Bildung des »Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda«. Nun stand Goebbels am Ziel seiner Wünsche: Rundfunk, Film, Presse, alle anderen Propagandamittel wurden ihm unterstellt, und Geld floß ihm aus dem Staatshaushalt, aus den Spenden der Monopole zu. Bald gab es kein Ereignis und keine Maßnahme, die nicht durch sein Ministerium propagandistisch ausgeschlachtet wurde: Es war zuständig für die Bildenden Künste, die Wirtschaftsreklame und lenkte alle Medien. Eine straffe Zensur und eine Flut von Regieanweisungen betrieben die faschistische »Gleichschaltung« sämtlicher Zweige der Ideologie und geistigen Kultur.

Von seinem Auftritt auf dem Opernplatz hatte sich Goebbels ein weltweites Echo versprochen. Er bekam es – in Form von Protestbriefen, Presseberichten, Rundfunkkommentaren aus vielen Staaten. Schlagartig enthüllte die Bücherverbrennung die Fortschrittsfeindlichkeit und die Barbarei des deutschen Faschismus.

Das Denkmal Heinrich Heines in Frankfurt am Main wurde in der Nacht zum 27. April 1933 von seinem Sockel geworfen. Auch seine Werke verloderten als »undeutsch« auf den Scheiterhaufen. Er war der Dichter, der hundert Jahre zuvor die schlimme Wahrheit vorausgesagt hatte: »Wo man Bücher verbrennt, da verbrennt man am Ende auch Menschen.«

Erhard Milch

Perspektivischer Luftkrieg

Zwei Tage nach der Einsetzung des Kabinetts Hitler hatte der Deutsche Aeroclub sein 25jähriges Bestehen mit einem Bankett und anschließendem Tanzfest in der Krolloper gefeiert. Kampfflieger des vergangenen Weltkrieges, geschäftstüchtige Lufthansadirektoren, aufstrebende Flugzeugindustrielle – alles was Rang und Namen in der deutschen Fliegerei hatte, war erschienen, und wer besonders auffallen wollte, trug am weißgestärkten Frackhemd die blau-weiße Emaille des »Pour le mérite«. An diesem Abend schien dem Aeroclub ein neuer Stern aufgegangen zu sein, der breit und behäbig im Zenit des Festes stand: Hermann Göring. Wohl nur wenige mochten damals voraussehen können, daß sich dieser letzte Kommandeur des Richthofengeschwaders und emsigste Gefolgsmann Hitlers als ein Unstern der deutschen Luftwaffe erweisen sollte, der allen Idealismus, alles Können und Wollen deutscher Piloten, Flugzeugarbeiter und -konstrukteure für eine barbarische Sache mißbrauchte – den Krieg.

Daß Göring in einem Kabinett Hitler zum Reichskommissar für die Luftfahrt ernannt werden würde, hatte man erwartet, daß sein Stellvertreter aber Erhard Milch hieß, überraschte die meisten. Freilich war auch dieser Mann im Deutschen Aeroclub kein Unbekannter. Als Direktor der Deutschen Lufthansa, der seine beiden Mitdirektoren Wronsky und Merkel binnen weniger Jahre in die Rolle von Statisten gedrängt hatte, genoß er den nicht unverdienten Ruf eines geborenen Organisationstalents mit rascher Auffassungsgabe und großem Verhandlungsgeschick. In den Augen vieler hatte erst Milch die 1926 gegründete Lufthansa zu dem gemacht, was sie 1933 war: zur größten Luftfahrtgesellschaft des Kontinents, deren 65 Strekken bis nach Moskau, Barcelona, London und Athen führten. Daß sich

Milch vor allem dem Einsatz von mehrmotorigen Großflugzeugen und dem Blindflugverfahren verschrieben hatte – Vorgänge von zugleich hoher militärischer Relevanz –, wurde vor dem Publikum als meisterliche Voraussicht des technischen Fortschritts ausgegeben. Der kräftige, untersetzte, knapp 41jährige Milch, in der Figur fast Görings Kopie, besaß ein gemütliches, rotbäckiges Gesicht, eine metallene Stimme und wenig Freunde.

Er hatte solche in seiner bisherigen Karriere auch kaum gewinnen können. Im Kreis der Fliegerveteranen des Weltkrieges galt er als ein Außenseiter. Zwar hatte er von 1915 bis 1920, zuletzt als Polizeiflieger, nominell der Fliegertruppe angehört, doch nicht als Pilot, sondern als Beobachter und vor allem als verwaltender Bürooffizier, für den es seine Vorgesetzten nicht einmal als notwendig erachteten, ihm das Fliegen beibringen zu lassen. Während andere ihre Luftsiege wie Jagdtrophäen gesammelt und sich mit heißbegehrten Orden geschmückt hatten, sammelte Milch technische und organisatorische Erfahrungen.

Sie sollten ihm in der zivilen Luftfahrt zugute kommen, sobald sich der stellungslos gewordene Hauptmann in der Weimarer Republik um Brotverdienst bemühen mußte. In der von Hugo Junkers betriebenen Lloyd-Ostflug-Gesellschaft fand er eine erste Gelegenheit, seine technischen Erfahrungen in der Praxis zu erproben. Mit großem Erfolg, wie sich bald herausstellte. Schon nach kurzer Zeit holte ihn Junkers nach Dessau in die Zentrale und machte ihn zum Chef der Betriebsleitung. Milch murrte, er wäre lieber in Danzig der erste geblieben als in Dessau der zweite.

Auf die Dauer erwies sich Dessau für Milch als ein Abstellgleis. Als Junkers von Ernst Brandenburg, dem Leiter der Luftfahrtabteilung im Reichsverkehrsministerium, 1925 zur Preisgabe seiner hauseigenen Luftverkehrsgesellschaft gezwungen wurde, weil man die deutsche Fliegerei kommerziell und militärisch konzentrieren wollte, hielten die Betriebsangehörigen der Firma Junkers eine Versammlung ab: Sie schworen, kein noch so lukratives Abwerbeangebot der Lufthansa anzunehmen. Wer sich nicht an den Schwur hielt, war Milch, der sich Spenglers Devise zu eigen gemacht hatte, daß sich der echte Herr durch die Art beweist, wie er die Männer, mit deren Hilfe er an die Macht kam, verabschiedet – rücksichtslos, undankbar und nur auf sein Ziel blickend. Der Freundschaft des Hugo Junkers zog Milch die des Ernst Brandenburg vor. Doch auch sie war nicht von Dauer. In dem Maße nämlich, wie das Reichsverkehrsministerium unter den Folgen der Weltwirtschaftskrise die Subventionen für die Lufthansa drosseln mußte, kühlten die Beziehungen Milchs zu Brandenburg ab. Sein neuer Protegé kam aus den Reihen der Hochfinanz: Baron Emil Georg von Stauß, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, Uraltförderer der faschistischen Bewegung und mit Kurt Weigelt, ebenfalls von der Deutschen Bank, eines

der mächtigsten Vorstandsmitglieder der Deutschen Lufthansa. Unter den Fittichen von Stauß suchte Milch seine weiteren Gönner auf dem äußersten rechten Flügel der Weimarer Parteienlandschaft, bei der Nazipartei.

An jenem Abend in der Krolloper nun sprach man hinter vorgehaltener Hand davon, daß die soeben geschlossene Alliance Göring–Milch in einer Mesalliance enden werde. Der Flugzeugindustrielle Ernst Heinkel wollte sogar mit Sicherheit wissen, daß Göring der Ernennung Milchs zu seinem Stellvertreter nur mit erheblichen Vorbehalten zugestimmt habe. Doch Görings Verpflichtungen gegenüber der Deutschen Lufthansa und der Deutschen Bank waren offenbar zu groß, um eine Ablehnung wagen zu dürfen. Denn bei seiner Wahl zum Abgeordneten des Reichstages von 1928 war der ewig verschuldete Nazi von der Lufthansa »eingekauft« worden, die im Parlament ein paar Abgeordnete aushielt, damit sie dort laute Opposition gegen den Sparkurs der Regierung und für die notleidende Luftfahrtindustrie machten. Für solche Dienstleistung hatte Göring von der Lufthansa jährlich mindestens 10 000 Mark kassiert, was in den zwanziger Jahren immerhin ein Vermögen war.

Durch Göring war Milch in einen unmittelbaren Kontakt zu Hitler gelangt. Dieser begeisterte sich an der Idee eines allumfassenden Terrorluftkrieges, wie ihn damals der italienische General Guilio Douhet propagierte, und er stellte einer künftigen Luftflotte die völlige Gleichberechtigung neben dem Heer und der Marine in Aussicht. In einer Begegnung mit Milch am 28. April 1932 versprach Hitler: Für den Fall, daß er Kanzler würde, wolle er allein der militärischen Luftfahrt einen Jahresetat von 400 Millionen Reichsmark zur Verfügung stellen, das Achtfache des bisherigen Gesamtetats der Luftfahrt überhaupt. Milch war beeindruckt. Von nun an wählte der einstige Anhänger Stresemanns die Nazipartei, und er begann, die Lufthansa zielstrebig auf Kriegskurs zu bringen.

Allerdings sollte Milch 14 Jahre später, am 11. März 1947, vor dem Tribunal eines amerikanischen Militärgerichts behaupten, er sei von Göring um die Übernahme des Stellvertreterpostens ausdrücklich gebeten worden und habe persönlich eine solche Stellung niemals angestrebt. Aber in Nürnberg, wo ihn das Gericht wegen seiner im Kriege begangenen Verbrechen zu lebenslanger Haft verurteilte (er mußte nur sieben Jahre verbüßen), ging es um seinen Kopf – und die entscheidenden Zeugen von ehemals, Stauß, Weigelt und Gablenz, waren entweder tot, oder sie schwiegen. Tatsache aber ist, daß Milch mit diesen Männern am Vorabend des 30. Januar '33 übereingekommen war, im Interesse der Deutschen Lufthansa – besser wohl der Deutschen Bank – in den Staatsapparat überzuwechseln.

Am 30. Januar teilte er dem im Hotel »Kaiserhof« wartenden Göring kurz nach elf Uhr mit, daß er bereit sei, das neue Amt eines Staatssekretärs

zu übernehmen, wenn er ehrenamtliches Vorstandsmitglied der Deutschen Lufthansa bleiben könne. Göring willigte ein. Noch 1947 meinte Milch betonen zu müssen, daß sich sein Jahreseinkommen von 50 000 Reichsmark bei der Lufthansa auf 21 000 Reichsmark als Staatssekretär vermindert habe – ein momentaner Verlust, der wenig besagte, weil Milch seine Stellung im übergeordneten Interesse der Deutschen Bank wechselte, um für diese das Milliardengeschäft der Luftaufrüstung zu sichern. Das Finanzkapital pflegt die materiellen Bedürfnisse seiner Helfershelfer nicht zu verabsäumen.

Wenn Reichskommissar Göring einige Hemmungen gehabt haben sollte, sich für Milch zu entscheiden, dann wohl in der dumpfen Ahnung, daß dieser Mann mit dem unbezähmbaren persönlichen Ehrgeiz, der großen Fachkenntnis und der finanzkapitalistischen Rückendeckung vielleicht eines Tages auch nicht vor ihm und seiner hohen Funktion haltmachen würde. Denn mit seiner roboterähnlichen Energie wollte Milch stets der erste am Platz sein und sich laut polternd in Szene setzen, wobei er eine auffällige Unfähigkeit besaß, irgendwelche tieferen menschlichen Beziehungen eingehen zu können. Das deutet komplexhafte Verdrängung einer persönlich tiefempfundenen, gesellschaftlichen Inferiorität an, die sich wohl aus dem früheren Lebensgang herleitete.

Hineingeboren in die karge Lebenswelt eines kaiserlichen Marineapothekers, der im sozialen Selbstverständnis des wilhelminischen Kaiserstaats weder Fleisch noch Fisch sein konnte, war Milch aufgewachsen. Auch sein Eintritt als Fahnenjunker in ein Fußartillerieregiment bedeutete in der Tat nur die unterste Stufe, von der man in Preußens stockkonservativer Armee eine Karriere versuchen konnte. Überdies galt die Artillerie den standesbewußten Junkern der Kavallerie und der Gardeinfanterie am Ausgang des 19. Jahrhunderts immer noch als jene Truppe, in der man die bürgerlichen Schulzes, Müllers und Lehmanns als Berufsoffiziere gerade noch dulden mochte.

Für Milch muß aber seine Ernennung zum Leutnant als die Lebenswende erschienen sein. Jedenfalls wurde er den moralischen und geistigen Habitus des preußischen Vorkriegsleutnants sein Leben lang nicht los. Wie stark er davon geprägt wurde, verriet sein schnoddriger Kasinoton, den er offenbar für das Nonplusultra geselliger Konversation und Präzision des Ausdrucks hielt. Je größer die Macht wurde, die er im staatsmonopolistischen Gefüge des Luftfahrtministeriums gewann, desto ungezügelter gebärdete er sich. Da wurde sogar bei Konferenzen in die »Fresse gehauen«, den »Arsch getreten«, reihenweise »an die Wand gestellt«, dann wiederum »dazwischengehauen«, »dazwischengeschlagen«, »dazwischengedroschen und die »Peitsche als Gesundheitsmittel« empfohlen. Dieser Vertrauensmann der stärk-

sten deutschen Bank und oberste Beamte der Luftfahrt pfiff die Flugzeugindustriellen, die von Bankkrediten und Staatsaufträgen abhingen, wie auf dem Kasernenhof an. Das sollte beispielsweise Ernst Heinkel erfahren, als er im Sommer 1934 den ehemaligen Lufthansadirektor nicht wiedererkannte, sondern auf einen wortscharfen Staatssekretär traf, der ihn wegen eines Mangels an »nationalsozialistischem Geist« anfuhr. Noch ärger sprang Milch mit seinem einstigen Gönner Junkers um, den er faktisch zugunsten des deutschen Großkapitals enteignete und unter Kuratel stellte: Junkers »gehöre an die Wand gestellt«, arbeite mit niedrigsten Mitteln und »Instinkten« und sei das »ausgekochteste Individuum«, das ihm – Milch – jemals unter die Augen kam.

Wenn dieser machtbesessene Zerberus mitunter den Dschungel der faschistischen Politik- und Geschäftsverfilzung nicht recht durchschaute und sich in seinen Mitteln verfing, so war das seiner wuchernden Selbstüberschätzung und – immer noch – seinem Leutnantshorizont zuzuschreiben. In solchen Gelegenheiten fand Göring den willkommenen Anlaß, seinen Staatssekretär spüren zu lassen, wo sein Platz sei.

Zur größten Gefahr für Milchs Karriere erwies sich die Behauptung einiger mißgestimmter, futterneidischer Nazis, daß er von jüdischer Abstammung sei. Der Anstoß dazu kam aus Bayern und besaß eine Vorgeschichte. Die von der Lufthansa am Ende der zwanziger Jahre angekauften, mehr schlecht als recht zusammengebastelten Erzeugnisse der Bayrischen Flugzeugwerke hatten bei ihren ersten Linienflügen prompt Bruch gemacht und in Milchs Gedächtnis eine lebhafte Aversion gegen alles aufkommen lassen, was aus der Werkstatt des Willi Messerschmitt stammte. Bei der Subventionierung der Flugzeugindustrie, die Milch nach dem 30. Januar in Regie nahm, wurden daher die Messerschmitt-Werke nicht bedacht. Der Staatssekretär glaubte, die lauten Proteste des Geschäftsführers Theodor Croneiß kaltlächelnd abfertigen zu können. Was er offenbar nicht bedacht hatte, war die Tatsache, daß Croneiß als Chef der Flieger-SA in München zum engeren faschistischen Führungsklüngel gehörte und sich an Milch mit einem umfangreich recherchierten Dossier revanchierte, das per Fotos und Dokumenten den Nachweis von dessen jüdischer Herkunft erbringen wollte.

Nie zuvor stand Milchs fernere Karriere so sehr zur Disposition wie in jenen Monaten. Die Denunziation wurde auf eine schmierige Weise und mit viel Geld aus der Welt geschafft, wobei den Messerschmitt-Werken fortan Millionenaufträge zuflossen. Die Mutter Milchs wurde nach Berlin bestellt, wo sie eine eidesstattliche Erklärung abgab, daß nicht der Marineapotheker Anton Milch, sondern der Baron Hermann von Bier, mit dem sie außereheliche Beziehungen unterhalten hätte, der leibliche Vater von Erhard Milch sei. »Wenn wir ihm schon seinen richtigen Vater nehmen«, höhnte

Göring, »dann müssen wir ihm als Ersatz wenigstens einen Aristokraten geben.«

Es mag dahingestellt bleiben, ob der angebliche aristokratische Erzeuger das Selbstgefühl Milchs gestärkt hat. Fest steht jedenfalls, daß sich der Staatssekretär selbst schon seit längerem als Vater einer mächtigen Luftwaffe des Nazireiches dachte und 1933 daranging, die neue strategische Konzeption für die Naziluftwaffe zu entwerfen. Sie stand im gänzlichen Widerspruch zu den vorherrschenden Auffassungen der Reichswehrgeneralität.

Daß militärische Luftfahrt not tat, darüber bestand bei den revanchistisch gesinnten Generalen und Offizieren eine seltene Einmütigkeit. Worüber ihre Meinungen seit einigen Jahren jedoch auseinandergingen, das war ihr hauptsächlicher Verwendungszweck. Die meisten Reichswehrgenerale dachten in den Kategorien des ersten Weltkrieges, wo Luftaufklärer erkundet, Jagdflugzeuge geschützt und Bombenflugzeuge nur als ein verlängerter Arm der Artillerie gedient hatten. Seit aber der Italiener Douhet mit seinen Theorien vom Luftkrieg der Zukunft hervorgetreten war, verfochten auch deutsche Militärs und Flieger die Auffassung, daß das schwere Bombenflugzeug durch die unerbittliche Bombardierung der Großstadtbevölkerung und der Industriearbeiterschaft allein in der Lage sei, einen zukünftigen Krieg zu entscheiden. In Deutschland fand diese Lehre besonders bei den Direktoren der Deutschen Lufthansa einen Anklang. Milch bemühte sich schon 1932, seit seiner Konferenz mit Hitler, die Reichswehrgeneralität davon zu überzeugen, daß das dreimotorige, für die damalige Zeit hochmoderne Transportflugzeug »Ju 52« als ein Wunderbomber des Zukunftskrieges akzeptiert werden müsse. Doch seine Verhandlungen mit den Generalen von Hammerstein-Equord und Mittelberger, den Obristen Reichenau und Felmy waren vergeblich. Da ließ er einen seiner engsten Vertrauten in der Lufthansa, den Direktor Dr. Robert Knauss, unter dem Pseudonym Major Helders ein Buch veröffentlichen: »Luftkrieg 1938. Die Zertrümmerung von Paris« (1932). Darin wurde die apokalyptische Vision entworfen, daß der französische »Erbfeind« durch den Massenabwurf von Spreng-, Brand- und Giftgasbomben binnen weniger Tage zur Strecke gebracht werden könne.

Was 1932 von einem deutschen und internationalen Publikum noch als die verantwortungslose Schreibtischphantasterei eines Amateurstrategen abgetan werden konnte, drohte jedoch seit dem 30. Januar '33 zur Militär- und Staatsdoktrin des Nazireiches zu werden. Es war kein anderer als Milch, der aus den Entwürfen Douhets ein Einsatzkonzept für die faschistische Luftwaffe machen und in absehbarer Zeit zur blutigen Realität umsetzen wollte. Von Milch erhielt Knauss-»Helders« im Mai 1933 den Auftrag, einen

strategischen Entwurf für die künftigen Einsatzaufgaben der Deutschen Luftflotte auszuarbeiten – eine Denkschrift, die der Staatssekretär am 31. Mai desselben Jahres mit der ausdrücklichen Empfehlung weiterreichte: »Ich stimme mit diesen Ausführungen voll überein.«

Milch tat noch ein übriges, um die Durchschlagskraft dieser Denkschrift zu erhöhen. Er prägte den Begriff der »Risikoflotte«. Das klingt wie eine späte Lesefrucht aus der väterlichen Marineapothekerbibliothek; denn nach Anlage und Zweck ist der Verweis auf die »Risikoflotte« des Admirals Tirpitz unübersehbar. Wie um die Jahrhundertwende die Hochseeflotte, so sollte 1933 die Luftflotte mit ihrem verderbenbringenden Potential eine Phase ungehemmter Aufrüstung absichern helfen. Der von Milch beabsichtigte diabolische Nebengedanke war: Reichswehr und Marine – die beiden erbitterten Gegner einer selbständigen Luftwaffe – könnten sich im eigenen Interesse einer ungehinderten Gesamtaufrüstung auch der Forcierung einer selbständigen Luftwaffe nicht mehr widersetzen.

Was da am 31. Mai 1933 in einigen Dutzend Blättern, unterstützt durch die mit Suggestivfarben verfertigten Grafiken, auf dem Tische von Milch lag, griff weit über die Zeit hinaus. Es propagierte den hemmungslosen und totalen, durch keinerlei Völkerrecht und ethische Bedenken eingeschränkten Krieg: »Die Terrorisierung feindlicher Hauptstädte wird um so rascher zum moralischen Zusammenbruch führen, je schwächer die nationale Haltung eines Volkes ist, je mehr die Großstadtmassen materialisiert sind und durch soziale und parteipolitische Gegensätze zerklüftet sind.« Was sich nach wenigen Jahren bei den Terrorbombardements der »Legion Condor« auf Madrid, Durango und Guernica, bei der »Coventrierung« englischer Städte, bei der Einäscherung von Warschau, Belgrad und Leningrad in grausamster Weise realisieren sollte, war hier – knapp vier Monate nach der Installierung der faschistischen Diktatur – vorausgedacht und programmiert.

Köpenicker Blutwoche

Die Siedlung im Köpenicker Elsengrund, so weitläufig sie ist, wirkt klein im großen Berlin. Geduckte, schmucke Häuser reihen sich aneinander. Nicht protzig, eher karg das Äußere. Gärten dahinter, Bäume und viel Freundlichkeit. Man spürt die Stadt, aber noch näher fühlt man ihr Weichbild: den Forst, die Seen, den Auslauf der Felder. Entlang der S-Bahn nach Hirschgarten hat sich hier auf der nördlichen Seite seit einem Dutzend Jahren eine kleinbürgerlich-soziale Bauidee verwirklicht: die Gemeinnützige Baugenossenschaft Berlin-Ost. Die dieses Fleckchen – nach dem Weltkrieg – geschaffen haben, sind SPD-Mitglieder zumeist und stolz auf ihre Siedlung. Sie haben für die Dauer von Jahrzehnten gebaut. Werden sie auch für Jahrzehnte Frieden haben?

Der 21. Juni 1933 ist ein Mittwoch. Frühaufsteher bemerken: Er wird wärmer als der Vortag werden, die Schwüle kündigt Gewitter an – ein Sommerbeginn, wie er im Buche steht. Noch immer ist Morgen, als die Siedlung plötzlich zusammenzuckt: Motoren lärmen heran, Autos stoppen mit kreischenden Bremsen, Braunhemden springen ab. Sie dringen in Häuser ein, treiben Männer zuhauf, schlagen zu. Die Siedler wundern sich nicht, sie fürchten sich nur. Wer zu Hause ist, schließt sich ein und hofft, daß die Jagd an ihm vorübergehe. An vielen Türen geht sie nicht vorbei. Stiefeltritte verschaffen sich Einlaß. Möbel fliegen durcheinander, Bücher werden zerrissen, Arbeiterfahnen aufgespürt und ihren Besitzern über die Köpfe geschlagen. Es fallen erste Schüsse. Fassungslos sehen Kinder, wie Uniformierte den Vater demütigen. Frauen, mit angstgeweiteten Augen, empfinden schmerzhaft die Wehrlosigkeit ihrer Männer. Schreie und ohnmächtiges Weinen über dem Elsengrund. In der Dammvorstadt, dem Bürgerviertel jenseits

der Bahn, und im alten proletarischen Fischerkietz dasselbe. SA beherrscht die Straßen. In Köpenick ist die Hölle los.

Was hier geschieht, ist geplant. In der Nacht zuvor hat Sturmbannführer Gehrke, Anpeitscher der SA-Standarte 15, seine Leute zusammengeholt und scharfgemacht. Er hat den großen Coup gegen die »Miesmacher« des Dritten Reiches bis ins kleinste vorbereitet; seit Wochen schon sind die Listen fertig mit den Adressen, wo man die Kommunisten, Sozis und Juden aufstöbern kann. Autos, mit Vorliebe die geschlossenen Lieferwagen der Köpenicker Wäschereien, sind herangeschafft worden. Sie besorgen den Abtransport der Verhafteten in die SA-Sturmlokale. Dort breiten sich Schlagstöcke, Kabelenden, Riemen, Weidenruten, Eisenrohre und alte Kavalleriesäbel auf den Tischen aus – alles, womit man zuschlagen kann. Dort wird man es ihnen geben, diesen »Novemberverbrechern« und »Verrätern am Deutschtum«! Sie sollen den Geist des »erwachten Deutschland« kennenlernen! Die »nationalsozialistische Revolution« wird über sie hinweggehen. Und die sich auf diese Weise des Nachts aufgestachelt haben, sind nun auch die Vollstrecker.

Mag sein, daß SA-Gehrke mit der Aktion die Aufmerksamkeit seiner Führung auf sich ziehen will oder daß ihn ein Machtrausch überkommt: Er befiehlt, und die anderen zittern! Doch daß Köpenick an diesem Mittwoch zur Walstatt einer blindwütigen Horde von Hakenkreuzlern wird und dieses eine ganze Woche lang dulden muß, hat andere, tiefere Gründe. Köpenick ist noch immer rot. Hier ist kein Durchkommen für die Partei des »großen Führers«. Trotz der Verhaftungswelle, die Ende Februar, Anfang März durch die Reihen der Kommunisten fuhr – dieser Stadtbezirk ist wie ein großer, schwelender Protest. 27 000 besaßen noch am 5. März die Stirn, kommunistisch oder sozialdemokratisch zu wählen. Alle Einschüchterungen, sogar Auspeitschungen änderten nichts. In Betrieben und auf Straßen tauchen wieder und wieder illegale Zeitungen und Flugblätter der KPD auf. Heimliche Treffs der Nazigegner finden statt. Köpenick stellt sich quer. Das ist es, was diesen Gehrke so in Wut gebracht hat: Er besitzt die Macht nicht, die andere SA-Führer über ihren Wohnbereich haben. Deshalb holt er zum Schlage aus. Deshalb hat er in der Nacht zu diesem 21. Juni die Alarmstufe III befohlen. Deshalb entbrennt das Inferno im Elsengrund und anderswo.

Die Schlägergarde, die Köpenick vollends unter das Hakenkreuz zwingen will, ist für dieses Unternehmen wie geschaffen! Asoziale Landsknechtstypen, vorbestrafte Kriminelle, Aufwind witternde und überschnappende Kleinbürger, auch arbeitslose Proletarier – sie alle sind mürbe gemacht und mit dem Versprechen geködert, daß sie eines Tages Anteil haben würden an der Fülle der jüdischen Finanzplutokratie und dem Reichtum im Osten Europas.

Kaum einer war zuvor ernsthaft gewerkschaftlich organisiert, politisch mit Kommunisten oder Sozialdemokraten verbunden. Es ist der rechte Trupp, die Apokalypse zu wagen.

Gehrke will so wie Göring sein: Der kennt keine Skrupel, der geht aufs Ganze, den vergöttert er. »Ich werde diesen Kreaturen solange die Faust in den Nacken setzen, bis sie erledigt sind!« – dieses Göring-Wort ist nun auch seine Devise. Fünfhundert Menschen, fast alle, deren Namen auf seinen Listen und in dem Ruf einer antifaschistischen Gesinnung stehen, läßt er in die SA-Lokale zerren. Dort gibt er sie der Mordlust und dem Sadismus seiner Büttel frei. In der Gaststätte Demuth, Elisabeth- Ecke Dorotheenstraße, ist es besonders schlimm. Etwa 100 Männer und Frauen werden bis zum Abend hierher geschleppt, wie Vieh durch die Straßen der Altstadt getrieben, in den Kraftwagen herangefahren. Viele sind schon derart zerschlagen, daß sie nicht mehr stehen können.

Elisabethstraße 23 ist ein großstädtisches Wohnhaus, wo das Lokal zu ebener Erde liegt, mit einem separaten Eingang zum Hof. Auf dem Hof ein Stall und darüber ein Heuboden. Dorthin werden sie getrieben. Dort erwartet sie das Unbeschreibliche. Sie werden über den Tisch gezerrt, entblößt, mit dem Kopf in die erbeuteten proletarischen Fahnentücher gepreßt. Dann prasseln die Hiebe, geschlagen von jeweils zwei, auch vier Folterknechten. Stundenlang. Erlahmen die Arme dieser Meute, so erscheint ein neuer Trupp. Von Mal zu Mal sinnloser betrunken, quälen sie weiter. Sie treiben die Opfer durch den kleinen Raum, werfen mit Stühlen auf sie, traktieren und hetzen sie bis zum letzten. Schreie und Wimmern den ganzen Tag. Die Bewohner hören es, obwohl auf dem Hof ein Motorrad knattert, um das Fürchterliche zu übertönen. Oben im Haus eine Frau, die gemütskrank wird; was sie hört und sieht, ist nicht zu verkraften. Hier, in der dichtbesiedelten Kietz-Vorstadt, werden vor allem Kommunisten geprügelt. Es soll ein abschreckendes Exempel sein. Denn hier, wo ein Teil der Industrie liegt, wohnen die Proletarier mit ihren Familien, leisten sie, zwischen den Flußläufen der Spree und der Dahme, noch immer politischen Widerstand.

Unterdessen vollzieht sich in den Köpenicker Gartenvierteln, jenseits der Bahnlinie, dasselbe. Aus der SPD-Siedlung um den Dahlwitzer Platz, im Elsengrund, werden Männer und Frauen nach Uhlenhorst, ins Sturmlokal Seidler geschleppt. Auch dort Schlägertrupps, unmenschliche Tortur. Das geschieht am Tage wie des Nachts, am 21. Juni und an den Tagen darauf. In der zweiten Nachthälfte zum 22. wüten die Henker noch schlimmer. Es ist etwas vorgefallen, das sie nicht erwartet haben – und das ihre Verbrechen nunmehr als zornige Rache beschönigen läßt. Im Elsengrund haben sie am Tage zwei Männer vergeblich gesucht, den 53jährigen Gewerkschafts-

und SPD-Funktionär Johann Schmaus und seinen Sohn Anton, einen Jungsozialisten, Zimmermann von Beruf. Gegen 23.00 Uhr taucht vor dem Hause Schmaus abermals ein SA-Trupp auf und dringt ein. Die Familie weiß, was bevorsteht. Die Mutter ruft den Sohn um Hilfe, und Minuten später liegen drei Nazis in ihrem Blut. Anton Schmaus flüchtet, nur mit einer Turnhose bekleidet, in den Wald. Seine aussichtslose Lage erkennend, stellt er sich bald der Polizei und sagt aus: »Ich ging sofort nach oben, holte eine in einer Wärmflasche befindliche, geladene Pistole und rannte nach unten. Während des Hinabsteigens gab ich die Schüsse auf die dort stehenden SA-Leute ab.« So das Polizeiprotokoll. Natürlich »standen« die Eindringlinge nicht; sie schlugen die Mutter und drohten, den Vater zum Abtransport auf die Straße zu stoßen. Diese nächtliche Notwehr des Anton Schmaus wird von den Nazis in einen »Bolschewistenmord« an drei Gefolgsleuten des »Führers« umgedichtet. Das Rachegefühl steigert den Sadismus der Schläger in den Lokalen, gibt nun den Vorwand, der das Entsetzliche nach außenhin rechtfertigen soll.

Noch brutaler als auf dem Heuboden in der Elisabethstraße, als im Sturmlokal Seidler, im Reichsbanner-Sportlerheim in Wendenschloß und in der Villa Gladenbach in Friedrichshagen wüten die SA-Bestien im Gefängnis des Köpenicker Amtsgerichts, das vor drei Jahrzehnten als Ausdruck kaiserlich-preußischer Macht wuchtig in die Häuserzeilen am Hohenzollernplatz hineingesetzt worden ist: der richtige Ort für Gehrke und seinen Stab. Hierher läßt er die meisten Verfolgten bringen, hier ist ihre Endstation. Die Schlägerlokale sind nur Außen- und Durchgangsstellen. An die hundert routinierte und aufgeputschte Leuteschinder stürzen sich auf die Ankommenden. Sie verhören, stoßen, treten, prügeln auf dem Hof, in den stinkigen Zellen, im Betsaal. Szenen spielen sich ab, die der menschliche Verstand nicht aufnehmen mag. Da werden Vater und Sohn gezwungen, sich gegenseitig niederzuboxen, Ohnmächtige an den Haaren durch die Gänge geschleift, brennende Fackeln in die Gesichter gedrückt, Hakenkreuze mit Dolchen in die Kopfhaut geritzt. Zwischen den blutbeschmierten Wänden könnten Qualen und Haß nicht größer sein. Vielen wird der Lebensmut zerbrochen. Einige wollen der endlosen Tortur entrinnen und versuchen, aus dem Fenster zu springen, sich die Pulsadern durchzubeißen. Sie reizen damit nur die Gelüste der Henker, die Teer auftreiben, heißes, schwarzes Pech. Es wird den Wimmernden und Wehrlosen in die klaffenden Wunden geschmiert und, wenn erkaltet und fest, wieder abgerissen. Das sind die »Argumente« der »nationalen Bewegung«, die den Arbeitern, dem Volke herrliche Zeiten verspricht. Menschen werden gefoltert, um ihre Gesinnung zu treffen. So bahnt sich die »nationalsozialistische Revolution« ihren Weg. Und wer sind diejenigen, die in ihr tödliches Mahlwerk geraten?

Da sind Paul und Josef Spitzer, beide noch nicht dreißigjährig, Kommunisten. Einfache Arbeiter, aufrechte Charaktere, die glaubten, ihr Leben noch vor sich zu haben. Sie mühten sich, ihre sozialdemokratischen Genossen vom Grundübel des Hitlerfaschismus zu überzeugen, haben in Wohnungen und Versammlungen agitiert: »Geschlossener Widerstand, Genossen!« Ihre Worte waren vergebens. Nun sind sie in den Fängen der SA-Standarte 15. Am 24. Juni ist Josef, der Jüngere, so zugerichtet, daß ihn die Henker im Dunkeln aus dem Amtsgericht entlassen. Sie haben ihn kaputtgemacht, er wird nicht überleben. Im Krankenhaus kann er dem Arzt noch anvertrauen, daß er ein Glas mit scharfer Flüssigkeit austrinken mußte – Oxalsäure, wie sich herausstellt, und an deren Verbrennungen er stirbt. Seine Frau berichtet: »Als mein Mann am 24. abends gegen 11.00 Uhr nach Haus kam, konnte er kaum noch gehen. Die Haare waren abgeschnitten und der ganze Kopf mit Schorf bedeckt. Im Gesicht und an den Ohren hatte er Teer. Der Körper war von oben bis zu den Füßen ohne Haut.« Am 30. Juni erleidet sein Namensvetter Paul Spitzer dasselbe Schicksal: zerschlagen und vergiftet.

Da ist der kranke, aber parteierfahrene Sozialdemokrat Johannes Stelling, 54 Jahre alt, wohnhaft im Elsengrund. Er hat eine imponierende politische Laufbahn hinter sich: sehr früh schon Gewerkschaftsfunktionär, dann Redakteur an der Lübecker SPD-Zeitung, 1920 in den Vorstand seiner Partei gewählt. Er war Innenminister und Ministerpräsident im Lande Mecklenburg-Schwerin, Kommunalpolitiker, Reichstagsabgeordneter, und ist nun seit Jahren schon Leiter des »Reichsbanners« im Gebiet Berlin-Brandenburg. Stelling hat sich mehr für andere als für sich selbst eingesetzt – ein weithin geschätzter Mann, der aber auch die Zauderpolitik seiner Partei personifiziert. Revolution ist ihm verhaßt. Deshalb hat er sich immer von den Kommunisten ferngehalten, hat er sich sogar gegen sie gestellt. Er verachtet Hitler und seine Bewegung, tut aber nichts darüber hinaus. So gerät er sehenden Auges in den Griff der Entarteten. Denn die Warnung seiner Freunde und seiner Familie, sich in Sicherheit zu bringen, schlägt er in den Wind; vielleicht nicht ohne Ärger und Trotz, weil der SPD-Parteivorstand ohne ihn nach Prag emigriert ist. Jetzt, da die Gefahr auf ihn zukommt, sagt er nur: »Ich bleibe hier, ich bin ein alter Mann, mir wird man nichts tun.« Doch bei Seidler und später im Köpenicker Amtsgerichtsgefängnis tut man ihm an, was ungestraft keinem Tier geschieht. Als Anfang Juli an den Ufern der Dahme bei Grünau Leichen antreiben, die in Säcke eingenäht sind, ist er dabei: bis zur Unkenntlichkeit zugerichtet, am Ring noch erkennbar. Zerprügelt, erschossen, versenkt – tragisches Ende eines führenden SPD-Funktionärs.

In der Charité, es ist schon der 3. August, werden auch einem parteilosen Juden die Augen zugedrückt: dem Chemiker Dr. Georg Eppenstein, Mit-

inhaber und Geschäftsführer der Ruilos GmbH. Seine kleine Fabrik und die »Ruilos-Kur«, das Hühneraugenpflaster, sind in Köpenick bekannt. Der Mann war rechtschaffen, sein Leben im großen und ganzen unbeschwert, bis das »Juda verrecke« der neuen Machthaber ihm und den Seinen immer häufiger nachgeschleudert wurde. Sein Kompagnon zog es vor, aus der Firma eines Juden auszusteigen. Eppenstein war verschreckt, fuhr vorzeitig in Urlaub , weg von den Gehässigkeiten und Demütigungen, kehrte aber am 19. oder 20. Juni mit seiner Familie nach Köpenick zurück, wo ihn tags darauf seine Mörder holten. Die Leidensstationen: Elisabethstraße 23 und Amtsgericht. Nach einigen Tagen entlassen, kommt jede Hilfe zu spät, er ist vom Tode gezeichnet.

Der Blutrausch tobt im Stadtbezirk bis zum Dienstag, dem 27. Juni. Man wird die Spanne des Verbrechens späterhin die »Köpenicker Blutwoche« nennen. Aber noch lange danach fordert der Exzeß seine Opfer. Am Ende sind es 91 Tote, unter ihnen Johann und Anton Schmaus. Proletarier und Angestellte, Angehörige der Intelligenz und des Bürgertums – nach ihrer politischen Gesinnung: Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Parteilose. Elf allein werden in Säcken aus dem Wasser gezogen. Siebzig andere verschwinden im Sand der Müggelberge, und niemand wüßte es heute, wenn nicht – nach Jahren – spielende Kinder an einsamer Stelle die Skeletteile gefunden hätten.

Die SA-Standarte 15, die sich durch den berüchtigten Maikowski-Sturm aus Charlottenburg verstärkte, hatte insgesamt 500 Antifaschisten in ihren Klauen. Von denen, die mit dem Leben davonkommen, bleiben viele für immer geschädigt: blind, gelähmt, verkrüppelt, geschockt. Und Köpenick? Die Familien, die Einwohner, die Polizei, wie reagieren sie?

Es gibt Verhetzte, die den blutigen Spuk gutheißen, die sogar mit mittelalterlicher Lust zusehen, wenn die Gejagten durch die Straßen gedroschen werden. Andere schließen sich ein: Raushalten, sonst kommst Du selbst dran! Aber das rote Köpenick verleugnet sich nicht. Entschiedener Protest ist da. Frauen machen SA-Leute namhaft, klagen sie des Mordes oder der Körperverletzung an ihren Männern an. Nicht wenige stellen Strafantrag. In den Großbetrieben von Köpenick und Schöneweide flammt Widerstand auf. Kommunisten verbreiten ihr illegales Lokalblatt, den »Roten Kietz«, unter den Arbeitern. Die »Rote Fahne« berichtet über die Bluttat auch außerhalb von Berlin. Eine kommunistische Tarnschrift unter dem Titel »Luftschutz ist Selbstschutz« kursiert. Sie gibt eine umfangreiche und genaue Analyse der Köpenicker Vorgänge, entlarvt den Faschismus, klagt an und ruft wiederum zur Aktion: »Hört unseren Weckruf, ihr sozialdemokratischen Arbeiter! Schaut nach Köpenick. Die braunen Mörder haben nicht nach dem Parteibuch gefragt. Ihr Mordstahl machte keinen Unterschied zwischen

sozialdemokratischen, parteilosen und kommunistischen Arbeitern. Erfüllen wir das Vermächtnis, das uns die toten Kämpfer hinterlassen haben: Schmieden wir die Einheit zur Verteidigung der Lebenden!«

Einige Antifaschisten finden auch Wege, um Berichte ins Ausland zu bringen. Die Welt soll wissen, was im Lande geschieht. Aus Karlsbad berichtet der sozialdemokratische »Neue Vorwärts« über den Massenmord, und noch im selben Sommer erscheint in Basel eine von Emigranten zusammengetragene Dokumentation über den Reichstagsbrand und den Hitlerterror: »Bartholomäusnacht in Köpenick« nennt sie das Gemetzel vom 21. zum 22. Juni. Auch hier erklingen Anklage und Aufruf zum Widerstand und zur Solidarität.

Am 26. Juni, morgens 9.45 Uhr, ruft der Arzt Dr. Lehmann, der in der Köpenicker Oberspreestraße 182 praktiziert, bei der Kriminalpolizei an. Der diensthabende Beamte schreibt den Inhalt des Telefonats ins Wachbuch: »In der letzten Nacht seien von ihm 11 Leute behandelt worden, von denen 9 in Krankenhäusern hätten untergebracht werden müssen, ein Mann (Spitzer) sei im Krankenhaus Köpenick an den Folgen der Mißhandlungen gestorben. Dr. Lehmann bat im eigenen Namen und im Auftrag der übrigen Ärzte Köpenicks um sofortiges Eingreifen der Polizei, da die Erregung über das Vorgehen der SA auch in nationalen Kreisen sehr groß sei.« Die Polizei gibt sich machtlos. Sie nimmt Vermißtenmeldungen an, setzt Protokolle über Mißhandlungen auf, formuliert Anzeigen, aber sie schreitet nicht ein. Sie handelt nicht als Schutzpolizei der Bevölkerung, sondern als willfähriges Instrument des neuen Preußenkabinetts Göring, wobei sie sich hinter einem Runderlaß des Innenministers vom 17. Februar verschanzen kann: Darin wird befohlen, »daß die Polizei auch nur den Anschein einer feindseligen Haltung oder gar den Eindruck einer Verfolgung gegenüber nationalen Verbänden (SA, SS und Stahlhelm) und nationalen Parteien unter allen Umständen zu vermeiden hat« . . . So geschah nichts. Die Bestien konnten sich sicher fühlen.

Der Druck der Öffentlichkeit auf die Behörden, die geheime Benachrichtigung ausländischer Botschaften und anonyme Warnungen an die Akteure der Blutorgie ließen es den Chefs der Gestapo und der Polizei immerhin ratsam erscheinen, die Täter einstweilen aus Köpenick und seiner Umgebung zu entfernen. In Wehrsportlagern wurden sie für neue Aufgaben geschult. Keine Verurteilung also, keine Bestrafung! Im Gegenteil: Am 25. Juli 1933 verfügte der Reichsjustizminister einen allgemeinen Gnadenerweis für alle Taten, die »im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Revolution« begangen wurden.

Es blieb der Rechtsprechung der Deutschen Demokratischen Republik vorbehalten, die SA-Mörder von Köpenick ihrer verdienten Strafe zuzufüh-

ren. Im ersten Jahr ihrer Existenz, vom 5. Juni bis zum 19. Juli 1950, fand vor der Vierten Großen Strafkammer des Landgerichts Berlin der Prozeß in der Strafsache »Ploenzke und andere« statt. Jetzt endlich sprachen Volksrichter gegen 32 anwesende und 24 flüchtige, von der Bundesrepublik Deutschland nicht ausgelieferte Angeklagte das Urteil wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit.

Alfred Hugenberg

Ausbootung des Koalitionspartners

Der Herr Geheime Finanzrat kochte vor ohnmächtiger Wut. Ward je so schnöder Undank gesehen! Hatte er nicht mehr als irgendein anderer für die »nationale Bewegung« getan! Und jetzt, kaum fünf Monate, nachdem der von ihm salonfähig gemachte Hitler zur »Erneuerung des Reiches« an die Regierungsspitze gestellt worden war, jagte man ihn – Alfred Hugenberg – ohne viel Federlesens davon!

In der soeben beendeten Kabinettssitzung, am 23. Juni 1933, hatte man ihn wie einen Schulbuben abgekanzelt: einen Minister, der (seine Verantwortlichkeiten im Lande Preußen mitgerechnet) vier Ressorts verwaltete! Einen Mann, der sein Leben lang mit den Herrschern der deutschen Wirtschaft, mit Krupp und Kirdorf, mit Stinnes und Thyssen, mit Vögler und Reusch, zusammengearbeitet und ihr volles Vertrauen genossen hatte! Doch da eben lag der Hund begraben: *hatte*. Denn das war nunmehr Vergangenheit geworden. Böse Zungen munkelten schon (und es bewahrheitete sich einige Tage später): Hugenbergs alter Gönner, Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, werde in einem Telegramm an Hitler, das er namens des »Reichsstandes der Deutschen Industrie« abfasse, den Hinauswurf des Ministers aus allen staatlichen Ämtern befürworten.

Die unmittelbare Vorgeschichte der Kabinettssitzung war kurz. Vor genau einer Woche hatte Hugenberg, der durch die Innenpolitik Hitlers zunehmend unter Druck gesetzt wurde, seinen ehemaligen Schützling und jetzigen übermächtigen Rivalen durch einen außenpolitischen Vorstoß zu zwingen versucht, sich in aller Öffentlichkeit hinter ihn zu stellen. Er hatte als Mitglied der deutschen Delegation auf der Weltwirtschaftskonferenz in London eine Denkschrift verteilen lassen. Darin waren Forderungen, die

für alle extremen deutschen Rechtspolitiker als selbstverständlich galten, enthalten gewesen: Wiedererrichtung eines deutschen Kolonialreiches in Afrika und Schaffung neuer Siedlungsgebiete in Osteuropa, bis in die Ukraine hinein. Diese Denkschrift war von Außenminister Neurath ausdrücklich gutgeheißen worden – und zwar im Namen Hitlers, dessen vielstrapazierte Thesen vom »Volk ohne Raum« und vom »Lebensraum im Osten« hier in diplomatischer Verbrämung wiederholt wurden. Doch der wohlüberlegte Schuß war nach hinten losgegangen: Denn als die (an sich erwarteten) Proteste der Kolonialmächte England und Frankreich heranpolterten, stellte sich die deutsche Delegation nicht schützend vor Hugenberg – sie distanzierte sich von ihm. Neurath erklärte (und man konnte es im »Völkischen Beobachter« nachlesen), daß das anstößige Memorandum eine reine »Privatarbeit« des Herrn Geheimrats sei. Die offizielle deutsche Außenpolitik orientiere sich an Hitlers »Friedensrede« vom 17. Mai, nicht aber an unüberlegten Schreibübungen einzelner Personen. Hugenberg hatte versucht, sich zu rechtfertigen. Doch die deutsche Presse ließ ihn nicht einmal zu Worte kommen.

Heute nun hatte der Minister, der quasi auf einer Flucht nach vorn gestrauchelt war, eine Stellungnahme des Kabinetts zu seiner Angelegenheit verlangt. Da aber ließen ihn alle, auch die nicht zur Nazipartei gehörenden Regierungsmitglieder Papen, Neurath und Schwerin von Krosigk (sein ehemaliger »Kamerad« Seldte war bereits zur NSDAP übergetreten) sowie Reichsbankpräsident Schacht im Stich. Sie stimmten Hitler zu, der die Erörterung der Londoner Vorkommnisse als unnütze Zeitverschwendung ablehnte. Hugenberg isolierte sich noch mehr, als er um die nachträgliche Sanktionierung der Absetzung eines Ministerialdirektors bat und sich belehren lassen mußte, er kenne sich nicht einmal in der Geschäftsordnung des Kabinetts aus. Zuletzt hatte Hitler zynisch feststellen können, daß eine Beschlußfassung wohl nicht mehr erforderlich sei, was im Klartext hieß: Hugenberg könne auf Nimmerwiedersehen verschwinden. Geschlagen hatte er die Sitzung verlassen – nicht mehr als der gefürchtete Hugenberg, der er früher gewesen war, sondern als ein »Hugenzwerg«, wie sein Spitzname in Nazi-Kreisen seit einiger Zeit schon lautete.

Der abgehalfterte Minister hatte also Grund genug, die Ereignisse, die seit der »nationalen Erhebung« geschehen waren, grimmig zu überdenken. Dabei hatte eigentlich alles ganz gut begonnen. Er war davon überzeugt gewesen, der gediegenste Kopf der politischen Rechten zu sein und nun endlich das Steuer des Staats in die Hand bekommen zu können. In dieser Erwartung hatte er vier Tage vor der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler in einer Besprechung mit Papen und den beiden Stahlhelm-Führern Seldte und Duesterberg den künftigen Kurs festzulegen versucht: Der Nazichef

sollte nur so etwas wie ein Aushängeschild des nationalen Regimes werden – ein Versammlungslöwe, dessen Brüllen die Massen beeindruckte. Der alte und leicht lenkbare Hindenburg würde Reichspräsident und Oberbefehlshaber der Wehrmacht bleiben. Er selbst – Hugenberg – würde Reichswirtschaftsminister, zugleich Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Reichskommissar für die Osthilfe sowie kommissarischer preußischer Landwirtschaftsminister und somit Wirtschaftsdiktator und Inhaber der eigentlichen Schlüsselpositionen im ganzen Land werden. Als seine rechte Hand sollte Arbeitsminister Seldte fungieren, während Papen als Vizekanzler die laufenden Regierungsgeschäfte zu erledigen hätte. Duesterberg war zugedacht, den paramilitärischen »Stahlhelm« in Takt zu halten – als Gegengewicht gegen die Hitlersche SA, der man nicht trauen konnte. Zuversichtlich hatte man sich damals mit den Worten getrennt: »Wir rahmen Hitler also ein.«

Noch vor der Vereidigung des neuen Kabinetts hatte sich der grauhaarige Hugenberg, wegen seiner Schläue bei Freund und Feind als »Silberfuchs« bekannt, von Hitler »ehrenwörtlich« versichern lassen, daß die Zusammensetzung der neuen Regierung auch nach Neuwahlen nicht geändert werde. Damit schien die Position Hugenbergs, der seine Deutschnationale Volkspartei als zahlenmäßig schwächeren Partner in die Koalition mit den Faschisten einbrachte, auf absehbare Zeit gesichert.

Nur allzubald wurde dann aber erkennbar, daß die ausgeklügelte Rechnung nicht aufging. Schritt für Schritt drängten die Nazis die Deutschnationalen an die Wand. Um die eigenen Anhänger, die auf antikapitalistische Maßnahmen hofften, zu besänftigen, nahmen sie sogar den als Konzernboß bekannten Hugenberg selbst aufs Korn und ließen immer offener durchblicken, daß der zweite Teil ihrer Kampfparole »Gegen Rotfront und Reaktion!« auf Leute wie ihn gemünzt sei. Der Vorsitzende der nationalsozialistischen »Notgemeinschaft« in Berlin erklärte unumwunden vor deutschnationalen Parteibeamten: »So schnell euer Hugenberg in das Kabinett gekommen ist, so schnell fliegt er auch wieder 'raus.«

Das alles hatte nur geschehen können, weil Hugenbergs langjährige Gönner, die großmächtigen Industriellen, Bankiers und Junker, deren Interessen doch durch die »Einrahmungs«-Taktik gefördert werden sollten, nun keinen Finger mehr für ihn rührten. Schon bei der Verteilung der industriellen Wahlgelder für die Reichstagswahl am 5. März war seine Partei, der 20 Prozent aller Eingänge zustanden, übervorteilt worden. Als er den Geldgebern seine Unentbehrlichkeit beweisen wollte und Mitte April im Kabinett gegen die Eingriffe antikapitalistisch gestimmter Nazïführer in das Wirtschaftsleben auftrat, konnte er weder den Beifall der Monopolherren ernten noch die Machtbefugnisse seiner eigenen Ministerien erweitern. Das Unterneh-

mertum war inzwischen von Hitlers Brauchbarkeit überzeugt. So wurde die Unterdrückung der kritisierten Eingriffe allein dem Verbindungsstab der NSDAP übertragen, also Hugenbergs Einflußbereich entzogen. Immer häufiger klagten seitdem die Mitglieder der DNVP über Zurücksetzungen und direkte Verfolgungen. Hugenbergs fast schon perfekte Kaltstellung wurde am 3. Mai offenbar, als er eingestehen mußte, von der am Vortage erfolgten Zerschlagung der Gewerkschaften erst aus den Zeitungen erfahren zu haben. Der Faschist Darré, der im Zuge der politischen Gleichschaltung zum Präsidenten von drei großen agrarpolitischen Verbänden ernannt wurde, nahm ihm in den Fragen der Landwirtschaft alle Entscheidungen aus der Hand. Am 17. Mai beschwerte sich Hugenberg in einer letzten Audienz bei Hindenburg über die nazistische Schnüffelei und das Denunziantenunwesen gegen »nationale Männer« – er verlangte, daß wenigstens in einem Falle ein der Deutschnationalen Partei angehörender Reichsstatthalter ernannt werde. Seine Forderung blieb erfolglos. Hindenburg brummte nur, daß eben eine schwere Zeit sei und sich schließlich alles von selbst regeln werde, wenn nur die Einigkeit der Rechten bewahrt bleibe. Danach aber wurden deutschnationale Politiker der mittleren Ebene verhaftet, und es begann die Auflösung einzelner Landesverbände der Partei.

Vorgestern schließlich – fünf Tage nach dem Londoner Eklat – hatte im ganzen Reich eine großangelegte Polizeiaktion gegen die »Kampfringe« der Deutschnationalen Partei stattgefunden; die Geschäftsstellen waren geschlossen, viele ihrer Mitglieder in »Schutzhaft« genommen worden. Am gleichen Tage hatte sich der »Stahlhelm«, von dessen Leitung Duesterberg längst verdrängt war, als nationalsozialistische Organisation dem Reichskanzler Hitler unterstellt.

Jetzt, nach der geschilderten Kabinettssitzung, schritt Hugenberg immer wieder grübelnd und fluchend in seinem Arbeitszimmer auf und ab. Er mochte sich nicht entschließen, sein Abschiedsgesuch niederzuschreiben. Stur wie er war, hoffte er allen Erfahrungen zum Trotz, daß sich der »Schirmherr« der Regierung des 30. Januar, der alte Hindenburg, in letzter Minute für ihn einsetzen werde. Er hätte sich sagen müssen, daß der von Hitlers Leuten bewachte Reichspräsident auf seinem ostpreußischen Gutssitz nicht einmal Kenntnis vom Eintreffen des Sonderboten erhalten werde, den er mit einem Hilferuf abgeschickt hatte. Schließlich war er selbst doch ein Meister der politischen Intrige und des Versteckspiels gewesen und wußte, wie derartige Dinge gemacht wurden.

Dennoch wollte Hugenberg nicht daran glauben, daß man ihn, der mehr als vier Jahrzehnte lang das Banner des Herr-im-Hause-Standpunktes und der Ostexpansion hochgehalten hatte, nun einfach zum alten Eisen werfen könnte. War er es doch gewesen, der schon 1891 – damals als 26jähriger

frischgebackener Doktor der Volkswirtschaft – die »nationale Kampforganisation«, den Alldeutschen Verband, mit aus der Taufe gehoben und inhaltlich geprägt hatte. Als Hitler noch nicht lesen und schreiben konnte, propagierte dieser Verband bereits das Recht der »Herrenmenschen« auf »Lebensraum im Osten«. Im preußischen Staatsdienst stehend, hatte Hugenberg für diese Zielsetzung in Posen und Westpreußen gewirkt und mitgeholfen, einen »lebendigen Schutzwall« aus deutschen Bauern gegen die Slawen zu schaffen. Von den finanzkräftigen Hintermännern der Alldeutschen gefördert, hatte er dann seinen Wirkungskreis bedeutend erweitern können, war er zuerst Direktor einer Industriebank in Frankfurt am Main und dann, fünf Jahre vor dem ersten Weltkrieg, Vorsitzender des Direktoriums des mit Abstand größten deutschen Rüstungskonzerns, der Krupp-Werke, geworden. Bald auch noch Vorsitzender des schwerindustriellen »Vereins für die Wahrung bergbaulicher Interessen«, also Sachwalter des gesamten Clans der ungekrönten Ruhrkönige, war Hugenberg in den Kreis jener übermächtigen und zwielichtigen Gestalten aufgestiegen, die die Schöpferkraft eines ganzen Volkes mißbrauchten, um das ungeheure Verbrechen – den Weltkrieg – zu wagen. Während desselben hatte Hugenberg als Mitorganisator der Kanonenproduktion, Mitverfasser wahnwitziger Kriegszieldenkschriften und Mittäter an Plänen zur Verschleppung belgischer Zwangsarbeiter immer neue Reserven mobilisiert, um das millionenfach vergossene Blut in millionenschwere Gewinne zu verwandeln. Zur Aufstachelung des Kampfwillens verfaßte er zugleich chauvinistische »Aufklärungsschriften«, Richtlinien für die Pressepropaganda, und er erwarb sogar einen Zeitungsbetrieb, den ziemlich heruntergekommenen Scherl-Verlag. Das wichtigste Blatt dieses Verlages, der »Berliner Lokal-Anzeiger«, wurde bald zur meistgelesenen Zeitung der Hauptstadt.

Die militärische Niederlage und die Revolution ließen sich jedoch durch nichts mehr abwenden. Als am 9. November 1918, dem Tage der Volkserhebung in der Reichshauptstadt, auf den Rotationsmaschinen des »Lokal-Anzeigers« die erste Nummer der Spartakus-Zeitung »Die rote Fahne« gedruckt wurde, sahen die Kanonenkönige mitsamt den Bevollmächtigten ihre Macht ernsthaft gefährdet. Sie begriffen, daß Panzerwagen und Maschinengewehre nicht ausreichten, um ihre Herrschaft zu retten – sie bedurften auch einer neuen Qualität der Massenverdummung und der Informationsverfälschung. So betraute das Monopolkapital seine besten Leute mit der Aufgabe, die öffentliche Meinung zu manipulieren. Hugenberg, der nun aus dem Krupp-Direktorium ausschied, wurde beauftragt, einen in der Geschichte beispiellos dastehenden Pressekonzern aufzubauen.

Der Hugenberg-Konzern, der die gesamte Provinzpresse beherrschte und sehr bald auch nach der Filmproduktion griff, schwoll in den Jahren der

Weimarer Republik zu einem gigantischen Monopol der politischen Brunnenvergiftung an. Tag für Tag spieen Hugenbergs Druckereien ihre Verleumdungen aus. Sie machten die Novemberrevolution und die westlichen Siegermächte des ersten Weltkrieges für das Elend des deutschen Volkes verantwortlich, beschworen die Erinnerung an des Reiches schimmernde Wehr, betrieben den Rufmord gegen progressive Politiker, geiferten gegen die Sowjetunion und die revolutionäre Arbeiterbewegung, die als »Ausgeburten des Untermenschentums« verteufelt wurden.

Als die große Wirtschaftskrise herandrohte, waren die ersten Früchte dieser organisierten Massenverhetzung schon reif. Die Industriekapitäne an Rhein und Ruhr sowie die ostelbischen Junker, die den Parlamentarismus zerstören und die offene Aufrüstung ansteuern wollten, hielten es jetzt für erforderlich, den unermüdlichen Geheimrat direkt im politischen Kampfe einzusetzen. Obwohl an der Spitze seines Presse- und Filmkonzerns verbleibend, ließ Hugenberg sich zum Vorsitzenden der monarchistischen DNVP wählen, die über rund 4½ Millionen Wähler gebot.

Der neue Parteichef verbündete sich mit den Hitlerfaschisten für ein Volksbegehren, das gegen eine neue Reparationsregelung der Versailler Vertragsstaaten gerichtet war – dessen wichtigstes Ziel jedoch darin bestand, die von vielen Bürgern noch als Rabauken betrachteten Nazis politisch salon- und regierungsfähig zu machen. Da Hugenberg auch noch als eine Art Schatzmeister der Ruhrkonzerne fungierte, trug er wesentlich zur Finanzierung der anwachsenden faschistischen Partei bei.

Natürlich ging dieser Mann davon aus, daß die Geförderten stets ein Juniorpartner bleiben und er selbst die ausschlaggebende Rolle in einer künftigen »nationalen Regierung« spielen würde. Doch die Naziführer zeigten sich renitent. Zu ihren Propagandamethoden gehörte es nun mal, für ihre Bewegung »Alles oder Nichts« zu fordern und sämtliche etablierte Parteien mitsamt ihren Führern als »Systempolitiker« zu diffamieren. Wie wenig sie bereit waren, mit der Deutschnationalen Partei, dem Stahlhelm und anderen konterrevolutionären Organisationen zu rechnen, bewies schon eine erste, mit Mühe und Not zusammengeschobene Einigungskundgebung der »Nationalen Front« am 10./11. Oktober 1931 in Bad Harzburg, an der auch namhafte Monopolherren teilnahmen. Dort gebärdete sich Hitler als ein unumstrittener Führer der gesamten Rechten. Er brüskierte Hugenberg bei der Abfassung eines gemeinsamen Aufrufes gegen die Republik, stellte sich beim Vorbeimarsch der Wehrverbände derart in Positur, als nähme nur er die Parade ab, und von der Festtafel der Honoratioren blieb er fern, um dann demagogisch in die Zeitung setzen zu können: Er werde an derartigen Essen nicht teilnehmen, solange Tausende seiner Anhänger mit hungrigem Magen für seine Ziele kämpften.

Auch nach dem Harzburger Treffen kam es ständig zu Reibereien und Querelen zwischen den Nazis und den Deutschnationalen. Dabei mußte Hugenberg oft genug gute Miene zum bösen Spiel machen, weil sich die Größen des Industrie- und Bankkapitals, die auch ihn aushielten, immer mehr für den erfolgreichen Rattenfänger Hitler begeisterten. Die Kohle- und Stahlmagnaten sowie die Junker veranlaßten Hugenberg schließlich, Hitler den Vortritt zu überlassen. In ihrer berüchtigten Petition vom November 1932 an Hindenburg forderten sie ausdrücklich, den »Führer der größten nationalen Gruppe« – das hieß: Hitler – zum Reichskanzler zu berufen und ihm die »besten sachlichen und persönlichen Kräfte« beizugeben. Diese Kräfte (darunter Hugenberg) sollten den Nazichef vorwärtstreiben, falls er aus Rücksicht auf antikapitalistische Stimmungen in seiner eigenen Partei vor einer rücksichtslosen Durchsetzung der Interessen des Monopolkapitals zurückschrecken würde.

Diese Vorsicht erwies sich als unnötig. Die maßgeblichen Konzernherren überzeugten sich sehr rasch davon, daß ihnen die Naziminister, die die Demagogie noch perfekter als Hugenberg beherrschten, die Lösung wirtschaftlicher Fragen überlassen wollten – daß sie daher keine zwischengeschalteten Fachberater mehr brauchten. Hugenbergs Rolle war ausgespielt.

Am dritten Tage nach der fatalen Kabinettssitzung reichte Hugenberg endlich sein Rücktrittsgesuch ein. Hitler empfing ihn am folgenden Tage und legte ihm nahe, in seinen Ämtern zu bleiben, damit die »nationale Geschlossenheit« nach außenhin gewahrt werde. Doch verlangte er Hugenbergs bedingungslose Unterordnung und die Auflösung der Deutschnationalen Partei. Dieser wollte kein herumkommandierter Unterführer des Emporkömmlings auf dem Kanzlerstuhl werden und lehnte ab. Daraufhin drohte Hitler, auch den Hugenberg-Konzern zerschlagen zu wollen: Er könne »auf der ganzen Linie, auch auf dem Gebiete der Presse und des Films« einen Kampf entfesseln, »der binnen drei Tagen entschieden sein würde«. Das wirkte. Hugenberg bestand zwar auf seiner Demission, beteuerte aber, auf keinen Fall irgendwelche »Opposition« üben zu wollen. Tatsächlich schwieg er, als wenige Tage später die Deutschnationale Partei ihre gänzliche Selbstauflösung vollzog. Hugenberg blieb hinfort nur ein stiller »Gast« in der faschistischen Reichstagsfraktion.

Ein westdeutscher Entnazifizierungsausschuß stufte ihn 1947 als »minderbelastet« ein, und 1950, dem Jahr vor seinem Tode, wurde ihm offiziell bescheinigt, daß er der Förderung des Faschismus nicht beschuldigt werden könne ... Das Karussell der Irreführung der Massen begann sich von neuem zu drehen.

Carl Bosch

Benzin und Aufrüstung

Es dämmerte erst leicht an diesem Sommerabend, doch die Fenster der Villa auf dem hohen Neckarufer bei Heidelberg waren schon hell erleuchtet. Carl Bosch, Chef des gewaltigen IG-Farben-Chemiekonzerns, gab heute, am 13. Juli 1933, ein Nachtmahl zu Ehren zweier amerikanischer Kollegen, Direktoren des Du-Pont-Konzerns, die sich anschickten, nach einwöchigem Aufenthalt in Deutschland wieder in ihre Heimat zurückzukehren.

Bosch wußte, daß seine Gäste von den Eindrücken, die sie als aufmerksame Beobachter des politischen und wirtschaftlichen Geschehens während ihrer Reise empfangen hatten, verwirrt und zwiespältig berührt waren. In seiner Tischrede, die länger ausfiel als gewöhnlich, hatte er daher ein ihm sonst fremdes Pathos angeschlagen. Er hatte den Reichskanzler einen Mann des energischen Durchgreifens genannt, der einen Augiasstall zu säubern habe und dessen – allem Anschein nach – stabiles Regiment im Innern den national zusammengefaßten Kräften die Grundlage gebe, um sich mutig entfalten zu können: »Mit der Reichstagswahl vom 5. März und der Annahme des Ermächtigungsgesetzes vom 23. März ist eine klare Entscheidung auf dem Gebiete der deutschen Politik gefallen. Eine Welle frischen Vertrauens und frischer Sicherheit geht durch die deutsche Wirtschaft. Den Grund sehe ich in der Tatsache, daß die deutsche Regierung (dem) Handel und (der) Industrie zum ersten Mal nicht nur Versprechungen macht, sondern daß sie auch handelt.« Deutschlands Wirtschaft sei stets durch ihre Leistung stark gewesen; der Kanzler habe ihr einen beispiellosen Wiederaufstieg versprochen. Die IG werde, unterstützt von ihren Freunden (hier hatte sich der Redner den Amerikanern zugewendet), das Ihrige dazu beitragen. Die Besprechungen der letzten Tage über die alten und neuen Ge-

schäftsverbindungen und Interessenverträge, zum Beispiel auf dem Gebiete der Kunstkautschuk-Polymerisation, seien vielversprechend gewesen, und vielleicht sei die Zeit nicht mehr fern, da Hunderttausende deutscher Kraftwagen mit IG-Benzin und mit Reifen aus IG-Kautschuk – er bitte um Verzeihung, wenn er von seinem speziellen Interessengebiet rede – über deutsche Autostraßen führen.

Nach dem nicht üppigen, aber ausgesuchten Souper mit vorzüglichen Weinen versammelten sich die Herren im Rauchzimmer. Die Amerikaner griffen sogleich Boschs Worte von der Tafelrunde auf. »Sie sprachen von der Ankurbelung der Wirtschaft durch Hitler, Mr. Bosch«, begann Jasper E. Crane, Vizepräsident des Du-Pont-Konzerns, »aber dieser Mann versteht doch nichts von Wirtschaft; er hat unfähige Berater wie diesen Feder, der gegen die Banken und Warenhäuser Propaganda macht. Noch gefährlicher erscheint mir, daß er jedem, vor allem aber den Arbeitern, das Blaue vom Himmel verspricht.«

Solche Argumente waren für Bosch nicht neu. »Sie fallen auf Demagogie herein, meine Herren«, antwortete er, »diese Propaganda ist nicht ohne Risiko, zugegeben, aber schließlich wird sie nur ein bißchen dicker aufgetragen als in anderen Ländern – Ihres natürlich ausgenommen.« Er lächelte mit hintergründiger Ironie. »Wir in Europa brauchen heutzutage Leute, die auf dem Massenklavier spielen können, und Adolf Hitler, glauben Sie mir, versteht das wie kein zweiter.«

Er wurde wieder ernst. »Ich bin selbst in den letzten Monaten mehr in Berlin als zu Hause gewesen. Meine Freunde und ich haben sich ständig mit der Regierung beraten, auch mit dem Kanzler. Ich kann mich nicht erinnern, daß die sachverständigen Gremien der Industrie, besonders der Reichsverband, jemals in solch starkem Maße wie jetzt zu den internen vorbereitenden Arbeiten der Wirtschaftspolitik herangezogen wurden. Natürlich wurden auch andere Fragen besprochen als rein wirtschaftliche; zum Beispiel die, die Sie gestellt haben, Mr. Crane. Die Lage war in den letzten Wochen besonders schwierig; aber ich kann Sie versichern, daß der Kanzler beharrlich dabei ist, das radikalere Element der Partei in seine Schranken zu verweisen.« Die Rolle des Zauberlehrlings werde Hitler gewiß nicht spielen; und wenn, so würde sich wohl auch ein Meister finden, der ihn bei den Ohren nehme und die Sache wieder ins Lot bringe. »Nur – das würde dann nicht mit Samthandschuhen geschehen.« Dieser Satz klang gedämpft, aber doch wie eine Drohung. »Unsere Positionen in den Ministerien« – und in der Reichswehr, wollte Bosch fortfahren, unterließ es aber – »sind übrigens sehr gefestigt.«

Diesmal ergriff Direktor Ewing, der Londoner Resident von Du-Pont, das Wort: »Nach wie vor stößt Hitler das Ausland vor den Kopf. Er droht

mit Deutschlands künftiger Stärke. Der Mob regiert noch immer die Straße. Er geht auch gegen ehrenwerte Bürger vor. Was sagen Sie zur Judenverfolgung, Mr. Bosch?«

Der Gefragte kräuselte die Lippen ein wenig, als ekele es ihn vor der Antwort: »Sicher, das ist ein wunder Punkt. Der Antisemitismus, dem ich persönlich nicht huldige, trifft zum Beispiel sehr geschätzte Kollegen und macht ja auch vor einigen der großen alten Herren der IG nicht halt.« Er habe aber mit Ministerpräsident Göring und mit dem Kultusminister über derartige Sonderfälle gesprochen. Sie würden das auf faire Weise regeln.

Doch Ewing ließ nicht locker: »Wie urteilen Sie denn über die Kampagne gegen Ihren früheren Lehrer und Freund, Nobelpreisträger wie Sie?«

Ein rüder Yankee, dachte Bosch. Er blieb äußerst beherrscht: Man mußte die Unterhaltung abbrechen. »Das eigentliche Problem der Rassenverfolgung«, wich er in kühlem Ton aus, »müßten Sie doch aus eigener Erfahrung kennen, meine Herren.« Er hob die Stimme: »Die Ära von Versailles ist vorbei, das sehen jetzt alle. Wir als Chemiker setzen jedenfalls alles daran, der deutschen Chemie wieder ihre Weltgeltung zu verschaffen; da muß der Mann im Labor und an der Werkbank mitziehen. Innenpolitisch kann auch Amerika heutzutage einiges von uns lernen. Und außenpolitisch – nun, Sie wissen, daß Herr Hitler sich öffentlich zu der Verpflichtung bekannt hat, als Reichskanzler Deutschland zum Vorposten gegen den Bolschewismus zu machen. Das werden Sie zu würdigen verstehen, meine Herren.« Er nickte seinen Gesprächspartnern zu und verließ die Runde mit einer knappen Entschuldigung.

Er fühlte sich erschöpft, wie oft nach solchen, wie es ihn dünkte, überflüssigen Diskussionen. Geradezu erleichtert stellte er fest, daß noch etwas Dienstliches zu erledigen war. Aus Berlin war für die Dauer von zwei Tagen Dr. Fischer gekommen, und Bosch hatte ihn noch an diesem Abend zum Bericht über die neuesten Berliner Ereignisse gebeten. Fischer und Krauch, der enge Vertraute, würden schon im Arbeitszimmer warten, dachte er, als er sehr langsam die breite Treppe zum Obergeschoß hinaufstieg.

Angenehme Methoden hatte das neue Regime, weiß Gott, nicht – spann er die beendete Diskussion in Gedanken weiter. Politik war und blieb halt ein schmutziges Geschäft. Aber um der großen Sache willen mußte man sich damit abfinden. Die große Sache – das war Deutschland, war zugleich die stolze IG und natürlich die Wissenschaft. Dafür tat das Regime etwas, das stand außer Zweifel.

Er fand seine Besucher in dem holzgetäfelten Zimmer mit den deckenhohen Bücherschränken und den Reihen der metergroßen Kästen, in denen die wertvollsten Stücke seiner vielbewunderten Insektensammlung prangten. Nur der Privatsekretär war außer ihnen anwesend.

»Berichten Sie«, forderte Bosch, nach kurzer Begrüßung, Fischer auf. Es wurde Kognak aus einer schon angebrochenen Flasche serviert. Bosch trank nicht, aber er rauchte. Direktor Ernst Rudolf Fischer, ein zurückhaltender, aber energischer, noch junger Mann, war Krauch vor zwei Jahren durch Umsicht, organisatorische Fähigkeiten und Verhandlungsgeschick aufgefallen. Krauch und Bosch hatten ihn, den damaligen Prokuristen, dazu ausersehen, als Verbindungsmann der IG in der Wirtschaftspolitischen Abteilung der NSDAP tätig zu werden. Zuvor noch schnell, aber gründlich zum Treibstoffachmann ausgebildet, war er nunmehr in Berlin zur rechten Hand Otto Wageners geworden, des Leiters der Abteilung. Jetzt bereitete er mit Hilfe von Staatssekretär Feder seinen Übertritt ins Reichswirtschaftsministerium vor.

»Die Reichswehr«, begann Fischer ohne Umschweife, »hat vorläufig andere als Treibstoffsorgen, schon wegen des miserablen Standes der Heeresmotorisierung. Die Herren vom Wirtschaftsstab des Heereswaffenamts haben mir erklärt, daß augenblicklich trotz aller möglichen ›schwarzen‹ und ›grauen‹ Kassen viel zu wenig Geld da sei. Investitionszuschüsse für Hydrierbenzin kämen nicht in Frage, auch keine Absatz- und Preisgarantie. Außerdem gäbe es in der Welt genügend billiges Benzin zu kaufen.«

Krauch nickte. Er habe nichts anderes erwartet, sagte er. Auf die Reichswehr sei vorderhand nicht zu rechnen. Die Leute im Heereswaffenamt sähen nur von einem Etat zum anderen; sie seien wenig wendig und machten sich immer noch in die Hosen, wenn der Finanzminister sich räuspere.

»Wir müssen an Göring heran«, sprach Fischer weiter. »Er wird die deutsche Luftwaffe schaffen. Man muß ihm klarmachen, daß schon eine Seeblockade, wie wir sie von 1914 kennen, die Luftwaffe lähmen muß, wenn sie von importiertem Treibstoff abhängig ist. Sie wird ohne unser Benzin nicht leben können, wie der Mensch nicht ohne Blut leben kann. Das wird das IG-Geschäft des Jahrhunderts werden.« Fischer redete sich in Schwung. Er bot sich dazu an, Fäden zum Reichsluftfahrtministerium zu knüpfen.

Bosch hatte aufmerksam zugehört, obgleich er die Augen fast geschlossen hielt. »Bleiben Sie bei Ihrer Aufgabe, lieber Fischer«, sagte er jetzt in freundlichem, aber bestimmtem Ton. »Ihre Analyse ist sicher nicht falsch, aber Sie sollten im Augenblick nichts anderes tun, als Ihren Parteigenossen Feder zu bearbeiten. Ich halte ihn, unter uns gesagt, nicht für sonderlich begabt, habe zuviel Unsinn von ihm gelesen; um so nützlicher kann er für uns sein, wenn Sie ihn richtig anfassen. Um die Haltung von Wirtschaftsminister Schmitt brauchen Sie sich keine Sorgen zu machen, der weiß durch mich Bescheid.«

Er faßte seinen Auftrag für Fischer zusammen: Die IG brauche einen offiziellen Vertrag über eine vernünftige Absatzgarantie für Hydrierbenzin, damit man aufstocken und bauen könne. Sie brauche diesen Vertrag auch als

Präzedenzfall für weitere Verträge mit anderen Stellen. Ein solcher Spatz in der Hand – ein hoffentlich recht ansehnlicher Spatz, fügte Bosch augenzwinkernd hinzu – wäre im Augenblick wichtiger als alle Tauben auf den Dächern des Heereswaffenamtes und des Luftfahrtministeriums. »Bringen Sie die Sache in Schwung!« Er nickte Fischer aufmunternd zu, der sich damit entlassen sah. Der Sekretär begleitete ihn nach unten.

»Fischer hat schon recht mit dem Reichsluftfahrtministerium», wandte sich Bosch an Krauch, nachdem sich die Tür hinter den Gehenden geschlossen hatte. »Als wir im vorigen Jahr Bütefisch und Gattineau zu Hitler schickten, hat der auch von der künftigen Größe der deutschen Luftmacht gesprochen. Und wie ich Göring kenne . . .« Bosch hielt Göring, den zweitmächtigsten Mann in der Partei und im Staate, für den augenblicklich einflußreichsten Politiker.

»Was übrigens den Vertrag betrifft«, fuhr er fort, »den Fischer zustandebringen soll, so meinen unsere Juristen, es gebe noch nichts Derartiges in der Geschichte der deutschen Wirtschaft. ›Aber, meine Herren‹, habe ich zu ihnen gesagt, ›wozu haben wir denn Sie, und wozu haben wir vor allem eine Regierung Hitler, die ja auch etwas ziemlich Einmaliges in der deutschen Geschichte darstellt?‹«

Er lehnte sich behaglich in den Sessel zurück. »Es wird also für alle viel Arbeit geben, natürlich auch in der Forschung. Flugbenzin zum Beispiel ist ein ganz besonderer Saft – um unseren guten Fischer zu verballhornen –, den wir noch nicht in unserer Kelter haben. Wir werden da unser Köpfchen noch anstrengen müssen. Bezahlen werden wir das aber, Gottseidank, nicht mehr alles aus eigener Tasche.«

Krauch rieb sich die Hände, als friere er: »Aber Zeit ist nicht mehr zu verlieren, Professor. Und um anzufangen, müssen wir Sicherheiten haben!« Er arbeitete schon mehr als 20 Jahre lang Seite an Seite mit seinem Chef und wußte, daß dieser es liebte, mit etwas Wichtigem bis zum Schluß hinter dem Berg zu halten.

»Nicht so ungeduldig, lieber Krauch!« Bosch lächelte verständnisvoll über den Eifer seines um viele Jahre jüngeren Freundes. Er fühlte sich wieder ganz frisch. »Vögler war vor wenigen Tagen bei Hitler, der ja eine besondere Schwäche für meinen alten Freund hat. Es ging um die großen Linien unserer Wehrhaftmachung. Der Kanzler hat dabei sein Gespräch mit unseren Leuten vom vorigen Herbst erwähnt. Vögler ist voll auf das Treibstoffthema eingestiegen. Er hat Hitler klipp und klar gesagt, ohne Treibstoff aus Kohle könnten wir keinerlei politisches Risiko eingehen; ein militärischer Konflikt wäre nicht durchzustehen. Er hat ihm gesagt, er könne ihm binnen drei Jahren eine Kapazität von zwei Millionen Tonnen synthetischen Benzins auf die Beine stellen. Wir hatten das natürlich vorher ein bißchen

besprochen. Die Bedingung wäre, daß das Reich die gesamte Produktion auf zehn Jahre zu einem Fixpreis kaufen muß und daß« – jetzt schmunzelte Bosch – »die IG die Werke baut.« Hitler sei Feuer und Flamme gewesen und habe Vögler ausdrücklich zu handeln ermächtigt. »Damit, lieber Krauch, kriegen wir den Vertrag mit Schmitt durch, und bei Göring werden wir mit offenen Armen empfangen werden.«

Krauch war bekannt, daß Albert Vögler, der Vorstandsvorsitzende der Vereinigten Stahlwerke, seit dem Weltkrieg mit dem Chef familiär vertraut war. Pharaonengleich herrschten sie jetzt beide über die größten Konzerne Deutschlands, ja Europas. Vögler teilte also nicht nur Boschs hohes Interesse an der künftigen deutschen Luftwaffe (er und Thyssen hatten sich dem Vernehmen nach bereits tief in der Flugzeugindustrie engagiert), sondern Bosch hatte ihn tatsächlich auch als Vorreiter für sein unmittelbares Lebenswerk und Lebensziel, die Entwicklung der Synthese-Großchemie, gewonnen!

Krauch stand auf und ging erregt im Zimmer auf und ab. »Endlich! Das ist es, was wir brauchen: Kühnheit und Großzügigkeit in der Planung, Konsequenz in der Durchführung. Augenblicklich erzeugen wir kaum 100 000 Tonnen. Die Kapazität aber reicht für das Doppelte und mehr. Wir brauchen also mindestens ein halbes Dutzend großer, neuer Werke. Ist dem Führer jedoch klar, was das alles kosten wird? Schließlich fällt der Weltbenzinpreis immer noch, und wir produzieren je Liter fast 20 Pfennig teurer. Augenblicklich steht die Hydrierung trotz Importzoll und Steuervergünstigungen mit 200 Millionen jährlich in den roten Zahlen.«

Bosch beruhigte ihn. Hitler rechne nicht mit ein paar Milliarden. Er stelle seine Kalkulation in ganz anderen Größenordnungen auf – und zuletzt stehe Deutschland als eine Weltmacht da, der kein Finanzminister und auch kein Reparationsagent mehr irgendeine beliebige Summe vorrechnen werde. »Aber zur Sache: Erst einmal werden wir Leuna ausbauen. Dazu genügt der Vertrag mit dem Wirtschaftsministerium. Was die fernere Zukunft, das heißt: die Luftwaffe, betrifft, so hat Hitler uns an Göring verwiesen. Vögler und ich werden also zu Göring gehen, und Sie, lieber Krauch, müssen mir die nötigen Unterlagen dafür besorgen. Schaffen Sie es noch vor meinem Urlaub?«

Nicht lange darauf wurde Bosch von Göring empfangen. Als Geschenk brachte er ein Feuerzeug mit – aus einer neuen, für den Bau von Flugzeugen geeigneten, besonders harten Aluminiumlegierung. Gefüllt war es mit dem ersten, wie er betonte, wirklich einwandfreien IG-Flugzeugbenzin, das freilich noch ein Laborerzeugnis war.

Man sprach nicht vom Kriege. Aber Bosch machte Göring unmißverständlich klar, daß seine Bomber ohne IG-Benzin nicht weit kommen würden. Es schmeichelte Görings Eitelkeit, daß Bosch ihn als den Herrscher über das

hochtechnisierte Reich der Luftfahrt apostrophierte und ihm das Bündnis mit der industriellen Großtechnik der Chemie anbot. Die Idee seines Gastes, er werde früher oder später einen wirtschaftlichen Führungsstab brauchen, und die große IG werde ihm dafür personell und materiell zur Verfügung stehen, prägte sich dem Minister tief ein. Bosch machte für die weiteren Verhandlungen Krauch als seinen unmittelbaren Verbindungsmann namhaft, und Göring benannte Staatssekretär Milch als seinen Beauftragten.

Wiederum kurze Zeit später, am 14. September 1933, lag auf dem Tisch Milchs im Reichsluftfahrtministerium ein dickes Kuvert mit auffälligen Vermerken: »Geheim! Nur persönlich!« Milch öffnete den Umschlag und las: »Sehr verehrter Herr Staatssekretär! In der Anlage erlaube ich mir, Ihnen eine Abhandlung über die deutsche Treibstoffwirtschaft zu übersenden. ... Um auf ein fest umrissenes Produktionsprogramm zu kommen, ist in der Abhandlung für die Ausweitung der Fabrikation ein 4-Jahresplan zu Grunde gelegt. Es wird natürlich ohne weiteres möglich sein, das Tempo des Ausbaues so zu beschleunigen, daß die Produktionssteigerung in einer kürzeren Zeit erreicht werden kann.«

Nur die Hydrierung von Braun- und Steinkohle, so strich der Absender das IG-Verfahren heraus, böte den Vorteil, »daß man von gesicherter Rohstoffbasis ausgeht«. Vor allem: »In der Hydrierung haben wir uns seit längerer Zeit mit der Herstellung geeigneter Fliegerbenzine beschäftigt und können heute nach dem Stand der Technik sagen, daß es ohne weiteres möglich ist, in deutscher Produktion (sowohl) Fliegerbenzine als auch geeignete Schmiermittel für Flugzeuge herzustellen. Augenblicklich sind eingehende Versuche mit unserem Benzin bei der Lufthansa im Gange.«

Abschließend beschäftigte sich der Verfasser mit den Kosten des Projekts. Eine Ausweitung der Produktion um 2 Millionen Tonnen benötige rund 600 Millionen RM an Kapitalinvestierungen!

»Ihr sehr ergebener Carl Krauch« – lautete die Schlußformel dieses Schreibens, dem eine gewichtige Ausarbeitung und ein ganzes Konvolut von Anlagen mit Zahlen und Analysen beigefügt war. Milch seufzte, als er den Brief noch einmal überflog. Ausgezeichnete Arbeit, wie vorauszusehen, sinnierte er. Steht sozusagen startklar da, mit laufendem Motor, unsere Industrie. Aber wir versprechen ihr Termine, die nicht zu halten sind. Zwei Millionen Tonnen – das ist mehr, als heutzutage in Deutschland verbraucht wird! Dabei haben wir bis jetzt noch kein einziges modernes Kampfflugzeug, geschweige denn eine leistungsfähige Flugzeugindustrie. Daß wir laut Versailles auch gar keine haben dürfen, steht noch auf einem anderen Blatt. Das Ausland beobachtet argwöhnisch jeden unserer Schritte.

Milch notierte etwas in seine Kladde und rief den Bürochef. »Vermitteln Sie mir einen Termin bei Ministerpräsident Göring, möglichst noch diese

Woche! Und fragen Sie bei Dr. Krauch in Ludwigshafen an, ob er sich im Laufe des Monats einmal für Berlin freimachen kann. Dies da« – er deutete auf Krauchs Denkschrift – »legen Sie in den Panzerschrank. Aber jederzeit griffbereit!« Die Zeit wird kommen, dachte er; nicht heute und vielleicht noch nicht morgen, aber sie wird bald kommen.

Den Zeitpunkt konnte freilich damals niemand genau voraussagen. Er hing von vielerlei ab, Wägbarem und Unwägbarem, vor allem davon, ob die Diktatur sich festigte oder zersetzte, und ob die Westmächte den offenen und versteckten Bruch internationaler Verträge hinnehmen würden.

Es sollte aber nur zwei Jahre dauern, bis man die Pläne, die in den Panzerschränken der IG-Chefs, Görings und Milchs verschwunden waren, wieder hervorholte. Sie bildeten den Ausgangspunkt jenes Programms der forcierten wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung, das sogar den früher erwähnten Namen erhielt: »Vierjahresplan« ...

Doch schon 1933 sah Bosch das nächstliegende Ziel seiner langfristigen Strategie erreicht. Am 14. Dezember unterzeichneten Staatssekretär Gottfried Feder und der Reichsminister der Finanzen, Lutz Graf Schwerin von Krosigk, die die ministerielle Seite vertraten, sowie Carl Bosch und Vorstandsmitglied Hermann Schmitz von seiten der IG einen auf 10 Jahre befristeten Benzin-Vertrag: Er garantierte der IG einen kostendeckenden Preis – einschließlich hoher Abschreibungen und einer fünfprozentigen Kapitalverzinsung – für jährlich 300 000 bis 350 000 Tonnen synthetischen Benzins. Diese Menge sollte vom Ammoniakwerk Merseburg (Leuna-Werk) spätestens ab 31. Dezember 1935 erzeugt werden.

Bosch konnte an diesem Abend zufrieden ein Resümee ziehen. Noch war kein Jahr vergangen, aber alles war in Bewegung gekommen. In der ganzen IG kribbelte es wie in einem Ameisenhaufen. Große und kleine Projekte schossen wie Pilze aus dem Boden, waren kaum mehr zu überschauen. Mit Reichswehr und Ministerien waren erste Abmachungen über Buna und Magnesium, über Diglykol, Salpetersäure und andere Vorprodukte für Pulver und Sprengstoffe getroffen. Und seit heute nun begann das größte Vorhaben: der Ausbau des Leuna-Werkes, Boschs eigener Schöpfung aus Kriegs- und Nachkriegszeit. Daran hing sein Herz besonders. In all den vergangenen kritischen Jahren hatte er also um die Großsynthese doch nicht vergeblich gekämpft – auch gegen den alten Duisberg, den Aufsichtsratsvorsitzenden, der Leuna sogar stillegen und das Hydrierverfahren überhaupt aufgeben wollte!

Jährlich 300 000 Tonnen – das war viel für Leuna, das Dreifache der jetzigen Produktion. Aber es war nur ein bescheidener Anfang, gemessen an dem, was kommen mußte. Bosch träumte das ungeheure Wachstum des Konzerns voraus. Hatte die IG nicht alles Notwendige, um die Konkurrenz

weltweit aus dem Felde zu schlagen? Eine starke IG und ein starker deutscher Staat würden Deutschland wieder den ihm gebührenden Platz in der Weltwirtschaft und der Weltpolitik verschaffen.

Und Krieg? Würden wieder die Waffen sprechen? Wie würden die anderen Mächte auf Deutschlands Wiederaufstieg zur Großmacht reagieren? Das waren Fragen, die die Politik würde beantworten müssen. Gewappnet müßte man gegenüber allen Möglichkeiten sein, besser als 1914! das stand für Bosch fest. Die IG würde ihr volles Gewicht in die Waagschale werfen.

Eugen Fischer

Faschisierung in Hochschule und Wissenschaft

»An der Universität Berlin fand gestern, entsprechend dem Erlaß des Kultusministers Rust, die Neuwahl des Rektors statt. Als Nachfolger des Juristen Eduard Kohlrausch wurde Professor Eugen Fischer, Ordinarius für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik, vom Senat gewählt.« So hatte man am 2. Mai 1933 in der »Vossischen Zeitung« lesen können. Wer war der neue Rektor? Welche Umstände führten zu seiner Wahl? Welche Bedeutung und Folgen hatte sie?

Diesen Mann hinderten keine Skrupel, sich selbst mit Eigenlob zu beurteilen: »Ich war der einzige akademische Lehrer in Deutschland, der seit mehr als 25 Jahren über die Bedeutung der nordischen Rasse . . . vortrug.« Rassische Überlegenheit der Deutschen, aus besonderen Eigenschaften der »nordischen Rasse« abgeleitet – diese Behauptung gehörte zum ideologischen Arsenal des Hitlerfaschismus und seiner »nationalen Erhebung«. Und gerade auf diesem höchst fragwürdigen Felde beanspruchte der neue Rektor der Berliner Universität einen Sonderplatz, der ihn – den Rassentheoretiker – zugleich geeignet machte, die Faschisierung des Hochschulwesens in leitender Stellung zu unterstützen.

Die Entwicklung der Rassentheorie weist in das 19. Jahrhundert zurück. Der in Deutschland lebende Engländer Houston Stewart Chamberlain und der französische Graf Arthur de Gobineau hatten die Existenz unveränderlicher Rasseneigenschaften und die Überlegenheit einer »arischen Rasse« behauptet. Der Berliner Hof- und Domprediger Adolf Stoecker hatte fast gleichzeitig einen Antisemitismus propagiert, der die Juden vorerst noch ökonomisch und politisch, aber nicht aus »rassischen« Gründen bekämpfte. Um die Jahrhundertwende erhoben sodann vereinzelte Historiker, Sozio-

logen und Biologen die Lehre vom Kampf der Rassen zum Kern von Gesellschaftsauffassungen, und seit 1904 gab der Münchner Verleger Julius Lehmann, ein chauvinistischer »Alldeutscher«, das »Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie« heraus, das den deutschen Anspruch auf Weltherrschaft mit der »rassischen Überlegenheit« der Deutschen zu begründen suchte. Die akademisch betriebenen Wissenschaften waren an dieser Propaganda kaum beteiligt – und doch war ihre Wirkung, vor allem in der Bourgeoisie, unbestreitbar. Nur die Arbeiterbewegung, die von Marx auf eine Weltanschauung verwiesen war, in der die Gesellschaftsentwicklung keinesfalls als eine Geschichte von »Rassenkämpfen« erklärt wurde, hielt sich verschlossen. In der Weimarer Republik vertieften sich die politisch-ideologischen Gegensätze auch in der Rassenfrage. Der klassenbewußte Kern der Arbeiterschaft, selbst Teile des Bürgertums, blieben immun. Aber die aufkommende Hitlerbewegung entpuppte sich im Lager der Rechtskräfte als schärfste Sprecherin des Rassismus und des mit ihm verbundenen Judenhasses.

Für Eugen Fischer gab es freilich zuviel Dilettantismus in dieser Propaganda! Indes beruhigte er sich, wenn er seiner persönlichen Rolle gedachte – immerhin vermeinte dieser Mann, sich mit dem Gewicht des Wissenschaftlers rechtzeitig eingeschaltet zu haben. Er, der Anatom und Anthropologe, hatte sich 1900 habilitiert, als die Erbregeln Gregor Mendels wiederentdeckt wurden. Vom Aufschwung der Vererbungsforschung hatte er auf seine Weise profitiert, indem er schon 1910 die »nordische Rasse« als den »Kulturträger und Kulturbringer Europas« feierte. 1913 war er mit einem umfangreichen Opus hervorgetreten, in dem die Ergebnisse seiner Studien an den »Bastaards«, einem kleinen Mischlingsvolk in der damaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika, dem heutigen Namibia, zusammengefaßt waren. Rasseneigenschaften weißer Väter und hottentottischer Mütter, schrieb er, würden bei den Nachkommen gemäß Mendels Erbregeln wieder auftreten – womit die Vererbung der untersuchten Eigenschaften (und letztlich die Beständigkeit des »Erbgutes«) erwiesen sei. Die »Bastaards« – in deren Adern ja auch weißes Blut fließe – würden im Vergleich zu den »schwarzen Stammrassen« überlegene Eigenschaften aufweisen, besonders in der Oberschicht. Die sozialen Gegensätze bei den »Bastaards«, die sich in einfache Hirten und Bauern einerseits und die Oberschicht der »Kapitäne« und Händler andererseits teilten, übersah auch Fischer nicht. Aber gerade diese bevorzugte Lage – und nicht nur die (ererbten) Eigenschaften – war es doch, die die besitzenden Familien an die Seite der deutschen Kolonialherren drängte. Das Buch, in der deutschen Bourgeoisie als einschlägiges Standardwerk gelobt, enthielt selbstverständlich handfeste Hinweise für den deutschen Kolonialismus!

Fischer lächelte über mancherlei Entwicklungsgänge der vergangenen

Jahre. Die Weimarer Republik, die von ihm bekämpft worden war, hatte seinen Aufstieg nicht behindern können; die »Selbstverwaltung« der Universitäten war von bewährten konservativen Kollegen gut genutzt worden. 1918 wurde er Direktor des Anatomischen Instituts der Universität Freiburg. 1921 trat er als Mitautor jener »Menschlichen Erblehre- und Rassenhygiene« hervor, die auch im »Dritten Reich« noch grundlegend bleiben sollte. 1926 verlangte er in einer Denkschrift die Bildung eines zentralen Instituts für Rassen- und Vererbungsforschung, wobei die Aufgaben noch mit einiger Vorsicht umrissen wurden: »Rassenpflege« habe nichts mit einem anthropologischen Rassenbegriff, noch weniger mit der bevorzugten Pflege einer bestimmten, etwa nordischen Rasse oder der Bekämpfung einer anderen (etwa im antisemitischen Sinne) zu tun. Doch die reaktionäre Denk- und Stoßrichtung war unverkennbar angelegt. Damals schon hielt Fischer es für angebracht, vor dem Aufkommen rassisch minderwertiger »Unterschichten« zu warnen, und er malte das Schreckgespenst eines »Rassenchaos« an die Wand. Da meldeten sich die Kräfte, die diese Sprache verstanden und gebrauchen konnten: Sie beriefen Fischer zum Direktor eines nach seinen Vorstellungen gebildeten Instituts für Anthropologie, menschliche Erblehre und Rassenhygiene (1927) – Teil der großen Forschungsgesellschaft des deutschen Finanzkapitals, die noch immer »Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften« hieß. Zugleich erhielt er eine Professur an der Berliner Universität. Damals trat er aus der Deutschnationalen Partei aus, der er seit ihrer Gründung 1919 angehört hatte. Er gab sich als einer jener konservativen bürgerlichen Professoren, die den Anspruch erhoben, als Parteilose »unpolitisch« zu sein, die tatsächlich aber den Vormarsch der deutschen Konterrevolution nach Kräften unterstützten. Wohl zögerte er nicht, die Pamphlete des faschistischen Rassenschriftstellers H. F. K. Günther gelegentlich als dilettantisch zu bezeichnen. Aber er duldete, daß der gleiche »Rassengünther« – von der thüringischen Landesregierung des Faschisten Frick als Professor an die Universität Jena berufen – sich als sein Schüler bezeichnete, und er verfaßte mit ihm sogar ein Büchlein über die »nordische Rasse«.

Aus der Rückschau des Sommers 1933 mußte Fischer dies alles als eine vergleichsweise ruhige Zeit erscheinen. Denn erst mit dem 30. Januar hatte der entscheidende Abschnitt seines Wirkens begonnen. Der Antikommunismus und der Nationalismus, denen er voll zustimmte, und außerdem der Rassismus, den er akademisch repräsentierte, waren nun herrschende Staatsdoktrin. An der aufbrandenden Verfolgung politisch Andersdenkender und rassistisch Verfemter beteiligte er sich nicht. Doch der parteilose Professor der Anthropologie und Erblehre stand als geistiger Mitverursacher hinter dem offenen Terror und der demagogischen Hetze, die das Land durch-

rasten. Das »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« vom 7. April 1933, das den Verfolgungs- und Vertreibungskurs der braunen Machthaber auch an den Hochschulen rechtfertigte, atmete den auch von Fischer vertretenen antihumanen Geist. Es war eine antisemitische Konsequenz seiner Lehren, daß aufgehetzte Angehörige der faschistischen Studentenorganisation am 13. April in der Berliner Universität »Thesen wider den undeutschen Geist« anschlugen, in denen »die Juden« als gefährlichste Feinde des deutschen Volkes verunglimpft wurden. Jüdische Autoren sollten fortan in hebräischer Sprache schreiben. »Undeutsch« schreibende, also nichtnazistische oder antifaschistische Wissenschaftler wurden als »Verräter« beschimpft. Der Rektor Professor Kohlrausch war im Grunde erledigt, nachdem er gegen diesen Exzeß im Universitätsgebäude aufgetreten war.

Am 8. Mai 1933 ordnete Bernhard Rust, Nazigauleiter und kommissarischer Leiter des preußischen Kultusministeriums, die Neuwahl aller noch seit der Weimarer Republik amtierenden Rektoren und Dekane der Hochschulen an. Noch im selben Monat fand die Neuwahl an der Berliner Universität statt. Die faschistische Führung verfügte im Lehrkörper vorerst nur über wenige festorganisierte Anhänger. Sie setzte zurückhaltende Professoren notfalls von »oben« und »unten«, durch Rusts Gefolgsleute und fanatisierte Nazistudenten, unter Druck. Darüber hinaus spekulierte sie darauf, daß zwischen dem verbreiteten deutschnationalen Konservatismus vieler Hochschullehrer und dem »Nationalsozialismus« keine starre Trennwand bestand – und das mit einem erheblichen Erfolg, den der Altphilologe Ludwig Curtius kritisch erklärt hat: »Das Nazitum fing seit 1923 an, in unseren eigenen deutschnationalen Reihen sich auszubreiten.« Männer wie Curtius blieben bemüht, ihre wissenschaftliche und humanistische Verantwortung auch weiterhin zu wahren. Völlig anders aber stand es mit Professoren vom Schlage Eugen Fischers.

Dieser hatte zwar das »unpolitische« Dekor nach außen hin gewahrt. Er gehörte auch nicht zu jenen Kulturschaffenden und Wissenschaftlern, die im Vorjahr öffentlich und lautstark für die Wahl Hitlers zum Reichspräsidenten aufgetreten waren; der Nazipartei trat er erst 1940 bei. Aber auf akademischer Ebene hatte er die faschistische Herrschaft in Wort und Schrift seit langem mitvorbereitet. Deshalb schlug ihn die faschistische Führung für die Berliner Rektoratswahl vor. Dieser Rassentheoretiker war ihr Gewährsmann, und er würde – gerade als parteiloser Professor – zur Absicherung und zur Verschleierung des Terrorkurses beitragen.

Fischers Wahl und sein Amtsantritt fielen in die Zeitspanne jener berüchtigten Autodafés, bei denen die Werke humanistischer Schriftsteller vor deutschen Universitäten verbrannt wurden. Die terroristischen Verfolgungen waren im vollen Gange und vertrieben bekannte Gelehrte von der Berliner

Universität – unter ihnen der Historiker und Engels-Biograph Gustav Mayer, der Soziologe Heinrich Cunow, die Nationalökonomen Emil Lederer und Moritz Bonn, der Strafrechtler James Goldschmidt, der Kunsthistoriker Oskar Fischel, der Orientalist Eugen Mittwoch, der Keltologe Julius Pokorny, der Versicherungswissenschaftler Walter Norden, die Mathematiker Issai Schur und Richard von Mises, der Gynäkologe Bernhard Zondek, der Dermatologe Franz Blumenthal und der Psychiater Karl Birnbaum. Der neue Rektor übernahm sein Amt mit der offenbaren Weisung, die Vertreibung aller mißliebigen Hochschullehrer genauso voranzutreiben wie die Berufung engagierter Faschisten und ihrer Geistesverwandten. Noch im Mai '33 wurde jener Alfred Baeumler zum Professor für »politische Pädagogik« an die Universität berufen, der bald einer der engsten Mitarbeiter Alfred Rosenbergs, des faschistischen Chef-Ideologen, werden sollte.

Am 29. Juli 1933 bekannte sich Fischer in seiner offiziellen Rektoratsrede zum »völkischen Staat nationalsozialistischer Prägung«: Das Werden dieses Staates vollziehe sich zwar stürmisch, aber es erfolge »in echt deutscher Art« – gesittet und gemäß den Rechtsnormen! Nach dieser Eröffnung, mit der er den tatsächlichen Rechtsbruch der faschistischen Machthaber beschönigte, eiferte Fischer gegen die international wirkende und gleichmachende »Großstadtkultur«, gegen die »falsch angewandte Humanität«, gegen die Gleichheitsidee der französischen Revolution und gegen den Marxismus. »Rückkehr zum gemeinsamen Volkstum«, zur »Rasse und zu dem bewußten Wunschbild (!) der nordischen Rasse unserer Vorfahren« – lautete dagegen sein Credo. Er bekannte sich zur Pflege der »Erbgesundheit« und des »nordischen Rassenerbes«, lobte den Staat, der diese zu den Leitgesichtspunkten seiner Ideologie und seines Handelns mache. Allein die Hitlerpartei, so betonte dieser »parteilose« Faschist, sei in ihrem Programm für Maßregeln zugunsten der »Erbgesundheit« und der »Rassenreinheit« des deutschen Volkes eingetreten. – Im November 1933 wirkte Fischer als Mitautor eines öffentlichen, auf einer Kundgebung an der Universität Leipzig verkündeten Manifestes: Es feierte Hitler, nachdem dieser den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund erklärt und damit alle Rüstungsbeschränkungen einseitig aufgehoben hatte.

Den rhetorischen Bekenntnissen entsprachen die Taten, zu denen Fischer inzwischen willige Mitarbeiter heranzog. Ludwig Bieberbach, anerkannter Mathematiker, zugleich jedoch eingefleischter Chauvinist, wurde als Prorektor zu einem Haupthelfer bei der weiteren Faschisierung der Universität; er mauserte sich zu einem Geistesverwandten Fischers, indem er gegen »artfremdes« mathematisches Denken zu Felde zog und eine »arteigene«, »deutsche Mathematik« propagierte. Zwischen 1933 und 1935, während der Amtszeit des Rektors Fischer, wurde an der Berliner Universität die faschistische

Umgestaltung des Lehrkörpers weitgehend durchgeführt. An der Medizinischen Fakultät beispielsweise vertraten die eingefleischten Faschisten H. F. K. Günther, Walther Groß und Hans Reiter die »Rassenlehre« und ihre Begleitfächer. Vorlesungen zu ähnlichen Pseudowissenschaften, so der »Rassenhygiene« (die an die Stelle der Sozialhygiene getreten war), der »Geopolitik« oder der »Wehrwissenschaften«, gehörten bald zum Pflichtprogramm der Studierenden.

Fischer trieb jetzt auch den Ausbau seines Kaiser-Wilhelm-Instituts für Anthropologie, menschliche Erblehre und Rassenhygiene voran. Er förderte diejenigen Mitarbeiter, die das Vertrauen der Machthaber besaßen. Wohl war er um den wissenschaftlichen Anstrich seines Instituts bemüht. Zugleich aber richtete er es immer breiter auf die akuten Bedürfnisse faschistischer Rassenbarbarei aus. Auf dem Dahlemer Institutsgelände wurden »praxisbezogene« Lehrkurse für Rassenkunde organisiert, um dem wachsenden Bedarf an »Experten« nachzukommen. Fischers Institut »wurde zu so etwas wie einem pseudowissenschaftlichen Zentrum der Verfälschung der Anthropologie«, erinnerte sich der führende Biologe Richard Goldschmidt, der die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft als rassistisch Verfolgter bald verlassen und aus Hitlerdeutschland emigrieren mußte. Verbleibende Mitarbeiter beteiligten sich an jenen menschenfeindlichen Maßnahmen, die der Erfassung und Absonderung aller als »nichtarisch« Diffamierten dienten – eine Vorstufe der eigentlichen Massenverfolgung und Massenvernichtung der Juden in Deutschland. Der Genetiker Goldschmidt entsann sich: »Hier wurde sogar eine Gebrauchsanweisung ausgegeben, die im Zweifelsfalle, etwa bei Fehlen von Dokumenten, darüber Aufschluß geben sollte, ob der Betreffende arisch war oder nicht – natürlich wissenschaftlich ein Ding der Unmöglichkeit.« Es war der nackte, zynische Hohn: Im Rahmen der Ausbildung von Rassenexperten wurde der Genetikunterricht zunächst nach Goldschmidts Lehrbüchern erteilt, bis man eigene Elaborate angefertigt hatte. Dann aber wurden die anerkannten Werke dieses Fachgelehrten aus dem Gedächtnis der Öffentlichkeit ausradiert.

Theorie und Praxis des faschisitschen Rassismus nahmen Fischer jetzt so sehr in Anspruch, daß ihn der Prorektor Bieberbach in den Rektoratsgeschäften der Universität seit Januar 1935 voll vertreten mußte. Der vielgefragte Experte arbeitete mit dem »Rassenpolitischen Amt« der Nazi-Reichsleitung zusammen; er pflegte die Verbindungen zur »Reichsgesundheitsführung«. Auch in den berüchtigten Nürnberger Rassegesetzen, die Adenauers späterer Staatssekretär Hans Globke mitformulierte, schlug sich das Wirken Fischers und seiner Schüler nieder – jener Nürnberger Gesetze, die eine neue, furchtbare Etappe faschistischer Rassenbarbarei eröffneten. Außerdem erfüllte Fischer attraktive Nebenaufträge: Er öffnete ein Grab-

mal im Braunschweiger Dom und identifizierte darin die Gebeine Heinrichs des Löwen – eine kleine Aktion von politischen Dimensionen. Denn Fischer erntete den Beifall Heinrich Himmlers, der den Sachsenherzog und zeitweiligen Gegenspieler Barbarossas als einen Hauptakteur mittelalterlicher deutscher Ostexpansion feiern ließ und den Braunschweiger Dom zu einem SS-Symbol machen wollte.

Der »Rassenfischer« stand im Zenit seines Ansehens. Sein Schüler Othmar von Verschuer, später als engagierter faschistischer Rassenexperte an SS-Verbrechen gegen die Menschlichkeit beteiligt, feierte ihn 1934 anläßlich seines 60. Geburtstages als den »anerkannten Führer der Anthropologie«. Ein Jahresband der »Zeitschrift für Morphologie und Anthropologie«, der Fischer gewidmet war, bemühte sich um akademische Seriosität, zumal man mit seinen Thesen ins Ausland wirken wollte. Dabei wurde die Unwissenschaftlichkeit der Rassenexperten in ihren eigenen Urteilen sichtbar: Die »Rassenpsychologie« – jene Pseudowissenschaft, die die Überlegenheit der »nordischen Rasse« mit dem Hinweis auf besondere seelische und geistige Rassenmerkmale behauptete – besäße noch keine wissenschaftliche Methodik, sondern gründe sich auf eine »Sammlung von Werturteilen«.

Der Jubilar trennte sich 1935 vom lästig gewordenen Rektoramt. Rust, inzwischen Reichsminister, hatte eine Neuwahl aller Hochschulrektoren wiederum angeordnet. Fischer schlug seinen Stellvertreter Bieberbach vor, der allen Verpflichtungen, bis hin zum einfachen SA-Dienst, eifrig nachkommen werde. Als schließlich der Veterinäranatom Gerhard Krüger gewählt wurde, dem Fischer die stramme nazistische Haltung ebenso zugestand, intonierte er dessen Amtseinführung: An das »Führertum« des Rektors der Universität würden hohe Anforderungen gestellt, weil die Deutschen »in einer Zeit gewaltiger geistiger Umformungen« lebten. Das geschah in demselben Jahr, als der Anatom Rudolf Fick den Mut besaß, vor dem Plenum der Berliner Akademie öffentlich zu erklären, daß die faschistische Rassendoktrin wissenschaftlich nicht zu begründen sei.

Ernst Röhm

Nacht der langen Messer

Bad Wiessee, der idyllische kleine Kurort am Westufer des Tegernsees, eine gute Autostunde von München entfernt, beherbergte einen prominenten Gast. Ernst Röhm, Stabschef der mörderischen SA-Banden, hatte sich seit dem 7. Juni 1934 hierher zurückgezogen, um sein Rheumaleiden kurieren zu lassen.

Kurz zuvor, am 4. Juni, war es zu der von Röhm schon lange geforderten Aussprache mit Hitler, dem Obersten SA-Führer, gekommen. Beide hatten mehr als fünf Stunden lang miteinander geredet. Selbstsicher saß der massige Röhm, mit seinem zerhackten, feisten Gesicht, dem blassen Hitler gegenüber, der einen nervösen und fahrigen Eindruck machte – seinen alten Duzfreund bald mit Vorwürfen überhäufte, bald in beschwörendem Tone bat, doch Verständnis für seine schwierige Lage zu haben.

In der Tat hatte Hitler – anderthalb Jahre nach der Besteigung des Kanzlerstuhles – allen Grund dazu, besorgt zu sein. Von vielen Seiten wurde er mit den widersprechendsten Forderungen bestürmt, fast jeder Tag brachte schlimme Nachrichten.

Der Reichsbankpräsident Schacht meldete, daß der Devisenbestand der Reichsbank von 400 Millionen Mark zu Anfang des Jahres 1934 auf die geradezu lächerliche Summe von nur noch 76 Millionen zusammengeschrumpft war und deshalb die Einfuhr aller überflüssigen Waren – dazu zählte er alle Arten von Konsumgütern – drastischer als bislang gedrosselt werden müsse. Der Reichswirtschaftsminister Schmitt dagegen forderte dringend die Erhöhung der Einfuhr von Textilrohstoffen, weil andernfalls zahlreiche Betriebe schließen müßten und die Masse der Arbeitslosen – ohnehin noch mehr als 3 Millionen – wiederum sprunghaft ansteigen würde.

Damit der soziale Zündstoff, der sich in gefährlicher Weise angesammelt hatte, beseitigt werde, verlangten Schmitt und der Reichsfinanzminister Schwerin-Krosigk außerdem eine Stärkung der Massenkaufkraft durch die spürbare Herabsetzung der Massensteuern, bei gleichzeitiger Kürzung der Ausgaben aller Ministerien, einschließlich des Reichswehrministeriums – also eine Verlangsamung der Aufrüstung. Reichswehrminister Blomberg dagegen bestand auf eine beschleunigte Rüstung: Die gesamte Wirtschaft sei den Bedürfnissen der Aufrüstung unterzuordnen, was durch die Einsetzung eines Wirtschaftsdiktators – er brachte dafür Schacht in Vorschlag – gewährleistet werden sollte. Darüber hinaus forderte er, daß Hitler den Ansprüchen Röhms auf die Führung der Wehrmacht ein für allemal ein Ende bereite.

Bisher hatte sich Hitler in solchen Situationen stets aus der Affäre ziehen können, indem er den im Streit liegenden Ministern auftrug, sich untereinander zu einigen und ihn erst dann wieder anzurufen, wenn sie ihm einen gemeinsamen Vorschlag zur Bestätigung vorlegen konnten. Diesmal jedoch standen sich die Meinungen allzu schroff gegenüber, um sich auf einen Nenner bringen zu lassen, und allen Differenzen lag ein einziges, schwerwiegendes Problem zugrunde, das sich durch gütlichen Vergleich ohnehin nicht aus der Welt schaffen ließ: Wie sollte man mit der gefährlich wachsenden Unzufriedenheit im Volke fertig werden? Diese Unzufriedenheit beschränkte sich nicht mehr nur auf die Arbeiterschaft. Ihre ungeduldigsten Träger waren vielmehr dieselben Nazianhänger und SA-Männer, die den konterrevolutionären Terror ausgeführt, die Arbeiterorganisationen zerschlagen und in die Illegalität getrieben, ihre Funktionäre gejagt, gefoltert und ermordet hatten. Sie pochten nun auf die endliche Einlösung der gemachten Versprechungen: Befreiung von den Wucherzinsen der Großbanken, Beseitigung der erdrückenden Konkurrenz der Warenhäuser und Kettenläden, Bevorzugung ihrer persönlichen Stellung als »alte Kämpfer« – und sie kleideten alle diese Forderungen in den Ruf nach einer »zweiten Revolution«.

Das war nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Denn die so sprachen, hatten Waffen in den Händen. Die rund eine Million Mann zählende aktive SA besaß eine Ausrüstung an Gewehren und Maschinengewehren, die der von 10 Reichswehrdivisionen entsprach. Hinzu kam, daß die Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft stellenweise schon in Widerstand überging; es kam – vor allem unter den Notstandsarbeitern – zu Streiks. In einigen Fällen gelang es sogar Nazigegnern – selbst Kommunisten –, Leitungsfunktionen von Naziorganisationen zu besetzen. Hitler hatte in mehreren Lageberichten der Gestapo lesen müssen, daß »marxistische Elemente« in einflußreiche Führungspositionen der nationalsozialistischen Betriebszellen gelangt seien und daß diese Organisation (NSBO), die in engem Kontakt

zur SA stand, »nach und nach in ein staatsgefährdendes Fahrwasser« gerate. Erst kürzlich, im Frühjahr '34, hatte das katastrophale Ergebnis der Vertrauensrätewahlen, bei denen sich 75 Prozent aller wahlberechtigten Arbeiter entweder durch Wahlenthaltung oder durch Neinstimmen gegen die Liste der Deutschen Arbeitsfront aussprachen, drastisch gezeigt, daß derartige Meldungen keine Schwarzmalerei waren.

Es mangelte Hitler nicht an Ratschlägen, wie er diese schwierige Lage meistern könne und solle. Da hatte ihm zum Beispiel Rudolf Diels, als er noch Görings Gestapo-Leiter war, eines Tages mit vielsagender Miene das neueste Buch des Modephilosophen Oswald Spengler – »Jahre der Entscheidung« (1933) – gebracht und ihn auf eine rot unterstrichene Stelle hingewiesen: »Jede revolutionäre Bewegung kommt mit einer Avantgarde von Prätorianern zum Sieg, die dann nicht mehr brauchbar, sondern nur gefährlich sind. Der wirkliche Herr zeigt sich in der Art, wie er sie verabschiedet, rücksichtslos, undankbar, nur auf sein Ziel blickend.« Nachdem Hitler diese Zeilen überflogen hatte, sagte Diels: »Wenn ich diesen Satz lese, Herr Reichskanzler, dann kann ich den Gedanken an die SA nicht unterdrücken.« Hitler begriff sofort, daß aus Diels die Stimme Görings sprach, lag der ihm doch ständig in den Ohren: Man könne die Übergriffe der SA nicht länger dulden! Täglich versorgte er ihn mit den Nachrichten seiner Telefonüberwachungszentrale – dem sogenannten Forschungsamt –, die Hitler beweisen sollten, daß Röhm insgeheim einen Putsch gegen ihn vorbereite und daß man diesem zuvorkommen müsse.

Das also war der eine Weg, der Hitler empfohlen wurde: Einen vernichtenden Schlag gegen die SA zu führen, die zum gefährlichsten, weil bewaffneten Zentrum der Unzufriedenheit und des Wunsches nach einer »Weiterführung der Revolution« geworden war. Zu solcher Aktion drängte ihn nicht nur Göring, sondern neuerdings, seit er die gesamte politische Polizei in der Hand hatte, auch der Reichsführer der SS Himmler, und erst recht die Reichswehrführung, insbesondere in Gestalt der Generale Blomberg und Reichenau. Aber würde Hitler, falls er diesen Weg beschritt, nicht am Ende zur Marionette der Reichswehrgeneralität werden und allein nach deren und Görings Pfeife tanzen müssen?

Einen ganz anderen Weg verlangte Ernst Röhm. In der Unterredung am 4. Juni hielt er Hitler eindringlich vor, daß dieser die Macht nur dank der SA errungen habe, daß er sie auch nur mit ihrer Hilfe behalten und festigen könne. Es sei notwendig, das erschütterte Vertrauen der SA-Männer wiederzugewinnen, indem sich Hitler von den Einflüssen der reaktionären Kräfte, die offenbar bei Göring einen starken Rückhalt gefunden hätten, befreie. Auch müsse er endlich darangehen, sein früheres Versprechen einzulösen und die SA zum Kern eines Volksheeres des neuen Deutschland zu

machen. Er, Röhm, habe die geheime Spezialformation zur Aufdeckung kommunistischer Umtriebe in der SA verstärkt und bürge dafür, daß die SA eine zuverlässige Truppe in der Hand des Führers bleibe – vorausgesetzt, Hitler gebe, wie versprochen, zu gegebener Zeit wiederum den Befehl zum Vormarsch. Dieser müßte als Hauptziel die Abschaffung des alten preußischen Kommiß mit den alten Böcken von preußischen Generälen verfolgen und statt dessen eine neue, »revolutionäre« Armee errichten – ein nationalsozialistisches Massenheer mit einem »nationalsozialistischen Scharnhorst« an der Spitze. Röhm hatte Phantasie genug, gerade diese Rolle für sich selbst zu wünschen.

Röhms Absicht war also, den Druck von unten zu benutzen, um gegen alle Widerstände eine einschneidende Regierungsumbildung zu erzwingen. Diese sei notwendig, um unpopuläre und unfähige Persönlichkeiten durch solche zu ersetzen, die neben dem notwendigen Sachverstand auch das Vertrauen der braunen Armee Hitlers und darüber hinaus der Millionengefolgschaft der NSDAP besäßen. Röhm verwies darauf, daß in breiten Kreisen der Partei der Wunsch bestünde, Gregor Strasser anstelle Görings als preußischen Ministerpräsidenten und möglichst auch als Wirtschaftsminister zu sehen, und daß durch eine Berufung des Generals Schleicher zum Vizekanzler auch in der Arbeiterschaft eine gewisse Beruhigung erreicht werden könne – niemals jedoch mit dem jetzigen Vizekanzler Papen, der als Vertreter der monarchistischen Reaktion eine unerträgliche Last für die nationalsozialistische Regierung darstelle.

Hitler gefiel an diesen Vorschlägen, daß sie seine Massenpopularität bewahren wollten und ein Vorgehen gegen die SA überflüssig machten. Zugleich jedoch mußte er befürchten, im Falle ihrer Verwirklichung der Gefangene Röhms und der SA zu werden, wie im anderen Falle der Gefangene Görings und der Reichswehr.

Am besten schien es ihm daher, alles so zu belassen, wie es war – lediglich durch Zusicherungen und Gesten nach allen Seiten eine Aktivität vorzutäuschen. Er wollte jede Handlung unterlassen, die ihm eine Umkehr in die entgegengesetzte Richtung endgültig verbauen würde. So sicherte er den Generalen Blomberg und Reichenau im Februar '34 feierlich zu, daß die Reichswehr der alleinige Waffenträger der Nation sei und weiterhin bleiben werde; er schloß im April sogar ein Abkommen mit ihnen, in dem er sich verpflichtete, die SA zu entwaffnen und Röhm als Stabschef abzusetzen. Als Gegengabe versprach Blomberg, die Reichswehr werde ihn nach dem Hinscheiden des todkranken Reichspräsidenten Hindenburg als Staatsoberhaupt und obersten Befehlshaber der Wehrmacht anerkennen.

Im selben Frühjahr aber verstärkte Röhm die Bewaffnung der SA, und er begann, mit ausländischen Militärattachés und dem französischen Botschaf-

ter François-Poncet Besprechungen über den Aufbau einer deutschen Milizarmee in Stärke von 300 000 Mann zu führen, deren Kern die SA bilden sollte. Hitler ließ dies geschehen – ungeachtet aller Beschwerden Blombergs; er beauftragte Rudolf Hess sogar, Kontakt mit Gregor Strasser aufzunehmen, und gab damit Gerüchten eine Nahrung, wonach er sich mit Strasser aussöhnen wolle, um dessen Reaktivierung vorzubereiten.

In Wahrheit spielte Hitler auf Zeitgewinn. Er hoffte, wenn er bis zum Tode Hindenburgs einer nicht rückgängig zu machenden Entscheidung ausweiche, werde sich vieles von selbst einrenken.

In diesem Sinne verhandelte er an jenem 4. Juni mit Röhm. Die Besprechung endete damit, daß Hitler die Beschwerden und die Forderungen »seiner« SA und seines Stabschefs für berechtigt hielt, mit bewegter Stimme und festem Händedruck dem alten Freunde und Komplicen versicherte, er werde mit seiner ganzen Kraft für deren Erfüllung einstehen. Allerdings müsse der Stabschef sich gedulden, denn noch lebe Hindenburg, und darum seien ihm, Hitler, die Hände gebunden. Die SA möge jetzt erst einmal ruhig ihren alljährlichen Sommerurlaub antreten, hernach werde man dann weitersehen.

Röhm gab sich damit zufrieden. Er war nach dem Verlauf dieses Gespräches sicher, Hitler auf seiner Seite zu haben, und zog sich in die bayerischen Berge zurück. Zuvor jedoch gab er eine martialische Erklärung von sich, die seine Männer ermutigen und seine Gegner einschüchtern sollte: »Wenn die Feinde der SA sich in der Hoffnung wiegen, die SA werde aus ihrem Urlaub nicht mehr oder nur zum Teil wieder einrücken, so wollen wir ihnen diese kurze Hoffnungsfreude lassen. Sie werden zu der Zeit und in der Form, in der es notwendig erscheint, die gebührende Antwort erhalten. Die SA ist und bleibt das Schicksal Deutschlands.«

Die erhoffte Ruhe fand Röhm in Wiessee nicht. Es gab zu viele unerfreuliche Nachrichten, die ihn dort, besonders seit dem 25. Juni, erreichten. Aus allen Teilen Deutschlands kam die Mitteilung, die Reichswehr sei mit der Begründung in Alarmzustand versetzt, es stehe ein Putsch der SA bevor. Röhm war deshalb sehr froh, als sich Hitler am Abend des 28. Juni persönlich am Telefon meldete und ihm sagte, er werde am 30. Juni in Wiessee eintreffen, um sich mit seinen SA-Führern gründlich auszusprechen und um alle bestehenden Mißverständnisse zu beseitigen. Röhm solle sämtliche höheren SA-Führer für 11 Uhr morgens einladen. Hitlers Stimme klang freundschaftlich, sogar herzlich.

Auch Röhms Begleitung – darunter der Kommandeur der Stabswache, Standartenführer Uhl – nahm die Nachricht von Hitlers Kommen mit großer Erleichterung auf. Sie ahnten nicht, daß während derselben Stunde in Berlin, Bad Godesberg und München die letzten Vorbereitungen zu einer

Aktion getroffen wurden, die keiner von ihnen überleben sollte. Der Schlag gegen die SA war schon seit dem 21. Juni eine beschlossene Sache. An diesem Tage hatte der Reichswehrminister mit dem Reichskanzler, der zu einem Besuch bei Hindenburg auf dem Gut Neudeck weilte, ein Gespräch unter vier Augen: In einem barschen Ton, den Hitler dem »Gummilöwen« Blomberg gar nicht zugetraut hätte, verlangte dieser, daß die längst zugesagte Abrechnung mit der SA bis Monatsende Juni vorzunehmen sei, andernfalls werde die Reichswehr selbst dafür sorgen, daß in Deutschland wieder »geordnete Verhältnisse« herrschten. Ohne eine Erwiderung abzuwarten, verabschiedete sich Blomberg kühl und mit militärischer Knappheit.

Nach diesem Gespräch wußte Hitler, daß er seine Hinhaltetaktik nicht weiter fortführen konnte. Es gab keine Wahl mehr: Er mußte sich für die stärkere Seite entscheiden – für die Reichswehr und gegen die SA. Doch er überließ die Planung und die Vorbereitung der Einzelheiten jenen, die ihn zu solcher Entscheidung drängten. So wurden denn der Aktionsplan und das Szenarium für den Tag X von Göring und Himmler, unter Mitwirkung von Blomberg und Reichenau, ausgearbeitet; letztere legten jedoch Wert darauf, daß die Reichswehr nach außen hin unbeteiligt blieb und alles als eine interne Säuberungsaktion der Partei erschien. Deshalb sollte die Aktion, also die überfallartige Entwaffnung der SA-Einheiten und die physische Liquidierung derjenigen Kräfte, die seit längerem auf einer »Reichsliste unerwünschter Personen« verzeichnet waren, durch die SS, den Sicherheitsdienst (SD) und die Gestapo vollzogen werden. Die Reichswehr stand jedoch für alle Fälle in Alarmbereitschaft, sie versorgte die SS-Verbände mit Waffen, Munition und Fahrzeugen.

Den spektakulärsten Teil der Aktion – die Verhaftung und die Ermordung der höchsten SA-Führer mit Röhm an der Spitze – hatten die Regisseure für Hitler selbst vorbehalten. Der war am 28. Juni nach Essen aufgebrochen, um als Trauzeuge an der Hochzeit des dortigen Gauleiters Josef Terboven teilzunehmen; er ließ sich bei dieser Gelegenheit auch von Gustav Krupp empfangen und die Versicherung geben, die Industrie werde immer fest hinter ihm stehen, wenn er bewirke, daß in Deutschland wieder »Recht und Ordnung« gelten würden. Aus Essen benachrichtigte Hitler den Reichswehrminister Blomberg, daß er sich am 30. Juni nach Wiessee begeben werde, um die Abrechnung mit der SA-Führerschaft persönlich zu leiten. Dann begab er sich nach Bad Godesberg. Er besichtigte einige Arbeitsdienstlager und bereitete sich auf seinen am nächsten Tag fälligen Auftritt in Bad Wiessee vor. Allerdings sah er der Begegnung mit seinen SA-Führern mit großem Bangen entgegen – seiner selbst nicht ganz sicher, mochte er befürchten, er könne sich im Kreise seiner alten Kameraden umstimmen lassen und mit ihnen aussöhnen, statt ein Strafgericht über sie zu halten.

Genau dieses war auch die Sorge der Regisseure in Berlin. Göring und Himmler kannten Hitlers labile Gemütslage zur Genüge, wußten aber auch, wie man ihn zu entschlossenem und radikalem Handeln treiben konnte. Er mußte zu dem jeweils gewünschten Schritt so hingeführt werden, daß er ihn nicht als von außen aufgezwungen, sondern als seinen eigenen freien Entschluß empfand. Dann, das wußten sie aus vielfacher Erfahrung, konnte sich Hitler urplötzlich aus einem untätigen Zauderer in einen durch nichts mehr zu bremsenden Tatmenschen, ein mit Hochspannung geladenes Energiebündel verwandeln.

Diese Umwandlung betrieben Göring und Himmler in der Nacht vom 29. zum 30. Juni durch ein genau berechnetes, sich steigerndes Trommelfeuer von alarmierenden Telefonanrufen: Sie überschütteten Hitler in seinem Godesberger Hotel mit der Falschmeldung über letzte Vorbereitungen der SA zu einem unmittelbar bevorstehenden Putsch. Himmler persönlich meldete kurz nach Mitternacht, die Berliner SA-Führung habe den Befehl herausgegeben, am morgigen Tage, dem 30. Juni, um 5 Uhr nachmittags, die Regierungsgebäude zu besetzen.

Das waren die Stichworte, die Hitler in Bewegung brachten. Mit der Geschwindigkeit und der Intensität eines routinierten Hysterikers steigerte er sich in die Wut und die Rachsucht des schändlich verratenen und betrogenen Führers hinein. »Brückner! Wir brechen sofort auf! Informieren Sie Berlin!« befahl er seinem Adjutanten. Wenig später fuhr Hitler mit seinem Gefolge – darunter der Reichspropagandaminister Joseph Goebbels – in rasender Autofahrt zum Flugplatz Bonn-Hangelar, um von dort nach München zu fliegen ...

Eine blaue Stille lag über Bad Wiessee an diesem Samstagmorgen, dem 30. Juni. Der wolkenlose Himmel versprach einen heiteren Tag. Röhm und seine Gesellen lagen in der Pension Hanselbauer noch in tiefem Schlaf, sie hatten am Abend, bis weit in die Nacht hinein, die bevorstehende Ankunft Hitlers gebührend begossen. Plötzlich bohrte sich in die Stille das anschwellende Geräusch herannahender Autos. Kurz danach tauchten einige schwarze Limousinen auf, gefolgt von Mannschaftswagen. Der Konvoi fuhr in scharfem Tempo bis zur Pension Hanselbauer und stoppte dort. Aus dem ersten Wagen sprang Hitler heraus und eilte auf den Eingang des Hauses zu, gefolgt von dem hinkenden Goebbels, der kaum mit ihm Schritt halten konnte. Inzwischen waren auch die LKWs heran. SS-Leute der Leibstandarte »Adolf Hitler« sprangen ab, rannten mit gezückten Pistolen auf den Pensionseingang zu und drangen gemeinsam mit dem »Führer« in das Haus ein. Hitler erkundigte sich bei dem erschrocken herbeieilenden Inhaber Hanselbauer nach dem Zimmer Röhms, stieß, beschützt von zwei SS-Leuten, die Türe auf und rief dem im Bett liegenden, ahnungslosen SA-Führer die

Worte zu: »Röhm, steh auf, Du bist verhaftet!« Dann rannte er fluchtartig aus dem Zimmer. Die beiden SS-Leute führten den Stabschef, nachdem er sich angekleidet hatte, hinaus und stießen ihn auf einen der Lastwagen, wohin auch alle anderen Verhafteten gebracht wurden.

Die ganze Aktion dauerte keine Stunde – dann fuhr die Kolonne wieder die Straße nach München zurück. Hitler rollte mit Begleitung zum Braunen Haus und diktierte dort den Befehl über die Absetzung Röhms und die Ernennung Viktor Lutzes zu seinem Nachfolger. Die Verhafteten wurden ins Münchner Zuchthaus Stadelheim gebracht.

Röhm, in der Zelle 474, machte sich keine Illusionen: Dies hier würde die Endstation sein. Der Traum, der Scharnhorst des »Dritten Reiches« zu werden, war ausgeträumt! Als er in Bad Wiessee gesehen hatte, wie Hitler mit bleichem Gesicht dastand, ihm nicht in die Augen sehen konnte und eilte, wieder fortzukommen – da mußte ihm sogleich klargeworden sein: Dieser Adolf hatte sich an die Reichswehr verkauft! Sein vorgestriger Anruf war eine Falle gewesen, und er, Röhm, war wie ein heuriger Hase hineingetappt! Ingrimmig mochte sich Röhm beschimpfen, weil er Hitler getraut hatte. Doch hatte der ihm zu Neujahr '34 nicht geschrieben: »Mein lieber Stabschef! Am Abschluß des Jahres der nationalsozialistischen Revolution drängt es mich, Dir zu versichern, wie sehr ich dem Schicksal dankbar bin, solche Männer wie Du als meine Freunde und Kampfgenossen bezeichnen zu dürfen. In herzlicher Freundschaft, Dein Adolf Hitler«? Röhm hatte diese Zeilen für den Beweis freundschaftlicher Anhänglichkeit genommen! Dabei wußte doch keiner so gut wie er, daß Kameradenverrat die erste Stufe von Hitlers Karriere gewesen war – 1919, nach der Niederschlagung der Münchner Räterepublik, hatte Hitler als Spitzel der Reichswehr seine Kameraden dem Standgericht ausgeliefert. Freilich, damals war er, Röhm, einer der Auftraggeber Hitlers gewesen, und er hatte ihm auch geholfen, den Parteigründer Drexler beiseite zu drängen und sich selbst an die Spitze der NSDAP zu setzen. Er und Ludendorff hatten gehofft, der demagogische Volksredner werde ihnen die Massen zuführen, die sie brauchten, um einem Putsch gegen die Weimarer Republik den erforderlichen Rückhalt zu geben. Nach dem Scheitern des Putsches, im November 1923, hatten sich jedoch ihre Wege getrennt. Röhm war schließlich sogar einem verlockenden Rufe nach Bolivien gefolgt, wo er maßgeblich am Aufbau der bolivianischen Armee mitwirkte und zum Oberstleutnant avancierte.

Warum war er nicht dort geblieben, warum nur hatte er sein Schicksal erneut an diesen hergelaufenen Ansichtskartenpinsler aus Braunau gebunden? Natürlich, es hatte seine Eitelkeit gekitzelt, als Hitler ihn im Herbst 1930 bat, nach Deutschland zurückzukommen, um die Führung der SA zu übernehmen. Er versprach sich die Chance, von einer siegreichen national-

sozialistischen Bewegung an die Spitze der künftigen deutschen Armee getragen zu werden, deren Feldzüge und Siege ihm unsterblichen Ruhm eintragen sollten. Und dann: Er hatte auch Sehnsucht nach den wohlgebauten jungen Männern gehabt, die er in Deutschland zurückgelassen hatte, ohne in La Paz einen rechten Ersatz finden zu können. Als Stabschef der SA dagegen würde er kaum noch in solche Verlegenheiten kommen.

Während Röhm in seiner Zelle mit sich selbst und mit seinem Schicksal haderte, lief draußen das Mordprogramm planmäßig ab. Schlagartig wurden in den Vormittagsstunden die SA-Kasernen und die SA-Sturmlokale von SS-Einheiten überfallen, besetzt, durchsucht und die zumeist völlig überraschten SA-Männer entwaffnet. Die vorgefundenen Waffen wurden auf Lastwagen geladen und in die Reichswehrkasernen transportiert. Die Verhaftungen erfolgten nach den bekannten Listen.

Das alles ging nahezu reibungslos vor sich. Es gab zwar heftige Proteste, aber nicht das geringste Anzeichen einer Putschvorbereitung. Innerhalb weniger Stunden wurde die SA aus einer bewaffneten Millionenarmee, die von den Herrschenden als eine unberechenbare Gefahr empfunden worden war, in einen armseligen, gedemütigten, zahnlosen Kriegerverein verwandelt. Das Gespenst der »Zweiten Revolution« war gebannt.

Zur gleichen Zeit schwärmten aber auch Kommandos aus, die den auf der »Reichsliste« verzeichneten Todeskandidaten das vorbestimmte Schicksal bereiteten. Sie schossen ihre Opfer über den Haufen, wo sie ihrer gerade habhaft wurden: in ihren Amtsräumen – wie den Ministerialdirektor und Führer der Katholischen Aktion, Erich Klausener, und den engsten Mitarbeiter des Vizekanzlers Papen, Herbert von Bose; in ihren Wohnungen – wie den General von Schleicher und dessen Frau. Andere wurden verhaftet und – wie Gregor Strasser – in den Kellern der Gestapo zu Tode geprügelt oder von den Exekutionskommandos, die in der Kadettenanstalt in Berlin-Lichterfelde und in München im Zuchthaus Stadelheim bei Tag und Nacht tätig waren, erschossen. Mancherorts wurde die Mordfreiheit auch dazu benutzt, um Antifaschisten zu beseitigen.

Die Gesamtzahl der bei diesem Blutbad Ermordeten konnte nicht genau festgestellt werden. Sicher ist jedoch, daß sie mindestens dreihundert beträgt; es ist aber durchaus möglich, daß jene Schätzungen zutreffen, die von tausend Ermordeten sprechen.

In Stadelheim begannen die Erschießungen am Nachmittag des 30. Juni gegen 17 Uhr. Röhm hörte, wie die Opfer abgeholt und im Hof des Zuchthauses exekutiert wurden – er wartete darauf, selbst an die Reihe zu kommen. Es wurde Nacht und wieder Tag – die Erschießungen gingen weiter, aber keiner kam, auch ihn abzuholen. Hitler hatte alle Todesurteile für die verhafteten SA-Führer bestätigt. Doch im Falle Röhms erklärte er gegen

den heftigen Einspruch von Rudolf Hess, Joseph Goebbels und Walter Buch, des obersten Parteirichters, er begnadige ihn wegen seiner Verdienste.

Diese Entscheidung hielt Hitler indessen nur 24 Stunden lang aufrecht. Als er am Sonntag, dem 1. Juli, wieder in Berlin eintraf, wurde er von Göring und Himmler bestürmt: Röhm, als der Hauptschuldige, dürfe am allerwenigsten sein Leben behalten. Hitler gab nach und entschied: Es solle Röhm jedoch Gelegenheit gegeben werden, sein Leben selbst zu beenden.

Kurz darauf erhielt der Führer des SS-Exekutivkommandos in Stadelheim und Leiter des Konzentrationslagers Dachau, SS-Oberführer Theodor Eicke, die entsprechende Anweisung aus Berlin. Er begab sich in Röhms Gefangenenzelle, legte eine Pistole auf den Tisch und sagte im groben Befehlston: »Der Führer erwartet, daß Sie selbst die Konsequenzen aus Ihrem Verrat ziehen.« Röhm erwiderte: »Bestell dem Adolf, den Gefallen tu' ich ihm nicht!«, drehte sich um und ließ Eicke stehen. Der rief wütend: »In zehn Minuten sind wir wieder da!« und verriegelte die Türe.

Nach genau zehn Minuten wurde wiederum der Schlüssel im Schloß gedreht. Röhm stand auf, bereit, den Gang vor die Gewehre des Exekutionskommandos anzutreten. Da öffnete sich die Türe durch einen einzigen Ruck, Eicke und der SS-Hauptsturmführer Lippert sprangen vor, beide die Pistole schußbereit. »Du Schwein lebst immer noch?« schrie Eicke. Im selben Augenblick schossen beide auf den Gefangenen, der ins Gesicht und in die Brust getroffen wurde. Röhm brach stöhnend zusammen.

Ein mörderischer Feind des deutschen Volkes und insbesondere der deutschen Arbeiterklasse hatte den verdienten Tod gefunden. Doch nicht das Volk, sondern ebenso verbrecherische und noch schlimmere Volks- und Arbeiterfeinde hatten ihn gerichtet. Deshalb konnte es geschehen, daß auf den »kleinen«, dreitägigen Massenmord, der am 30. Juni begonnen hatte, schon bald der sechs lange Jahre währende Massen- und Völkermord des zweiten Weltkrieges folgte. Beides lag im Interesse derselben Monopolkapitalisten, die ihre tiefe Zufriedenheit über die Entwaffnung der SA und die »Junimorde« in der »Deutschen Bergwerkszeitung« am 8. Juli 1934 zum Ausdruck brachten: »Die Wirtschaft hat die nationalsozialistische Machtergreifung vor allem deshalb begrüßt, weil sie für ihre aufbauende Arbeit Ruhe, Ordnung und Sicherheit so nötig braucht wie das liebe Brot. Das wäre sicher in Frage gestellt, wenn es ehrgeizigen Gruppen und Cliquen gestattet sein dürfte, den Kampf um die Macht zu entfesseln. Vor dieser Gefahr ist die Wirtschaft durch das schnelle Zupacken gerettet worden. Sie wird ihren Dank dafür abstatten.«

Carl Schmitt

Rechtfertigung des totalitären Staats

Es gab gar manchen, der Hitler ans Staatsruder gebracht und die faschistische Diktatur begrüßt hatte, dem im Sommer '34 der Schauer über den Rücken lief: Der Terror schien keine Grenzen zu kennen. Er wütete selbst in den Reihen der Nazibewegung und kostete sogar einigen Vertretern der herrschenden Klasse das Leben. Zwar wurde die Erschießung der SA-Führer um Ernst Röhm vielfach mit Erleichterung aufgenommen; denn das Gerede von einer »zweiten Revolution«, die das verwirklichen sollte, was die Nazipropaganda demagogisch versprochen hatte, beunruhigte die Bourgeoisie ungemein. Aber die Ermordung des ehemaligen Reichskanzlers und Reichswehrgenerals Kurt von Schleicher, seines früheren Beraters Kurt von Bredow, der gleichfalls im Generalsrange stand, und einer großen Anzahl weiterer Personen ging vielen doch zu weit. Mit Spannung wurde das Reagieren der Gerichte erwartet, die nach bisherigen Gepflogenheiten derartige Vorfälle untersuchen mußten.

Da meldete sich wenige Tage nach dem Blutbad Carl Schmitt, ein bekannter Staats- und Völkerrechtler, zu Wort. Er veröffentlichte in der von ihm herausgegebenen »Deutschen Juristen-Zeitung« einen Artikel, der den vielsagenden Titel trug: »Der Führer schützt das Recht«. Schmitt stellte sich uneingeschränkt hinter Hitlers Mordbefehle. Im Gegensatz zum liberalen »Rechtsstaat« der Vergangenheit, in dem »eine politisch instinktlose Zivilbürokratie nicht den Mut« gefunden hätte, »Meuterer und Staatsfeinde nach verdientem Recht zu behandeln«, habe Hitler die Konsequenzen aus dem dadurch verursachten Zusammenbruch des Bismarck-Reiches gezogen und die »sittliche Empörung« über diese Schande »zur treibenden Kraft einer politischen Tat« werden lassen. Er schütze »das Recht vor dem schlimmsten

Mißbrauch, wenn er im Augenblick der Gefahr kraft seines Führertums als oberster Gerichtsherr unmittelbar Recht« schaffe. Der wahre Führer sei immer auch Richter.

»Wer beides voneinander trennen oder gar entgegensetzen will«, so drohte Schmitt, »macht den Richter entweder zum Gegenführer oder zum Werkzeug eines Gegenführers und sucht den Staat mit Hilfe der Justiz aus den Angeln zu heben.« Das nämlich sei die oft erprobte Methode »nicht nur der Staats-, sondern auch der Rechtszerstörung«! Der Dank, den der Reichstag »im Namen des deutschen Volkes« dem Führer ausgesprochen habe, dürfe nicht »in eine Indemnität oder gar einen Freispruch verdreht« werden – denn die »Tat des Führers« sei »echte Gerichtsbarkeit« gewesen: »Sie untersteht nicht der Justiz, sondern war selbst höchste Justiz.« Inhalt und Umfang seines Vorgehens habe allein der Führer zu bestimmen. Wenn der preußische Ministerpräsident Göring und der Reichsjustizminister Gürtner auch eine strenge Strafverfolgung gegen unzulässige Eigenmächtigkeiten angeordnet hätten, so verstehe es sich doch von selbst, daß »die Abgrenzung ermächtigten und nichtermächtigten Handelns im Zweifelsfalle nicht Sache der Gerichte« sein könne.

Der Verfasser dieser vielzitierten Abhandlung war kein »alter Kämpfer« der Nazibewegung. Er hatte sich erst 1933 zum Eintritt in die Nazipartei entschlossen, vertrat aber seit langem schon eine Staats- und Völkerrechtslehre, die sich entschieden an monopolkapitalistischen Interessen orientierte. Daher räumten ihm die Nazis sofort nach der Regierungsübernahme einen Ehrenplatz in ihrer Hierarchie ein: Er wurde Mitglied des preußischen Staatsrates und der »Akademie für Deutsches Recht«, erhielt einen Lehrstuhl an der in Deutschland führenden Berliner Universität, durfte eine wichtige Rolle im »Nationalsozialistischen Rechtswahrerbund« spielen und war Fachgruppenleiter im »Bund Nationalsozialistischer Juristen«.

Der 1888 in Plettenburg (Westfalen) als Kind wohlhabender Eltern geborene Carl Schmitt hatte sich bereits mit seiner frühesten Publikation für die Verteidigung und Rechtfertigung des bürgerlichen Staates eingesetzt. Er begriff, daß die Staatsform nebensächlich war. Diese Einsicht erlaubte es ihm, sich ohne weiteres von der in der Novemberrevolution untergegangenen Monarchie zu lösen und mit der Weimarer Republik abzufinden. In ihr sah er einen Schutzwall gegen jene Kraft, die – wie er formulierte – in der Revolution von 1848 zwar steckengeblieben, aber mit unendlich gesteigerter Intensität und wirklicher Kontinuität 1917 in Rußland wieder durchgebrochen sei, weil es ein verbindendes Programm, eine gemeinsame Verfassungsurkunde – das von Karl Marx und Friedrich Engels verfaßte Kommunistische Manifest – gegeben habe. Die Furcht vor der sozialistischen Revolution war also das treibende Motiv für Schmitts Denken.

Solange die Weimarer Republik den gewünschten Schutz bot, verteidigte er ihre verfassungsrechtlichen Grundlagen. Doch interessierte ihn an der Weimarer Verfassung – genaugenommen – nur der Artikel 48. Dieser räumte dem Reichspräsidenten für den Fall, daß nach seiner Meinung »im Deutschen Reich die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet« wurde, das Recht ein, »die zu ihrer Wiederherstellung nötigen Maßnahmen zu treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einzuschreiten«. Zu diesem Zwecke durfte der Reichspräsident die in einzelnen Verfassungsartikeln niedergelegten bürgerlichen Grundrechte »ganz oder zum Teil außer Kraft setzen«.

Schmitts staatsrechtliche Maxime lautete: »Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet.« Nicht wer im Normalfall regiert – so betonte er immer wieder –, sei der eigentliche Machthaber, sondern wer im Ausnahmefall zu bestimmen vermöge, was Recht ist, und demzufolge im Konfliktfall politisch handlungsfähig bleibe. Hinter seinem formalen Bekenntnis zur Weimarer Republik stand ein unbedingtes Autoritäts- und Diktaturstreben. Das machte ihn logischerweise zum Verfechter der von dem Reichspräsidenten Hindenburg am Beginn der dreißiger Jahre praktizierten Regierungsweise: Die vom Einfluß des Reichstages und der Parteien bis zu einem gewissen Grade unabhängigen Präsidialkabinette Brünings, Papens und Schleichers waren zu ihrer Zeit ganz nach seinem Geschmack. Er begrüßte und rechtfertigte insbesondere den Staatsstreich vom 20. Juli 1932 in Preußen.

Schmitt beobachtete die faschistischen Bewegungen Europas und fand jene mit kleinbürgerlicher Massenbasis bedenklich. Selbst in der ihm noch am meisten zusagenden Herrschaftsform Mussolinis in Italien fürchtete er die Gefahr, daß der faschistische Staat den kleinbürgerlichen faschistischen Massenorganisationen nachgeben, sich für die »Arbeitnehmer« und gegen die »Arbeitgeber« entscheiden könnte. Deshalb erinnerte er die herrschende Klasse in Deutschland beständig an die überragende Bedeutung der Staatsgewalt. Im sogenannten Langnamverein, der Vereinigung des Ruhrkapitals, sprach er im November 1932 zum Thema »Starker Staat und gesunde Wirtschaft«: Er warnte vor der Illusion, man könnte »den nicht sehr starken, autoritätsbedürftigen Staat« der Weimarer Republik noch irgendwie stabilisieren. Das ganze parlamentarische System sei falsch – es garantiere unter den Bedingungen der Wirtschaftskrise, der ständig wachsenden sozialen Spannungen und der gravierenden politischen Gegensätze keine zuverlässige Unterdrückung der Arbeiterbewegung und insbesondere keine Ausschaltung ihrer revolutionären Interessenvertretung, der Kommunistischen Partei. Ein starker Staat könne nur ein totaler Staat sein: »Ein solcher Staat läßt in seinem Innern keinerlei staatsfeindliche, staatshem-

mende oder staatszerspaltende Kräfte aufkommen. Er denkt nicht daran, die neuen Machtmittel« – gemeint war an dieser Stelle zum Beispiel der Rundfunk – »seinen eigenen Feinden und Zerstörern zu überliefern und seine Macht unter irgendwelchen Stichworten, Liberalismus, Rechtsstaat oder wie man es nennen will, untergraben zu lassen.«

Die Ausführungen von Schmitt trugen wesentlich dazu bei, daß ein Informant der Reichsregierung eilends nach Berlin meldete: »Die Tagung des Langnamvereins in Düsseldorf, die wohl ursprünglich im Rahmen des Papen-Programms und zur Stützung vorgesehen war, ergab anläßlich der zwanglosen Unterhaltung die überraschende Tatsache, daß fast die gesamte Industrie die Berufung Hitlers, gleichgültig unter welchen Umständen, wünscht.« Die Monopolkapitalisten an der Ruhr hatten, genauso wie Schmitt, ihre Bedenken gegen eine Regierungsübertragung an die Hitlerclique zurückgestellt. Von Hitler und Göring wurden genügend Garantien dafür geboten, daß der kleinbürgerliche Massenanhang und seine Wortführer in der Nazipartei nicht zum Zuge kommen und so bald wie möglich ausgeschaltet würden.

Unter dieser Voraussetzung zögerte Schmitt keinen Augenblick, entschieden für die Hitlerregierung einzutreten und sich selbst an herausragender Stelle für ihre brutale Terrorpolitik zu engagieren. Kein Verbrechen erwies sich als zu groß. Er fand sich stets zur Rechtfertigung bereit. Die Verfolgung und Ermordung von Kommunisten hatten seine Zustimmung von vornherein. Auch die systematische Ausschaltung sozialdemokratischer Funktionäre und bürgerlicher Demokraten aus den Staatsämtern wurde von ihm bereits im Zusammenhang mit dem Staatsstreich in Preußen gerechtfertigt. Gegen die Abschiebung konservativer Gesinnungsgenossen, die sich nicht so wie er auf die veränderte politische Lage umzustellen und den Nazimethoden anzupassen wußten, war in seinen Augen nichts einzuwenden. Die Ermordung der SA-Führer, die der herrschenden Klasse als potentielle Wortführer des kleinbürgerlichen Massenanhangs der Nazis unzuverlässig erschienen, paßte völlig in sein großbürgerliches Herrschaftskonzept. Daß die Hitlerclique bei dieser Gelegenheit auch zahlreiche persönliche Rechnungen beglich und frühere Rivalen im Kampf um die Macht skrupellos aus dem Wege räumte – selbst darüber sah er großzügig hinweg.

Carl Schmitt hat eingehend und prinzipiell begründet, warum er diesen konterrevolutionären Diktaturstaat bejahte und weshalb er sich so bereitwillig in seinen Dienst stellte. Abgesehen von zahlreichen Artikeln und Vorträgen, publizierte er 1938 eine Schrift unter dem Titel »Der Leviathan in der Staatslehre des Thomas Hobbes«. Das geschah zu einer Zeit, in der er selbst schon in die Schußlinie der Nazipresse geraten war, weil er einstmals anerkennende Worte für die Weimarer Republik als Schutzwall gegen die

Revolution gefunden und an der Zuverlässigkeit faschistischer Bewegungen gezweifelt hatte. Aber trotzdem bemühte er sich am Vorabend des Krieges weiterhin intensiv, dem Hitlerregime zu dienen und bei Thomas Hobbes Halt und Legitimation zu finden.

Dieser englische Philosoph und Staatsrechtler hatte inmitten der englischen bürgerlichen Revolution von 1642 bis 1649 als ein »Zwilling der Furcht« – wie er sich selbst nannte – die Forderung nach einem starken Staat erhoben, der dem Bürgerkrieg ein Ende setzen sollte. Er gehörte zu jenen, die, von der Aktivität des Volkes erschreckt, ihre Zuflucht bei einer starken bürgerlichen Staatsgewalt suchten. Zur Veranschaulichung seiner Ideen benutzte Hobbes eine mythische Gestalt aus der Bibel, den »Leviathan«, und machte ihn zum Symbol seiner Staatslehre. Dieses Seeungeheuer, das im Laufe der Zeit mannigfaltige Deutungen erfuhr, sollte in einer dem englischen Seefahrerland verständlichen Form die Staatsgewalt, genauer den gesamten Staatsorganismus, darstellen. Der Philosoph wollte diese Gestalt durchaus nicht als ein heidnisches, gott- und menschenfeindliches Wesen aufgefaßt wissen. Der »Leviathan« als Staatsverkörperung hatte nach seiner Meinung die Aufgabe, die in der ersten Phase der Revolution erkämpfte Herrschaft des englischen Bürgertums vor seinem biblischen Gegenspieler, dem »Behemoth«, zu schützen, der in der Begriffswelt von Hobbes das revolutionäre Sektenwesen der englischen Revolution, also die Interessenvertretung der Volksmassen, verkörperte.

Dieser bildhafte Vergleich faszinierte Carl Schmitt. Aber er ignorierte geflissentlich, daß Hobbes zu seiner Zeit keineswegs die Errungenschaften der Revolution abgeschafft, sondern nur ihre demokratische Weiterentwicklung verhindert sehen wollte. Als Faschist betonte er ausschließlich die Allmacht des Staates und die angebliche Ohnmacht der Revolution: »Gegenüber dem Leviathan als einem übermächtigen, jeden Widerstand vernichtenden, technisch vollendeten Befehlsmechanismus ist der Versuch eines Widerstandes praktisch völlig aussichtslos. Die juristische Konstruktion eines Rechtes auf einen solchen Widerstand aber ist schon als Frage oder Problem unmöglich. Für ein Widerstandsrecht, gleichgültig, ob es ein objektives oder ein subjektives Recht sein soll, fehlt jede Ansatzmöglichkeit. Es hat überhaupt keinen Platz in dem von der unwiderstehlichen großen Maschine beherrschten Raum.«

Die Angst vor der Revolution, die Schmitt ein Leben lang begleitete, war wiederum eine Triebfeder seiner staatsrechtlichen Argumentation. Er spürte in dieser kritischen Vorkriegssituation, daß der faschistische Staat wachsenden Belastungsproben ausgesetzt wurde. Die Kommunisten verstärkten den Widerstand gegen Faschismus und Krieg. Selbst Kreise der Großbourgeoisie und des Generalstabes fragten sich sorgenvoll, ob der unberechenbaren

faschistischen Aggressionspolitik nicht ein Riegel vorgeschoben werden müsse. In kirchlichen Kreisen regte sich Protest. Sogar die Masse derer, die sich aus Gründen der Angst in Schweigen hüllte, bildete eine potentielle Gefahr. Wenn Schmitt, der sich stets als politisch wirkender Jurist und Historiker verstand, gerade zu diesem Zeitpunkt ausdrücklich die Allgewalt des »Leviathan«, also des Staates, hervorhob und dem »Behemoth« des Widerstands nicht die geringste Wirkungsmöglichkeit zugestehen wollte, so konnte das nur als ein Versuch verstanden werden, jeglicher Form des Protestes und des Kampfes gegen die faschistische Diktatur entschieden und schonungslos entgegenzutreten.

Es ist bezeichnend, daß Schmitt dem Kampf gegen einen absoluten Staat nicht nur jede Erfolgschance absprach, sondern die subjektive und objektive Berechtigung bestritt. Auch in diesem Punkte ging seine demokratiefeindliche Staatsauffassung viel weiter als die von Hobbes. Nach den Ansichten des Engländers hatte der Staat einen Anspruch darauf, das Bekenntnis seiner Untertanen und damit ihre grundsätzliche Einstellung zum Staat und zu seinen Institutionen zu bestimmen. Er nannte den Souverän, die höchste Verkörperung der Staatsgewalt, deshalb auch »lieutenant of God«. Doch Hobbes nahm eine bemerkenswerte Einschätzung vor, die deutlich den aufkeimenden Liberalismus erkennen läßt. Er unterschied nämlich zwischen dem Öffentlichen und dem Privaten, dem Äußerlichen und dem Innerlichen, dem Bekenntnis und dem Glauben: Der Staat habe zwar das Recht, von seinen Bürgern das öffentliche Bekenntnis zur herrschenden Staatsreligion zu verlangen, der private Glaube aber werde davon nicht berührt. Äußerlich sei der Mensch in Religionsangelegenheiten durch den »Leviathan« gebunden, innerlich bliebe er frei.

Schmitt distanzierte sich von dieser Form der Glaubensfreiheit. Er sah in der Unterscheidung zwischen Öffentlichem und Privatem die große Einbruchstelle des bürgerlichen Liberalismus, woran die Staatskonstruktionen des absolutistischen Zeitalters letzten Endes zugrunde gegangen seien. Hier hätten die Juden, von dem Philosophen Spinoza inspiriert, angesetzt und dem Staate den Zugang zur privaten Sphäre seiner Bürger verschlossen: »Wenn aber wirklich die öffentliche Macht nur noch öffentlich sein will, wenn Staat und Bekenntnis den innerlichen Glauben ins Private abdrängen, dann begibt sich die Seele eines Volkes auf den ›geheimnisvollen Weg‹, der nach innen führt. Dann wächst die Gegenkraft des Schweigens und der Stille. In dem Augenblick, in dem die Unterscheidung von Innen und Außen anerkannt wird, ist die Überlegenheit des Innerlichen über das Äußerliche und damit die des Privaten über das Öffentliche im Kern bereits entschiedene Sache.«

Genau das wollte Schmitt verhindert sehen. Jeder Nazi, der diesen Kom-

mentar zur Glaubens- und Gewissensfreiheit las, mußte daraus zwangsläufig den Schluß ziehen: Ein konsequenter Staat dürfe keine private Sphäre respektieren, er habe den Glauben und die Überzeugung seiner Bürger bis zum Letzten zu bestimmen. Im Grunde denunzierte Schmitt alle Menschen, die sich nicht der faschistischen Gewalt und ihrer Barbarei unterwerfen wollten, darunter auch die »Stillen im Lande«.

Es war eine logische Konsequenz seiner Theorie, daß sich dieser Mann an der faschistischen Judenverfolgung beteiligte. Längst verstorbenen Rechtstheoretikern und Juristen wie Stahl und Laband, die schon seit Jahren die Zielscheibe seiner antisemitischen, den Nazis gefälligen Polemik waren, warf er vor, mit juristischen Mitteln den »Leviathan« des absolutistischen Staates zerstört zu haben. Sie hätten der Allmacht des Staates durch ihre Rechtsinterpretation hemmende Schranken auferlegt, ihn gewissermaßen »verschnitten«. Schmitt wollte den Juden auch auf staatsrechtlichem Gebiet eine Kristallnacht bereiten und erklärte sie dafür verantwortlich, daß Thomas Hobbes für viele Jahrhunderte in dem Mißruf stand, ein Vertreter des absolutistischen »Machtstaats« gewesen zu sein: »Das Bild des Leviathan wurde zu einem grauenhaften Golem oder Moloch aufgedröhnt und dient heute noch dazu, in ihm das Urbild all dessen zu sehen, was die westliche Demokratie unter dem polemischen Schreckbild eines ›totalitären‹ Staates und des ›Totalismus‹ versteht«.

Carl Schmitt ließ also nicht den geringsten Zweifel daran aufkommen, daß es ihm um die bedingungslose Verteidigung des faschistischen Gewaltregimes ging. Er spiegelte damit nicht nur die eigene Überzeugung, sondern die Klassenposition jenes bürgerlichen Justizapparates wider, für den der totale Staat die beste Sicherung gegen Revolution und Umsturz war. Diese Justiz hatte sich willfährig in den Dienst des Faschismus gestellt und zögerte nicht, sein Terrorsystem zu legalisieren und zu praktizieren. Ihr Ruf nach noch größerer Staatsautorität und Staatsgewalt, der den Zusammenbruch von 1945 überdauerte und in der Gegenwart wieder laut ertönt, ihre Sorge um die Handlungsfähigkeit im Ausnahmezustand, gilt jenem »Leviathan«, wie ihn Carl Schmitt beschrieb und der Faschismus verwirklichte.

Theodor Eicke

Verkörperung des KZ-Systems

Seine Personalakte vermerkt für das Jahr 1934 drei Wochen, die in seiner verbrecherischen Laufbahn einschneidend waren: 20. Juni, Ernennung zum Führer im Stab des Reichsführers SS und diesem direkt unterstellt; 4. Juli, Ernennung zum Inspekteur der Konzentrationslager und Führer der SS-Wachverbände; 11. Juli, Ernennung zum SS-Gruppenführer. Nicht darin steht, daß dieser aufsteigende Nazi in denselben Wochen, am Nachmittag des 1. Juli, mit seinen Spießgesellen in die Zelle 474 des Zuchthauses München-Stadelheim eindrang und den dort inhaftierten SA-Chef Ernst Röhm erschoß. Hinzu kamen 17 weitere Morde, die am selben und am folgenden Tage im Konzentrationslager Dachau unter seiner Leitung verübt wurden.

Die Entscheidung, den SS-Brigadeführer Theodor Eicke mit neuen Ämtern zu betrauen und im Rang zu erhöhen, kam nicht von ungefähr. Er war für die Rolle eines Chefs aller Konzentrationslager geradezu prädestiniert. Die SS-Führung schätzte seinen gewalttätigen Rechtsradikalismus und billigte seinen bisherigen abenteuerlichen Werdegang, über den er selbst mündlich und schriftlich berichtet hat.

Hier nun die Merkpunkte aus Lebenslauf und Personalakte: Geboren 1892 als Eisenbahnersohn im Elsaß. 1909 freiwillige Meldung zur kaiserlichen Armee, im ersten Weltkrieg Zahlmeister. 1919 Technikstudium in Ilmenau; doch weniger Student als »Informant« der dortigen Polizei. Ausbildung an der Cottbuser Polizeischule. Dienst bei der Schutzpolizei in Weimar, bei den Polizeiverwaltungen in Sorau und Ludwigshafen; allerdings wegen Umtrieben gegen den republikanischen Staat wiederholt entlassen. 1923 bis 1932 bei der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen als Sicherheitskommissar beim Werkschutz und in der Werkspionageabwehr.

Dort 1928 Eintritt in die SA und die NSDAP, 1930 in die SS. Darauf Führer des Ludwigshafener SS-Sturmes und dann Führer der 10. SS-Standarte in der Rheinpfalz. 1931/32 Fabrikation von etwa 80 Bomben, um »den roten Laden« in die Luft fliegen zu lassen . . . Eine davon in Braunschweig gelegt: Verletzte, 21 beschädigte Häuser, 300 zersplitterte Fensterscheiben – deswegen verhaftet, im März 1932 zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt und bald darauf wieder freigelassen. Erneut aktiv. Da gefährdet, auf Befehl des Reichsführers SS nach Italien geschickt, zum SS-Oberführer und Kommandanten eines Lagers für SS-Flüchtige ernannt, das von italienischen Behörden am Gardasee eingerichtet wurde. Von dort mit ganzer Truppe in Uniform nach Bozen gefahren, wo zusammen mit italienischer Miliz und Armee der 10. Jahrestag des faschistischen Marsches auf Rom gefeiert wurde. Deswegen erhebliche Aufregung in der österreichischen Presse und Antrag der Landesleitung der NSDAP in Österreich, ihn strengstens zu bestrafen – doch bei Hitler, Himmler und Röhm Nachsicht gefunden; Antrag abgetan.

Am 30. Januar 1933 brüstete sich Eicke gegenüber seinem früheren Sturmbann: »Ich bin immer noch der alte, nur viel bissiger und ohne Rücksicht.« Mitte Februar erfolgte Rückkehr nach Ludwigshafen in der Absicht, mit der »sofortigen rücksichtslosen Säuberungsaktion« gegen Kommunisten und Sozialdemokraten zu beginnen. Weil auch gegen »pflaumenweiche« Parteigenossen vorgegangen, von Polizei verhaftet und zur Untersuchung des Geisteszustandes in die Würzburger Heilanstalt gebracht. Dort aber »verständnisvoll« durch Dr. Werner Heyde beurteilt und Gesuch an den Reichsführer SS geschrieben; auf Grund der ärztlichen Feststellungen freigelassen und am 26. Juni '33 in alten Dienstrang wiederum eingesetzt. An dieser Stelle ist die Schilderung von Eickes Lebenslauf, wie er sich aus den zeitgenössischen Unterlagen ergibt, zu unterbrechen und aus heutiger Sicht anzumerken: Jener Dr. Heyde ließ 1940/41 zahllose angeblich unheilbar Kranke umbringen und blieb unter dem Decknamen Dr. Fritz Sawade mit Wissen von Kollegen und Gerichtsbehörden bis Ende 1959 in Schleswig-Holstein gutachterlich tätig.

Eicke selbst löste noch am selben 26. Juni den Dachauer KZ-Kommandanten, SS-Oberführer Hilmar Wäckerle, ab. Den neuen Lagerchef interessierte wenig, daß die Münchner Staatsanwaltschaft sowohl gegen seinen Vorgänger als auch gegen den SS-Lagerarzt und einen SS-Wachmann den Vorwurf des Mordes an Häftlingen erhoben hatte. In seinen Augen waren »ein paar totgeschlagene rote Schweine« keiner Aufregung wert. Im übrigen nahm er an, das Verfahren werde bald unterdrückt – was auch geschah, indem die Akten bei der Bayerischen Politischen Polizei verschwanden und ein bayerisches Gesetz vom 2. August '33 die strafrechtlichen Untersuchun-

gen gegen »Übergriffe« anläßlich des Machtantritts der neuen Reichsregierung niederschlagen ließ.

Der neue KZ-Kommandant nahm sich Wäckerles »Sonderbestimmungen« für Häftlinge vor, die im Frühjahr von Himmler angeregt und gutgeheißen worden waren, und er verschärfte zunächst die Diktion: »Toleranz bedeutet Schwäche. Aus dieser Erkenntnis heraus wird dort rücksichtslos zugegriffen werden, wo es im Interesse des Vaterlandes notwendig erscheint.« Mit diesen einleitenden Sätzen der neuen »Disziplinar- und Strafordnung« formulierte er das allgemeine Grundprinzip des Terrorregimes, und er drohte »politisierenden Hetzern und intellektuellen Wühlern – gleich welcher Richtung« – auch zynisch: »Hütet euch, daß man euch nicht erwischt, man wird euch sonst nach den Hälsen greifen.«

Die 18 Paragraphen der Strafbestimmungen Eickes sollten jedes erdenkliche Aufbegehren der Häftlinge unterbinden und ermöglichten – ohne Gerichtsentscheid – folgende Strafen: Strafarbeit, strengen Arrest von drei bis 42 Tagen, kombiniert mit 25 Stockhieben, andauernde Einzelhaft, Tod durch Erhängen oder Erschießen. Beispielsweise besagte der Paragraph 11: »Wer im Lager, an der Arbeitsstelle, in den Unterkünften, in Küchen und Werkstätten, Aborten und Ruheplätzen zum Zwecke der Aufwiegelung politisiert, aufreizende Reden hält, sich mit anderen zu diesem Zwecke zusammenfindet, Cliquen bildet oder umhertreibt, wahre oder unwahre Nachrichten zum Zwecke der gegnerischen Greuelpropaganda über das Konzentrationslager oder dessen Einrichtungen sammelt, empfängt, vergräbt, weitererzählt, an fremde Besucher oder andere weitergibt, mittels Kassiber oder auf andere Weise aus dem Lager schmuggelt, Entlassenen oder Überstellten schriftlich oder mündlich mitgibt, in Kleidungsstücken oder anderen Gegenständen versteckt, mittels Steinen usw. über die Lagermauer wirft oder Geheimschriften anfertigt, ferner, wer zum Zwecke der Aufwiegelung auf Baracken, Dächer und Bäume steigt, durch Lichtsignale oder auf andere Weise Zeichen gibt oder nach außen Verbindung sucht oder wer andere zur Flucht oder zu einem Verbrechen verleitet, hierzu Ratschläge erteilt oder durch andere Mittel unterstützt, wird kraft revolutionären Rechts als Aufwiegler gehängt!«

Das konterrevolutionäre Unrecht – anders ist es nicht zu bezeichnen – stand nicht nur auf dem Papier. Es gelang einem Häftling schon damals, der Öffentlichkeit die Dachauer Strafverfolgungen bekanntzumachen: Am 22. Oktober '33 ließ Eicke die rund 2 500 Lagerinsassen antreten, wetterte vor ihnen gegen die »Schurken«, die im Ausland »Greuelnachrichten« über das Lager verbreiteten und nannte vier »Denunzianten«, die man gefaßt habe: Altmann, der als Schreiber bei der Aufnahme die Namen neuer Häftlinge notierte, Franz, der in der Kartei der Poststelle die Personalien fest-

stellte, Dr. Katz, der im Krankenrevier die Mißhandelten und ihre Verletzungen erfaßte, und Dr. Rosenfelder, der auch irgendwie daran beteiligt sei. »Zwei der verhafteten Verräter sind bereits ins Jenseits befördert: der Jude Dr. Katz und sein Helfer Willy Franz«, verkündete der KZ-Kommandant, und er fügte drohend hinzu: »Wir haben noch genug deutsche Eichen, um jeden daran aufzuhängen, der sich uns entgegenstellt. Es gibt keine Greuel, und es gibt keinen Tschekakeller in Dachau. Wer Prügel bekommt, erhält sie zu Recht!«

Der Terror forderte an jenem Tage noch weitere Opfer – wie derselbe Häftling berichtete: Der SS-Mann Sporer trieb zwei neueingelieferte Gefangene in die Aborte, wo sie die Köpfe in die Becken stecken mußten und dabei mit einer schweren Lederpeitsche mißhandelt wurden. Nach zwei Stunden fiel einer von ihnen durch die Tür. Sporer sprang dem Häftling auf den Rücken und schlug ihm wild auf den Kopf. »Ich meinte«, bemerkte der Augenzeuge, diesem »müsse das Rückgrat gebrochen sein.« Als der Gefangene tot war, zündete sich der Mörder eine Zigarette an und tanzte nach der Radiomusik.

Es war gang und gäbe, daß gemordet und das Verbrechen verschleiert wurde. Am 28. November beispielsweise zerrte der SS-Scharführer Birzle den Kommunisten Fritz Bürk in die Klosetträume, schlug auf ihn ein und streckte ihn schließlich mit drei Pistolenschüssen nieder. In der Presse hieß es dann: bei einem Fluchtversuch ertappt und erschossen.

Es sind dieses nur zwei der zahlreichen Gewalttaten, zu denen Kommandant Eicke seine Dachauer SS-Leute anhielt und die er selbst ihnen vorexerzierte. Er erachtete sie als Kennzeichen »vorbildlicher Manneszucht« und eines »vortrefflichen Korpsgeistes«, woran er »Treue, Tapferkeit und Pflichterfüllung« messen mochte. Als Himmler ihn 1934 ausersah, alle Konzentrationslager nach dem Dachauer Prototyp neu zu organisieren und zu vereinheitlichen, durfte er sich in seiner Auffassung bestätigt fühlen.

Doch zuvor war ein anderer Auftrag zu erledigen: Mit seiner zum Kadavergehorsam gedrillten SS-Truppe probte er bereits Anfang Juni '34 schnelle Märsche nach München, Lechfeld und Bad Wiessee, um den von der Reichsführung beabsichtigen Schlag gegen die SA-Spitze vorzubereiten. Am 30. Juni verbreitete sich das Gerücht: »Eicke bemüht sich persönlich, den SA-Chef Röhm nach Dachau zu bekommen. Ein Galgen ist schon gebaut. Eicke gibt eine Telegrammzeitung ins Lager, auf die er mit Blaustift geschrieben hat: ›Röhm ist verhaftet und wird morgen gehängt.‹« Wenngleich das Geschehen im einzelnen anders verlief, so konnte doch Eicke am 1. Juli in der Münchner Gefängniszelle seine Tatfreude unter Beweis stellen. Auch an den folgenden Tagen gab er seinen Leuten in Dachau ein »Leitbild an Tapferkeit« ab, indem er das Lager als Vollstreckungsstätte benutzte.

Nach vollzogener Mordmission, Rangerhöhung und Ernennung zum Inspekteur der deutschen Konzentrationslager machte sich der SS-General an seine neue Aufgabe. Zunächst übertrug er die Dachauer Prinzipien, SS-Leute zu skrupellosen Gewalttätern abzurichten und Häftlinge zu erniedrigen, sie körperlich zu schinden und geistig zu brechen, auf alle Konzentrationslager: Esterwegen, Hamburg-Fuhlsbüttel, Lichtenburg, Oranienburg, Sachsenburg und Bad Sulza, später auf das Berliner Columbia-Haus, auf Buchenwald und Sachsenhausen.

Eicke glaubte, seine Leute könnten mit Brutalität die Gefangenen niederhalten. Doch mußte er wieder und wieder erfahren, daß diese im allgemeinen ungebrochen blieben. Ständig sickerten Nachrichten aus den Lagern, wurden im Inland verbreitet und im Ausland publiziert. Die Strafordnung, die er am 1. August '34 auch in den anderen Lagern einführte, gelangte aus der Lichtenburg heraus, erschien Anfang 1935 wörtlich in der Prager Presse, dann im »Tribunal«, der Zeitschrift der Roten Hilfe, und in der Moskauer »Iswestija«. Ein Artikel in der »Neuen Weltbühne« vom 11. Oktober 1934 griff den SS-Verbrecher namentlich an. Unter dem Titel »Mörder Eicke« hieß es darin: »Der Name Eicke darf nicht vergessen werden. Er bleibe ein Symbol für die teuflischste Form von Mord, für die verächtlichste Sorte von Mördern.« Der Berliner Domkapitular Bernhard Lichtenberg ließ Göring am 18. Juli 1935 die Aufzeichnung eines Sozialdemokraten übergeben, der kommentarlos die Schikanen, Prügelszenen und die Ermordung eines Kommunisten, eines SPD-Mannes und drei weiterer Häftlinge im KZ Esterwegen beschrieben hatte. Eicke reagierte mit wüsten Beschimpfungen: Solche »fortgesetzten Angriffe mit konzentrierten Greuellügen gegen staatliche Konzentrationslager« müßten endlich unterbunden werden. Damit an dem »Hetzapostel« ein Exempel statuiert werde, sei der »Greuellügner Lichtenberg wegen heimtückischer Angriffe auf den Staat in Schutzhaft zu nehmen, damit er sich im Lager Esterwegen von der Ordnung und Sauberkeit überzeugen« könne. Eicke hielt sich an die Häftlinge, die in seiner Hand waren. Ende 1937 ließ er über die Juden so lange eine Isolierhaft verhängen, bis »die blödsinnigen Lügen über Konzentrationslager« von der Auslandspresse unterlassen würden.

Eicke machte die Wachmannschaften durch seine Befehle und andauernden Belehrungen über die »Gefährlichkeit der Häftlinge« scharf. Der spätere Kommandant des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz, der in Dachau »ausgebildete« Rudolf Höß, hat beispielsweise folgende Worte Eickes überliefert: »Jegliches Mitleid mit ›Staatsfeinden‹ sei eines SS-Mannes unwürdig . . . Er könne nur harte, entschlossene Männer gebrauchen, die jedem Befehl rücksichtslos gehorchen. Nicht umsonst trügen sie den Totenkopf und die stets geladene scharfe Waffe. Sie stünden als einzige

Soldaten auch in Friedenszeit Tag und Nacht am Feind, am Feind hinter dem Draht.« Höß fügte hinzu: »Diese Einstellung hat sich in alle Konzentrationslager, auf alle dort diensttuenden SS-Männer und SS-Führer weiterverbreitet, weitervererbt, noch viele Jahre nach Eickes Abgang als Inspekteur.« Derart abgerichtet, gingen aus der Dachauer Mörderschule viele der späterhin berüchtigten Unterführer, Lagerführer, Kommandanten von Konzentrations- und Vernichtungslagern hervor.

Sobald Eicke sämtliche Konzentrationslager zu einem einheitlichen Ganzen zusammengefaßt und ausgestaltet hatte, führte er Himmlers nächsten Auftrag aus: den Aufbau neuer, größerer Lager. Dabei wurde die vordringliche Absicht verfolgt, das Regime für den Fall des ausbrechenden Krieges zu sichern. So vermerkte Eicke am 18. Juni 1936: »Die Militärbehörde ist mit dem Ersuchen an mich herangetreten, im A-Falle einige Hundert staatsgefährliche Elemente in einem Konzentrationslager in der Nähe Berlins unterzubringen. Ich habe hierfür das neue Konzentrationslager Sachsenhausen vorgesehen.« Mit Blick auf das künftige Lager Buchenwald schrieb er am 27. Oktober desselben Jahres: »Eine solche Einrichtung dient nicht nur im Frieden, sondern muß den Bedürfnissen eines Krieges in erhöhtem Maße Rechnung tragen.«

Auf Kriegseinsatz zielte neben dem Terror auch die Ausbildung der KZ-Wachmannschaften. Schon als Dachauer Kommandant hatte Eicke 1933 seine 120 Mann infanteristisch ausgebildet, an allen Handfeuerwaffen bis zum Maschinengewehr unterrichtet und zur Feier des 9. November in München als Wachtruppe aufmarschieren lassen. 1935 waren die Einheiten auf rund 1 800 Mann angewachsen. Sie trugen erdbraune Uniformen und blieben bei den Konzentrationslagern kaserniert: SS-Wachsturm »Oberbayern« in Dachau, »Ostfriesland« in Esterwegen, »Elbe« bei der Lichtenburg, »Sachsen« bei Sachsenburg, »Brandenburg« in Oranienburg und in Berlin, »Hansa« in Hamburg.

Anläßlich des Nürnberger Parteitages der NSDAP von 1935 ließ der SS-General diese Wachverbände erneut in der Öffentlichkeit aufmarschieren. Er kassierte den Beifall Hitlers und Himmlers, erreichte ein halbes Jahr später, daß seine Truppe verdoppelt und »SS-Totenkopfverbände« genannt werden konnte – ein Name, der an das zuerst in Dachau eingeführte Symbol auf den Kragenspiegeln der KZ-Wachen erinnerte. »Eine Bürgerkriegstruppe für den Kriegsschauplatz Innerdeutschland, die das eigene Volk und die unterjochten fremden Völker niederhalten soll«, so nannte eine Tarnschrift der KPD diese KZ-Verbände.

Zu dem von Eicke geschaffenen KZ-System gehörten die auch von ihm formulierten und praktizierten Prinzipien der Gewaltherrschaft und des Verbrechens, die im Zuge der Kriegsvorbereitung neuerrichteten oder aus-

gebauten Lagerkomplexe, die aus seiner Schule hervorgegangenen Wachmannschaften und Massenmörder. Er war maßgeblich daran beteiligt, den Konzentrationslagern eine Hauptrolle bei der Isolierung, Unterdrückung und Terrorisierung der politischen Gegner zu geben und sie, auf lange Sicht angelegt, als barbarischstes Mittel zur Vernichtung der revolutionären Arbeiterbewegung und anderer oppositioneller Kräfte einzusetzen.

Bei Kriegsbeginn wechselte der SS-General mit den Totenkopfeinheiten von der inneren an die äußere Front, wo weitere Verbrechen begangen wurden. Die Inspektion der Konzentrationslager übernahm Eickes Stabschef und Stellvertreter, SS-Brigadeführer Richard Glücks. Aber es waren die von Eicke geschaffenen Grundlagen, auf denen das KZ-System nunmehr in ungeheuerliche Dimensionen mit millionenfachen Verbrechen wuchs. Menschen in aller Welt begreifen diese Institution der politischen Mordbrennerei als ein Charakteristikum des deutschen Faschismus.

Eicke fand als Kommandeur der SS-Division »Totenkopf« im Februar 1943 in der Sowjetunion den Tod – im Kampf gegen den Kommunismus, den er hatte ausrotten wollen. Die von ihm aufgestellten und gedrillten Einheiten zählen in der heutigen BRD zu den Traditionsverbänden der ehemaligen Waffen-SS, wobei ihre Herkunft und somit das Kainsmal, Wachmannschaften der Konzentrationslager gewesen zu sein, geflissentlich kaschiert wird. Auf Veranstaltungen und in Veröffentlichungen findet sich Eickes Porträt als Ritterkreuzträger mit Eichenlaub, jedoch nicht als Massenmörder der »verächtlichsten Sorte«.

Julius Streicher

Herrenrasse formiert sich

Die reale Institution bestand längst nicht mehr – aber ihr Name hatte sich erhalten und mit ihm die Initialen: M. d. R. Sie standen für die Worte »Mitglied des Reichstags«, der nun zumeist »Deutscher Reichstag« genannt wurde. Verwechslungen waren indessen ausgeschlossen; denn ein Gremium vergleichbarer Art existierte in Europa nirgendwo. Dieser Reichstag war nicht einmal mehr das Feigenblatt, das eine offen terroristische Diktatur hätte verdecken können. Er war ihr Bestandteil! Zwar waren seine Mitglieder im November 1933 gewählt worden. Doch zu diesem Zeitpunkt hatte es weder ein Wahlgeheimnis noch eine andere als die faschistische Kandidatenliste gegeben: mit den Namen von Führern der NSDAP und einigen anderen faschistischen Politikern, die sich samt und sonders um die Zerstörung der bürgerlich-parlamentarischen Einrichtungen des Weimarer Staates verdient gemacht hatten. Ihre Zugehörigkeit zu diesem jetzigen Gremium bedeutete eine Anerkennung ihrer Leichengräberschaft.

Die Existenz des faschistischen Reichstags sollte anfänglich noch die Legende nähren, daß die Regierung Hitler legal zur Macht gelangt sei und ihre Ermächtigung zu diktatorischem Handeln durch ein Votum gewählter Volksvertreter erhalten habe. Er war schließlich aber zur bloßen Kulisse von Staatsakten geworden, mit einer Bühne für politische Spektakel erster Ordnung, in deren Mittelpunkt allemal Hitler stand, Staatsoberhaupt und Regierungschef in einer Person. Er und die Mitglieder des Kabinetts entschieden allein, wann diese Ansammlung von Reichstagsmitgliedern zusammenzukommen – lies: anzutreten – hatte und wessen Reden zu hören, welche Gesetzentwürfe kurzerhand zu billigen waren. War das getan, so wurde die jeweilige Kundgebung mit dem Deutschland-Lied und der Nazi-Partei-

hymne abgeschlossen – ein lautstarker Vorgang, den der Volkswitz mit der Bemerkung quittierte, es habe wieder einmal der größte Männergesangverein Deutschlands getagt. In der Tat besaßen Frauen zu dieser Einrichtung keinen Zutritt. Politik war zur Sache der Männer erklärt worden.

Diesmal waren die Mitglieder des Reichstags überraschend zusammengerufen worden, am Ende einer Woche, die ganz im Zeichen bombastischer Demonstrationen der Macht und der Geschlossenheit gestanden hatte. Tag für Tag waren nach Hunderttausenden zählende Kolonnen der SA, der Hitlerjugend, der SS, der Flieger- und Motorformationen der NSDAP, des Reichsarbeitsdienstes und der Wehrmacht durch Nürnbergs Straßen und über eigens angelegte Aufmarschplätze und Exerzierfelder gezogen. Das lärmende Ereignis, das jetzt zum dritten Male seit der Machtübergabe veranstaltet und zu gigantischen Ausmaßen gesteigert wurde, hieß Reichsparteitag der NSDAP. Es hatte mit einem verhandelnden und beschließenden Gremium des bürgerlichen Parteiwesens so wenig gemein wie der faschistische Reichstag mit einem bürgerlichen Parlament.

Die Nürnberger Kundgebungshalle wurde an diesem 15. September 1935 von braunen Uniformen beherrscht, zwischen denen auch die schwarzen der SS und die Farben der Reichswehr zu sehen waren. Unter den Gestalten, die in der vorderen Reihe mit den längst nicht mehr schmucklosen, sondern prächtig herausgeputzten braunen Parteiuniformen paradierten, befand sich einer der ältesten Gefolgsleute der NSDAP, einer der wenigen Duzfreunde Hitlers: Julius Streicher, der sich gern »Frankenführer« nennen ließ –. Diese hochtrabende Bezeichnung, die ins altgermanische Führer-Gefolgschafts-Verhältnis zurückweisen sollte, übersetzte in volkstümelnder Absicht die trockene faschistische Amtsbezeichnung des Gauleiters. Das nämlich war Streicher für den »Gau Franken« der NSDAP. Hier, im nördlichsten Teil Bayerns, wirkte er seit dem Beginn der zwanziger Jahre an der Formierung der extremen Konterrevolution. Hier hatte er ursprünglich eine eigene faschistische Partei von sehr begrenztem Einfluß geleitet, sie dann aber – im Herbst 1922 – der von Hitler angeführten Nazipartei zugeordnet.

Streichers Amtssitz befand sich in Nürnberg, einstmals Reichsstadt des römisch-deutschen Kaisertums und bedeutendes Handelszentrum des mittelalterlichen Europa, auch Wirkungsstätte bürgerlicher Humanisten und gedankenreicher Erfinder – jetzt »Stadt der Reichsparteitage«, der alljährlichen Selbstdarstellung faschistischer Macht und Herrlichkeit. Von nun an bis in Ewigkeit, so jedenfalls wollten es die faschistischen Führer. Die Ewigkeit dauerte noch drei Jahre; schon 1939 fiel das Schauspiel »von Kriegs wegen« aus. Die Wehrmacht manöverte nicht mehr auf dem Reichsparteitagsgelände, sondern in Polen, defilierte nicht mehr in Nürnberg, sondern in dem von ihr zerstörten Warschau. – So weit aber dürfte Streicher jetzt nicht voraus-

gedacht haben, als er kahlköpfig, das dürftige Bärtchen à la Hitler tragend, feist und brutal im Reichstag saß. Dazu war dies zu sehr sein Tag, und dessen Augenblicke konnte er genießen: Heute endlich würde die faschistische Versammlung neue Gesetze gegen die Juden gutheißen, und die waren – wiewohl er an ihrer letzten Formulierung nicht hatte teilnehmen dürfen – in einem besonderen Sinne Streichers Werk.

Der »Frankenführer« besaß noch weitere Beinamen, die ihn aus der langen Reihe faschistischer Führer herausheben sollten. Er ließ sich den »Antisemiten Nr. 1« oder auch den »Judenfeind Nr. 1« nennen und sprach – ruhmredig – selbst so von sich. Und das wollte etwas besagen in einem Staat, in dem der Judenhaß zur Staatsdoktrin, die Judenverfolgung zum Alltag geworden war. Streicher gab seit 1923 die Wochenzeitschrift »Der Stürmer« heraus, eine grell und gemein tönende journalistische Fanfare, die alle Antisemiten zum Sammeln und zum Angriff gegen »die Juden« rief. Denn dieses offizielle Blatt der Nazipartei verfolgte kein anderes Ziel, als die Menschen jüdischer Herkunft, gleichgültig, ob jüdischen Glaubens oder nicht, ob assimiliert oder nach orthodoxen Religionsgeboten lebend, ob kommunistisch oder deutschnational gesinnt, zu beschimpfen und zu verhöhnen, der Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung auszusetzen. »Der Stürmer« – das war ein Instrument der Pogromhetze, ein Werkzeug ideologischer Wegbereitung zu Mord und Massenmord.

Wie die Rassenlehre der Nazifaschisten insgesamt, so war auch ihr Kernstück, der Antisemitismus mit seinen abscheulichen publizistischen Ausdrucksformen, gegenüber der Praxis verbrecherischer Politik noch um einige Jahre voraus. Streicher hatte das stets bedauert und mitunter auch öffentlich beklagt. Ihm war es mit der Steigerung antijüdischer Maßnahmen seit 1933 zu langsam vorangegangen, und nur sein blindes Vertrauen zu Hitler hatte ihn über diese Enttäuschung hinweggebracht. Sein Führer, der ebensolch ein fanatischer Rassist und Antisemit wie er selbst war, mochte wohl wissen, wann und wie schnell die Zeit für entscheidende antijüdische Aktionen reif sein konnte. Er, Streicher, würde immerfort den nächsten und übernächsten Schritt vorbereiten, den »Volksgenossen« wieder und wieder einzuhämmern suchen: »Die Juden sind unser Unglück.« So stand es über den Holzkästen, in denen auf Straßen und Plätzen deutscher Städte der »Stürmer« ausgehängt wurde. Er, Streicher, würde im 20. Jahrhundert mittelalterlichen Rassenwahn neu zu entfachen suchen und ihm die Losung geben, »der Jude« sei der Teufel.

Freilich vermochten sich weder Hitler noch Streicher der Entdeckung zu rühmen, daß der Antisemitismus mit seiner universellen Sündenbocklehre eine besonders wohlfeile Methode sei, mit der man Teile des Volkes betrügen, verhetzen und von den tatsächlichen Volksfeinden ablenken konnte.

Doch die NSDAP hatte dieses Werkzeug der Verführung von namentlich kleinbürgerlichen Massen seit dem Anfange der zwanziger Jahre weit unverfrorener als ihre Konkurrenten unter den bürgerlichen Parteien gehandhabt. Die Agitatoren der Nazipartei hatten die jüdischen Menschen bezichtigt, neben den »Roten« trügen auch sie die Schuld an Kriegsniederlage und Revolution, Versailler Vertrag und Reparationszahlungen, Inflation und Krise, Parteienkampf und Zwietracht jedweder Art. »Die Juden«, so trommelten die Naziredner landauf und landab, seien an allem schuld, was die Deutschen national und sozial bedrücke und peinige. »Rassenkampf« gegen die Juden als Alternative zum Klassenkampf gegen die realen Ausbeuter und Unterdrücker – das forderten die Nazifaschisten, und das klang der Bourgeoisie und den Großgrundbesitzern wohl in den Ohren. Wer den Klassenkampf in Acht und Bann tat, der verdiente Hilfe, Förderung und Belohnung, der war geeignet, die Macht zu erhalten und damit den Auftrag, den Klassenkampf nun auch wirklich »abzuschaffen«. Die einflußstärksten Kreise der deutschen Monopolbourgeoisie nahmen keinen Anstoß daran, eine Partei rabiater Antisemiten an die Staatsmacht zu lancieren, jene Partei, in deren paramilitärischen Verbänden vom »Judenblut« gesungen wurde, das vom Messer spritzen müsse.

Streicher hätte jetzt gern anstelle Hitlers dort auf der Reichtstagstribüne gestanden und die Rede zur Rechtfertigung neuer Gesetze gegen die Juden gehalten. Doch das hatte der »Führer und Reichskanzler« sich selbst ausbedungen. So erlebte jener Teil der Welt, den nationalistischer und rassistischer Dünkel noch immer den »zivilisierten« nannte, wie ein Staatsoberhaupt in ihrer Mitte bekanntgab, daß fortan im Deutschen Reiche alle Menschen jüdischer Abkunft als minderwertig angesehen und behandelt werden würden. Tags darauf ging die Nachricht von diesen »Nürnberger Gesetzen« um den Erdball. Sie gaben dem Namen der alten Stadt einen neuen, abscheulichen Beiklang. In Großbritannien und anderswo versammelten sich Menschen von verschiedenen politischen, weltanschaulichen und religiösen Auffassungen, um gemeinsam ihren Protest zu bekunden. Nirgendwo in den kapitalistischen Staaten vermochten sie freilich, die Regierungspolitik gegenüber den faschistischen Barbaren auf neue Grundlagen zu stellen.

Das »Reichsbürgergesetz«, das in den folgenden Jahren als eine Art Grundgesetz des faschistischen Antisemitismus gehandhabt wurde, enthielt im ganzen 13 Durchführungsbestimmungen, die sich steigernde Regelungen, Zwänge, Repressionen anordneten. Es teilte die Bürger des Deutschen Reiches in eine höhere Kategorie, die »Reichsbürger«, und in eine niedere, die »Staatsangehörigen«, ein. Wer zur ersten Gruppe gezählt wurde, galt als Inhaber »der vollen politischen Rechte« – wer in die zweite Gruppe geriet,

sollte einen minderen Status einnehmen, der vorerst nicht näher gekennzeichnet wurde. Da es seit 1933 im Deutschen Reich ohnehin keine politischen Rechte für die Massen gab, mochte die staatsbürgerliche Unterscheidung auf den ersten Blick für ziemlich bedeutungslos gehalten werden. Sie war es jedoch nicht. Denn durch sie wurden alle deutschen Menschen von jüdischer Herkunft faktisch zu Personen erklärt, die innerhalb der Staatsgrenzen zwar noch geduldet, zugleich aber als höchst unwillkommene »Gäste« betrachtet und behandelt wurden. Was immer auch diese Menschen und ihre Vorfahren an physischen, geistigen, seelischen Kräften und Opfern aufgewendet hatten, um in das deutsche Volk hineinzuwachsen, um seine politischen Ziele, seine Wissenschaften und Künste fördern zu helfen – nichts von alledem besaß fortan noch eine Bedeutung und Gültigkeit. Die mühsam erklommenen, von der demokratischen und Arbeiterbewegung gelegten Stufen der Emanzipation wurden abgerissen. Die faschistischen Machthaber stießen die Juden auf den Weg der Dissimilation, vertrieben sie aus dem deutschen Volke, aus ihrem Vaterlande – ein anderes besaßen sie nicht. Das »Reichsbürgergesetz« war der Meilenstein einer faschistischen Strategie, die das Deutsche Reich »judenrein« machen sollte.

Diese Vertreibung hatte bereits 1933 begonnen, und keine NS-Zeitung hatte mehr dabei triumphiert als Streichers »Stürmer«. Er propagierte die Austreibung der jüdischen Deutschen aus Dörfern und Kleinstädten, wo fanatisierte Antisemiten es den wenigen, ortsbekannten Juden unmöglich machten, hinfort lebenssicher zu wohnen. Er wiegelte dazu auf, an Eingängen von Ortschaften, Bädern, Parks, Kulturhäusern deutlich sichtbare Schilder anzubringen, die den »Juden« einen Zutritt verboten. Die daraufhin einsetzende Binnenwanderung vom Lande in die Mittel- und Großstädte, die wegen der partiellen Anonymität einen gewissen, aber fragwürdigen Schutz boten, galt den von Streicher angestachelten Verfolgern nur als eine Vorstufe ihres angestrebten Erfolgs: Nach Palästina, nach England oder den USA, nach Brasilien oder China – irgendwohin mit ihnen, lautete die Devise der engagiertesten Rassisten.

1933 waren vor allem Wissenschaftler, Hochschullehrer, Künstler, Schriftsteller und Ärzte, denen als »Nichtariern« die Arbeits- und Lebensmöglichkeiten entzogen wurden, in das Exil gegangen. Dann hatte unter dem Druck des »Judenboykotts« und angesichts der Ungewißheit weiterer Geschäfte auch eine Minderheit der jüdischen Bourgeoisie und des Kleinbürgertums Deutschland verlassen. Doch die Mehrheit der jüdischen Deutschen war in ihrer Heimat geblieben, hielt aus in der Hoffnung, daß die verheißenen »tausend Jahre« dieses Dritten Reiches nur kurz sein würden.

Diese Menschen wurden jetzt durch das »Reichsbürgergesetz« als Staatsangehörige minderen Rechts eingestuft und bald durch ein zweites der

»Nürnberger Gesetze« noch schwerer getroffen. Das »Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre« bestimmte, daß »Juden« künftig weder »Deutsche« heiraten noch sich mit ihnen geschlechtlich verbinden dürften. Beides war fortan als »Rassenschande« mit schwersten Strafen und selbst mit der Todesstrafe bedroht. Dieses Gesetz, das auch die bereits existierenden Verbindungen deutscher Menschen von unterschiedlicher ethnischer Herkunft diffamierte und Zehntausende von Kindern als »minderwertig« brandmarkte, weil sie aus diesen Verbindungen hervorgegangen waren, ließ die Sperrmauern des mittelalterlichen Ghettos wiedererstehen. Wo sollte diese Politik der Herausdrängung der jüdischen Deutschen aus ihrem Volke enden?

Hitlers Rede gab 1935 auf diese Frage, die Hunderttausende von Menschen im Deutschen Reich quälte, eine abgrundtief verlogene Antwort. Hätte das Staatsoberhaupt offen gesagt, was doch das Ziel der antisemitischen Praxis der staatstragenden NSDAP damals noch war: daß der Zweck des soeben verkündeten Gesetzes darin bestand, den »Juden« Schritt für Schritt jede Lebensmöglichkeit zu beschneiden, sie aus dem Deutschen Reiche samt und sonders herauszutreiben – gar mancher der Verfolgten hätte sich jetzt entschlossen, dem Lande seiner Väter zu entfliehen. Hitler aber erklärte das Gesetz dreist als einen Versuch, das Zusammenleben von »Deutschen« und »Juden« nach nationalsozialistischen, angeblich naturgesetzlich begründeten Regeln zu ordnen, nach Normen, die »seit ewigen Zeiten« existiert hätten, deren Mißachtung aber »Juden« wie »Gastvölkern« zum Unheil geraten sei. Der Obskurant als Aufklärer! – so gab sich das faschistische Staatsoberhaupt. Hitlers Worte allein hätten freilich nicht genügt, so viele jüdische Deutsche von der Flucht abzuhalten und sie nicht sehen zu lassen, daß sich in der faschistischen Diktatur ein Antisemitismus ohne Ufer entfaltete. Es war auch die zeitweilige Zurückhaltung der faschistischen Machthaber, die in diesen Monaten irritierend wirkte.

Der befürchtete Großangriff auf das »jüdische Wucherkapital« und den Besitz der kleinen Warenproduzenten und Geschäftsleute blieb aus. Noch galt der Regierung ein solcher Schritt als riskant, sie fürchtete die daraus erwachsenden Nachteile für die soeben auf hohe Touren gebrachte Rüstungswirtschaft. Zur allgemeinen Verwunderung wurden selbst jüdische Privatbanken zu Emissionsaufgaben herangezogen, die der Aufrüstung dienten. Vor allem aber: Mit der schärferen juristischen Verfolgung endete die regellose Terrorkampagne, die im Sommer 1935 gegen jüdische Geschäfte, Büros, Warenhäuser und Synagogen von den Trupps der SS, der SA und der Hitlerjugend betrieben worden war. Manche Beobachter und vor allem die Betroffenen hatten den Ausbruch eines großen Pogroms gefürchtet. Nun aber erklärte derselbe Streicher, der noch im August auf einer Kundgebung im

Berliner Sportpalast eine eigens aufgebaute Glocke hatte betätigen lassen, damit »die Juden« wüßten, was ihnen die Stunde schlüge, auf einer erneuten Berliner Großveranstaltung: Der Nationalsozialismus würde keine Synagogen niederbrennen, wie es Nürnbergs Bürger im Mittelalter getan hätten. Steuerten die Faschisten also wirklich auf einen Zustand hin, der den jüdischen Deutschen den Lebensfaden nicht gänzlich abschnitt?

Es sollten kaum drei Jahre vergehen, da gab Julius Streicher das Zeichen zum Abriß der Nürnberger Synagoge, die angeblich das äußere Bild der »Stadt der Reichsparteitage« verschandelte. Es sollten kaum drei Jahre vergehen – und im gesamten faschistischen Reich wurden die Synagogen niedergebrannt, ihre Ruinen gesprengt. Und nirgends bereicherten sich die NS-Bonzen durch die Verfolgung und die Ausraubung der jüdischen Deutschen mehr als in jenem Territorium, wo der »Frankenführer« herrschte. Die Räuberei und persönliche Aneignung waren so maßlos, daß die Berliner Zentrale eine Sonderkommission nach Nürnberg entsenden mußte, damit der Raub in die allgemeine Kriegskasse gelangte.

Die Judenverfolgung geriet den deutschen Faschisten nicht nur als ein ökonomischer Fischzug. Auf dem Wege zum Krieg war sie vor allem das Exerzierfeld einer barbarischen Denk- und Verhaltensweise gegenüber Menschen, die als »rassisch minderwertig« bezeichnet wurden. Die Verfolgung der Juden war eine Vorübung für den Umgang mit Zigeunern, Slawen, überhaupt mit Angehörigen von Völkern und Nationen, über die der deutsche Imperialismus zukünftig zu herrschen gedachte. Sie war Bestandteil eines Gesamtplans, der auf eine geschichtlich beispiellose Vormachtstellung in der Welt abzielte. Zu diesem Zweck wurden Rassekrieger gebraucht, die das oftmals beschworene »Volk der Dichter und Denker« in die Barbarei zurückzerrten.

Streicher starb 1945 am Galgen, nachdem ihn das Internationale Militärtribunal zum Tode verurteilt hatte. Auch das geschah in Nürnberg. Gemäß der ungeheuerlichen Anzahl von jüdischen Menschen Europas, die inzwischen nicht mehr vertrieben, sondern bestialisch gemordet worden waren, hatte der »Antisemit Nr. 1« das Urteil millionenfach verdient.

Wege zur Volksfront



Hans Beimler

Ausbruch aus dem Mörderlager

Jeden Morgen fragten sie ihn, wann er sich endlich nicht mehr zur Stelle melden werde. Anfangs lag Hohn in dieser Frage, später wütende Ungeduld: »Na, Beimler, wie lange gedenkst du denn die Menschheit noch mit deinem Dasein zu belästigen? Das Messer hast du nicht zum Brotschneiden bekommen, das gehört zu etwas anderem!«

Seit reichlich drei Wochen hatten sie den Politischen Leiter der KPD des Bezirkes Südbayern, Hans Beimler, in ihrer Gewalt. Was für ein Triumph, als sie ihn am 11. April 1933 in München zu fassen bekamen: »Den Beimler ham ma, den Beimler ham ma!« Ein illegaler Treff – statt zur Nachtzeit am hellen Nachmittag – war zum Verhängnis geworden. »Na Bürscherl, jetzt haben wir Dich! Jetzt ist's aus mit der Weltrevolution!« Ein SA-Mann des

Münchner Polizeipräsidiums sprang vor Freude aus dem Fenster, vom Hochparterre in den Hof, um schneller den »großartigen Fang« in Augenschein nehmen zu können. Die politische Abteilung 6/A hielt den sogenannten Vorführungsbogen schon bereit. »Ausfüllen! Aber wahrheitsgemäß!« Beimler schrieb: »Ich bin 1895 geboren, habe die Volksschule besucht und das Schlosserhandwerk erlernt. Ich bin seit 1918 Mitglied der KPD und hatte zuletzt die Funktion als Parteisekretär und Reichstagsabgeordneter.«

Sie trieben ihn über Flure – »schneller Beimler!«, schoben ihn in einen kleinen Raum – »ausziehen, aber fix!« und prügelten ihn mit Gummiknüppeln bis zur Bewußtlosigkeit. Als er wieder zu sich kam, höhnten sie: »Na, bildest du dir immer noch ein, Reichstagsabgeordneter zu sein?« Darauf Hans Beimler: »60 000 haben mich gewählt, wer will das wegwischen?« Sie konnten nur Schläge dagegenhalten. Zuerst warfen sie ihn in die Zelle 44 des Polizeigefängnisses, nach drei Tagen in die Zelle 13. Was war draußen? Wie erging es den Freunden, den Genossen, der Familie? Die Fragen kamen, sobald die körperlichen Schmerzen nachließen.

Am achten Tag brachten sie Hans Horn, Funktionär des Einheitsverbandes der Bauarbeiter. Er konnte nichts sagen, es brauchte auch keiner zu fragen: In den Mundwinkeln Blut, der linke Handrücken geschwollen, der Körper vom Fußgelenk bis zum Nacken eine zerschlagene Masse. Doch der Anblick Beimlers war ihm wie eine Hoffnung: »Du lebst! Und wir dachten schon . . .«

Am elften Tag brachte ein Wachposten die Nachricht von der Verhaftung Zentas, Beimlers Frau. Der Schreck ging tief: Was war mit den Kindern – der 13jährigen Rosemarie, dem 12jährigen Hans? Wer würde sich ihrer annehmen, nun, da ihnen auch noch die Mutter weggeschleppt wurde? Gewiß, er selbst hatte die Eltern ebenfalls entbehren müssen, aber auf andere Weise; damals war es die harte Arbeit des Landarbeiters und der Dienstmagd gewesen, die der Liebe zu den Kindern wenig Zeit gelassen hatte. Nun aber waren es Verfolgungen und Gefängnismauern, die die Familien geradezu zerstörten. Würden sie Zenta, die als aktive Kommunistin bekannt war, jemals wieder freilassen? Und er, mußte er nicht mit dem Schlimmsten rechnen?

Die Sorge war berechtigt. Für seine Folterknechte war Beimler nicht irgendwer. Er war einer, der nicht lange fackelte, wenn es um notwendige Entscheidungen ging. Seit dem Frühjahr 1932 hatte er als Politischer Leiter der Bezirksleitung in Südbayern mit Besonnenheit und Erfolg für die von Thälmann proklamierte Politik der Antifaschistischen Aktion gewirkt; er hatte seine Genossen dazu angehalten, alle Kräfte auf die Einheitsfront mit den sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeitern zu lenken. Und auch seine entlarvenden Worte, die er am 17. Juni 1932 im Land-

tag gesprochen hatte, waren nicht vergessen worden: »Wir sehen die nationalsozialistische Bewegung als einen Arm der Bourgeoisie, als jenen Teil der herrschenden Klasse, der den Auftrag hat, mit Hilfe des Terrors die Maßnahmen der Regierung durchzusetzen.«

Beimler beherrschte die hohe Schule der politischen Kleinarbeit bis ins Detail. Seit dem 30. Januar richtete er sein ausgeprägtes organisatorisches Talent darauf, die Parteiorganisation Südbayerns in die Illegalität zu führen. Auf einer letzten öffentlichen Versammlung, am 12. Februar in München, sprach er über die ungeheuren Gefahren, die der Hitlerfaschismus den deutschen Werktätigen brachte, rief er zum gemeinsamen Kampf für den Sturz des Naziregimes auf.

Nun war er in der Gewalt dieses Regimes. Am 25. April kamen sie mit der Aufforderung: »Handtuch abgeben, alles mitnehmen! Es geht nach Dachau!« – Nach Dachau. Schon einmal war Beimler dorthin unterwegs gewesen – 1919, in den Reihen der Roten Arbeiterwehren, zur Verteidigung der Münchner Räterepublik. Auf den Anhöhen hatte die Konterrevolution ihre MG und Kanonen in Stellung gebracht, ein Blutbad drohte. Doch den vordringenden Arbeitern war es gelungen, die Soldaten auf ihre Seite zu bringen. Die Offiziere flohen. Damals war Dachau in die Hand der bayrischen Roten Armee gefallen.

Jetzt aber lag hier, seit dem 22. März 1933, ein stacheldrahtumgrenztes »Hoheitsgebiet« der Nazis. Das erste Konzentrationslager auf deutschem Boden, mit einem einstweiligen Fassungsvermögen für 5 000 Menschen. Die politische Begründung, die der Kommissarische Polizeipräsident der Stadt München, Heinrich Himmler, für Existenz und Größe dieses Lagers gegeben hatte, trug Beimler fast wörtlich im Gedächtnis: »Wir haben diese Ausmaße ohne Rücksicht auf kleinliche Bedenken getroffen in der Überzeugung, damit zur Beruhigung der nationalen Bevölkerung und in ihrem Sinne zu handeln!« Beruhigung – das sollte heißen: »Unruhestifter« wie der Kommunistenführer Hans Beimler, Gegner der installierten Macht, sollten mit Hilfe des Lagers Dachau von der »nationalen Bevölkerung« isoliert werden.

Auf der Fahrt in das Lager hängten sie Beimler ein Plakat mit der Aufschrift vor die Brust: »Herzlich willkommen in Dachau!« Und auf dem Weg durch das Lager riefen sie den arbeitenden Häftlingen zu: »Da schaut her, euren Beimler haben wir, der euch verführt und verhetzt hat!« Auch hier, in der Isolierung, wollten sie ihn noch isolieren: moralisch – mit Vokabeln wie »verführt« und »verhetzt«, womit sie auf seine erfolgreiche Parteiarbeit in den Betrieben, im Augsburger Stadtrat, als Abgeordneter im Landtag und im Reichstag anspielten; und physisch – indem sie sogleich 14 Tage strengen Arrest über ihn verhängten.

Die Zellen der Arrestbaracke waren ehemalige Aborte; die Abflußrohre

standen noch offen. Sie brachten ihm eine Schüssel, aber nichts zu essen, gaben ihm Seife und Handtuch, aber kein Wasser. Dann schlugen sie ihn bewußtlos, um ihn für ein Angebot besonderer Art gefügig zu machen. Der SS-Mann Vogel, der für die Arrestbaracke verantwortlich war, brachte dieses Angebot in Form eines zwei Meter langen Kälberstricks: »Befestigen Sie ihn an der Wasserleitung, mit der Öse nach unten! Wenn in Zukunft wieder jemand die Zelle betritt, haben Sie eine militärische Haltung einzunehmen und zu sagen: Der Schutzgefangene Beimler meldet sich zur Stelle, und« – auf den Strick zeigend – »sollten Sie irgendwelche Zweifel bekommen, dann steht er Ihnen zur Verfügung.«

Zweifel woran? An seiner Gesinnung? Lächerlich! An seiner Kraft, seiner Fähigkeit, die physischen Torturen auszuhalten? – Das also war es! Sie spekulierten auf die Angst vor körperlichen Schmerzen. Sie prügelten aus Sadismus und Haß, um Namen, Verbindungen, Verrat zu erpressen. Die Folter sollte ihn aber auch in psychische Not treiben, sollte seine Widerstandskraft zerstören und die Bereitschaft motivieren, der Qual eigenhändig ein Ende zu machen. Auf diese Weise würden die Peiniger vor der Außenwelt nicht als die Mörder erscheinen. Sie wollten von Hans Beimler, der im Bewußtsein der Genossen als ein Beispiel der Standhaftigkeit galt, sagen können: »Seht her, nun hat er sich feige von euch weggestohlen!« Ohne darüber rechten zu wollen, ob nicht ein Übermaß an Schmerzen den Lebenswillen eines Menschen brechen könne, entschied Beimler für sich: »Ich will aushalten, mag kommen, was will!«

In der Nacht waren sie wieder bei ihm. Sechs SS-Leute, geführt von Steinbrenner, den Beimler insgeheim Mordbrenner nannte. Vier schlugen, zwei sekundierten mit Zwischenrufen: »Rot Front!« – »Heil Moskau!« – »Hoch Thälmann!« – «Es lebe die Weltrevolution!» Ähnliches geschah in den folgenden drei Tagen und Nächten – und nicht nur ihm. Er hörte, wie in einer der Nachbarzellen der ebenfalls eingelieferte Polizeimajor Hunglinger bettelte: »Geben Sie mir doch einen Revolver, ich will mich erschießen, ich kann ja die Prügelei nicht aushalten.« Hunglinger war seit 1920 NSDAP-Mitglied. Als die Nazis 1933 die Münchner Polizeiakten in ihre Hände bekamen, soll sich herausgestellt haben, daß er der politischen Polizei über die Nazipartei berichtete. Ein Revolver schien für den »Verräter« zu schade zu sein – sie gaben ihm einen Strick. Kurz darauf erhängte er sich.

Beimler war vier Tage in Dachau, da erst gaben sie ihm eine Scheibe Schwarzwurst, ein Stück Brot und eine Schüssel warmen Tee. In der Nacht krümmte er sich vor Leibschmerzen. Obwohl es sich offensichtlich um eine Folge der tagelangen Entbehrung handelte, diagnostizierte der herbeigeholte Arzt eine Blinddarmentzündung. Dr. Katz aus Nürnberg war Jude und als

solcher in »Schutzhaft« genommen; er mußte nun seine »Praxis« im Lager ausüben und wagte es vielleicht, Beimlers Lage zu erleichtern. Dieser wurde in ein Münchner Krankenhaus transportiert, wo zwei SD-Leute an seinem Bett die Wache halten mußten. Am 1. Mai kam der Befehl: »Überführung ins Zuchthaus Stadelheim!« Dort schoben sie ihn in eine Zelle für Kriminelle: »Hier habt ihr etwas. Ihr könnt den Hund totschlagen!«

Die Regie klappte nicht. Nach drei Tagen brachten sie Hans Beimler mit einem Sammeltransport nach Dachau zurück. Bestürzt entdeckte er unter den etwa 25 Mitgefangenen seine Genossen Fritz Dressel, Landtagsabgeordneter, Max Holy, Bezirkssekretär der Roten Hilfe, und Josef Hirsch, Stadtrat von München. Lagerkommandant Wäckerle stand zum »Empfang« bereit: »Beimler, mein Freund, 14 Tage strengen Arrest wegen Simulierens. Dressel, damit er keinen SS-Mann mehr anspuckt, 5 Tage. Hirsch, damit er Zeit bekommt, über seine Hetzereien im Stadtrat, gegen unsere Fraktion, nachzudenken, 3 Tage!«

So gut es ging, hatte Beimler die Genossen während der Fahrt darauf vorbereitet, was sie in Dachau erwartete. Doch Worte vermochten das Bevorstehende nur anzudeuten. Bei Hirsch fingen sie die Tortur an – von Hirsch raus – zu Beimler rein, von Beimler raus – zu Fritz Dressel. Einer war Zeuge der Qual des anderen. Am 4. Mai wurden die Fenster der Folterbaracke mit Brettern vernagelt; neben Schlägen, strengem Arrest bei Wasser und Brot – nun die Finsternis in den Zellen und die verminderte Luftzufuhr. Beimler spürte, wie die Widerstandsfähigkeit des Körpers und der Nerven nachließ. Den anderen mußte es ähnlich ergehen.

7. Mai, Sonntag, nachmittags: In der Baracke wurde es unruhig. Ein Ruf gellte durch den Flur: »Ja, wie kommt denn der zu dem Messer?« Hans Beimler verlangte, austreten zu dürfen. Vor der Zelle 4 stand ein Verbandskasten, durch den Türspalt war eine große Blutlache zu sehen – Fritz Dressel. Was war mit ihm geschehen? Ein Nürnberger Genosse, der dabeiwar, die Blutlache aufzuwischen, flüsterte: »Der Fritz hat sich aufgeschnitten. Jetzt ist er im Revier.« Ein SS-Mann trieb Beimler in seine Zelle zurück. Draußen trat eine sonderbare Ruhe ein, nicht lange, dann klang Musik auf – eine Zither, eine Gitarre, eine Harmonika. Steinbrenner und seine Kumpane begannen lauthals »Schnadahüpferl« zu singen, sie johlten, sprangen herum bis in die Nacht– ein Totentanz für ihre Opfer. »Ich muß raus hier«, dachte Beimler, »nicht nur meinetwegen. Sie müssen draußen erfahren, was hier los ist.«

Am nächsten Morgen brachten sie ihn zur Vernehmung; der Oberreichsanwalt ließ wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« untersuchen. Zurückgekommen, streifte Beimlers Blick das Fenster seiner Zelle: Hatten sie das gelockerte Brett entdeckt? Zum Prüfen blieb keine Zeit. Er wurde in die

Zelle 4 geführt und erlebte den erschütternsten Augenblick seines Lebens: Vor seinen Füßen, auf dem Steinboden, lag die zerschundene, mit dicken Beulen bedeckte Leiche seines langjährigen Kampfgefährten Fritz Dressel. Der linke Arm war ausgestreckt, quer über den Unterarm liefen drei Schnitte, das Brotmesser lag daneben. Dr. Katz hatte den Verzweifelten retten wollen, aber die SA-Sanitäter rissen den Verband wieder herunter und ließen ihr Opfer verbluten. In die eigene Zelle zurückkehrend, fand Beimler den Kommandanten Wäckerle vor: »Du mußt nicht glauben, daß du deshalb zu deinem Freund hineingekommen bist, um ihn nochmals zu sehen und von ihm Abschied zu nehmen. Du solltest bloß sehen, wie man es macht. Ich will dir was sagen: ich gebe dir bis 5 Uhr Zeit. Wenn du es bis dahin nicht erledigt hast, dann wird's von uns erledigt.«

Zeit gewinnen! Unter allen Umständen Zeit gewinnen! Also sprach Beimler: »Heute hat mein Sohn seinen 12. Geburtstag. Ich möchte nicht haben, daß mein Junge jedesmal an seinem Geburtstag daran erinnert werden soll, daß sein Vater an diesem Tag Selbstmord begangen hat.«

Sie gaben ihm eine Frist bis zum nächsten Morgen und gingen mit dem Bemerken: »Aber wir sagen dir gleich – melde dich morgen früh, wenn aufgesperrt wird, ja nicht mehr zur Stelle.« Er würde sich nicht mehr zur Stelle melden. Aber aus einem anderen Grund, als sie erwarteten.

Am frühen Morgen des 9. Mai stürmten die SS-Wachmannschaften durch das Lager, trieben die Häftlinge auf den Appellplatz, ließen abzählen – wieder und wieder. In den Baracken wurde das Unterste zuoberst gekehrt, jeder Strocksack, jedes Spind; sie krochen in die Kanalisationsschächte. Die Häftlinge gerieten in Unruhe. Was war geschehen? Eine Razzia nach illegalem Material? Oder war es eine der üblichen Filzungen, bei denen sich die SS an der kümmerlichen Habe der Häftlinge bereicherte? Trotz der Geheimhaltung sickerte endlich auf dem Appellplatz die Nachricht durch: Hans Beimler ist geflohen! Unter den politischen Häftlingen ließ sich die Freude kaum verbergen. Stundenlang wollten sie stehen, wenn sich dadurch nur der Vorsprung des Flüchtlings vergrößerte.

Wäckerle glaubte, daß Beimler noch im Lager sei. Wie sollte der geschwächte Mann unter den Augen der Bewacher alle die Hindernisse, die sie ausgetüftelt hatten, überwunden haben? Erst durch den Einsatz von Suchhunden wurde der Fluchtweg rekonstruiert: aus dem Fenster, durch die drei Drahtverhaue, über die Mauer, auf das freie Feld. – Hans Beimler war entkommen.

Erschöpft hatte er seinen geschundenen Körper für einige Augenblicke an die kühlenden Steine der Außenmauer gepreßt und fast verwundert auf die gerade überwundene Höhe von reichlich zwei Metern geblickt. Doch an Ausruhen war nicht zu denken, jetzt zählten Sekunden. Kriechend, Meter

für Meter, entfernte er sich über das freie Feld, weg vom Ort des Grauens. In der Ferne schimmerten die Lichter von Feldmoching, erstes Ziel der Flucht. Aber auch hier konnte er nicht verweilen. Der Sohn Fritz Dressels, seines in den Tod getriebenen Genossen, umfing den entkräfteten Mann, er sah die fast ungläubige Freude, in Freiheit zu sein, und durfte ihm doch keine Atempause gönnen: »Weiter, wir müssen weiter!« Noch in derselben Nacht brachte er Beimler auf dem Fahrrad nach München.

Am 10. Mai schrieb die Nazipresse: »In der Nacht vom 8. zum 9. Mai ist der bekannte Kommunistenführer, der Schlosser Johann Beimler, aus dem Konzentrationslager Dachau entwichen. Beimler trug eine braune Knickerbockerhose und braune Joppe. Er ist glatt rasiert und kurz geschoren . . . Für Mitteilungen zur Wiederergreifung des Beimler wird eine Belohnung von 1 000 Reichsmark ausgesetzt.« So lockten sie und hofften, ihre Niederlage korrigieren zu können. Denn diese Flucht war für sie nicht einfach die gelungene Verweigerung eines Mannes – sie war eine politische Ohrfeige ohnegleichen. Einer der führenden Kommunisten war ihnen entkommen! Und Hans Beimler würde nicht schweigen . . .

Niemand erkannte in dem einsamen Spaziergänger, der sich hin und wieder an den Ufern der Isar erging, den steckbrieflich Gesuchten; aber immer war auch Alfred Fuhrt, der von der Partei mit dem Schutz Beimlers beauftragte Genosse, in seiner Nähe. Häufig wechselten sie die Quartiere. Schließlich fand Beimler bei der politisch unverdächtigen Familie Mäusle eine Weile der Ruhe. Indessen lief die Fahndung auf Hochtouren: Man wollte ihn schnell wieder einfangen, denn schon kursierten Einzelheiten über die Vorgänge in Dachau unter der Bevölkerung. Am 13. Mai schrieben die Münchner »Neuesten Nachrichten«: »Es ist nicht wahrscheinlich, daß Beimler über die Grenze entkommen ist, da alle Grenzstationen von seiner Flucht benachrichtigt sind.«

Doch auch darin überschätzten sich seine Häscher. Nach sechs Wochen wurde Hans Beimler von Genossen über die Grenze geschleust. Sie brachten ihn in die Sowjetunion, wo er auf der Krim Heilung und Erholung fand.

Nun lagen viele Hunderte von Kilometern zwischen ihm und Dachau. Doch Beimlers Denken kehrte beharrlich ins Lager zurück. Nur keine Einzelheit aus dem Gedächtnis verlieren! Aus konspirativen Gründen mußte er genaue Angaben über seinen Fluchtweg verschweigen – einer Münchner Genossin gegenüber machte er lediglich die Bemerkung: Ohne Hilfe von außen, ohne die Hilfe der Partei, hätte er die Freiheit niemals erlangen können. Viel wesentlicher war für Beimler, daß die Welt jetzt erfahren mußte, was in Dachau geschah. Schwarz auf weiß sollte sie Kenntnis von jenen Konzentrationslagern erhalten, die für die Nazis keine Episode, sondern ein Programm waren. In Moskau schrieb Beimler seine Erfahrungen nieder, noch

im August 1933 erschien sein Bericht: »Im Mörderlager Dachau«. Was da über Folter und menschliches Leid zu lesen war, sollte nicht zu Tränen rühren, sondern Widerstand entfachen: »Es gilt, die Werktätigen und Ausgebeuteten der ganzen Welt, es gilt, vor allem das deutsche werktätige Volk selbst, gegen dieses Mordsystem aufzurufen, es gilt in erster Linie, die ganze Arbeiterklasse Deutschlands zum entschlossenen und mutigen Kampf gegen den Faschismus und für die Freilassung aller politischen Gefangenen zu mobilisieren.« Beimlers Schrift war der erste authentische Bericht über die Zustände in einem deutschen Konzentrationslager. Sie durchbrach die Mauer des Schweigens und der Unkenntnis.

Diese Broschüre – gedruckt von der Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR – ging von Hand zu Hand. Sie wurde in der Auslandspresse nachgedruckt, als dokumentarisches Material im Braunbuch über den Nazi-Terror (Paris 1933) verwertet. Sie warb auf schmerzhaft-eindringliche Weise für die Beimlersche Aufforderung: »Einigkeit macht stark!«

Hans Beimler, dem es niemals nur um seine persönliche Freiheit gegangen war, lebte diesen Grundsatz – und er starb dafür. Sein antifaschistischer Weg führte ihn über Prag, Zürich, Paris nach Madrid an die Seite des kämpfenden Spaniens.

Am 1. Dezember 1936 traf ihn die feindliche Kugel. An seinem Grab sagte die Pasionaria: »Dieser Tod ist kein nutzloser Tod. Salut Hans Beimler, no pasaran – sie werden nicht durchkommen!«



John Schehr

Eine Not, ein Feind, ein Kampf!

Wem mag schon der korrekt gekleidete Mann aufgefallen sein, der oft bei Anbruch der Dunkelheit durch Berliner Straßen ging, um in diesem oder jenem Hauseingang zu verschwinden. Viele tausend andere gingen solche Wege. Nur wer genau beobachtete, mochte vielleicht erkennen, daß da in beträchtlichem Abstand, nicht selten auf der anderen Straßenseite, Begleiter waren, Genossen, die Treffs sicherten; denn der 37jährige John Schehr wurde steckbrieflich von der Gestapo gesucht.

Schehr hatte nach der Verhaftung Ernst Thälmanns die Leitung der KPD übernommen. Er war der Jüngste im Kollektiv der Parteileitung, als ihm diese verantwortungsvolle Funktion übertragen wurde. Eine Massenpartei mit über 300 000 Mitgliedern mußte in die Illegalität, in die konspirative

Arbeit geführt werden. Und Eile tat not! Aber die Gebote der Sicherheit durften dabei nicht verletzt werden. Die Partei hatte eine Reihe von Vorkehrungen getroffen: Technische Apparaturen zur Anfertigung von Flugschriften und Zeitungen wurden versteckt, Ausweichquartiere für gefährdete Funktionäre und Mitglieder besorgt. Entlang der deutsch-tschechoslowakischen Grenze entstanden Stützpunkte, über die Informations- und Propagandamaterial aus dem Ausland in das Reich eingeschleust werden konnten. Die wichtigsten Dokumente wurden in Sicherheit gebracht.

Die Partei lebte und kämpfte – das spürten die Genossen, das bemerkten aber auch die Träger des Naziregimes. Bei den Wahlen am 5. März gewann die KPD fast fünf Millionen Stimmen und 81 Sitze im Reichstag. Ernst Thälmann wie auch John Schehr erhielten erneut das Reichstagsmandat, nur wahrnehmen konnten sie und ihre Genossen es nicht mehr. Thälmann war verhaftet worden. John Schehr mußte untertauchen. Am 9. März ließ Hitler die Reichstagsmandate der KPD annullieren.

Jonny, wie ihn seine Freunde nannten, hatte den Braunhemden oftmals die Stirn geboten. Nun, wenn er durch die nächtlichen Straßen Berlins zu den vereinbarten Treffs eilte, verbarg er sein bekanntes Gesicht. Von der Polizei gesucht, der Gestapo verfolgt, der SA gehetzt, gelang es ihm und seinen Genossen dennoch, die Fäden der Partei neu zu knüpfen, den Widerstand gegen die Barbarei zu organisieren.

Schehr konzentrierte sich darauf, beschleunigt die Maßnahmen zu verwirklichen, die er seit Januar 1932 zusammen mit Hans Kippenberg und Walter Ulbricht in einer Kommission des ZK zur Sicherung der Parteiarbeit unter illegalen Bedingungen vorbereitet hatte. Am 20. März trat das Politbüro zusammen. Es war die erste Beratung ohne Ernst Thälmann. Jonny referierte über die politische Lage und die Aufgaben der Partei. Das Sekretariat wurde beauftragt, in einem Brief an die Mitglieder »besonders die neuen Aufgaben der Einheitsfrontpolitik und der innergewerkschaftlichen Arbeit wie die Notwendigkeit einer eisernen Kampfdisziplin hervorzuheben«.

Im Parteiaufbau und Parteileben mußten rasch einschneidende Veränderungen vorgenommen werden, neue Methoden der Verbindung des ZK mit den Bezirksleitungen, Unterbezirken, den Betriebs- und Straßenzellen waren vonnöten, die Grundorganisationen wurden in Gruppen von 3 bis 5 Genossen umgebildet, Zeitungen und Flugblätter mußten illegal hergestellt und verbreitet, Regeln der konspirativen Arbeit festgelegt, ein Kuriersystem aufgebaut werden. Oberstes Gebot – so verlangte John Schehr – war die revolutionäre Massenarbeit. Dabei schenkte er besonders der Parteiarbeit in den Großbetrieben seine Aufmerksamkeit. Im Arbeitsprogramm der Parteiführung vom Juni hieß es: »Unser Kurs auf die Gewinnung der Mehrheit

des Proletariats setzt voraus, daß die Betriebszellen zum politischen Zentrum der Parteiarbeit gemacht werden, die politische Agitation und Kampforganisierung in die Betriebe getragen wird, um die Zellen zur größten Initiative in . . . unserer revolutionären Einheitsfrontpolitik zu bewegen.«

Am 15. Juni wandte sich das Zentralkomitee an alle sozialdemokratischen Arbeiter und schlug für gemeinsames Handeln fünf Kampfforderungen vor:

1. sofortige Hilfe für alle antifaschistischen Gefangenen,
2. Organisierung von Streiks gegen die Lohnräuber und Preistreiber,
3. Massenkampf gegen Unterstützungsraub und Arbeitsdienstpflicht,
4. Bekämpfung des drohenden imperialistischen Krieges, der chauvinistischen Kriegshetze der Faschisten, der Militarisierung und Aufrüstung,
5. aktive Verteidigung der Sowjetunion gegen die Interventionstreibereien der Imperialisten und besonders der Hitlerfaschisten.

Diese Aufgaben, so betonte das von John Schehr geleitete Führungskollektiv der KPD, seien keine Parteiforderungen, sondern Klassenforderungen des deutschen Proletariats, Lebensfragen der Arbeiterklasse.

Schehr orientierte auf eine breite antifaschistische Front. Mehrfach gab er Mitarbeitern spezielle Aufträge, Material für konkrete Argumentationen zusammenzustellen. Ein entsprechender Fragenkatalog lautete:

– Wie wirkt die faschistische Mittelstandspolitik sich aus?
– Welche Maßnahmen schlägst Du vor, mit denen die Partei . . . die faschistische Demagogie durchkreuzt, den Mittelstand an den proletarischen Klassenkampf heranführt (neutralisiert)?
– Bei welchen Kreisen anfangen – in welcher Form usw.?

Ähnliche Aufträge erteilte Jonny zur Angestellten- und Beamtenarbeit sowie zur Agrarpolitik.

Franz Dahlem, ein bewährter Mitstreiter, schrieb: »In dieser schweren Periode hat John Schehr seine Meisterschaft als kluger politischer Führer und hervorragender Organisator bewiesen.« Sogar das zentrale Parteiorgan, die »Rote Fahne«, erschien wieder und rief aus dem Untergrund: »Hitler führt Deutschland in die Katastrophe. Der Feind steht im eigenen Land!« In ihrer Juni-Ausgabe charakterisierte sie das Hitler-Kabinett als eine »Henkerregierung«, die einen blutigen Bürgerkrieg gegen alle Schichten des Volkes führte und jede freiheitliche Regung ersticken wollte.

Die Wut der Berliner Gestapo-Zentrale in der Prinz-Albrecht-Straße war groß, als am 23. Juni ein roter Flugblattregen über dem Alexanderplatz niederging. Göring, dem die Gestapo unterstand, rächte sich dafür auf heimtückische Art, indem er verlangte, in Altona, John Schehrs Heimatstadt, am 1. August vier Arbeiter vom Leben zum Tode zu befördern. August Lütgens, Walter Möller, Bruno Tesch und Karl Wolff hatten am 17. Juli 1932 an der Seite der gemeinsam kämpfenden sozialdemokratischen und

kommunistischen Arbeiter die Ehre des roten Altona gegen die Mörderbanden der SA und der Polizei verteidigt. Jetzt befahl Göring nicht nur ihre Hinrichtung, er ließ auch 75 gefangene Antifaschisten zwingen, dem Henker zuzusehen. Die vier starben, wie sie gelebt hatten, tapfer, dem Feind keine Schwäche zeigend. Nach diesem Mord gingen in Altona etwa 60 Frauen auf die Straße und rissen den SA-Leuten, die ihren Weg kreuzten, die Schulterklappen herunter. Die Genossen trauerten. Mancher erinnerte sich an die Worte, die John Schehr gegen Jahresende 1932 ausgesprochen hatte: »Eine Not, ein Feind, ein Kampf! Und wenn die Arbeiter Deutschlands auf dem Wege zu ihrer Freiheit ein Meer von Not, Verzweiflung und faschistischem Terror durchwaten müssen, so tragen sie doch das stolze Bewußtsein: unsere Opfer sind nicht umsonst!«

Wie unsagbar hart dieser Kampf ausgefochten werden mußte, geht schon daraus hervor, daß bis zum Juni 1933 von den 22 Bezirksleitungen der KPD insgesamt 17 aufgelöst und die Genossen verhaftet waren. Andere Kämpfer traten an ihre Stelle, immer wieder wurden die organisatorischen Fäden neu geknüpft. Am 18. August schrieb Schehr an die KPD-Vertretung beim EKKI. Ausführlich berichtete er über die geleistete Parteiarbeit. Das Hitlerregime habe der KPD den Vernichtungskrieg angesagt und führe ihn mit barbarischen Mitteln. Doch sei es gelungen, »die Partei, das kostbarste Gut der Arbeiterklasse, zu sichern und ihre Reihen fester zusammenzuschließen . . . Wir wissen, wie sehr uns Genosse Thälmann fehlt, und wir haben uns geschworen, ihn durch doppelte Härte und gemeinsame Kritik in unserer gemeinsamen Arbeit zu ersetzen.«

Die Illegalität hatte ihre eigenen Gesetze – und es war die Grausamkeit der faschistischen Diktatur, die ihre Beachtung unbedingt erforderlich machte. Jonny, dieser Arbeiter von der Waterkant, lebte und kämpfte unter diesen Gesetzen, erklärte sie den Genossen. Es waren erbarmungslose Gesetze, die die Dunkelheit als Verbündeten erforderten – und heimliche Treffpunkte statt der bekannten Parteilokale, wechselnde Quartiere statt der vertrauten Wohnungen. Es waren andere Zeiten als die, in denen Jonny mit seinem offenen, klugen Gesicht vor Tausenden in vollen Sälen gesprochen, seine tiefe, wohltönende Stimme die Massen erreicht hatte. Aber wenn die Umstände auch andere waren, seinen politischen Grundsätzen blieb er treu. »John Schehr vertrat die einfache Wahrheit«, so schrieb Albert Norden über ihn. »Ob es jemand ehrlich meint mit dem Sozialismus, mit der Emanzipation der Arbeiterklasse, zeigt sich in der Antwort auf die Frage: Wie stehst Du zur Sowjetunion?« Die Antwort war für Schehr stets der Prüfstein für die Treue zum Sozialismus und zum Proletariat. Darin stimmte er mit Thälmann überein, den er achtungsvoll und vertraut den »Alten« nannte, seinen Freund und Lehrer, dem er viele Jahre lang verbunden war.

Es gibt nicht mehr viele persönliche Zeugnisse über Jonny, der manchmal auch als »Johni« seine Ansichtskarten an die Freunde unterschrieb. Soviel ist aber aus seinem Leben bekannt: Am 9. Februar 1896 als Sohn eines Arbeiters in Altona geboren, erlernte er den Beruf eines Schlossers. 1913 trat er der Gewerkschaft bei, und 1914 wurde er Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Von der Politik ihrer Führung im ersten Weltkrieg und in der Novemberrevolution enttäuscht, schloß er sich 1919 der KPD an. Seine ersten Verdienste erwarb sich John Schehr bei Organisationsaufbau und Arbeiterkämpfen im Hamburg-Altona, wovon folgende Episode überliefert ist: Im Frühjahr 1921, als die Reaktion in Mitteldeutschland gegen die revolutionären Arbeiter wütete, organisierten Thälmann und Jonny in Hamburg Solidaritätsaktionen. Am 23. März gingen die Werftarbeiter auf die Straße, und die Polizei ließ Panzerwagen gegen sie auffahren. Wie Rudolf Lindau berichtete, konnten jeden Augenblick die Maschinengewehre das Feuer eröffnen: »Aus dem Turm des nächsten Panzerwagens reckte sich ein junger Polizeileutnant bis zur Brusthöhe hinaus und schrie aus Leibeskräften, so daß ihm das Blut ins Gesicht stieg. Ernst Thälmann sagte in seiner gelassenen Art zu dem in der Nähe stehenden John Schehr: ›Warum schreet de so, Jonny?‹ John wandte halb den Kopf und gab zurück: ›De hat Angst!‹ Ernst Thälmann lachte kurz auf: ›Genau!‹«

Dieser kaltblütige Schehr war ein leidenschaftlicher Parteifunktionär, er arbeitete aber viele Jahre zugleich in seinem Beruf als Schlosser. Manchmal konnte man ihn auch als Lastträger im Hamburger Hafen bei den Schauerleuten finden. Dann wiederum kamen Zeiten, da er in Hannover als Funktionär für die Partei bei Tag und Nacht unterwegs war. Er schonte seine Kräfte nie. Auf dem X. Parteitag der KPD im Jahre 1925, auch 1927 auf dem XI. und 1929 auf dem XII. Parteitag, wurde er in das Zentralkomitee gewählt. Seine Freunde schätzten ihn als begabt und mutig. Daß er auch arm und bescheiden war, bezeugt, um wieviel anders ein solcher Arbeiterfunktionär als die Nazibonzen lebte. Eine Genossin, die als Sekretärin im Parteibüro arbeitete, erinnert sich, daß Jonny gern starken Kaffee trank. Dafür gab er selbst seinen letzten Groschen aus. Nachdem sie wieder einmal Kaffee gebrüht hatte und John gedankenverloren über seiner Arbeit saß, meinte er: Nimm Dir das Geld aus meiner Jackentasche, dort steckt das Portemonnaie. Die Genossin öffnete die Börse, fand aber nicht einen Pfennig, sondern einen goldenen Trauring. Jonny hatte es bemerkt: »Das ist alles, was ich von meiner Mutter habe!«

Schehr reifte politisch in den Klassenkämpfen seiner Zeit. Auf den Parteitagen und Beratungen des Zentralkomitees trat er mit schlichter, einprägsamer Rhetorik gegen sektiererische und opportunistische Abweichungen auf – er half, die Thälmannsche Linie durchzusetzen. Vor allem verstand er es,

die Arbeiter anzusprechen, den Kommunisten, Sozialdemokraten und Parteilosen die Politik zu erläutern. Auf dem Märzplenum des Zentralkomitees der KPD 1930 sagte er: »Es hat keinen Sinn, nur unsere grundsätzlichen Fragen immer wieder in Referaten abzuhandeln, sondern es kommt darauf an, unsere Genossen an die Hand zu nehmen, den Arbeitern zu sagen, wie sie eine Betriebsversammlung organisieren, wie sie mit sozialdemokratischen Arbeitern diskutieren sollen und auch selbst mit in die Wohnung des sozialdemokratischen Arbeiters zu gehen und mit ihm zu sprechen.«

Was John Schehr den Genossen empfahl, lebte er ihnen vor. Deshalb hatte er ihr Vertrauen. »Wir gehen zu Jonny«, sagten die jungen Parteimitglieder, wenn sie Rat und Hilfe brauchten. 1926, mit 30 Jahren, war er Organisationsleiter der KPD-Bezirksleitung Wasserkante, 1930 bis Anfang 1932 Politischer Leiter der Bezirksleitung Niedersachsen. In seinen Funktionen rang Schehr vor allem um die antifaschistische Einheitsfront – so beispielsweise auch im Oktober 1931 in Braunschweig. Die Faschisten hatten die Arbeiterviertel überfallen, die Büros der KPD demoliert und zwei Arbeiter ermordet. Sozialdemokraten, Kommunisten und parteilose Arbeiter wehrten sich unter der Losung: »Rote Einheitsfront gegen Mordfaschismus!« Jonny organisierte die Protestbewegung, und 30 000 nahmen an der Beerdigung der gemeuchelten Arbeiter teil. Als er im Krematorium der Stadt an ihren Särgen sprach, versuchte die Schutzpolizei einzudringen, doch sie blieb machtlos gegenüber der unübersehbaren Menge. Die »Rote Fahne« nannte diese gemeinsame antifaschistische Aktion in Braunschweig ein Beispiel für ganz Deutschland – und Jonny gewann durch sie große Popularität. Im April 1932 wurde er in den Preußischen Landtag und im Juli des gleichen Jahres in den Reichstag gewählt. Seine parlamentarischen Erfahrungen hatte er zuvor als Stadtverordneter der KPD in Altona gesammelt. Ende Mai 1932 wurde er Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der Partei. In dieser Funktion beteiligte er sich am 8. Juli 1932 an dem Gespräch, das Thälmann mit sozialdemokratischen Arbeitern führte. Jonny hielt das Schlußwort: »Daß wir in diesem Rahmen zusammengekommen sind, ist ein Ausdruck dafür, wie stark der Einheitswille in den Reihen der Arbeiterklasse geworden ist, wirklich die große proletarische Einheit zum Kampfe gegen den gemeinsamen Gegner herzustellen . . . Man darf im Klassenkampf keine Frage verschleiern, keine Frage verwässern. Man darf im Klassenkampf niemals die Wahrheit gegenüber seinen eigenen Klassengenossen verschweigen. Uns trennt nicht das Mitgliedsbuch! Wir stellen nicht die Frage, daß ihr morgen Mitglied der Kommunistischen Partei werden sollt, wir wünschen das zwar, aber uns brennt eine andere Frage viel ernster: Wie schaffen wir die gemeinsame Kampffront aller Arbeiter, ganz gleich, wo organisiert, ganz gleich, welcher Weltanschauung, um gemeinsam die

Millionenfront gegen Faschismus und Kapitalismus aufzurichten?« John Schehr oblag als Sekretariatsmitglied die Anleitung des Kampfbundes gegen den Faschismus, einer zwei Jahre zuvor geschaffenen Massenorganisation, der er höchste Aufmerksamkeit schenkte.

Wie könnte man diesen Mann, diesen unermüdlichen Agitator der Einheitsfront, ausschalten? – darüber brüteten höhere Beamte der Politischen Polizei. Schließlich brachen sie Schehrs Immunität, indem sie den Reichstagsabgeordneten verhaften ließen und ihn des Verrats militärischer Geheimnisse bezichtigten. Was folgte, war eine Justizkomödie. Die Polizei konnte die Beweise für eine Anklage, die der Oberreichsanwalt Werner erheben wollte, nicht vorlegen. Auf der Straße protestierten die Arbeiter gegen den Willkürakt, Jonny mußte aus der Haft entlassen werden. Als wenige Wochen später die Faschisten die Macht ergriffen, schien der Oberreichsanwalt sich den Nazis anbiedern zu wollen – er stellte erneut den Antrag zur Strafverfolgung des Schlossers John Schehr.

Den Bürgerlichen der Weimarer Republik ein Unbequemer, galt Jonny den Nazis als Todfeind. Während er die Fäden der Partei in der Illegalität neu knüpfte, bot Göring ein ganzes Heer von Polizisten, Spitzeln, Gestapo-Beamten und SA-Banden auf. Sie sollten unter allen Umständen des Mannes habhaft werden, der ihrem zerstörerischen Werk so erfolgreich entgegenarbeitete.

»Geheime Staatspolizei. Mitteilung Nr. 4 – stets unter Verschluß zu halten!« Unter dieser Rubrik ist zu lesen: »In der illegalen Arbeit in Deutschland machten sich Ende Mai 1933 die ersten Ansätze eines Wiederaufbaus bemerkbar, die in den darauffolgenden Monaten immer stärker in Erscheinung traten. Im Oktober 1933 waren sämtliche in der legalen Zeit bestehenden Partei- und Nebenorganisationen neu aufgezogen und begannen ihre Tätigkeit. Sie standen untereinander in guter Verbindung und waren fest in den Händen der Leitung.«

Sogar im Ausland suchten sie nach Jonny, wie die tschechische Polizeiliste Nr. 19 nachweist. Lange fahndeten sie vergebens. Erst am 9. November 1933 konnten sie ihn beim Treff in einer Berliner Wohnung verhaften. Aus den Akten des Reichssicherheitshauptamtes, Abteilung IV, geht hervor, daß der frühere Reichstagsabgeordnete bei »einer schlagartig einsetzenden Aktion« in der Großbeerenstraße festgenommen wurde.

Einen Tag nach Schehrs Inhaftierung meldete die Gestapo dem Untersuchungsrichter: »Der Verhaftete ist zur Zeit nicht vernehmungsfähig.« Welchen bestialischen Torturen war er in diesen Stunden ausgesetzt? An seine Zellentür im Columbia-Haus, dem Vernehmungs-KZ des Gestapo-Hauptquartiers am Tempelhofer Flugplatz, malten die Folterknechte drei weiße Kreuze – das hieß: kommunistischer Spitzenfunktionär, Todeskandidat. Es

war die Zelle Nr. 84. So sehr die Folterknechte ihn auch quälten, Jonny blieb standhaft. Bei einem der zahllosen Verhöre sagte er: »Ich erkläre, daß ich über die Tätigkeit der Organisationen der Kommunistischen Partei Deutschlands, über meine politische Arbeit, über die meiner Mitarbeiter keine Aussage zu machen habe. Mein Leben diente der Arbeiterklasse, dem Frieden, der Demokratie und dem Sozialismus. Ich bin und bleibe ein Feind des Faschismus.«

Es gibt Augenzeugen, die berichteten, daß ihn die SS-Bestien zwingen wollten, eine Lobrede auf Hitler zu halten. Als er sich weigerte, ließen sie ihn im Korridor des Columbia-Hauses Spießruten laufen, bis er bewußtlos zusammenbrach. Eines Nachts holten sie den Gefangenen in die Wachstube, wo sie einen Eisenofen zum Glühen gebracht hatten. Sie drohten ihm, er werde den Raum nicht lebend verlassen, falls er nicht Angaben über Namen, Adressen und Aufenthalt verschiedener kommunistischer Funktionäre mache. John Schehr gab keine Antwort. Mit dem Kolben ihrer Karabiner drückten sie ihn an den glühenden Ofen. Er schrie vor Schmerzen, verriet aber nichts. Sie mußten den Ohnmächtigen in seine Zelle zurückschleppen.

In einem Bericht von François Hoffmann, der selbst eine Zeitlang Gefangener der Gestapo war, stehen die Sätze: »Auf alle Fragen seiner Peiniger gab John Schehr keine Antwort, oder er sagte: Ich weiß nicht! Er klagte nicht, war immer gefaßt und eisern ruhig, obwohl er das Los, das seiner harrte, nur zu gut kannte. Als Menschen habe ich keinen stärkeren Charakter . . . kennengelernt. Vor diesem Manne habe ich abgrundtiefe Ehrfurcht.«

Gestapo-Beamte und SS-Folterknechte konnten den Kommunisten Schehr nicht brechen. In ihrer Ohnmacht beschlossen sie, ihn physisch vollends auszulöschen. Wo mögen sie ihn und seine Genossen ermordet haben? Am Abend des 1. Februar 1934 wurden John Schehr, Eugen Schönhaar, Rudolf Schwarz und Erich Steinfurth auf den Hof der Gestapo-Zentrale Prinz-Albrecht-Straße befohlen; wie Hans Jendretzky, damals dort auch Gefangener, später berichtete, sind die vier Genossen mit einem bereitstehenden Fahrzeug abtransportiert worden. In dem wöchentlichen Gestapo-Bericht an den Ministerpräsidenten heißt es über die angebliche Flucht von vier Kommunistenführern in der Nacht vom 1. zum 2. Februar 1934: »Auf dem Transport sprangen sie beim Passieren des sogenannten Kilometerberges aus dem Kraftwagen und versuchten im angrenzenden Waldgelände zu entkommen. Die Polizeibeamten nahmen sofort die Verfolgung auf. Als sie auf mehrmalige Halt-Rufe nicht standen, ihrerseits vielmehr mit Gewalt vorzugehen versuchten, feuerten diese in ihrer Bedrängnis aus den Dienstwaffen. Die Kommunisten sanken getroffen zu Boden und verstarben kurze Zeit darauf.«

In Wahrheit war es ein feiger und geplanter Mord. Die Faschisten unternahmen alles, um die Spuren ihres Verbrechens zu verwischen. Jonny überdauerte in der Erinnerung seiner Genossen. Wilhelm Pieck sagte von ihm: Er war »vorsichtig abwägend, wenn es galt, Direktiven für den Kampf auszuarbeiten, und feurig vorwärtsstrebend, wenn es darauf ankam, die Massen zu begeistern und mitzureißen!« Wesentlich sein Verdienst war es, wenn auf der XIII. Tagung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale festgestellt werden konnte: »Es ist in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung einzig dastehend, daß es einer Partei von 300 000 Mitgliedern . . . gelungen ist, die Organisaton als Massenorganisation in die Illegalität zu überführen.«



Fritz Große

Jugend im Widerstand

Gedächtnisprotokoll, August 1933: »Ich hatte mit der Partei vereinbart, eine Konferenz des Jugend-ZK einzuberufen. Es war notwendig, nach mehr als einem halben Jahr Illegalität Bilanz zu ziehen und über die zukünftigen Aufgaben zu beraten. Anfang August sollte sie stattfinden. In diesen Tagen sollte ein großer Nazirummel abrollen, nämlich die Richard-Wagner-Festspiele in Bayreuth, für die schon lange die Werbetrommel gerührt wurde. So kam ich auf den Gedanken, unserer geplanten Beratung den Namen Bayreuther-Konferenz zu geben, obwohl sie natürlich im Ausland stattfinden mußte. Wir einigten uns auf Amsterdam. Lea und ich fuhren voraus, um die Vorbereitungen zu übernehmen . . .« Fritz Große, Vorsitzender des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands (KJVD), und seine Frau

Lea gelangten mit falschen Pässen, er auf den Namen Julius Blau, sie als Medizinstudentin Maria Nagler, über die Grenze nach Holland. Mit der Hilfe von holländischen Genossen organisierten sie Quartiere für etwa 40 Illegale aus Nazi-Deutschland und Räumlichkeiten für ihre heimlichen Zusammenkünfte.

In einer kleinen Gaststätte eröffnete Fritz Große, der neunundzwanzigjährige Verbandsvorsitzende, am 1. August die erste Plenartagung der verbotenen Organisation. Aus Paris war Wilhelm Florin gekommen, der für die Jugendarbeit verantwortliche Genosse der Leitung der KPD. Sein Referat löste Spannung aus, manches war vertraut, anderes aber so akzentuiert, daß bei vielen die Hand zum Bleistift zuckte, um die grundlegenden Ideen in Notizen festzuhalten. Doch Fritz Große hatte dieses aus Sicherheitsgründen streng untersagt. Erst später konnte er selbst über die Hauptgedanken Wilhelm Florins schreiben: »Das Hitler-Regime kann nur durch die vereinte Kraft aller Antifaschisten gestürzt werden. In diesem Sinne müsse der KJVD seine Arbeit leisten. In den nazistischen Organisationen, dem Arbeitsdienst, ja sogar der Hitlerjugend müßten Zellen gebildet werden. Besondere Bedeutung komme der Einflußnahme auf die christlichen Jugendverbände zu, die auf Grund des zwischen der Hitler-Regierung und dem Vatikan geschlossenen Konkordats als einzige legale Jugendverbände neben der Hitlerjugend noch bestehen.«

Die Funktionäre des Jugendverbandes, die da saßen und hörten, was künftig zu tun sei, konnten die Elle der eigenen Erfahrungen anlegen. In den vergangenen sechs Monaten hatten sie bei dem Versuch illegaler Zusammenarbeit die unterschiedlichsten Resultate und Einsichten gewonnen: Zögern, Angst, feindliche Zurückweisung, aber auch latentes Entgegenkommen oder gar Bereitschaft – alle diese Reaktionsweisen waren ihnen bei möglichen Bündnispartnern begegnet. Jeder der 40 hätte sofort seine eigenen Erfahrungen ausbreiten können und sollte es im Laufe der Beratung auch noch tun, aber zuerst hörten sie Florins konzeptionelle Eröffnung, sodann den Bericht ihres Verbandsvorsitzenden. Fritz Große sprach ausführlich über den staatlich organisierten Arbeitsdienst, der die junge Generation in das faschistische System hineinzwang: Bis zum Juli 1933 waren dies rund 262 000 männliche Jugendliche in den Arbeitsdienstlagern und 140 000 Mädchen in der »Landhilfe«. »Der KJVD lehnt ausdrücklich die Arbeitsdienstpflicht wie jede Form der Militarisierung im Dienste des Kapitals ab . . . Der ›große Sieg in der Arbeitsschlacht‹ ist ein ungeheurer Betrug. Unentgeltliche Erntearbeit bei Junkern, Kanalisierungsarbeit für Lohnsätze unter der Arbeitslosenunterstützung, Kommandierung in den Arbeitsdienst – so wird Arbeitslosigkeit besiegt!« Trotz ihrer ablehnenden Haltung waren Jungkommunisten in den Arbeitsdienst eingetreten und hatten in einigen

Lagern antifaschistische Gruppen organisiert, die Aktionen für bessere Verpflegung und Unterkünfte durchführten. Im Arbeitsdienstlager von Mödlen-Saarlow beispielsweise bildeten 200 Dienstverpflichtete ein Komitee, dem ein Jungkommunist und je ein Mitglied der sozialdemokratischen Arbeiterjugend und der Hitlerjugend angehörten. In einem Lager bei Stettin wurde wegen schlechter Verpflegung gestreikt. Nach Berichten, die dem Zentralkomitee des KJVD vorlagen, war es in den ersten sechs Monaten der Nazidiktatur zu 260 Streiks in Arbeitsdienstlagern gekommen. Die Nazibehörden sahen sich auf Grund dieses Widerstandes gezwungen, mehrere Lager im Rheinland, im Gebiet um Hannover und in der Mark Brandenburg aufzulösen.

Wie er derart berichtete, analysierte und argumentierte, war Fritz Große für seine Freunde der feinnervige, kluge, zuverlässige Genosse, als den ihn die meisten schon lange kannten. Da war keiner, der nicht gewußt hätte, daß dieser junge Mann, kaum sechzehnjährig, buchstäblich den Weg zur Revolution nach Sowjetrußland gegangen war, um in den Reihen der legendären Reiterarmee Budjonnys zu kämpfen. Seit seinem 23. Lebensjahr führte der Zimmermannssohn das angespannte Leben eines Berufsrevolutionärs, er war 1929 zum Mitglied des ZK der KPD und 1932 auf Vorschlag Ernst Thälmanns von seinen Jugendgenossen zum Vorsitzenden des KJVD gewählt worden.

Sie vertrauten ihm, der nunmehr in seinem Bericht auf die notwendige Zusammenarbeit mit der sozialistischen Arbeiterjugend zu sprechen kam: Obwohl der SPD-Parteivorstand seiner Jugendorganisation, der SAJ, jedes Zusammengehen mit den Jungkommunisten streng untersagt hatte, gab es in verschiedenen Bezirks- und Ortsorganisationen gute Ansätze eines gemeinsamen Vorgehens. Denn gar mancher junge Sozialdemokrat bezweifelte die Richtigkeit der Losungen des Parteivorstandes, der Ruhe, Besonnenheit und Geduld verlangte, »bis Hitler sich abgewirtschaftet« habe.

Für Fritz Große war sozialdemokratische Politik rechter Prägung nichts Neues. Nur zu gut erinnerte er sich, wie sehr sein Vater, ein alter Sozialdemokrat, am Verrat der Parteiführung gelitten hatte, als sie die Organisation der Arbeiterklasse während des Weltkrieges zur kaiserlichen Kriegspartei umfunktionierte. Jetzt aber konnte er auf Beispiele verweisen, die hoffen ließen: Im Berliner AEG Kabelwerk hatten Jungkommunisten mit Jugendlichen der SAJ ein Einheitsfrontkomitee gebildet, das antifaschistische Flugblätter und illegale Betriebszeitungen verbreitete; darin wurden die sozialen Belange der Jugend verteidigt und die Kriegsabsichten des Naziregimes entlarvt. Im Unterbezirk Gelsenkirchen hatte der KJVD gemeinsam mit Vertretern der SAJ und mit christlichen Jungarbeitern ein antifaschistisches Flugblatt verteilt, das den 1. August, den Tag des vor 19 Jahren be-

gonnenen Weltkrieges, zum Antikriegstag erklärte. Die illegale Zeitung des Verbandes, die »Junge Garde«, konnte vermelden: »In einer bedeutenden Stadt Süddeutschlands haben sich drei SAJ-Gruppen mit 60 Mitgliedern mit dem KJVD vereinigt. Die SAJ-Genossen haben sich mit uns auf der Linie des gemeinsamen Kampfes gegen den Faschismus, für die Verteidigung der Lebensinteressen der werktätigen Jugend, zusammengeschlossen.« Das war eine Meldung von vielen. Große berichtete über die Tätigkeit der Organisation unter den Jungarbeitern der Großbetriebe, so in den Essener Krupp-Werken und der August-Thyssen-Hütte. – Ein dritter und wichtiger Akzent seines Berichtes unterstützte die schon von Wilhelm Florin vertretene Notwendigkeit, auch mit den christlichen Jugendverbänden zusammenzuarbeiten.

In der Frühe des nächsten Tages bestiegen die Illegalen ganz unauffällig einen Motorkutter, der sonst Gemüse verfrachtete, diesmal aber mit seiner ungewöhnlichen Ladung durch die Amsterdamer Grachten fuhr, bis er in einer stillen Bucht außerhalb der Stadt vor Anker ging. Hier begann die leidenschaftliche Diskussion, die prinzipielle Entscheidungen über die künftige antifaschistische Jugendarbeit in Nazideutschland hervorbringen sollte, wobei die Zusammenarbeit mit dem Katholischen Jugendverband (KJMVD), der mit einer Million Mitgliedern die zahlenmäßig stärkste und noch legal arbeitende Jugendorganisation war, einen erstrangigen Punkt der Debatte bildete. Die katholische Jugend hegte eine auffallende, wenngleich meist nur gefühlsbetonte Abneigung gegen die Nazidiktatur, so daß die Formierung der Hitlerjugend (HJ) im Rheinland und im Ruhrgebiet wegen der starken Organisiertheit und des Widerstandes junger Katholiken nur sehr langsam vorankam. In Ausflugsorten und Jugendherbergen, so wurde berichtet, sei es gegen die auftrumpfenden HJ-Streifen zu harten Auseinandersetzungen gekommen, bei denen die Katholiken keine geringere Schlagfertigkeit als die Jungkommunisten bewiesen hätten. Doch wurden auch Bedenken geäußert, daß es nicht leicht sein werde, die Linie der Zusammenarbeit mit jungen Christen praktisch durchzusetzen. Da war jenes Konkordat vom 20. Juli, in dem der Papst die Hitlerregierung anerkannt und für die Zusicherung katholischer Glaubensfreiheit die Bereitschaft der Kirche erklärt hatte, den faschistischen Staat durch Loyalität unterstützen zu wollen. Da war sogar die Fuldaer Bischofskonferenz, auf der die Nazis als Bundesgenossen gegen den Kommunismus und die Sowjetunion begrüßt wurden, die Bischöfe obendrein gebetet hatten, Gott möge das »Leben Hitlers in Schutz nehmen« und seinen »großen staatsmännischen Zielen den allmächtigen Segen geben«. Solche Tatsachen würden auf praktisches Bündnisverhalten nicht ohne Wirkung bleiben.

In dieser lebhaften Debatte bewies vor allem Fritz Große seine politische

Begabung, Notwendigkeiten und Probleme zu formulieren, Unklarheiten auszuräumen und konstruktive Lösungen anzubieten. Er konnte sich dabei auch auf Beispiele aus dem Saargebiet stützen. Von dort berichtete Erich Honecker, der Politische Leiter des saarländischen KJVD, über politische Verbindungen der Jungkommunisten mit dem katholischen Jugendverband, der SAJ, der Naturfreundejugend und evangelischen Jugendgruppen. Gemeinsame Wanderungen dienten dem politischen Gespräch über Faschismus und antifaschistischen Widerstand. Doch waren offizielle Vereinbarungen und gemeinsam organisierte Aktionen nur zögernd zustande gekommen, weil beispielsweise manche Vertreter des katholischen Jugendverbandes befürchteten, ein offenes Zusammengehen mit den Kommunisten würde Nachteile für ihre Verbandsarbeit bringen. Es war also überall noch Entscheidendes zu leisten.

Der konspirativen Gruppe auf jenem Motorboot bei Amsterdam wurde bewußt, daß ihrer Organisation eine zähe, gefahrvolle Kleinarbeit bevorstand, die auch gegen die Barrieren der eigenen inneren Vorbehalte zu leisten war. Gänzlich neuartig war ihr die Aufgabe der antifaschistischen Zusammenarbeit jedoch nicht. Schon das ZK-Plenum des Kommunistischen Jugendverbandes, das im November 1932 in Prieros stattgefunden hatte, beschloß eine Resolution gegen linkssektiererische Tendenzen und erklärte die Schaffung der proletarischen Einheitsfront als das entscheidende Kettenglied zur Gewinnung der Massen gegen die faschistische Offensive. Seitdem besaß der Kommunistische Jugendverband mit Genossen wie Fritz Große, Erich Jungmann, Ewald Kaiser, Gabo Lewin eine bolschewistische Führung, die – wie sich jetzt erwies – zur Analyse und Konzipierung strategisch-taktischer Aufgaben fähig war.

Die Amsterdamer Tagung des Kommunistischen Jugendverbandes beschloß, alle Schichten der Jugend zum Kampf gegen das Hitlerregime zu mobilisieren. Sie verabschiedete einen Aufruf »An die arbeitende Jugend Deutschlands«. Darin wurden insbesondere die sozialdemokratischen und katholischen Jungarbeiter aufgefordert, in die »Bruderhand einzuschlagen, die wir Euch reichen«, und gemeinsam für ein Deutschland zu kämpfen, in dem Arbeiter und Bauern regieren sollten.

Getarnt, wie sie gekommen waren, kehrten die jungen Kommunisten nach viertägiger Beratung über die Grenze nach Deutschland zurück – nicht ohne Dankbarkeit für die solidarische Hilfe der holländischen Genossen. Nur wenig später verbreitete die »Junge Garde« in ihrer Nummer 21 folgende Nachricht: »Zur gleichen Zeit, als mit Wagner-Festspielen von dem grausamen Terror des Faschismus gegen die klassenbewußte Arbeiterschaft abgelenkt werden sollte, wo anläßlich der Wagner-Feiern Goebbels in einer fast über alle Sender der Welt verbreiteten Radio-Rede von der Vernich-

tung des Kommunismus faselte, führte der Kommunistische Jugendverband Deutschlands die erste Plenartagung seines Zentralkomitees durch. Vom 1. bis 4. August waren in Bayreuth Jungkommunisten aus allen Teilen Deutschlands versammelt, um die Linie ihres Kampfes gegen die faschistische Diktatur festzulegen. Der Kommunismus ist tot? – Seine Organisationen sind zertrümmert? – im Gegenteil, wir leben kräftiger als je.« Diese Meldung versetzte die Gestapo in eine wütende Unruhe. Eine Tagung des Kommunistischen Jugendverbandes mitten in der Festspielstadt Bayreuth und direkt unter ihren Augen? Sie fahndeten auf falscher Fährte, während die Jungkommunisten eine neue Etappe des Kampfes begannen.

Auf Beschluß der Parteiführung arbeitete Fritz Große aus Sicherheitsgründen vorübergehend in der französischen Hauptstadt. Am 3. Oktober 1933 notierte er: »Mit Hilfe der Partei gelang es schnell, in Paris unser Auslandsbüro einzurichten. Die französischen Arbeiter, die Enkel der Kommunarden, verfolgten hellwach die Geschehnisse in Deutschland und bewiesen, daß Solidarität für sie kein leeres Wort war. Sie nahmen die emigrierten deutschen Antifaschisten bei sich auf und teilten mit ihnen, was sie hatten. Unser Auslandsbüro bewährte sich bald. Wir hatten einen guten Überblick über die Arbeit in Deutschland und konnten sofort helfend eingreifen, wenn Verbindungen abrissen oder sich andere Schwierigkeiten ergaben.«

Während die illegalen Gruppen des Kommunistischen Jugendverbandes mit den Beschlüssen der »Bayreuther«, tatsächlich Amsterdamer Tagung, vertraut gemacht wurden und sich somit auf die Schaffung einer breiten antifaschistischen Front unter der Jugend in Nazideutschland orientierten, erweiterten die Faschisten den Terror. Soweit sich dieser auch gegen die Jugend richtete, hatte er bislang fast nur die jungen Kommunisten und Sozialdemokraten getroffen; jetzt begann er, ebenfalls gegen die katholischen Jugendverbände zu wüten. Die Kommunisten unterstützten Angehörige der katholischen Jugendorganisationen mit den Erfahrungen ihrer Illegalität und leisteten überdies aufklärende Arbeit. Fritz Große notierte: »Nachdem die ersten ernsthaften Schritte von unserem Verband unternommen worden waren, zeigte es sich, daß es nicht so schwer war, das ›Eis‹ zu brechen . . . In vielen Diskussionen halfen wir den jungen Katholiken, Klarheit über die Sowjetunion zu gewinnen.« Antikommunismus und Antisowjetismus mußten abgebaut werden, um Schritt für Schritt den Weg zu einer gemeinsamen Front zu finden.

Am 1. November 1933 reiste Berta Karg, Mitglied des ZK des KJVD, zu einer Tagung von etwa 20 Leitern der katholischen Sturmscharen aus den Diözesen in Hessen, Baden–Pfalz, Württemberg, Bayern und dem Saargebiet. Die Möglichkeit ihres Auftretens vor diesem Kreis hatten ihr Kaplan

Joseph Rossaint und der Reichsleiter der Sturmscharen, Franz Streber, verschafft. Über die Begegnung schrieb Berta Karg: »Sie waren im Studierzimmer Rossaints versammelt. Ich wurde ihnen von R. als eine Funktionärin aus dem sozialistischen Lager vorgestellt, die unter anderem auch die Sowjetunion bereist hat und nun über die UdSSR berichten wird. So war das Thema vereinbart, ging dann aber rasch zu den Fragen der Gegenwartspolitik in Deutschland, dem Terror, der Theorie und Zielsetzung des Nationalsozialismus über. Ich berichtete über eine Reihe von Beispielen des aktiven Widerstandskampfes, zeigte die Wege hierzu und forderte zum gemeinsamen Vorgehen auf. Nach mehreren Fragen an mich und kurzer Diskussion erhielt ich zunächst die Anschriften der einzelnen Diözesen-Leiter.« Das war ein wichtiger Schritt zur direkten Verbindung zwischen den Leitungen des KJVD und der katholischen Jugend. Kaplan Rossaints Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Kommunisten mußte nicht erst geweckt werden. Er hatte sie schon zu Beginn der dreißiger Jahre bekundet und schrieb über seine Beweggründe: »Im Vordergrund stand bei uns die allgemeine Aversion gegen den heraufkommenden Faschismus. Er stand zu sehr im Gegensatz zu unseren Erwartungen auf eine demokratische Änderung der Zustände, den Motiven unserer kirchlichen und sozialen Arbeit, aber auch gegenüber den Ideen der Jugendbewegung.«

Am 29. Januar 1934 trafen sich die Jungkommunisten Berta Karg und Ewald Kaiser bei einem Pfarrer in Köln wiederum mit Rossaint. Sie berieten einen von Fritz Große übermittelten Aufruf an die katholische Jugend, einigten sich über den Text und vereinbarten weitere Veranstaltungen von Angehörigen der Sturmscharen, auf denen junge Kommunisten sprechen sollten. Im Ergebnis entstanden Aktivitäten von vielfältiger Art. Der KJVD der Gebiete Nieder- und Mittelrhein konnte eine Konferenz in einem holländischen Stift abhalten, wobei Jungkatholiken die Kommunisten als »Wallfahrer« ohne Papiere über die Grenze brachten und im Stift als Katholiken vorstellten, die sich ungestört unterhalten wollten. Die Dortmunder Organisation des KJVD erhielt mit Hilfe eines führenden Funktionärs der katholischen Jugend eine relativ sichere Vervielfältigungsstelle, und zwar in dessen Arztzimmer im Krankenhaus. Im Rheinland, aber auch in anderen Gebieten halfen junge Katholiken bei der Verbreitung der »Jungen Garde«. Vielerorts wurden gemeinsame antifaschistische Flugblätter entworfen und verteilt. Die Konzeption der Amsterdamer Tagung, alle Kraft auf die Zusammenarbeit mit Jugendlichen aller Organisationen zu richten, war also nicht bloße Theorie – sie erwies sich als real durchführbar.

Im Februar 1934 reiste Fritz Große nach Moskau. Er berichtete vor dem Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Jugendinternationale über die Amsterdamer Beschlüsse, ihre Wirkungen und fand ungeteilte Zu-

stimmung. Er ging von Moskau nicht wieder nach Paris, sondern – gemäß einem Auftrag Wilhelm Piecks – nach Berlin. Die illegale Arbeit brauchte seine lenkende Hand im Lande selbst um so dringlicher, als Berta Karg und Ewald Kaiser inzwischen verhaftet und empfindliche Lücken in die Führung des KJVD gerissen worden waren. Mit allen Mitteln des Terrors, der Propaganda und der materiellen Bestechung forcierte der Staatsapparat die Integration der Jugend in das faschistische System. Dagegen schleuste der KJVD seine Aufklärungsschriften in die Arbeitsdienstlager, und er bildete neue Zellen in den Betrieben.

Im Mai desselben Jahres erreichte Fritz Große der Parteibeschluß, die Leitungstätigkeit des Jugendverbandes zu dezentralisieren und die Gruppen im ganzen Lande mit Hilfe eines Instrukteursystems anzuleiten. Er übernahm als Oberinstrukteur den Grenzabschnitt Westdeutschland. Lea besorgte ein illegales Quartier in Düsseldorf, wo er unter dem Namen Julius Blau, von Beruf Elektro-Diplomingenieur, einen Unterschlupf fand. Sie wohnte als Medizinstudentin Maria Nagler in der Pönsgenstraße. Aus Gründen der Konspiration durften sie sich nur selten begegnen. Ihre Lage war die vieler junger Genossen, die Persönliches zurückstellten, in mühevoller Kleinarbeit Informationen über die Rüstungsproduktion zusammentrugen, illegale Quartiere beschafften, Treffs organisierten, Fährten verwischten, neue Kämpfer warben. Sie alle waren bei der Durchführung dieser Aufgaben oft ungeheuer allein – und dennoch durch die gemeinsame Absicht und den Kampfauftrag wie durch ein unsichtbares Netz miteinander verbunden.

So verging fast ein Jahr, seitdem die Amsterdamer Tagung stattgefunden hatte. Mancher Erfolg war errungen, aber auch manche Lücke gerissen worden. Die Zeit – so schien es Fritz Große und seinen engsten Kampfgefährten – war reif für eine gemeinsame Konferenz mit der SAJ und mit katholischen Jugendlichen. Er arbeitete einen Entwurf für eine derartige Beratung der Bezirke Rheinland und Westfalen aus, und Lea, die seit einiger Zeit schon die gefährliche Arbeit eines Kuriers leistete, brachte diesen nach Paris zur Abstimmung mit den dort befindlichen Leitern der KPD. Sie ahnte nicht, was in der Zwischenzeit mit dem liebsten Menschen, den sie hatte, geschehen würde.

Große hatte seinen Treff mit einem Unterbezirksleiter in einem kleinen Café verabredet. Beim Betreten der Gaststätte hörte er einen Warnschrei. Seine Flucht scheiterte unter den Schüssen der Gestapo-Leute, die ihn verletzten und überwältigten. Zwei Tage später fiel auch Lea in ihre Hände. Sie schlugen die schmächtige, kleine Frau erbarmungslos und zwangen Fritz Große, im Nebenraum zuzuhören – so hofften sie, seine Verzweiflung ausnutzen und ihn zum Verrat bringen zu können. Das machten sie mehrmals –

ohne Erfolg. Im Februar 1935 schrieb die »Junge Garde« unter der Überschrift »Fritz Große in Moabit«: »Acht lange Monate hindurch wurde er in den Folterkellern der Gestapo festgehalten. Er blieb standhaft. So standhaft, wie er schon seit seiner frühen Jugend für die Lebensinteressen der werktätigen jungen Generation eingetreten ist und gekämpft hat.«

Selbst mancher Gestapo-Mann fragte sich, woher dieser junge Kommunist die Kraft nahm, den physischen und psychischen Martern zu widerstehen. Sie konnten sich in die Moral eines Arbeiters und Klassenkämpfers, der Thälmanns Vorbild folgte, nicht hineinversetzen. Fritz Große war Ernst Thälmann zum ersten Male 1923 begegnet, seitdem immer wieder – zuletzt bei der illegalen ZK-Tagung in Ziegenhals. Im Sommer 1935 sah er ihn als Gefangenen in Berlin-Moabit. »Ernst Thälmann kam vom Untersuchungsrichter, und ich wurde zu ihm geführt. Hierbei konnten wir leise wenige Worte wechseln. Er schaute mich an und sagte: ›Du auch?‹ – ›Ja, ich auch.‹ Er fragte: ›Wie steht's draußen?‹ Ich sagte: ›Die Partei arbeitet.‹ Er schmunzelte und sagte: ›Keine Bange, es wird alles gut.‹« So hat Fritz Große die Begegnung später geschildert.

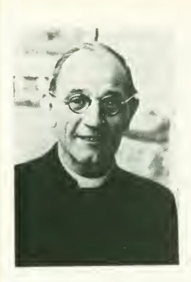
Endlos zogen sich die Vernehmungen hin, und immer wieder fragten die Beamten auch nach Verbindungen zwischen Kommunisten und Katholiken. Daß sie darüber gezielt ermittelten, konnte Fritz Große aus dem »Völkischen Beobachter« vom 20. Februar 1936 erfahren: »Im Rheinland und Westfalen läuft zur Zeit eine polizeiliche Aktion mit dem Ziel, die Zusammenarbeit zwischen einem katholischen Jungmännerverband sowie der illegalen kommunistischen Organisation Deutschlands aufzudecken und das gemeinsam geplante hochverräterische Unternehmen zu unterbinden. Im Verlaufe dieser Aktion wurden bis jetzt 7 kommunistische Führer, 10 Geistliche und 45 Laienführer des katholischen Jungmännerverbandes festgenommen.«

Im selben Frühjahr fand der Prozeß gegen Fritz Große und Lea, seine Lebens- und Kampfgefährtin, statt. Staatsanwalt Spahr forderte für Fritz wegen Landes- und Hochverrats die Todesstrafe. Ob nun aus Mangel an Beweisen oder in der Absicht, ihn als Zeugen für den geplanten »Katholikenprozeß« aufzusparen – der 2. Senat des Volksgerichtshofes verurteilte ihn am 17. März 1936 zu lebenslanger Zuchthausstrafe. Lea, über die eine fünfjährige Haft verhängt wurde, ermutigte ihren Mann unter Tränen: »Lebenslänglich, Fritz, das heißt, du bleibst am Leben. Das ist die Hauptsache, alles andere zählt nicht.«

Noch einmal – im April 1937 – wurde Fritz Große vor die Schranken eines Gerichts gebracht. Die Faschisten wollten, daß er im sogenannten Katholikenprozeß gegen seine Bündnispartner aussagt, und sie erhofften sich das gleiche von jenen. Doch die angeklagten Katholiken und die als

Zeugen vorgeführten Jungkommunisten benutzten die Gelegenheit, um den Kriegskurs des Hitlerregimes anzuprangern und die deutsche Jugend zum antifaschistischen Kampf aufzurufen. Kaplan Rossaint erklärte unerschrokken, daß »die Zusammenarbeit mit den Kommunisten für den Frieden und die Verteidigung der Rechte der Katholiken mit der Lehre der katholischen Kirche durchaus vereinbar« sei. Die deutschsprachige »Pariser Tageszeitung« informierte die Weltöffentlichkeit: »Sämtliche Angeklagten und Zeugen, sowohl die kommunistischen als auch die katholischen, benahmen sich so mannhaft vor Gericht, daß der Prozeß den Wunsch nach Zusammenarbeit noch verstärkt hat.«

Fritz Große geriet ins Zuchthaus Brandenburg-Görden, und ab 1944 ins KZ Mauthausen, wo er als Mitglied des illegalen Lagerkomitees den antifaschistischen Widerstandskampf fortsetzte. Er überlebte die Verfolgungen des Dritten Reiches, wirkte bei dem Wiederaufbau in Sachsen, sodann als Diplomat des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates – blieb dem Urteil seiner Kampfgefährten getreu: »Fritz Große besaß Charaktereigenschaften, die ihn für alle zum Vorbild machten. Glühender Kommunist und Freund der Sowjetunion ..., der Jugend zugetan, optimistisch, lebenslustig und äußerst bescheiden.«



Martin Niemöller

Bewährung des christlichen Glaubens

Im Pfarrhaus bei der alten Dorfkirche St. Annen, zu Berlin-Dahlem, empfing am Abend des 6. September 1933 der Pastor Martin Niemöller seinen Freund Dietrich Bonhoeffer. Die Gedanken, die sie viele Stunden lang miteinander austauschten, bekundeten tiefbewegte Sorge und Empörung. Auf der gestrigen Generalsynode des Landes Preußen hatten die Parteigänger Hitlers das Kirchenregiment an sich gerissen und Maßnahmen erzwungen, die die evangelische Kirche mit dem Faschismus gleichschalten, das christliche Bekenntnis mit den chauvinistischen Theorien der »germanischen Herrenrasse« verschmelzen sollten. In zahlreichen Pfarreien wurde die Faschisierung seit vielen Wochen schon durch diktatorische Eingriffe und Maßregelungen, sogar durch die Verhaftung niederer Geistlicher, die sich nicht

unterwerfen wollten, vorangetrieben. Es galt, im Namen all derer, die die christliche Lehre gegen den barbarischen Mißbrauch zu schützen gewillt waren, eine Position zu den Beschlüssen der preußischen Generalsynode zu begründen.

Bis lange nach Mitternacht wurde im Dahlemer Pfarrhause über den Widerstand bekenntnistreuer Christen beraten. Der seit dem Machtantritt Hitlers angewachsene Kirchenkampf geriet in eine neue, bedrohliche Situation: Denn es war voraussehbar, daß die Machthaber auch die in wenigen Wochen stattfindende Reichssynode in die Hand bekommen, wichtige Schlüsselpositionen in den Kirchenleitungen und den Synoden okkupieren würden. Die Sorge um das Schicksal der Kirche bewegte die beiden Freunde. Wie konnte der Mißbrauch des Glaubens abgewehrt, die Kirche erneuert werden?

Diese Fragen erinnerten an die historischen Kämpfe vergangener Zeit, zumal die Reichssynode in Wittenberg stattfinden sollte – dem Ausgangspunkt der Reformation, wo Martin Luther mit seinem Thesenanschlag den im veralteten Kirchenregime zur Macht gekommenen Unterdrückern des Volkes die Fehde angesagt hatte. Das Bild des Reformators, der durch seine Bibelübersetzung das Chistentum der frühen Jahrhunderte wiederbelebt und dieses dem feudalisierten Christentum seiner Zeit entgegengestellt hatte, lebte in den Männern, die jetzt ebenfalls auf Widerstand und Neubeginn sannen.

Martin Niemöller waren solche historischen und sozialen Zusammenhänge von jeher vertraut. Er war seit seiner Kindheit gewohnt, die Bibel und die reformatorischen Bekenntnisschriften um Rat und Wegweisung zu befragen, und er hatte auf seinem späteren bewegten Lebensgang vom Marineoffizier und hochdekorierten U-Boot-Kommandanten des ersten Weltkrieges zum Gemeindepfarrer des Berliner Vororts Dahlem daran festgehalten. Der nunmehr Einundvierzigjährige wußte, daß viele Menschen angesichts ihrer scheinbaren Ohnmacht gegenüber den Zwängen des Kapitalismus, den Enttäuschungen und Leiden, Krisen und Katastrophen, im christlichen Bekenntnis einen Trost und Halt, sogar eine Form des Protestes suchten. Daher gab es Pfarreien genug, in denen jetzt auch Abneigung und geistige Auflehnung gegen den Faschismus zustande kamen – und das mit einer Gläubigkeit und einem Bekenntnismut, die sich an dem Märtyrertum der frühchristlichen Gemeinden und Bruderschaften messen mochten. Wer würde diesen allen nun ein Zeichen der Bekräftigung geben, wenn die evangelische Kirche als Institution versagte?

Solche Gedanken mußten in letzter Konsequenz die historisch gewachsene Verbindung von Thron und Altar in Frage stellen, insbesondere jetzt, da Glauben und Kirche an reaktionäre Kräfte und Machtstrukturen gefesselt

wurden, die mit barbarischen Verfolgungen prahlten und mit verheerenden Kriegen schwanger gingen. Doch wer diese traditionelle Bindung antasten wollte, stand vor der schwerwiegenden Entscheidung, die eingewurzelten Denkgewohnheiten abstreifen zu müssen. So auch Pastor Niemöller! Er war auf der »braunen Generalsynode«, wie er das gestrige Ereignis nannte, im unfeierlichen hellgrauen Straßenanzug erschienen, weil er seinen Protest auch äußerlich zeigen wollte. Den Eröffnungsgottesdienst hatte er ignoriert, den Sitzungssaal demonstrativ mit einer Minderheit von Gesinnungsfreunden verlassen. Nicht als ein Geschlagener meinte er vom Felde zu gehen, sondern als ein Erkennender: Daß mit der alten Kirchenhierarchie kein Damm gegen die Überflutung der Kirche durch jene »deutschen Christen« aufzurichten war, die sich rühmten, als »SA der Kirche« marschieren zu wollen. Überdies kannte und berücksichtigte Niemöller die Einsicht seines Mitstreiters Karl Barth, der den Bruch mit der Hierarchie konsequent zu vollziehen verlangte: Die Hitlerleute in der Kirche seien durch Diskussionen vom Anspruch der Macht nicht abzubringen – also müsse ein neues Fundament geschaffen und eine strikte Absage erteilt werden.

Niemöllers vertraulicher Umgang mit Dietrich Bonhoeffer zeigt aber noch weitere Dimensionen des christlichen Widerstands. Der Freund, Sohn des Direktors der Nervenklinik der Charité, war Privatdozent an der Theologischen Fakultät der Berliner Universität. Er hatte zwei Tage nach Hitlers Regierungsantritt in einem Rundfunkvortrag die Schlägertrupps der Nazis angeprangert und eine Demagogie kritisiert, die das Bild eines »Führers« zeichne, der leicht zum »Verführer« werden könne. Die Ansprache war vorzeitig abgeschaltet worden. Von der Position des bürgerlichen Humanismus aus wagte Bonhoeffer konspirative Tätigkeit, er leitete illegale Predigerseminare und vereinigte das Ringen um eine kirchliche Erneuerung mit dem Bekenntnis zum Frieden. Im Spektrum seiner antifaschistischen Kontakte anerkannte er die Arbeiterklasse als einen möglichen Initiator der Friedensbewegung, weil nämlich der französische und deutsche Arbeiter einander näherstünden »als die verschiedenen Klassen in jedem Lande für sich«. Bonhoeffer war der Mann, der bald nach der Beratung in Dahlem auf der ökumenischen Konferenz im dänischen Fanö die Verantwortung der Christen und der Kirchen für den Frieden verfocht.

Was aus den Gedankengängen am Abend des 6. September hervorging, ließ auf den ersten Blick nur schwer erkennen, daß es sich um den Ansatz eines prinzipiell neuen Weges handelte. Niemöller und Bonhoeffer formulierten nur wenige Sätze. Darin sprachen sich sich gegen die kirchliche Ausnutzung des »Arierparagraphen« aus, der allen Juden die Übernahme von Kirchenämtern versagte. Aus diesem Text ging binnen weniger Tage eine Verpflichtungserklärung hervor, mit der sich jeder Unterzeichner als Anhän-

ger einer kämpfenden Bruderschaft bekannte, für die der Pastor von St. Annen den Namen »Pfarrernotbund« prägte. Die Erklärung wurde im Kreise weiterer Mitstreiter redaktionell überarbeitet und durch ein kurzes Referat über die Gründe dieser Vereinigung von Gleichgesinnten ergänzt. Am 11. September versammelten sich zahlreiche Berliner Pfarrer bei ihrem Amtsbruder Gerhard Jacobi, und 60 von ihnen unterzeichneten diese Notbundserklärung.

Schon in der folgenden Nacht wurden Tausende von Exemplaren an befreundete Pfarrer im Lande verschickt, insbesondere an die Vertrauensmänner der »Jungreformatorischen Bewegung«. Mit diesen hatte Niemöller bereits bei den Vorbereitungen für eine Fusion der verschiedenen evangelischen Landeskirchen zur vereinigten evangelischen Kirche Deutschlands zusammengearbeitet – und sie alle standen nun auch unter den Erfahrungen des Jahres '33: Die antifaschistisch Gesinnten vermochten sich gegen die »SA der Kirche« nicht durchzusetzen, die dem Kandidaten für das Amt des Reichsbischofs, dem Wehrkreispfarrer Müller und Vertrauten Hitlers, eine im wahren Sinne des Wortes schlagkräftige Truppe bereitstellte. Vielerorts wehrten sich die Pfarrer gegen diese »Fünfte Kolonne« in der Kirche, sie weigerten sich, Seelsorge und Predigt als eine christlich getönte Abart des Nazismus auszurichten. Die Tendenz zur Bildung von Bruderschaften mit entworfenen Erklärungen war also schon vorhanden, so daß Niemöller und Bonhoeffer daran anknüpfen, das Gemeinsame aller Bestrebungen dieses Widerstands ausdrücken konnten. Ihre mutige Initiative fand folglich auch ein starkes Echo: Innerhalb zweier Wochen schlossen sich 2 000 von rund 18 000 Pfarren dem Notbund an, im Verlaufe von vier Monaten wuchs ihre Zahl auf über 7 000. Nicht wenige verloren späterhin den Mut und wurden abtrünnig. Aber 4 000 bis 5 000 bildeten schließlich den Kern der Organisation, deren Fäden im Gemeindehaus zu Berlin-Dahlem zusammenliefen.

Mit ihrer Unterschrift bekannten sich die Mitglieder des Pfarrernotbundes dazu, ihr Amt »allein in der Bindung an die Heilige Schrift und an die Bekenntnisse der Reformation« auszurichten, »gegen alle Verletzung solchen Bekenntnisstandes mit rückhaltlosem Einsatz zu protestieren« und für die aus solchen Gründen Verfolgten nach besten Kräften mitverantwortlich einzustehen. Durch die Anwendung des Arierparagraphen auf die Kirchenordnung sei bereits – wie jeder in der Verpflichtung bezeugte – »eine Verletzung des Bekenntnisstandes« geschaffen. Mit dieser Erklärung berief sich der Pfarrernotbund faktisch auf das Ordinationsgelübde: Er blieb damit im Rahmen legalen Wirkens und beanspruchte für alle seine Anhänger die Möglichkeit zu öffentlicher kirchlicher Betätigung, Predigt und Gemeindearbeit.

Diese christlich-oppositionelle Vereinigung konnte ein Sammelbecken

heterogener gesellschaftlicher Kräfte werden, die ihre humanistischen Ideale, den Anstand und die Menschenwürde von den Faschisten in die Gosse getreten sahen – darunter viele Menschen von bürgerlicher und kleinbürgerlicher Herkunft. Gerade diese sozialen Schichten prägten die evangelische Gemeinde Niemöllers im Dahlemer Villenviertel, wo sich das Ansehen des Pfarrers nicht allein auf sein Christentum gründete, sondern auch auf seine namhafte militärische Rolle im Weltkriege, seine dokumentierte Ablehnung gegenüber der Novemberrevolution, seine betonte Distanz zur Weimarer Republik. Im autobiographischen Buch »Vom U-Boot zur Kanzel«, das kurze Zeit nach der Gründung des Pfarrernotbundes veröffentlicht wurde, erschien Martin Niemöller als Pfarrerssohn, Marinekadett und Seeoffizier, sogar als Kommandeur eines Studentenbataillons, das während des Kapp-Putsches von 1920 die Reichswehr bei der Niederschlagung von Arbeitern unterstützt hatte. Dieser Lebensbericht entbehrte politischer Selbstkritik und schien zu bezeugen, wie sehr der Pastor noch konservativen, deutschnationalen Ideen verhaftet war – kaum verschieden von der Mehrzahl der deutschen Geistlichen. Die Septembertage 1933, die Gründungszeit des Pfarrernotbundes mitsamt dem oppositionellen Hervortreten Niemöllers, waren nicht der Höhepunkt dieses Lebens: Doch sie waren der Wendepunkt einer geistigen Standortveränderung.

Der Pfarrernotbund und die Bekennende Kirche, die bald aus ihm hervorging, bildeten auf dem begonnenen Wege der christlichen Erneuerung keine »Wogenbrecher«, wie es ein Mitstreiter Niemöllers in der vertrauten seemännischen Redeweise ausdrückte. Sie waren ein »kleines, hölzernes Schifflein, das jeden Augenblick zu kentern drohte, weil die Insassen sich so schwer über den richtigen Kurs einigen konnten«. Der Kurs war belastet von »der herrschenden Angst vor politischen Konsequenzen, den Zweifeln und Stimmungsschwankungen, dem Ringen mit der kirchlichen Tradition, die den Glauben oft in Fesseln schlug«. Doch mit diesem von Havarien bedrohten Schifflein entschied sich das Schicksal der evangelischen Kirche – denn ohne die Bekennende Kirche hätte keine Kirchenleitung nach dem Sturz des Hitlerfaschismus so bald in Erscheinung treten können.

Martin Niemöller hat persönlich nicht danach gestrebt, im Kampf für die Erneuerung der Kirche ein Steuermann zu werden, jetzt oder später in höhere Ämter, zu Ruhm und Ehren zu gelangen. In der ursprünglichen Notbundsverpflichtung war Friedrich von Bodelschwingh, der Leiter der Anstalten der Inneren Mission in Bethel, als das gewünschte Haupt des Bundes benannt worden. Doch er versagte sich allem Drängen, in der Stunde der Entscheidung hervorzutreten. Auch Bischof Mahrarens lehnte ab. Als Martin Niemöller in die Bresche sprang, blieben nur wenige Tage bis zur Reichssynode. Die Parteigänger der Faschisten hatten sie nach der Elbestadt ein-

berufen, um dort den Vertrauten Hitlers als Reichsbischof zu inthronisieren und den Jahrestag, an dem Martin Luther seine Thesen an der Wittenberger Schloßkirche angeschlagen hatte, für die Verfälschung der historischen Leistungen des Reformators im Sinne der chauvinistischen Naziideologie und -politik zu benutzen.

Niemöller errichtete den Pfarrernotbund neben der Erfüllung seiner Pfarramtsverpflichtungen; er entwickelte dabei eine enorme organisatorische Tätigkeit. In kurzer Frist konstituierte sich eine Vertrauensmänner-Versammlung, die aus ihrer Mitte einen Bruderrat als verantwortliches Gremium aus allen Landesteilen wählte. Für die verschiedenen kirchlichen Wirkungsbereiche wurden Sachbearbeiter gewonnen. Ein Beitragswesen wurde aufgebaut, um die finanziellen Mittel für diese Tätigkeiten zu beschaffen, vor allem aber für den Unterhalt derjenigen Pfarrer, die durch ihren Widerstandskampf ihr Einkommen verloren. In der bayrischen Landeskirche betraf das 1934 bereits 800 Pfarrersfamilien. Ein wichtiges Anliegen war die Einbeziehung der Gemeinde in diesen Kampf, ihre ständige Information über die Vorgänge und Standpunkte. »Die für uns wichtigste und am meisten drängende Aufgabe ist jetzt die Laienarbeit«, hieß es im Rundschreiben vom 13. November 1933, »sie bedeutet in Wahrheit Aufbau der Kirche.«

Es war eine Zeit rastloser Tätigkeit, voll von Schikanen und Bedrohungen durch faschistische Gegner. Stunden der Entspannung inspirierten Niemöller zu neuen Aktivitäten, zumal wenn sie seinem Element entsprachen. Eine solche Entspannungspause gönnte er sich mit seinem Dahlemer Amtskollegen Fritz Müller an einem sonnigen Septembertag, kurz vor der Nationalsynode von Wittenberg. Ein früherer Marinekamerad hatte ihnen sein Segelboot zur Verfügung gestellt. Während sie zwischen Potsdam und Gatow kreuzten, entwarfen sie die erste öffentliche Erklärung des Notbundes.

Zwei Tage später wurde eben dieses Dokument im Namen von 2 000 Pfarrern der Reichssynode übergeben. Aber keiner der in Wittenberg repräsentierenden Kirchenmänner fand sich bereit, die Erklärung vorzutragen. Sie brachte ihnen die Widerstandspositionen des Pfarrernotbundes gegen die Faschistenherrschaft im Kirchenregiment und gegen die chauvinistischen Verfälschungen der Reformation allzu klar zum Ausdruck. Die Freunde Niemöllers nagelten das Dokument daher an Kirchentüren und Bäume. »Die Synode wurde als historisches Ereignis ausgegeben; das einzige aber, was Geschichte machen sollte, war diese Erklärung«, urteilte Niemöller. Sie wurde um so mehr zur Kampforientierung vieler Kirchenanhänger, je krasser die Bekenntnisgrundlagen und religiösen Gefühle der Gläubigen von den kirchlichen Faschisten verhöhnt und verletzt wurden. Einer dieser Theologen forderte am 13. November 1933 auf einer Großveranstaltung im Berli-

ner Sportpalast die »Befreiung vom Alten Testament mit seiner jüdischen Lohnmoral«, seinen »Viehhändler- und Zuhältergeschichten«. Andernorts wurde Hitlers Wort als Gottes Gesetz gepriesen, das »darum in seiner Entfaltung, in seinen Anordnungen und Verfügungen göttliche Autorität« besitze.

Bereits im Mai und Oktober 1934 vermochten die Anhänger des Pfarrernotbundes eigene Synoden in Barmen, dann in Dahlem zu organisieren. Sie kämpften dagegen, Gestalten faschistischer Glorifikation als Quelle christlicher Verkündigung und Offenbarung hinzunehmen. Die Gemeinden und Pfarrer wurden aufgefordert, von der bisherigen Kirchenregierung und ihren Behörden keine Weisungen mehr entgegenzunehmen und mit jenen zu brechen, die diesem Kirchenregiment weiter gehorsam sein wollten. Nur die Bekenntnissynode und ihre Organe sollten unterstützt werden.

Dem Leiter solcher Tätigkeit waren Mut und Überzeugungstreue, außergewöhnliche Energie und Vitalität abverlangt. Trotz der Diffamierungen und Verfolgungen, denen er ständig ausgesetzt war, bewahrte er seinen frischen Humor. Er vermochte scharfe, kämpferische Haltungen zu beziehen. Seine frühere Tätigkeit als Seeoffizier, in zentralen Stellen des Marineamtes, später auf dem Gebiet der Inneren Mission hatten sein Organisationstalent und seine Fähigkeit geschult, Entwicklungen frühzeitig zu überblicken. Seine Reden und Predigten machten einen starken Eindruck auf die Zuhörer. Der Redakteur des Zehlendorfer Bezirksblattes schrieb über eine seiner Predigten in der Dahlemer Dorfkirche: »Seine Worte muten zunächst nüchtern sachlich an. Aber bald merkt man, daß in ihm, aus der klaren Erkenntnis der harten Tatsachen der Gegenwart geboren, ein lebendiger, energieerfüllter Kampfwille lebt . . . Es ist etwas asketisch Strenges in der äußeren Erscheinung des Pfarrers Niemöller, und aus seinen großen, klaren Augen spricht ein starker Intellekt.«

1937 wurde dieser unbequeme Mann verhaftet. Das Gerichtsverfahren konnte keine Beweismittel erbringen, die eine Verurteilung gerechtfertigt hätten. Daher wurde Niemöller von der Gestapo als »persönlicher Gefangener« Hitlers in das KZ Sachsenhausen und 1941 nach Dachau verschleppt. Während nicht wenige seiner Mitstreiter im KZ umgebracht wurden – sein Freund Bonhoeffer noch in den letzten Tagen der Naziherrschaft –, konnte Niemöller diesem Schicksal mit Mühe entrinnen. Nach seiner Befreiung setzte er, zusammen mit seinen Freunden aus dem Bruderrat des Pfarrernotbundes, die Stuttgarter Schulderklärung der evangelischen Kirche durch. Sie wollten die Abkehr der Kirche von den reaktionären Gesellschaftskräften und deren Kriegspolitik weiterhin durchfechten.

Seit den Septembertagen des Jahres 1933 hatte sich der Begründer des Pfarrernotbundes zur tieferen Erkenntnis der Notwendigkeit des Friedens-

kampfes durchgearbeitet. Die Bekennende Kirche setzte der faschistischen Kriegspropaganda eine »Fürbitte für den Frieden« entgegen. Aus dieser Negation der traditionellen Waffensegnung für die Kriege der Herrschenden erwuchs die heutige beachtliche Bewegung christlicher Kämpfer gegen Völkerverhetzung und Krieg, für Entspannung, friedliche Koexistenz und Abrüstung. Martin Niemöller zählt zu ihren aktivsten Pionieren.

In den Jahren der Not und des Widerstands hat nur die KPD die von diesem Manne geleitete kämpferische Bruderschaft unterstützt. Sie erklärte in einem Aufruf vom Dezember 1933, jeder Pfarrei in ihrem Kampfe beistehen zu wollen: »Wir werden auf ihrer Seite stehen, wenn sie sich dagegen wehrt, daß der faschistische Staat in ihre religiösen Handlungen eingreift oder diese zwangsweise umzugestalten sucht.« Wilhelm Pieck rief die Christen zu fruchtbarer Zusammenarbeit auf, »heute im Kampf gegen das Hitlerregime und morgen beim Aufbau eines neuen, demokratischen Deutschlands«. Daß diese Konzeption Realität werden konnte, dafür haben mutige Kirchenleute mit dem Aufbau und dem Kampf des Notbundes auf ihre Weise eigenständige Grundlagen geschaffen. Die historische Bedeutung dieses unverzichtbaren Beitrags ist durch den Namen Pastor Niemöllers symbolisiert.



Georgi Dimitroff

Entlarvung der Ankläger

Er saß in der äußersten Ecke des Verhandlungssaales und wurde doch bald der Mittelpunkt dieses Prozesses. Behutsam glitten seine Hände, die monatelang in Stahlfesseln gesteckt hatten, über Broschüren, blaue Hefte, lose Blätter – das »Handwerkszeug« seiner Verteidigung. Ihm gegenüber, auf dem erhöht stehenden Tisch der Oberreichsanwaltschaft, türmten sich Akten zuhauf – das »Handwerkszeug« der Anklage.

Aber Georgi Dimitroff wußte: Hier war in den nächsten Wochen nicht Papier gegen Papier aufzurechnen, hier stand Weltanschauung gegen Weltanschauung. Am 9. März verhaftet, hatte er nur kurze Zeit gemeint, der Zugriff sei wegen seiner Emigrationspapiere geschehen. Die langwierige Voruntersuchung belehrte ihn, und die Anklageschrift offenbarte es sodann

schwarz auf weiß: In seiner Person sollte der Kommunismus auf die Anklagebank kommen. Der Prozeß war anberaumt, um die große Propagandalüge, wonach die Kommunisten für die Reichstagsbrandstiftung verantwortlich seien, in den Rang eines glaubwürdigen Gerichtsurteils zu heben.

Neben Dimitroff saßen seine Landsleute Taneff und Popoff, die mit ihm gemeinsam – nach der Denunziation durch den Kellner Hellmer – im Berliner »Bayernhof« festgenommen worden waren. In der Sitzreihe vor ihm befanden sich die beiden anderen Angeklagten – der kommunistische Reichstagsabgeordnete Ernst Torgler, der sich legalitätsgläubig selbst gestellt hatte, und der »geständige« Holländer Marinus van der Lubbe, der am 27. Februar im brennenden Reichstag verhaftet worden war. Unsichtbar, für Dimitroff bislang nicht bekannt, aber seit der ersten Prozeßminute im Gespräch, war da noch ein sechster Angeklagter: das »Braunbuch über Reichtstagsbrand und Hitlerterror«. Antifaschisten aus Deutschland und anderen Ländern – Journalisten und Arbeiter, Juristen und Schriftsteller – hatten in monatelanger Arbeit dokumentarisches Anklagematerial gegen Göring, Goebbels und Hitler, gegen die faschistische Diktatur zusammengetragen.

Um die Angeklagten herum wuchs die spannungsgeladene Unruhe. Polizisten standen an den Wänden des holzgetäfelten Saales. Presseleute besetzten die Tischplätze in der Mitte des Raumes, zusehends füllten sich die übrigen Platzreihen durch ein bestelltes Publikum. Die Uhr im Verhandlungssaal des Leipziger Reichsgerichts rückte auf zehn Minuten nach Neun. Es war der 21. September 1933.

»Das hohe Gericht!« In scharlachroten Roben, angeführt vom Präsidenten des IV. Strafsenats, Dr. Wilhelm Bünger, besetzten fünf Männer den Richtertisch: »Die Verhandlung gegen van der Lubbe und Genossen ist eröffnet.« Man begann mit der Befragung van der Lubbes und ausgewählter Zeugen, die geladen waren, um über ihn auszusagen. Unter der Leitung Büngers und mit Nachhilfe des Kriminalkommissars Heisig entstand das Bild eines Aufrührers, der fast immer in den Kreisen von Erwerbslosen gelebt, Überfälle auf Wohlfahrtsämter organisiert, ewig Krakeel mit der Polizei gehabt hatte – er konnte bestenfalls als ein »Gesinnungskommunist« bezeichnet werden.

Daß die Justiz bemüht war, enge Verbindungen van der Lubbes zu den Kommunisten nachzuweisen, wußte Georgi Dimitroff spätestens seit Anfang April, als die Oberreichsanwaltschaft verfügt hatte, die Voruntersuchung gegen den Holländer auch auf Dimitroff auszudehnen. Bereits damals hatte er protestiert: »Ich finde es unerhört, daß Sie mir hier ein Papier vorlegen, in dem ich als Genosse des van der Lubbe bezeichnet werde. Ich füge jetzt noch einmal hinzu, daß die Behauptung, ich hätte in irgendwelcher Verbindung mit dem Reichstagsbrand gestanden, für mich der gröbste Angriff auf meine persönliche, politische und revolutionäre Ehre ist.«

Am dritten Prozeßtag wurde Dimitroff vor den Richtertisch gerufen.

»Ich bin ein Sohn der Arbeiterklasse Bulgariens . . .« – die Journalisten setzten gelangweilte Gesichter auf.

»Tausende und aber Tausende von Bauern, Arbeitern und Intellektuellen wurden ermordet. Alle Rechte der Volksmassen wurden aufgehoben . . .« – die Journalisten merkten auf. Wovon sprach der Mann?

»Heute vor zehn Jahren, am 23. September 1923, erhoben sich die Arbeiter und Bauern Bulgariens gegen die Volkspeiniger. An diesem Aufstand habe ich als Beauftragter meiner Partei aktiv und führend teilgenommen. Ich bin stolz auf den heroischen Aufstand!«

Am Richtertisch entstand Unruhe: »Sind Sie nicht wegen Bildung bewaffneter Banden in Bulgarien zum Tode verurteilt worden?«

Ja, er war zum Tode verurteilt worden, er hatte Faschismus im eigenen Land, am eigenen Leibe erfahren. Jetzt war Gelegenheit, es weiterzusagen. Mit sicherer Hand rückte Dimitroff das Mikrofon der Lautsprecher- und Rundfunkanlage zurecht. Dieser Metallring mit dem kleinen Alabasterblättchen in der Mitte – das war die Welt, das waren die Massen, aus denen er immer seine besten Kräfte geschöpft hatte und die er auch jetzt als seine Verbündeten empfand. Sie wollte er erreichen: »Um den Kommunismus auszurotten, haben die faschistischen Regierungsbanden 20 000 Arbeiter, Bauern und Intellektuelle bestialisch ermordet. Und trotzdem hat der Kommunismus jetzt unvergleichlich viel tiefere und festere Wurzeln als im Jahre 1923 – gewiß eine gute Warnung für alle eifrigen Ausrotter des Kommunismus in anderen Ländern.« Entlarvten diese Worte nicht auch schon die aktuelle Situation in Deutschland?

Das Gericht wies Dimitroff in die Schranken: »Sie sind hier nicht als Ankläger, sondern als Angeklagter!« Dimitroff nahm die Herausforderung an. Er brandmarkte die bisherige Unterbindung seiner Verteidigung. Namhafte Rechtsanwälte aus Frankreich – Moro Giafferi, Campinchi, Torrés, Willhard und Vincent –, aus den USA – Leo Gallagher und Garfield Hays – und zwei seiner Landsleute – Detscheff und Grigoroff – waren sämtlich abgelehnt worden. Man hatte ihm den Offizialverteidiger, Dr. Paul Teichert, zugeordnet; politische Hilfe war von diesem Mann nicht zu erwarten. Dimitroff hatte sich zur politischen Selbstverteidigung entschieden: »Ich bin hier, um den Kommunismus und mich zu verteidigen!«

Einige Journalisten drängte es wohl, jetzt schnell ein Telegramm an ihre Zeitungen zu schicken. Aber niemand ging. Sie waren gebannt durch die Tatsache des Wagnisses. Da stand einer vor den Schranken des faschistischen Gerichts und entwickelte ohne Scheu das politische Programm der Revolution: Er proklamierte den Massenkampf für die Diktatur des Proletariats, rühmte die Kommunistische Partei der Sowjetunion, verurteilte

die demagogischen Revolutionsredereien der Nationalsozialisten – es war unglaublich! Zwei Stunden lang war der Sitzungssaal von politischen Energien geladen. Unbeirrt von richterlichen Zwischenrufen und Verweisen, verteidigte Georgi Dimitroff seine kommunistische Lehre und seine politische Biographie: »Wenn Sie so unschuldig wären, Herr Präsident, wie ich, wenn Sie so eingekerkert gewesen wären, monatelang, und so gefesselt, dann würden Sie verstehen, daß ich hier so reden muß!«

Die ausländischen Korrespondenten eilten zu den Telefonkabinen und auf das Leipziger Hauptpostamt. Telegramme und Telefonate mit den Worten Dimitroffs flogen in alle Welt.

Die faschistische Presse lamentierte: »Ein Kerl, der stolz darauf ist, einen revolutionären Aufstand geführt zu haben, der jedem bürgerlichen Menschen ins Gesicht schreit, daß er gegen ihn kämpfe, der jede Sentimentalität von sich weist, findet den Beifall von bürgerlichen Korrespondenten . . .« Die »Leipziger Neuesten Nachrichten« schwankten zwischen Respekt und Haß: »Mit dem Bulgaren Dimitroff ist ein Mensch vor die Schranken getreten, der zweifellos ein Bolschewist von Format ist. Dieser Mann hat nichts mit dem politischen Sektierertum eines van der Lubbe, nichts mit dem Revolutionsbeamtentum eines Torgler zu tun . . . Es ist ganz gleich, welche Rolle er bei dem Reichstagsbrand gespielt hat. Das ist jedensfalls schon erwiesen, daß Dimitroff ein moralischer Brandstifter ungeheuerlichsten Ausmaßes ist . . . Die Kulturwelt muß dieses fleischgewordene Programm der III. Internationale auslöschen, wenn sie nicht in blutiger Nacht ohne Ende versinken will.«

Dimitroffs herausfordernde Rede hatte seine Gegner vorzeitig zur Formulierung ihrer eigentlichen Absichten gebracht. Im ausgeklügelten Ablaufplan der Prozeßleitung war zunächst vorgesehen gewesen, die fünf Angeklagten der direkten oder indirekten Tatbeteiligung zu überführen und sie damit unter das Gesetz vom 29. März über Verhängung und Vollzug der Todesstrafe zu bringen. Erst hernach sollte bewiesen werden, daß die Brandstiftung ein Teil des Konzeptes der Kommunistischen Partei Deutschlands und darüber hinaus des internationalen Kommunismus unter Leitung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion gewesen sei. Mit seinem offenen politischen Angriff hatte Dimitroff diesen Plan über den Haufen geworfen.

Dabei kannte er zu Beginn des Prozesses lediglich die Anklageschrift. Und über die allgemeine politische Entwicklung seit seiner Verhaftung wußte er nur so viel, wie er aus wenigen Exemplaren der Nazi-Presse herauslesen oder von eingelieferten Häftlingen erfahren konnte. Aber er hatte sich einen allgemeinen Plan seiner Verteidigung erarbeitet, und dieser wurzelte in der politischen Analyse. Ihre Grundlinien hatte er schon während

der Voruntersuchung schriftlich niedergelegt: »Nach meiner tiefen Überzeugung kann die Inbrandsetzung des Reichstages nur das Werk verrückter Leute oder aber der ärgsten Feinde des Kommunismus sein, die durch diesen Akt eine günstige Atmosphäre für die Zertrümmerung der Arbeiterbewegung und der Kommunistischen Partei Deutschlands schaffen wollten.«

Mit dieser Erkenntnis also trat er vor die Schranken des Gerichts. Unter diesem Gesichtspunkt registrierte er vom ersten Prozeßtage an jede Bemerkung der Zeugen, jeden Widerspruch in ihren Aussagen, jede Wendung in der Taktik des Präsidenten und der Ankläger. Er war der einzige, der sich auf diese Weise Schritt für Schritt in die Lage brachte, die ganze riesige Prozeßmaterie wirklich vollkommen zu beherrschen.

Die Presse nannte ihn einen »vollendeten Psychologen«, »einen vulkanischen Menschen«, der es Dr. Bünger schwermache, ihn auf die Anklagebank des Prozesses zu zwingen. Die Auslandskorrespondenten staunten über sein Gedächtnis, sein Wissen, seinen Scharfsinn, sie achteten seinen Mut, lachten über seine Schlagfertigkeit und seine Sarkasmen. Doch sie vermochten seine gesamte Persönlichkeit nicht zu erfassen, blieben weit unter dem, was er selbst als Anspruch an sich erhob. Für den ehemaligen Buchdrucker, den Gewerkschaftsfunktionär und Parteipolitiker, das Mitglied des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale war Politik eine Kunst, die Kraft der proletarischen Massenbewegung einzusetzen. Und um das zu können, war es nach seiner Auffassung notwendig, möglichst alle Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens – auch Sitten und Gewohnheiten, Wissenschaften und Künste – zu begreifen, sie in die politische Strategie und Taktik einzubeziehen.

Die langen Monate in der vergitterten Zelle des Untersuchungsgefängnisses Berlin-Moabit hatte Dimitroff in äußerlicher Trennung von der Welt des politischen Kampfes zubringen müssen. Er nutzte die Zeit, las etwa 7 000 Seiten deutscher Geschichte, größtenteils Werke der nationalistischen Historiker Schäfer, von Hofmann, von Sybel, Hohlfeld – und er gewann auf diese Weise einen tieferen Einblick in die historischen Bedingungen des Faschismus in Deutschland. Hitlers Buch »Mein Kampf« und Goebbels' »Kampf um Berlin« durchforschte er Satz um Satz – und er wußte danach mehr über seine Gegner. Das schwer erkämpfte Exemplar der deutschen Strafprozeßordnung nahm er immer wieder zur Hand – und er war bald so sachkundig, daß ihn das Gefängnispersonal für einen Juristen hielt. Als er schließlich am 3. August in den Besitz der Anklageschrift gelangte, studierte und analysierte er an ihr die gegnerische Strategie und Taktik. Ungeduldig hatte er den Beginn des Prozesses herbeigewünscht – »oft fühle ich mich als gefesselter Vogel, der Flügel hat und sie nicht gebrauchen kann«. Der Prozeß würde die Mauern des Gefängnisses öffnen, die verriegelten Tore durchlässig

machen, so daß er zu Freunden und Helfern sprechen konnte. Sein gedanklich gefaßtes, später auch in Stichworten formuliertes Konzept lautete:
- Verteidigung des Kommunismus,
- Entlarvung der nationalsozialistischen Provokation und Absichten des Anschlages,
- Enthüllung des wirklichen Gesichts des Faschismus,
- Ermunterung der Hunderttausende in Gefängnissen und Konzentrationslagern schmachtenden Revolutionäre,
- Ausdrücken des Protestes der Millionen Proletarier gegen den Faschismus,
- Erschütterung der nationalsozialistischen Massen,
- ein Beispiel für das Verhalten der Kommunisten in unzähligen laufenden und kommenden Prozessen.

Nach diesem Konzept widerlegte er seine Ankläger und griff an. Nach diesem Konzept bewies er während des Prozesses, warum aus ihm, dem Kommunisten, ein Brandstifter fabriziert werden sollte, obgleich schon während der Voruntersuchung bezeugt worden war, daß er in der Brandnacht im D-Zug München – Berlin gesessen hatte. Nach diesem Konzept überführte er mehr als ein Dutzend falscher Zeugen, die behaupteten, ihn, Popoff und Taneff zu verschiedenen Malen, in verschiedenen Kombinationen und an verschiedenen Orten, vor allem aber im Reichstag, in Begleitung van der Lubbes oder Torglers, gesehen zu haben. Dabei hielt er sich streng an einen Rat, den er oft auch anderen gegeben hatte: daß es die Aufgabe eines Revolutionärs vor Gericht ist, sich nicht nur abstrakt zu seiner Überzeugung zu bekennen, sondern konkret in die Prozeßmaterie hineinzuarbeiten, um auf sie einzugehen und anhand des Anklagematerials selbst die Verlogenheit des Gegners, seiner Methoden und Ideen nachzuweisen.

Am 4. November erschien der »Zeuge Göring« im Gerichtssaal, neben Hitler der mächtigste Mann des Regimes – und er wäre schwerlich gekommen, wenn er nicht glaubte, die Szene für sich und die herrschende Macht mit einem eklatanten Sieg krönen zu können. Doch er mußte sich auf ein Verhör einlassen, das nicht der Gerichtspräsident, sondern der Kommunist Dimitroff führte.

Dimitroff: »Nachdem Sie als Ministerpräsident und Innenminister Preußens die öffentliche Erklärung für Deutschland und die ganze Welt abgegeben haben, daß die Kommunisten die Reichstagsbrandstifter sind (Göring: Jawohl!), daß die Kommunistische Partei (Göring: Jawohl!) das gemacht hat, . . . mußte da nicht diese Ihre Einstellung für die polizeiliche Untersuchung und weiter für die richterliche Untersuchung die Richtung festlegen und die Möglichkeit ausschließen, andere Wege zu suchen und die richtigen Reichstagsbrandstifter zu finden?«

Göring: »Ich verstehe schon, was Sie sagen wollen . . . Ich selbst bin

aber nicht Kriminalbeamter. Ich selbst bin verantwortlicher Minister, und als solcher war es nicht so wichtig für mich, den einzelnen kleinen Strolch festzustellen, sondern die Partei, die Weltanschauung, die dafür verantwortlich war. Aber ich habe festzustellen: ... Es war ein politisches Verbrechen, und im selben Augenblick war es für mich klar, und ist es heute ebenso klar, daß in Ihrer Partei die Verbrecher zu suchen sind.«

Dimitroff: »Ist Herrn Ministerpräsident Göring bekannt, daß die Partei mit dieser verbrecherischen Weltanschauung, wie er sagt, den sechsten Teil von der Erde regiert? Das ist die Sowjetunion (Göring: Leider!) ... Durch ihre wirtschaftlichen Bestellungen haben Hunderttausende deutscher Arbeiter Arbeit bekommen ... Ist das bekannt?«

Präsident: »Dimitroff, ich untersage Ihnen, hier kommunistische Propaganda zu betreiben.«

Dimitroff: »Er macht hier nationalsozialistische Propaganda ... Diese Weltanschauung, übrigens diese bolschewistische Weltanschauung, herrscht in der Sowjetunion, dem größten und besten Lande der Welt, und hat hier in Deutschland Millionen Anhänger in Person der besten Söhne des deutschen Volkes, ist das bekannt?«

Von dieser Minute an steigerte sich die Stimmung im Gerichtssaal zu einem Hexenkessel. Ohnehin gereizt, verlor Göring nun vollends die Fassung: »Hören Sie mal, jetzt will ich Ihnen sagen, was im deutschen Volk bekannt ist. Bekannt ist im deutschen Volk, daß Sie sich hier unverschämt benehmen und hierhergelaufen kommen, um den Reichstag anzustecken ... Ich bin nicht hierhergekommen, um mich von Ihnen anklagen zu lassen. Sie sind in meinen Augen ein Gauner, der längst an den Galgen gehört.«

Dimitroff: »Ich bin sehr zufrieden mit der Erklärung des Herrn Göring.«

Präsident: »Ob Sie zufrieden sind oder nicht, das ist mir vollkommen gleichgültig.«

Dimitroff: »Sehr zufrieden! Ich stelle Fragen.«

Präsident: »Ich entziehe Ihnen jetzt das Wort. Setzen Sie sich hin!«

Dimitroff: »Ich habe sachliche Fragen zu stellen!«

Präsident: »Ich entziehe Ihnen das Wort nach dieser Fragestellung.«

Göring: »Hinaus mit Ihnen, Sie Schuft!«

Dimitroff: »Sie haben wohl Angst vor meinen Fragen, Herr Ministerpräsident?«

Eilends schloß der Präsident die Sitzung. Dimitroff wurde abgeführt und wiederum für drei Tage von der Verhandlung ausgeschlossen. Dies geschah nun schon zum fünften Male – ein Zeichen dafür, daß das Gericht den genauen, entlarvenden Fragen Dimitroffs nicht gewachsen war.

Dieser Mann war mehr als nur unbequem. Er verlangte, daß in der Anklageschrift genannte Zeugen, die nicht auftreten sollten, aus dem Dunkeln

geholt wurden. Er brachte ursprüngliche Hauptstützen der Anklage ins Wanken und bewirkte, daß sich Belastungszeugen vor dem Gericht und der Weltöffentlichkeit in Entlastungszeugen verwandelten. Er fragte, fragte, fragte – bis offenbar wurde, daß ein beachtlicher Teil der Zeugen gekauft, bestochen, zur Falschaussage gegen die angeklagten Kommunisten gepreßt worden war. Das ganze künstliche Gebäude der »Beweise« für die Mittäterschaft der Kommunisten brach in sich zusammen. Bekümmert mußte Senatspräsident Bünger feststellen: »Der Prozeß zieht sich schrecklich in die Länge. Es wird eben zuviel gefragt!« Und aus der holländischen Zeitung »De Telegraf« erfuhr die Öffentlichkeit: »Dimitroff ist dem alten Herrn an Schlauheit und Behendigkeit weit überlegen. Er lockt ihn unaufhörlich aus dem Bau, und der brave Präsident stürmt hinter ihm her und kann den Rückweg nicht finden.«

Zug um Zug gelang es Dimitroff, das Gericht und dessen Dirigenten aus der gewünschten Szene des großen politischen Angriffs in die Defensive zu drängen. Auch dem raffinierten Demagogen und Propagandaminister Goebbels gelang es nicht, diese Prozeßentwicklung aufzuhalten.

Das Gerichtsstenogramm vom 8. November 1933 überliefert den Schlagabtausch.

Dimitroff: »Hat der Zeuge nicht selbst im Rundfunk nicht nur die Kommunistische Partei, sondern auch die Sozialdemokratische Partei als Urheberin des Brandes hingestellt?«

Goebbels: »Für uns bestehen die Unterschiede beider Parteien nur in der Taktik und im Tempo, nicht aber im Grundsatz. Wenn wir also den Kommunismus als schärfste Form des Marxismus, als den Urheber des Reichstagsbrandes betrachten, so war damit selbstverständlich unsere Aufgabe gegeben, mit der Kommunistischen Partei auch die Sozialdemokratie zu vernichten . . .«

Dimitroff hatte diese Selbstenthüllung mit seiner Frage herausgefordert – er rechnete damit, daß derartige Aussagen des Propagandachefs von der Nazipresse zitiert und auf diesem Wege auch zur Kenntnis der Genossen gelangen würden. So gestaltete Dimitroff die Bank des Angeklagten zur Tribüne des revolutionären Kampfes. Seine Haltung und Argumente konnten die antifaschistische Bewegung erreichen, ihr womöglich neue Kräfte zuführen, eine taktische und strategische Orientierung geben. Wo immer sich während des Prozeßgeschehens die Gelegenheit bot, machte er verständlich, daß sich der Faschismus gegen alle Arbeiter, gegen alle oppositionellen Parteien und Gruppen richtet. Er deutete sogar die Breite der möglichen Widerstandsfront mit der Anspielung an, daß auch unter den Nationalsozialisten »ehrliche« Leute zu finden seien.

Als der November in seine letzte Woche ging, hatte die nationalsozia-

listische Prozeßleitung wohl schon ihre Hoffnung aufgegeben, die Anklage der Brandstiftung gegen die vier Kommunisten aufrechterhalten zu können. Nun sollte der sogenannte politische Teil des Prozesses beginnen. Fünf Stunden lang referierte der Leiter der »Zentralstelle zur Überwachung der kommunistischen Bewegung«, Kriminalrat Heller: eine schier endlose Verlesung von Polizeiberichten, Zeitungsartikeln und Dokumenten, bei der sich Tribünen und Pressetische lichteten, die Richter vor sich hindösten. Das Referat gipfelte in der Schlußfolgerung, die Kommunistische Partei Deutschlands habe beabsichtigt, durch Massenstreik zum bewaffneten Aufstand und dann weiter zum Umsturz zu gelangen.

Dimitroff reagierte zweifach. Zum ersten wies er nach, daß die KPD im Januar/Februar in einem Abwehrkampf gegen die faschistische Diktatur stand. Für diesen Abwehrkampf brauchte sie keine Putschpläne, sondern die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und den organisierten, offenen Massenwiderstand.

Zum zweiten prüfte Dimitroff die verlesenen »Beweisstücke« ganz konkret – er stellte die heikle Frage, warum sich denn unter dem Dokumentenberg nicht ein einziger Hinweis darauf befände, daß die bewaffneten Kräfte der Staatsmacht damals in Alarmbereitschaft gesetzt worden seien. Denn schlechterdings sei keine Regierung vorstellbar, die auf bekannt gewordene Aufstandspläne tatenlos reagiere. Die Antwort des Kriminalrats Heller zeigte wieder einmal die brüchige Argumentationskette auf seiten der Ankläger: »Ein solches Dokument habe ich nicht verlesen, habe ich auch nicht, ist auch nicht nötig!«

Dimitroff verlangte neue Zeugen für die Aufklärung der »Aufstandsfrage«, darunter die Vorladung Ernst Thälmanns. Seit er den Freund und hochgeachteten Kampfgefährten auf dem Hof des Moabiter Gefängnisses gesehen hatte, machte er sich Sorgen um dessen Schicksal. Das Gericht ignorierte Dimitroffs Antrag und ließ statt dessen eine Serie von Kriminalbeamten in den Zeugenstand rufen. Diese überboten sich gegenseitig mit phantastischen Erfindungen und wagten sogar die Behauptung, von kommunistischer Seite sei die Vergiftung von 18 000 Nationalsozialisten versucht worden. Doch nicht einer dieser Zeugen vermochte die These vom geplanten Aufstand im Frühjahr 1933 faktisch zu stützen.

»Aber die Kommunisten betrachten prinzipiell den bewaffneten Aufstand als Mittel zur Eroberung der Macht!« – Landgerichtsrat Dr. Lösche referierte über diesen unglaublich »verdächtigen« Sachverhalt ganze zwei Stunden lang und zog zum Beweis das Kommunistische Manifest und das Programm der Kommunistischen Internationale heran.

Die Situation im Gerichtssaal war kurios und dramatisch zugleich. Dimitroff »wunderte« sich, warum Lösche, dem Kenner des Materials, nicht be-

kannt sei, daß die Revolution kein einmaliger Akt und das Kommunistische Manifest kein Geheimdokument ist. Er fragte, weshalb Lösche ausgerechnet die letzten Sätze des Manifestes verschwiegen habe? Dann zitierte er laut vor verdutzten Gesichtern: »Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen. Proletarier aller Länder, vereinigt euch!«

Der Präsident geriet außer sich. Er wollte Dimitroff das Wort nehmen. Dieser aber bestand darauf, die Dinge beim Namen zu nennen: »Drei Viertel der Referate von Heller und Lösche waren gegen die Programmpunkte der Kommunistischen Partei gerichtet, die sich auf die Lehre von Marx und Lenin stützt. Wenn Sie konsequent sein wollen, so müßten Sie danach 6 Millionen Deutsche, den ganzen Weltkommunismus, die Millionenmassen kommunistischer Arbeiter in der ganzen Welt auf die Anklagebank setzen.«

Dann fügte Dimitroff hinzu, daß die eigentliche Frage dieses Gerichts sein müsse, ob die Kommunistische Partei Deutschlands wirklich für den 27. Februar 1933, den Zeitpunkt des Reichstagsbrandes, den bewaffneten Aufstand vorbereitet habe – und zwar nicht theoretisch, sondern praktisch. Eben dafür habe sich bisher nicht ein einziger gültiger Beweis gefunden!

Er fand sich auch nicht – im Gegenteil! Die 25 vorgeführten Häftlinge aus Gefängnissen und Konzentrationslagern, darunter der Kommunist Theodor Neubauer, sprachen ein klares Nein! Selbst jene, die während der Voruntersuchung unter der Folter zu einer anderen Aussage gepreßt worden waren, widerriefen nun. Dimitroffs Fragen, die bald behutsam, bald zupackend waren, bestärkten sie in dieser Haltung. Die deutsche kommunistische Bewegung hatte prachtvolle Kämpfer erzogen! Diese Genugtuung konnte Dimitroff in jenen Tagen erfahren, und sie wäre noch mehr genährt worden, hätte er gewußt, daß das illegale ZK der KPD seit Prozeßbeginn einen Informationsdienst herausgab, der etwa alle drei Tage erschien. Er wurde von den illegalen Bezirks- und Unterbezirksleitungen der Partei für Flugblätter und Zeitungen genutzt, die ihren verborgenen Weg bis in die Zimmer der Auslandskorrespondenten nahmen.

Ein beachtlicher Teil der Prozeßmeldungen, die nach dem Auftreten der Arbeiterzeugen in der Auslandspresse publiziert wurden, schlug nun die Tonart des holländischen »Maasbode« vom 5. Dezember an: »Heute ist der 50. Sitzungstag. Wir sind gern bereit, diese zum Nachdenken anregende Tatsache zu vergessen, um uns dadurch der Verpflichtung zu entziehen, Rückblicke zu werfen, die doch nichts anderes sein könnten als eine Quelle

der Freude über den internationalen Bolschewismus.« Kein Zweifel – das eigentliche, das politische Ziel des Prozesses war verfehlt! Die Anklage war glänzend widerlegt. Der Angeklagte war zum Ankläger geworden. Hier urteilte der Kommunismus über den Faschismus.

Am 6. Dezember erkrankte Dimitroff erstmalig in seiner Haft: Kreislaufstörungen – wohl ausgelöst durch die ungeheure Anstrengung, die der Prozeß für ihn bedeutete. Aber eine letzte Schlacht stand noch bevor. Er mußte sein Schlußwort halten, die Gelegenheit nutzen, um sein Urteil über den Prozeß, seine Initiatoren, das ganze Naziregime möglichst in geschlossener Rede vorzubringen.

Am 16. Dezember 1933 sagte der Präsident zu Dimitroff: »Sie haben das Recht auf das letzte Wort, und Sie können jetzt davon Gebrauch machen!« Wie am 23. September, als er in diesem Prozeß zum ersten Male zu Worte kam, so wandte er sich nun auf dem Höhepunkt seines kompromißlosen Kampfes erneut an jene, die er während der gesamten vierteljährlichen Verhandlung zu erreichen suchte – an die Genossen, die Freunde und Verbündeten, und auch an jene, die für eine breite antifaschistische Widerstandsfront noch zu gewinnen waren. Mitten im Lager und in der Gewalt des hemmungslosen Gegners legte der Hauptangeklagte des Reichstagsbrandprozesses noch einmal ein Bekenntnis für den Kommunismus ab: »Ich verteidige meine eigene Person als angeklagter Kommunist. Ich verteidige meine eigene kommunistische, revolutionäre Ehre. Ich verteidige meine Ideen, meine kommunistische Gesinnung. Ich verteidige den Sinn und den Inhalt meines Lebens.«

Schnell huschten die Stifte der Journalisten über das Papier. »Während der gerichtlichen Untersuchung hier im Prozeß habe ich viel gelernt . . . Die Nationalsozialisten brauchten ein Manöver, um von den Schwierigkeiten innerhalb des nationalen Lagers abzulenken und die Einheitsfront der Arbeiter zu durchbrechen. Die nationale Regierung brauchte einen imponierenden Vorwand für die Herausgabe ihrer Notverordnung vom 28. Februar, die die Freiheit der Presse und der Person abschaffte und ein System der Polizeiverfolgungen, der Konzentrationslager und anderer Kampfmittel gegen die Kommunisten errichtete.«

Dr. Bünger drohte, die äußerste Grenze sei nun erreicht. Dimitroff ließ sich auch in dieser letzten Phase des Prozesses nicht beirren: »So ist durch einen verdeckten Zweibund zwischen politischer Provokation und politischer Verrücktheit der Reichstagsbrand entstanden . . . Wir Bulgaren sowie Torgler müssen freigesprochen werden nicht wegen Mangels an Beweisen, sondern weil wir als Kommunisten mit dieser antikommunistischen Tat nichts zu tun haben und nichts zu tun haben konnten . . . Massenarbeit, Massenkampf, Massenwiderstand, Einheitsfront, keine Abenteuer – das ist

das Alpha und Omega der Kommunistischen Taktik ... Das Rad der Geschichte dreht sich vorwärts . . . Und dieses Rad, getrieben durch das Proletariat unter Führung der Kommunistischen Internationale, wird durch keine Ausrottungsmaßnahmen, durch keine Zuchthausstrafen und Todesurteile aufgehalten werden. Es dreht sich und wird sich drehen bis zum endgültigen Sieg des Kommunismus!«

Es nützte nichts mehr, daß Polizeibeamte diesen großartigen Agitator auf die Bank herunterzerrten. Er hatte das Urteil, dem Wesen nach, gefällt. Der antikommunistische Prozeß endete mit einer schweren moralischen Niederlage des Hitlerregimes und einem Sieg der antifaschistischen Bewegung. Todesstrafe für van der Lubbe und Freispruch für die anderen vier Angeklagten »wegen Mangels an Beweisen« – so lautete die juristische Formulierung des Richterspruchs.

Für die drei Bulgaren bedeutete der Freispruch jedoch nicht Freiheit, sondern »Schutzhaft« aufgrund der »Verordnung zum Schutz von Volk und Staat« vom 28. Februar. Dimitroff besann sich sehr wohl auf die Drohung, die Göring während ihres »Duells« ausgestoßen hatte: »Warten Sie nur, bis wir Sie außerhalb der Rechtsmacht dieses Gerichtshofes haben werden!« – Also bestand noch Gefahr für das Leben.

Die »Schutzhaft« dauerte wochenlang, zuerst in Leipzig, dann in der Berliner »Prinz-Albrecht-Straße«. Vergebens suchten Dimitroffs Schwester Jelena und seine siebzigjährige Mutter bei der bulgarischen Gesandtschaft um Hilfe nach. Die bulgarische Regierung betrachtete Dimitroff, Taneff und Popoff nicht mehr als ihre Bürger, weil sie als Revolutionäre die Staatsangehörigkeit verloren hätten. In dieser lebensbedrohlichen Situation brachte ein Moskauer Telegramm die entscheidende Hilfe: »Teilen Sie Genossen Dimitroff mit, . . . daß er, Taneff und Popoff seit gestern, d. h. seit dem 15. Februar 1934, Bürger der Sowjetunion sind.«

Am 27. Februar, kurz nach der Landung in Moskau, erklärte Georgi Dimitroff vor der Presse: »Wir haben Deutschland mit großem Haß gegen den deutschen Faschismus, aber auch mit großer Liebe, mit heißer Sympathie für die deutschen Arbeiter und Kommunisten verlassen. Infolge der strengen Isolierung konnten wir nicht genau wissen, was sie zu leiden haben und wie sie kämpfen. Doch bis ins Gefängnis und vor dem Gericht fühlten wir, daß die große deutsche Kommunistische Partei unerschütterlich auf ihrem Posten steht.«



Max von Laue

Von der Widerstandskraft des menschlichen Anstands

Als Albert Einstein seinen Austritt aus der Preußischen Akademie der Wissenschaften erklärt und diese am 1. April 1933, dem Tag des »Judenboykotts«, den größten lebenden Physiker mit einem diffamierenden Nachruf verabschiedet hatte, meldete sich gegen die Schweiger, Anpasser und Profaschisten ein einziger Mann zu Wort: Max von Laue, Nobelpreisträger für Physik und ordentliches Akademiemitglied seit 1920, verlangte die sofortige Einberufung einer Plenarsitzung. In der daraufhin stattfindenden Diskussion wandte er sich gegen die veröffentlichte Behauptung, daß die Akademie den Austritt Einsteins nicht bedauere, und er beanstandete, daß kein Physiker Gelegenheit erhalten hatte, an der Stilisierung der vom Unterrichtsministerium geforderten Stellungnahme der Akademie mitzuwirken.

Mit seinem Antrag, die Akademie solle sich öffentlich zu Einstein, ihrem langjährigen hauptamtlichen Mitglied, bekennen, drang Laue freilich nicht durch. Aber es war zweifellos seinem Einfluß zuzuschreiben, daß Max Planck zum Abschluß der Debatte über den »Fall Einstein«, in der Plenarsitzung am 11. Mai 1933, jene berühmt gewordenen Sätze ins Protokoll setzen ließ, in denen die wissenschaftlichen Leistungen Einsteins mit denen von Kepler und Newton verglichen wurden.

Die Methoden der faschistischen Gewaltherrschaft empörten Laue aufs tiefste. In seiner Selbstbiographie heißt es dazu: »Besonders schwer traf meinen Willen zum Recht die gesetzlose Willkür des Nationalsozialismus und meinen Gelehrtenstolz seine Eingriffe in die Freiheit der Wissenschaft und der Hochschulen. Niemals, auch nicht 1918/19, bin ich daher in solcher Verzweiflung um das Vaterland gewesen, wie während seines Todeskampfes 1933/34. Gleich vielen anderen zitierte ich damals im stillen häufig die Verse: ›Denk ich an Deutschland in der Nacht, so bin ich um den Schlaf gebracht.‹ Oftmals fragte ich mich, wenn mir beim Aufwachen die Schrecknisse des letzten Tages einfielen, ob ich sie nicht nur geträumt habe. Leider waren sie Wirklichkeit, harte Wirklichkeit.«

Laue brachte seine Mißbilligung gegenüber der faschistischen Diktatur zum ersten Male öffentlich zum Ausdruck, als er auf der Würzburger Physikertagung im September '33 eine Ansprache hielt. An die Verurteilung des Galilei durch die Inquisition erinnernd, wiederholte er dessen legendären Ausruf »Und sie bewegt sich doch!« – eine deutliche Anspielung auf die Verfemung Einsteins und eine Absage an den faschistischen Gesinnungsterror. Der Nazi Johannes Stark, der sich jetzt als »Führer« der deutschen Physiker aufspielte, reagierte denn auch auf Laues Rede: Er drohte allen Physiker-Kollegen, die sich den nationalsozialistischen Vorstellungen und Zielen nicht freiwillig unterwürfen, mit der Anwendung von Gewalt.

Auf derselben Linie der bedingungslosen Ablehnung des Nazismus lag Laues Eintreten für den Chemiker und Nobelpreisträger Fritz Haber, der als Weltkriegsteilnehmer zwar selbst noch durch die neuen Gesetze »geschützt« war, aber aus Protest gegen die antisemitische Kaderpolitik der braunen Machthaber sein Amt als Direktor des Instituts für physikalische Chemie und Elektrochemie der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Frühjahr 1933 niedergelegt hatte und ins Ausland gegangen war. Lise Meitner schrieb dazu 1960: »Als Professor Haber 1933 vor dem Entschluß stand, Deutschland zu verlassen, damals noch Habers eigener Entschluß, der ihn aber sehr unglücklich machte, waren von Laue und ich fast täglich bei Haber, und ich war voll Bewunderung über Laues Einfühlungsvermögen und die Herzenswärme, mit der er Haber seine schwierige Situation zu erleichtern suchte.« Nachdem Haber ein knappes Jahr später, im Januar 1934, in der

Schweiz verstorben war, seelisch völlig zerbrochen an den unmenschlichen Ereignissen in seinem deutschen Vaterland, veröffentliche Laue in den »Naturwissenschaften« im Februar desselben Jahres einen Nachruf. Darin hieß es zum Schluß: Wie Themistokles nicht als der Verbannte am Hofe des Perserkönigs, sondern als der Sieger von Salamis in die Geschichte eingegangen sei, so werde Haber als der geniale Erfinder jenes Verfahrens überdauern, das der technischen Stickstoffgewinnung aus der Atmosphäre zugrunde liegt – »als der Mann, der auf diese Weise Brot aus Luft gewann und einen Triumph errang im Dienste seines Landes und der ganzen Menschheit«.

Die Reaktion der Machthaber auf die Bekundungen antifaschistischer Gesinnung ließ nicht lange auf sich warten. Wegen seiner politischen Anspielungen in der Würzburger Ansprache und im Nachruf auf Haber wurde Laue vom Unterrichtsministerium mit einer »Zurechtweisung« bestraft. Er mußte aus der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt, in der er jahrelang erfolgreich als theoretischer Berater tätig gewesen war, ausscheiden, nachdem Johannes Stark zum Präsidenten dieser Anstalt ernannt worden war. Obwohl Laue einstimmig zum Nachfolger Einsteins als hauptamtliches Mitglied der Akademie gewählt wurde, verweigerte das Ministerium die Bestätigung ohne Angabe von Gründen.

Was die Disziplinarmaßnahmen angeht, so meinte Laue in seiner späteren Selbstbiographie, man habe im Ministerium wohl das Bedürfnis gefühlt, etwas für sein Amüsement zu tun. In der Rückschau mochte ihm das so erscheinen; jedoch zur Zeit der Ereignisse, im Frühjahr '34, war seine Lage, wie Briefe beweisen, alles andere als amüsant. Die NSDAP, bei der man ihn denunziert hatte, nahm Laue schon seit Jahresanfang ins Visier. »Es geht eine Hetze gegen mich los«, schrieb er aus der Schweiz an einen Freund. Laue war als Mitglied eines Verbandes ehemaliger Offiziere aufgefordert worden, der SA-Reserve II beizutreten; er hatte diese Aufforderung aber mit der Begründung abgelehnt, daß ein Beitritt zur SA unter Umständen Verpflichtungen nach sich ziehe, die er mit seinem Gewissen nicht vereinbaren könne. Das war eine deutliche Ablehnung der verbrecherischen Aktivitäten dieser Organisation. Nur sein weltweiter wissenschaftlicher Ruf, der Nobelpreis und wohl auch seine Herkunft – Laues Vater war preußischer Heeresjustizbeamter im Generalsrang – bewahrten ihn vor dem Schlimmsten.

Keine Zurechtweisung, keine Hetze konnte Laue daran hindern, in seinen Vorlesungen und Vorträgen weiterhin von Einstein und der Relativitätstheorie zu sprechen, ganz im Gegensatz zu den meisten seiner Physiker-Kollegen, insbesondere den jüngeren, die sich behutsamer Umschreibungen bedienten, um politische Unannehmlichkeiten zu vermeiden. In »Furcht und

Elend des Dritten Reiches« hat Brecht die ideologische Lage auf dem Gebiete der Physik anschaulich und mit geradezu dokumentarischer Genauigkeit geschildert. Der Szene »Physiker« sind die Verse vorangestellt:

»ES kommen die Herren Gelehrten
Mit falschen Teutonenbärten
Und furchterfülltem Blick.
Sie wollen nicht eine richtige,
Sondern eine arisch gesichtige
Genehmigte deutsche Physik.«

Mit der arisch gesichtigen »Deutschen Physik«, die der Heidelberger Physiker Philipp Lenard auf der Grundlage seiner Vorlesungsmanuskripte in vier Bänden (1936/37) herausgab, setzte sich Laue als Rezensent in einer Weise auseinander, die der Physikochemiker Walther Nernst in einem Brief an ihn kommentierte: »Sehr treffend finde ich, daß Sie über den Titel ›Deutsche Physik‹ nichts sagen, sondern nur auf das Verschweigen gerade deutscher Physiker, wie Röntgen und Planck, hinweisen; durch nichts konnte der blödsinnige Gesamttitel stärker ad absurdum geführt werden!«

Laues antifaschistische Gesinnung war auch im Ausland bekannt und wurde dort gebührend gewürdigt. Dies beweisen unter anderem die Ausführungen des sowjetischen Kristallphysikers Abram F. Joffe, der in seinem Erinnerungsbuch »Begegnungen mit Physikern« erklärte, daß Laue in den Jahren des Faschismus eine »fortschrittliche Haltung« eingenommen habe: »er half aktiv den Opfern des Faschismus und kämpfte gegen dessen Anhänger«. Auf derselben Linie liegt das Zeugnis Einsteins, der nach dem Sturz des Faschismus an Laue schrieb: »Wie habe ich mich mit jeder Nachricht von Dir und über Dich gefreut. Ich hab nämlich immer gefühlt und gewußt, daß Du nicht nur ein Kopf, sondern auch ein Kerl bist.«

In den Jahren des Dritten Reiches ermöglichte Laue manchem verfolgten Fachkollegen die Flucht ins Ausland, mitunter durch seine persönliche Mitwirkung. So brachte er einen jüngeren Physiker, der sich bedroht glaubte, mit seinem Kraftwagen an die tschechoslowakische Grenze. Vielen, die aus rassischen oder politischen Gründen auswandern mußten, suchte er die Wege dadurch zu ebnen, daß er den ausländischen Hilfsorganisationen oder anderen Stellen brieflich Näheres über die besonderen Fähigkeiten und Wünsche der Flüchtlinge mitteilte. Diese für die Vertriebenen oft lebenswichtigen Empfehlungsbriefe ließ er auf sicheren Wegen über die deutsche Staatsgrenze bringen und im Ausland zur Post geben, damit sie nicht etwa bei der Postzensur der Gestapo in die Hände fielen. Es trifft zu, was später der Physiker Sommerfeld geschrieben hat: Max von Laue sei in der Nazizeit »ein Hort der Unterdrückten« gewesen. Besonders warmherzig setzte er sich für Arnold Berliner ein, den Gründer und langjährigen Herausgeber der

Zeitschrift »Die Naturwissenschaften«, der 1935 als Jude seine Stellung verlor. Laue besuchte den Verfemten oft in seiner Wohnung und unterstützte ihn, bis dieser schließlich, 1942, der »Endlösung der Judenfrage« zum Opfer fiel. Laues Haltung des menschlichen Anstands war nicht nur »unerwünscht«; sie brachte ihn beständig in persönliche Gefahr.

Von den Fenstern des Instituts für theoretische Physik, im Obergeschoß des Hauptgebäudes der Berliner Universität, blickte der Gelehrte immer wieder mit Verachtung und Hohn auf die braunen Marschierer, die in der Straße Unter den Linden, faschistische Haßgesänge grölend, vorüberstampften. Seinen einzigen Sohn schickte er zum Studium in die Vereinigten Staaten, »damit er nicht in die Zwangslage käme, für einen Hitler kämpfen zu müssen«. Er selbst war entschlossen, in seinem Vaterlande auszuharren, weil er – wie er in seiner Selbstbiographie bekannte – nicht eine der wenigen Professuren in Anspruch nehmen wollte, die im Ausland für geflüchtete Physiker aus Deutschland verfügbar waren, und weil er es für seine Pflicht hielt, nicht ohne zwingende Notwendigkeit das Feld zu räumen. »Vor allem wollte ich aber«, schrieb er, »sogleich zur Stelle sein, wenn nach dem von mir stets vorausgesehenen und erhofften Zusammenbruch des ›Dritten Reiches‹ sich die Möglichkeit zu einem kulturellen Wiederaufbau auf den Ruinen bot, die dieses Reich schuf.«

Die überlieferten Archivdokumente lehren, daß Laue den Nazis selbst in formalen Dingen nicht entgegenkam. In amtlichen Schreiben an Behörden vermied er die damals üblichen und abverlangten Grußformeln, und wenn er sie in wichtigen Eingaben und Berichten an übergeordnete Dienststellen nicht umgehen konnte, so ließ er sie in Sperrschrift schreiben, als ob er sich darüber lustig machen wollte.

Einstein, dem das knieweiche Verhalten der Mehrheit der deutschen Wissenschaftler sehr mißfiel, schätzte Laue als einen der wenigen in Deutschland verbliebenen namhaften Forscher, die sich nicht »gleichschalten« ließen. Einem deutschen Fachkollegen, der ihn 1936 in Princeton besuchte und beim Abschied fragte, ob er in Deutschland etwas für ihn erledigen könne, antwortete er: »Grüßen Sie Laue!« Auf die Rückfrage, ob er denn nicht auch anderen deutschen Physikern Grüße übermitteln solle, wiederholte Einstein nur: »Grüßen Sie Laue!«

Im Unterschied zu Einstein war Laue allerdings nicht schon frühzeitig als ein politisch fortschrittlicher Geistesschaffender hervorgetreten. Den chauvinistischen Aufruf, mit dem deutsche Wissenschaftler und Künstler im Oktober 1914 die deutsche Kriegsführung unterstützten, hat er zwar nicht unterzeichnet, weil man ihn nicht dazu aufgefordert hatte; aber mit dem Inhalt dieses Papiers war er einverstanden. Der historische Sinn der deutschen Novemberrevolution, die Einstein so jubelnd begrüßte, blieb Laue ver-

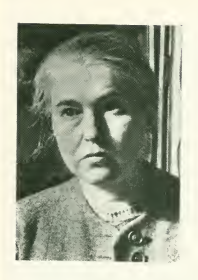
schlossen. In einem Vortrag über das physikalische Weltbild, den er 1921 auf der »Kieler Herbstwoche« hielt, bezeichnete er den Kieler Matrosenaufstand – der das Signal zur Massenerhebung gegen die herrschenden Klassen des imperialistischen deutschen Kaiserreiches gegeben hatte – als ein Ereignis, an das man nur »in tiefster Trauer und Scham« denken könne. Als die Konterrevolution gegen die Münchner Räteregierung marschierte, telegrafierte Laue, der sich damals in Bayern aufhielt, an das Unterrichtsministerium in Berlin, ob es mit seinem Eintritt in ein Freiwilligenkorps »gegen den Bolschewismus« einverstanden sei. »Ihr vorbildlicher Entschluß gern genehmigt«, ließ der Minister ihm in einem »Staatstelegramm« lobend antworten. Also »diente« Laue, der das Militärwesen innerlich haßte, der nur auf Drängen seines Vaters Reserveleutnant geworden war und im Weltkrieg keinen Waffendienst zu leisten brauchte, vier Wochen lang als Funker bei der von dem späteren Naziführer Ritter von Epp befehligten »Bayerischen Schützenbrigade«; er kam aber nicht mehr zum Einsatz. Unter welches Gesindel der Gelehrte da geraten war, zeigt die aktenkundige Tatsache, daß er nachher seine Geldtasche mit allen Papieren vermißte.

Als Sohn eines Generals und Schwiegersohn eines Majors fiel es Laue offensichtlich nicht leicht, sich aus den überlieferten konservativen Anschauungen zu lösen. Dies ist ihm mit den Jahren nur allmählich gelungen – vollständig erst unter dem Erleben der faschistischen Schreckensherrschaft. Treffend schrieb Einstein 1944 in einem Brief an Max Born über Laue: »Bei ihm war es interessant zu beobachten, wie er sich schrittweise von den Traditionen der Herde losgerissen hat unter der Wirkung eines starken Rechtsgefühls.« Wenn Laue nicht mit allen politischen Anschauungen und Verhaltensweisen seines Freundes und Altersgenossen Einstein einverstanden sein konnte, so wurde er doch wie dieser ein unversöhnlicher Gegner des Krieges und des Militarismus, und er machte auch aus seiner Ablehnung des Antisemitismus niemals ein Hehl. Rassistische Auffassungen waren ihm wesensfremd. »Nie hatte ich vor 1933, wenn ich eine Freundschaft schloß, über die ›Rasse‹ des andern auch nur nachgedacht«, schrieb er dazu. Als im August 1920 antisemitische Kräfte auf einer Hetzveranstaltung in der Berliner Philharmonie gegen Einsteins Relativitätstheorie auftraten und diesen in seiner wissenschaftlichen und menschlichen Ehre angriffen, trat Laue, unterstützt von seinen Kollegen Nernst und Rubens, nachdrücklich für den Beleidigten ein. Die von ihm verfaßte Erklärung, die in einigen Tageszeitungen veröffentlicht wurde, zählt zu den politischen Ruhmesblättern der deutschen Gelehrtengeschichte.

Sonst freilich sparte Laue lange Zeit mit öffentlichen Erklärungen; noch im Mai 1933 vertrat er in einem Brief an Einstein die Ansicht, daß Wissenschaftler in politischen Dingen vor der Öffentlichkeit zurückhaltend sein

sollten. Das änderte sich mit den Erfahrungen im faschistisch beherrschten Deutschland. 1946 schrieb Laue an Lise Meitner, es komme darauf an, »der Welt zu zeigen, daß deutsche Gelehrte öffentlich und unmißverständlich vom Hitler-Geist abrückten«. Dieser Weg führte Laue schließlich zum weltbekannten Manifest der »Göttinger Achtzehn«, die sich im April 1957 gegen den Mißbrauch der Kernenergie für militärische Zwecke und gegen die geplante Atomaufrüstung der Bundeswehr wandten. Laue hatte aus der Geschichte gelernt. Die Grußadresse, die ihm das ZK der SED zu seinem 80. Geburtstag am 9. Oktober 1959 schickte, würdigte sein wiederholtes öffentliches Eintreten für eine Wissenschaft und Technik, die allein humanistischen und friedlichen Zwecken dienen sollte.

Der Entdecker der Röntgenstrahl-Interferenzen erscheint in der Rückschau nicht nur als einer der Klassiker in der Physik des 20. Jahrhunderts, sondern auch als einer der großen bürgerlichen Vorkämpfer für die Sache der Menschlichkeit und des Völkerfriedens. In der dunkelsten Zeit der neueren deutschen Geschichte bewährte sich Max von Laue als ein aufrechter und unbeugsamer Charakter. Mit Recht schrieb Einstein daher 1946 an ihn: »Ich bin mir bewußt, daß Du Dich wundervoll gehalten hast in diesen unsagbar schweren Jahren, daß Du keine Kompromisse gemacht hast und Deinen Freunden und Überzeugungen treu geblieben bist, wie nur ganz wenige.«



Anna Seghers

Lernen an Österreich

Sie stand auf dem Bahnhof in Graz und wartete auf den Zug, der sie nach Bruck an der Mur bringen sollte – eine junge Frau, schlank, zurückhaltend gekleidet, auffällig nur dadurch, daß die vollen schwarzen Haare straff zurückgekämmt, in einen Knoten gezwängt waren und so das ovale, angestrengt wirkende Gesicht mit den großen dunklen Augen besonders betonten. In diesem Jahr schüttete der Frühling seine Flieder- und Kastanienblüten so verschwenderisch über die Menschen, als wollte er zudecken, was im Februar geschehen war. Ob sich diese Frau wohl anrühren ließ von der frohlockenden Natur? Was suchte sie im April 1934 hier in der Steiermark?

Nicht Reise- und Wanderlust hatten Anna Seghers nach Graz verschlagen. Es war ein bitterer innerer Auftrag, dem sie folgte, bitter wie so vieles, was

sie während des letzten Jahres erfahren mußte. Die kurze Vernehmung durch Hitlers Schergen im Februar 1933 in ihrer Berliner Wohnung war für sie und ihren Mann, einen ungarischen Wissenschaftler und Funktionär der KPD, Warnung genug gewesen. Kaum entkommen, waren beide in die Schweiz geflohen. Sie hatte das Denkmal Georg Büchners, in der Umgebung von Zürich, sofort und scharf als Vorwegnahme eigenen Schicksals empfunden. Seitdem verließ sie das Gefühl nicht, zu den »Obdachlosen dieser Welt« zu zählen; denn für einen Emigranten, der weiterhin politischen Widerstand gegen Hitler leisten wollte, der dazu noch gezwungen war, vom Ertrag wissenschaftlicher und literarischer Arbeit zu leben, konnte die Schweiz mit ihrer restriktiven Flüchtlingsgesetzgebung nur eine Durchgangsstation bleiben. Also war Frankreich das nächste Ziel.

Paris schien fürs erste Sicherheit zu gewähren. Doch einmal zur Ruhe gekommen, trat das ganze bedrückende Ausmaß des Exildaseins hervor: Heimweh quälte, die deutsche Sprache fehlte – so wie Anna Seghers empfanden viele Schriftsteller, die als Produzenten einer von den Nazis gehaßten und verfolgten Fortschritts-Ideologie hatten fliehen müssen. Für viele von ihnen war Paris zu einem Treffpunkt geworden, wo sie die gewohnten Grundlagen ihrer literarischen Arbeit entbehren mußten. Sich an einen Tisch zu setzen und zu schreiben, das mochten sie zur Not noch können. Aber worüber, für wen sollten sie schreiben? Verloren waren die Verlage, die ihre Bücher druckten; verloren die deutschen Leser; verloren eine durch Presse, Funk, Organisationen, Kundgebungen vermittelte Öffentlichkeit, in der ihre Arbeiten aufgenommen und diskutiert werden konnten. Doch schlimmer noch als diese Verhältnisse bedrückten die geistigen Auswirkungen der Flucht. Waren mit dem Machtantritt der Faschisten nicht alle Bestrebungen und Hoffnungen linksbürgerlicher Autoren, die Weimarer Republik für eine Humanisierung von Mensch und Gesellschaft zu nutzen, aufs grausamste gescheitert? Hatte zusammen mit der Arbeiterklasse nicht auch die proletarisch-revolutionäre Literaturbewegung eine Niederlage historischen Ausmaßes erleiden müssen? Besaß das Schreiben überhaupt noch einen Sinn?

Verzweiflung und Resignation, zumindest Unsicherheit und Ratlosigkeit belasteten viele. Er »habe beinahe überall stärkste Entmutigung und Verwirrung angetroffen«, meinte Bertolt Brecht, mit dem Anna Seghers im März 1933 in Zürich sprach. »Es gibt genug Freunde unter uns«, schrieb auch Johannes R. Becher, die der Literatur als einer wirkungsvollen »Macht nicht mehr vertrauen«. »Es ist ziemlich ekelhaft, und uns geht es so so«, urteilte Anna Seghers selbst in einem Brief an Hans Henny Jahnn, sobald sie in Paris war. »Doch wäre ich froh, Sie kämen im Winter her. Denn dann ist es schon besser, wir sind mehrere und können – ohne uns auf dem Hals zu liegen – uns dann und wann aussprechen.«

Der Ausweg hieß Arbeit: »Ich arbeite viel, arbeite mich totmüde, das ist mir am liebsten!« Diese Frau, knapp dreiunddreißig Jahre alt, auf der neben den Problemen eigener literarischer Arbeit auch die Sorgen um die beiden kleinen Kinder lasteten (war doch der Mann mit umfangreichen politischen Aufgaben betraut), übernahm außerdem selbst noch ein umfangreiches Programm politischer Aufgaben. In Paris führte sie weiter, was seit 1928, seit sie Mitglied der KPD geworden war, zu ihrer Lebensweise gehörte. Mit politischer Tätigkeit war den Gefahren des Exils, den Verlusten und dem Schock der Niederlage zunächst am wirkungsvollsten zu begegnen; auf diesem Feld war Fortsetzung, ja Steigerung des vor 1933 Begonnenen nicht nur möglich, sondern auch geboten. Den deutschen Faschisten sollte nicht gelingen, was Goebbels am 10. Mai so marktschreierisch verkündet hatte – die humanistischen Literaturbewegungen zu liquidieren. An den hohen Grad der Organisiertheit sozialistischer literarischer Produktion, wie er seit dem Ende der zwanziger Jahre erreicht worden war, konnten vor allem die Kommunisten anknüpfen und dafür sorgen, daß die meisten emigrierten Künstler sich bald zu neuer Arbeit erhoben.

Anna Seghers beteiligte sich an dieser Sammlung aller geflüchteten antifaschistischen Schriftsteller. Sie half, auch im Exil ein System von Organisationsformen zu schaffen, die sowohl die Literaturproduzenten zusammenfaßten als auch die Wirkung literarischer Arbeit wenigstens notdürftig vorbereiteten und lenkten. Sie war dabei, als sich die in Deutschland zerschlagenen Vereinigungen, der »Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller« und der »Schutzverband Deutscher Schriftsteller«, in Paris neu konstituierten. Sie beteiligte sich als Redaktionsmitglied der Exilzeitschrift »Neue Deutsche Blätter« (seit September 1933) am Aufbau eines antifaschistischen Pressewesens. Sie gehörte dem internationalen Komitee zur Einrichtung einer »Deutschen Freiheitsbibliothek« an. Doch damit nicht genug: Sie stellte sich auch rein politischen Zwecken zur Verfügung, arbeitete für das Londoner Kinder-Weltkomitee zur Rettung und Unterstützung von Kindern und Frauen inhaftierter Antifaschisten in Deutschland, half dem in Paris neugegründeten »Verband Deutscher Jugend« und wirkte zusammen mit den Freunden Otto Biha, Theodor Balk, Egon Erwin Kisch für die Befreiung Ernst Thälmanns.

Auch auf dem Gebiet des Literaturschaffens wurde zunächst fortgeführt, was in Berlin begonnen worden war: Der Roman »Der Kopflohn« konnte vollendet werden und schon im Herbst 1933 in Amsterdam erscheinen, wo der holländische Verleger Emanuel Querido den geflüchteten Autoren neue Publikationsmöglichkeiten schuf. Das Honorar für dieses Buch sicherte einige Monate lang den Lebensunterhalt. Dann versuchte sich Anna Seghers an einer Skizze, die den Terror der Nazis in einem Gefängnis beschrieb.

Hatte sie in Deutschland selbst mit ansehen müssen, wie Arbeiter gefoltert wurden? Jedenfalls berichtete sie mit der Haltung eines Augenzeugen und in der für sie ungewöhnlichen Ich-Form; ihre schon im September 1933 in der Zeitschrift »Internationale Literatur« in Moskau publizierte Skizze »Das Vaterunser« zählt, zusammen mit den Reportagen Egon Erwin Kischs und dem Bericht Hans Beimlers, zu den ersten literarischen Dokumenten, die im Ausland über den faschistischen Terror informierten.

Doch dieser kurze Zeitungstext, für schnellste Verbreitung angefertigt, verriet auch ein Schreibproblem: Sollte sich diese Autorin hinfort damit zufriedengeben, nur als Zeuge der Gegebenheiten und des Leidens an ihnen aufzutreten? Mit welch einer Sicherheit, bereits Endgültiges wissen und formulieren zu können, hatte Anna Seghers im September 1932 einer Arbeiterkorrespondentin ihr Schreibprogramm erklärt: »Denn wir schreiben ja nicht, um zu beschreiben, sondern um beschreibend zu verändern!« Nur einige Monate sollten vergehen, und alles das schien in Frage gestellt. Seit dem Januar 1933 war die Wirklichkeit unvorstellbar verändert: Wie sollte Literatur da noch revolutionierende Impulse wecken können?

In dieser Situation mußten die Vorgänge in Österreich wie ein An-Ruf wirken. Auch in Paris überstürzten sich die Zeitungsnachrichten, als am 12. Februar 1934 die Schüsse der Arbeiter in Linz das Signal zum Widerstand gegen Diktatur und Faschismus gaben. Endlich: der erste bewaffnete Abwehrkampf eines Volkes seit nahezu elf Jahren, seit dem bulgarischen Septemberaufstand von 1923. Das Maschinengewehrfeuer in Linz löste auch in Wien den Aufstand aus, jetzt stand dort ein ganzes Land in Aufruhr. Doch als vier Tage später die klerikal-faschistischen Garden des Kanzlers Dollfuß den ungenügend vorbereiteten und geführten Arbeiteraufstand in Blut und Terror erstickten, triumphierten auch in den bourgeoisen Blättern Frankreichs die Lüge und die Verleumdung, der Haß und das Vergeltungsgeschrei. Da entschloß sich Anna Seghers kurzerhand, nach Österreich zu reisen – auch wenn es ihr schwerfiel, die beiden Kinder wieder einmal in der Obhut fremder Menschen zurückzulassen.

Deshalb also stand sie nun hier in Graz auf dem Bahnhof: Sie suchte die Gelegenheit, sich unmittelbar mit der Wirklichkeit des Kampfes auseinanderzusetzen, einer Wirklichkeit, die in vieler Hinsicht mit der Lage in Deutschland verwandt war. Hier konnte sie an Ort und Stelle mit eigenen Sinnen erkunden, was den bewaffneten Widerstand der Arbeiter möglich, den Sieg aber vereitelt hatte und – wie die werktätigen Menschen mit der Niederlage fertig zu werden vermochten. Das konkrete Studium der Realität als Grundlage literarischer Darstellung: Diese Bedingung hatte sich seit Beginn ihrer schriftstellerischen Laufbahn als das Hauptproblem ihres Erzählens erwiesen. Die Flucht aus Deutschland, immer mehr kam ihr das

zum Bewußtsein, hatte gerade das unterbrochen, was sie am dringendsten brauchte, um weiterzukommen: den unmittelbaren Kontakt zu den Menschen, zu ihren tatsächlichen Lebensäußerungen und Lebensverhältnissen. Je mehr sie darüber nachdachte, warum sie die Strapazen dieser Reise auf sich nahm, desto klarer wurde ihr, daß es um den Zusammenhang zwischen der politischen Tat und der Kunst des Erzählens ging. Gespannte Erregung beherrschte die Frau, die auf den Zug wartete. Sie stand an einem entscheidenden Punkt ihres Lebens.

In Wien hatte sie an zahlreichen Gerichtsprozessen gegen die aufständischen Arbeiter teilgenommen. Sie bewunderte ihren Mut, ihr Aufbegehren – selbst noch Auge in Auge mit den Richtern. Sie studierte das Vorgehen der bourgeoisen Klassenjustiz. Jetzt wollte sie von Bruck aus über die Hochalm gehen in Richtung der jugoslawischen Grenze und dann zurück nach Leoben: Sie wollte den Weg abschreiten, den vor ihr einer der führenden Kämpfer, Koloman Wallisch, auf seiner Flucht zurückgelegt hatte, bis er in Leoben durch Verrat in die Hände seiner Mörder fiel.

Eine Reportage als erstes, rasch lieferbares Ergebnis dieser Wanderung schwebte ihr vor; die in Prag erscheinende Exilzeitschrift »Neue Deutsche Blätter« wartete schon auf den Text. Sie wollte dessen Strukturen aus der Wirklichkeit selbst übernehmen, denn die einzelnen Stationen ihres Weges – die Eisenbahnfahrt, ein Gang durch Bruck, der Aufstieg zur Hochalm und die kurzen Rastzeiten im Wirtshaus, in Bauernstuben, in Jagd- und Sennhütten und schließlich der Aufenthalt in Leoben – boten Gelegenheit, die Stätten des Kampfes aufzusuchen, das Wüten der Konterrevolution sogar gegen die Toten in den zertrampelten Gräbern und Friedhofsecken zu beschreiben. Sie wollte Gespräche mit den Menschen führen und so die Situation im Lande nach dem Februaraufstand erkunden.

Diese »Reisereportage« mit ihren tagespolitisch wichtigen Informationen sollte jedoch nur das äußere Gerüst des Erzählens bilden. Eine ausführlichere »Information«, als sie es von Bruck aus tun konnte, hatte Ilja Ehrenburg mit seiner Reportage »Der Bürgerkrieg in Österreich« bereits im März in den »Neuen Deutschen Blättern« gegeben. Anna Seghers wollte sich auf ein anderes Anliegen konzentrieren. Ging sie den »letzten Weg des Koloman Wallisch« nach – so wollte sie auch ihre ganze Aufmerksamkeit diesem einen Menschen zuwenden, nach seinen Möglichkeiten, Leistungen und Irrtümern fragen, und so die Reportage in eine Erzählung hinüberwachsen lassen. Aber wußte sie auch, welchen Menschen sie damit in den Mittelpunkt ihrer Aufmerksamkeit rückte?

Die Erinnerung an diesen Mann rührte sofort an das Grundproblem der österreichischen Vorgänge. Die Arbeiter hatten zwar, anders als in Deutschland, die Waffen erhoben, um die Reste der »Demokratischen Republik« zu

verteidigen; aber sie blieben weitgehend ohne Führung, wagten die Erhebung gegen den Willen des sozialdemokratischen Parteivorstandes und begannen den Kampf erst zu einem Zeitpunkt, da ein Sieg schon fast aussichtslos geworden war. Dieser Widerspruch zwischen dem revolutionären Willen der Arbeiter und Schutzbündler einerseits und der Politik des Parteivorstandes andererseits vereitelte ein organisiertes, einheitliches, offensives Handeln. Nicht der Angriff, sondern die Verbarrikadierung der Arbeiter in ihren Wohnhöfen charakterisierte das Bild dieses Februaraufstandes. Als Dollfuß zum entscheidenden Schlag gegen die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse, gegen die Ergebnisse der Nachkriegsrevolution ausholte, als er die staatliche Gewalt zur Errichtung einer faschistischen Diktatur einzusetzen begann, da entlarvte sich auch hier in Österreich die Ohnmacht rechtssozialdemokratischer opportunistischer Politiker. Allen, Freund wie Feind, mußten Versagen und Schuld dieser »Führer« an der Niederlage der Arbeiterklasse offensichtlich werden.

Und doch wandte sich Anna Seghers einem führenden Funktionär dieser sozialdemokratischen Partei zu. Auch Ehrenburg hatte in seiner Reportage von Wallisch berichtet. Er hatte in gedrängter Kürze einen Menschen gezeichnet, der »standhaft und einfach« am Galgen starb und noch als Sterbender die Herrschenden erzittern ließ: »Von ihm sprach man nicht wie von einem Parteifunktionär, sondern als von einem unerschrockenen Verteidiger aller Unterdrückten. Das erinnert an die alten Lieder von den edlen Räubern, die sich an den Reichen für das Leid der Armen rächten.« Aber wo Ehrenburg endete, da erwachte das Interesse der Seghers.

Auch sie sah das Vorbildhafte, Ermutigende dieses Menschen. Seine Geschichte hatte auch sie angerührt, und schon seine Herkunft und Jugend machten sie betroffen. In Lagos (Ungarn) geboren, war der gelernte Maurer während der Zeit der Räterepublik als knapp Dreißigjähriger ein Mitglied des Direktoriums von Szegedin und des Revolutionstribunals gewesen; als die Horthy-Banden diese Revolution erstickten, floh er über Jugoslawien nach Österreich, wurde dort Bürgermeister von Bruck und Landesparteisekretär der Sozialdemokratischen Partei Steiermarks. Er war der einzige führende Funktionär, der sich im Februar 1934, nach Ausbruch der Kämpfe in Bruck, an die Spitze der Aufständischen stellte und sein Tun mit dem Leben bezahlte. Ein heldenhafter Kämpfer also, und doch einer, der ebenfalls zu spät aufbrach! Eine solche Persönlichkeit wollte sie in den Mittelpunkt ihres Erzählens rücken ... Dabei beruhigte sie sich nicht wie Ehrenburg mit dem märchenhaften Bild vom »edlen Räuber«. Sie wollte sich den Tatsachen stellen, sich bemühen, die wirklichen Verhältnisse in ihrer Widersprüchlichkeit zu begreifen, gerade von diesem einen Menschen so konkret wie nur möglich zu erzählen.

Die Probleme und Widersprüche dieser Gestalt hatten für Anna Seghers schon am Morgen vor ihrer Abreise von Graz nach Bruck angefangen: Da nämlich holten Genossen eine alte Zeitung von 1933 hervor und zeigten ihr den Abdruck einer Rede Wallischs: die Kommunisten seien »Hyänen der Arbeiterbewegung«, stand dort zu lesen. »Was das für ein Kommunistenfresser gewesen ist, der Wallisch, ein Antibolschewik!« warnten die Genossen. Und nun war sie, eine Kommunistin, unterwegs, um eben diesem Wallisch ein Denkmal zu setzen?

Die Erlebnisse während ihrer Wanderung ermöglichten tatsächlich die Rekonstruktion seines Charakters. Anna Seghers interessierte keine psychologisch ausgeleuchtete Innenansicht; viel wichtiger waren ihr die Wirkungen, die dieser Mensch auf die Menschen seiner Umgebung ausgeübt hatte. Diese wurden als Beweisstücke für Wallisch notiert. Schritt für Schritt setzte sie sein Charakterbild aus den Äußerungen anderer zusammen. Sie schuf ein Mosaik von »Augenzeugenberichten«. Dabei waren es keine Mutmaßungen, die sie anstellen ließ. Sie bemühte sich, durch alle Schalen hindurch immer neue Indizien für die konkrete Existenz der Menschen, ihre oft verborgene Klassenlage aufzuspüren; wie ein Detektiv suchte sie auch bei ihren Gesprächspartnern nach Spuren, die freigaben, aus welchen sozialen Bedingungen heraus sie ein Urteil über den Sozialdemokraten fällten, welchem Klassenziel dieses Urteil dienen konnte. So entstand nicht allein das Porträt Wallischs: Seine Person wurde der Punkt, an dem sich Subjektives und Objektives kreuzten, sich das gesellschaftliche System Dollfuß und die Stellung der Menschen zu ihm enthüllten. So wie sich Wallischs Handlungen erklären ließen, klärten sich auch die Klasseninteressen derer, die seine Vernichtung betrieben. Dabei erschlossen sich Ursachen für die Verehrung, mit der man im Volk von ihm sprach.

Der »Deutschländischen«, wie man die wandernde Schriftstellerin nannte, offenbarten sich auch Angehörige der herrschenden Klassen. Da hörte sie Schimpfreden über einen üblen »Hetzer«, der Ruhe und Ordnung störte, einen »Kommunisten«, einen »Bolschewiken«, den »bösen Geist von Steiermark«. Ein Gendarmeriehauptmann brüstete sich sogar, der Hinrichtung Wallischs mit Vergnügen zugeschaut zu haben. In den Triumph über die Niederschlagung des Volkswiderstands mischten sich die Sympathien zum Faschismus. »Muß doch großartig in Deutschland sein«, sagte der Polizeioffizier, »... im Herzen weiß ich, daß das 'n ganz anderes Leben ist in Deutschland, und lieber heut als morgen.«

Werktätige dagegen, Arbeiter, Erwerbslose, Bauern, ein Gastwirt, widersprachen diesen Denunziationen und diesen profaschistischen Erwartungen. Haß, zumindest Mißtrauen gegen jede Art von Faschismus, österreichischer, deutscher, italienischer Spielart, vereinte sich bei ihnen mit der Hochachtung

für Wallisch. Sie bezeugten durch ihre eigenen Erlebnisse und Erfahrungen, daß er als Vertreter ihrer Interessen aufgetreten war und den Haß der Besitzenden deshalb auf sich gezogen hatte, weil er sein Wissen und Können dafür einsetzte, die Macht der Reichen einzuschränken. »Er war der reine Anwalt«, erzählte ein kleiner Bauer. »Solche Paragraphen hat er gewußt – für den armen Mann, daß man ihm nix ans Fell kann. Jetzt werden sie wohl die Gesetze durchreißen, in denen 's noch solche Paragraphen hat.« Der Sohn eines Eisenbahners, selbst Sozialdemokrat, berichtete, daß dieser »Anwalt« der Armen in die Politik seiner Partei eingebunden blieb. Die Arbeiter selbst seien es gewesen, die Wallisch monatelang zum offensiven Handeln drängen mußten. Dennoch begriff auch er ihn als einen Menschen, der mit den Arbeitern und Bauern fühlte und dachte, dem diese Verbundenheit half, in letzter Minute das Zögern und das »Packeln« abzustreifen. »Von uns ist doch viel drin gewesen in dem Mann«, schloß der Bericht dieses Arbeiters.

Solche Äußerungen bewiesen letzten Endes, daß Wallisch den revolutionären Idealen seiner Jugend treu geblieben war. Er rechtfertigte das Vertrauen, das die einfachen Menschen in ihn setzten. Konnte sie da die Erinnerung an seine Rede von 1933 nicht einfach zurückdrängen? Mußte sie die Mahnung der Grazer Genossen wiederholen? Das Sammeln und das Ausbreiten des Tatsachenmaterials über den sozialdemokratischen Funktionär – wurde es nicht durch die kommunistenfeindlichen Äußerungen Wallischs schwer belastet? Nicht gar irritiert? Und doch durften sie nicht wie eine heimliche Sünde beiseite geschoben werden, vergessen und vergeben! Auch sie waren Teil der »wirklichen Wirklichkeit«. Nicht allein in Österreich, in vielen Ländern, auch innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung begegnete man sich mit Argwohn, Mißtrauen, Verdächtigung. Politik und Verhalten der sozialdemokratischen Parteivorstände hatten die Spannungen zwischen den beiden Arbeiterparteien vertieft.

Ein Erzählen über Wallisch mußte sich mit dieser Problematik auseinandersetzen, das spürte Anna Seghers, oder es verfehlte die Wirklichkeit. Ihr Ziel mußte darin bestehen, mit ihrem aufgefundenen Wirklichkeitsmaterial an der Bildung der antifaschistischen Einheitsfront mitzuarbeiten. Dieses Porträt hatte Argumente zu liefern, um neue Einsichten, neue Haltungen zu ermöglichen. Für dieses Ziel bewegte sich der Vorgang des Erzählens auf zwei Ebenen: Zum einen war die Wirklichkeit in ihrem So-Sein zu erkunden; zum anderen mußten die Fakten so angeordnet und eingesetzt werden, daß Impulse zur Veränderung des Bestehenden ausgelöst werden konnten. Mit diesem Porträt war zu versuchen, auf ein wesentliches Moment der politischen Situation Einfluß zu gewinnen, eine politisch orientierende Funktion auszuüben. Wallischs Meinung über die Kommunisten konnte

zwar nicht zurückgenommen werden; aber sein persönlicher Einsatz während der Kämpfe, sein Verhältnis zu den werktätigen Menschen sprachen für sich, enthüllten die antifaschistische Interessengleichheit von Sozialdemokraten und Kommunisten. Daß eine Kommunistin gerade sein Bild für die Mit- und Nachwelt aufhob, mußte als Angebot verstanden werden, sich die Hand zu reichen, auf beiden Seiten die Losungen von gestern zu überwinden: Sie waren keine feindlichen Brüder, sondern Verbündete in einem gemeinsamen Kampf.

Zwei Tage dauerte die Wanderung von Bruck über die Hochalm nach Leoben. Dann war wieder ein Augenblick gekommen, auf einen Zug zu warten – diesmal aber sollte es zurückgehen nach Wien und von dort nach Paris. Noch einmal, zum letztenmal, saß Anna Seghers in einem Wirtshausgarten und lauschte dem Gespräch der Arbeiter, die sich über Wallisch stritten. Wieder gab es Meinungen und Gegenmeinungen, und doch war alles ganz anders als zuvor. Einer der Männer wollte sich resignierend mit der österreichischen Diktatur abfinden: »Tot ist die Demokratie . . .«, sagte er. Man rief ihn zur Ordnung, ein anderer nahm das Wort, sprach über Wallisch: »War aber doch ein Packler . . .« Zornig reagierte ein Dritter. Er warf ihnen allen vor, über einen Menschen zu urteilen, der ihnen bislang unbekannt geblieben sei. »Wißt Ihr denn überhaupt, wer das war, der Wallisch? . . . ah, Ihr wißt ja nix!« Und zur Bekräftigung seiner Meinung begann er schnell, Tatsachen aus seinem Leben herzusagen. Am Schluß stand eine Erkenntnis, die der Wanderung der Seghers immanent gewesen, mit der Geschichte vom Leben und Sterben des Koloman Wallisch verbunden war: »Halt, so tot ist er denn doch wieder nicht, der Wallisch, – . . . so ein ganz Toter, daß man nicht mehr soll mit ihm streiten können . . . Das weiß ich auch ohne dich, daß der Mann Fleisch war vom Fleisch der Arbeiterklasse, das man gequält hat; daß es *unser* Hals war, den man gewürgt hat, und auf *unserem* Hals sind rote Flecken.«

Als Anna Seghers im Juni 1934 nach Paris zurückkehrte, schrieb sie ihre Erzählung nieder. »Der letzte Weg des Koloman Wallisch« konnte schon ab 1. Juli 1934 durch die »Neuen Deutschen Blätter« verbreitet werden. Sie wandte sich vornehmlich an Arbeiter, an Sozialdemokraten und Kommunisten. Was durch die Struktur der Augenzeugenberichte schon vorgeprägt war, stimmte mit der Wirkungsintention überein: Die Schriftstellerin forderte zum Streitgespräch über die notwendige Einheit der Arbeiterklasse im antifaschistischen Widerstand auf.

Dieses Erzählen, das konkretes Wirklichkeitsmaterial aufnahm und unter Aspekten politischer Erfordernisse problematisierte, das notwendige Lernprozesse vorantrieb, begriff die Einheit der Arbeiterklasse als die umfassende Aufgabe unseres Jahrhunderts. Das war der Punkt, wo die erzählte

Geschichte über die dargestellten Ereignisse hinausreichte, wo Österreich zum »Lehrbeispiel« auch für die deutschen Antifaschisten zu werden vermochte.

Mit diesem Versuch begann Anna Seghers ein Literaturprogramm auszubilden, das die angestrebten Veränderungen direkt aus den konkreten historischen Bedürfnissen abzuleiten verstand. Ein Jahr, bevor in Moskau auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale und der Brüsseler Parteikonferenz der KPD weitreichende Beschlüsse über die neue Strategie und Taktik der Einheits- und Volksfront gefaßt wurden, konnte Anna Seghers mit einer kleinen Erzählung diesen Beschlüssen vor- und zuarbeiten. Sie gewann aus dieser politischen Aktivität zugleich neue Kräfte für ihr Kunstschaffen.



Fiete Schulze

Vermächtnis des Klassenkämpfers

Es ist die Nacht vom 5. zum 6. Juni 1935. Zwei Frauen, mittleren Alters die eine, die andere nur wenig über zwanzig, hasten durch Hamburgs Straßen zum Untersuchungsgefängnis: Holstenglacis 3 – dort klingeln sie Sturm. Einmal, hundertmal, immer wieder. Nichts! Erregt trommeln sie ans Tor, denn sie sind sicher, daß sie dahinter bemerkt werden. Stunden verstreichen, der Einlaß bleibt verwehrt. Qualvolles und ohnmächtiges Warten der Mutter und der Tochter, die Abschied nehmen wollen von ihrem liebsten Menschen. Sie haben es kurz nach Mitternacht erfahren: Irgendwann an diesem heraufdämmernden Morgen wird sein Leben verlöschen.

Seit achtzig Tagen kennen sie das Todesurteil des Nazigerichts. Hoffnung auf eine Wendung haben sie schon lange nicht mehr, zumal der Verurteilte

jedes Gnadengesuch bei seinen Klassenfeinden von sich gewiesen hat. Aber sie hoffen auf einen letzten Händedruck, auf ein aufrichtendes Wort vor seinem schweren Gang. So warten sie und können nicht hören, wie drinnen über den Hof sein Ruf erschallt: »Ein letztes Rot Front, Kameraden!«

Als die beiden Frauen, maßlos enttäuscht, nach Hause gehen, ist schon heller Tag. Da, unterwegs, trifft es sie wie ein Schlag. Plakatkleber bringen rotumrandete Bekanntmachungen an: »Fiete Schulze hingerichtet.« Sechs Uhr genau – Sekunden nach dem Rot-Front-Ruf – trennte das Handbeil des Scharfrichters Gröpler, der eigens aus Magdeburg gekommen war, auf dem Richtplatz im schmalen Gang zwischen Zentrallazarett und Friedhofsmauer das Haupt vom Rumpf dieses kommunistischen Helden. Jetzt, da den Frauen ihr Heimweg zum Martyrium wird, schreibt der Direktor des Untersuchungsgefängnisses, Oberinspektor Körber, bereits das Hinrichtungsprotokoll: »... Eintragen in das Sterberegister ... Absetzen vom Bestand.«

Verbissen und skrupellos haben die braunen Machthaber in Hamburg und Berlin auf diesen Tag hingearbeitet. So wichtig war ihnen dieser Mann. Sie haben ihn gejagt, drangsaliert bis zum physischen Zusammenbruch, ihn länger als zwei Jahre lang in zermürbender Einzelhaft gehalten. Zum Zwecke allgemeiner Abschreckung haben sie ihn dann dreiunddreißig Verhandlungstage hindurch vor die Gerichtsschranken gestellt – in einem Gesinnungsprozeß der Gewalt gegen die Überzeugung. Der Ausgang stand lange vor Prozeßbeginn fest. Anklagevertreter Dr. Stegemann hatte ihn mit der Reichsanwaltschaft in Berlin abgesprochen und schrieb am 28. November 1934: »Die Anklagekonstruktion wird im Endergebnis gleichgültig sein, da in jedem Fall ein Antrag auf Verurteilung zur Todesstrafe gestellt werden kann.«

Mit der Hinrichtung des vierzigjährigen Fritz Karl Franz Schulze sollte der Kommunistischen Partei, die in der Illegalität äußerst aktiv war, das politisch-moralische Rückgrat gebrochen werden. Staatsanwalt Stegemann machte am 11. März 1935 in seinem Plädoyer kein Hehl aus dieser Absicht: »Vor uns stand das Bild eines Mannes, der als Kommunist unentwegt seinen Weg ging, der mit Energie geladen ist und rücksichtslos nur kommunistische Interessen verfolgt, dessen Zunge gefährlicher ist als die Kugeln derer, die auf seinen Befehl geschossen haben. Darum muß er sterben. Ich fordere seinen Tod. Möge mit diesem Angeklagten der Kommunismus versinken, dessen vollendeter Ausdruck Fiete Schulze selber ist.« Dreimal den Tod, lautete sein Antrag, dazu 260 Jahre Zuchthaus. Und das wegen eines Vorwurfs, der auf den 196 Seiten der Anklageschrift nicht ein einziges Mal bewiesen werden konnte: der praktischen und geistigen Mittäterschaft an »terroristischen« Zusammenstößen mit der SA, bei denen es 1932 und Anfang 1933 auch Tote gegeben hatte.

Das Naziregime brauchte diesen Prozeß. Es mußte aus der Niederlage heraus, die ihm Dimitroff im Reichstagsbrandprozeß beigebracht hatte. Der Nationalsozialismus – das ist der Terror! Er ist die große Gefahr für Deutschland und für die Menschheit! Diese Lehre hatte der bulgarische Revolutionär und Internationalist verfochten. Er führte so die kommunistische Idee, die besudelt werden sollte, als Sieger aus der ersten großen Gerichtsschlacht gegen den Hitler-Faschismus heraus. Nun aber schien Fiete Schulze das geeignete Objekt für eine erneute Justizattacke gegen die KPD zu sein.

Terrorismus, das war denn auch wieder das Schlüsselwort für den am 13. Februar 1935 vor der Strafkammer des Hanseatischen Oberlandesgerichts in Hamburg angestrengten Prozeß. Er sollte das Fehlgeschlagene nachholen und – das war sein weiterer Zweck – Belastungsmaterial für den noch ausstehenden Schauprozeß gegen Ernst Thälmann erbringen. Nach dem Erlebnis mit Dimitroff fürchteten die Faschisten zwar die weltanschauliche Überzeugungskraft, vor allem die Autorität und Popularität des Vorsitzenden der KPD. Sie wollten nicht noch einmal die Tribüne ihres Gerichtshofes zum Platz für antifaschistische Propaganda machen. Doch an Thälmann mußten sie heran. Er war der weltbekannte Repräsentant der Kommunisten Deutschlands, er war ihr »Feind Nr. Eins«.

Fiete Schulze und Thälmann kannten sich seit anderthalb Jahrzehnten. Sie hatten viel Gemeinsames. Aus gleicher Erkenntnis waren sie von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD) zur KPD übergetreten. Sie einte die gleiche Liebe zur Sowjetunion. Zusammen hatten sie 1923 den mutigen Aufstand der Hamburger Arbeiter gegen die Reaktion angeführt, wofür er, Fiete, in Abwesenheit zum Tode verurteilt wurde und ins Ausland flüchten mußte. Ernst Thälmanns Einfluß bewirkte, daß der politisch Verfolgte 1926 in die sowjetische Emigration ging, wo er als Schlosser, Student, Aspirant lebte und Mitglied der Partei Lenins wurde. Aber es hielt ihn nicht, als sich aus Deutschland die Nachrichten mehrten, daß der Faschismus immer anmaßender und gefährlicher auftrat. Die Klassenkämpfe zu Hause sollten nicht ohne ihn ausgefochten werden! So kehrte er in die Vaterstadt und wieder in die Illegalität zurück. Gerade hatte die SA den todbringenden Altonaer Blutsonntag inszeniert. Ihre bewaffneten Übergriffe auf Versammlungen und ganze Wohnviertel der Arbeiter wurden häufiger und brutaler. In dieser Situation übernahm Fiete Schulze den Auftrag der KPD-Bezirksleitung, den Schutz vor dem SA-Terror, den die Polizei der Weimarer Republik den Arbeitern nicht gewährte, selbst zu organisieren. Er tat das mit der ihm eigenen Gründlichkeit und dem schon früher bewiesenen organisatorischen Talent. Fast schlagartig entstand unter seiner Anleitung in den Häuserblocks und den Straßenzügen ein proletarischer

Selbstschutz, bestehend aus Kommunisten, Sozialdemokraten, parteilosen Arbeitern und Arbeitslosen. Die SA blieb in Hamburg nicht länger mehr ein Beherrscher der Straßen. Sie bekam die organisierte und disziplinierte Kraft vereinter Arbeiter zu spüren.

Der Mann, der das geschafft hatte und der deshalb die Achtung aller Revolutionäre genoß, geriet Ostern 1933 in die Hände der Nazis. Es schien ihnen ein leichtes zu sein, gerade ihn, der die Arbeiterschaft wehrhaft gemacht hatte, des vorsätzlichen, geplanten Terrorismus und der Umsturzabsichten zu überführen. Gelänge das, dann wären endlich auch die Fußangeln für Thälmann gelegt. Deshalb jagten sie ihn durch alle Höllen ihrer Verhöre. Aber keine hinterhältige List, keine Korrumpierungsversuche höchster Parteiführer, keine Schläge konnten Fiete Schulze brechen. Er beschuldigte keinen Kameraden, verriet nichts, ließ sich auch nicht zu falschen Aussagen erpressen. Wohl war er einmal, im November 1933, nach tage- und nächtelangen Folterungen soweit, sich in der Zelle zu erhängen – aber niemals fanden ihn die Peiniger bereit, seine Überzeugungen zu widerrufen und die Anschuldigung terroristischer Aktionen mit tödlichem Ausgang zu akzeptieren.

»Ich bin nur ein einfacher Soldat der großen sozialistischen Armee, die jetzt vom Haupttrupp abgesprengt ist, die aber auf wichtigem Posten weiterkämpft!« Dieses Credo gab Fiete, gleich zu Beginn seiner Haft, der Tochter mit auf den Weg. Und er tat alles, seinen Kampfposten auszufüllen. So sterbenselend ihm oft zumute war, er hielt durch und brachte seinen ganzen Willen auf, um den Tod und die Verzweiflung von sich abzuhalten. »Den Prozeß muß ich auf alle Fälle mitmachen!« – das war sein Ziel. Wie Dimitroff wollte er aufstehen und anklagen. Er mußte verhindern, daß Ernst Thälmann belangt werden konnte.

Bis es soweit war, nutzte er jede Gelegenheit, sich aus dem Kerker an seine Genossen zu wenden, schickte er 125 Briefe an seine Frau und seine Verwandten – immer mit dem Auftrag, sie der »großen Familie«, der Partei, weiterzureichen. Jede Zeile der vorgedruckten Formulare füllte er mit Gedanken über die Zeitereignisse, mit Urteilen über die faschistische Gewaltherrschaft. Es ist erstaunlich, wie er, isoliert vom Geschehen im Lande und nur mit den Informationen der Nazipresse versehen, das Wesen der Vorgänge in Deutschland und der Welt erfaßte. Die Zensur lag auf der Lauer und fing so manchen dieser Briefe ab. Um so mehr zeugt es von Geschick und Intelligenz Fiete Schulzes, wenn dennoch viele seiner beschriebenen schmalen Gefängnisvordrucke in die Freiheit und zu den Kampfgefährten gelangten. »Auf jeden Brief warteten die Genossen mit großer Ungeduld«, berichtet seine Tochter Wilma. »Die meisten Briefe wurden in den nächsten illegalen Funktionärssitzungen als Diskussionsgrundlage be-

nutzt. Und all diese Briefe hatten, trotz der getarnten Sprache, eine so optimistische Kraft, daß sie sich den Genossen mitteilte. Es war in den Sitzungen, als wäre Fiete unter ihnen.«

Genau das wollte er. Fiete Schulze wirkt durch die Briefe sogar über seine Lebenszeit hinaus: Er schreibt über die Sowjetunion, über den Sinn des ersten Mai, über den historischen Auftrag der Arbeiterklasse und immer wieder über das Klassenwesen und die Verruchtheit der nationalsozialistischen Diktatur. »Es ist fraglich, ob die Spannkraft der faschistischen Bewegung in Deutschland noch bis zur Auslösung eines Krieges reichen wird, und falls, um so katastrophaler wird dann der Zusammenbruch erfolgen und um so schneller.« So steht es in einem Brief, der das Datum des 17. Mai 1933 trägt. Solches Gedankengut als Kurier zu befördern oder es in illegalen Zusammenkünften zur Kenntnis zu nehmen, bedeutete Lebensgefahr.

Fiete Schulze mag keine Gelegenheit auslassen, um mitgefangene Genossen aufzurichten oder sich mit ihnen auszutauschen. Zwar halten sie ihn in Einzelhaft. Zu Vernehmungen wird er streng von anderen getrennt und stets gefesselt vorgeführt: Dennoch – Fiete findet Wege und Möglichkeiten, sich mitzuteilen. Die sorgfältig geführte Handakte des Untersuchungsgefängnisses enthält über den Häftling in Zelle 107 unter anderem diesen Vermerk vom 1. Mai 1934: »Anzeige! Beiliegendes Päckchen wurde dem Sch. im Augenblick der Fertigstellung abgenommen. Zigaretten und Streichhölzer waren für die in Zelle 22 liegenden 5 Polizei-Gefangenen bestimmt. Der Bindfaden ist aus beiliegendem Wischtuch von Sch. angefertigt worden. Gez. Nolte.«

Anstaltsdirektor Körber ahndet diesen Maigruß Fietes mit 5 Tagen verstärktem Arrest bei Wasser und Brot und Bettentzug. So sind die zwei Jahre bis zum Prozeß mit unentwegtem Kampf und politischer Tätigkeit angefüllt. Eine Befreiungsaktion, für ihn vorbereitet, wird verraten und scheitert. Unverdrossen analysiert Fiete das Machwerk Hitlers, »Mein Kampf«, das ihm zu Umerziehungszwecken übergeben wird. Er schreibt sarkastische Anmerkungen dazu, und wieder hagelt es Strafen. Zwischendurch zermürbende Verhöre, Gegenüberstellungen, Folter. Einmal, um erniedrigt und weichgemacht zu werden, muß er mit anderen Genossen zusehen, wie Anton Saefkow, der Organisationsleiter der Hamburger Bezirksorganisation der Partei, halb zu Tode geprügelt wird. Das alles zehrt an seiner Gesundheit, aber es zerbricht ihn nicht.

Längst hat er gemerkt, daß alle Bemühungen der Gestapo und des Staatsanwalts dahin gehen, ihn zu bestimmten Aussagen zu veranlassen: Er soll zugeben, daß er als Leiter des Roten Frontkämpferbundes den Befehl zu Bombenanschlägen gegeben und 15 Morde angestiftet hat, und er soll bezeugen, die Kommunistische Partei habe 1932/33 die Lage in Deutsch-

land als eine »revolutionäre Situation« eingeschätzt. Ersteres richtet sich gegen ihn. Letzteres zielt auf Thälmann, der als Inspirator eines geplanten Umsturzes der Weimarer Republik gelten soll. Trotz seelischer und körperlicher Schmerzen, die nicht selten sein Konzentrationsvermögen lähmen, zwingt sich Fiete bei den Vernehmungen zu äußerster Vorsicht. Er darf sich nicht aufs Kreuz legen lassen. Und so werden die Vernehmungszimmer der Gestapo zu Lektionsräumen für kommunistische Politik und Weltanschauung. Seinen Peinigern sagt er mutig ins Gesicht: »Alles, was hier zu Protokoll geht, sind Dokumente, die bestimmt länger leben als ich. Ihr Mißverstehen meiner Aufgaben kann nur herrühren von Ihrem Nichtverstehen meiner politischen Anschauung. Die halte ich rein und verteidige sie.«

Am 13. Februar 1935 ist der Prozeßbeginn. Mehr als 50 Zeugen hat die Staatsanwaltschaft aufgeboten. Den Gerichtsvorsitz hat der von den Nazis eingesetzte Senatspräsident Dr. Otto Roth. Er trägt dafür Sorge, daß Berichte über den Schulze-Prozeß in die Welt gelangen. Schon im August 1934 hat er in einem geheimen Schreiben an die Landesjustizverwaltung die Parole ausgegeben: »Der Strafsenat steht auf dem Standpunkt, daß eine umfassende und geschickte Propaganda, die sich auch des Radios und der Maueranschläge bedienen müßte, außerordentlich gute Dienste leisten würde, um die hier in Frage kommenden Kreise des Publikums aufzuklären und zu warnen.«

Die Dreckschleudern reagieren prompt. Sie machen aus Fiete Schulze, dem geachteten Kommunisten und lauteren Charakter, dem sogar die Anklageschrift eine Ausstrahlungskraft und hohe Bildung bescheinigen muß, einen »Generalstabschef der Unterwelt«, einen »Bluthund« und »Massenmörder«. Doch die erhoffte Wirkung bleibt aus. Als die Kunde bekannt wird, geht es wie ein Ruck durch Hamburg. Am Morgen dieses 13. Februar lesen Passanten rings um den Sieveking-Platz, an dem das Gerichtsgebäude liegt, eine neue Beschriftung für die Straßenschilder: »Fiete-Schulze-Platz«. Noch ist das Verfahren nicht eröffnet, da muß die Polizei wiederum die Existenz der illegalen Partei hinnehmen.

Fiete Schulze hegt keine Illusionen. Er weiß, daß dieses Klassengericht seinen Kopf fordern wird. Geradeheraus und nüchtern hat er das auch seinen Verwandten gesagt und ihnen den Sinn seines Opfers erklärt. Dieser Prozeß ist der letzte, große Inhalt seines Lebens und Leidens. Er nutzt ihn zur Anklage des Regimes, zur Verteidigung der kommunistischen Ideen, zum Schutze Ernst Thälmanns. Intensiv und wochenlang hat er sich vorbereitet.

Und so beginnt ein Zweikampf zwischen dem Todgeweihten, der entkräftet aus seinem Kerker vorgeführt wird, und den satten, im Vollbesitz ihrer Kräfte operierenden Robenträgern – ein Kampf, in dem der Angeklagte

aber die politische Initiative ergreift. Achtzig, vielleicht hundert Zuschauer und Beobachter läßt das Gericht zu. Was sie erleben, ist die öffentliche Anprangerung des Faschismus, der Triumph eines Revolutionärs über die Reaktion. Das mühselig aufgebaute, auf willkürlichen Konstruktionen und erpreßten Aussagen beruhende Gebäude der Anklage bricht unter der beweiskräftigen und unnachgiebigen Logik des Kommunisten, der sich selbst verteidigt, kläglich zusammen. Zeugen der Anklage, viele in Zuchthauskleidung vorgeführt, stellen sich auf die Seite ihres Kampfgefährten. Richter Roth gerät immer häufiger aus der Fassung. Die Ruhe und Überlegenheit dieses Schulze machen ihn unsicher. Er flüchtet sich in haßerfüllte Tiraden und Beschimpfungen – das letzte, haltlose Argument der Mächtigen und doch Unterlegenen. Immer häufiger springt die Sympathie der Prozeßbesucher auf den Mutigen über, der der ohnmächtigen Wut mit Würde und sicherer Stimme begegnet. »Ich weiß, vor welchem Gericht ich stehe. Ich habe nicht nötig, mich vor einem Gericht zu verantworten, das doch nur das Werkzeug einer volksfeindlichen Regierung ist.«

Das sind Worte eines Standhaften, die nach draußen dringen und auch dort wieder Mut machen. Protest schwillt an. Kommunisten, Humanisten, Antifaschisten im In- und Ausland erheben ihre Simme für die Freilassung Fiete Schulzes. Sein Name wird zum Symbol antifaschistischer Aktionen. »Ihr habt kein Recht, über Fiete Schulze zu Gericht zu sitzen!« ruft ein Flugblatt der Hamburger Roten Hilfe. »Fiete steht zu hoch, er ist ein makelloser Kämpfer.«

Und wie er streitet! »1933 stand der Kampf um die Macht für uns Kommunisten nicht zur Debatte, denn es gab leider keine Einheitsfront aller Arbeiter, die allein sieghaft gewesen wäre. Und Terror?« Fiete beantwortet die Kernfrage der Staatsanwaltschaft: »Ich habe ihn immer bekämpft, denn er schädigt die Partei! Terror – nicht die organisierte Arbeiterschaft braucht ihn, nicht die Kommunistische Partei. Der Terror ist eine Einrichtung des Faschismus. Er greift zur Gewalt, weil ihm eine geistige Überwindung der KPD niemals gelingen wird.«

Die Augen der deutschen Antifaschisten sind in diesen Wochen nach Hamburg gerichtet. In dem kleinen stickigen Saal dort oben im Norden bricht ein faschistischer Plan zusammen. Wie leicht wäre es den Schergen gewesen, diesen Marxisten einfach zu liquidieren, ihn mundtot zu machen. Aber sie haben ihn sich aufgespart für dieses Justizschauspiel. Und nun? Kein einziger stichhaltiger Beweis für terroristische Handlungen! Statt der angestrebten Handhabe gegen Thälmann ersteht der moralische Sieg eines wehrlosen und doch ungeheuer starken Kommunisten.

Nicht das Todesurteil des Richters ist das letzte Wort im Justizgebäude am Sieveking-Platz. Unter den Schlägen der Bewacher ruft Fiete Schulze

sein Vermächtnis in den Saal: »Es wird einen Kämpfer weniger geben, aber siegen werden wir trotzdem!«

Nie wieder sollte es im Dritten Reich einen öffentlichen Prozeß gegen ein führendes Mitglied der Kommunistischen Partei geben. Nicht einen Tag lang hat Ernst Thälmann vor einem Nazi-Gericht gestanden. Ihre Furcht war zu groß. Das war der Sieg des Genossen Fiete Schulze.



Käthe Kollwitz

»Alles ganz still«

Sie hatte durch ihre Kunst, mit der sie das Leiden des Proletariats gestalten und seinem Kampf dienen wollte, viele Freunde und Anhänger gefunden, sogar Anerkennung, Ehrungen und Ruhm erfahren. Seit 1919 ein Mitglied der Preußischen Akademie der Künste, war sie zum Professor berufen und als Leiterin der Meisterklasse für Graphik ernannt worden. Ihren Weltruf, den sie als bedeutendste deutsche Graphikerin begründete, konnte sie auch als Bildhauerin bestätigen – erstmals 1932 mit dem Mahnmal für die Gefallenen des Weltkrieges auf dem belgischen Soldatenfriedhof in Roggevelde: den beiden monumentalen Granitfiguren, dem Vater und der Mutter mit den Gesichtern von Karl und Käthe Kollwitz, knieend, versunken in Trauer und Nachdenken über die Sinnlosigkeit des Opfers. In fünfzehn

Jahren der Suche und der mühevollen Arbeit hatte sie dieses Werk zum Gedenken an ihren gefallenen Sohn Peter und alle Kriegsfreiwilligen geschaffen.

Aber sie hatte schon immer auch Feinde: Kaiser Wilhelm, der für Künstler ihrer Art die Kategorie der »Rinnsteinkunst« erfand, sodann Völkische, Deutschnationale und – als deren geistige Erben und Vollender – die Nationalsozialisten, die sie verlästerten, in ihrer Arbeit behinderten, kaltstellten. Und es war nicht allein die Kunst der Kollwitz, ihre Themen, Aussage und Gestaltung, die diesen Gegnern immer neue Nahrung gab. Es waren vor allem ihre Gesinnung, ihr politisches Auftreten und Wirken. Schon vor den Reichstagswahlen am 31. Juli 1932 gehörten sie und ihr Mann, auch Albert Einstein, Heinrich Mann, Ernst Toller und Arnold Zweig zu den 33 Künstlern, Schriftstellern, Gelehrten und Politikern, die einen »dringenden Appell« an die Arbeiterklasse richteten, worin sie das Zusammengehen von SPD und KPD forderten. Ein gleichlautender Appell mahnte noch einmal im Februar 1933: »Die Vernichtung aller persönlichen und politischen Freiheit in Deutschland steht unmittelbar bevor, wenn es nicht in letzter Minute gelingt, unbeschadet von Prinzipiengegensätzen alle Kräfte zusammenzufassen, die in der Ablehnung des Faschismus einig sind . . . Sorgen wir dafür, daß nicht Trägheit der Natur und Feigheit des Herzens uns in die Barbarei versinken lassen . . . Setzt die Verantwortlichen unter Druck! Herausgegeben vom Internationalen Sozialistischen Kampfbund . . .« Unter den sechzehn Unterschriften dieses Aufrufes standen auch diesmal wieder die Namen von Käthe und Karl Kollwitz.

Zu der geforderten Aktionseinheit kam es nicht, statt dessen aber zu folgenschweren Repressalien gegen jene, die dafür eintraten. Der »Kommissar des Reiches« und Nazigauleiter Bernhard Rust, der an die Stelle des abgesetzten Preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung gerückt war, drohte, die Akademie der Künste zu schließen, falls sie nicht Käthe Kollwitz und Heinrich Mann, ihre an dem Appell beteiligten Mitglieder, aus ihren Reihen entfernte. Am 15. Februar berief deshalb der Präsident der Akademie und Nachfolger Max Liebermanns, Max von Schilling, die in Berlin wohnenden Akademiemitglieder durch Rohrpostbriefe zu einer Sitzung, in der »lebenswichtige Fragen« behandelt werden sollten. Anderntags berichtete das »Berliner Tageblatt« unter der Schlagzeile »Politik in der Akademie«: »Schillings gelang es noch vor der Akademie-Sitzung, Käthe Kollwitz zum freiwilligen Austritt aus der Akademie zu bewegen. Für die Vorgänge in der Sitzung selbst ist ein Schweigegebot vereinbart worden, es ist aber bekannt geworden, daß Stadtbaurat Dr. Wagner gegen das Vorgehen des Präsidenten und gegen den von Dr. Rust ausgeübten Druck protestiert und, da er keinen Anklang fand, sein Ausscheiden

aus der Akademie erklärt hat. In später Abendstunde erschien auch Heinrich Mann in den Räumen der Akademie und legte freiwillig seine akademischen Würden nieder . . . Es ist verständlich, daß zu dem ganzen Vorgang die übrigen Mitglieder gestern noch keine entschiedene oder entscheidende Stellung genommen haben. Wie wir hören, sollen Alfred Döblin und Leonhard Frank einen Protest zu Protokoll gegeben haben. Die Situation wird sich wohl erst dann klären, wenn auch die auswärtigen Mitglieder insbesondere der Sektion für Dichtkunst Gelegenheit gehabt haben, ihre Meinung zu dem erzwungenen Austritt von Heinrich Mann und Käthe Kollwitz kundzugeben.« Die Hoffnung auf eine »Klärung« der Situation bewahrheitete sich natürlich nicht. Am 20. März verfügte der »Kommissar des Reiches«: Frau Professor Käthe Kollwitz sei nach ihrem Ausscheiden aus der Akademie hinsichtlich ihrer Tätigkeit als Vorsteherin eines Meisterateliers für Graphik beurlaubt.

Die Künstlerin nahm den als freiwilligen Austritt deklarierten Ausschluß ruhig auf, wenigstens äußerlich: »Die Welle hat mich emporgetragen, nun trägt sie mich wieder herunter.« Ihrem Tagebuch entnehmen wir, daß sie und ihr Mann den Gedanken an die Emigration erwogen, aber nach einer kurzen Auslandsreise verwarfen: »Am 15. Februar müssen Heinrich Mann und ich aus der Akademie austreten. Verhaftungen und Haussuchungen. Ende März auf zwei Wochen nach Marienbad. Dort mit Wertheimers. Mitte April kommen wir zurück in der festen Absicht zu bleiben. Vollkommene Diktatur.«

Zu den Betroffenen zählten auch sie. Sämtlichen Ärzten, die dem Sozialdemokratischen Ärzteverein angehörten, darunter Dr. Karl Kollwitz, wurden am 1. Juli 1933 die Kassenzulassungen entzogen, und der Sohn Hans, ebenfalls Arzt, verlor seine städtische Anstellung. Wenn diese ungesetzlichen Maßnahmen im Herbst auch wieder zurückgenommen wurden, so blieben doch materielle Sorgen. Dazu kam persönlicher Kummer – um die Gesundheit von Karl Kollwitz war es nicht gut bestellt. Zwei Staroperationen und die damit verbundene Untätigkeit waren glücklich überstanden, aber andere Beschwerden stellten sich ein. Daß eine Änderung vorgenommen werden mußte, war auch ihm klar, doch wie und in welcher Form? Alle ärztliche Arbeit aufgeben und nur vom Zurückgelegten zehren? »Meinen Mann würde die Vorstellung, daß wir länger leben als unser Geldchen, dauernd quälen. Auch wäre die daraus gegebene Einschränkung, daß man jeden Groschen besehen muß und das Weggeben an andere radikal unterbleiben muß, ihm sehr schwer.« Die Kollwitz selbst verdiente zu dieser Zeit so gut wie nichts.

Da schickten Freunde ihr einen Aufsatz im Fahnenabzug zu, in dem es hieß, daß sie sich niemals politisch betätigt habe. Dieser von »unparteiischer Seite« und ohne ihr Wissen geschriebene Artikel sollte helfen, sie zu rehabi-

litieren. Jedoch sie bat, ihn nicht zu veröffentlichen. Er könnte ihre Lage eher verschlimmern als verbessern, selbst wenn der Autor betonte, diese Schrift sei ohne ihr Zutun entstanden. Man könnte der Meinung sein, es wäre eine raffinierte Art, sich wieder heranzuschlängeln. Fiele dagegen der Artikel ganz aus, so krähte weiter kein Hahn nach ihren Angelegenheiten. »Wenn der Verfasser sagt, die Seelen von Unzähligen im Arbeiterstand glühten für mich, so hören sie sicher auf, das zu tun, wenn ich – ›ehrenvoll wieder anerkannt‹ – werde. Ich will und muß bei den Gemaßregelten stehen. Die wirtschaftliche Schädigung ist eine selbstverständliche Folge. Tausenden geht es ebenso. Darüber muß man nicht klagen.«

Sie mußte das Atelier aufgeben, das ihr als Leiterin der akademischen Meisterklasse für Graphik bislang zur Verfügung stand. Am 2. Januar 1934 übersiedelte sie mit allem, was sich in den beiden großen Atelierräumen während vieler Jahre an Plastiken, Graphiken, Zeichnungen und dazugehörigen Materialien angesammelt hatte, in ihre Wohnung in der Weißenburger Straße. »Das war eine schwierige Aufgabe, ich hatte schon gar keine Widerstandskraft mehr.« Erst im Hochsommer, nach einem kurzen Aufenthalt im Riesengebirge wieder unternehmender, suchte sie sich eine neue Werkstätte und fand sie in einem Atelierhaus in der Klosterstraße, wo etwa vierzig Künstler arbeiteten.

Es wurde stiller um sie. Nur wenige Leute klopften noch bei ihr an. Während ihr früher die Vormittagsstunden im Atelier oft ganz zerrissen wurden, störte sie jetzt niemand mehr. Ihrer Arbeit, so versuchte sie sich zu trösten, kam das zugute. Sie nahm sich vor, ihren alten Plan auszuführen und eine Folge von graphischen Blättern zum Tod zu schaffen – ein Thema, das sie schon immer angezogen und gestaltet hatte. So entstanden acht Lithographien, Darstellungen von Menschen, die vom Tode betroffen, plötzlich von ihm ereilt werden: Kinder, die er dem Leben entreißt; eine Mutter, die ihren Säugling verlassen muß; aber vor allem auch Frauen, die voller Hingabe auf ihn, wie auf einen Freund, warten und sogar ihn suchen, zermürbt, alt und krank vom Leid, und die er von ihrer Not und ihren Schmerzen erlöst. Auf dem Schlußblatt erkennt man sie selbst, sitzend, den Arm aufgestützt, mit müden, geschlossenen Augen sich der Hand zuneigend, die ihre Schulter mahnend berührt – die Hand des Todes.

Fünf dieser Lithographien und ein ebenfalls in diesem Jahr entstandenes Selbstbildnis brachte sie auf die Akademieausstellung 1934. Danach trug sie in ihr Tagebuch ein: »Klimsch sagte mir vertraulich, daß sie daran arbeiten, mich wieder in die Akademie zu bringen. Eine Sache, die – das wird mir immer klarer, ich ablehnen müßte, wenn sie Tatsache werden sollte. Arbeite nun im Atelier in der Klosterstraße an der plastischen Gruppe. Das ist sehr schön, eine befriedigende, beruhigende Arbeit.«

Mit dieser Gruppe meinte sie die Plastik, die sie zeitlich vor dem Denkmal für Peter und die Kriegsfreiwilligen begonnen hatte, aber auf halbem Wege stehenließ: eine überlebensgroße Mutter mit ihren Kindern. Sie hatte im Laufe der langen Jahrzehnte an sich selbst erfahren, daß neben leiblicher Not auch die Not des Menschen besteht, die ihm die Gesetze des Lebens selbst auferlegen – Trennung, Tod ... Und eingeschlossen in das, was Goethe den »Erzklang des Lebens« nennt, waren »Grundgefühle«, »ohne die es überhaupt kein Leben gibt«. Als ein solches Grundgefühl empfand sie die Mutterschaft. Nach ihren zahlreichen Darstellungen von Mutter und Kind wollte sie dieses Thema nun einmal für sich erschöpfend lösen. Mit Leidenschaft und Mühe, zeitweise auch mit freudiger Schaffenslust, arbeitete sie an dem sitzenden Frauenkörper, der mit seiner ganzen Masse die beiden kleinen Kinder umschließt. In seinem Übermaß an Wucht und Schwere erinnert er an Rodin. Sie hat ihn niemals auf einer Ausstellung zeigen dürfen. Lange mußte sie auf ein »Wunder« warten, das ihr zu Geld verhülfe, um die Gruppe vom Original, wie sie aus ihrer Hand hervorgegangen war, durch einen Bildhauer in Stein übertragen zu lassen. Allein konnte sie die Kosten nicht aufbringen. Und schließlich geschah dieses »Wunder«, in Form eines Schecks, den ein »Ungenannter« ihr zukommen ließ. Es war der befreundete Maler Leo von König.

Zwei Jahre nach der Wiederaufnahme dieser Arbeit, in den Sommermonaten '36, kam der Vertreter einer internationalen Presseagentur mit dem Auftrag nach Deutschland, sich nach dem Leben der fortschrittlichen Künstler unter der Naziherrschaft zu erkundigen. Er verabredete sich auch mit Käthe Kollwitz. Was damals geschah, hat uns der Maler Otto Nagel überliefert, den die Künstlerin bei diesem Gespräch hinzuzog: »Der Journalist war ein kluger und gescheiter Mann, dessen antifaschistische Gesinnung offensichtlich war. Wir sprachen ehrlich miteinander. Einige Wochen darauf bat mich Käthe Kollwitz über einen Verbindungsmann zu einem Treff auf dem Bahnhof Börse. Sie hatte eine Tageszeit gewählt, wo dort starker Verkehr herrschte. Auf einer Bank sitzend wollte sie mich erwarten. Ich war sehr pünktlich, und Käthe war schon da. Sie erzählte mir, daß infolge des Journalistenbesuches Gestapoleute bei ihr erschienen waren, die Wohnung durchsucht und das Atelier durchstöbert hatten. Der Artikel des ausländischen Journalisten, in dem er über den Besuch bei Käthe Kollwitz schrieb, war in einer bedeutenden Zeitung erschienen. Es hieß in ihm unter anderem: ›Wir saßen zu dreien zusammen, sprachen über Hitler und das Dritte Reich und sahen uns dabei tief in die Augen‹. Diese Bemerkung war Anlaß genug für die Gestapo, gegen Käthe Kollwitz vorzugehen. Sie erzählte mir, daß man durchaus wissen wollte, wer der Dritte war, der an dem Gespräch teilgenommen hatte. ›Ich habe es ihnen nicht gesagt, Otto, und ich werde es

auch nicht sagen. Und ins KZ, wie man mir angedroht hat, wenn ich noch das Geringste mache, werde ich nicht gehen‹. Sie zog aus ihrem Blusentäschchen eine winzige Flasche heraus, die sie mir zeigte. In dieser Minute hätte ich sie umarmen mögen, die kleine schmächtige Frau, die nicht nur eine große Künstlerin, sondern auch eine tapfere Kampfgefährtin war.«

Das geschah zu der Zeit, als die Akademie der Künste eine Ausstellung vorbereitete: Berliner Bildhauer von Schlüter bis zur Gegenwart. Käthe Kollwitz hatte ihre neue Plastik »Mutterschaft« angeboten, die aber abgelehnt wurde. Statt dessen war die Auswahl auf ein kleines bronzenes Grabrelief und eine der beiden Figuren des belgischen Mahnmals gefallen, dessen Gips-Originale sonst im Kronprinzenpalais zu sehen waren. Zwei Wochen lang stand die Ausstellung im Oktober 1936 fertig aufgebaut, ohne daß Göring, der sie eröffnen sollte, sich Zeit dafür genommen hätte. Während dieser Tage besichtigte die Künstlerin alle Bildwerke und schrieb darüber mit stiller Genugtuung, auch mit jener unwägbaren Wehmut, die der Weisheit des Alters entspringt: »Wie ich nun gestern in die alten Räume kam und unter den vielen Arbeiten meine sah und sie behaupteten sich, war ich doch sehr froh. Das Mitschwingenkönnen ist so schön und lebendig, und traurig ist es, ausgeschlossen zu sein. Man ist doch eben ein Blatt am Zweig, und der Zweig gehört zum ganzen Baum, und wenn der Baum hin und her weht, ist das Blatt befriedigt, auch mitzuwehn . . .« Keine jubelnde Freude also, vielmehr ein Aufatmen, dem bittere Erfahrung und Resignation vorausgegangen waren.

Auch diesmal sollte das Gefühl der Erleichterung nicht von langer Dauer sein. Den Gang der Dinge hat sie selbst geschildert. »Am Tage vor der Eröffnung wurden meine beiden Arbeiten, die Mutter aus dem Kronprinzenpalais und das Grabrelief, herausgenommen und zugleich drei Arbeiten von Barlach. Ich konnte hieraus und aus der Rustschen Rede nicht anders schließen, als daß beide Figuren in das Magazin der Nationalgalerie wandern würden. Die ist für überholtes Gerümpel. Ja, ich fürchtete mehr. Ich fürchtete, sie würden sie vom Friedhof in Belgien entfernen. Aber mit merkwürdiger Inkonsequenz, obgleich sie aus der Akademieausstellung entfernt sind, sollen sie im Kronprinzenpalais wieder zu sehen sein. Das ist ein Hin und Her der Beschlüsse, das schwer zu begreifen ist. Wenn nur die Steine dort in Belgien bleiben an der Stelle, für die sie gemacht sind.« Die Sorge um das Gefallenendenkmal sollte sich als unbegründet erweisen. Es blieb unangetastet. Nicht so die Originale aus Gips. Sie verschwanden alsbald aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit. Wie hatte doch der »Völkische Beobachter« bereits bei früherem Anlaß angemerkt? »So sieht Gott sei Dank eine deutsche Mutter nicht aus!«

Mit diesem Ausschluß aus der Akademieausstellung war unausgesprochen

ein Ausstellungsverbot über Käthe Kollwitz verfügt worden. Auch wenn sie beabsichtigte, ihre Arbeiten in privaten Ausstellungsräumen zu zeigen, wurde das von den Behörden unterbunden. Ihre Graphik, die sie bereits für eine Schau in der Galerie Nierendorf geordnet hatte, hängte sie an die Wand ihres Ateliers. Eigentlich liebte sie es nicht, sich mit eigenen Werken zu umgeben – aber auf diese Weise entstand eine Art Ausstellung von etwa fünfzig bis sechzig Radierungen, Lithos, Zeichnungen, möglichst der Zeit nach, wie sie geschaffen wurden. Ein Überblick, wenn auch lückenhaft, über die vierzig Jahre ihrer Tätigkeit. Und sie verbreitete, daß jeder, der kommen wollte, dies tun konnte, wochentags in der Mittagszeit und auch sonntags. »Ich habe es ja so außergewöhnlich gut gehabt in diesen vierzig Jahren, konnte meine Arbeiten zeigen und fand Widerhall. Daß es nun aus ist damit, geht mir immer noch nicht recht ein, aber ich muß es lernen und werde es auch.«

Die Repressalien, die sie gegen Käthe Kollwitz vornahmen, hinderten die Nationalsozialisten nicht, ihr Werk und auch das anderer fortschrittlicher Künstler, wenn es ihren Zwecken dienen sollte, infam zu mißbrauchen. So reproduzierte eine faschistische Zeitschrift, die in deutscher und italienischer Sprache erschien, jeweils über eine ganze Seite die sieben Blätter aus der »Hungermappe« – einer Sammlung von Lithographien zum Thema »Hunger«, die 1924 von deutschen Künstlern herausgegeben worden war, um den Kampf streikender Arbeiter zu unterstützen. Die Not der deutschen Proletarier wurde nun zum Hunger im »roten Paradies«, der Sowjetunion, verfälscht. Als Illustration zu einem Hetzgedicht in Spanisch und Deutsch erschien außerdem in der »NS-Frauenwarte« das erschütternde Kollwitz-Blatt »Brot«, signiert mit dem Namen St. Frank. Bild und Text sollten angeblich in Spanien »einem von der nationalen Hilfsaktion verteilten Aufruf an die Bevölkerung der von den nationalen Truppen eroberten Gebiete entnommen« worden sein. Käthe Kollwitz war empört, sie wollte eine Richtigstellung fordern. Freunde mußten ihr abraten. Schließlich sah sie selbst, daß es besser sei, nicht zu protestieren. »Wenn ich nicht schweige, sondern es beanstande, kann es sein, daß man mir antwortet: ›Entschuldigen Sie den Irrtum, wir werden gleich Ihren Namen daruntersetzen!‹ Dann arbeite ich für National-Spanien, was ich nicht will, denn das Gedicht spricht von den roten Mordbanden.«

Anläßlich ihres 70. Geburtstages wollte die Berliner Buchhandlung Buchholz in der Leipziger Straße die Künstlerin mit einer kleinen Ausstellung ehren. Auch dieses wurde verboten. Aber die Verfolgung traf viele. Käthe Kollwitz besann sich auf die Bloßstellung der deutschen bildenden Kunst, die am 19. Juli 1937 unter dem Titel »Entartete Kunst« in München anlief: »Daß mit der Ausstellung nichts werden würde, dachte ich mir schon, denn

ich hatte schon Kunde bekommen von dem München drohenden Sturm, der ebensoviel Gelächter wie Aufsässigkeit ausgelöst hat. Beides bleibt leider wirkungslos, eine Art Privatvergnügen. Zu ändern ist nichts, und die Fäuste bleiben in der Tasche.«

Ein gutes Jahrzehnt zuvor, auf der Höhe ihres Ruhms, hatte sie sich selbst einmal eingestanden, wie sehr sie fortlaufende Achtungsbezeugungen ihrer Umwelt benötige. »Ein Versiegen meines Namens würde mich wohl sehr niederdrücken. Mein Seufzen und Stöhnen über die Lasten des Bekanntseins sind ein bißchen kokettes Gerede. Ich sollte nur mal spüren, wie das ist, wenn niemand nach mir fragt. Verwöhnt, wie ich jetzt bin, würde ich es schwer aushalten, wenn der Begriff ›Käthe Kollwitz‹ aufhörte zu existieren, wenn der Name nicht Respekt und Anerkennung bedeutete. Wie schauderhaft muß Künstlern zumut sein, die ohne Widerhall arbeiten.«

Nun, im November 1936, neunundsechzig Jahre alt, neun Jahre vor ihrem Tode, schrieb sie in ihr Tagebuch: »Es wird mir ganz allmählich erst klar, daß ich wirklich mit meiner Arbeit zu Ende bin. Nachdem ich die Gruppe habe in Zement ausdrücken lassen, weiß ich nicht weiter. Es ist eigentlich nichts mehr zu sagen. Ich dachte noch eine kleine Plastik ›Alter Mensch‹ zu machen, und ein Relief schwebte mir unbestimmt vor. Aber ob ich das mache oder nicht, es ist nicht mehr wichtig. Für die anderen nicht und auch nicht für mich. Auch diese merkwürdige Stille bei Gelegenheit der Heraussetzung meiner Arbeit aus der Akademieausstellung und anschließend aus dem Kronprinzenpalais. Es hat mir fast niemand etwas dazu zu sagen. Ich dachte, die Leute würden kommen, mindestens schreiben – nein. So etwas von Stille um mich. Das muß alles erlebt werden! Nun ist der Karl noch da. Täglich seh ich ihn, und wir reden und zeigen uns, daß wir uns lieb haben. Aber wie wird es sein, wenn auch er weg sein wird? Man schweigt in sich hinein. Alles ganz still.«



Kurt Steffen

Feuerprobe der Arbeiterkorrespondenten

8. Oktober 1935: Ein Mann geht zum »Treff«. Es ist nicht das erstemal. Seit zweieinhalb Jahren finden sich die Berliner Freunde beinahe regelmäßig in ihren illegalen Gruppen zusammen. Nur wenige Wochen lang war die Verbindung zwischen den Mitgliedern des »Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller« (BPRS) unterbrochen, schien es zunächst, als sei es den neuen Machthabern gelungen, eine organisierte revolutionäre Schriftstellerarbeit auszuschalten. Dann aber war jener gespenstische Mittwoch gekommen, an dem die Schlagzeilen der Berliner Abendzeitungen schrien: Bücherverbrennung auf dem Opernplatz! Wie unter magischem Zwang fühlten sich einige der Bundesmitglieder zu dieser Stätte hingezogen; sie wollten nicht glauben, daß eine solche Schande Deutschlands wahr werden sollte.

So fanden sie sich noch am selben Abend wieder zusammen: Als der Scheiterhaufen von 20 000 humanistischen Büchern zu lodern begann und Goebbels dieses Autodafé durch das Mikrofon mit den Worten kommentierte: Aus diesem Flammenstoß werde sich »siegreich erheben der Phönix eines neuen Geistes« – da erstand ihre Gegenorganisation wie ein Phönix aus der Asche ...

Von nun an trafen sie sich wieder, oft sogar zweimal im Monat – die jungen, bislang unbekannten und deshalb den faschistischen Häschern entgangenen Schriftsteller des Bundes. Vor allem die aus der Arbeiter-Korrespondentenbewegung kommenden Autoren bewährten sich jetzt. Wohl konnten sie nicht einfach fortsetzen, was sie unter den Bedingungen der Weimarer Republik begonnen hatten: Damals hatten sie mit ihren Reportagen, Kurzgeschichten und Versen über das Proletarierleben im Feuilletonteil der revolutionären Presse eine »wirkliche Wirklichkeit« ins Gespräch gebracht, die ungezählten Arbeitern zur Einsicht in ihre Lage verhalf und sie für revolutionäre Aktionen mobilisierte. Jetzt war diese Presse verboten, keine öffentliche Kundgabe mehr möglich. Aber das Programm der vergangenen Tage bestimmte weiterhin die Arbeit. Kunst ist Waffe! – das galt noch immer; nur prägte diese Losung jetzt Geschichten, Skizzen und Gedichte, die auf Flugblättern, Klebezetteln und in illegalen Zeitungen dem kleinen Kreis einer »heimlichen Öffentlichkeit« zur Kenntnis gebracht wurden. Diese Texte, die die Wahrheit über das Leben in Deutschland verbreiteten und zum Sturz der faschistischen Diktatur aufriefen, wurden in streng abgeschirmten illegalen Fünfergruppen vorbereitet. So klein diese Gruppen auch waren: Dünne, aber widerstandsfähige Fäden knüpften die einzelnen Freundeskreise im Norden, Osten und Westen Berlins doch zu einem einheitlichen Ganzen zusammen; und von Berlin führten die Kontakte nach Hamburg und Schlesien, sogar nach Paris und nach Prag, wo die Führung der KPD den Widerstand gegen Hitler anleitete und eine weitreichende antifaschistische Exilpresse entstanden war.

Auch der Mann, der jetzt zum »Treff« geht, arbeitet seit 1933 im illegalen BPRS, in der »Gruppe Ost«; auch er bewährt sich als Autor von Skizzen und Kurzgeschichten, die in der von ihren Gruppen mit viel Erfindungsgeist und Mut geschaffenen kleinen Zeitung »Stich und Hieb« publiziert werden. Selbst ins Ausland sind Geschichten von ihm gelangt, denn die Berliner Organisation schickt ihre Arbeiten auch nach Prag, wo Wieland Herzfelde sie in seiner Exilzeitschrift »Neue Deutsche Blätter« unter der Rubrik »Stimme aus Deutschland« abdruckt – auch wenn der Name des Autors nicht genannt werden darf, keiner das Pseudonym kennt, das Herzfelde wählen wird: Namenlos, unbekannt sein, das allein bietet Gewähr, um in Nazi-Deutschland als Kämpfer wirken zu können. Neu an der Tätig-

keit des Mannes jedoch ist, daß alle einzelnen Fäden jetzt bei ihm zusammenlaufen. Er ist es, der das ganze Netz der illegalen Schriftstellerorganisation in seinen Händen hält.

Im Juni war der Genosse Hans Schwalm, der bislang diese Aufgabe erfüllt hatte, von der Partei nach Paris gerufen worden, um dort an einer großangelegten internationalen Schriftstellerkonferenz zum Schutze der Kultur vor Faschismus und Krieg teilzunehmen; direkt aus Deutschland kommend, sollte er als kompetenter Vertreter des innerdeutschen Schriftsteller-Widerstandes vor der Weltöffentlichkeit gegen den Naziterror und die imperialistische Kulturreaktion protestieren. Aus den zwei Wochen, die dieser Genosse bleiben wollte, sind nun beinahe vier Monate geworden. Der Mann, den seine Freunde nur unter dem Decknamen »Karl« kennen, weiß nicht, warum sich die Rückkehr des Genossen verzögert. Aber er weiß, daß die Arbeit weitergehen muß.

Und sie geht weiter. Obwohl er als Metallarbeiter den Tag über an der Drehbank steht, nutzt er die Abendstunden und das Wochenende nicht nur um selbst zu schreiben; er organisiert die gesamte Tätigkeit des Bundes. Vor kurzem hat er Prosaarbeiten und Literaturkritiken zu Wieland Herzfelde leiten können, die nun ihre Leser in den großen Städten Europas, sogar in Amerika, Japan und Palästina erreichen werden. Aber auch von außen nach innen fließen die Informationen. Die engen Arbeiterwohnungen, in denen »Karl« sich mit den Mitgliedern der einzelnen Fünfergruppen trifft, weiten sich oft zu Zentren, wo Paris und Moskau mit ihnen sprechen. Das »Weißbuch über die Erschießungen des 30. Juni« beispielsweise, in Frankreich von der KPD herausgebracht, hat das Wesen der Vorgänge erklärt, die sie während des vergangenen Sommers erlebten. Und erst vor wenigen Wochen hielten sie die Resolution des ZK der KPD vom 30. Januar 1935, »Proletarische Einheitsfront und antifaschistische Volksfront zum Sturze der faschistischen Diktatur«, in ihren Händen. »Karl« erinnert sich an die glückliche Stunde, da er den Freunden dieses Dokument bringen und mit ihnen diskutieren konnte. Denn was sie in ihren Gruppen schon seit langem praktizierten, die Zusammenarbeit auch mit Autoren und bildenden Künstlern, die nicht der KPD angehören, das wird nun von der Parteiführung aufgegriffen und propagiert. Auch die Erfahrungen hier in Berlin haben also mitgeholfen, eine solche verbindliche Orientierung für die gesamte Parteiarbeit in dieser Zeit hervorzubringen.

An diesem 8. Oktober hat »Karl« für die Zusammenkunft der »Gruppe Nord«, in der Wohnung des Arbeiterschriftstellers Specht, Gedichte von Rainer Maria Rilke ausgewählt, die er vortragen will. Und dann werden sie über ihre eigene Produktion sprechen, einige Gedichte von Specht und Hans Eckel oder eine kurze Erzählung für eine neue Ausgabe ihrer Zeitung

»Stich und Hieb« hören, und ganz sicher werden sie an diesen Arbeiten gemeinsam solange feilen, bis sie sagen können: reif zur Veröffentlichung, zum Kampf gegen das Regime. Sie prüfen jeden Satz, jedes Wort genau, denn sie wissen: In diesem Deutschland kann nicht nur das Schreiben antifaschistischer Texte einem Verfasser, sondern auch das Lesen einem Leser das Leben kosten.

Plötzlich schaut »Karl« auf und stutzt. Er sieht einen Mitarbeiter der Gruppe, zu der er unterwegs ist. »Felix« hat die Regeln der Konspiration durchbrochen; er wartet vor dem »Treff« auf seinen Leiter, stürzt ihm entgegen, aufgeregt, blaß, und ruft ihm zu: Bei Specht ist niemand zu Hause! Dann rennt er davon.

»Karl« hat kaum Zeit, ihm nachzuschauen. Er fühlt mehr, als daß er es weiß: Jetzt ist er in eine Falle geraten. Als ihm die Büttel, die wie aus dem Nichts gewachsen scheinen, die Arme auf den Rücken drehen, ihn vorwärts und in das Auto stoßen, das kreischend neben ihm hält, wehrt er sich nicht. Was ist geschehen? Was habe ich falsch gemacht? denkt er wütend und verzweifelt während der Fahrt. Sie bringen ihn zur berüchtigten Gestapo-Zentrale in der Prinz-Albrecht-Straße, wo er weit mehr seiner Genossen findet, als er heute bei seinem Treff zu sehen hoffte . . .

Ein Jahr später, am 7. Oktober 1936, schleppt sich »Karl« die Treppe des Kammergerichts in der Elßholzstraße am Berliner Kleistpark empor. Er atmet schwer, bleibt stehen, um das wild hämmernde Herz zur Ruhe kommen zu lassen, doch die Wachmannschaften zerren ihn weiter. Ein Jahr Untersuchungshaft liegt hinter ihm: 365 Tage voller Verhöre, Gegenüberstellungen, wieder Verhöre, und immer Quälereien. Sie haben seinen Widerstand, seinen Mut, seine Verschwiegenheit nicht brechen können. »Sie sind der Typ eines unverbesserlichen Klassenkämpfers, der grundsätzlich alles abstreitet!« so haben sie ihm noch in der letzten Voruntersuchung zugeschrien. Mit grimmiger Genugtuung denkt »Karl« an die mißlungenen Versuche, die ihn zur Preisgabe seines Wissens zwingen sollten. Nur er allein kennt die rund vier Dutzend Namen aller Mitglieder der illegalen Organisation, zu der neben den Schriftstellern auch Angehörige der ehemaligen »Assoziation Revolutionärer Bildender Künstler« gehören und von denen einige ihre Zeitung mit treffenden satirischen Illustrationen versehen haben; nur er weiß die Deckadressen für die Anlaufstellen in Prag, nur ihm ist die Mission von Hans Schwalm in Paris bekannt: Die Grundgedanken seiner Rede auf dem Schriftstellerkongreß haben sie noch gemeinsam beraten. Aber erfahren haben die Faschisten von »Karl« nichts – trotz seiner körperlichen Ohnmacht. Denn in den quälend langen Wochen und Monaten der Untersuchungshaft ist aus dem kraftvollen Metallarbeiter und Schriftsteller mit dem unverwüstlichen Berliner Mundwerk, den selbst vier Jahre Arbeits-

losigkeit nicht in die Knie hatten zwingen können, ein physisch gebrochener, stiller Mensch geworden. Ein Schatten seiner selbst! Gerade 32 Jahre alt ist er, jung noch – aber das vermutet auf den Zuschauerbänken niemand, als er jetzt in den Verhandlungssaal kommt. Später wird Elfriede Brüning, eine Kampf- und Leidensgefährtin, berichten: Bei einer Gegenüberstellung im Frühjahr 1936 meinte ich nicht einmal zu lügen, als ich hartnäckig behauptete, diesen Mann niemals gesehen zu haben.

Für Kurt Steffen, wie »Karl« wirklich heißt, wird dieser 7. Oktober 1936 die Entscheidung bringen. Heute wird sich zeigen, wieviel die Nazis über seine illegale Tätigkeit tatsächlich wissen und ihm zur Last legen können. Heute fällt das Urteil über sein persönliches Schicksal: Wird die Todesstrafe verhängt werden? Kann er noch mit »Zuchthaus« rechnen?

An dem verhängnisvollen Oktobertag des Vorjahres war es der Gestapo mit einem Schlage gelungen, elf Mitglieder des »Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller« festzunehmen; wenig später hatte sie sogar noch Walter Stolle, Klaus Neukrantz und Kramp verhaftet, die nach einer ersten Arretierung im Jahre 1933 zu ihrer eigenen Sicherheit nicht mehr an den Sitzungen des Bundes teilnahmen. Kurt Steffen traf sie alle im Kerker der Prinz-Albrecht-Straße; aber er wurde bald von den Gefährten isoliert, ein gesonderter Prozeß gegen ihn war in Vorbereitung. »Die Strafverfolgung gegen den Beschuldigten Kurt Steffen habe ich mir vorbehalten«, schrieb der Oberreichsanwalt, sobald er begriff, daß er mit diesem Manne einen der führenden Funktionäre des BPRS gefaßt hatte. Die Faschisten hatten geglaubt, diese Organisation längst zerschlagen zu haben. Doch dann erfuhren sie, daß der Bund weiterhin existierte. Kurt Steffen denkt mit Schrecken an den Augenblick eines Verhörs, als ihm klarwurde, daß sie mit »Felix«, mit Hans Berg also, einen Verräter in ihren eigenen Reihen gehabt hatten. »Felix« konnte die Marter einer zufälligen Verhaftung im Sommer 1934 nicht ertragen und kaufte sich durch diese Rolle des Verräters frei. Viel wußte er auf Grund der strengen Konspiration nicht, aber die Mitteilung, daß der Bund wieder mit Erfolg arbeitete, genügte zunächst; und als ihm durch Unachtsamkeit dann noch Namen einzelner Mitglieder, über seine eigene Fünfergruppe hinaus, bekannt wurden, gab er auch diese preis. Seit August 1934 hatten die Nazis die illegale Organisation beobachtet, Material gesammelt, auf den geeigneten Tag gewartet, um zuzuschlagen.

Einige Nummern der illegalen Zeitschrift »Stich und Hieb« fielen in ihre Hände, dazu eine Arbeitsanweisung von Oto Biha, der von Paris aus die proletarisch-revolutionären Schriftsteller anleitete. So wußten sie um ihren Kontakt zur KPD-Führung im Ausland, erhielten sie Auskünfte über die Arbeitsweise der Autoren in Deutschland – hatte doch Biha auf die Zusammenarbeit aller oppositionellen Schriftsteller orientiert und eine »Vergröße-

rung der Organisation durch Heranziehung der noch heute zahlreichen isolierten linken Schriftsteller und Intellektuellen, ohne Ansehen der Parteizugehörigkeit« gefordert. Auch die Taktik des »trojanischen Pferdes« sollten einige Autoren anwenden, indem sie zur Tarnung ihrer Tätigkeit in die Reichsschrifttumskammer eintraten. Daß Hans Schwalm gerade mit Hilfe der Mitgliedskarte dieser faschistischen Schriftstellervereinigung über die Schweizer Grenze gehen konnte, entging der Gestapo. Ihr genügte, daß er »ohne erkennbaren Grund« ins Ausland reiste, um das Abwarten zu beenden, gegen die Organisation vorzugehen und die ganze Wut nun gegen Kurt Steffen zu richten. Mit seiner Person sollte der BPRS für immer und ewig mundtot gemacht werden.

Jetzt, da Kurt Steffen seinen Anklägern und Richtern gegenübersteht, da Senatspräsident Dr. Klee, die Kammergerichtsräte Deynet, Dr. Koch, Diescher und Landgerichtsrat Richter endlich Platz nehmen und die Anklage verlesen wird, kann er trotz allem ein Gefühl des Stolzes nicht unterdrücken. Die Nazis haben sich mit ihren Recherchen Mühe gegeben, haben sich Zeit gelassen, so viel wie möglich an belastendem Material zusammenzutragen – aber was sie vorbringen, ist das Eingeständnis, daß die antifaschistischen Schriftsteller mit Erfolg zu arbeiten wußten. »Der Werkzeugmacher Kurt Steffen aus Berlin-Weißensee, geboren am 23. September 1904«, so hörte er eine Stimme sagen, hat sich »innerhalb des ›illegalen‹ Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller an maßgeblicher Stelle durch Zusammenkünfte und Besprechungen sowie durch Annahme von kommunistischen Schriften und Hetzgedichten für die ihm offenbar bekannten, auf den gewaltsamen Umsturz gerichteten Ziele des Bundes und der KPD betätigt.« Neben seiner eigenen literarischen Tätigkeit, so heißt es, sei er bemüht gewesen, »in Fühlung mit den Funktionären der Kommunistischen Partei« und »gemäß den Weisungen der Pariser Leitung den Zusammenhalt der Mitglieder aufrechtzuerhalten, ihre schriftstellerische Befähigung auf politischem Gebiet z. B. durch die Herstellung von Hetzgedichten, Flugblättern usw. auszunutzen« und durch »Verbreitung von Schriften die Massen zu beeinflussen«. Immer wieder spricht die Anklage von einer »Beeinflussung der Massen« durch jene Literatur, die Kurt Steffen und seine Freunde geschrieben haben. Es sei festzustellen, »daß die Tat des Angeklagten auf die Herstellung, Sammlung und Weiterleitung von Hetzartikeln gerichtet war, die pressemäßig verbreitet werden und zur Beeinflussung der Massen dienen sollten«.

Also sind die Bemühungen nicht umsonst gewesen, denkt Kurt Steffen. Gewiß, die Auflage ihrer Zeitung »Stich und Hieb« war nicht hoch, 300 bis 500 Exemplare waren nicht viel. Aber inmitten einer barbarisch erzwungenen Friedhofsstille, in die nur die Aufmärsche und die Kundgaben der Nazis hineinlärmten, ist 300- bis 500mal ein Mut zum Widerstand zugesprochen,

die Kraft einer unsichtbaren, aber lebendigen Gemeinschaft vermittelt worden. Die Exemplare dieser nur handtellergroßen Zeitschrift – sofort abdeckbar, wenn ein unerwünschter Blick darauf fallen sollte – sind in mühseliger Arbeit als Fotoabzug hergestellt und nur in der Zeit vom August 1933 bis zu seiner Verhaftung verbreitet worden: Doch die Nazis selbst sprechen von versuchter »Massenbeeinflussung«! So hoch veranschlagen sie die Wirkung dieses kleinen Widerstandsorgans mit seinen Gedichten, Skizzen, Kurzerzählungen, Reportagen, Notizen, satirischen Zeichnungen. Sie funktionierte also, ihre Waffe, das künstlerische Wort. Gewiß, die Nazis wollen jeden noch so kleinen Funken eines Widerstands sofort austreten. Aber das versucht man nur, wenn man weiß, daß eines Tages aus dem Funken die Flamme schlagen kann. Und aus dieser Angst heraus wird nun die Tätigkeit der illegalen Organisation bewertet: Der BPRS, so heißt es, sei »eine der gefährlichsten gegenwärtigen Hetzorganisationen«. Kurt Steffen hört diese Worte mit Befriedigung, aber auch ohne Illusionen über sein eigenes Schicksal. »Der Angeklagte hat schon durch seine Teilnahme an den Zusammenkünften des Bundes«, so faßt der Senatspräsident zusammen, »erst recht durch die dort ausgeübte Tätigkeit – Abhalten von Referaten über die politische Lage, Verlesen einer kommunistischen Resolution, Beteiligung an den Besprechungen, Erteilen von Ratschlägen über die zweckmäßigste Form politischer Gedankenäußerungen – . . . sich der Vorbereitung eines höchst verräterischen Unternehmens schuldig gemacht.«

Kurt Steffen weiß, was diese Anklage bedeutet. Dabei kennen seine Richter nicht einmal das ganze Ausmaß seiner Tätigkeit. Wohl wissen sie von den Verbindungen zum Ausland. »Die Aufgabe des Bundes«, stellen sie fest, »bestand noch im Jahre 1935 . . . darin, zur Verhetzung der Massen im kommunistischen Sinne geeignete literarische Erzeugnisse herzustellen und der im Ausland sitzenden Zentralleitung zuzuleiten, die damit die links eingestellte Presse des Auslands und die Emigrantenpresse belieferte.« Aber die Zusammenhänge zwischen dem illegalen Bund und der Exilzeitschrift »Neue Deutsche Blätter« sind ihnen nicht klargeworden. Sie faseln etwas von einer Anthologie »Stimmen aus Deutschland«, einer »Hetzgedichtsammlung«, die für den Malik-Verlag in Prag in Vorbereitung gewesen sei und deren Erscheinen nun wohl verhindert wurde – so hoffen sie. Daß diese »Stimme aus Deutschland« schon seit drei Jahren in die Welt geht, Wieland Herzfelde in dieser Rubrik seiner Zeitschrift inzwischen mehr als 50 literarische Texte von ihnen publiziert hat, Hans Schwalm sogar als illegaler Berliner Redakteur der »Neuen Deutschen Blätter« diese »Stimme aus Deutschland« immer wieder besorgen konnte, erkennen sie nicht. Auch die beiden Ausgaben der »Arbeiter-Illustrierten-Zeitung«, die »Stich und Hieb« im Faksimile abdruckten und somit von Prag aus an Tausende von Lesern schickten, sind

verborgen geblieben. Sein zähes Schweigen hat sich ausgezahlt, wenngleich es jetzt strafverschärfend wirkt. Auch die Beachtung von Regeln der Konspiration, die er selbst oft belächelt hat, zeigt nun ihren Wert. Der Angeklagte denkt an den Genossen Hans Schwalm: Wer sich auf dem Pariser Schriftstellerkongreß hinter dem »Mann mit der schwarzen Maske« verborgen hat, vermochte hier niemand zu entschlüsseln.

Haben die Richter überhaupt etwas von ihm, Kurt Steffen, und seinem Tun verstanden? Haben sie ein einziges Mal nach dem Menschen gefragt, der vor ihnen steht? Sie verurteilen ihn jetzt als »kommunistischen Hetzer«, der für die »Volksgemeinschaft nach Überzeugung des Senats verloren ist« und »eine Gefahr für die Staatssicherheit darstellt«. Was aber begreift dieser Senat, der im Solde einer kleinen brutalen Ausbeuterclique steht, von einem Arbeiter wie ihm? In dem Augenblick, als sich alle von den Plätzen erheben, geht es ihm wohl, als müsse er Abschied vom Leben nehmen.

Hätte er jetzt Zeit und Gelassenheit, um sein Leben zu überdenken, so sähe er zuerst wohl die Mutter, die als Schneiderin in der Küche die Nähmaschine tritt, bis spät in die Nacht, auch den Vater ersetzend, der im ersten Weltkrieg gefallen ist. Und dann den November 1918. Diesen Tag würde er nicht vergessen: Er hatte, 14 Jahre alt, die Lehre begonnen, wollte Schlosser werden wie sein Vater, da sorgten die Schmiede seiner Abteilung dafür, daß auch er die Kampfdemonstration mitmachte; auf dem Kühler eines Lastwagens sitzend, fuhr er inmitten roter Fahnen von Weißensee zum Berliner Schloß – ein junger begeisterter Teilnehmer der revolutionären Willensbekundung der Arbeiter. In diesen Stunden begann sein bewußtes politisches Leben. Ein Jahr darauf war er schon Jungkommunist, dann wurde die KPD seine politische Heimat. »Eine alte Welt zertrümmern, eine neue aufbauen, trotz zahlloser Schwierigkeiten für meine mitstreitenden Genossen und für mich: es war, es ist, es bleibt der Sinn des Lebens!« Das war seitdem Leitspruch seines Handelns, dem er treu bleiben wird, was immer auch kommen mag. Mit seiner politischen Aktivität erwachte das Interesse an der Literatur. Er begann zu lesen und begriff bald, wie wirkungsvoll literarische Arbeit sein konnte. In seiner kleinen Dachkammer standen nur die notwendigsten Gegenstände, Tisch, Stuhl, Bett und Schrank – mehr brauchte er nicht: aber Bücher über Bücher. Jede Mark, die er dem Essen absparen konnte, wurde zum Buchhändler getragen, seine Freunde schüttelten schon mit dem Kopf. Und eines Tages versuchte er selbst zu schreiben. Er schickte die erste Skizze an die »Rote Fahne«, wurde Arbeiterkorrespondent, auffallend durch sein Talent zur wachen Beobachtung, genauen Beschreibung, satirisch-treffenden Abfertigung dessen, was ihn und seine Genossen im täglichen Leben bedrängte. Und als der BPRS gegründet, er selbst 1929 in den Vorstand gewählt wurde, begann auf neue Art wiederum

eine »Lehrzeit« für ihn. Anfangs schien Literatur ausschließlich Mittel zum Zweck zu sein: Waffe im Klassenkampf. Aber mit der praktischen Schreiberfahrung wurde sie ihm zugleich mehr, verstand er, daß er sich eine Möglichkeit geschaffen hatte, das Leben intensiver zu erfahren, selbst über den Sinn seines Daseins nachzudenken, eigenen Lebensvorstellungen Ausdruck zu verleihen. Und er begann zu fragen, wie andere vor ihm mit der Feder umgegangen waren; zur praktischen Lebenserfahrung sollte die Literaturerfahrung hinzugefügt werden. Jetzt begriff er, was die Gefährten im BPRS, aus der bürgerlichen Bildungsschicht kommend, aber dem Befreiungskampf des Proletariats so fest wie er selbst verschworen, meinten, wenn sie ihn in Diskussionen darauf aufmerksam machten, daß »der Aktionsradius der wirklich gelungenen Kunstprodukte viel größer als der einer nur-politischen Propaganda werden« könne. Jetzt zahlte sich auch für ihn persönlich aus, daß im Bund beide vereinigt waren, der Arbeiterschriftsteller und diese Gefährten bürgerlicher Herkunft. Der Freundschaft zu Johannes R. Becher und Franz Carl Weiskopf verdankte er viel – sogar den Mut, sich an einem Roman zu versuchen. Heimlich begann er, die Geschichte seiner eigenen Familie, seines eigenen Lebens zu erzählen. Später, als er es wagte, einige Abschnitte im Bund vorzulesen – war es da nicht Georg Lukács, der scherzhaft, aber freundschaftlich-ermutigend »unser sozialistischer Zola« zu ihm sagte? Jetzt wird dieses Roman-Manuskript wohl der Haussuchung zum Opfer gefallen und verloren sein. Ob er die Kraft zum Schreiben noch einmal finden wird? In dem Augenblick, da Kurt Steffen um sein Leben bangen müßte, bangt er auch um sein Roman-Manuskript. Im »Namen des deutschen Volkes« hört er noch – dann beginnen fünf schwere Zuchthausjahre für ihn.

Mit der Verhaftung und der Verurteilung von Kurt Steffen, dem Leiter des illegalen BPRS, ist in Deutschland 1935 die Arbeit des Bundes zum Erliegen gekommen. Und dennoch erfüllt sich die Hoffnung der Nazis nicht. Es zeigt sich nur, daß eine gesonderte Schriftstellerorganisation unter den Bedingungen der Illegalität nicht aufrechtzuerhalten ist. Von nun an werden die antifaschistischen Schriftsteller in den illegalen Widerstandsgruppen, die sich im Sinne einer Volksfront herauszubilden beginnen, mitarbeiten. John Sieg, Adam Kuckhoff, Heinz Strelow, Günter Weisenborn beispielsweise, die Mitglieder der von Harro Schulze-Boysen und Arvid Harnack geleiteten Widerstandsgruppe, werden fortsetzen, was der Bund und mit ihm Kurt Steffen begonnen haben.

Und im selben Jahr, als die Richter Kurt Steffen in der Erwartung verurteilen, daß von ihm und seinesgleichen nichts mehr zu hören sein wird, erscheint in Moskau in russischer Sprache ein Roman, den in der Schweiz auch die »Berner Tagwacht« in Deutsch abzudrucken beginnt. Hans Schwalm,

der nunmehr das Pseudonym Jan Petersen annimmt, hat das Manuskript mit ins Ausland nehmen können und seinem Buch den Titel gegeben: »Unsere Straße. Eine Chronik. Geschrieben im Herzen des faschistischen Deutschland 1933/34«. Er, der entkommen konnte, zeugt vor der Weltöffentlichkeit gegen die Terrorherrschaft des Hitlerfaschismus und für die heroische Widerstandskraft seiner Genossen und Freunde in Berlin.



Kurt Tucholsky

Tod im Exil

Es gibt prägende Eindrücke und Erlebnisse im Dasein eines jeden Menschen, die seinem Handeln und Streben die Zielrichtung weisen. Die Frage, was im Leben Kurt Tucholskys die nachhaltigsten Erschütterungen auslöste, führt uns immer wieder in die Zeit des ersten Weltkrieges zurück. Was noch früher lag, in jenen Jahren vom 9. Januar 1890 an, als er in Berlin als Sohn eines relativ wohlhabenden jüdischen Bankkaufmanns geboren wurde, mehr schlecht als recht die Schule absolvierte, der er verständnislose Paukerei vorwarf, das gründet nicht so tief; mit Selbstironie bewältigte Tucholsky sogar die Tatsache, daß er sein Abitur als Externer nachholen mußte. Schwerer wog, daß sich die Beziehung zum offenbar musischen, auch schreibgewandten Vater, der starb, als der Sohn 15 Jahre alt war, ungetrübter gestaltet hatte

als zu der nicht unintelligenten, aber ihn einengenden, herrschgewohnten Mutter – denn so lernte der sensible Junge allzu früh innere Vereinsamung kennen.

Im ersten Weltkrieg, in den es die Jungen »umgerissen« hatte, zeichnete sich das Landserdasein des Armierungssoldaten Tucholsky kaum durch äußere Dramatik aus. Es war die aus dem Kriegsleben resultierende gesellschaftliche Erfahrung einer möglichen Umwertung aller Werte, die ihn tief bewegte: »Hier gilt die Faust, der Säbel und der Reiter – das was wir ehren, gilt nicht viel.« Betroffenheit darüber findet man auch in seinen »Soldatenbriefen«, die mit geistreicher Selbstironie, dem »ganzen Bauch voll der grimmigsten Galle« geschrieben und einmal im Anklang an Karl Immermann unterzeichnet wurden: vom »im Irrgarten des Militärs herumtaumelnden Tucholsky«. Dabei erfüllte ihn tiefe Sehnsucht nach Harmonie, worunter er »Geschlossenheit und Einheit zwischen Wollen und Auswirkenkönnen« verstand. Das war eine Diskrepanz, die das Leben dieses Schriftstellers durchziehen sollte: Sehnsucht nach Stille, nach dem Abseits vom großen Getriebe, eine seelische Disponiertheit, die ihm Zugang zu Eichendorff, Mörike und Raabe – um nur einige zu nennen – eröffnete, und daneben die eben durch das Weltkriegserlebnis erweckte tiefe Verantwortung, immer wieder zum Kampf anzutreten, um den Krieg entheroisiert als Menschenmord zu zeigen, um machtbesessenen und -mißbrauchenden Militaristendünkel zu geißeln, um mit treffsicherer Satire kapitalistische Unmenschlichkeiten zu attackieren.

Literarisch war Kurt Tucholsky vor dem Krieg bereits kein Unbekannter mehr. Sein Büchlein »Rheinsberg – ein Bilderbuch für Verliebte« war 1912 begeistert aufgenommen worden: jene beschwingte Sommergeschichte, die der zeitgemäß muffig-verklemmten Spießermoral und Prüderie die natürliche, weltoffene Sinnlichkeit junger Menschen entgegensetzte. Was diese literarische Emanzipation der Gefühle damals bedeutete, zeigt der Seitenblick auf ein Buch, das zur selben Zeit geschrieben wurde, als »Rheinsberg« erschien. Damals arbeitete Heinrich Mann an seinem Roman »Der Untertan«. Kurt Tucholsky rezensierte ihn 1919 meisterhaft, weil kongenial. Die in diesem Buch aufblitzenden »bösen Blinkfeuer der Erotik« signalisierten, wie der wilhelminisch-brutalisierte Gegensatz zu den von Tucholsky gestalteten liebenswerten Beziehungen junger Menschen aussah. Doch daneben fühlte sich Tucholsky durch Manns »Untertan« auch politisch bestätigt, »daß wir auf dem rechten Wege sind«, »daß Liebe, die nach außen in Haß umschlagen kann, das einzige ist, um in diesem Volke durchzudringen, um diesem Volke zu helfen«. »Es ist ja nicht wahr«, so tönt es geradezu programmatisch bei ihm, »daß versipptes Cliquentum und gehorsame Lügner ewig und untrennbar mit unserm Lande verknüpft sein müssen. Beschimpfen wir die, loben wir doch das andre Deutschland; lästern wir die, beseelt uns doch

die Liebe zum Deutschen. Allerdings: nicht zu diesem Deutschen da. Nicht zu dem Burschen, der untertänig und respektvoll nach oben himmelt und niederträchtig und geschwollen nach unten tritt, der Radfahrer des lieben Gottes, eine entartete species der gens humana.« So will er gegen die Herrschenden kämpfen, indem er ihnen diejenigen entzieht, auf deren Rücken sie tanzen: die Untertanen.

Hier ist in komprimierter Form das Kampfprogramm Tucholskys ausgedrückt – gerichtet auf das »Zwischenspiel« der Weimarer Republik, die ihm nicht zu viel, sondern zu wenig Republik war, wie er auch die Novemberrevolution kritisierte, weil sie ihm zu wenig veränderte, nicht radikal genug die alten Verhältnisse wandelte, nicht die Lebenssphären in Tiefe und Breite durchdrang. (Hier gab er allerdings später zu, daß er 1918/19 »nicht richtig verstanden habe, was vorging«.) Es ist ihm eine wichtige, wenn nicht gar die zentrale Motivation seines Kampfes: »den Deutschen, unsern Landsleuten, den Knechtsgeist auszutreiben«. In diesem Sinne wollte er schon 1919 negativ sein, um positive Veränderung zu bewirken (»Wir Negativen«).

Damit sind bereits die Hauptakkorde seines Lebens und Schaffens angeschlagen. Er brachte sie zum Klingen, indem er seinem subjektiven Bedürfnis nach Stille, das fast einer Angst gleichkam, den Dingen, die ihn tief berührten, allzu nahe zu sein, durch geographische Distanzierung nachkam. Er wollte nicht direkt »im Getümmel« des Kampfes sein, sondern ein wenig beiseite. Daher lebte er seit 1924 überwiegend außerhalb Deutschlands, zunächst in Frankreich, ab 1929 in Schweden.

Sein Publikationsorgan in Deutschland war vor allem die »Weltbühne«, die, aus der 1912 gegründeten »Schaubühne« hervorgegangen, von seinem verständnisvollen Mitstreiter Siegfried Jacobsohn geleitet wurde. Unter 5 PS (5 Pseudonymen), so meinte Tucholsky, könne die kleine Wochenschrift ihn nur verkraften. So entstanden, zunächst im scherzhaften Spiel, Peter Panter, der sich vorwiegend mit Literatur und Theater beschäftigte, Theobald Tiger, der spritzige Verse verfaßte, nach dem Krieg schrieb Kaspar Hauser seine kleinen Geschichten, und als der politischste von allen – mit knurrig klingendem Namen – trat Ignaz Wrobel auf. Selbstverständlich war Tucholsky als Stammvater und »Tucho« auch dabei. Sein Name war so sehr mit der »Weltbühne« verbunden, daß er nach Jacobsohns frühem Tod – Ende 1926 – nicht umhin konnte, die weitere Leitung zu übernehmen; es war nur vorübergehend, gern ließ er sich Mitte 1927 von Carl von Ossietzky die für ihn allzu schwere Bürde abnehmen.

Tucholsky aktivierte seine im Kriege gesammelten Erfahrungen mit der Militärkaste in der kritischen Artikelserie »Militaria«. Er geißelte mit Hilfe seiner als Dr. jur. erworbenen Sachkunde ebenso die Weimarer Klassenjustiz und richtete die Unrechtsprechenden literarisch. Seine Einsichten als

Bankangestellter prägten seine Charakterbilder über den Typ des anpasserischen jüdischen Bourgeois in den Wendrinergeschichten.

Der Härte gegenüber der Reaktion in Militär, Bürokratie und Justiz entsprach bei Tucholsky immer die warmherzige Solidarisierung mit allen, die für Demokratie und sozialen Fortschritt kämpften, die dafür an Leib und Seele, nicht selten auch am Leben, gestraft wurden. Obwohl kein Spartakist, sondern zu jener Zeit »radikaler Pazifist« – wie er sich selbst nannte –, ehrte er literarisch Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, übte er tätige Solidarität mit den Opfern der Münchner Räterepublik, pflegte er Kontakt zu Erich Mühsam und Ernst Toller, rief er zu Spenden für die Eingekerkerten auf. Ereignisse wie etwa der Kapp-Putsch drängten ihn zu revolutionär-demokratischen Forderungen: Umwandlung der Reichswehr in eine Volksmiliz, Reformierung der Justiz, Demokratisierung der Verwaltung, völlige Umformung der Lehrkörper auf Schulen und Hochschulen – um nur einiges zu nennen. Als »letzte Rettung« aber erschien ihm die »Einigung der sozialistischen Parteien«.

Sein Streben nach einem »anderen Deutschland« mußte für ihn notwendig die Frage nach Mitstreitern für diesen Demokratisierungsprozeß aufwerfen. Eines wußte er: Beim Bürgertum waren die Kräfte, die Wandlung schaffen und wirkungsvolle Barrieren gegen »Rechts« errichten konnten, nicht mehr zu suchen; das hatte er auf allen Ebenen, vom mickrigen Spießer bis zum Bourgeois, der sich nach dem Geschäft orientiert, erfahren. So wuchs denn mit der Zunahme reaktionärer Tendenzen geradezu zwangsläufig seine Linksorientierung. Ende der 20er Jahre, als er das Erstarken des Faschismus mit aller ihm eigenen künstlerischen Sensibilität spürte, schlug sich die ehrliche Bundesgenossenschaft, die er forderte, auch in gemeinsamen Publikationen nieder. 1929 kam sein »Deutschland, Deutschland über alles« als ein »Bilderbuch«, mit aussagestarken Fotos John Heartfields ausgestattet, im kommunistischen Universum-Verlag heraus – eine glückliche Verbindung und gegenseitige Erhellung von Wort und Bild. Im Oktober 1931 erschienen in der Jubiläumsausgabe der AIZ, der Arbeiter-Illustrierten-Zeitung, politische Gedichte von Theobald Tiger neben denen von Erich Weinert, von Slang und anderen den Arbeitern verbundenen Autoren.

Gerade sein »heißes Bemühn«, das herannahende Unheil aufzuhalten, etwa indem er es satirisch signalisierte (wie im »Schulaufsatz« von 1932 »Hitler und Goethe«), diese große Anspannung seiner Kräfte, alle und letzte Möglichkeiten nutzen zu wollen, hat seine Erschütterung beim endgültigen Machtantritt des Faschismus verstärkt. Was Tucholsky als literarischer Gestalter und politischer Kritiker angestrebt hatte, nämlich eine von äußeren und inneren Zwängen freie Beziehung zwischen den Menschen, soziales und politisches Selbstbewußtsein in Wort und Tat, kämpferische Solidarität mit

den Ausgebeuteten und Unterdrückten, eine auf dauerhaften Frieden zielende Völkerverständigung – alle diese humanen und demokratischen Ideale wurden jetzt auch von seiten des Staates verhöhnt und geächtet, mehr noch: Ihre streitbaren Vertreter wurden eingekerkert, gequält oder gar ermordet. Was historisch das Ende einer ausgehöhlten bürgerlichen Demokratie und der Beginn der faschistischen Barbarei mit ihrem skrupellosen Kriegskurs war, kam für Tucholsky literarisch und menschlich einer Katastrophe gleich.

Das beweisen die Briefe, die er in den ersten Monaten des Jahres 1933 schrieb. Sie zeigen ihn in innerer Aufgewühltheit, in grimmigem Zorn; da ist kaum etwas, was er in seiner Erbitterung nun nicht in Frage stellt. Gerade dort, wo ehemals Annäherung und Bindung bestanden, zeigen sich nun Abneigung und Verdammung. Ihm, dem Stilgewandten, widerfährt es im Brief vom 4. März 1933, daß er nicht weniger als neunmal betont, er wolle nun nicht mehr mitmachen und überhaupt nichts damit zu tun haben – eine so häufige Versicherung läßt auf Verunsicherung schließen. Er attackiert seine Bundesgenossen »von links«, äußert sich empört über die KPD und ihre scheinbare Erfolglosigkeit, wütet gegen die Sowjetunion. Er distanziert sich vom »geistigen Emigrantentum«, erbost sich über kompromißlerische Juden. Abrechnung verlangt er, Einkehr, Schuldbekenntnisse, Abbruch der Beziehungen mit den ehemaligen Kampfgefährten, und was eigentlich nicht noch alles! Man könnte erschrecken vor dieser unerbittlichen Aufrechnung, spürte man nicht die große innere Betroffenheit des Autors, sein heißes Mitleiden mit jenen, die nun das schwere Los für alle tragen mußten.

Dem ersten, aus bitterer Enttäuschung und Ratlosigkeit geborenen Grimm folgen zwar gegen Ende des Jahres etwas ruhigere Töne. Tucholsky erkennt: »Die Beurteilung Deutschlands ist natürlich bei unsereinem sehr der Stimmung unterworfen.« Aber es bleibt für ihn die unausweichliche und ungelöste Frage nach den »Gegenkräften«, nach einem positiven Weltbild, da das alte – nach seinem Dafürhalten – in Trümmern liegt.

Er war stets überaus sensibel für psychologische und politische Impressionen, die ihm das gesellschaftliche Leben vermittelte, wußte sie künstlerisch zu verarbeiten und im radikaldemokratischen Sinne zu aktivieren. Aber die theoretische Analyse und Synthese der historischen Entwicklungstendenzen war nicht seine Sache. Anders als etwa Bertolt Brecht, vermochte er niemals zur materialistisch-dialektischen Denkweise vorzustoßen und traf deshalb mit seinen kritischen Anwürfen gegenüber dem Marxismus oft daneben. Sein aufgeregter Nahblick auf die Ereignisse trübte seinen Blick auf historische Fernziele, die keineswegs im Nebulösen lagen, sondern kraft gründlicher Analyse erkannt, angesteuert und erreicht werden konnten – gerade auch mit Hilfe der von der KPD herangebildeten Kämpfer innerhalb und außerhalb des Landes und der von ihm attackierten Sowjetunion.

Da Tucholsky seit 1932 nicht mehr literarisch produzierte und publizierte – »so tief kann man nicht schießen« –, blieben nur noch die Briefe an Freunde, Bekannte, Nahestehende: In diesen hörte er trotz allem nicht auf, gewisse Möglichkeiten zu durchdenken, Lektüre und Informationen zu verarbeiten, auch von jeder weiteren Enttäuschung schmerzlich berührt zu sein – eine davon bereitete ihm der einst so geschätzte Knut Hamsun. Tucholsky, der ein gutes Empfinden für eine ihm gemäße Zeit zu haben glaubte, resümierte am 4. November 1933: »Dies ist nicht meine Zeit.« Er drücke auch nicht mehr den Zeitgeschmack aus – den er hier allerdings ganz eng mit dem Blick auf jene Tage faßte, ohne Hoffnung auf Künftiges –, und er wußte zudem sehr genau, wie schwer er, einer der meisterhaftesten Kenner und geistvollsten Interpreten des Berliner Dialekts, bis in feinste Nuancen hinein, zu übersetzen war. Und überdies: Was sollte er schreiben? Für wen sollte er schreiben? Der Grundton der Müdigkeit, des Nichtmehrkönnens und Nichtmehrwollens in dieser Welt verstärkte sich ständig, trotz vieler Briefe, in denen der alte Schwung vorhanden scheint, in denen sein Witz funkelt und in denen eine Vielzahl von Erzählungen, Anekdoten, pointiert wiedergegebenen Storys durchaus den Stoff zur literarischen Produktion hergeben könnte. Haß aus Liebe, ihn vermochte er früher produktiv zu machen, nicht aber Verachtung, in der er sich jetzt in wachsendem Maße »erstarrt« fühlte.

Kein Zweifel, er hätte seine Bücherverbrennung, seine Ausbürgerung aus Nazideutschland, seine Verfolgung und Verteufelung seitens der faschistischen Herrscher ertragen können – zu tief verabscheute er jene, sie konnten ihn innerlich nicht treffen. Wenn ihm nur die Hoffnung geblieben wäre, trotz allem nicht vergebens gekämpft und geschrieben zu haben! So aber vereinsamte es ihn, daß er, verzweifelt über die augenscheinliche Erfolglosigkeit des antifaschistischen Kampfes, die aktive Bundesgenossenschaft mit den Linken aufgekündigt hatte; dadurch irrten auch seine politischen Überlegungen ins Trostlose ab. Eine seiner für ihn selbst folgenschwersten Fehleinschätzungen war die von der Möglichkeit lokalisierter Kriege, bei denen die deutschen Faschisten ständig gewinnen könnten, weil ihnen eben keinerlei Weltenkrieg Einhalt geböte. So zeigte sich seinem verzweifelten Blick »Couillonien« – Land der Schurken, wie er Deutschland nun nannte – allerwege, durch nichts aufzuhalten. Die Zimmerwalder Russen von 1915 und 1917, so meinte er, das wäre noch ein Format gewesen, und Lenin in der Emigration, da sah er »Stahl und äußerste Gedankenreinheit«. Aber Stalin? Hier verquickte sich bei Tucholsky ein ahnungsvolles Gefühl für den politisch-moralischen Niveauunterschied zwischen beiden Männern mit der Befürchtung, Rußland werde dem Ansturm des Faschismus nicht gewachsen sein. Die bürgerliche Literaturgeschichtsschreibung wird diese Kritik an

Stalin genüßlerisch auskosten – aber gerade dort die Auslassungspunkte setzen, wo Tucholsky auch dem Katholizismus, ja dem Papst selbst den Verrat an seinen Leuten und die Untreue gegenüber der Lehre vorwirft. Sie wird behutsam Tucholskys sarkastische Meinung umgehen: »Schade, daß der Papst kein Katholik ist!«

Doch Tucholskys bittere und mitunter selbstquälerische Kritik an der Sowjetunion hat ganz und gar nichts mit dem Antisowjetismus aus kapitalistischen Ländern gemein. Er verwahrt sich nicht nur entschieden dagegen, mit jenen identifiziert zu werden, sondern er spricht ihnen auch die Berechtigung zur Kritik ab. So am 3. März 1935: »Ich leugne das große Werk nicht. Ich fürchte den Augenblick, wo auf Geheiß der Deterdings aller Länder dort einmarschiert und etwas zerschlagen wird, das ich nicht für ›richtig‹, aber doch stellenweise für heroisch halte. Wer die französischen Gruben in der Hand hält, soll vor allem mal das Maul halten – der ist überhaupt nicht legitimiert, mitzusprechen, und gegen den hat jeder recht, sogar ein Marxist. Wer den Amerikanern anrät, Felder wieder in Urland zu verwandeln, ist ein Sünder – er hat zu schweigen. Ich bin Anti-Antibolschewist. Aber ich bin kein Bolschewist.« Und wenn er daran denkt, daß der Leidtragende im nächsten, als lokalisiert eingeschätzten Kriege Rußland sei, dann kommt es ihn doch schmerzlich an: »Das durch Krise und schlechte Geschäfte gereizte Bürger- und Kleinbürgertum wird sich mit Genuß und Gebrüll auf die Arbeiter stürzen, mit §§, oder mit den Waffen oder sonstwie – und geht Rußland unter, so geht eine Idee unter, die ich in dieser Form für falsch halte, für die ich mich nie ohne Reserve habe begeistern können, und doch, und doch . . .« Er empfindet das befürchtete Ende dieser russischen Gesellschaft als etwas Tragisches und Schreckliches; schon 1934 hält er es für etwas Furchtbares, wenn »es diesen Kommißstiefeln gelingen« sollte, »das kaputtzuschlagen«, um eine »miese, korrumpierte Militärbürokratie« zu machen. Denn: »Daß das Monopolkapital mal auf alle, aber auf alle Fälle unrecht hat – darüber braucht man allerdings nicht zu sprechen . . .« Und insbesondere, so noch am 17. Dezember 1935, wenige Tage vor seinem Tod, sieht er von Amerika nichts Positives kommen. »Von dort kommt nichts, keine Erkenntnis, keine Besserung, nichts. Es ist die tobende Leere.«

Die antikapitalistische und antifaschistische Grundhaltung Tucholskys ist immer geblieben. Teilnahmsvoll erinnert er sich auch: »Die Arbeiterbewegung wird oft von Menschen gemacht, die ihre acht Stunden heruntergearbeitet haben und wie! Müdegearbeitete Männer kleben in ihrer Freizeit noch Zettel, verteilen Broschüren und halten Zahlabende ab. Solchen guten Willen darf man nicht mißbrauchen.«

An diesen Lebenserfahrungen nimmt der Autor keine Abstriche vor, nur der weitere Weg erscheint ihm als düster. Realen Ansätzen einer neuen

Kräfteformierung begegnet er mit Unglauben und Skepsis. Das zeigt sich auch in seiner Meinung zur Rede des von ihm persönlich respektierten Dimitroff auf dem VII. Weltkongreß der Komintern. Tucholsky sieht darin eine Defensive der Russen, nicht eine Strategie der revolutionären Kräftesammlung gegen den Faschismus, dazu angetan, mit der Volksfrontpolitik die Massen auf breiter Front zu mobilisieren. Wenig Realitätssinn spricht er Ende 1934 auch Aufsätzen über die Einheitsfront zu, die ihm »abstrakt« erscheinen. Sein negatives Weltbild erklärend und entschuldigend, schreibt er einmal seiner besorgten Schweizer Freundin, man müsse alles, was er schreibt, »mit dem Müdigkeits- und Krankheits-Koeffizienten multiplizieren«, und er verweist auf sein langjähriges, quälendes Nasenleiden, das trotz zahlreicher Operationen nicht zu heilen war und manches Stimmungstief bei ihm auslöste oder verstärkte. Zentral aber kreisen seine Überlegungen doch immer wieder um den weiteren Fortgang des Weltgeschehens. An eine Wiederkehr der sozialistischen Linken glaubt er nicht mehr. Wie aber sollte er eine Möglichkeit beim kleinen Mittelstand sehen, den er schon im Mai 1933 das »Würdeloseste« nannte und dem er verübelte, »daß er nichts getan hat, als wir ihn gewarnt haben«! Und ebenso genau erkennt er, welche Stütze dem Faschismus die »widerwärtigen Kleinbürger« geben.

Da Tucholsky die Widerstandskraft der Sowjetunion unterschätzt – wie soll er nicht zweifeln und verzweifeln an dem Zustand der bürgerlichen Demokratien, denen er ständig konfrontiert ist. Über ihren halbherzigen Widerstand gegen den Faschismus meditiert er tief enttäuscht und erbittert in seinen Briefen, wohl erkennend, daß die herrschenden Klassen der verschiedenen kapitalistischen Länder insgeheim miteinander sympathisieren. Es ist eine aus demokratischem Verlangen geborene Illusion Tucholskys, vor allem in Frankreich noch das Land der Citoyens zu sehen, das Geburtsland der Großen Französischen Revolution, in dem für demokratischen Bürgersinn ein weiterer Spielraum erkämpft sein könnte als in der Weimarer Republik, die er stets hellsichtig durchschaut hatte. Nun aber ist es um so bitterer für ihn und seinen wachsenden moralischen Rigorismus, in den national andersgearteten Verhältnissen Frankreichs so vieles sehen zu müssen, das in sozialer Hinsicht mit dem deutschen Monopolkapitalismus gleichgerichtet ist und daher auch in einem unkritischen Verhältnis zu den Faschisten steht. Das ist sein Schmerz: »Geht das so, wie ich denke, so bricht mir eine Liebe kaputt, die zu Frankreich. Davon wird es sich zu erholen wissen. Aber ich nicht.« Er nennt es – und das ist nun schon im Dezember 1935, etwa drei Wochen vor seinem Freitod – den »größten Knacks« seines Lebens, über den er nicht hinwegkomme: »daß ich mich in der menschlichen Natur so schwer getäuscht habe: ich hatte von Deutschland nie etwas andres erwartet, wohl aber von den andern. Und von denen auch wieder keinen Krieg, sondern

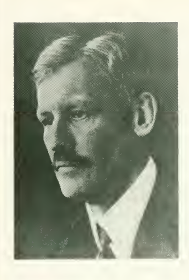
eine klare und gesunde Abkehr von diesem Misthaufen, und vor allem: von den Pulverfässern, die darunter liegen. Darin habe ich mich getäuscht, und nun mag ich nicht mehr.«

Ein besonderes Problem für Tucholsky, das ihn seit 1932 belastet und immer wieder zu solidarischen Aktionen veranlaßt, ist die Inhaftierung von Carl von Ossietzky, die er als stellvertretend auch für sich und seine Publikationen in der »Weltbühne« empfindet. Je beängstigender die Nachrichten über den Gesundheitszustand von »Oss« werden, um so eifriger bemüht sich Tucholsky, sowohl individuell zu helfen als auch allgemein die Weltöffentlichkeit zugunsten seines politischen Weggenossen zu mobilisieren. Da wendet er sich im März 1934 an eine englische Wochenzeitung, bittet er im August des gleichen Jahres den Unionskongreß sowjetischer Schriftsteller, schreibt er im Sommer 1935 an den englischen Nobelpreisträger Norman Angell, und er will noch wenige Tage vor seinem Tode in dieser Sache in Oslo tätig werden – alles Aktivitäten der Hilfe für Ossietzky.

Die starke politisch-menschliche Verpflichtung, die der in Fragen der Solidarität stets höchst sensibel reagierende Tucholsky verspürt, wird in seinem wahrscheinlich allerletzten Brief vom 19. Dezember 1935 deutlich, einem Dokument von frappierender Aussagekraft. Schon in seinen letzten Briefen an Frau Mary Gerold-Tucholsky, an Arnold Zweig, an den Bruder und an den Freund Hasenclever findet man die wesentlichen Aspekte, die zu seinem Freitod führen, gedanklich abgewogen in »druckreifer« Form dargelegt. Das Bemerkenswerte an diesem nur als Privatissimum entworfenen Brief an die Schweizer Ärztin vom 19. Dezember aber ist, daß man den Autor im Widerstreit seiner Gedanken, Gefühle, Überlegungen, ja in widerspruchsvollem Konflikt mit sich selbst erlebt. Politisch klug hat ihm Frau Mary Gerold-Tucholsky einst geraten, in Sachen Ossietzky nicht nach Deutschland zu kommen, um sich nicht sinnlos zu gefährden – das war von ihm zwar einsichtsvoll befolgt worden, hatte aber einen »Erdenrest, zu tragen peinlich«, eine Art »böses Gewissen« hinterlassen, selbstauferlegt und überschwer von ihm getragen. Nun flackert in jenem Brief voller Sprunghaftigkeit und innerer Unruhe, wenige Tage vor seinem Tod, eine hektisch anmutende Aktivität in Sachen »Oss« auf. Wer Tucholskys Briefe kennt, spürt deutlich die forcierte Energie, mit der er geradezu selbstbeschwörend erklärt, er werde »so scharf . . . wie noch nie« sein, Verbindung mit Studenten aufnehmen, sich nicht abbringen lassen, er habe den Eindruck, in Oslo würde da ein ganz anderer Widerhall sein – dann aber enden diese Ausdrucksweisen eines überstarken Selbstantriebs mit dem separaten Absatz: Ja, es sei alles »so kunterbunter« aufgeschrieben, und er gebe sich bezüglich Oslo doch keinen Illusionen hin, es würde da wohl so aussehen wie überall. »Irgendeine Hoffnung für die Zukunft ist das nicht. Aber immerhin . . .«

Nach diesem Auf und Ab der Gefühle scheint es möglich, daß die Absage aus Oslo jener letzte kleine Windhauch gewesen sein könnte, der die unruhig flackernde Lebensflamme zum Erlöschen brachte. In der tragischen Grenzsituation, in der sich der Schriftsteller befand, war es schon lange nicht mehr weit bis zu jenem Zettel, auf dem er bat: Laisse moi mourir en paix (Laß' mich in Frieden sterben). Wie immer, erkannte er auch in diesem Brief wieder hellsichtig seine Lage: »Daß ich mein Leben zerhauen habe, weiß ich. Daß ich nicht allein daran schuld bin, weiß ich aber auch.« In der Tat, es war »zu viel« für ihn, mehr, als er ertragen konnte.

So kam einer der geistreichsten Autoren deutscher Sprache auch außerhalb der Kerkermauern ums Leben, weil ihm faschistische Barbaren jenen Wirkungskreis nahmen, in dem sein Talent allein produktiv werden konnte. Das Reich jener ist nicht mehr. Kurt Tucholskys Werk aber lebt literarisch und politisch – und dieses um so mehr, je besser wir des Dichters humanes Vermächtnis mit dem antiimperialistischen Kampf um die Lebensfragen unserer Zeit verbinden.



Rudolf Breitscheid

Frieden heißt Kampf gegen den Faschismus

»Es rächt sich, daß die Bolschewistenfurcht selbst in gewissen Kreisen ehrlicher Republikaner den Blick für die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses aller antifaschistischen Kräfte trübte. Es rächt sich freilich nicht minder, daß eine Verständigung der Arbeiterparteien zu dem Zeitpunkt nicht zustande kam, an dem eine taktische Einigung zwischen ihnen den Kern des Widerstandes gegen das Vordringen der Despotie hätte bilden können.« Bis sich Rudolf Breitscheid, im Februar 1936, zu dieser Einsicht bekannte, mußte er einen Weg des Suchens und des Ringens zurücklegen, der voll von persönlichen Widersprüchen und heftigen Konflikten – also für ihn keine glatte Straße war. Aber ehrlich vor sich selbst, unterzog er die Politik der Sozialdemokratie, die er maßgeblich mitgeprägt hatte, einer

kritischen Betrachtung. So löste er sich mehr und mehr von den verhängnisvollen Positionen des Antikommunismus und des Antisowjetismus, gab er Raum für neue Einsichten und Erkenntnisse. Wer war dieser Mann?

Am 2. November 1874 als Sohn eines Buchhändlers in Köln geboren, hatte Rudolf Breitscheid in seiner Jugend eine ausgezeichnete Bildung genossen, Nationalökonomie an den Universitäten München und Marburg studiert und mit der Promotion zum Doktor der Philosophie abgeschlossen. Seit 1920 Abgeordneter des Reichstags, gehörte Rudolf Breitscheid in den Jahren der Weimarer Republik zu den bekanntesten sozialdemokratischen Politikern. Er wurde im Juli 1928 – neben Otto Wels und Wilhelm Dittmann – einer der Vorsitzenden der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Obwohl er sich der zunehmenden faschistischen Gefahr durchaus bewußt war, glaubte er, ihr lediglich durch parlamentarische Auseinandersetzungen und Zugeständnisse an bürgerliche Koalitionen einen Einhalt gebieten zu können. Diese Haltung offenbarte sich auch nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 – die ihn um so überraschender traf, als er sie für ganz unmöglich gehalten hatte. Daß er sich über den Charakter der Hitlerregierung als einer Regierung des Monopolkapitals weitgehend klar war, geht zwar aus seiner Rede auf der gemeinsamen Tagung des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion der SPD mit Funktionären aus den Bezirken am 31. Januar 1933 deutlich hervor. Doch er vertrat die Politik der Mehrheit des sozialdemokratischen Parteivorstandes, trotz seiner nicht geringen Bedenken. Unentschlossenheit, Inkonsequenz und eine falsch verstandene Parteidisziplin hinderten ihn daran, für das im Auftrage Ernst Thälmanns am 30. Januar überbrachte Einheitsfrontangebot des Zentralkomitees der KPD einzutreten. So vergab auch er die Möglichkeit, durch entschlossene gemeinsame Aktionen die noch nicht gefestigte Hitlerregierung zu stürzen und wieder gesicherte demokratische Verhältnisse herzustellen. Er war in dem politischen Irrtum gefangen, wonach die Hitlerregierung »eine verfassungsmäßige Rechtsregierung« sei, die sich rasch von selbst abwirtschaften werde, so daß man sie auf dem Boden der Weimarer Verfassung bekämpfen könne.

Allzubald aber mußte sich auch Rudolf Breitscheid von der Aussichtslosigkeit einer solchen Strategie überzeugen, die objektiv nichts anderes als eine Kapitulationspolitik war. Seine zaghaften Bemühungen, die im SPD-Parteivorstand maßgebende Gruppe um Otto Wels zur Herstellung eines neuen Verhältnisses gegenüber der KPD zu bewegen, blieben erfolglos, im Gegensatz zu ihr begann er, die Situation wesentlich realistischer zu beurteilen. Rückblickend auf das parlamentarische Fiasko der sozialdemokratischen Politik schrieb er im Oktober 1934: »Ich fuhr am 23. März 1933 zur Reichstagssitzung nach Berlin. Persönlich stand ich auf dem Standpunkt, daß es

richtiger gewesen wäre, wenn die sozialdemokratische Fraktion den Sitzungen ferngeblieben wäre. Die kommunistischen Mandate waren wider Gesetz und Recht kassiert worden. Zwölf unserer eigenen Abgeordneten waren, den Bestimmungen über die Immunität zuwider, in Haft. Die Versammlung, die im Haus der Krolloper stattfand, verdiente nicht den Namen einer Volksvertretung. Aber da die Fraktion, in der es viele gab, die immer noch an die Möglichkeit einer legalen Opposition glaubten, sich für die Teilnahme entschied, ging auch ich zu der Sitzung. Sie wurde zu einem der schlimmsten Erlebnisse. Der Eindruck war so fürchterlich, daß ich erklärte, an der für den übernächsten Tag einberufenen Sitzung nicht mehr teilnehmen zu können.«

Mit größter Mühe gelang es ihm und seiner Frau, sich am 2. April 1933 der drohenden Verhaftung durch die Flucht in die Schweiz zu entziehen. Seit August desselben Jahres in Paris lebend und zunächst völlig resignierend, zog Rudolf Breitscheid allmählich jedoch Lehren aus den bitteren, so teuer bezahlten Erfahrungen der Vergangenheit. In diesem schwierigen Prozeß des Umdenkens gewann er immer mehr die Überzeugung, daß der in Prag befindliche sozialdemokratische Emigrationsvorstand nicht bereit war, einen wirklich ernsthaften Kampf gegen den Faschismus zu führen. Der Konzeption, auf Differenzen des faschistischen Systems und eine Koalition mit Kreisen der Reichswehr und der Bourgeoisie zu spekulieren, stand er sehr skeptisch gegenüber. Er hielt sie für ungeeignet, um den antifaschistischen Widerstand wirkungsvoll organisieren zu können. Gegenüber Dritten machte er aus dieser Meinung auch nie einen Hehl, warnte er vor der großen Gefahr, daß »sich Partei- und Gewerkschaftsmitglieder von sogenannten Rechtskreisen einfangen lassen« könnten. Obwohl seine persönliche Lage alles andere als rosig war, lehnte Breitscheid das Angebot des Emigrationsvorstandes ab, ihn materiell zu unterstützen. Er durchschaute die Absicht, ihn auf diese Weise wiederum fester an den Emigrationsvorstand binden zu wollen.

Die chauvinistische und revanchistische Hetze, mit der der Hitlerfaschismus den Krieg von langer Hand vorbereitete, machte es immer dringender, daß sich alle antifaschistischen und friedliebenden Kräfte des deutschen Volkes darüber verständigten, wie man endlich gemeinsam vorgehen und den Kampf gegen das reaktionäre Regime organisieren könne. Im Auftrage des ZK der KPD versuchte Wilhelm Koenen, anläßlich des internationalen Schriftstellerkongresses zur Verteidigung der Kultur vom 21. bis 25. Juni 1935 in Paris, genau darüber eine Verständigung mit führenden Sozialdemokraten, auch mit linksbürgerlichen Schriftstellern und Intellektuellen zu erreichen. Seine sozialdemokratischen Gesprächspartner waren unter anderen Konrad Heiden und Max Braun. Mit Rücksicht auf den Emigra-

tionsvorstand verhielt sich Breitscheid indessen noch abwartend, trat er politisch nicht öffentlich hervor. Jedoch auch er hatte sich inzwischen davon überzeugt, daß die Herstellung der antifaschistischen Einheitsfront der Arbeiterklasse das unaufschiebbare Gebot der Stunde war – eine historische Aufgabe, die sich auch logisch aus den Gemeinsamkeiten der Interessen und Ziele des antifaschistischen Kampfes ergab. Er erachtete Verhandlungen zwischen dem sozialdemokratischen Emigrationsvorstand und dem ZK der KPD als unerläßlich.

Diese Einsicht reifte nicht zuletzt unter dem Eindruck des Beispiels der französischen Volksfront und des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale im Kampf gegen Faschismus und Krieg. Trotz mancher Vorbehalte und gewisser Zweifel hielt er die Herstellung der Einheits- und Volksfront für den besten Weg eines aktiven gemeinsamen Kampfes von Sozialdemokraten und Kommunisten. Allerdings glaubte er, daß sich der VII. Weltkongreß und die KPD mit ihren Beschlüssen an »unsere Politik« angepaßt habe – womit er die sozialdemokratischen Vorstellungen vom Wert der bürgerlichen Demokratie meinte. Das war ein Gesichtspunkt, der für seine Stellung zur Einheits- und Volksfrontpolitik keine entscheidende, aber auch durchaus keine untergeordnete Rolle spielte. Sein persönliches Engagement machte er von dem »Zustandekommen eines Modus vivendi zwischen den Auslandsvertretungen der S.P.D. und K.P.D.« abhängig – solange dies nicht der Fall sei, müsse er »weiter Zurückhaltung üben«. Grundsätzlich lehnte er es auch ab, eine Vermittlerrolle zwischen dem ZK der KPD und dem Emigrationsvorstand zu spielen. Deshalb nahm er an den beiden ersten größeren Zusammenkünften deutscher Hitlergegner in Paris, die am 26. September und am 22. November 1935 unter dem Vorsitz von Heinrich Mann im Hotel Lutetia stattfanden, nicht teil.

Jedoch die Wende kam mit dem Scheitern der Verhandlungen zwischen Vertretern des Emigrationsvorstandes und des ZK der KPD im November 1935 in Prag. Viele Sozialdemokraten in Deutschland und in der Emigration reagierten mit Empörung und scharfer Kritik. Auch für Breitscheid gab es seitdem keinen Zweifel mehr, daß die Vertreter des Emigrationsvorstandes »aus nicht immer zu billigenden Gründen nicht wollen«. Entrüstet schrieb er am 14. Dezember 1935, er werde sich fortan persönlich »um die Schaffung einer Verständigungsbasis mit der KPD bemühen. Ob das höheren Orts gebilligt wird oder nicht, hat für mich keine Bedeutung«. Er sah nun keinen Grund mehr, weiterhin in seiner politischen Zurückhaltung zu verharren. Davon zeugt seine Erklärung vom 5. Dezember 1935 in der »Arbeiter-Illustrierten-Zeitung«: »Der Satz, wonach der Kampf gegen den Faschismus Kampf gegen den Krieg ist, läßt sich auch umkehren: Kampf gegen den Krieg ist Kampf gegen den Faschismus.« Als dies bei dem Prager Emigra-

tionsvorstand auf Ablehnung stieß, antwortete er ihm: »Euer Mißbehagen über meine Mitarbeit an der AIZ hängt zweifellos damit zusammen, daß Ihr den Versuch, einen Modus vivendi mit den Kommunisten zu finden, ablehnt. Über die Gründe will ich nicht diskutieren, aber ich mache keinen Hehl daraus, daß ich Eure Auffassung nicht teile.«

Seitdem stellte Breitscheid immer weniger das Trennende zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, sondern das Gemeinsame in den Vordergrund. Sich vom negativen Ausgang der Prager Novemberverhandlungen distanzierend, der durch die Vertreter des Emigrationsvorstandes herbeigeführt worden war, schrieb er am 15. November 1935: »Es sind erfolgreiche Ansätze gemacht worden, bekannte politische Persönlichkeiten und bestehende antifaschistische Vereinigungen zusammenzufassen und ihnen bestimmte Aufgaben zu überweisen. Sie können Gutes schaffen, aber das Wesentliche ist, daß die berufenen Auslandsvertretungen der Deutschen Sozialdemokratie und der Deutschen Kommunistischen Partei von Amts wegen mitwirken.«

Jetzt endlich erfolgten auch von seiner Seite wichtige Schritte für ein einheitliches Auftreten deutscher Hitlergegner gegen die faschistische Gewalt- und Terrorherrschaft. Die gemeinsame Protesterklärung führender Sozialdemokraten und Kommunisten vom 18. Dezember 1935 gegen die Hinrichtung des deutschen Kommunisten Rudolf Claus enthielt die Unterschrift Rudolf Breitscheids. Sodann kamen am 8. April 1936 in Paris, gegen den erklärten Willen des Prager Emigrationsvorstandes, etwa 40 Kommunisten und Sozialdemokraten zusammen. Sie berieten über die politische Situation, die am 7. März durch den Einmarsch der deutschen Wehrmacht in die entmilitarisierte Zone des Rheinlandes und somit durch den Bruch des Vertrages von Locarno entstanden war. Diesmal war Breitscheid der Sprecher der Sozialdemokraten. Er charakterisierte die Lage als eine Art Vorkriegszustand in Europa, wofür der Hitlerfaschismus die Verantwortung trage. Aber die provokatorische Rheinlandbesetzung sei nicht zuletzt durch die Energielosigkeit der Locarno- und Völkerbundstaaten ermöglicht worden: »Wer heute noch glaubt, daß ... die im Westen abgeschlossenen Pakte noch eine Schranke gegen die Machtansprüche des deutschen Faschismus bilden könnten, der beweist nur, daß er aus den Ereignissen nichts gelernt hat. Für Adolf Hitler ist ein Vertrag nur so lange bindend, als er ihm nutzt ...«

Die hohe Verantwortung der Arbeiterbewegungen aller Länder für eine entschlossene Abwehr der faschistischen Kriegsprovokationen betonend, schrieb Breitscheid am 1. Mai desselben Jahres: »Krieg und Faschismus sind untrennbar miteinander verbunden, und der Kampf gegen den einen wie den anderen muß auf derselben Ebene geführt werden. Mit anderen Worten: Wer den Frieden will, muß die Überwindung und Niederwerfung des

Faschismus wollen. Also sind die antifaschistischen Kräfte in allen Ländern die tatsächlichen Träger der Friedensidee, und ihnen Führung und Antrieb zu geben, sind in erster Linie die Arbeitermassen und ihre Organisationen berufen . . .«

In diesem Sinne und ungeachtet zeitweiliger Schwankungen setzte sich Breitscheid für den Kampf gegen das kriegslüsterne Hitlerregime ein. Er unterstützte den Freiheitskampf des spanischen Volkes, und er gehörte zu den Unterzeichnern des Aufrufes vom 21. Dezember 1936: »Bildet die deutsche Volksfront! Für Frieden, Freiheit und Brot!« Er wirkte in dem von Henri Barbusse geleiteten Weltkomitee gegen imperialistischen Krieg und Faschismus, entlarvte die Aggressions- und Expansionspolitik des faschistischen deutschen Imperialismus, prangerte die von den Regierungen der Westmächte gegenüber Hitlerdeutschland betriebene »Beschwichtigungspolitik« an. »Es gibt noch immer Staatsmänner«, schrieb er im März 1936, »die meinen, mit den Diktaturen paktieren zu können, oder wie die englischen Staatsmänner, die in ihrer Angst vor dem Bolschewismus gegen jede internationale Einheitsfront sind, zu der auch die Sowjetunion gehören würde. Dabei kann Europa nur vor einem verheerenden Brand bewahrt bleiben, wenn es den Völkern gelingt, kollektive Friedensgarantien zu schaffen.«

Breitscheid war einer der wenigen sozialdemokratischen Politiker, die zu der von der Sowjetunion vorgeschlagenen und unermüdlich verfolgten Politik kollektiver Abwehr der faschistischen Aggressoren, der Voraussetzung zur Erhaltung des Friedens, eine eindeutig bejahende Position einnahmen. »Wiederholen wir noch einmal«, so stellte er am 30. April 1939 mahnend fest, »die Mitwirkung der UdSSR an der großen Koalition derer, die den Frieden verteidigen wollen, ist notwendig, damit die Aggressoren den vollen Umfang ihres Risikos erkennen!«

Am 9. Februar 1941, nach der faschistischen Eroberung des größten Teiles von Frankreich, wurde Breitscheid auf Verlangen der Hitlerregierung von der französischen Vichy-Regierung verhaftet und an die Gestapo ausgeliefert. Zunächst in der berüchtigten Berliner Gestapohölle in der Prinz-Albrecht-Straße festgehalten, wurde er nach einigen Monaten in das KZ Sachsenhausen und im September 1943 in das KZ Buchenwald verschleppt. Obwohl in Buchenwald streng isoliert, gelang es doch sozialdemokratischen und kommunistischen Genossen, mit ihm in Kontakt zu treten: Er vermittelte ihnen seine tiefe Überzeugung, daß es nach der Zerschlagung des Faschismus notwendig sei, die Einheit der Arbeiterklasse herzustellen.

Rudolf Breitscheid erlebte die Befreiung vom faschistischen Joch nicht mehr. Am 24. August 1944 kam er bei einem anglo-amerikanischen Luftangriff in Buchenwald um.



Ludwig Renn

Schreiben über Deutschland

»ich habe eben heute röhm erschießen lassen . . .«, schreibt Ludwig Renn am 15. Mai 1936 aus Zürich an Willi Bredel in Moskau. Erst vor wenigen Wochen aus Deutschland entflohen, arbeitet der Schriftsteller wieder an einem Roman. Aber er spürt, daß mit der Veränderung der äußeren Umstände auch neue Anforderungen an das Schreiben gestellt werden. Die Arbeit am Roman »Krieg« zog sich über Jahre hin – an diesem Erstling, der Ludwig Renn 1928 mit einem Schlage weltbekannt machte, mußte der demissionierte Offizier das Schreiben erst erlernen. Auch das folgende Buch »Nachkrieg« kam nur als Ergebnis einer langdauernden, zähen, ständig selbst korrigierten Arbeit zustande. Jetzt aber, beim dritten Roman, brechen die Worte aus ihm hervor, schreibt er – hier in der Fremde – wie unter

innerem Zwang. »... und wenn du wüßtest, wie ich arbeite«, berichtet Renn am 14. Mai 1936 nach Moskau, »gänzlich ohne plan, außer, daß irgendjemand so was über das dritte reich drehen will. alles, sogar die hauptpersonen und ihre schicksale entwickeln sich erst im schreiben selbst. ich kenne sie vorher nicht, und wenn ich mitten im schreiben mal zum selbstbewußtsein aufwache, dann wundre ich mich oft, wo ich mal da wieder hingelaufen bin. diese schreibart ist aber furchtbar aufregend ...«

Noch im Februar 1936 hatten Ludwig Renn nur vage Vorstellungen von einem Roman oder einem Film bewegt, wollte er nur dem Drängen seiner Genossen nachgeben und »ein Buch über Nazideutschland« schreiben; jetzt im Mai ist die erste Niederschrift fast fertig; und schon im September wird die deutschsprachige »Pariser Tageszeitung« einen Teil des Romans in Fortsetzungen veröffentlichen, wird der Freund in Moskau die Umbruchbogen des neuen Buches, das etwa gleichzeitig mit dem genannten Zeitungsabdruck in einem Schweizer Verlag herauskommen soll, in der Hand halten. Ludwig Renn erfüllt seinen ersten Exil-Auftrag verläßlich, präzis und ohne Aufschub, wie es die Partei von ihm gewohnt ist.

Aber erfüllt er mit dem neuen Buch nur einen Wunsch der Freunde und Genossen? Oder lassen auch andere Beweggründe die Feder so rasch über das Papier gleiten?

Während der ersten Jahre des faschistischen Regimes war Ludwig Renn von den neuen Machthabern ein besonderes Los zugedacht worden. Er wurde nicht nur eingekerkert, sondern auch umworben. Alfred Rosenberg und Joseph Goebbels bemühten sich persönlich um diesen Schriftsteller und Militärtheoretiker, der aus einer angesehenen Adelsfamilie stammte und im ersten Weltkrieg dem königlich-sächsischen Offizierskorps angehört hatte. Die Nazis suchten nach international bekannten Persönlichkeiten, um sie vor den Karren des Dritten Reiches zu spannen; sie brauchten gute Namen, um das Unmenschliche der Diktatur hinter einem Schleier geistig-kultureller Repräsentation verhüllen und so das Mißtrauen der Völker zerstreuen zu können. Der Nazi Hanns Johst, der oktroyierte Vorsitzende der »Deutschen Akademie der Dichtung«, der eben auch zum Präsidenten einer »Union nationaler Schriftsteller« ernannt worden war, wirkte gar zu farblos oder eintönig-braun für eine solche Verschleierungspolitik. Ludwig Renn dagegen mochte sogar als doppelt funktionierbar erscheinen: als Schriftsteller und als Offizier. Sahen die Faschisten, deren Pläne in einem künftigen Krieg um die Weltmacht gipfelten, in ihm schon den schreibenden Militär, den kommenden Kriegsberichterstatter, der ihre aggressiven Unternehmungen mit der Feder legitimieren würde? Zwar wurde auch Renn, der schon im November 1932 verhaftet, wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Teilnahme an einer verbotenen Verbindung, dem Roten Frontkämpferbund, unter An-

klage gestellt, dann aber amnestiert worden war, in der Nacht des Reichstagsbrandes erneut eingekerkert. Aber sein weiteres Schicksal unterschied sich von dem der vielen Tausend ebenfalls inhaftierten Kommunisten, Sozialisten und Demokraten, von denen viele einen ähnlich grausamen Tod erleiden mußten wie Erich Mühsam. Bei Ludwig Renn schien statt der Vernichtung zunächst die Sicherstellung seiner Person geplant; seine Sache wurde sogar in die Öffentlichkeit getragen.

Renn gehörte zu den wenigen, denen man ein Gerichtsverfahren zubilligte; am 17. Januar 1934 wurde er vor dem Reichsgericht in Leipzig zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Was ihm der neue, mit so viel Gewalt und Terror und Unrechtmäßigkeit sich durchsetzende Staat zur Last legte, das waren Zeitschriftenartikel und Lehrtätigkeit in der Marxistischen Arbeiterschule (MASCH) über die »Entwicklung der Kriegstechnik von den ältesten Zeiten bis zum Luft- und Gaskrieg« – beides wurde ihm als »Zersetzung der Reichswehr und Polizei« und als »Staatsfeindlichkeit« gegenüber der Weimarer Republik ausgelegt. »Seine Absicht war klar darauf gerichtet«, hieß es in der Urteilsbegründung, »Heer und Polizei für ihren Zweck, den Bestand des Staates zu schützen, untauglich zu machen. Als ehemaliger Offizier mußte er erkennen, daß seine Mitwirkung bei der militärischen Vorbereitung zum bewaffneten Aufstand und zum Bürgerkrieg staatsfeindlich war.« Aber schon das Plädoyer eines der Verteidiger ließ aufhorchen. Der Anwalt Dr. Ehlers glaubte sich für »überzeugt« halten zu können, »daß sich der Angeklagte noch von den falschen kommunistischen Ideologien abwenden und zur Volksgemeinschaft sich hinwenden werde. Dafür gebe es auch in seinen Büchern Anhaltspunkte«.

Und dann geschah das Unglaubliche: Alfred Rosenberg persönlich begab sich nach Bautzen, wo Renn seine Strafe abbüßen mußte. Hatte dieser »Hauptschriftsteller« des zentralen Naziorgans, des »Völkischen Beobachters«, einem »versöhnenden« Gespräch mit dem Verurteilten vorgearbeitet und absichtlich in seiner Zeitung den sonst üblichen rüden Ton vermeiden lassen, als über den Prozeß berichtet wurde? Hatte er bei der Wiedergabe der Urteilsbegründung dafür gesorgt, daß Renns Tätigkeit in der MASCH verschwiegen und mit keinem Wort erwähnt wurde, daß der Schriftsteller sich auch jetzt noch »offen und rückhaltlos zur kommunistischen Weltanschauung« bekannte, wie es in der »Frankfurter Zeitung« immerhin zu lesen war? Jedenfalls bat Rosenberg ihn um eine Unterredung unter vier Augen, und Renn tat in seiner Situation das einzig Richtige: Er lehnte das Zusammentreffen ab, auch die Möglichkeit einer »Sonderamnestie des Führers«, Rückgabe seines Vermögens, Aushändigung eines Auslandspasses, noch ehe Rosenberg selbst diese Köder auswerfen konnte.

Da versuchte Goebbels sein Glück mit einer List.

Andere Häftlinge wurden nach Verbüßung ihrer gerichtlichen Strafe »zur Sicherheit« in ein Konzentrationslager überführt. Renn jedoch geriet am 9. August 1935 in eine Art goldenen Käfig: Sein Rechtsanwalt Dr. Ehlers, als Vertrauter Ribbentrops in den höchsten Kreisen der Regierung verkehrend, holte ihn in sein Haus – in seiner Villa am Wannsee sollte er im Auftrage des »Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda« versuchen, Renn die Vorzüge des neuen Regimes plausibel zu machen und ihn für eine Mitarbeit zu gewinnen. Aber wiederum war Ablehnung die einzige Antwort, die Renn gab. Was ihn jedoch bekümmern mochte: Sein »Nein« blieb in den Wänden der Villa eingesperrt. Die Öffentlichkeit wußte von ihm nichts mehr; das Aussprechen seiner antifaschistischen Gesinnung in einer Zeitung oder im Rundfunk war ihm verwehrt. Seit seinem Auftreten vor dem Reichsgericht und seinem Ruf dort: »Ich war, ich bin, ich bleibe Kommunist!« war er trotz seiner Freilassung nicht nur zum Schweigen verurteilt, sondern auch jedweden Gerüchtemachern hilflos ausgeliefert.

Verschwunden, unkenntlich bleiben – das sollte Renn auch im badischen Land, welches ihm nach dem Mißerfolg der Ehlers und Goebbels als Zwangsaufenthalt zugewiesen wurde. Nicht seinen Schriftstellernamen, den Millionen Leser kannten, sondern nur seinen Geburtsnamen Arnold Vieth von Golßenau durfte er nennen. Antifaschisten sollten in dem ehemaligen Hauptmann nicht den Autor des Romans »Krieg« und den Gesinnungsgenossen entdecken. Doch wenige Wochen reichten aus, um Ludwig Renn wieder mit oppositionellen Intellektuellen, Künstlern, Theologen zusammenzuführen und den Kreis von Freunden erneut zu schließen. Er erfuhr, wie sich im alltäglichen Leben der Menschen Gemeinsamkeit herausbildete – über weltanschauliche und politische Unterschiede hinweg. Anarchistisch, christlich, demokratisch und kommunistisch gesinnte Menschen trafen sich in der illegalen kleinen Gruppe, und gemeinsam hörten sie eines Tages, wie der Moskauer Rundfunk die Frage durch den Äther sandte: »Wo befindet sich Ludwig Renn? Er ist seit einiger Zeit aus dem Gefängnis entlassen worden und seitdem spurlos verschwunden.«

Das war ein Zeichen. Die Welt war wachsam. Schon vorher war aus Moskau, Paris und Prag in Reden, Broschüren, Presseartikeln nach Renn geforscht, seine Freilassung gefordert worden; Johannes R. Becher und Willi Bredel, Wieland Herzfelde und Theodor Plivier, Bruno Frank, Joseph Roth, Ludwig Marcuse und David Luschnat waren leidenschaftlich für ihn eingetreten. Jetzt wurde der Kontakt zu den Genossen im Ausland wiederhergestellt, bereitete die illegale KPD seine Flucht aus Deutschland vor: Über den Rhein rudernd, erreichte Renn den Boden der Schweiz. Humanistisch gesinnte Künstler beherbergten ihn in Basel so lange, bis er nach Zürich weiterreisen konnte, dort endgültig in Sicherheit war.

Endlich Ruhe zum Nachdenken, endlich Zeit und Gelegenheit, in aller Offenheit und Schärfe das zu tun, was von Anfang an das Ziel seiner Wünsche war: gegen Hitler und das faschistische Regime zu kämpfen! Aber wie? Ludwig Renn besaß Erfahrungen, von denen andere, die schon 1933 ins Exil hatten flüchten müssen, ausgeschlossen waren. Die ersten furchtbaren Jahre der Versuche, das faschistische Gewaltregime zu stabilisieren, hatte er nicht von »außen«, sondern von »innen« erlebt. Schreib über Nazideutschland! drängten die Freunde. Schreiben würde auch Leben bedeuten; denn in diesem emigrantenfeindlichen Land, das den Geflohenen die Arbeit und damit das Brot verweigerte, zeigte sich der Verleger Emil Oprecht aus Zürich bereit, mit dem Autor einen Vertrag über ein neues Buch abzuschließen, Verfilmung und Dramatisierung des Werkes in Aussicht zu stellen, Ludwig Renn damit Geld und Existenzmöglichkeit zu sichern.

Aber das Schreiben war schwer. Kannte er die Verhältnisse und die Menschen in Deutschland genau genug? Seit Februar 1933 hatte er immer in Einzelhaft leben müssen. Die wenigen Begegnungen im Gefängnis, die wenigen Wochen der Freiheit nach seiner Haftentlassung: Reichten sie aus, um ein Bild von Deutschland vermitteln zu können? Und dann: Gefährdete er die ihm bekannten Freunde nicht, die Hitlergegner, die in Deutschland ihr mühseliges Werk der Organisierung des Widerstands fortsetzen wollten, wenn er von ihnen erzählte?

Da entschloß sich Ludwig Renn zu etwas ihm Ungewöhnlichen: Er, der bislang nur autobiographisch zu arbeiten vermochte, der aus den eigenen Erlebnissen das Material seines Erzählens gewann, versuchte sich jetzt an einem fiktiven Roman. Bislang hatte er sich nur im Raum seiner individuellen Erfahrung bewegt. Jetzt übersprang er diese Schwelle. Die Absicht, mobilisierend zu wirken, ermutigte ihn zu einem ihm völlig fremdartigen Schaffen – und er half so, eine literarische Entwicklung einzuleiten, die für die antifaschistische Literatur neue Möglichkeiten erschließen sollte: Ludwig Renn war der erste deutsche Schriftsteller, der ein dichterisches Gesamtbild deutscher Gesellschaftsverhältnisse von 1933 bis 1935 zu gestalten wagte. Die Aufregung des Schreibens, von der er an Willi Bredel am 8. Februar 1936 berichtete, war die Aufregung, für sich und andere künstlerisches Neuland zu betreten. »Du mußt wissen, was ich beabsichtige, denn ich brauche auch Deine Hilfe«, schrieb er. »Ich will versuchen, ein Buch zu schreiben, einen Durchschnitt durch das Dritte Reich, nicht nur im wesentlichen ein einziges Schicksal oder das einer einzigen Menschengruppe, sondern die Entwicklung vieler Personen aus vielen Schichten nebeneinander, Freie und Gefangene, Treter und Getretene. Die Tendenz soll klar sein, aber weitherzig genug, alle aufzunehmen, die mit uns jetzt gehen wollen ...«

Um ein solches Buch schreiben zu können, griff Renn nicht auf das in der

deutschen Literatur vorgeprägte und im Exil erneut bevorzugte Muster eines Entwicklungsromans zurück; die Geschichte eines einzelnen Helden entsprach seinen Vorstellungen ebenso wenig wie die Darstellung einer Wirklichkeit, die nur durch das eingeengte Prisma eines individuellen Bewußtseins erfaßt wurde. Renn knüpfte an Erfahrungen des experimentierenden Erzählens während der zwanziger Jahre an; er führte die Versuche mit einem »dramatischen Roman« weiter und nutzte die Technik des simultanen Erzählens, des in mehrere Handlungsstränge gegliederten Romans, um sowohl von einzelnen Menschen im faschistisch beherrschten Deutschland berichten als auch das objektive Bild dieser Verhältnisse entwerfen zu können. Dabei gestattete es ihm die Auflösung der Romanhandlung in eine Folge einzelner, zumeist unverbundener Szenen mühelos (ohne daß eine strenge Fabelkonstruktion ihn in Stoffaufnahme und Handlungsführung behindert hätte), das Erzählen von fiktiven Figuren mit der Zeichnung authentischer historischer Personen zu verbinden. Bilder einer erfundenen literarischen Welt wurden unvermittelt neben Bilder der Realwelt gestellt; der »Sprung« von Ort zu Ort, von Figur zu Figur, von einem Ereignis zum anderen wurde zum bestimmenden Prinzip der Handlungsführung, ließ Atemlosigkeit und Ungeheuerlichkeit historischer Entwicklung in Deutschland vom Dezember 1932 bis 1935 spürbar werden.

Vier literarische Hauptfiguren strukturieren den Roman. Mit der Geschichte des KPD-Funktionärs Karl Bulte, der nach dem Reichstagsbrand verhaftet und in ein KZ verschleppt wird, setzt Renn die Reihe der bekannten Augenzeugen-Berichte über faschistische Greueltaten, Gefängnisse und Konzentrationslager fort. Werner Pross und seine Freunde lassen eine kommunistische Jugendgruppe lebendig werden, erzählen vom Zusammenwirken kommunistischer und sozialistischer Jugendlicher in Berlin, vom Kontakt zu anderen antifaschistischen Kreisen in einer Kleinstadt und auf einem Dorfe. Ernst von Oetting gibt Gelegenheit, das Leben eines Nazis in SA-Sturm, Arbeitsdienstlager, SS und anlaufender Rüstungsindustrie zu beschreiben. Und der demissionierte Offizier, Rittmeister Hadrian von Herb, schließlich bringt die Erlebnisse eines humanistisch gesinnten Adligen in diesen Roman ein. Aber neben Szenen aus dem Leben dieser Hauptfiguren, ihrer Angehörigen, Freunde und Genossen, stehen Bilder, die Hitler, Göring, Goebbels, Hugenberg, Röhm, Schacht, Dollfuß, Mussolini und andere mehr zeigen, die von Dimitroff und Thälmann berichten. Dargestellt werden zum Beispiel Hitlers Ernennung zum Reichskanzler, die Vorbereitung und Durchführung des Reichstagsbrandes, der Prozeß gegen Dimitroff, der Besuch einer Journalistendelegation bei Thälmann im Gefängnis, die Rede Papens in Marburg, die Ermordung Röhms, ein Staatsbesuch Mussolinis bei Hitler und der Tod von Dollfuß. Der Geschichtsprozeß selbst liefert

das Material des Erzählens; in das Abbild wirklicher historischer Verhältnisse eingefügt sind die Geschichten einzelner literarischer Figuren, von denen nicht lückenlos und in kontinuierlicher Folge berichtet wird, deren Schicksale im großen und ganzen unabhängig voneinander verlaufen, simultan geführt werden, und die doch in einigen Momenten in ein loses Beziehungsgefüge eingeordnet sind. Vor allem dem Kommunisten Karl Bulte wird dabei eine spezielle Rolle zugewiesen. Es zeigt sich, daß Renn seine Szenen nicht grundsätzlich verbindungslos aneinanderreiht, daß er nicht völlig ohne Fabel arbeitet. Eine Art Fabelansatz stiftet zum Beispiel engere Beziehungen zwischen Oetting und Bulte; und die damit begründeten Veränderungen der Figurenkonstellationen helfen, im Gesamtbild dargestellter Verhältnisse Wichtiges zu betonen, die erzählten Geschichten so zu führen, daß dem Leser Wesen und Funktionieren des faschistischen Systems durchschaubar gemacht und Einsichten in die historische Mission der Arbeiterklasse vermittelt werden.

Vor den Schranken des Reichsgerichtes in Leipzig hatte Ludwig Renn in beeindruckender Weise zum Ausdruck gebracht, daß er trotz der augenblicklichen Niederlage »das Proletariat für die herrschende Klasse der Zukunft« halte. Diese Überzeugung bestimmt auch das Erzählen. In einer der ersten Szenen läßt Renn den Kommunisten Bulte und den SA-Mann Oetting zusammentreffen. Beide sind sich bewußt, daß ihre Parteien im Kampf der Klassen sich als Todfeinde gegenüberstehen; dennoch schätzt jeder persönlich den anderen als einen »anständigen Kerl«, ist er bestrebt, ihn für sich, seine Partei zu gewinnen. Auch wenn dann jeden ein anderes Schicksal ereilt, keiner mehr vom anderen weiß, beide sich erst am Schluß des Romans als Flüchtlinge erneut begegnen können, wird doch das gesamte Erzählen von der Frage beherrscht, wer in diesem geistigen Wettbewerb Sieger bleiben werde. Dieser geheime Zweikampf verschafft dem Roman eine bis zur letzten Seite währende Spannung; und obwohl Renn in diesen Handlungssträngen auf gewisse Elemente eines Entwicklungsromans zurückgreift, geht es ihm nicht um psychologische Porträts seiner Figuren: Er prüft ihr Verhalten am objektiven historischen Geschehen, untersucht, ob und wie praktische Erfahrungen und gewonnene Einsichten zu Veränderungen im Verhalten der Menschen gegenüber den gesellschaftlichen Gegebenheiten führen können. Gerade diese Absicht des Autors, die das Notwendige und Prozeßhafte allen Geschehens betonen will, trägt dazu bei, daß die Darstellung der historischen Vorgänge nichts Äußerliches bleibt, der Roman nicht in zwei separate Teile – das Individuelle und das gesellschaftlich Allgemeine – auseinanderbricht. Das Historische kann dem Individuellen als notwendig zugeordnet werden. Diese Absicht wird durch zwei Momente befördert. Zum einen geht es Renn darum, ein durch innere Machtkämpfe deformiertes imperialisti-

sches System zu zeigen, das bestrebt ist, seine einmal erworbene Herrschaft mit allen Mitteln zu sichern, aber dabei Gefahr läuft, das demagogisch erschlichene Vertrauen bei werktätigen Menschen wieder zu verlieren. Zum zweiten hebt der Autor die Figur Hitlers hervor, um sich so mit der verlogenen These von Hitler als einem antikapitalistischen Retter aus aller Not der Weltwirtschaftskrise auseinanderzusetzen.

Zeitgenössische antifaschistische Autoren verurteilten damals in Hitler vor allem die Mischung von Dummheit und Barbarei, von Gangstertum und Machtanspruch. Renn dagegen zeigt auf die Wurzel des Übels. Er entlarvt Hitler als tätig im Dienste des Monopolkapitals, wobei die Darstellung der Aktion gegen Röhm den Höhepunkt bildet. In der Erschießung Röhms findet die Romanhandlung ihre dramatische und zugleich politische Zuspitzung. Ohne Röhm in den Rang eines Märtyrers geraten zu lassen, wird das Vorgehen gegen ihn als ein Versuch dargestellt, im Auftrage des Finanzkapitals die Richtungskämpfe innerhalb der Partei- und Staatsführung zu beenden und mit einer kleinbürgerlichen SA-Gefolgschaft abzurechnen, die zwar zur Zerschlagung der Arbeiterorganisationen gebraucht worden war, jetzt aber mit ihrem Ruf nach einer »zweiten Revolution« die Macht des Kapitals zu gefährden begann. In einer Dialogszene zwischen dem Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht und dem Präsidenten der Bank von England, Montague Norman, in der Schacht um rettende Finanzhilfen für Hitler bettelt, werden diese Hintergründe mitgeteilt. »Seht ihr, jetzt haben wir's«, ruft in einer anderen Szene ein enttäuschter Arbeiter, der dann selber Opfer der Mordkolonnen wird. »Die zweite Revolution ist unterdrückt. Nun ist es aus mit dem, weshalb wir Nationalsozialisten wurden. Wir müssen auch noch selbst mithelfen bei der Unterdrückung. . . . Wo sind die Banken enteignet, he?! Die Reichswehr ist es nämlich, die gefordert hat, daß die SA entwaffnet wird, und hinter der stehen die Großindustrie und der Herrenclub!«

Dieses Gesellschaftsbild ist auf Desillusionierung bedacht. Der Nebel mythischer Verklärung, in den eine geschickt inszenierte Massenpropaganda vor allem die Person Hitlers gehüllt hat, soll zerrissen werden. Demzufolge bestimmt Desillusionierung auch die Darstellung einiger literarischer Figuren, speziell der beiden Adligen. Der verarmte Baron Ernst von Oetting sieht im Faschismus und in Hitler als »Führer« zunächst eine Chance, um Krisen zu überwinden, eine neue, vom Gedanken kollektiver Arbeit durchdrungene Gesellschaft errichten zu helfen und selbst ein menschenwürdiges und sinnvolles Dasein beginnen zu können. Seine praktischen Erfahrungen mit einem zur Macht gelangten faschistischen System jedoch gerinnen allmählich zur Erkenntnis, daß er trügerischen Hoffnungen nachgelaufen ist – und die Ereignisse um Röhm öffnen ihm endgültig die Augen. Nicht die

»Wandlung« eines Charakters steht damit am Ende des Romans, sondern die für literarische Figur und Leser gleichermaßen wichtige neugewonnene Einsicht in das Wesen und die Funktion des faschistischen Regimes. Mit der Flucht zu Freunden rettet Oetting sein Leben; ein Mensch wie Karl Bulte, dem KZ entronnen, kann ihm nun zum Ratgeber und Lehrer werden.

Eine Desillusionierung anderer Art steht im Zentrum der Darstellung des Rittmeisters. Hadrian von Herb hat Hitler von Anfang an mißtraut; als Adliger baut er auf Papen, muß jedoch erfahren, daß die monarchistischen Restaurationsversuche der Kreise um Papen keine historische Alternative mehr zu bieten haben. Die Alternative, das erkennt auch er allmählich, liegt für seinesgleichen einzig im möglichen Weg an die Seite der Arbeiterklasse. Dennoch reicht Herbs Kraft für einen solchen Schritt nicht mehr aus; er selbst wählt den Freitod, bewundert aber in seinem Testament den Mut seines Neffen Oetting, an der Seite der Antifaschisten und Kommunisten »ein neues Leben zu versuchen«.

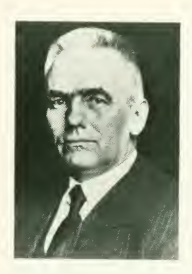
Den endgültigen Schluß des Romans läßt Renn jedoch offen. Wird Ernst von Oetting »nach Schweden in die Einsamkeit der großen Wälder« weiterwandern? Wird er an der Seite seiner neuen kommunistischen Freunde in Deutschland bleiben, um sich als Illegaler in die Front des antifaschistischen Widerstands einzureihen? Renn deutet Möglichkeiten nur an, er überfordert seine Figur nicht, gibt die Fragen an den Leser weiter.

Mit diesem Romanschluß mochte der Autor eine Antwort auf das 1934 in Amsterdam verlegte Buch von Klaus Mann, »Flucht in den Norden«, geben: Er achtete jede Entscheidung, die zur Abkehr vom Faschismus führte, nahm das Gespräch über antifaschistische Handlungsmöglichkeiten auf und führte es weiter. Als ihn Hitler 1934/35 durch seine Schergen zu einem Wortführer des Dritten Reiches machen wollte, konnte er nur im kleinen abgeschirmten Raum »Nein!« sagen. Jetzt nutzte er seine große Informiertheit über politische Vorgänge, Hintergründe und Zusammenhänge, die er nicht zuletzt auch alten Freunden aus den Reihen des Adels verdankte, um vor einer im Ausland entstandenen antifaschistischen Öffentlichkeit die Wahrheit über Hitler-Deutschland zu verbreiten und zur Aktion zu stimulieren. Die Gesamtdarstellung deutscher Gesellschaftsverhältnisse sollte den Leser befähigen, mit den Erkenntnissen aller literarischen Figuren zu arbeiten und die gewonnenen Informationen für eigene Entscheidungen zu nutzen. Dabei blieb kein Zweifel, zu welcher Entscheidung der Roman hinlenken wollte. Das Mahnende, Fordernde, Drängende schon der sprachlichen Gestaltung – der Imperativ ist die meistgewählte Satzform – geben dem Gesamtwerk den Charakter eines Appells: Alle Leser werden aufgerufen, sich nicht allein zur Ablehnung, sondern zum Kampf gegen den Faschismus zusammenzufinden.

Diese Wirkungsabsicht wurde durch eine illusionäre Hoffnung des Autors

bestärkt. Ludwig Renn, der die krisenhaften Erscheinungen des Regimes um 1934 zu analysieren verstand, interpretierte dennoch die historischen Auswirkungen der deutschen Bartholomäusnacht falsch. Was objektiv die oppositionellen Regungen innerhalb des kleinbürgerlichen Massenanhangs erstickte und die vorläufige Stabilisierung der faschistischen Diktatur sicherte, glaubte Renn als den Beginn einer innenpolitischen Auseinandersetzung sehen zu können, die bald, von außen – auch durch seinen Roman – unterstützt, den Sturz der Hitlerregierung herbeiführe. Mit dieser unerfüllten Erwartung stand der Schriftsteller damals nicht allein, viele teilten sie mit ihm.

Die schnelle Augenblickswirkung des Romans mag gerade darauf zurückzuführen sein. Denn trotz der eingeschränkten Publikationsmöglichkeiten deutscher Autoren im Exil fand Ludwig Renn gleich sechs Verleger. Nach der Veröffentlichung in der Zeitung und der Ausgabe bei Oprecht in Zürich erschien der Roman mit dem hoffnungsvollen Titel »Vor großen Wandlungen« auch in London und New York, in Paris, Amsterdam und Prag, wurde er ins Englische, Französische, Holländische und Tschechische übersetzt, erweiterte sich dementsprechend der Kreis seiner Leser. Doch Dramatisierung und Verfilmung blieben aus – vielleicht, weil auch die großen historischen Wandlungen ausblieben, dem Enthusiasmus die Ernüchterung, auch Enttäuschung folgten. Doch das konnte Vorstoß und Leistung Renns nicht schmälern: Was für die deutsche Literatur oft als fehlend beklagt, oft gefordert worden war, wagte Renn, er schuf, den Möglichkeiten der Zeit gemäß, ein »dichterisches Gesamtbild der Gesellschaft«. Zugleich öffnete er mit dem Versuch, den dramatischen oder szenischen Roman weiterzuentwickeln, auch dem Erzählen im Exil ein neues Experimentierfeld. Doch Renns Vorschlag wurde in den darauffolgenden Jahren nicht weiter aufgegriffen, blieb unausgewertet. Bis heute. Damals mag die Geschichte selbst den Mühen des Schreibens entgegengewirkt haben. Mit dem Ausbruch des spanischen Bürgerkrieges begannen die Faschisten die Generalprobe für den zweiten Weltkrieg, und Ludwig Renn sah sich gezwungen, die Feder mit dem Gewehr zu vertauschen; nun konnte er nicht mehr »Geschichten schreiben«, hatte er »Geschichte zu machen«. Er mußte wirklich als Offizier in die Bresche springen, aber auf einer gänzlich anderen Seite, als Hitler, Rosenberg und Goebbels es gewollt hatten. Ludwig Renn befindet sich jetzt im Generalstab der Internationalen Brigaden, ließ Alfred Rosenberg, zähneknirschend sicherlich, am 20. Dezember 1936 im »Völkischen Beobachter« vermelden . . .



Wilhelm Pieck

Strategie der Einheitsfront und Volksfront

An einem nebligen Novembertag des Jahres 1935 sprach ein älterer, weißhaariger Mann zu einer jungen Frau, die seine Tochter hätte sein können: »Du bekommst eine große Verantwortung. Beachte gewissenhaft die Regeln der illegalen Arbeit. Du mußt aber wissen: wenn man illegal arbeitet, kann das auch bedeuten, die Freiheit mit dem Konzentrationslager zu vertauschen. Bleibe stets standhaft!« Er umfaßte sie väterlich. Es war der Abschied für eine Illegale.

Einige Wochen lagen hinter ihr, in denen sie nicht scheu um sich zu blicken und jeden, dem sie begegnete, aufmerksam zu mustern brauchte – aber auch Wochen angestrengter Beratungen: zuerst auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale und anschließend auf jener Tagung der

Kommunistischen Partei Deutschlands, die als »Brüsseler Konferenz« in die Geschichte eingehen sollte. Die junge Frau war, wie andere Illegale auch, aus Deutschland zu diesen Zusammenkünften führender Kommunisten nach Moskau gekommen. Auf gefahrvollem Wege war sie gereist, durch viele Länder, über viele Grenzen. Doch ihr Paß war gut gefälscht; er hatte den Verdacht der von Berufs wegen argwöhnischen Grenzbeamten, Polizisten und Hotelportiers nicht erregt. Nun ging sie auf ähnlichem Wege »ins Land« zurück – an die antifaschistische Front in Deutschland.

Der Mann, der sie in Moskau verabschiedete, war Wilhelm Pieck. Er hatte am 25. Juli den VII. Weltkongreß und am 3. Oktober die Brüsseler Konferenz eröffnet. In ihrer Abschiedsstunde stieg der jungen Frau das Bild des damals in der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung längst bekannten und geschätzten Parteifunktionärs wieder auf, wie er an einem heißen Sommertag mit hochgekrempelten Hemdsärmeln auf der Rednertribüne vor den mehr als 500 Teilnehmern des VII. Weltkongresses gestanden, den Faschismus angeklagt, zur Bildung einer antifaschistischen Einheitsfront aufgerufen hatte. Und sie sah ihn wiederum vor sich, wie er mit den Genossen auf der Brüsseler Konferenz über die Lebensfragen des deutschen Volkes beraten hatte. Wilhelm Pieck war so wie immer gewesen: ruhig, ausgeglichen und freundlich, verständnisvoll und entschlossen. Da gab es keine Winkelzüge, kein diplomatisches Manöver, Taktieren, Herumreden. Er nannte die Dinge beim Namen. Später wird diese Frau sagen: »Sein Referat auf der Brüsseler Konferenz war eine bedeutende schöpferische Leistung. Die darin gegebene Beurteilung der Lage und die tiefgründig erläuterten Aufgaben stimmten mit unseren Erfahrungen überein, und wir waren damit voll und ganz einverstanden.«

Auch wenn man heute diese Rede Wilhelm Piecks liest, so beeindrucken der darin enthaltene Wirklichkeitssinn, die Klarheit der Gedankenführung, der Optimismus, der von einer genauen Kenntnis des Marxismus-Leninismus, von den Erfahrungen eines vieljährigen Klassenkampfes und nicht zuletzt auch vom tiefen Vertrauen in die zunehmende Kraft des ersten sozialistischen Staates der Welt, der Sowjetunion, getragen wurde. Aus den nachgelassenen Aufzeichnungen wissen wir, daß Pieck dieses gründliche Referat in seinem Wohn- und Arbeitszimmer, im Hotel »Lux« in der Moskauer Gorkistraße, mit den anderen Mitgliedern der KPD-Führung ausführlich beraten und besprochen hatte. Dieser kollektive Arbeitsstil gehörte zu ihm wie seine Sorgfalt und Pünktlichkeit, auch seine Unduldsamkeit gegen jede oberflächliche, nur dem Wunschdenken verhaftete Lagebeurteilung. Die Berichte und Übersichten der illegal kämpfenden Genossen in Deutschland waren analysiert und in diesem Referat verarbeitet worden, und als man die vor der Partei stehenden Aufgaben auf der Konferenz beriet, waren es wie-

derum die Delegierten »aus dem Lande«, die die neuen Beschlüsse herbeiführen halfen.

Wilhelm Pieck kannte das Leben dieser Genossen »aus dem Lande«: der Illegalen und Helden des antifaschistischen Kampfes, die aber Menschen aus Fleisch und Blut waren, neben ihrer Überzeugung und ihrem Mute auch an Nöten und Ängsten, Wünschen und Sehnsüchten trugen. Er war oft genug selbst gezwungen gewesen, »unterzutauchen«. Zum erstenmal im Weltkrieg, Ende Oktober 1917, als er, seinem Gewissen folgend, den Militärdienst im imperialistischen kaiserlich-deutschen Heer quittierte. Damals erfaßte er als einer der ersten deutschen Revolutionäre, daß mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution eine weltgeschichtliche Wende eintrat, stellte er sich an die Seite der Bolschewiki – einen Platz, den er zeit seines Lebens nie wieder preisgab. Wiederum illegal, rief er im Januar 1920 an den Gräbern ermordeter Arbeiter den Trauernden zu: »Werdet nicht kleinmütig, wenn der Weg zu unserem Ziel nicht in stetem Aufstieg vor sich geht, wenn uns die Reaktion zurückwirft . . .« Es waren Worte, die dreizehn Jahre später hätten gesprochen sein können, als die faschistische Reaktion in Deutschland triumphierte. Und als sie dann wirklich mit Heilrufen und Fackelschein jubelte, kurz vor jenem Tag, da der Feuerbrand des Reichstages wie ein Menetekel über der Hauptstadt loderte, stand Wilhelm Pieck unerschrocken und ungebrochen in der überfüllten großen Halle des Berliner Sportpalastes vor Tausenden seiner Klassengenossen. Er riß dem Faschismus die Tarnkappe der sozialpolitischen Demagogie herunter und warnte vor der verbreiteten, auf einer falschen Einschätzung der Lage des deutschen Imperialismus beruhenden und deshalb gefährlichen Illusion, daß die Naziführer »von selbst abwirtschaften« würden. Er rief zur Schaffung der Einheitsfront der Arbeiterklasse auf. Aber die Partei mußte auf die Kampfbedingungen im faschistischen Deutschland umgestellt, ihre Organisation – ein feingeäderter Körper mit mehreren tausend Ortsgruppen und über 8 000 Betriebs- und Straßenzellen – mußte nicht nur erhalten, sondern auf neue Art gefestigt werden. Während die faschistische Propaganda behauptete, daß alle noch nicht verhafteten kommunistischen Funktionäre ins Ausland geflüchtet seien, lebte Wilhelm Pieck noch eine ganze Zeitlang in Deutschland, unterzog er sich gemeinsam mit anderen Genossen der fast übermenschlichen Aufgabe, den Widerstandskampf der Kommunisten in die richtigen Bahnen zu lenken. Er ermutigte die Entschlossenen, richtete die Verzagten auf, obwohl er selbst ständig in Gefahr war, immer gezwungen, sich zu verbergen, sein Äußeres zu verändern, denn viele Menschen kannten ihn. Nie durfte er aufhören, vor Spitzeln und Verfolgern auf der Hut zu sein. Er verwandelte sich in einen einfach, aber korrekt gekleideten Rentner, der sich beim Gehen auf einen Stock stützte, dem eigentlich – wie sich später

jemand erinnern wird – nur ein kleines Hündchen fehlte, das er an der Leine spazieren führte. Seine Tarnung war vollkommen, mit Überlegung ausgedacht. Nicht für sich selbst nur wollte er geschützt sein, sondern auch für die Genossen, mit denen er sich in jener Zeit traf, in den illegalen Wohnungen, auf den Straßen, in den Parkanlagen. Diesen und jenen wird er später wiedersehen. Viele jedoch werden ihre kommunistische Überzeugung mit dem Leben bezahlen.

Wie aber war nun, im Jahre 1935, die Lage der Partei in Deutschland? Von 422 führenden Funktionären – so besagt die Rede Piecks auf der Brüsseler Konferenz – wurden seit 1933 mehr als die Hälfte verhaftet. Zehntausende von Parteimitgliedern saßen in Zuchthäusern, Gefängnissen und Konzentrationslagern. Unter den Schlägen des braunen Terrors hatten viele, die noch in Freiheit waren, die Verbindung zu ihren Gruppen und Leitungen verloren. Nahezu Zehntausend mußten emigrieren und unterstützten den antifaschistischen Kampf aus dem Ausland. Aber immer wieder waren im Lande selbst neue Genossen an die Stelle der Verhafteten getreten. Die meisten Parteibezirke hatten inzwischen die zweite, dritte oder gar – wie in Baden – die achte Leitung gebildet. Etwa 60 000 Kommunisten waren in den illegalen Organisationen erfaßt. »Wir können mit Stolz auf unsere unter der Führung des Genossen Thälmann erzogenen Kader blicken«, sagte Wilhelm Pieck in seinem Referat.

Während der Faschismus durch seinen Terror auf die Volksmassen verängstigend wirkte, war ihm aber auch durch seine nationalistische und antikapitalistische Demagogie ein tiefer Einbruch bei ihnen gelungen. Pieck stellte diese Tatsache sachlich und nüchtern fest. Wollte die proletarische Klassenpartei den Hitlerfaschismus wirksam bekämpfen und eben diese Massen zu antifaschistischen Haltungen, sogar zu Aktivitäten lenken, so mußte sie ihr aktuelles Kampfprogramm auf die breiteste Basis gründen: Ausgehend von den bahnbrechenden Beschlüssen des VII. Weltkongresses der KI und den Erfahrungen des antifaschistischen Ringens in Deutschland, Österreich, Frankreich, Italien und Spanien, begründete Wilhelm Pieck im Referat der Brüsseler Konferenz eine Einheitsfront- und Bündnispolitik, die darauf gerichtet war, alle Teile der Arbeiterklasse und ihre Organisationen, darüber hinaus auch alle anderen Gegner des Hitlerregimes bis in die Bourgeoisie hinein, unabhängig von ihren politischen und weltanschaulichen Positionen, zum gemeinsamen Kampf in einer Volksfront zusammenzufassen. Dafür sollten neben den illegalen Methoden ebenfalls die legalen Möglichkeiten ausgenutzt werden. Und wenn sich alles in ihnen sträubte – die Kommunisten mußten sogar in die Naziorganisationen hineingehen, um dort das Verlangen der Werktätigen nach einer verbesserten Lebenslage und nach Friedenserhaltung zu unterstützen, sodann weiterführende politische Forde-

rungen zu stellen. Der Sturz des Hitlerregimes, die Erringung der demokratischen Rechte und Freiheiten für das Volk, die Bildung eines freien antifaschistischen deutschen Staates sollten das nächstliegende Ziel dieses Kampfes sein. Diese Orientierung war für jeden annehmbar, der die Sicherung des Friedens, der Demokratie und des sozialen Fortschritts erstrebte. Die Strategie der proletarischen Einheitsfront und der Volksfront, die von dem VII. Weltkongreß und der Brüsseler Parteikonferenz zur Konzeption des antifaschistischen Kampfes erhoben wurde, bot der Arbeiterklasse die Möglichkeit, ihre politische Einheit hervorzubringen und ein dauerhaftes Bündnis mit den anderen werktätigen Klassen und Schichten zu schließen. Im Kampf für das nahe Ziel der Beseitigung des Faschismus konnte versucht werden, Klasse und Volksmassen an das fernere große Ziel, die sozialistische Revolution, heranzuführen.

Schon Ende 1933, auf der XIII. Tagung des Exekutivkomitees der KI, an der auch Pieck teilgenommen hatte, war der Faschismus als die Herrschaftsform des reaktionärsten und aggressivsten Teils der imperialistischen Bourgeoisie bezeichnet worden. Es war Wilhelm Piecks Freund und Kampfgefährte Georgi Dimitroff, der diese Erkenntnis auf dem VII. Weltkongreß bestätigte und vertiefte. Auf der Konferenz der KPD bezog sich nun Pieck auf eine Rede Hitlers, in der dieser gesagt hatte, daß alle ihm gegenüberstehenden Kräfte nur einig »im Negativen«, das hieß: in der Ablehnung seien, daß ihnen jedoch nicht die geringste gemeinsame Idee zu eigen wäre: »Darin hat Hitler vorläufig recht. Aber das ist gerade der Punkt, an dem wir Kommunisten mit unserer neuen taktischen Orientierung zur Schaffung der Einheits- und Volksfront einsetzen müssen . . .«

Das Wesen der Volksfront war bereits von Dimitroff auf dem VII. Weltkongreß anhand der Erfahrungen einiger kommunistischer Bruderparteien erläutert worden, und Pieck hatte – ebenfalls dort – die Einheitsfront der Arbeiterklasse als die Grundlage einer jeden Volksfrontpolitik interpretiert. Auf der Brüsseler Konferenz bildete dieser Zusammenhang ebenfalls einen wichtigen Abschnitt seiner Ausführungen. Die Einheitsfront müsse sogar über den Kreis der Kommunisten und Sozialdemokraten hinausgehen, auch die konfessionell gebundenen Arbeiter und deren Organisationen erfassen. Als er dabei das Verhältnis der KPD zur Sozialdemokratie erörterte, ging Wilhelm Pieck davon aus, daß sich auch deren Lage und Rolle unter den Bedingungen der faschistischen Herrschaft verändert hatte. Wohl setzten führende Funktionäre der SPD ihre antikommunistische Obstruktionspolitik fort und behinderten nach wie vor den antifaschistischen Kampf. Hinzu kam – und Wilhelm Pieck sprach das offen aus –, daß in den Reihen der KPD lange Zeit zwischen den verschiedenen Gruppierungen der Sozialdemokratie und deren rechten Führern kaum unterschieden worden war.

Jetzt aber hatte sich ein gemeinsamer Widerstand auf lokaler, seltener auf regionaler Ebene zu entwickeln begonnen. »Schlagt ein in unsere Bruderhand«, hatte Pieck am 10. Februar 1933 an den Gräbern einiger von den Faschisten ermordeter Jungarbeiter den sozialdemokratischen Klassengenossen zugerufen. Auf der Brüsseler Konferenz nun konnten jene Teilnehmer, die von der illegalen Front in Deutschland gekommen waren, bereits von manchen Beispielen solcher kameradschaftlichen und gleichberechtigten Zusammenarbeit berichten. Die Delegierten »aus dem Lande«, die sich tagtäglich der Wirklichkeit des faschistischen Regimes und den praktischen Erfordernissen des Widerstandskampfes gegenübersahen, unterstützten Pieck bei der Auseinandersetzung mit jenen Genossen, die aus den veränderten Klassenkampfbedingungen keine neuen Schlußfolgerungen zogen, vielmehr an alten, überholten und falschen Losungen festhielten.

Wilhelm Pieck führte diese Auseinandersetzung einfühlsam, doch ohne taktische Rücksichten auf diese oder jene Person. Bereits in den zwanziger Jahren, als Ultralinke versuchten, die noch junge Partei in ihren Griff zu bekommen, hatte er unmißverständlich erklärt, daß es in der Partei keine zwei Arten von Disziplin geben könne: »Parteidisziplin muß auch von den Genossen verlangt werden, die durch das Vertrauen der Mitglieder auf besondere Posten gestellt werden.« Die Ultralinken waren nicht davor zurückgeschreckt, ihn, wie auch andere Genossen, zu verleumden. Es war Ernst Thälmann, der deshalb 1926 seiner Achtung vor diesem Manne einen Ausdruck verlieh: »Als Genosse Pieck im Spartakusbund war, gehörten viele Genossen, die heute gegen ihn polemisieren, noch der Bourgeoisie an. Genosse Pieck hat den richtigen Weg eher gefunden als viele andere – und vielleicht auch ich . . .« Als nun Pieck an jenem Herbsttag des Jahres 1935 mit seinen Genossen beriet und auch stritt, kannten ihn viele schon seit Jahren. Sie beurteilten ihn – wie in einem Geburtstagsgruß des Exekutivkomitees der KI formuliert wurde – als einen Genossen, der »die besten Traditionen der alten Arbeiterbewegung in Deutschland verkörperte, auf die unser großer Lenin mit Zuversicht und Hoffnung blickte . . .« Aber auch er selbst war seit dem Beginn der faschistischen Diktatur zu neuen Einsichten und Erkenntnissen gelangt. So fühlten und dachten sie denn alle: Die Zeit war reif, um neue Formen des Kampfes zu suchen und einen Weg, ein Ziel gemeinsam abzustecken.

Die Delegierten stimmten einmütig für den Vorschlag, Wilhelm Pieck für jene Zeit zum Vorsitzenden der Partei zu wählen, in der der eingekerkerte Ernst Thälmann diese Funktion nicht ausüben konnte. Sie wählten einen Erfahrenen – und »einen wirklichen Menschen«, wie jemand, der dabei war, sagte. Ein wirklicher Mensch – ursprünglich, klug, prinzipienfest, siegesgewiß. Neun Tage lang diskutierten die rund fünfzig Teilnehmer der

Brüsseler Konferenz die langfristige Politik der KPD. Die freimütige Aussprache fand ihren Niederschlag in einer Resolution und in einem Manifest »An das werktätige Volk«. Um den Bedingungen des illegalen Kampfes besser entsprechen zu können, wurde beschlossen, die illegalen Parteiorganisationen zu verkleinern, die Leitungen zu dezentralisieren, die Anzahl der Mitglieder des Zentralkomitees zu verringern.

Auch jene junge Frau – es war die 27jährige Kommunistin Elli Schmidt – war in das Zentralkomitee gewählt worden. Nachdem sie von Wilhelm Pieck auf ihren Weg verabschiedet wurde, bewahrte sie nicht nur sein »Bleibe stets standhaft!« in ihrem Gedächtnis. Sie nahm – wie alle Konferenzteilnehmer – die Verpflichtung mit, für die Beschlüsse der Brüsseler Parteikonferenz einzutreten, sie zu verbreiten und verwirklichen zu helfen.

Diese Verbreitung konnte auch die Gestapo nicht verhindern. Erst ziemlich spät erfuhr die nazistische Geheimpolizei von der Konferenz, und sie wußte noch Monate danach nicht, daß die KPD bei Kunzewo in der Nähe von Moskau getagt hatte. Sie war den Gerüchten aufgesessen, die die Partei in Umlauf gesetzt hatte, um die Konferenzteilnehmer vor gierigen Spitzelaugen zu verbergen. Jetzt aber jagten die Spürhunde und die Schnüffler hinter den Konferenzberichten und den Beschlüssen von »Brüssel« her. Diese kamen auf vielerlei Wegen dennoch ins Land – getarnt als harmlose Traktätchen, etwa über das sportliche »Laufen und Gehen«, als Haushaltbüchlein oder als Kalender. Anfang 1936 berichtete zum Beispiel die Gestapodienststelle Dresden: »Zwischen Weihnacht und Neujahr sind – nach Angaben unseres Mittelsmannes – insgesamt vier Zentner Tarnschriften von der Tschechoslowakei aus nach Deutschland eingeschmuggelt worden.« Heute wissen wir, daß die Gestapo noch längst nicht einmal die Hälfte aller Titel ausfindig machen konnte, hinter denen sich die Referate und die Beschlüsse der Brüsseler Konferenz verbargen, von der Anzahl der Schriften ganz zu schweigen. Sie durchdrangen sogar die Stacheldrahtverhaue der Konzentrationslager und die Mauern der Zuchthäuser. So erzählte Jahre später ein Funktionär der KPD, der zur Zeit der Brüsseler Konferenz im Zuchthaus Luckau saß, wie es einem Genossen, der in einem Außenkommando arbeitete, gelang, die Verbindung zu einer illegalen Gruppe der Partei herzustellen: »Von ihr bekam er eines Tages auch eine kleine Broschüre, die die Rede des Genossen Wilhelm Pieck auf der Brüsseler Parteikonferenz und deren Beschlüsse enthielt. Das war für uns äußerst wichtig. Wir kriegten Auftrieb für unsere weitere Parteiarbeit.«

Der Mann, dem es historisch vergönnt war, diesen Auftrieb zu begründen, wuchs mit den Kampfjahren zu einem Arbeiterführer, der den langen und schweren Weg der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung verkörperte. Denn als Wilhelm Pieck in die Klassenpartei eintrat, lebte Friedrich Engels

noch. Er begegnete August Bebel, gründete mit Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und anderen »Linken« die Kommunistische Partei Deutschlands. Er war enger Kampfgefährte Ernst Thälmanns. An seiner Stelle führte er die Partei in ihrer schwersten Zeit. Und 1946 tauschte er dann mit dem Sozialdemokraten Otto Grotewohl jenen historischen Händedruck, der endlich die Einheit der revolutionären Arbeiterbewegung in unserem Lande besiegelte. In eine ungerechte kapitalistische Welt hineingeboren, vollendete sich sein Leben im Sozialismus. Der gelernte Tischler, Sohn eines landrätlichen Kutschers und einer Arbeiterin, blieb immer ein Sohn seiner Klasse, der auch als Funktionär und Politiker ein Arbeiter sein wollte. Als er am Anfang der zwanziger Jahre mit Lenin sprechen konnte, bewunderte er dessen »einfache Art« – sicherlich deshalb, weil sie ganz seinem eigenen Wesen entsprach.

Es gibt viele Geschichten über Pieck, wahre und auch erfundene. Soweit er sie selbst hören konnte, mag er über sie geschmunzelt haben, vielleicht aber auch verdrossen gewesen sein. Denn er liebte es nicht, im Mittelpunkt zu stehen oder gar auf einen Denkmalsockel gestellt zu werden. Schmeichelei war ihm ein Greuel. Er haßte die Schwätzer und die Phrasendrescher, die Heuchler und die Kriecher, die Verschlagenen und die Überheblichen. »Ein Kommunist muß immer geradlinig sein« – danach handelte, danach lebte er.

Ein sowjetischer Autor hat einmal über den Schriftsteller Konstantin Paustowski gesagt: »Die Vergangenheit gibt er niemandem preis, ihr wird er nie abtrünnig. Nein, es ist, als wälze er auch diese Bürde auf seine Schultern . . . Es ist, als sage er: Ohne das, was war, wäre auch nicht das, was ist, wie es ohne Vergangenheit keinen Weg in die Zukunft gibt. Ich bin immer mit der Heimat, in guten wie in schlechten Zeiten. Ihr Glück ist das meine, wie ihr Leid das meine ist . . .« Könnte das nicht auch über dem Leben Wilhelm Piecks stehen? Sein »Bleibe stets standhaft!« an die junge Illegale, die nach der Brüsseler Konferenz wieder »ins Land ging«, war nicht nur so dahergesagt. Wilhelm Pieck lebte es vor. Er selbst trug die Bürde auf seinen Schultern, in guten wie in schlechten Zeiten, in Glück und in Leid. Er selbst blieb standhaft.

Autorenverzeichnis

Friedrich Albrecht, Dr. sc. phil.; Literaturinstitut »Johannes R. Becher«, Leipzig

Helmut Bock, Prof. Dr. sc. phil.; Zentralinstitut für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR; Vorsitzender der Sektion Geschichte beim Präsidium der URANIA

Sigrid Bock, Dr. sc. phil.; Zentralinstitut für Literaturgeschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR

Heinz Britsche, Diplom-Historiker, Radio DDR

Heinz Deutschland, Prof. Dr. phil.; Gewerkschaftshochschule »Fritz Heckert«, Bernau

Klaus Drobisch, Dr. phil.; Zentralinstitut für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR

Dietrich Eichholtz, Dr. rer-oec. habil.; Zentralinstitut für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR

Waltraut Engelberg, Dr. phil.; Diplom-Germanistin, Berlin

Kurt Gossweiler, Dr. sc. phil.; Zentralinstitut für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR; Büromitglied der Sektion Geschichte beim Präsidium der URANIA

Helga Gotschlich, Dr. phil.; Zentralinstitut für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR

Olaf Groehler, Prof. Dr. sc. phil.; Zentralinstitut für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR

Egon Grübel, Diplom-Historiker; Radio DDR

Heinz Habedank, Dr. phil.; Zentralinstitut für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR

Gerhart Hass, Prof. Dr. sc. phil.; Zentralinstitut für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR
Friedrich Herneck, Prof. emer. Dr. phil. habil.; Berlin
Ingeborg Kreter, Journalistin; Radio DDR
Dieter Lange, Prof. Dr. sc. phil.; Zentralinstitut für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR
Christa Olschewski, Dr. phil.; Humboldt-Universität Berlin
Kurt Pätzold, Prof. Dr. sc. phil.; Humboldt-Universität Berlin
Günter Paulus, Prof. Dr. sc. phil.; Hochschule für Ökonomie, Berlin
Joachim Petzold, Dr. phil. habil.; Zentralinstitut für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR
Nikolaus Riedmüller, Journalist; Mitglied der Zentralleitung des Komitees Antifaschistischer Widerstandskämpfer der DDR
Udo Rößling, Diplom-Historiker; Redaktion »Jugendweihe«, Berlin
Wolfgang Ruge, Prof. Dr. phil. habil.; Zentralinstitut für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR
Klaus Scheel, Dr. phil.; Zentralinstitut für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR
Dieter Schiller, Prof. Dr. sc. phil.; Zentralinstitut für Literaturgeschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR
Wolfgang Schlicker, Dr. sc. phil.; Arbeitsstelle für Akademiegeschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR
Günter Schmidt, Dr. phil.; Hochschule für Ökonomie, Berlin
Marianne Thoms, Diplom-Historikerin; Radio DDR
Heinz Winter, Diplom-Philosoph; Radio DDR

Bildnachweis

Archiv des Verlages S. 40 oben, 53 rechts, 189

Deutsche Fotothek Dresden S. 151, 352

Fotokinoverlag Leipzig S. 20 oben, 21, 22 unten, 23 unten, 24 unten

Kurt Gossweiler (Berlin) S. 50 oben links

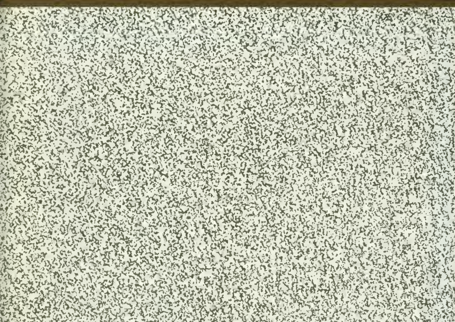
John Heartfield (Gertrud Heartfield, Berlin) S. 2 und im Ausschnitt auf dem Schutzumschlag

Eugen Heilig (Walter Heilig, Berlin) S. 16 bis 20 oben, 22 oben, 24 oben, 25, 26, 37 oben

Institut für Marxismus/Leninismus beim ZK der SED, Zentrales Parteiarchiv (Berlin) S. 37 unten, 50 oben rechts, 50 unten links, 53 links, 55 unten, 110, 120, 128, 136, 145, 158, 165, 172, 180 unten, 184 unten links, 187 unten, 298, 306, 315, 325, 333, 345, 362, 370, 388, 398, 404, 414

SED-Kreisleitung Berlin-Weißensee S. 378

Zentralbild (ADN Berlin) S. 23 oben, 38, 39, 40 unten, 50 unten rechts bis 52, 54, 55 oben, 56, 57, 180 oben, 181 bis 184 oben, 184 unten rechts bis 187 oben, 188, 190, 191



Gewaltpolitikern einer barbarischen Herrschaftsform des Imperialismus. Mit größtmöglicher Annäherung und Plastizität entfalten sich auf forschungsmäßig gesicherter Quellenbasis die Charaktere und Situationen jener dunklen Jahre. Was hier so anschaulich wie eindringlich an historischem Geschehen und biografischem Werdegang vermittelt wird, darf für sich in Anspruch nehmen, einen Beitrag zur Faschismus-Analyse zu bieten.

